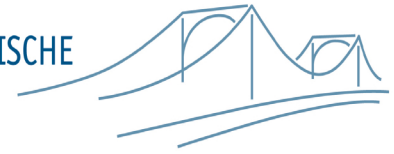


DIGITALE REPRINTS

Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam
[HTTP://ZEITGESCHICHTE-DIGITAL.DE/DOKS](http://zeitgeschichte-digital.de/doks)

ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE FORSCHUNG POTSDAM

Institut der Leibniz-Gemeinschaft



Mario Keßler

Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943) (2003)

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.104.v1>

Reprint von:

Mario Keßler. Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943), Böhlau Verlag Köln 2003, ISBN 978-3-412-04503-6 (falsche Prüfziffer im Original: 978-3-412-04603-5) (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 24)

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2015 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Mario Keßler. Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943) (2003), Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.104.v1>

Ursprünglich erschienen als: Mario Keßler. Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943), Böhlau Verlag Köln 2003, ISBN 978-3-412-04503-6 (falsche Prüfziffer im Original: 978-3-412-04603-5) (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 24)

Arthur Rosenberg

Mario Keßler

Arthur Rosenberg

Ein Historiker im Zeitalter
der Katastrophen (1889–1943)



2003

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Mario Keßler, geb. 1955 in Jena. Studium der Geschichte und Germanistik in Jena und Leipzig, Promotion 1982 in Leipzig, Habilitation 1990 an der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin. Lehrtätigkeit an der Universität Leipzig, der Freien Universität Berlin und der University of Massachusetts, Amherst. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung und Privatdozent an der Universität Potsdam.

Wichtigste Veröffentlichungen: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Internationale Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993, 2. Aufl. 1994; Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933, Berlin 1994; Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995 (Zeithistorische Studien, Bd. 6); Heroische Illusion und Stalin-Terror. Beiträge zur Kommunismus-Forschung, Hamburg 1999; Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln/Weimar/Wien 2001 (Zeithistorische Studien, Bd. 18); Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert, Hamburg 2002. Zahlreiche herausgegebene Bücher, Aufsätze sowie Beiträge in Sammelbänden.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11
info@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagabbildung: Arthur Rosenberg. Foto aus: Reichstags-Handbuch, III. Wahlperiode, 1924. Hrsg. v. Bureau des Reichstags, Berlin 1925.

Druck und Bindung: MVR Druck GmbH, Brühl

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 3-412-04603-5

Inhalt

Vorwort von Theodor Bergmann.....	9
Vorbemerkung.....	13
Kapitel 1	
Der Althistoriker im kaiserlichen Berlin (1889–1918)	15
1. Zwischen Assimilation und Außenseitertum. Eine Berliner Jugend um 1900.....	15
2. Die Lehrjahre des Althistorikers	22
3. Im Banne der „Ideen von 1914“. Arthur Rosenberg im Ersten Weltkrieg.....	32
KAPITEL 2	
Der kommunistische Publizist (1918–1923).....	43
1. Von der USPD zur KPD	43
2. Ein Paria im Universitätsbetrieb	54
3. Alte Geschichte und Gegenwartsfragen.....	57
4. Fundamentalopposition und Realpolitik	71

KAPITEL 3

Der kommunistische Politiker (1923–1927).....	85
1. 1923: Eine verpaßte Revolution?	87
2. Von der Linken zur Ultralinken	100
3. Von der Ultralinken zum Parteigänger Thälmanns	119
4. Als Historiker im Reichstag	126
5. Der Bruch mit der KPD.....	135

KAPITEL 4

Der Kritiker revolutionärer Illusionen (1927–1933).....	141
1. „Die Entstehung der deutschen Republik“	141
2. Wissenschaft und politische Bildung	152
3. Kritik und Verteidigung der Sowjetunion	162
4. Im Angesicht der Katastrophe.....	172

KAPITEL 5

Der Zeithistoriker im Exil (1933–1943).....	177
1. Von Zürich nach Liverpool.....	178
2. Warum war Hitler nicht zu verhindern?.....	184
3. Die „Geschichte der deutschen Republik“	188
4. Der Weg an das Brooklyn College.....	204
5. „Demokratie und Sozialismus“	208
6. Marxismus und Zionismus, Faschismus und Totalitarismus.....	216
7. Überleben und Tod in New York.....	229

Summary	245
---------------	-----

<i>Inhalt</i>	7
Anhang	247
Verzeichnis der Dokumente.....	247
Zeittafel zu Arthur Rosenbergs Leben	287
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	289
Abkürzungsverzeichnis.....	325
Danksagung	327
Personenregister.....	329

Vorwort

Mario Keßlers Monographie zeichnet den Lebensweg einer markanten Persönlichkeit in einer ungeheuer turbulenten Zeit, der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Arthur Rosenberg war Wissenschaftler und Politiker, und nicht selten hat in unserem Land politische Geradlinigkeit wissenschaftlicher Karriere geschadet. Viel stärker noch als heute war die Academia zu seiner Zeit eine recht abgeschlossene Gemeinde, die trotz der Positivismus-Debatte am Anfang des 20. Jahrhunderts keine Außenseiter mochte, statt dessen Konformismus forderte und förderte. Dieser Nachteil der universitären Autonomie verstärkte sich mit dem nationalen Machtzuwachs und dem dazugehörigen Nationalismus. Aber auch der Übergang vom Kaiserreich zur ungeliebten Republik nach der großen Niederlage der Weltmachtpläne änderte wenig, sehr wenig am Zustand der Universitäten, vor allem, aber nicht nur in den Geisteswissenschaften, den Humanities. Arthur Rosenberg, der noch bis zum Kriegsende 1918 Teil dieser Strömung gewesen war, wurde später selbst Opfer der „nationalen Gesinnung der deutschen geistigen Eliten.“ Der Kaiser ging, der Geist blieb unberührt.

Arthur Rosenberg hatte nicht nur profunde Kenntnisse in seinem ersten Fach, der Geschichte des Altertums; er erwarb sich genau so umfassendes Wissen in der Zeitgeschichte, der er sich dann zuwandte. Er war ein markanter Lehrer, der seine Schüler mitnahm, beeindruckte durch seine Kenntnisse, seine klare Diktion auch im freien Vortrag, sein demokratisch-sozialistisches Bekenntnis noch zu einer Zeit, als die faschistische Welle immer bedrohlicher answoll. Sein Auftreten und Verhalten forderte die Schüler zum Mitwirken in ihrer Gesellschaft auf – tua res agitur war seine Mahnung. Auf Fragen und Kritik der Hörer ging er geduldig ein. Diese Haltung, die die proletarischen Schüler des Köllnischen Aufbau-Gymnasiums in Berlin zu schätzen wußten und die sie zu kritischem Nachdenken und Lernen motivierte, hat an der Friedrich-Wilhelms-Universität gegenteilig gewirkt. Die Hörer waren dort mehrheitlich großbürgerlich, nationalistisch bis militant nationalsozialistisch, so daß gesellschaftskritische, gar marxistische und jüdische Dozenten einen schweren Stand hatten.

Dieses Buch behandelt und analysiert Arthur Rosenbergs Publikationen. Hier ist zu unterscheiden zwischen theoretischen Arbeiten des Historikers und Tagesarbeiten des Zeithistorikers, Politikers, Journalisten, Kommentators aktueller Ereignisse. Zwar ist jeder Wissenschaftler von seiner Zeit mitgeprägt, besonders jedoch der Geisteswissenschaftler. Dem

Zeithistoriker aber, der laufende oder gerade vergangene Ereignisse oder Entwicklungen mehr kommentiert als analysiert, sind noch nicht alle Fakten, Faktoren, Begleitumstände bekannt. Und für alle Historiker gilt das berühmte Gleichnis des englischen Historikers E. H. Carr. Er vergleicht sich und seine Zunft mit dem Fischer, der auf dem großen Ozean das Gebiet aufsucht, in dem er seine gesuchten Fische vermutet, mit einem seinem Zweck angepaßten Netz; nach dem Fang wirft er jene Fische hinaus, die nicht seinen Vorstellungen entsprechen.

Arthur Rosenberg gehört gewiß zu jenen, die sich ihrer Subjektivität und ihrer Zeitbedingtheit bewußt waren und Selbstkritik übten. So stehen neben großen, anerkannten Leistungen aktuelle Fehlurteile. Wie jeder Mensch, war er vom „Zeitgeist“ beeinflusst, von „der Herren eigener Geist, in dem die Zeit sich widerspiegelt.“ Aber man kann auf die herrschende Meinung unterschiedlich, ja gegensätzlich reagieren. Als junger Mensch wurde er vom kaiserlichen Zeitgeist mitgerissen, wie große Teile des Bürgertums und der „geistigen Elite“. Aber seine Beobachtungen belehrten ihn, und er verstand die Belehrung, wurde vom bürgerlichen Nationalisten zum Sozialisten, der nun die Hoffnungen der arbeitenden Mehrheit auf eine politisch, sozial und ökonomisch bessere Gesellschaft teilte und an ihrer Schaffung mitwirken wollte. Seine Radikalität in dieser Zeit entsprach den Hoffnungen seiner Mitkämpfer, jedoch fehlten ihm anfangs die Erfahrungen der anderen Strömung im deutschen Kommunismus, die aus der Vorkriegssozialdemokratie hervorgegangen war und die ihre Radikalität mit einer nüchternen Analyse verband. Rosenberg brauchte noch die Erfahrung des Niedergangs seiner ultralinken Richtung in der KPD, die er ab 1926/27 kritisch und selbstkritisch reflektierte.

Rosenbergs Sozialismus und seine Fähigkeit, Geschichte aufzuarbeiten, waren schon so gefestigt, daß er nun Ketzer, nicht Renegat wurde. Seine Analysen aus den folgenden Jahren sind wichtige theoretische Beiträge zu Problemkomplexen, die auch heute noch relevant und aktuell sind. So untersuchte er undogmatisch, was von Marx in unserer Zeit bleibt, noch aktuell und brauchbar ist, nicht aber schloß er daraus, daß Marx insgesamt oder überwiegend überlebt sei.

Wichtig ist ferner seine intensive Beschäftigung mit „Demokratie“, einem auch heute noch zu viel und überall gebrauchten, häufig mißbrauchten Begriff. Aus seinen Forschungen in mehreren Geschichtsperioden kam er zur Erkenntnis, daß Demokratie sehr unterschiedliche Bedeutungen hat, und er differenzierte z. B. zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie. Er sah, daß zu letzterer auch die Aufhebung der sozialökonomischen Rahmenbedingungen gehört, die in einer bürgerlichen Demokratie nur eine sehr begrenzte Mitwirkung der Mehrheit erlauben. Gemeint ist in erster Linie die politische Dominanz der ökonomisch Mächtigen, die den gesamten Staatsapparat und den größten Teil der öffentlichen Meinungsbildung beherrschen. Wirkliche, sozialistische Demokratie bedarf nach Arthur Rosenberg weitgehender ökonomischer Gleichheit, dazu eines gewissen Lebensstandards und der kulturellen Bildung aller Menschen.

So kam er später auch zu einer Kritik der Entwicklung Sowjetrußlands und des Stalinismus. Diese Kritik unterlag gewissen Wandlungen in Abhängigkeit von den Sprüngen und Kehrtwendungen der sowjetischen Außenpolitik und der dieser sklavisch folgenden Kominternpolitik – von der antifaschistisch scheinenden Volksfront 1935 zum ewigen deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrag 1939 und zum heroischen Widerstand der Roten

Armee nach dem Einmarsch der Hitlerschen Wehrmacht am 22. Juni 1941. Nach der tiefen Enttäuschung von 1939 entstanden 1941 neue Hoffnungen auf die Niederlage und Beseitigung des deutschen Faschismus dank diesem Widerstand.

Auch die Wortwahl ist oft in ihrer Zeitabhängigkeit zu sehen, so wenn Rosenberg schon bei deutschen Regierungen der frühen zwanziger Jahre von Faschismus sprach, oder wenn er die Sowjetunion und Hitlerdeutschland unter dem Begriff des Totalitarismus subsumierte (wenn er auch Unterschiede anerkannte).

Das individuelle Schicksal Arthur Rosenbergs entsprach dem kollektiven Schicksal seiner sozialistischen, marxistischen und jüdischen Kollegen und offenbar einer schon nach dem deutschen Sieg von 1870/71 begründeten Tradition. Damals hat ein Berliner Professor die Universität im gerade eroberten Straßburg von allem undeutschen Geist gesäubert. So geschah es wieder 1933, nachdem schon vorher die Träger dieses Geistes diskriminiert waren. Es gab da keinen Unterschied zwischen Geistes- und Naturwissenschaftlern, zwischen Juden, getauften Juden und „Christen“. Auch die Taufe hatte sich als Eintrittsbillet als untauglich erwiesen, und die beiden christlichen Konfessionen vergaßen bereitwillig ihre Kinder. So kam es zu einem großen geistigen Aderlaß, und Arthur Rosenberg liegt – wie so viele bedeutende Deutsche – eingescharrt in fremder Erde, auf einem New Yorker Friedhof.

Stellt man insgesamt die weltgeschichtlichen und die deutschen Turbulenzen und Katastrophen in der kurzen Lebenszeit Arthur Rosenbergs in Rechnung, so wird sein geistiger und politischer Weg verständlich und erscheint dem heutigen Betrachter nicht mehr so ungeradlinig, vielmehr als der Weg eines großen Intellektuellen, der sich immer mehr vom „Zeitgeist“ frei macht.

Diesen Weg hat die vorliegende Monographie nachgezeichnet und damit einem der bedeutenden deutschen Denker ein Denkmal gesetzt, der in Zeiten der völlig kulturfeindlichen Barbarei aus Deutschland vertrieben wurde. Diese Vertreibung war nicht nur ein qualitativer Verlust, eine Verarmung der deutschen Wissenschaftskultur, sondern führte auch zum „nahezu völligen Verfall akademischer Sitten.“¹ Mögen die Spuren uns endlich schrecken!

Prof. Dr. Theodor Bergmann

¹ Harald Hagemann/Claus-Dieter Krohn (Hg.), *Biographisches Handbuch der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*, München 1999, S. XX.

Vorbemerkung

Zeitgenössische Geschichte, schrieb Sebastian Haffner, ist die beste Geschichte. Alle Quellenforschung ersetze nicht die eigenen Augen, die es wirklich gesehen haben, und vor allem nicht die eigene Nase, die es wirklich gerochen hat. „Es gibt für den Historiker räumlich und zeitlich eine Art Idealdistanz zu seinem Gegenstand: räumlich die des gerade noch Beteiligten, der dabei war und ein bißchen mitgemischt hat, ohne geradezu im Mittelpunkt zu stehen; zeitlich ungefähr zehn bis zwanzig Jahre danach, wenn sich die Erinnerung gesetzt hat, aber noch nicht verblichen ist.“ Genau diesen Abstand habe Arthur Rosenberg besessen, als er seine Bücher über Aufstieg und Fall der Weimarer Republik, zur Geschichte des Bolschewismus sowie über Demokratie und Sozialismus schrieb. Rosenberg habe sich, ohne Nebengeräusche zu beachten, ganz auf die ihn interessierenden Fragen konzentriert. „Daß er außerdem noch ein Mann von hoher Wahrheitsliebe und Fairneß war, ein gelernter Fachhistoriker und ein glänzender Schriftsteller, ergab einen Glücksfall, für den ich in Deutschland im 20. Jahrhundert keine Parallele weiß.“¹

In seinem überaus arbeitsreichen Leben erfuhr Arthur Rosenberg eine solche Würdigung nicht. Als Politiker und Wissenschaftler zumeist in doppelter Isolierung lebend, war er jedoch alles andere als ein Stubengelehrter, der sich in seiner eigenen Welt einkapselte. Während seines eher kurzen Lebens hatte er sich auf bemerkenswert unterschiedlichen Gebieten hervorgetan. 1889 in Berlin geboren und dort aufgewachsen, erlangte er frühzeitig einen guten Ruf als produktiver Althistoriker. Die Kriegsniederlage des bislang befürworteten kaiserlichen Deutschland und die Revolution bedeuteten für ihn einen tiefen lebensgeschichtlichen Bruch. Nach der Abwendung von seinem Herkunftsmilieu, dem scheinbar assimilierten jüdischen Bürgertum und der deutschnationalen Gelehrtenwelt, wandte sich Rosenberg ab 1918 der USPD zu. Mit ihrem linken Flügel trat er 1920 der KPD bei. Er wurde ein bekannter Publizist und Politiker der radikalen Linken, der ihren Hoffnungen, Illusionen und Irrtümern beredten Ausdruck verlieh. 1927 verließ er das kommunistische Lager. Danach wurde er durch zahlreiche Arbeiten, die seinen politischen Lernprozeß anhand der eigenen Erfahrung widerspiegeln, zum kenntnisreichen Zeithistoriker. 1933 mußte er aus Deutschland flüchten. Im Exil blieb er unermüdlich wissenschaftlich wie publizistisch tätig. Er starb 1943 in New York. Bis zuletzt hielt er an der Idee einer sozialisti-

¹ Sebastian Haffner, Über Geschichtsschreibung, in: Ders., Zur Zeitgeschichte, München 1982, S. 12f.

schen Demokratie fest. Seine geschliffene, engagierte Darstellungsweise blieb dabei von jeder engstirnigen Parteinahme frei.

Dieses Buch sucht Leben und Denken eines Historikers im Zeitalter der Katastrophen nachzuzeichnen. Es wendet sich an historiographiegeschichtlich Interessierte, aber auch an Leserinnen und Leser, die an einer biographisch angelegten Untersuchung des spannungsreichen Verhältnisses von Wissenschaft und Politik interessiert sind. Rosenberg wird als Alt- und Zeithistoriker, als Schulreformer in der USPD und als maßgeblicher Politiker in der KPD vorgestellt. Er erscheint als zeittypischer Intellektueller, der aus einschneidenden Erlebnissen nach dem Ersten Weltkrieg zu linksradikalen Positionen gelangte, aber – und dies ist nicht typisch – in kritischer Revision dieser Positionen bereits vor 1933 zum demokratischen und sozialistischen Verteidiger der Weimarer Republik wurde. Seitdem suchte er in seinen Arbeiten Demokratie und Sozialismus in einem historischen Interpretationsrahmen zusammenzuführen. Er wollte im Sinne einer „revolutionären Realpolitik“ durchgängig Lehren ziehen und diese auch einer Leserschaft außerhalb des linken Milieus vermitteln. Gerade diese Anstrengungen, die ihn zu Lebzeiten politisch isolierten, trugen zu seiner postumen Wirkung als Zeithistoriker seit den sechziger Jahren wesentlich bei.

Es gibt bereits eine Reihe von Arbeiten zu Rosenberg, angefangen von Helmut Schachenmeyers Pionierstudie über biographische Essays von Helmut Berding, Hans-Ulrich Wehler und Francis L. Carsten, die Bestandsaufnahmen von Rudolf Wolfgang Müller, Gert Schäfer und kürzlich von Andreas Wirsching bis hin zu Untersuchungen von Karl Christ und Luciano Canfora, die dem Althistoriker die gebührende Aufmerksamkeit widmen. Zuletzt hat Lorenzo Riberi in einer beeindruckenden Gesamtschau Rosenbergs wissenschaftliche und politische Schriften analysiert. Was jedoch fehlt, ist eine genaue biographische Untersuchung, die auch die bislang nicht behandelten Jugendjahre sowie das Exil in England und den USA detailliert einbezieht. Schließlich fand auch Arthur Rosenbergs wechselvolles Verhältnis zum Judentum wie zum Zionismus noch keine Beachtung durch die Forschung. Die vorliegende Darstellung möchte diese Lücken schließen helfen.

Im Jahre 1928 schrieb Rosenberg, die „Eigenart der politischen Entwicklung Deutschlands“ habe es mit sich gebracht, „daß bei uns das leere politische Schlagwort, die Illusion und die politische Lebenslüge eine viel größere Rolle spielt als bei anderen Völkern.“ Er wolle seinen Lesern „im Kampf mit diesen Gespenstern ein wenig helfen“; dies vor allem sei Anliegen seines Buches zur Entstehung der deutschen Republik.² Ein schreckliches Dreivierteljahrhundert später sind leere Schlagworte, Illusionen und politische Lebenslügen nicht nur in Deutschland verbreitet. Sind Rosenbergs Arbeiten noch heute hilfreich, um sie zu durchschauen?

Der Plan zu dem Buch entstand im Frühjahr 2000. Die Jahre 2001 und 2002 verbrachte ich hauptsächlich mit der Sammlung und Sichtung der weit verstreuten Materialien. Ich begann mit der Niederschrift des Textes im April 2002, unterbrach sie während meiner Lehrtätigkeit an der University of Massachusetts im Frühjahrssemester 2003 und schloß sie mit dem unterzeichneten Datum ab.

Berlin und Potsdam, im Juli 2003

Mario Keßler

2 Arthur Rosenberg, Die Entstehung der deutschen Republik, Berlin 1928, S. 8.

KAPITEL I

Der Althistoriker im kaiserlichen Berlin (1889–1918)

„Ideen schweben nicht im luftleeren Raum, sondern sind Produkte der realen Verhältnisse“, schrieb Arthur Rosenberg 1932.¹ Dies gilt auch für seine intellektuelle Biographie. Sein Geburtsjahr 1889 erscheint im Rückblick beinahe als Wegmarke in der Geschichte aller politischen Bewegungen, die seinen Werdegang beeinflussen sollten: Es war das Jahr, in dem die internationale Arbeiterbewegung mit der Zweiten Internationale ihre erste Massenorganisation schuf, das Jahr, in dem der Erste Mai zum Weltfeiertag erhoben wurde und der britische Dockarbeiterstreik zur Herausbildung der modernen Gewerkschaftsbewegung beitrug. 1889 schrieb Bertha von Suttner ihren aufrüttelnden Roman *Die Waffen nieder*, der zur Gründungsurkunde der internationalen Friedensbewegung wurde. Es war das Geburtsjahr des Radikaldemokraten Carl von Ossietzky und eines Jawaharlal Nehru, des wichtigsten Repräsentanten der antikolonialen Befreiungsbewegung, für deren Anliegen auch Rosenberg Partei ergreifen sollte. Schließlich wurde 1889 auch jene Gestalt geboren, die allzu viele Deutsche dereinst als ihren „Führer“ ansehen würden, und die brutal in das Leben Rosenbergs – wie in das so vieler anderer – eingreifen sollte.

1. Zwischen Assimilation und Außenseitertum.

Eine Berliner Jugend um 1900

Arthur Rosenberg kam am 19. Dezember 1889 in Berlin in einer Familie des jüdischen Mittelstandes zur Welt. Sein Vater Georg Henry Rosenberg, dessen Beruf als Kaufmann angegeben wird, und seine Mutter Helene stammten vermutlich aus Rosenberg (Rószahegy), einer Großgemeinde im nordungarischen Komitat Liptó. Heute gehört die Stadt unter dem Namen Ružomberok zur Slowakei. Das südlich der Beskiden gelegene Gebiet war ethnisch und konfessionell gemischt: Der slowakischen katholischen Bevölkerungsmehrheit stand

¹ Arthur Rosenberg, *Geschichte des Bolschewismus*, Frankfurt 1975, S. 46 (gemeint ist im folgenden immer Frankfurt am Main).

eine Minderheit von gleichfalls katholischen Ungarn gegenüber. Hinzu kamen die zumeist der deutschsprachigen Kultur verbundenen Juden.

Zu ihnen hatten die Eltern Arthur Rosenbergs gehört, die ursprünglich, wie Arthurs Schwester Jenny schrieb, „beide Österreicher (waren), aus Kaufmannsfamilien, kulturell hochstehend, aber der Vater beruflich leider zeitweilig wenig erfolgreich.“² Wir wissen nichts Genaues über die Art kaufmännischer Tätigkeit von Georg Henry Rosenberg. Er arbeitete zunächst in Berlin, später in Wien, doch kehrte er in die deutsche Hauptstadt zurück.

Dort wurden Arthur und 1896 seine Schwester Jenny geboren und protestantisch getauft. Wohl durch einen Formfehler erhielt Arthur Rosenberg weder die deutsche noch die österreichische Staatsangehörigkeit, was erst Ende 1916 auffiel. Im Januar 1917 wurde er deutscher Staatsbürger.³ Seit Ludwig Börne und Heinrich Heine war die Taufe als *Entréebillett zur europäischen Kultur* zwar von vielen Juden verspottet, doch immer öfter praktiziert worden. Auch die Rosenbergs dürften gehofft haben, ihren Kindern könnte so die den Juden jahrhundertlang vorenthaltene gesellschaftliche Integration gelingen. Trotz prekärer finanzieller Verhältnisse ermöglichten sie ihren Kindern eine gute Ausbildung. Jenny erlernte den Beruf einer Modegestalterin. Arthur besuchte nach der vierjährigen Volksschule zunächst in Berlin bis zur Quarta das Joachimsthalsche Gymnasium, danach anderthalb Jahre lang das Maximiliansgymnasium in Wien, schließlich seit der Obertertia das Askanische Gymnasium in Berlin.

„Der Wiener Aufenthalt hat keinen wesentlichen Einfluß auf mich (aus)geübt. Selbst für die berühmten Kunstschatze der alten Kulturstadt hatte ich damals noch gar kein Interesse“, schrieb Arthur Rosenberg in einem Bericht für die Zulassung zum Abiturrexamen 1907.⁴

Naturgemäß prägten ihn intellektuell stärker die Eindrücke der letzten Gymnasialjahre. Das Askanische Gymnasium stand im Ruf, eine der besten Lehranstalten Berlins zu sein. 1875 gegründet, befand es sich damals unweit des Anhalter Bahnhofs in der Halleschen Straße. Das neu errichtete Gebäude, das immer noch steht und heute von der Kreuzberger Clara-Grunewald-Schule genutzt wird, entstand nach einem Entwurf von Hermann Blankenstein und kostete die damals stattliche Summe von 584 000 Mark. „Neben den wesentlich älteren Anstalten“, heißt es in einer Chronik der Schule, „sollte das neue Gymnasium ein Gegenstück zu den neuen realen und real-gymnasialen Schultypen werden. Dem Askanischen Gymnasium wurde von Anfang an ein ausgesprochen exklusiver Rang gegeben, der

2 Brief Jenny Rosenbergs an Hermann Weber vom 17. März 1961, den mir dieser freundlicherweise zur Verfügung stellte. Zum biographischen Hintergrund vgl. Rudolf Wolfgang Müller/Gert Schäfer (Hg.), *Arthur Rosenberg zwischen Alter Geschichte und Zeitgeschichte, Politik und politischer Bildung*, Göttingen/Zürich 1986; ein Buch, dem dieses Kapitel, ebenso wie den Arbeiten von Karl Christ, Luciano Canfora und Lorenzo Riberi, wesentliche Anregungen verdankt.

3 Rosenberg erwarb die deutsche Staatsbürgerschaft am 8. Januar 1917. Dies nach den Ausbürgerungsakten in: PA AA, R 6343. Rosenberg trat am 4. März 1919 aus der evangelischen Kirche aus. Vgl. SAPMO-BArch, R 58/3256: Reichssicherheitshauptamt, Amt IV: Geheimes Staatspolizeiamt, KPD, Bl. 286.

4 Askanische Oberschule, Schularchiv: Reifeprüfung, Michaelis 1907, Meldung des Oberprimaners Arthur Rosenberg zur Staatsprüfung, Berlin, den 8. Juni 1907 (im folgenden: Meldung Rosenberg). Der vollständige Text befindet sich als Dokument I im Anhang des Buches.

in der besonders sorgfältigen Zusammensetzung seines Lehrerkollegiums seinen Ausdruck fand.“⁵

Der Philologe Adolf Trendelenburg, die prägende Lehrgestalt der Gründergeneration, Sohn des Berliner Ordinarius und Gestalters des preußischen Unterrichtswesens, hatte bereits 1902 die „Aska“ verlassen, um das Direktorat des Friedrich-Gymnasiums zu übernehmen. Ernst Ludwig Althaus, der Latein, Griechisch, Deutsch und Französisch unterrichtete, war Sohn eines an der Berliner Universität lehrenden Historikers. Der Geschichtslehrer Johannes Hermann, nach seiner Promotion 1865 zweieinhalb Jahre im Ausland wirkend, war nicht untypisch für das Niveau der Lehranstalt. Das Askanische Gymnasium diente einigen Lehrern als Sprungbrett für eine akademische Laufbahn, so den Philologen Georg Kaibel, dessen *Inscriptiones Graecae Siciliae et Italiae* auch Arthur Rosenberg als Student benutzt haben dürfte, und Bernhard Kübler. Georg Andresen, der Griechisch, Latein und Deutsch unterrichtete, trat als Tacitus-Forscher und Herausgeber der „Wochenschrift für klassische Philologie“ hervor. Auch Friedrich Poske, Lehrer für Mathematik und Physik, wirkte als Herausgeber eines wissenschaftlichen Periodikums, der „Zeitschrift für physikalischen und chemischen Unterricht“.

Die „Aska“ hatte bereits einige Absolventen vorzuweisen, die sich in Politik und Kunst verdient machten. Dazu gehörte der Publizist Kurt Eisner, seit 1899 Redakteur des sozialdemokratischen „Vorwärts“, den Arthur Rosenberg später „den einzigen schöpferischen Staatsmann, der seit dem November 1918 hervorgetreten war“, nannte.⁶ Drei Jahre nach Eisner bestand der künftige Maler Hans Baluschek im Jahre 1890 sein Abitur. Der Schriftsteller Julius Bab, Abiturjahrgang 1901, war mit seinen Theaterkritiken in der „Welt am Montag“ bekannt geworden und wurde ab 1905 einer der wichtigsten Mitarbeiter an Siegfried Jacobsohns „Schaubühne“. Alfred Wolfenstein, der 1905 die Reifeprüfung ablegte und ebenfalls als Schriftsteller avancierte, überlebte später als Illegaler die deutsche Besatzung in Paris nur um wenige Wochen: „Zu seinem Herzleiden kamen so tiefe Depressionen, daß er dort am 22. Januar 1945 freiwillig aus dem Leben schied“, mußte Kurt Pinthus berichten.⁷ Kurt Hiller, entschiedener Pazifist, streitbarer und querköpfiger Publizist über mehr als ein halbes Jahrhundert lang, absolvierte die „Aska“ 1903. Obgleich er in seinen Memoiren die damaligen Lehrer durchaus kritisch beurteilte, gelangte er doch zu dem Schluß: „Ich bezweifle, daß es in Deutschland höhere Schulen gab, die mehr taugten.“⁸

Auch Rosenberg hatte zweifellos Gewinn von seiner Schulzeit auf dem Askanischen Gymnasium, wo er sich alsbald in den humanistischen Fächern hervortat. Dies trug ihm die Anerkennung seiner Lehrer ein. „Er ist für die historischen Wissenschaften glänzend befähigt“, hieß es in seinem Abiturzeugnis (Michaelis 1907). „Bei seiner vorzüglichen Auffassungsgabe und seinem ausgezeichneten Gedächtnis hat er sich auf den verschiedensten Gebieten Kenntnisse erworben, die weit über das Maß der schulischen Anforderungen hin-

5 Peter Klepper, *125 Jahre Askanisches Gymnasium und Askanische Oberschule (1875–2000)*, Berlin 2000, S. 15. Hiernach die folgenden Informationen, die auch zeitgenössischen Nachschlagewerken entnommen sind.

6 Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, Hamburg 1991, S. 67.

7 Kurt Pinthus (Hg.), *Menschheitsdämmerung. Ein Dokument des Expressionismus*, Leipzig 1986, S. 394.

8 Kurt Hiller, *Leben gegen die Zeit*, Bd. 1: Logos, Reinbek 1969, S. 46.

ausgehen. Zu rühmen ist ferner seine Selbständigkeit im Denken und seine glänzende Vorstellungsgabe. Auch in der Literatur ist er gut orientiert.“⁹

„Von früher Kindheit an“, schrieb der siebzehnjährige Rosenberg, „interessierte ich mich vor allem für Geschichte. Das erste historische Werk, das ich in die Hand bekam, war zufällig Schlossers Weltgeschichte. Dieses Buch ist heute völlig überlebt, was aber gerade manches Gute für mich hatte. Schlosser tut – abgesehen von einigen Abschnitten über Literatur – weiter nichts, als langweilig und trocken die äußere Politik der einzelnen Staaten darzustellen. Dieser Zweig der Weltgeschichte ist zwar, richtig behandelt, ebenso schwer zu verstehen, wie jeder andere, aber er läßt sich am leichtesten popularisieren. Daher war Schlossers Werk meinem damaligen Gesichtskreis völlig angemessen. Ich habe aus ihm vor allem eine Menge Tatsachen gelernt, die ein solides Fundament für weitere Arbeiten boten.“¹⁰

Jenny Rosenberg schrieb über ihren Bruder, daß er Bücher kaufte, „wann immer er konnte ... Es war ihm möglich, im selben Zimmer, wo wir uns unterhielten, meistens mit 2 Büchern u(nd) einem Atlas zu studieren.“¹¹ Dabei stieß er sehr rasch auf die wissenschaftlich beste Literatur seiner Zeit:

„Ich empfand die niedere Stufe der Schlosserschen Geschichtsbetrachtung eigentlich erst, als ich Mommsens ‚Römische Geschichte‘ kennenlernte“, so Arthur Rosenberg später. „Der Eindruck, den dieses Werk auf mich machte, wird mir stets unvergeßlich bleiben. Ganz besonders trug dazu Mommsens wundervoller Stil bei, den ich, freilich vergebens, in meinen Secundaraufsätzen nachzuahmen suchte.“¹²

An seiner Bewunderung für Mommsen hielt Rosenberg zeitlebens fest. Die umfassende *Einleitung und Quellenkunde zur römischen Geschichte* ließ er 1921 mit einer Würdigung auf Mommsen ausklingen: „Theodor Mommsen hat die Wissenschaft vom Alten Rom auf die Höhe gebracht, die sie gegenwärtig innehat. Er besaß die unbedingte Herrschaft über ein Riesenmaterial, eine staunenswerte Arbeitskraft, den schärfsten kritischen Sinn, und dazu die Gabe, aus zerstreuten Trümmern die Vergangenheit lebendig neu zu gestalten.“¹³

Die Interessen des Abiturienten traten deutlich zutage, doch mußte er sich über seine Fähigkeiten klarwerden. „Während ich Gedankenentwicklungen ganz gut darstellen zu können glaube, bin ich zu poetischen Schilderungen vollkommen unfähig. Alle Aufsatzthemen dieser Art sind mir bisher mißglückt. So erhielten wir in Obersecunda einmal den Auftrag, Herbstbilder zu beschreiben. Ich lieferte ein trauriges Elaborat ab. Damals hielt ich es natürlich für ungerecht, daß ich das wohlverdiente Prädikat ‚Mangelhaft‘ bekam.“¹⁴

Innerhalb seiner historischen Studien kristallisierte sich für Rosenberg ein besonderes Interessengebiet heraus. „Als Kind“, schrieb er, „glaubte ich recht viel Geschichte zu wissen. Je näher ich mich mit dieser Wissenschaft beschäftigte, desto mehr wurde ich vom Gegenteil überzeugt. Um nicht in oberflächlichen Dilettantismus zu geraten, sah ich mich genötigt, einen Teil von ihr zum besonderen Studium zu wählen. Ich wählte die Alte Geschichte. Zur Ergänzung für die in der Schule gründlich behandelte klassische Zeit suchte

9 Askanische Oberschule, Schularchiv: Reifeprüfung, Michaelis 1907, Zeugnis der Reife: Arthur Rosenberg (im folgenden: Reifezeugnis Rosenberg).

10 Meldung Rosenberg.

11 Jenny Rosenberg an Hermann Weber, 17. März 1961.

12 Meldung Rosenberg. Die Orthographie wurde hier und im folgenden modernisiert.

13 Arthur Rosenberg, *Einleitung und Quellenkunde zur römischen Geschichte*, Berlin 1921, S. 292.

14 Meldung Rosenberg. Hiernach auch das Folgende.

ich mich zu Hause besonders in die orientalische einzuarbeiten. Von den modernen Fachgelehrten habe ich das meiste den Schriften des hiesigen Universitätsprofessors Eduard Meyer zu verdanken, dessen Schüler zu sein ich hoffentlich das Glück haben werde.“ Der Abiturient wollte einen Beruf ergreifen, bei dem er „am meisten mit dem Altertum in Berührung bleiben“ würde, „nämlich den eines Lehrers der klassischen Sprachen. Es trug zu diesem Entschlusse noch besonders die Überlegung bei, daß Geschichtskennntnisse ohne Beherrschung der entsprechenden Sprachen und Literaturen wertlos sind. Ich habe daher die Absicht, Klassische Philologie und Alte Geschichte zu studieren.“

Da Georg Henry Rosenbergs Mittel nicht ausreichten, den Schulbesuch seines Sohnes zu finanzieren, beantragte die Schule eine Beihilfe. Die 1896 begründete Gustav-Levinstein-Stiftung unterstützte wie die sieben Jahre ältere Lessingstiftung bedürftige Schüler. Sie war von dem Rentier Gustav Levinstein ins Leben gerufen worden, der damit der Bildungsstätte seines Sohnes Percy seine Dankbarkeit erweisen wollte.¹⁵ Mit dem Empfang des Gustav-Levinstein-Stipendiums war Arthur Rosenberg um so mehr zu Leistungen verpflichtet, und die Zeugnisse weisen ihn in der Tat als Zweitbesten seiner Klasse aus.¹⁶

Die frühe Erfahrung, sich mit herausragenden Ergebnissen behaupten zu müssen, verstärkte Charaktereigenschaften, die ohnehin in Rosenberg angelegt waren. Sein Studienfreund Kurt Kersten, der später als Schriftsteller unter anderem viel beachtete Biographien von Friedrich II., Peter I., Georg Forster und Bismarck schreiben sollte, erinnerte sich an ihn als einen Mann „von hoher Intelligenz, großem Wissen und ungewöhnlicher Lebhaftigkeit, er besaß einen starken Eigenwillen und war stets von Widerspruchsgeist erfüllt, war nicht ganz frei von einer gewissen geistigen Eitelkeit.“¹⁷

Stilistisch begabt und gut beobachtend zeigt sich Rosenberg in seinem Abituraufsatz über zwei Frauengestalten im antiken und modernen Drama: Aischylos' Klytimestra und Shakespeares Gertrud.

„Die alte griechische Tragödie ist vor allem Gottesdienst. Die erhabenen Worte sollen die erhabenen Götter verstehen lehren, so ist der Handelnde eigentlich immer Gott, der Schauplatz die ganze Welt, der einzelne Mensch nur ein Stift im Mosaik. Und wenn so schon die Einzelpersönlichkeit des Mannes nicht hervortritt, um wieviel weniger die des Weibes, dessen Charakterbild so recht eigentlich aus feinen und intimen, unheroischen Zügen sich zusammensetzt.

Ganz anders ist die moderne Tragödie geartet. Sie ist nicht Predigt, sondern Kunst allein. Und ihre Kunst ist die Erkenntnis des Individuums, des männlichen wie des weiblichen.“

Aischylos wolle in der *Oresteia* „das Walten der Gottheit zeigen“; diese rächt durch Orestes den Mord an Agamemnon. „Auf der Bühne, wo die olympischen Götter selbst auftreten, könnte kein gewöhnlicher Mensch stehen, sondern nur heroisch-gewaltige Wesen. Eine

15 Bernhard Przeradzki, *100 Jahre Askanische Schule. Eine Chronik der Askanischen Oberschule zum 100jährigen Bestehen* (1975), 2. Aufl., Berlin 1984, S. 32.

16 Die Levinstein-Stiftung führte auch über die Studienleistungen ihrer ehemaligen Stipendiaten genau Buch und ließ sich von der Universität die Prüfungsergebnisse melden. Vgl. die Acta betr. die Gustav-Levinstein-Stiftung im Archiv der Askanischen Oberschule. Diesen Hinweis verdanke ich Jens Thiel, Berlin.

17 Kurt Kersten in einem Brief an Helmut Schachenmeyer vom 12. Dezember 1959, den mir Dr. Schachenmeyer freundlicherweise überließ. Ähnlich Kersten im Vorwort zu Arthur Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik*, Hamburg 1991, S. 8.

solch eherne Gestalt ist auch Klytimestra, nichts Weibliches ist in ihr.“ Ganz anders Shakespeare. „Ihn interessierte vor allem das Weib. Und was für ein wundervolles Weib ist Gertrud geworden!“ Shakespeare habe sich im *Hamlet* „als großer Menschenkenner gezeigt“, so der begeisterte Abiturient. „Auch daß Gertrud *kein* junges Mädchen ist, sondern in der Reife der Jahre steht, ist *ein feiner Zug*. In diesen Jahren wurzelt die Liebesleidenschaft am tiefsten“, wie der noch nicht Achtzehnjährige genau wußte.¹⁸

Rosenbergs Abiturzeugnis weist für alle Fächer, außer Turnen und der benoteten Handschrift, mindestens gute Zensuren auf. Hervorgehoben werden seine Leistungen in den Sprachen. „Er ist mit größtem Interesse dem Unterricht gefolgt und besitzt eine sehr gutes Verständnis der Schriftsteller“, heißt es in der Beurteilung des Französischlehrers. „Er hat sich eifrigst an dem Unterricht beteiligt und ein recht gutes Verständnis der Schriftsteller erworben“, teilt Rosenbergs Englischlehrer mit. „Er hat die Autoren mit lebhaftem Interesse gelesen“, attestierte man ihm in Latein. „Mit regem Interesse ist er dem Unterricht gefolgt und hat ein gutes Verständnis den Schriftstellern entgegengebracht“, hielt der Griechischlehrer fest.¹⁹

Es blieb dem stipendiumabhängigen Rosenberg gar nichts anderes übrig, als gute Leistungen auch in den Fächern zu erzielen, an denen er nur mäßiges Interesse zeigte. „Auch die auf Mathematik und Physik verwendete Zeit reut mich nicht“, schrieb der Abiturient. „Von dem allgemeinen Bildungswert, den ich hier beiseite lasse, abgesehen, besteht ein guter Teil der Geistesarbeit der Griechen in mathematischen Untersuchungen, die unverständlich sind, wenn man sich nicht die Grundlagen der Mathematik angeeignet hat.“²⁰

Rosenbergs frühe Jahre unterschieden sich somit von der behüteten Kindheit des fast gleichaltrigen Walter Benjamin, der in seinen ersten Jahren stets „ein Gefangener des alten und neuen (Berliner) Westens“ blieb. „Mein Clan bewohnte diese beiden Viertel damals in einer Haltung, die gemischt war aus Verbissenheit und Selbstgefühl ... In dies Quartier Besitzender blieb ich geschlossen, ohne um ein anderes zu wissen. Die Armen – für die reichen Kinder meines Alters gab es sie nur als Bettler.“²¹ Rosenberg war weit entfernt von dieser elitären Haltung. In bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen, spürte er früh die sozialen Spannungen in der Atmosphäre der Reichshauptstadt. Kurz nach 1900 muß das Interesse an politischen Problemen, parallel zu seiner historischen Lektüre, erwacht sein. „Er sammelte die Zeitungen aus dem Japanisch-Russischen Krieg“, schrieb seine Schwester, „u(nd) lief, wenn Wahlen stattfanden, noch abends zur Redaktion der großen Zeitungen, um die Ergebnisse zu erfahren.“ Eine von Jenny Rosenberg nachträglich in den Brief eingefügte Bemerkung verdient besonderes Augenmerk: „Er war begeistert für Singer u(nd) Bebel.“²²

Es würde zu weit führen, den jungen Rosenberg deshalb zum Sozialisten zu erklären. Aber die in seinen späteren Schriften erkennbare Sympathie für politisch Engagierte, die den ungleichen Kampf mit einer sehr viel stärkeren Staats- oder Parteimacht aufnehmen, wird

18 Askanisches Gymnasium, Reifeprüfung Michaelis 1907, Deutsche Aufsätze: Arthur Rosenberg, Aischylos' Klytimestra und Shakespeares Gertrud. Die Hervorhebungen in den Zitaten entstammen hier und im Folgenden dem Text.

19 Reifezeugnis Rosenberg.

20 Meldung Rosenberg.

21 Walter Benjamin, Berliner Kindheit um 1900, in: Gesammelte Schriften, Bd. IV/1, Frankfurt 1972, S. 287.

22 Jenny Rosenberg in einem Brief an Hermann Weber, 17. März 1961.

bereits in seinen Jugendjahren deutlich. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhundert, in dem der junge Rosenberg nach seinem Platz in der Gesellschaft suchte, war August Bebel weit über die Sozialdemokratie hinaus populär. Paul Singer könnte Rosenberg beeindruckt haben, weil er sich als begüterter Unternehmer von seiner Schicht löste und für die SPD politisch und finanziell engagierte, damit Grenzen überschritt und zum *intentionellen Außenseiter* wurde.

Singer war jedoch, Hans Meyers Kategorien folgend, nicht nur ein *intentioneller*, sondern auch ein *existentieller* Außenseiter. Er war nicht nur durch seine politische Option, sondern schon durch seine jüdische Herkunft mit einem Status versehen, der unter bestimmten Bedingungen zur Belastung werden konnte.²³ Im Exil gab der Kunsthistoriker Max Osborn 1944 eine Episode von einer sozialdemokratischen Veranstaltung wieder, auf der Paul Singer den Antisemitismus verurteilt hatte:

„Und da geschah etwas, weswegen ich hier davon erzähle. Vom obersten Rang herab nämlich klang es plötzlich in den Raum, mit einer unendlich zärtlichen Stimme ‚Judenpaule! Judenpaule!‘. Die Massen horchten auf. ‚Bravo Judenpaule!‘, ‚Hoch, Judenpaule!‘ tönte es noch einmal von oben. Und wie eine Flamme sauste der Ruf durch den Saal. Einzelne nahmen ihn auf. Jetzt mehrere. Jetzt ganze Scharen. Und bald schwoll es zu einem Orkan. Das Wort war völlig aus der Art der Berliner Arbeitersprache geboren. So würde man auch sonst etwa einen Berufsgenossen jüdischen Glaubens angeredet haben, mit einer spielenden Charakteristik seiner Besonderheit, ohne eine Spur von unerfreulichem Nebengeräusch. Auch hier benutzte man diese Titulierung gänzlich harmlos. Sie war lediglich ein Ausdruck noch gesteigerter Vertrautheit. Das verstanden alle.“²⁴

Die sozialdemokratischen Arbeiter gaben ihrer Sympathie zu Parteiführern Ausdruck, die als Juden und als Sozialisten doppelten Angriffen ausgesetzt waren. Dennoch ist natürlich nicht zu übersehen, daß Bezeichnungen, die ursprünglich nicht pejorativ gemeint waren, in einer anderen Umgebung und veränderten Atmosphäre durchaus einen herabsetzenden Unterton bekommen konnten. Ohne daß es recht bewußt war, öffnete man mit Kennzeichnungen wie etwa Singers als „Judenpaule“ gewissermaßen eine Flanke, die Gegnern Gelegenheit zu Angriffen gab.²⁵ Rosenberg mochte die von Osborn geschilderte Begebenheit unbekannt geblieben sein, das grundsätzliche Problem war ihm zweifellos bewußt. Als protestantisch Getaufte, der ein Gymnasium besuchte, in dem die Zahl der jüdischen Schüler – nicht der Lehrer – erheblich war, in manchen Klassen bis zu einem Drittel betrug, konnte er Diskussionen über jüdische Assimilation und Emanzipation kaum ausweichen. Er selbst, dies kann als sicher gelten, sah sich weder damals noch viele Jahre später in erster Linie als Jude. So war es für ihn undenkbar, daß er an der Schule statt des Englischen das Hebräische als angebotene zweite Fremdsprache gewählt hätte. Doch mit seiner Entscheidung für das Studium der Alten Geschichte und klassischen Philologie folgte Rosenberg vielen um Integration bemühten Gelehrten jüdischer Herkunft – die sich dennoch des „kleinen Unterschiedes“ zu ihrer Umgebung bewußt blieben.

23 Vgl. Hans Mayer, *Außenseiter*, Frankfurt 1977, bes. S. 13–19.

24 Zit. in Paul Massing, *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt 1986, S. 218.

25 Hierzu mehr bei Robert S. Wistrich, *Socialism and the Jews. The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria-Hungary*, East Brunswick, NJ 1982, S. 72ff.

2. Die Lehrjahre des Althistorikers

Die Alte und insbesondere die Römische Geschichte übte auf Gelehrte jüdischer Herkunft eine besondere Anziehungskraft aus.²⁶ Diese schienen, wie Karl Christ festhielt, „völlig in die deutschsprachige Geschichts- und Altertumswissenschaft integriert“, und das schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.²⁷ Joseph Rubino wurde 1842 in Marburg als erster Althistoriker jüdischer Herkunft ordentlicher Professor – allerdings erst nach der Taufe.²⁸ Vierzehn Jahre nach der Taufe erhielt Karl Lehrs 1845 eine ordentliche Professur für klassische Philologie in Königsberg. Ludwig Friedländer wurde 1858 Ordinarius für Klassische Philologie und Eloquenz in Königsberg.²⁹ Seine *Darstellungen aus der Sittengeschichte Roms in der Zeit von August bis zum Ausgang der Antonine* charakterisierte sein Schüler Otto Hirschfeld als ein „Buch, das ... in durchaus wissenschaftlicher, aber auch dem Nichtgelehrten verständlicher Weise, von einer weit umfassenden internationalen Bildung befruchtet, in kunstvoller Schilderung die Kulturgeschichte des römischen Kaiserreiches zur Darstellung“ bringt. „Nur sehr wenigen Büchern, die dem klassischen Altertum gewidmet sind, ist es beschieden gewesen, in so weite Kreise zu dringen und auf sie eine so nachhaltige Wirkung auszuüben.“³⁰ Damit legte Hirschfeld eine Maxime eigenen Handelns dar, und es war kein Zufall, daß der Student Arthur Rosenberg, dem an Klarheit des Ausdrucks immer gelegen war, sich diesem Gelehrten enger anschloß.

Otto Hirschfeld, der seit 1864 mit Theodor Mommsen bei der Edition des *Corpus Inscriptionum Latinarum* zusammengearbeitet hatte, war 1885 zu dessen Nachfolger auf den Berliner Lehrstuhl berufen worden. Daß ein, wenngleich getaufter Jude dieses privilegierte Amt innehaben konnte, überrascht nicht, bedenkt man Mommsens wichtige Rolle im sogenannten Berliner Antisemitismusstreit der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts.³¹ Damals hatte er entschieden gegen die von Heinrich von Treitschke angeführte antisemitische Fronde opponiert, die den Judenhaß in den akademischen Verhaltenskodex aufzunehmen gedachte. Dies und die Tatsache, daß die Beschäftigung mit der Alten Welt von den Professoren, also den Bekennern, kein eindeutiges politisches Bekenntnis abforderte, mag dazu beigetragen haben, daß assimilationswillige Juden hier ein weniger gefährliches Terrain erblickten als in den mit politischen Minen gespickten Fachgebieten, die der Gegenwart näher lagen. Neben Hirschfeld waren die Altertumswissenschaften in Berlin damals durch zwei weitere Kapazitäten vertreten: den Philologen Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, Mommsens Schwiegersohn, und Eduard Meyer.

26 Vgl. Carl Misch, *Geschichtswissenschaft in: Siegmund Katznelson (Hg.), Juden im deutschen Kulturbereich. Ein Sammelwerk*, 2. Aufl., Berlin 1959, S. 364ff.

27 Karl Christ, *Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft*, München 1982, S. 164.

28 Vgl. Heinrich Chantraine, *Die Leistung der Juden für die Alte Geschichte im deutschen Sprachraum*, in: Walter Grab (Hg.), *Juden in der deutschen Wissenschaft*, Tel Aviv 1986, S. 118f.

29 Ebenda, S. 121f. Zu nennen sind weiterhin Jacob Bernays in Bonn, Ludwig Traube in München, Friedrich Münzer in Münster, Eugen Täubler in Heidelberg, Richard Laqueur in Gießen, Tübingen und Halle. Der Altphilologe Eduard Norden wurde 1927 Rektor in Berlin.

30 Otto Hirschfeld, *Kleine Schriften*, Berlin 1913, S. 924.

31 Vgl. Walter Boehlich (Hg.), *Der Berliner Antisemitismusstreit*, Frankfurt 1965.

Rosenbergs vor dem Abitur geäußelter Wunsch, Meyers Schüler zu werden, sollte sich erfüllen. Der zum Wintersemester 1907/08 an der Friedrich-Wilhelms-Universität immatrikulierte Rosenberg geriet wie viele andere in den Bannkreis dieses herausragenden Denkers, Forschers und politischen Gelehrten.

Schon äußerlich war der fast zwei Meter große, schlanke Meyer eine imponierende Gestalt, die, nach dem Urteil von Zeitgenossen, gleichermaßen hohe Gelehrsamkeit wie unbändige Energie ausstrahlte.³² Als wohl einziger Historiker der Alten Welt war er sowohl in griechischer wie in römischer und orientalischer Geschichte zu Hause. Bereits als Abiturient hatte der 1855 in Hamburg geborene Meyer seine erste wissenschaftliche Untersuchung abgefaßt. Sie diente ihm als Grundlage seiner *Geschichte des Königreiches Pontos*, mit der er sich 1879, als nur Vierundzwanzigjähriger, in Leipzig habilitierte. Dort, im damaligen „Mekka der deutschen Orientalistik“, hatte er mit einem Studium der orientalischen Sprachen, Geschichte und Kultur die Grundlagen für seine alle Gebiete der antiken Geschichte umfassende Forschungstätigkeit gelegt. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts hatte August Boeckh in Berlin das Programm einer interdisziplinären Altertumswissenschaft angeregt, das noch für Meyer verpflichtend war. Im ersten Band seiner *Geschichte des Altertums*, der 1884 erschien, hatte er den normativen Anspruch einer staatsapologetischen Anthropologie-Auffassung formuliert;³³ ein solches Denken korrespondierte mit dem als selbstverständlich vorausgesetzten Verständnis vom Machtstaat der Gegenwart.

Dem mit Recht als Universalgelehrten bezeichneten Meyer schloß sich Rosenberg am engsten an.³⁴ Doch belegte er auch Lehrveranstaltungen bei dem Assyriologen Friedrich Delitzsch, dem Latinisten Hermann Dessau,³⁵ dem Philosophen und Aristoteles-Forscher Hermann Diels, dem Kirchenhistoriker Adolf von Harnack, dem Mediävisten und Archivar Michael Tangl sowie natürlich bei Wilamowitz-Moellendorff und Hirschfeld.³⁶ Bereits am 7. Februar 1908 absolvierte der Student für Alte Geschichte und Philologie Arthur Rosenberg eine Prüfung bei Eduard Meyer, die dieser, was er selten tat, mit „Sehr gut“ bewertete. Am 31. Juli 1908 bestand Rosenberg bei Otto Hirschfeld die Prüfung über die Römische Staatsverfassung ebenfalls mit sehr gutem Ergebnis. Am 13. Februar 1909 legte er im 3. Semester die Prüfung in Klassischer Philologie bei Hermann Diels erneut mit „Sehr gut“ ab. Weitere Examina erbrachten ähnliche Resultate.³⁷ Damit hatte sich Rosenberg deutlich vom Gros der Studenten abgehoben und die Aufmerksamkeit seiner Professoren erregt. Er hoffte, rasch promovieren zu können. Es scheint, daß er mit seiner Bewerbung für ein Promotions-

32 Zum Forschungsstand vgl. William M. Calder III/Alexander Demandt (Hg.), *Eduard Meyer. Leben und Leistung eines Universalhistorikers*, Leiden etc. 1990; Karl Christ, *Von Gibbon zu Rostovtzeff. Leben und Werk führender Althistoriker der Neuzeit*, Darmstadt 1972, S. 286–333. Ergänzend sei auf ein in der *WZ Berlin*, 40 (1991), Nr. 9, dokumentiertes Symposium über Meyer hingewiesen.

33 Vgl. Renate Schlesier, „Arbeiter in Useners Weinberg“. *Anthropologie und antike Religionsgeschichte in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg*, in: Hellmut Flashar (Hg.), *Altertumswissenschaft in den 20er Jahren. Neue Fragen und Impulse*, Stuttgart 1995, S. 338.

34 Im Brief an Helmut Schachenmeyer vom 12. Dezember 1959 schrieb Kersten über das Verhältnis Meyers zu Rosenberg: „Eduard Meyer schätzte ihn hoch ein.“

35 Dessau, Sohn eines Rabbiners und nicht getauft, blieb Honorarprofessor, hatte jedoch eine feste Stelle an der Preußischen Akademie der Wissenschaften inne. Vgl. zu ihm Chantraine, *Leistung*, S. 125f.

36 Das Verzeichnis der von Rosenberg gehörten Vorlesungen befindet sich als Dokument 2 im Anhang.

37 Askanische Oberschule, Schularchiv, Acta betr. Gustav-Levinstein-Stiftung (Arthur Rosenberg).

stipendium erste Wünsche für eine wissenschaftliche Laufbahn, möglichst an der Berliner Universität, verband.

Die *Alma mater Berolinensis* feierte im Jahre 1910 den 100. Jahrestag ihrer Gründung. Gemessen am ehrwürdigen Alter anderer Universitäten war sie eine junge Lehranstalt, doch überflügelte sie an wissenschaftlicher Bedeutung alle anderen Hochschulen in Deutschland und Mitteleuropa, wetteiferte sogar mit der Pariser Sorbonne um den inoffiziellen Titel der führenden Bildungsanstalt auf dem europäischen Kontinent. Auch eine dem deutschen Kaiserreich so kritisch gegenüberstehende Historikerin wie Annemarie Lange bemerkte über die Friedrich-Wilhelms-Universität beinahe schwärmerisch: „Neben den Instituten für Theoretische Physik, für Physikalische Chemie, für Mathematik und den medizinischen Instituten (denen die 200jährige Charité angeschlossen war) zogen die Seminare für alte und neue Philologie, für Kunstgeschichte usw. viele ausländische Studenten nach Berlin. Seitdem Deutschland Kolonialpolitik betrieb, gewann das angegliederte Seminar für Kolonialwissenschaft und für orientalische, vor allem asiatische und afrikanische Sprachen ‚praktische Bedeutung‘ für Offiziere, Beamte, Kaufleute und Ärzte.“³⁸ Eine Promotion an dieser renommierten Bildungsstätte war somit für Rosenbergs weiteren Weg die denkbar beste Empfehlung.

Im Jahre 1911 schrieb er seine Dissertation. In den *Untersuchungen zur römischen Zenturienverfassung*, einer sehr knappen Arbeit von 42 Seiten, beschäftigte er sich mit dem Problem der „servianischen Ordnung“. Servius Tullius, dem römischen König, schreibt die antike Tradition die Einrichtung der nach Vermögensklassen und Hundertschaften (Zenturien) gegliederten Heeresversammlung zu. Mit dieser Verfassungsreform verlor die Kurienversammlung an Bedeutung und wurde später auf die Bestätigung der gewählten Beamten begrenzt. Servius schuf nach der Überlieferung eine Verfassung, die den wehrfähigen Plebejern neben den Patriziern gewisse politische Rechte einräumte, wenn auch gerade auf diese Weise den Vermögenden die Stimmenmehrheit gesichert war. Man teilte die Bürgerschaft entsprechend ihrem Vermögen in fünf Klassen und 193 Zenturien ein, wobei die „Ritter“ und die erste Klasse die absolute Stimmenmehrheit gegenüber allen anderen Klassen besaßen. In Auseinandersetzung mit Theodor Mommsen und Hans Delbrück betonte Rosenberg, daß die Verfassung nicht mit der Heeresordnung zusammenfiel, wenngleich sie auf ihr beruhte, und schrieb: „Die servianische *Militärordnung* (der natürlich equites und Fußvolk, die Scheidung in *assidui* und *proletarii*, in *iuniores* und *seniores*, die Abteilungen der *fabri* und Musikanten, die Versammlung auf dem Marsfeld u. a. angehören) ist *nicht* identisch mit der servianischen *Stimmordnung*. Sondern die Heeresordnung wurde, als man sie als Volksversammlung verwenden wollte, zu diesem Zweck aus politischen Motiven geändert, nämlich durch die Einrichtung der 5 Klassen und der 193 Zenturien.“³⁹

Rosenberg zog Analogien aus der Neuzeit und die bevölkerungsstatistischen Forschungen von Karl Julius Beloch heran, um ein „Verständnis des (römischen) Klassensystems ... vom Standpunkt der Politik aus zu gewinnen.“⁴⁰ Er suchte die „Beschränkung der Demo-

38 Annemarie Lange, *Das wilhelminische Berlin. Zwischen Jahrhundertwende und Novemberrevolution*, 4. Aufl., Berlin 1984, S. 496.

39 Arthur Rosenberg, *Untersuchungen zur römischen Zenturienverfassung*, Berlin 1911 (Reprint New York 1975), S. 2. Für die Interpretation stütze ich mich auf Christ, *Römische Geschichte*, S. 177ff.

40 Rosenberg, *Untersuchungen*, S. 14.

kratie“ im republikanischen Rom darzulegen. „Divide et impera“ war überall der Grundsatz des altrömischen Adels. Nach ihm regierte man Italien, wo der Latiner der Masse der *socii* gegenüberstand, und letztere wieder in die verschiedensten Gruppen nach Rechten und Verpflichtungen zerfielen. Und nach ihm sucht man die einheitliche Masse der Bauernschaft zu Hause, die geschlossen, unüberwindlich war, zu sprengen. So schuf man aus wohlhabenden Großbauern die erste Klasse, gab ihr 80 Stimmen, d. h. mit der Nobilität *einig*, die Majorität; und suchte auf alle Weise in ihr ein gesondertes, den Kleinbauern und Arbeitern entgegengesetztes Standesgefühl zu erwecken. Daß der Versuch gelungen ist, zeigt noch heute unsere deutsche Sprache, wenn wir von ‚Klassen‘, ‚Klassenbewußtsein‘ und dergl. reden.“⁴¹ Rosenberg sah die Zenturienversammlungen als „Kontrollversammlungen“⁴² und suchte den Nachweis zu führen, daß die „servianische Verfassung“ nicht vor dem 4. Jahrhundert v. u. Z. entstanden war.⁴³

Der Autor bemühte sich um die Ermittlung von Zahl und Stärke der einzelnen Klassen der servianischen Ordnung. Um das Zahlenverhältnis zwischen Voll- und Kleinbauern, „Bauerngütern und Parzellenbetrieben“, in Rom feststellen zu können, versuchte er Methoden der modernen Agrarstatistik anzuwenden und bemerkte: „Überall das gleiche Ergebnis. Die Zahl der Betriebe nimmt nach oben mit reißender Schnelligkeit ab; nur eine kleine Minorität besitzt mehr als eine mäßige Grenze angibt, und auf der anderen Seite sind die ganz kleinen Wirtschaften, die in Rom in die fünfte Klasse gehörten, etwa die Hälfte von allen.“⁴⁴ Rosenberg glaubte die Stärke der Zenturien für die Zeit um 225 v. u. Z. berechnen zu können. Diesen Überlegungen widersprach zwar ein Rezensent,⁴⁵ doch erfuhr die Buchfassung der Dissertationsschrift, die um diese Berechnungen erweitert wurde, eine intensive Rezeption in der Fachwelt,⁴⁶ die Dissertation selbst eine sehr positive Beurteilung durch die Referenten Otto Hirschfeld und Eduard Meyer. Am 29. Juli 1911 bestand Rosenberg das Doktorexamen *Magna cum laude*, ein damals selten vergebenes Prädikat.⁴⁷ Er untermauerte seine Ergebnisse mit einer Reihe von Spezialuntersuchungen, die er an die Dissertation anschloß. In ihnen bemühte er sich, wiederum meist in Auseinandersetzung mit Mommsen, Einzelheiten der Zenturienverfassung zu klären, wobei er auch einen Vergleich der servianischen mit der solonischen Verfassung zog.⁴⁸

Helmut Schachenmeyer, der die erste gründliche Studie über Rosenberg verfaßte, wollte bei der Verwendung von Termini wie „Klasse“ und „Klassenkampf“ den Doktoranden bereits auf dem Wege zum Marxismus sehen.⁴⁹ Luciano Canfora und Lorenzo Riberi weisen

41 Ebenda, S. 16f.

42 Ebenda, S. 20.

43 Ebenda, S. 21.

44 Ebenda, S. 26.

45 W. Soltau in: Berliner Philologische Wochenschrift, 33 (1913), Sp. 891–895.

46 Übersichten der Rezensionen finden sich bei Helmut Schachenmeyer, Arthur Rosenberg als Vertreter des historischen Materialismus, Wiesbaden 1964, S. 173, und im bibliographischen Anhang dieses Buches.

47 HUB, UA, Phil. Fak. 1234: Habilitationen. Rosenbergs Habilitationsakte war die Promotionsurkunde beigelegt (Bl. 126R).

48 Die 594 v. u. Z. in Athen durch Solon durchgeführte Reform beseitigte weitgehend die Gentilverfassung und teilte alle Bürger entsprechend ihrem Vermögen in vier Gruppen ein, wovon vor allem die wohlhabende Oberschicht profitierte.

49 Schachenmeyer, Rosenberg, S. 15.

jedoch mit Recht darauf hin, daß sogar der ausgesprochene Antimarxist Eduard Meyer solche Kategorien in seinen Schriften und Lehrveranstaltungen verwendete und damit zu einem Anreger für die moderne deutsche Sozialgeschichte wurde.⁵⁰ Im vierten Band seiner *Geschichte des Altertums* hatte Meyer 1901 betont: „Die Kapitalisten wollen die Massen und den Staat ebensogut beherrschen wie die Agrarier, aber sie treten für die Forderungen der Menge ein, weil die demokratische Gestaltung des Staats ihnen am meisten zugute kommt.“⁵¹ In der Zeit nach Perikles, also nach 429 v. u. Z., wären laut Meyer nicht nur die demokratischen Parteiführer, sondern auch ihre politischen Gegner Kaufleute und Kapitalisten gewesen: „Für diese ganze Generation von Staatsmännern ist charakteristisch, daß sie zu dem Stande der Gewerbetreibenden, der Kaufleute und vor allem der Industriellen gehören ... Auch bei den Konservativen sah es nicht viel anders aus: Nikias, ihr Führer, entstammte keinem alten Adelsgeschlecht, sondern war ein Kapitalist, der seinen Reichtum dem Bergwerksbetrieb verdankte.“⁵²

Meyer suchte die Kategorien einer entstehenden Sozialgeschichtsschreibung in expliziter Auseinandersetzung mit Marx „und den vielen, die bewußt und unbewußt von ihm abhängig sind“, auf die Alte Welt zu übertragen: „Wer die Anwendbarkeit des Kapitalbegriffs auf das antike Leben leugnet“, betonte er, „vermag, geblendet durch die abweichenden rechtlichen Formen, die wahre Gestalt des wirtschaftlichen Lebens der Zeit nicht zu erkennen.“⁵³ In Anlehnung an Hegel und mit scharfer Kritik am Marxismus wie am Liberalismus schrieb Meyer, daß der „Staat in seiner Urgestalt älter als der Mensch ist und die Voraussetzung aller menschlichen Entwicklung bildet.“⁵⁴ Riberi sieht mit Recht in Meyer den idealtypischen Vertreter einer deutschen „Gelehrtenpolitik“, der den „Dienst am Staat“ mit einer scharfen Ablehnung der Idee vom Staat als Gemeinwesen politisch selbständig handelnder Bürger verband.⁵⁵ Doch bleibt zu ergänzen, daß Meyer mit der Verwendung von Kategorien wie „Kapital“ und „Klasse“ schon über das Gros seiner Fachkollegen hinausging, waren doch diese Termini in der akademischen Welt damals noch höchst unpopulär. Ihre führenden Repräsentanten wandten sich gegen eine Analyse der Gesellschaft nach ökonomischen Kriterien, fürchteten sie doch, daß darin der Keim einer radikalen Gesellschaftskritik liegen könnte. Sie mißtrauten dem Klassenbegriff sogar dort, wo er rein deskriptiv gebraucht wurde.⁵⁶ Damit hatten sie, schreibt Fritz Ringer, „in gewisser Weise recht. Denn nichtökonomi-

50 Luciano Canfora, *Politische Philologie. Altertumswissenschaften und moderne Staatsideologien*, Stuttgart 1995, S. 52; Lorenzo Riberi, Arthur Rosenberg. *Democrazia e socialismo tra storia e politica*, Milano 2000, S. 28f.

51 Eduard Meyer, *Geschichte des Altertums*, Bd. IV/1, 2. Aufl., Stuttgart/Berlin 1912.

52 Ebenda, Bd. IV/2, S. 51.

53 Ebenda, Bd. IV/1, S. 516, Anm. 2.

54 Ebenda, Bd. I/1, 2. Aufl., Stuttgart/Berlin 1907, S. 34.

55 Riberi, Rosenberg, S. 31. Zu Begriff und Praxis der Gelehrtenpolitik vgl. Rüdiger vom Bruch, *Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im wilhelminischen Deutschland (1890–1914)*, Husum 1980.

56 Wie sehr sich diese Sichtweise – nicht nur in England – im Verlauf nur einer Generation wandelte, zeigt Ronald Syme Vorwort zu seiner 1939 erstmals erschienenen *Roman Revolution*, die, unter dem Eindruck der modernen Diktatoren stehend, Aufstieg und Herrschaft des Augustus untersuchte: „In all ages, whatever the form and the name of government, be it monarchy, republic, or democracy, an oligarchy lurks behind the facade; and Roman history, Republican or Imperial, is the history of the gover-

sche Kriterien der gesellschaftlichen Schichtung besaßen insbesondere in Deutschland einfach eine so offensichtliche Geltung, daß sie nicht übersehen werden konnten.⁵⁷ Einige Historiker und Soziologen, am entschiedensten Othmar Spann, arbeiteten mit der Kategorie des „Standes“, um eingestandene soziale Gegensätze zu rechtfertigen.⁵⁸ Als historisches Phänomen, keineswegs jedoch als politisch legitimes Mittel der Gesellschaftsveränderung, hatte seit Mommsen der Revolutionsbegriff Einzug in die althistorische Literatur gehalten und – neben einem unorthodoxen Gelehrten wie Robert von Pöhlmann⁵⁹ – natürlich auch Meyer beeinflusst.⁶⁰ Rosenberg nahm dessen begriffliche Anregungen auf und suchte sie in seinen späteren althistorischen Forschungen anzuwenden.

Zunächst legte er am 27. März 1911 den zweiten, in der ursprünglichen Dissertationsfassung nicht enthaltenen Teil seines Buches seinem Antrag auf ein Johann-Gustav-Droysen-Stipendium zugrunde.⁶¹ Die am 1. November 1910 veröffentlichte Ausschreibung bot ein mit 300.- Reichsmark dotiertes Jahresstipendium. Seine beiden Mitbewerber legten als Forschungsthemen „Die königlich-preußische Generaltabakspachtungs-Compagnie von 1765“ und „Die Schlacht von Cannae“ zur Begutachtung vor. Mit 7 zu 4 Stimmen gegen einen anderen Mitbewerber wurde Rosenberg das Droysen-Stipendium zuerkannt. Für ihn hatten sich unter anderem Otto Hirschfeld, Dietrich Schäfer und natürlich Eduard Meyer ausgesprochen.⁶²

Das Droysen-Stipendium, zu dem noch ein Stipendium der Stadt Berlin kam,⁶³ erlaubte Rosenberg, nachdem er Etruskisch lesen gelernt hatte,⁶⁴ einen längeren Studienaufenthalt in Italien. Daran anschließend arbeitete er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der Edition der damals erscheinenden *Ullsteins Weltgeschichte* mit und absolvierte ein Praktikum bei der renommierten „Frankfurter Zeitung“.⁶⁵ Doch der Großteil seiner Arbeitskraft wurde von der Auswertung der in Italien gesichteten Quellen absorbiert.

ning class.“ Ronald Syme, *The Roman Revolution*, Oxford 1989, S. VII. Zur Problematik vgl. auch Karl Christ, *Neue Profile der Alten Geschichte*, Darmstadt 1990, S. 188–247 (über Syme).

57 Fritz Ringer, *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933*, München 1987, S. 165.

58 Vgl. Klaus-Jörg Siegfried, *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns*, Wien 1974.

59 Zur kritischen Rezeption von Pöhlmanns zweibändiger *Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus*, die 1893 und 1901 erschien, vgl. u. a. Christ, *Gibbon*, S. 201–247.

60 Zum Revolutionsbegriff bei Mommsen, der hier nicht *in extenso* referiert werden kann, vgl. Elisabeth Tornow, *Der Revolutionsbegriff und die späte römische Republik. Eine Studie zur deutschen Geschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt etc. 1978, S. 9ff. Die deutschen Aufklärungshistoriker des 18. Jahrhunderts benutzten gleichfalls den Terminus, der jedoch mit dem Aufkommen des Reichsmythos und der politischen Romantik als positiver Bezugspunkt aus der wissenschaftlichen Literatur weitgehend verschwand. Näheres bei Karl Griewank, *Der neuzeitliche Revolutionsbegriff* (1955), 3. Aufl., Frankfurt 1992.

61 Dieser Teil behandelte „Die sechs suffragia und die Volksversammlung der vorservianischen Zeit“. Die suffragia waren das Aufgebot der „patrizischen Ritterschaft“.

62 HUB, UA, Phil. Fak. 1546: Droysen-Stiftung ab 1878, Bl. 92/1–92/2.

63 Ein Hinweis darauf findet sich in Hirschfelds Habilitationsgutachten, in: HUB, UA, Phil. Fak. 1234, Bl. 126R. Das Gutachten ist vollständig als Dokument 3 im Anhang abgedruckt.

64 Hinweis ebenda. Aus diesen Studien ging der Aufsatz: Etruskisches, in: *Glotta*, 4 (1913), S. 51–78, hervor.

65 Jenny Rosenberg an Hermann Weber, 17. März 1961.

Rosenberg war in die Toskana gereist, um in den etruskischen Totenstädten Material für seine Habilitationsschrift *Der Staat der alten Italiker. Untersuchungen über die ursprüngliche Verfassung der Latiner, Osker und Etrusker* zusammenzutragen. Im Vorwort zu der 1913 erschienenen Schrift hob er nicht nur den Einfluß Eduard Meyers auf seine Studien hervor, sondern hielt fest, daß er „zuerst in den historischen Übungen von Otto Hirschfeld einen Einblick in das Verfassungsleben der altitalischen Städte gewonnen“ habe.⁶⁶ Hirschfeld hatte Rosenberg mit den Feinheiten einer von juristisch-staatsrechtlichen Interessen bestimmten Interpretation der römischen Geschichte vertraut gemacht, wie sie Theodor Mommsen systematisch entwickelt hatte. Beiden Gelehrten – Meyer und Hirschfeld – widmete Rosenberg dieses Buch. In sprachlichen und etymologischen Fragen holte er sich Rat bei dem Breslauer Altphilologen Franz Skutsch. Den am 29. September 1912 Verstorbenen würdigte Rosenberg als „unvergeßliche(n) Forscher.“⁶⁷

In seiner Habilitationsschrift erschloß Rosenberg Neuland. Im Unterschied zur bisherigen, ganz auf Rom konzentrierten Forschung behandelte er ausführlich die Magistraturen, die obrigkeitlichen Verwaltungssysteme, im latinischen, oskischen und etruskischen Bereich. Die vergleichende Perspektive bewog ihn zur Ausgangsthese: „Das alte Rom war eine einfache italische Stadt, und fast alle seine Institutionen kehren auch in anderen Gemeinden wieder.“⁶⁸ Er untersuchte das bisher kaum behandelte Problem der „Romanisierung der italischen Magistratur“, wobei er intensiv die in Italien gesichteten etruskischen Inschriften verwertete. Der Autor behandelte die Ädilität von Tusculum im Latium ebenso wie die Magistrate der Etrusker, die Ursprünge der Likatoren oder jene des *magister equitum*, des „Gehilfen“ des Diktators.

Als „Kernstück“ des Buches bezeichnet Karl Christ mit Recht die Auswertung der italischen Resultate für das Verständnis der römischen Verfassungsentwicklung.⁶⁹ Über die verschiedenen Stufen der römischen Ämterlaufbahn⁷⁰ schrieb Rosenberg resümierend: „Betrachten wir nun noch einmal die Genesis der berühmten römischen Ämter, so haben wir gesehen, daß nur die Quästur bodenständig in Rom gewachsen ist. Alle anderen, Konsulat und Prätur, Zensur und Diktatur, schließlich die Ädilität haben ihre Wurzeln in dem staatsbildenden Denken der italischen Völker ... Von den großen Prinzipien des römischen Staates, von der Kollegialität und Annuität, sowie von dem Gedanken des Imperiums ist nichts am Tiber ursprünglich. Der Jahresbeamte findet sich in allen antiken Republiken. Kollegialverfassungen gab es in ganz Süditalien, und das starre Imperium ist die Schöpfung der Etrusker. Aber die Größe Roms liegt nicht darin, daß es das Imperium übernahm – denn jeder Kaffernhäuptling, der seinem Krieger den Kopf abhauen läßt, übt es auch aus –, sondern darin, daß es diese gefährliche absolute Beamten Gewalt überwunden hat, sie mit Hilfe der

66 Arthur Rosenberg, *Der Staat der alten Italiker. Untersuchungen über die ursprüngliche Verfassung der Latiner, Osker und Etrusker*, Berlin 1913, S. V.

67 Ebenda, S. VI. Zu Skutsch vgl. den biographischen Abriss in: *Kleine Schriften*, hg. von Wilhelm Kroll, Leipzig/Berlin 1914, S. VI–XXI. Dort wird nicht erwähnt, daß auch Skutsch jüdischer Herkunft und getauft war.

68 Rosenberg, *Der Staat der alten Italiker*, S. VI.

69 Christ, *Römische Geschichte*, S. 181.

70 Die Stufen der Ämterlaufbahn waren in aufsteigender Reihenfolge: *Quaestor* (Senator), *Aedilis* oder *Tribunus* (Volkstribun), *Praetor*, *Consul*. Außerdem wurden zwei *Censores* gewählt, die Konsuln gewesen sein mußten.

Kollegialität ... zählte. Roms älteste Verfassung ist kein Produkt der sogenannten Entwicklung, sondern die Schöpfung der Not. Die römische Republik schützte sich mit dem Panzer des Beamtenimperiums, um ihre Existenz nach innen und außen zu behaupten. Später machte man die Rüstung stark und bequem zugleich. Roms Verfassungsformen kannten auch die anderen Italiker; aber der *civis Romanus*, der ganz freie Mann im festgegründeten Staat, ist sein geistiges Eigentum. Diesen Begriff hatten die Etrusker so wenig wie die Osker oder Latiner.⁷¹ Canfora sieht, hier Arnaldo Momigliano folgend,⁷² in Rosenbergs Habilitationsschrift die „Grundsteinlegung einer radikal neuen, jetzt allgemein akzeptierten Wertschätzung der römischen Frühgeschichte und der römisch-italischen Beziehungen“.⁷³

Rosenberg schloß die Schrift im Mai 1913 ab.⁷⁴ Am 9. Juni reichte er die Arbeit mit den beizufügenden Unterlagen ein. Aus ihnen geht sein damaliger Wohnsitz hervor: Berlin-Wilmersdorf, Ludwigkirchplatz 9. Am 6. Dezember erfuhr er vom Dekan, seinem Lehrer Michael Tangl, daß die Probevorlesung und das Kolloquium nach den Weihnachtsferien stattfinden könnten. Am 13. Dezember beschloß die Fakultät, Rosenberg zur Habilitation zuzulassen und bestimmte als Thema der Probevorlesung: Die Entstehung des Patriziats und der Plebs im alten Rom.⁷⁵

Referenten waren Hirschfeld, Meyer und der Etruskien-Spezialist Wilhelm Schulze. Den Gesamteindruck mögen einige Passagen aus Hirschfelds Gutachten deutlich machen: Rosenbergs bereits gedruckte Schrift sei ein „erfolgreicher Versuch, ... den Inschriften eine vergleichende Verfassungsgeschichte der italischen Volksstämme abzugewinnen.“ Das Buch und Rosenbergs Aufsätze „zeugen von nicht gewöhnlichem Scharfsinn und eindringlicher Kritik, die ihn vor zu raschen Schlüssen auf diesem dunklen und schlüpfrigen Boden zu bewahren geneigt ist. Seine Lehrtätigkeit an unserer Universität dürfte auf dem Gebiet der italischen Geschichte sich als fruchtbar erweisen.“ Eduard Meyer lobte ebenfalls den „großen Scharfsinn“ und „die völlige Selbständigkeit des Urteils.“ Rosenbergs Entschluß, die wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen, hielt Meyer für einen „großen Gewinn, der auf weitere erfolgreiche Leistungen zu hoffen berechtigt.“ Entsprechend äußerten sich Schulze sowie der um ein Urteil gebetene Hans Delbrück. Am 12. Januar 1914 erhielt Rosenberg nach erfolgreich bestandem Kolloquium die Habilitationsurkunde zugestellt und die *Venia legendi*, die akademische Lehrbefugnis, zuerkannt.⁷⁶

Rosenbergs Habilitationsschrift wurde von in- und ausländischen Fachgelehrten lebhaft diskutiert.⁷⁷ Zu den Rezensenten gehörten Matthias Gelzer,⁷⁸ Tenney Frank und R. S. Con-

71 Rosenberg, *Der Staat der alten Italiker*, S. 83f.

72 Vgl. die Zusammenfassung der Debatte bei Kurt Latte, *Kleine Schriften zu Religion, Recht, Literatur und Sprache der Griechen und Römer*, hg. von Olof Gigon, München 1968, S. 355–358.

73 Canfora, *Politische Philologie*, S. 180. Zur späteren Rezeption des Werkes vgl. Hans Rudolph, *Stadt und Staat im römischen Italien*, Leipzig 1935 (kritisch), sowie Hartmut Galsterer, *Herrschaft und Verwaltung im römischen Italien*, München 1976 (positiv).

74 So die Datierung im Vorwort, S. VI.

75 HUB, UA, Phil. Fak. 1234: Habilitationen, Bl. 122–126R.

76 Ebenda, Bl. 126–127.

77 So schrieb Ulrich Wilcken am 2. April 1914 an Meyer: „Die Arbeiten von Ihrem Schüler Rosenberg haben mich außerordentlich gefesselt. Der hat es wirklich verstanden, alte Probleme neu zu beleben durch neue Tatsachen und neue Gedanken.“ Ulrich Wilcken, *Briefe an Eduard Meyer 1889–1930*, hg. von Gert Audring, Konstanz 1994, S. 82f.

78 *Wochenschrift für Klassische Philologie*, 4 (1914), S. 99–102.

way. Frank bezeichnete das Buch als einen „bedeutenden und zeitgemäßen Beitrag zur römischen Verfassungsgeschichte“, dessen „Argumente ernst genommen werden müssen, auch wenn sie nicht in jedem Fall überzeugen.“ Er bezweifelte, daß die Ädilität in Tusculum der entsprechenden römischen Institution als Muster gedient habe; die an verschiedenen Orten gemachten Funde ließen die Frage eher offen.⁷⁹ Conway lobte das Werk in der *Classical Review* als „klarsichtige und interessante Untersuchung“; es sei „ein substantieller Zuwachs zu unseren Kenntnissen über das alte Italien und die Ursprünge, aus denen die römische republikanische Verfassung erwuchs; es schließt einen hochwillkommenen Abriss der politischen Institutionen Etruriens ein.“ Der Autor verfüge über eine immense Kenntnis des gesamten Materials, er sei mit der Literatur sehr gut vertraut und knüpfe insbesondere an die brillanten Arbeiten des verstorbenen Franz Skutsch an.⁸⁰

Rosenbergs nunmehrige Reputation als Spezialist für altitalische und römische Verfassungsgeschichte zeigt sich in der Übertragung wichtiger Aufsätze für die *Real-Encyclopädie der classischen Altertumswissenschaft* an ihn. Im umfangreichen Essay über die „Res publica“ gab er eine Gesamtschau des antiken Staates, umging lediglich Fragen der Staatstheorie und des Staatseigentums. Er konzentrierte sich auf Fragen der Terminologie, das „Wesen des Verfassungsstaates“, dessen Entstehung und Organe sowie auf die Beziehungen zwischen Staat und Individuum, wobei er mehrmals auf Eduard Meyer Bezug nahm. Der auch von Meyer behandelte Vergleich der Selbstregierung des Volkes im antiken mit der im modernen Verfassungsstaat war für die „Real-Encyclopädie“ jedoch „ganz ungewöhnlich“, wie Christ betont.⁸¹ So zog Rosenberg Parallelen zwischen der antiken und der modernen Gesellschaft, als er schrieb: „Der primitive Mensch darf vielleicht morden, rauben, sich der Wollust ergeben und betrügen, aber er darf niemals anders sein, als es seine Stammesgenossen sind. In der Tracht so gut wie in der Denkweise muß er sich der Sitte fügen, und wenn er sich ihr widersetzt, wird er erbarmungslos vernichtet. Der Kulturmensch dagegen darf den Urinstinkten nicht mehr folgen; aber dafür tauscht er das Recht ein, innerhalb der Grenzen des Gesetzes zu leben und zu denken, wie es ihm beliebt. Den primitiven Freiheitsbegriff vertritt in der antiken Welt am entschiedensten Sparta, das Freiheitsideal der Kultur vertreten Athen und Rom.“⁸² In einer Reihe von Zeitschriftenaufsätzen behandelte Rosenberg Fragen seines verfassungsgeschichtlichen Arbeitsfeldes.⁸³ Gerade vierundzwanzig Jahre alt, hatte er alle akademischen Qualifikationshürden bereits genommen, genoß die Protektion hochrangiger Wissenschaftler und hatte gute Aussichten auf eine akademische Karriere.

War Rosenberg also ein zeittypischer Intellektueller des kaiserlichen Berlin geworden? Durch seine rasche Auffassungsgabe, sein ausgeprägtes Gedächtnis und seine Fähigkeit, historische Zusammenhänge aufzuspüren, ragte er in jedem Fall aus der Schar junger, talentvoller Menschen an der Universität heraus. Der Begriff des Intellektuellen war 1914 gerade zwanzig Jahre alt. Geprägt in der turbulenten Affäre Dreyfus, hatten die Gegner des der Spionage beschuldigten Hauptmanns diesen Terminus zuerst in herabsetzender Bedeutung verwandt. Der Intellektuelle sei, schrieb Maurice Barrès, ein Individuum, das unabhän-

79 Tenney Frank in: *Classical Philology*, 10 (1915), S. 108f.

80 R. S. Conway, *The City State in Ancient Italy*, in: *The Classical Review*, 28 (1914), S. 274–276.

81 Christ, *Römische Geschichte*, S. 182, dem ich auch hier im Urteil folge.

82 Arthur Rosenberg, *Res publica*, in: *RE*, Bd. I/1, Stuttgart 1914, Sp. 660.

83 Vgl. den bibliographischen Anhang dieses Buches.

gig von seiner beruflichen Stellung ein soziales Ideal vertritt, welches sich auf Vernunft begründen läßt, nicht aber auf den Nationalismus und die Rasse. Gerade darauf jedoch beruhte das Denken von Barrès. Die entscheidenden Merkmale des Intellektuellen, dessen Brutstätten die Universitäten seien, sah Barrès in dessen abstraktem Denken, seiner universalen, antinationalen Haltung, oft auch der jüdischen Abstammung, der Dekadenz im Sinne von geistigem Abgehobensein gegenüber dem „wirklichen Leben“ und in seiner Inkompetenz außerhalb des eigenen Faches. Die *Dreyfusards* gaben diesem Begriff einen positiven Inhalt. Sie bezeichneten damit all jene, die sich im Zeichen der Wahrheit für soziale Belange engagierten. Gerade sie brachen aus dem Elfenbeinturm des Gelehrtentums aus, entwickelten politische Aktivitäten und zielten zugleich auf eine Erziehung des Volkes hin zu rationalem Denken „Nicht der geistige Beruf“, so zwei Historiker der Affäre Dreyfus, „verhalf zum Status des Intellektuellen, sondern der gruppenkonstituierende Glaube an Wissenschaft, Wahrheit und allgemeines politisches Mitspracherecht.“⁸⁴

In Deutschland fand der Begriff des Intellektuellen einen viel geringeren Anklang als in Frankreich. Er hörte sich bisweilen äußerst pejorativ, sogar beleidigend an und bezeichnete „den Ausländer oder Feind der deutschen Kultur“, wie Christophe Charle kürzlich schrieb.⁸⁵ Am entschiedensten lehnten die deutschen Universitätsprofessoren das französische Vorbild des engagierten *animal politicum* ab. Theodor Mommsen, der um 1880 in seinem Widerstand gegen die antisemitische Agitation Treitschkes und seiner Anhänger die klassischen Argumente der *Dreyfusards* vorwegnahm, gehörte, verglichen mit der Zeit nach 1900, einer scheinbar aussterbenden Gattung an.

Mit dem Übergang des deutschen Kaiserreiches zur „Weltpolitik“ um 1897 verstärkte sich der nach 1871 ohnehin grassierende Nationalismus vieler Professoren. Ihr Selbstverständnis als wertbestimmende Bildungselite korrespondierte, wie eine neue Untersuchung detailliert nachweist, mit dem Anspruch, Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft der Nation in einen sinnreichen Kausalzusammenhang zu stellen und als kontinuierlichen Entwicklungsprozeß normativ darzustellen.⁸⁶ Einerseits wurden die Universitäten von Orten der Wissensaneignung und -vermittlung zunehmend auch zu „Schauplätzen für die Fortentwicklung der Kultur“.⁸⁷ Andererseits nahm die deutsche Professorenschaft, vor allem außerhalb der Naturwissenschaften, immer mehr Züge einer vergangenheitsfixierten Kaste oder, in Konrad Jarauschs Worten, einer „säkularen Priesterschaft“ an.⁸⁸ Nimmt man das soziale und politische Engagement als Maßstab des Intellektuellen, dann trifft der Begriff in der Tat kaum auf die Mehrheit der deutschen Hochschullehrer zu. Jene traditionelle Elite von gelehrten Beamten, die Fritz Ringer als „Mandarine“ bezeichnete, besaß ein ausgeprägtes Status- oder Standesbewußtsein, das sie kaum jemals kritischer reflektierte, obgleich doch

84 Eckhardt Fuchs/Günther Fuchs, „J'accuse!“ Zur Affäre Dreyfus, Mainz 1994, S. 78.

85 Christophe Charle, Vordenker der Moderne. Die Intellektuellen im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Frankfurt 2001, S. 204f. Vgl. auch Dietz Bering, Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes, Stuttgart 1978.

86 Hedda Gramley, Propheten des deutschen Nationalismus. Theologen, Historiker und Nationalökonomien (1848–1880), Frankfurt 2001.

87 Charle, Vordenker, S. 147.

88 Konrad H. Jarausch, Students, Society, and Politics in Imperial Germany. The Rise of Academic Illiberalism, Princeton 1982, S. 167.

gerade diese Denkweise den Intellektuellen kennzeichnet.⁸⁹ Rosenberg war aber 1914 noch sehr jung und nicht völlig in die deutsche Professorenwelt integriert. Seine Veröffentlichungen, waren diese auch aufgrund ihres Themas weitab von aktuellen Fragen, zeigen dennoch das Bestreben des Autors, mit soziologischen und sozialgeschichtlichen Kategorien die Realität einer fernen Vergangenheit zu erfassen, zu interpretieren und für gegenwartsbezogene Diskurse nutzbar zu machen. Konnte Rosenberg als Intellektueller bezeichnet werden? Der Erste Weltkrieg, das Kriterium für politisches Verhalten, sollte auch ihn aus seinem bisherigen Leben herausreißen. Jener „große Krieg der weißen Männer“, den Arnold Zweig künstlerisch gestaltete, markierte schließlich für Arthur Rosenberg den geistigen Wendepunkt seines Lebens – selbst wenn im August 1914 zunächst noch nichts darauf hindeutete.

3. Im Banne der „Ideen von 1914“. Arthur Rosenberg im Ersten Weltkrieg

Wie stark das autoritäre und militaristische Bewußtsein der meisten deutschen Hochschullehrer ausgeprägt war, zeigte sich im August 1914 bei Kriegsbeginn. Die damals ausgelöste nationale Erregung hat, wie Fritz Fischer schrieb, „dem Ruf nach deutscher Weltgeltung in einem Ausmaß zum Durchbruch verholfen wie nie zuvor. Zwei Jahrzehnte deutscher ‚Weltpolitik‘ hatten im deutschen Volk das Bewußtsein geschaffen und genährt, zur Stellung einer Weltmacht berufen und berechtigt zu sein.“⁹⁰ Eine unübersehbare Phalanx von Schriftstellern, Publizisten und Wissenschaftlern erklärte den *Deutschen Krieg* als den Moment des Aufstiegs Deutschlands von der Großmacht zu einer Weltmacht, die eine *weltgeschichtliche Sendung* zu erfüllen habe. Mochten diese Ideen zunächst aus der Erregung des August 1914 ihre übersteigerte Sprache gewinnen, so festigten sich Inhalt wie semantische Ausformung in der rasch anhebenden Diskussion um die deutschen Kriegsziele im Winter 1914/1915.⁹¹

Die Berliner Universität, die sich als „geistiges Leibregiment der Hohenzollern“ verstand,⁹² nahm in der Kriegspropaganda den Spitzenplatz unter den deutschen Hochschulen ein. Am 27. August 1914 forderte Wilamowitz dort in einer Rede: „Wir müssen in uns ein Feuer erzeugen, das nicht bloß einmal auflodert, wenn es gilt, Hurra zu rufen über einen Sieg, sondern das eine stille stetige Glut wird, die uns wärmt, auch wenn böse Kunde

89 Vgl. Ringer, *Die Gelehrten*, S. 15f. und *passim*.

90 Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18* (1961), Kronberg 1977, S. 132.

91 Hier ist natürlich die komparative Perspektive gefordert. Vgl. für die alliierte Seite u. a. Stuart Wallace, *War and the Image of Germany. British Academics 1914–1918*, Edinburgh 1988; Carol S. Gruber, *Mars and Minerva. World War I and the Uses of Higher Learning in America*, Baton Rouge 1975. Zu Frankreich vgl. die Beiträge von Patrick Watier, Werner Gephart und Gerd Krumeich in: Wolfgang J. Mommsen (Hg.), *Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg*, München 1986.

92 So sah es 1871 der Physiologe Emil Du Bois-Reymond in seiner Antrittsrede als Rektor. Zit. in Christian Graf von Krockow, *Scheiterhaufen. Größe und Elend des deutschen Geistes*, 2. Aufl., Reinbek 1993, S. 65.

kommt und schwere Leiden an uns herantreten.“⁹³ Der Krieg sei „etwas Großes“, er habe „unsere Herzen höher gehoben“, so Wilamowitz weiter, denn er habe gezeigt: „Eintracht, alle für einen, kein Unterschied zwischen dem König und dem letzten jeder Partei. Jeder hat die Hand gehoben zu dem Gelöbnis, für's Vaterland, für Deutschland einzustehen ... Und sehen Sie, was der Krieg enthüllt hat bei den anderen! Was ist herausgekommen aus der belgischen Seele? Wie hat sie sich offenbart als eine Seele der Feigheit und des Meuchelmordes!“⁹⁴

Der Germanist Gustav Roethe verband das Eifern für die Volksgemeinschaft mit dem Pathos der Idee einer angeblich sittlichen Höherwertigkeit des Deutschtums und behauptete: „Der Krieg ist ein gewaltiger Erzieher. Wir alle, die wir diese Wochen durchlebten, wissen, daß sie uns geläutert und gefestigt haben. Und wir vertrauen, daß der deutsche Aar, wenn er mit dem einen Flügel die Barbaren nach Asien gepeitscht und mit dem andern Flügel sich Freiheit geschaffen hat von unwürdigen Ketten, alsdann sich hoch erheben wird über die Meere, in die Höhen und Weiten, wo reine und frische Luft weht, wo ihm die Flügel wachsen und er sie recken darf, wie er es braucht, und wir hoffen, daß dies starke, einige, geläuterte Deutschland ein Verjüngungsborn werden soll für die alternde Kultur ganz Europas.“⁹⁵

Hans Delbrück, ein ansonsten eher um Ausgleich bedachter Militärgeschichtler, ging noch einen Schritt weiter. Er stellte eine ethnisch fundierte Hierarchie der europäischen Völker fest und sagte: „Dieses (deutsche) Volk ist unüberwindlich, und es ist unüberwindlich nicht nur gegen jene Feinde von Osten, die wir nicht als gleichwertig vor den höheren Ansprüchen der Menschheit anerkennen können, sondern auch unüberwindlich im Vergleich mit jenem Inselvolk, das stolz und groß genug dasteht, wie wir gern anerkennen, aber das nicht die große Last der Vaterlandsverteidigung selber in die Hand nimmt, sondern glaubt, mit seinen Söldnern ein Volk, das für sich selber ficht, niederkämpfen zu können.“⁹⁶

Der Staatsrechtler Otto von Gierke bediente sich einer demagogischen Unterstellung, als er behauptete: „Die Vorstellung von der ausschließlichen Berechtigung der eigenen Kultur, die Engländern und Franzosen im Blute liegt, ist uns fremd. Aber wir sind uns des unvergleichlichen Wertes der deutschen Kultur bewußt geworden und wollen sie in Zukunft vor Verfälschung durch minderwertige Einfuhr bewahren.“⁹⁷ In dieser Kontinuität forderte der Straßburger Althistoriker Karl Neumann eine „Kultur und Kunst nationaler Abschließung“; eine solche „Inzucht“, wie er sie im antiken Juden- und Griechentum für gegeben hielt, ermögliche eine „letzte Produktivität“, aus der „jene wertvollsten Blüten emporwachsen ...“⁹⁸ Kultur und Krieg seien, schrieb der Philosoph Alois Riehl, letztlich eins; durch die Verschmelzung beider würden die „geistigen Güter“ bewahrt, „die unser Volk der Mensch-

93 Deutsche Reden in schwerer Zeit. Herausgegeben von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt und dem Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern, Berlin 1914, S. 3.

94 Ebenda, S. 6.

95 Gustav Roethe am 3. September 1914, ebenda, S. 45f.

96 Hans Delbrück am 11. September 1914, ebenda, S. 73. Für Delbrücks relativ kritische Position gegenüber Aspekten der deutschen Gesellschaft vor 1914 vgl. Anneliese Thimme, Hans Delbrück als Kritiker der wilhelminischen Epoche, Düsseldorf 1955.

97 Otto von Gierke am 18. September 1914, in: Deutsche Reden in schwerer Zeit, S. 99.

98 Zit. in Jürgen von Ungern-Sternberg, Wie gibt man dem Sinnlosen einen Sinn? Zum Gebrauch der Begriffe „deutsche Kultur“ und „Militarismus“ im Herbst 1914, in: W. J. Mommsen, Kultur und Krieg, S. 84.

heit gebracht, die es ihr in Zukunft noch bringen soll und allein ihr zu bringen vermag.“⁹⁹ Werner Sombart durfte da nicht fehlen: Seinem Selbstverständnis nach „Propagandist eines deutschen Krieges“, stellte er den „Ideen von 1789“ die „Ideen von 1914“ gegenüber; der bürgerliche Westen, den England als Volk der Händler verkörpere, werde durch die Deutschen als Volk der Helden beerbt: „Deutsches Denken und deutsches Empfinden äußert sich zunächst einmal in der einmütigen Ablehnung alles dessen, was auch nur von Ferne englischem oder insgesamt westeuropäischem Denken und Empfinden nahekommt“, so Sombart.¹⁰⁰

Begrifflich stammen die *Ideen von 1914* vom schwedischen Geopolitiker Rudolf Kjellén, der damit Anfang 1915 die deutsche Professorenpropaganda rechtfertigte.¹⁰¹ In diesem Schlagwort flossen die Ablehnung von Parlamentarismus, Massendemokratie und Arbeiterbewegung mit der Chimäre von einer überwertigen deutschen „Kultur“ gegenüber der verachteten westlichen „Zivilisation“ zusammen, wobei auch rassistische Töne unüberhörbar waren.¹⁰²

Wie sehr, bei individuell durchaus vorhandenen Unterschieden, auch bislang „pazifistische“ Gelehrte sich dem Zeitgeist anpaßten, zeigt das Beispiel von Ernst Haeckel. Er wurde über Nacht zum leidenschaftlichen Propagandisten des Krieges und brachte seine Konstrukte einer angeblich „natürlichen Auslese“ in die hitzige Debatte: Deutschland werde sich demnach im Mächtelkampf durchsetzen.¹⁰³ Ernst Troeltsch entwickelte die Idee einer besonderen „deutschen Freiheit“, die als Kombination von individuellen Rechten und straffer staatlicher Ordnung die Probleme der Gesellschaft weit besser lösen könne als der Parlamentarismus.¹⁰⁴ Manche dieser Positionen finden sich bereits im Aufruf „An die Kulturwelt“ vom 4. Oktober 1914 und in der „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“ vom 16. Oktober. Beide Manifeste plädierten im Kern dafür, die Forschung ganz in den Dienst des Krieges zu stellen. Die von Wilamowitz verfaßte Erklärung der Hochschullehrer schloß mit dem Bekenntnis: „Unser Glaube ist, daß für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Siege hängt, den der deutsche ‚Militarismus‘ erkämpfen wird, die Manneszucht, die Treue, der Opfermut des einträchtigen deutschen Volkes.“¹⁰⁵ Die offensive Wer-

99 Zit. ebenda.

100 Werner Sombart, *Händler und Helden*, Leipzig 1915, S. 55. Vgl. auch Friedrich Lenger, Werner Sombart als Propagandist eines deutschen Krieges, in: Mommsen, *Kultur und Krieg*, S. 65–76.

101 Rudolf Kjellén, *Die Ideen von 1914. Eine weltgeschichtliche Perspektive*, Leipzig 1915. Vgl. Karl-Georg Faber, *Zur Vorgeschichte der Geopolitik. Staat und Lebensraum im Denken deutscher Geographen vor 1914*, in: *Weltpolitik, Europagedanke und Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer*, Münster 1982, S. 389–406.

102 Vgl. als neueste Arbeit Kurt Flasch, *Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg*, Berlin 2000.

103 Diese Ideen erreichten auch Teile des Proletariats. Vgl. Daniel Gasman, *The Scientific Origins of National Socialism. Social Darwinism in Ernst Haeckel and the German Monist League*, New York 1971.

104 Hierzu mehr bei Wolfgang J. Mommsen, *Bürgerliche Kultur und politische Ordnung. Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle in der deutschen Geschichte 1830–1933*, Frankfurt 2000, S. 133–157.

105 Beide Aufrufe sind im Faksimile abgedruckt bei Bernhard vom Brocke, „Wissenschaft und Militarismus“. Der Aufruf der 93 „An die Kulturwelt“ und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenpolitik im Ersten Weltkrieg, in: William M. Calder III (Hg.), *Wilamowitz nach 50 Jahren*, Darmstadt 1985, S. 716f.

bekampagne des Historikers Dietrich Schäfer bewirkte, daß die Zahl der Unterschriften rasch auf über viertausend anwuchs. Auch Arthur Rosenberg unterschrieb in dieser allgemeinen Wirrmis.¹⁰⁶

Sein Lehrer Eduard Meyer, der zu den Erstunterzeichnern gehörte, erwartete allerdings sogar bei einem deutschen Sieg nichts Gutes. Er zog Parallelen zum Zweiten Punischen Krieg. Auch Rom habe „die verderblichen Folgen“ seines Sieges „in voller Schwere erfahren müssen. Es ist hineingerissen in die Weltpolitik und kann aus derselben nicht mehr heraus, so gern es möchte.“¹⁰⁷ Meyer unterstellte Deutschlands Gegnern einen allgemeinen Vernichtungswillen; Deutschland sei als „friedlicher Wanderer“ unvermittelt „im Walde von einer Räuberschar überfallen“ worden.¹⁰⁸ Die ersten Kriegstage hätten „uns die Augen geöffnet; sie haben unsere Illusionen mit gewaltigem Schläge vernichtet und uns die Welt gezeigt, wie sie wirklich ist.“¹⁰⁹ Obwohl Meyer den Überschwang seiner Kollegen nicht teilte und sogar die Zweckmäßigkeit des Aufrufs „An die Kulturwelt“ bezweifelte,¹¹⁰ trieb ihn die letztlich verzweifelte Lage Deutschlands zu um so entschiedenerer Kriegsbefürwortung in der Hoffnung, die USA könnten sich auf die Seite der Hohenzollern schlagen.¹¹¹

Rosenberg wurde mit Kriegsbeginn noch nicht zur Armee eingezogen. Er setzte seine Publikationstätigkeit fort, wobei eine längere Abhandlung über „Perikles und die Parteien in Athen“ durchaus aktuelle Bezüge sichtbar werden ließ: „Perikles erkannte“, schrieb er, „daß die Majorität der Athener von den Terroristen im Geiste des Ephialtes ebensowenig wissen wollte, wie von den Reaktionären im Geiste Kimons. Gleich entfernt von beiden Extremen proklamierte er das neue Programm des Friedens, der Versöhnung und der materiellen Interessen, und hat auf dieser Grundlage triumphiert.“¹¹² Noch stärker als bei Meyer fungierte

106 Der von dem Mediziner Georg Friedrich Nicolai verfaßte pazifistische (Gegen-)„Aufruf an die Europäer“ fand ganze vier Unterzeichner, darunter Albert Einstein. Die Konsequenzen für Nicolai, der 1922 nach Argentinien emigrierte, behandeln Wolf Zuelzer, *Der Fall Nicolai*, Frankfurt 1981, und Bernhard vom Brocke, „An die Europäer“. *Der Fall Nicolai und die Biologie des Krieges*, in: *HZ*, 240 (1985), S. 363–375.

107 Eduard Meyer, *Der Gang der alten Geschichte: Hellas und Rom*, in: *Ders., Kleine Schriften I*, 2. Aufl., Halle 1924, S. 258.

108 Eduard Meyer, *Weltgeschichte und Weltkrieg*, Stuttgart/Berlin 1916, S. 179.

109 Ebenda, S. 15.

110 Zunächst tat er dies intern. Vgl. Jürgen von Ungern-Sternberg, Eduard Meyer und die deutsche Propaganda zu Beginn des Ersten Weltkrieges, in: *WZ Berlin*, 40 (1991), S. 38f. Am 18. Februar 1915 räumte er in der „Leipziger Illustrierten Zeitung“ ein, der Aufruf „An die Kulturwelt“ sei „nicht besonders geschickt abgefaßt“ worden. Zit. in Eduard Meyer, *Nordamerika und Deutschland*, Berlin 1915, S. 12.

111 Vgl. ebenda, bes. S. 58ff. Nach dem Versailler Vertrag zerriß Meyer öffentlich seine angelsächsischen Ehrendoktordiplome, auch die von Oxford und Harvard, und lehnte die westliche Demokratie noch entschiedener als zuvor ab. Seine Ablehnung speiste sich zunehmend aus der Kulturkritik Spenglers. Vgl. hierzu Anton M. Koktanek, *Oswald Spengler in seiner Zeit*, München 1968, S. 348–351 und *passim*, sowie Alexander Demandt, Eduard Meyer und Oswald Spengler. Läßt sich Geschichte vorhersagen?, in: *Calder III/Demandt, Eduard Meyer*, S. 159–181.

112 Arthur Rosenberg, *Perikles und die Parteien in Athen*, in: *Neue Jahrbücher für das klassische Altertum*, Bd. XVIII, Berlin 1918, S. 209.

Perikles als die große überparteiliche Gestalt.¹¹³ Der Gedanke an ein Kaisertum, das nur Deutsche, aber keine Parteien mehr kenne, liegt nahe.

Im Oktober 1915 wurde er dann zum Deutschen Kriegspresseamt dienstverpflichtet.¹¹⁴ An der Spitze dieser Einrichtung, die für die militärische Pressepolitik verantwortlich war, stand Major (später Oberstleutnant) Walter Nicolai, der Chef der Nachrichtenabteilung III B beim Chef des Generalstabs des Feldheeres. Diese seit 1870 existierende Abteilung sollte Nachrichten über den Kriegsgegner beschaffen. Zunächst bestand sie aus wenigen Offizieren, denen die Abwehr des französischen Nachrichtendienstes oblag. Nach dem Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05 wurde sie erweitert, als man den Nachrichtendienst auf Rußland ausdehnte. Im Ersten Weltkrieg umfaßte das Kriegspresseamt schließlich neben dem Zentralbüro und der Verwaltung eine Auskunftsstelle, eine Oberzensurstelle sowie eine Auslandsstelle.¹¹⁵ Die Marine unterhielt auch während des Weltkrieges einen eigenen Nachrichtendienst, obgleich dies die Oberste Heeresleitung als Mangel empfand.¹¹⁶

Der Heeresbericht wurde zur Grundlage der amtlichen Berichterstattung. Er wurde vom Generalquartiermeister Erich Ludendorff, dann zeitweilig von der Abteilung III B, schließlich von der Operationsabteilung verfaßt. Die Abteilung III B übernahm die Verteilung an die Presse, zunächst über den stellvertretenden Generalstab, dann über das im Oktober 1915 bei der Obersten Heeresleitung eingerichtete Kriegspresseamt. „Gesetzlich war eine politische Zensur nicht da“, schrieb Ludendorff. „Das war fehlerhaft und irreführend.“ Die Presse der Bundesgenossen sei weit „fester in der Hand ihrer Regierungen als bei uns.“¹¹⁷ Bei der Vergabe der Informationen wurde das Wolffsche Telegraphenbureau bevorzugt.¹¹⁸ Da sich der Hauptsitz des Kriegspresseamtes in Berlin NW6, Luisenstraße 31a, befand, konnte Rosenberg auch seinen wissenschaftlichen Interessen weiter nachgehen. So schrieb er während eines Weltkrieges, doch weit entfernt vom Leiden an der Front, eine Besprechung über die Darstellung eines kriegsgeprüften Volkes des Altertums, Ulrich Kahrstedts *Geschichte der Karthager von 218 bis 146*.¹¹⁹ Seine Forschungsinteressen reichten nunmehr von der Frühgeschichte Makedoniens¹²⁰ über die Geschichte Latiums vor dem Aufstieg Roms¹²¹ bis zum Untergang des Weströmischen Reiches.¹²² Eine Rezension eines Buches über Ammianus Marcellinus, der sich im 4. Jahrhundert als Nachfolger des Tacitus sah,¹²³ nahm Rosenberg

113 Vgl. insbesondere Eduard Meyer, *Geschichte des Altertums*, Bd. IV/2, 2. Aufl., Stuttgart/Berlin 1915, *passim*.

114 HUB, UA, R 208: Personalnachrichten über den Privatdozenten Dr. A. Rosenberg, Bl. 1–2.

115 SAPMO-BArch, R/1501/112326: Reichsministerium des Innern, Akten betr.: Das Kriegspresseamt, Bl. 9.

116 Vgl. Kurt Koszyk, *Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1968, S. 24.

117 Erich Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen 1914–1918*, Berlin 1919, S. 298f.

118 Vgl. Walter Nicolai, *Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg*, Berlin 1920, S. 55.

119 Arthur Rosenberg, Rez. zu: Ulrich Kahrstedt, *Geschichte der Karthager von 218 bis 146*, in: DLZ, 36 (1915), Sp. 1034–1039.

120 Arthur Rosenberg, Amyntas, der Vater Philipps II., in: *Hermes*, 51 (1916), S. 499–509.

121 Arthur Rosenberg, Zu den altlateinischen Priestertümern, ebenda, 50 (1915), S. 416–426; ders., Neue Censorinschrift aus Praeneste, in: *Rheinisches Museum für Philologie, Neue Serie*, 74 (1916), S. 117–127.

122 Arthur Rosenberg, Der Untergang des weströmischen Reiches, in: DLZ, 36 (1915), S. 2221–2225.

123 Arthur Rosenberg, Rez. zu: Walter Klein, *Studien zu Ammianus Marcellinus*, ebenda, 37 (1916), Sp. 250–252.

als Ausgangspunkt für ein neues Arbeitsgebiet: die Geschichte der römischen Historiographie. Zunächst bearbeitete er einen Kommentar zur *Römischen Geschichte* des Titus Livius, eines Zeitgenossen von Augustus und Chronisten der frühen römischen Stadtgeschichte. Dabei befaßte er sich ausführlich mit Organisationsplänen des Heeres und mit der Frage, ob Hannibal über den Montgenèvre oder den Kleinen St. Bernhard gekommen sei.¹²⁴ Während diese Broschüre und weitere Arbeiten Rosenbergs erst ab 1918 erschienen, konnte er einige Berichte und Rezensionen noch während des Krieges publizieren.¹²⁵

Seine nach den akademischen Graduierungsschriften zunächst wichtigste Veröffentlichung war die Neuherausgabe von Johann Gustav Droysens *Geschichte Alexanders des Großen*, die erstmals 1833 erschienen war. Der Nachdruck der 5. Auflage von 1898 war mit dem der dritten Auflage von 1880 identisch, die Droysen noch selbst besorgt hatte.¹²⁶ Die früheren Ausgaben, die (außer der Erstausgabe) bei Perthes in Gotha erschienen waren, weisen kein Vorwort auf. Nunmehr hatte der Verlag Decker, der die Neuausgabe besorgte, einen prominenten Autor für das fällige Vorwort verpflichten können: den schwedischen Forschungsreisenden Sven Hedin.

Ob Rosenberg selbst Hedin zur Mitarbeit an der Ausgabe gewann, läßt sich nicht mehr feststellen.¹²⁷ Da die allermeisten Aktenbestände des Kriegspresseamtes in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges in Potsdam durch Bombeneinwirkung vernichtet wurden, muß dies offenbleiben. Hedin war jedoch für die deutsche Propaganda von erheblicher Bedeutung, weil international berühmt und als Bürger eines neutralen Landes prononciert deutschfreundlich eingestellt. Am Vorabend des Weltkrieges hatte er die Schrift *Deutschland und die nordischen Staaten* veröffentlicht, deren Untertitel den Erscheinungszweck wiedergibt: *Die Vernichtung der englischen Weltmacht und des russischen Zarismus durch den Dreibund und den Islam*. Hedins Buch *Kriget mot Ryssland* war noch im Erscheinungsjahr 1915 unter dem schlagkräftigen Titel *Nach Osten!* bei Brockhaus in Leipzig erschienen. Im gleichen Jahr besuchte Hedin die deutsche Westfront. Resultat dieser Erfahrung war eine auch in Englisch, Französisch und Spanisch erschienene Schrift: *Ein Volk in Waffen*. In den Schlußzeilen seines Vorwortes zu Rosenbergs Droysen-Ausgabe nahm Hedin wie erhofft Stellung: „In Hindenburgs Vaterland, in diesem Deutschland, das mit unsterblichem Ruhm seinen Kampf fast gegen die ganze übrige Welt auskämpft, wird Makedoniens König, Asiens Eroberer, zahlreiche Freunde und Bewunderer finden als jemals zuvor.“¹²⁸

124 Hilfsheft zu Titus Livius, *Römische Geschichte*, 3. Aufl., Leipzig 1918 (Teubners Schülersausgaben griechischer und lateinischer Schriftsteller), Bearbeiter der Abschnitte III, 2 (S. 10–13) und X–XIII (S. 82–136).

125 Arthur Rosenberg, Rez. zu Tenney Frank, *Roman Imperialism*, in: *Berliner Philologische Wochenschrift*, 36 (1916), Sp. 1099–1109; ders., Bericht über römische Staatsaltertümer (1902–1916), in: *Jahresbericht über die Fortschritte der klassischen Altertumswissenschaft*, 44 (1916/18), Bd. 176, S. 201–226.

126 Vgl. hierzu und zum folgenden Canfora, *Politische Philologie*, S. 158f., 176ff.

127 Hedin war offenbar über Droysen nicht gut informiert, denn in seinen Erinnerungen an Deutschland schrieb er 1938, er habe 1892 seine Doktorprüfung in Halle in Droysens Anwesenheit abgelegt. Dieser war jedoch schon 1884 verstorben, wohl aber war sein Sohn Gustav damals Dekan in Halle. Vgl. ebenda, S. 179. Rosenberg könnte Hedin die Fakten über Droysen und die Entstehungsgeschichte seines Alexander-Buches geliefert haben.

128 Sven Hedin, Vorwort zu: Johann Gustav Droysen, *Geschichte Alexanders des Großen*, Berlin 1917, S. XII.

Auch Rosenbergs Einleitung ist eminent politisch. Droysens *Alexander* sei historiographisch überholt, meinte er. Das Hauptinteresse des Lesers von 1917 an diesem Buch sei auf einen „unmittelbaren Reiz“ an der Militärgeschichte zurückzuführen, was mit dem gegenwärtigen Krieg zusammenhänge. „Man kann wohl sagen, daß wir bei der Eroberung des Perserreiches durch Alexander zum erstenmal in der Weltgeschichte die systematische Arbeit eines denkenden Generalstabes verfolgen können“, schrieb er und erinnerte auch an Droysens preußenfreundliche Haltung während und nach der Revolution von 1848/49.¹²⁹ Schließlich scheute er nicht vor einem Vergleich Wilhelms I. mit Alexander zurück; „die Jahrzehnte, in denen das deutsche Volk seine Einigung und Weltstellung gewann, stehen unter dem Zeichen Wilhelms I., und die Epoche, in der das hellenische Volk, frisch geeinigt, die Weltherrschaft eroberte, ist das Zeitalter Alexanders.“¹³⁰

Im Herbst 1917 wurde Rosenberg dann zur Armee eingezogen. Aufgrund seiner fachlichen und sprachlichen Kenntnisse, aber auch krankheitsbedingt, kam er nicht in den Schützengraben, sondern zu den rückwärtigen Diensten. Am 2. Oktober 1917 schrieb er seinem Lehrer Meyer aus Frankreich: „Ich wurde ganz plötzlich zum Arbeitsdienst eingezogen, kam erst nach Frankfurt a. O. und wurde dann nach Frankreich geschickt. Ich befinde mich jetzt auf dem Sägewerk La Besace bei Sedan. Da ich durch mein Leiden¹³¹ an schwerer Arbeit gehindert bin, werde ich bei der Feldpost beschäftigt Was ich hier in Frankreich bisher gesehen habe, stimmt mich durchaus optimistisch. Die selbstverständliche Ruhe, mit der hinter der Front die Herstellung des Kriegsmaterials und die Ausbildung des Ersatzes weitergeht – ganz gleich, was bei Verdun usw. geschehen mag – macht uns niemand nach. Guter Mannschaftersatz ist, nachdem, was ich in der Garnison und hier beobachtet habe, in Fülle vorhanden, und für das Übrige wird Hindenburg sorgen.“ Dabei verschloß Rosenberg nicht die Augen vor den Leiden des Krieges: „Furchtbar ist der Eindruck, den die Entvölkerung Nordfrankreichs hervorruft. In dem Städtchen Brioules z. B. gibt es nur noch ein paar Dutzend Franzosen; in der hiesigen Gegend habe ich noch gar keinen gesehen!“ Rosenberg hoffte, alsbald seine Arbeit im Kriegspresseamt (und seine historischen Forschungen) fortsetzen zu können. „Eine Reklamation des Kriegspresseamtes zu meinen Gunsten ist bereits im Gang. Ich hoffe daher, zu Semesterbeginn in Berlin zu sein. Ich habe deshalb auch meine Vorlesungen nicht abgesagt.“¹³² Im November 1917 erwartete Rosenberg vom Wahlsieg des Liberalen Wilfried Laurier in Kanada die Wiederaufhebung der dort am 26. September eingeführten allgemeinen Wehrpflicht, was zu einer Schwächung der Entente führen werde.¹³³

Ein anderes briefliches Zeugnis stammt aus dem folgenden Jahr. Im Februar 1918 hatte Rosenberg seine Arbeit für das Kriegspresseamt in Berlin wieder aufgenommen und wohnte in der Ziegelstraße 3, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße. Er teilte seinem Lehrer mit, daß „aus den englischen Zeitungen der letzten 4 Wochen eine ganz außeror-

129 Arthur Rosenberg, Einleitung, ebenda, S. XVIIIf.

130 Ebenda, S. XVI.

131 Rosenberg teilte die Art des Leidens nicht mit.

132 Rosenberg an Meyer, 2. Oktober 1917, in: ABBAW, NL Meyer, Nr. 1130. Das Schreiben trug die Unterschrift: „Arthur Rosenberg, Landsturmmann, Sägewerk La Besace (Frankreich), M.E.D. II, Wirtschaftsbat., III. Komp.“

133 Rosenberg an Meyer, 14. November (1917), ebenda. Laurier verlor die Wahlen, die allgemeine Wehrpflicht blieb bestehen.

dentliche Verschlechterung der Wirtschaftslage zu entnehmen ist; es herrscht (in England; M.K.) eine Fleisch- und Fettnot schlimmster Art und die Polonaisen vor den Läden sind viel schlimmer als bei uns. Die Stimmung der breiten Masse ist dem entsprechend.“¹³⁴

Ein Dreivierteljahr später schickte Meyer seinem Schüler sein Buch *Caesars Monarchie und das Principat des Pompeius* zu. Rosenberg bedankte sich am 4. November überschwenglich: „Das Buch hat mir eine doppelte, große Freude gemacht, erstens als Geschenk selbst, und zweitens hatte ich gar nicht erhofft, daß wir in diesen Zeiten von Ihnen ein so großes und tiefgehendes Werk bekommen würden. Für alle Leute, die wirklich Sinn für geschichtliche Wahrheit haben, muß Ihr Caesarbild das Mommsens verdrängen. Ich erinnere mich, wie ich als Primaner den III. Band von Mommsens Römischer Geschichte verschlungen habe. Damals wurde Caesar mein Ideal. Inzwischen lernte ich nüchterner urteilen. Seltenerweise bekam ich nun aus Ihrer Darstellung wieder denselben überwältigenden Eindruck von Caesars Persönlichkeit wie damals, obwohl doch die einzelnen Elemente des Bildes bei Ihnen ganz anders sind als bei Mommsen.“

Dann kam er auf die aktuelle Kriegslage zu sprechen, die sich dramatisch zu Deutschlands Ungunsten entwickelt hatte, und zog einen aufschlußreichen Vergleich: „Manchmal fiel mir beim Lesen auch der modern gefallene Caesar, Ludendorff, ein. Aber Caesar hätte niemals nach Gergovia die Gallier um Frieden gebeten und damit auch die Spanier und Numidier zum Abfall von Rom veranlaßt!“¹³⁵ Dies bezog sich auf Ludendorffs Friedensangebot an die Alliierten, in dessen Konsequenz Deutschlands faktischer Diktator, wie Rosenberg zehn Jahre später schrieb, die Parlamentarisierung Deutschlands anordnete.¹³⁶

Francis L. Carsten vermutete, Rosenberg sei 1917 der Deutschen Vaterlandspartei beigetreten. Er stützte sich auf mündliche Äußerungen von Arthur Rosenbergs Namensvetter Hans Rosenberg, der mit ihm im amerikanischen Exil Freundschaft schloß.¹³⁷ Die Deutsche Vaterlandspartei, eine, in Hans-Ulrich Wehlers Worten, „imperialistische Massenbewegung mit frühfaschistischen Zügen“,¹³⁸ war als Reaktion auf die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 gebildet worden. Sie vertrat ein hochgradig annexionistisches Kriegszielprogramm. Erster Vorsitzender der Partei war Großadmiral Alfred von Tirpitz, zweiter Vorsitzender Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp; zu ihren führenden Mitgliedern gehörten die Großindustriellen Hugo Stinnes, Emil Kirdorf, Alfred Hugenberg, Paul Röchling, Carl Duisberg, Wilhelm von Siemens und Ernst von Borsig, aber auch die Historiker Dietrich Schäfer und Eduard Meyer. Die Demagogie der „akademischen

134 Rosenberg an Meyer, ebenda, Nr. 15. Rosenberg waren durch seine Arbeit im Kriegspresseamt, ungleich Meyer, die Zeitungen der alliierten Staaten zugänglich.

135 Rosenberg an Meyer, 4. November (1918), ebenda, Nr. 1130. Gergovia, der Hauptsitz der Gallier, wurde von ihnen im Gallischen Krieg 52 v. u. Z. mit Erfolg gegen Cäsar verteidigt, was zum Abfall einiger (nicht aller) Verbündeter vom römischen Lager führte.

136 Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, S. 212.

137 Vgl. Francis L. Carsten, Arthur Rosenberg als Politiker, in: Gerhard Botz u. a. (Hg.), Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag, Wien 1974, S. 268. Im November 1983 schrieb Hans Rosenberg an Luciano Canfora, Arthur Rosenberg habe „immer vermieden, über seine Tätigkeit während des Ersten Weltkrieges zu sprechen ... Es war ihm offensichtlich unangenehm, da er sich Ende 1918 radikalisierte und der kommunistischen Partei zuwandte.“ Luciano Canfora, Il comunista senza partito. Seguito da „Democrazia e lotta di classe nell'antichità“ di Arthur Rosenberg, Palermo 1984, S. 16f.

138 Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich 1871–1918, 2. Aufl., Göttingen 1975, S. 215.

Rufer“, schrieb der demokratische Historiker Gustav Mayer, wurde um so unbedenklicher, „je länger der Sieg und mit ihm der ihm entsprechende ‚Schwertfrieden‘ auf sich warten ließ.“¹³⁹ Rosenberg selbst schrieb jedoch elf Jahre später: „Ich habe in der Zeit bis zum 10. November 1918 keiner politischen Partei oder Organisation angehört.“¹⁴⁰ Aber 1917 bemühte er sich noch, seinem Lehrer und dessen Ansichten zu folgen. Meyer hatte mit Georg von Below und Dietrich Schäfer zu den maßgeblichen Kräften gehört, die 1915 in der sogenannten Intellektuellen-Eingabe immer weitergehende Annexionspläne verkündet, und ein „deutsches Europa“ propagiert hatten.¹⁴¹ Die unter anderem von Hans Delbrück und Friedrich Meinecke initiierte Gegeneingabe, die zur Mäßigung, keineswegs zur Absage an Annexion und Gewaltpolitik, riet, hatte hingegen ein nur geringes Echo gefunden.¹⁴² Die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit führte im Juli 1917 zur Spaltung der Professorenenschaft.

Über seine Arbeit im Kriegspresseamt, der zentralen Zensur-, Propaganda- und Spionagebehörde des deutschen Militärapparates, schwieg Rosenberg auch in späteren Jahren. Luciano Canfora ging dem 1984 nach und vermutete, auch gestützt auf Textvergleiche, Rosenberg könnte dort eine prominente Rolle gespielt haben.¹⁴³ So findet sich die Charakteristik Bismarcks als Verkörperung der großen politischen Gedanken des Volkes in einem Einzelnen, wie in der Einleitung des Droysen-Buches, in ähnlicher Weise in einem anonymen Artikel der *Deutschen Kriegsnachrichten*, dem seit November 1916 dreimal wöchentlich erscheinenden Organ des Presseamtes.¹⁴⁴ Möglicherweise schrieb Rosenberg einen Teil der außenpolitischen Wochenübersicht des Blattes.

Am 9. September 1918 erschien in den *Kriegsnachrichten* ein Bericht über die ausländische Einmischung in den Bürgerkrieg in Sowjetrußland. „Durch zahllose Morde an Anhängern der Räteregierung ist das britische Vorgehen im Norden Rußlands gekennzeichnet ... Der Mordanschlag gegen Lenin und die Ermordung Uritzkijs, die zu den Hauptführern der Bolschewisten gehören, ließen die Zünder aufblitzen, die England gelegt hatte, um den von ihm unterirdisch angehäuften Sprengstoff zur Entladung zu bringen. In den Händen der bei der Räteregierung beglaubigten Vertreter Großbritanniens, an ihrer Spitze der Generalkonsul Lockhart in Moskau, war die Leitung der aufgedeckten weitverzweigten Verschwörung, die mit allen Mitteln der Bestechung und des Meuchelmordes die gesamte Führerschaft der unliebsamen Räterepublik aus dem Weg räumen sollte.“¹⁴⁵ Stammt diese Passage etwa aus Rosenbergs Feder?

139 Gustav Mayer, *Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1949, S. 283f.

140 Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik*, S. 7. Die sehr gründliche Studie von Heinz Hagelücke, *Deutsche Vaterlandspartei. Die deutsche Rechte am Ende des Kaiserreichs*, Düsseldorf 1997, nennt Rosenberg nicht.

141 Diese Eingabe wurde mit 1 347 Unterschriften im Juli 1915 Reichskanzler Bethmann Hollweg übergeben. Der Text ist abgedruckt bei Salomon Grumbach, *Das annexionistische Deutschland*, Lausanne 1917, S. 132–140.

142 Vgl. ebenda, S. 409f. Zur Vorgeschichte vgl. Klaus Schwabe, *Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges*, Göttingen 1969, S. 59f.

143 Canfora, *Il comunista senza partito*, S. 25f.

144 Vgl. Bismarck, in: *Deutsche Kriegsnachrichten*, 22. Juli 1918.

145 Ebenda, 9. September 1918.

Sein wissenschaftliches Ansehen brachte ihn Anfang 1918 zum ersten Mal für eine Professur ins Gespräch. Die Deutsche Universität in Prag suchte einen Nachfolger für den nach Marburg berufenen Anton Ritter von Premerstein als Professor für römische Altertumskunde und Epigraphik und schlug Rosenberg am 18. Januar 1918 *primo et aequo loco* mit Arthur Stein vor. Rosenberg sei „ein ungemein begabter, sowohl durch Scharfsinn (wie) gründliche und umfassende Kenntnisse und Schulung ausgezeichnete junger Forscher“, hieß es im Gutachten der Berufungskommission. Stein, seit 1915 in Prag Privatdozent für römische und griechische Geschichte und Altertumskunde, wurde schließlich im September 1918 zum außerordentlichen Professor und 1922 zum Ordinarius berufen. Als Vorzug gegenüber Rosenberg führte die Kommission an, daß Stein sowohl Historiker wie Epigraphiker war und neben den griechischen und römischen auch die ägyptischen Quellen für seine Forschungen heranzog.¹⁴⁶ Obwohl Rosenberg knapp scheiterte, galt er nunmehr bei fälligen Vakanzen als aussichtsreicher Kandidat.

Im Jahre 1918 erschien sein Aufsatz über „Die Parteistellung des Themistokles“. Darin erörterte er, daß die verschiedenen politischen Kräfte in der Antike wie in der Moderne den Begriff der Demokratie mit ganz unterschiedlichen Inhalten füllten. „Zu der großen Veränderung des Begriffs“, schrieb er, um den Unterschied zwischen Themistokles und Perikles zu illustrieren, „bietet das heutige Rußland einen hübschen Vergleich. Dort annektieren die Sozialisten die Bezeichnung ‚Demokraten‘ für sich und sprechen von einer ‚demokratischen‘ Konferenz, wenn die Vertreter der sozialistischen Parteien, mit Ausschluß des Bürgertums, zusammentreten. Auf der anderen Seite nehmen aber auch die Bürgerlichen, die ‚Kadetten‘, den Demokraten-Namen für sich in Anspruch.“¹⁴⁷ Rosenberg unterschied zwischen der als „bürgerlich“ bezeichneten Demokratie von Kleisthenes und Themistokles und der „fortschrittlichen“ Demokratie oder „Demokratie der Besitzlosen“ von Perikles und Ephialtes.¹⁴⁸ Der Verweis auf das russische Parteienspektrum zeigt, daß der Aufsatz zwischen März und November 1917 entstanden war. Daß die Begriffe „bürgerlich“ und „fortschrittlich“ als Gegensatz begriffen werden konnten, deutete, in Canforas Worten, „auf eine sich anbahnende, wenn auch noch nicht vollzogene politische Wandlung hin.“¹⁴⁹ Diese mag sich angesichts der immer weiter auseinander klaffenden Unterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen den Profiteuren und den Leidtragenden des Krieges, vorbereitet haben. Zwar bekam Rosenberg durch seine Arbeit für das Kriegspresseamt höhere Zuteilungen von Lebensmitteln und Heizmaterial als das Gros der Berliner Bevölkerung. Im letzten Kriegsjahr jedoch konnte niemand in den Städten von den offiziellen Rationen leben. Es gab „kaum jemanden ..., der nicht selbst seine eigene Ernährung in gewissem Umfang auf den Schleichhandel oder gelegentlich eigene ‚Hamsterei‘ stützt“, hielt ein zeitgenössischer Bericht fest.¹⁵⁰ Selbst ein Arthur Rosenberg, der so lange vom Sieg der deutschen Armee überzeugt war, konnte nicht mehr die Antikriegskämpfe der radikalen Linken übersehen – und

146 Státní ústřední Archiv, Prag, MKV/R (Fond Kultusministerium), Deutsche Universität Prag, Karton 119: Personalakte Arthur Stein. Zu ihm vgl. Christ, Römische Geschichte, S. 165ff. Den Hinweis auf den Vorgang verdanke ich Dr. Pavel Kolář, Prag/Potsdam.

147 Arthur Rosenberg, Die Parteistellung des Themistokles, in: Hermes 53 (1918), S. 310.

148 Ebenda, S. 312 und 316.

149 Canfora, Politische Philologie, S. 182.

150 Zit. in Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Frankfurt 1988, S. 65 (Erstausgabe 1973).

schon gar nicht die russische Revolution. Doch erst die Kriegsniederlage bewog ihn endlich, den „Ideen von 1914“ zu entsagen.

Der politische Wandlungswille Rosenbergs, der für seine Umgebung sehr überraschend kommen mußte und zu dessen genauen Umständen er sich später nicht öffentlich äußerte, zeigte sich am 10. November 1918, als er nach der Auflösung des Kriegspresseamtes in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei eintrat.¹⁵¹ Dies war ein irreversibler Bruch mit dem nationalistischen Akademikermilieu, zu dem der junge Privatdozent bis dahin gehört hatte. Es klingt wie eine nachträgliche Abschwächung seines Schrittes, wenn der einstige Gefolgsmann Hindenburgs und inzwischen parteilose Wissenschaftler 1928 schrieb: „Auf der anderen Seite hatte sich die Oberste Heeresleitung Hindenburg-Groener sofort für die neue Ordnung erklärt.“¹⁵²

151 Diesen Schritt vollzogen aus bislang apolitischer Haltung heraus Karl August Wittfogel, ein weiterer Student Eduard Meyers, wie auch Rosenbergs späterer Freund Franz Neumann. Vgl. Lewis A. Coser, *Refugee Scholars in America. Their Impact and Their Experiences*, New Haven/London 1984, S. 127, 197.

152 Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik*, S. 242.

KAPITEL 2

Der kommunistische Publizist (1918–1923)

Im Herbst 1918 war sich die deutsche Linke nur über ein Ziel weitgehend einig: den Sturz der Hohenzollern. Am 9. November proklamierte daher Philipp Scheidemann vor dem Reichstag die „freie deutsche Republik“; am gleichen Tag rief Karl Liebknecht vom Balkon des Berliner Schlosses die „freie sozialistische Republik Deutschland“ aus.

Als am 10. November Rosenberg der USPD beitrug, bildete diese zusammen mit der SPD die neue deutsche Regierung, den *Rat der Volksbeauftragten*. Hugo Haase, der wichtigste Politiker der USPD, begründete die Zusammenarbeit mit dem einstigen politischen Rivalen damit, „die Kraft des Proletariats und der Soldaten ungebrochen zu erhalten.“¹

1. Von der USPD zur KPD

Zunächst trat Rosenberg politisch nicht ins Rampenlicht. „Meine persönlichen Erlebnisse in jener Zeit waren so unbedeutend, daß sie mich zu keiner nachwirkenden Voreingenommenheit veranlassen konnten“, schrieb er zehn Jahre später.² Er setzte die Lehrtätigkeit an der Berliner Universität fort. Doch ließen ihn die unversöhnlichen Gegensätze an der *Alma mater* alsbald aus seiner Passivität heraustreten.

Im Herbst 1918 war der Theologe Reinhold Seeberg zum Rektor der Universität gewählt worden. Am 26. September hielt er seine Antrittsrede zum Thema „Politik und Moral“ und gab darin seinem Wunsch nach einem deutschen Sieg im Weltkrieg Ausdruck. Ein Jahr später sagte er bei der Rektoratsübergabe: „Wir blicken heute auf das schwerste Jahr in der Geschichte unseres Staates und auch unserer Universität zurück, Schmerz und Trauer im Herzen um das, was uns genommen, Ungewißheit darüber, was kommen wird Es ist anders gekommen, als wir auch in den trübsten Stunden es uns ahnen ließen. Ein furchtbarer entehrender und zerdrückender Gewaltfriede ist uns geworden. Zerschmettert ist der stolze Bau des Deutschen Reiches, zerbrochen ist die Kaiserkrone. Wir Preußen wurden von unse-

1 Zit. in Dieter Engelmann/Horst Naumann, *Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922*, Berlin 1993, S. 69.

2 Rosenberg, *Die Entstehung der deutschen Republik 1871–1918*, Berlin 1928, S. 7.

rem König verlassen, dessen Haus über ein Jahrhundert in naher Beziehung zu unserer Universität gestanden hat. Die Zeit liegt darnieder und windet sich in furchtbaren Zuckungen, eine neue Welt zu gebären.“³

Seebergs Nachfolger als Rektor wurde Eduard Meyer, der sich unter anderem gegen Hans Delbrück bei der Wahl durchsetzte. Gegen Meyer trat die „Privatdozentenvereinigung“ auf. Sie wandte sich in einem Telegramm an den neuen preußischen Kultusminister Konrad Haenisch, einen Sozialdemokraten, mit der Forderung, die Wahl Meyers zum Rektor nicht zuzulassen. Seine Investitur werde jede Zusammenarbeit zwischen ihm und den Privatdozenten in Frage stellen.⁴

Die Ursache für diese Intervention war keineswegs Meyers exponierter Nationalismus, sondern sein Widerstand gegen eine etwaige Reform der Privatdozentur. Die Privatdozenten stellten berechnete Forderungen, die von Haenisch auf der Versammlung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller im November 1918 unterstützt wurden. Vor allem ging es um eine bessere materielle Versorgung der mit einem unzureichenden Dozentenstipendium oder von Kolleggeldern lebenden Privatdozenten. Sie forderten eine Reform des Universitätsrechts, die ihnen Mitbestimmung in der Selbstverwaltung einräumen und schließlich zu einer besseren beruflichen Perspektive verhelfen sollte.

Eduard Meyer aber lehnte jede Reform ab. Er lobte die „große Freiheit“ und das „gewaltige Recht“, das die Privatdozenten an der Universität genießen würden, indem sie unterrichten und Forschungsarbeit leisten dürften. Von der saturierten Position des fest angestellten Professors aus verteidigte er die permanente soziale Unsicherheit der Privatdozenten als eine natürliche Einrichtung, welche die Dozenten „freiwillig“ auf sich genommen hätten.⁵

So scheiterten die Privatdozenten sowohl mit ihrem Widerstand gegen die Wahl Meyers zum Rektor als auch mit beinahe all ihren Reformvorschlägen.⁶ Haenisch nahm an ihrem Status keinerlei Änderungen vor. In der „Freiheit“, dem Organ der USPD, trat Rosenberg daraufhin als einer der entschiedensten Kritiker sozialdemokratischer Bildungs- und Hochschulpolitik auf.

Am 4. April 1919 wandte er sich vehement gegen einen Zustand, der bereits in der Vorschule die Weichen für den späteren Bildungsweg stelle. In allen Bildungsanstalten würden „die Plätze der höheren Schulklassen naturgemäß in erster Linie für die ehemaligen Vorschüler, also für die Sprößlinge der Kriegsgewinnler usw. reserviert werden. *Der unbegabte Schülerballast* aus den *besitzenden* Klassen wird also dem *begabten Proletarierkind* zunächst weiter den *Aufstieg versperren*.“ Man solle nach Polen schauen: In der den Deut-

3 Beide Reden sind abgedruckt in Reinhold Seeberg, *Wir heißen Euch hoffen*. Vier akademische Reden, Berlin 1919, Zitat S. 63.

4 Vgl. Kurt Fischer, *Die politische und publizistische Tätigkeit Eduard Meyers im ersten Weltkrieg und in den ersten Jahren der Weimarer Republik (1914–1920)*. Staatsexamensarbeit, Potsdam 1963, S. 82.

5 Eduard Meyer, *Die Privatdozenten und die Zukunft der deutschen Universitäten*, in: *Preußische Jahrbücher*, 175 (1919), S. 34f.

6 Die einzige Ausnahme war die Erweiterung der Partizipationsrechte von Privatdozenten im großen Senat. Vgl. Konrad H. Jarausch, *Zur Demokratisierung der deutschen Universität*. Transatlantische historische Perspektiven, in: Herbert Gottwald (Hg.), *Universität im Aufbruch*. Die Alma mater Jenensis als Mittler zwischen Ost und West, Jena/Erlangen 1992, S. 93f.

schen abgenommenen Provinz Posen werde durch die neue Verwaltung das Bildungsprivileg beseitigt.⁷

Galt dies bereits für alle Verteidiger des *Status quo ante* als denkbar schärfste Provokation, so begnügte sich Rosenberg nicht damit. Mit seiner Forderung nach einem Rückzug der Kirche aus den staatlichen Bildungsanstalten schlachtete er eine weitere heilige Kuh. Haenischs Aussage, der Religionsunterricht solle an den Schulen in der bisherigen Weise fortgeführt werden, bezeichnete Rosenberg als „eine *Ungeheuerlichkeit* vom pädagogischen, sittlichen und wissenschaftlichen Standpunkt“ aus. „Bei der Lösung der Aufgabe, unsere Schuljugend von der kirchlichen Verdummung zu befreien, hat Konrad Haenisch kläglich versagt, und ebenso versagt hat er in allen anderen Fragen unseres Bildungs-, Kultur- und Schullebens.“⁸ Bissig kommentierte er die Staatszuschüsse an die Kirche mit dem Satz: „Die Kirche soll nicht darben“, und setzte hinzu: „Zur Zeit zahlt der preußische Staat die Millionen an die Kirche immer noch künftig weiter, und wenn künftig einmal der Staatszuschuß an die Kirche ‚abgelöst‘ werden sollte, dann bekommt sie eine ‚vollwertige Entschädigung‘! Und doch hat es einmal einen gewissen Jesus von Nazareth gegeben, der seine Jünger lehrte: ‚Ihr könnt nicht zwei Herren zugleich dienen. Entweder ihr dient *Gott* oder dem *Mammon*“.⁹

„Nicht ohne Grund haben die *Ebert-Scheidemann* nach dem 9. November ihr kirchenfreundliches Herz entdeckt“, so Rosenberg weiter. „An sich ist ihnen die Kirche völlig gleichgültig; aber sie brauchen die *schwarzen Bataillone* als *Waffenbrüder* im Kampf gegen das klassenbewußte Proletariat. Darum hält die jetzige Regierung der Geistlichkeit die offene Brieftasche hin und liefert ihr die Schuljugend aus. Indessen ist in der Ehe zwischen dem Rechtssozialismus und der Kirche, wobei die Demokraten als Brautjungfern hinterdrein laufen, eine ergötzliche Irrung passiert. Der *oberste Bischof* und ‚*Herr*‘ der preußischen evangelischen *Landeskirche* war bis zur Revolution *Wilhelm II.* Seitdem nun Wilhelm seinen Wohnsitz nach Amerongen verlegt hatte, war die preußische Landeskirche bischofs- und herrenlos, ein Zustand, der eigentlich einer demokratischen oder gar sozialistischen Zeit gar nicht übel entsprach.“¹⁰

„Sparen, sparen!“ So tönt es aus dem Munde unseres Finanzministers im Reich und in den Einzelstaaten“, schrieb Rosenberg bei anderer Gelegenheit voller Sarkasmus. „Wenn die Arbeiter und Beamten des Staats Aufbesserung ihrer knappen Einkünfte verlangen, wenn dringende Reformen in unserem Erziehungs- und Bildungswesen gefordert werden, dann stehen die regierenden Herren gewöhnlich achselzuckend da und beteuern treuherzig:

7 Arthur Rosenberg, Die Polen beschämen Herrn Haenisch, in: Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, 4. April 1919.

8 Arthur Rosenberg, Herr Haenisch für Religionsunterricht „in der bisherigen Weise“, ebenda, 22. Mai 1919. Vgl. auch Rosenbergs Artikel: Ein Jahr „sozialistischer“ Kulturpolitik, ebenda, 10. November 1919, und: Das preußische Kultusministerium im Bund mit den Jesuiten, ebenda, 29. Dezember 1919.

9 Arthur Rosenberg, Die heiligen drei Könige oder wofür Deutschland Geld hat, ebenda, 8. Juli 1919. Teilabdruck des Artikels als Dokument 5 im Anhang. In bezug auf die Kirche konnte sich Rosenberg sarkastische Bemerkungen kaum verkneifen: „Der Herrgott ist immer mit den stärkeren Bataillonen“, schrieb er anlässlich der Wahl von Achille Ratti zum Papst Pius XI. Arthur Rosenberg, Die politische Bedeutung der Papstwahl, in: Inprekorr, 2. Februar 1922, S. 112.

10 Rosenberg, Die heiligen drei Könige. Als KPD-Mitglied urteilte Rosenberg noch schärfer: „Unser *Kampf gegen die Kirche* ist in erster Linie eine politische Angelegenheit und keine Frage der proletarischen Kultur und der Lebensform.“ Arthur Rosenberg, VKPD und Kirchenaustritt, in: RF, 12. Februar 1921 (Abendausgabe).

„Wir haben kein Geld!‘ Der arme, arme preußisch-deutsche Staat! Er hat nur für zwei Dinge immer Geld: für die *Freiwilligenkorps* und für die *Kirche!*“¹¹ Zur Abschaffung des Schulgeldes seien hingegen die „Rechtssozialisten“ der preußischen Regierung nicht bereit. „Sie wollen *nirgends die Machtstellung des Kapitalismus erschüttern*; in der Schule so wenig wie in der Fabrik oder gar an der Universität. Somit werde auch künftig „die Jugend der besitzenden Klasse“ fast allein die höheren Schulen und die Universitäten besuchen.¹²

„Eine wirkliche *Hochschulreform* müßte“, so Rosenberg, „zunächst die völlige *Unentgeltlichkeit* des Hochschulbesuchs festlegen. Bedürftigen Studenten müßte der Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt werden. Ferner wäre mit den Vorrechten kleiner *Professorencliquen* in den sogenannten Fakultäten aufzuräumen, die bisher den Haupteinfluß auf die Ernennung neuer Hochschullehrer ausübten. Sodann müßte die klägliche Notlage beseitigt werden, in der sich die jungen *Privatdozenten*, die unterste Klasse der Hochschullehrer, befinden. Mit Recht nimmt die Öffentlichkeit warmen Anteil an der Bedrängnis der Junglehrer an den Volksschulen. Aber gemessen an Einkommen und Rechtsstellung der jungen Privatdozenten ist die Lage der Junglehrer noch geradezu fürstlich, und das will doch viel sagen!“¹³

Für Eduard Meyer waren Rosenbergs Äußerungen Grund genug, alle Beziehungen zu seinem Schüler abubrechen.¹⁴

Einen solch aufsässigen Dozenten wie Rosenberg hatte es an einer deutschen Hochschule bislang nicht gegeben. Doch waren seine Wortmeldungen nur ein, wenngleich extremer Ausdruck der immer stärkeren Polarisierung unter den Studenten und Hochschullehrern auch der Berliner Universität und – wichtiger noch – des Auftretens linker Wissenschaftler an der *Alma mater*.

Bereits am 11. November 1918 hatte der 1899 als Sozialdemokrat von der Universität ausgeschlossene Physiker und Privatdozent Leo Arons einen offenen Brief an Rektor und Senat mit der Aufforderung gerichtet, sich der Revolution zur Verfügung zu stellen. In einer daraufhin in der „Vossischen Zeitung“ veröffentlichten Erklärung betonten „die an der Universität Berlin vereinigten Geistesarbeiter, daß auch sie sich bereitwillig der provisorischen neuen Regierung unterstellen“, wollten jedoch „ihre bisherige Anhänglichkeit an die glorreichen Traditionen des bisherigen Staates“ nicht verleugnen.¹⁵ Dies war indes ein bloßes Lippenbekenntnis, denn die übergroße Mehrzahl der Hochschullehrer blieb der Revolution gegenüber feindlich eingestellt. Die antirevolutionäre Stimmung erreichte ihren Höhepunkt,

11 Rosenberg, Die heiligen drei Könige.

12 Arthur Rosenberg, Einheitszuchthaus oder Einheitsschule?, in: Freiheit, 4. August 1919.

13 Arthur Rosenberg, Wie Konrad Haenisch die Hochschulen „reformiert“, ebenda, 13. September 1919.

14 Meyers Kollege Ulrich Wilcken erwähnte 1927 „jene Aufsätze“, die „seinerzeit zum Bruch mit ihm (Rosenberg) geführt haben“, womit zweifellos die Beiträge in der „Freiheit“ gemeint waren, da Rosenberg 1919 nur dort und nur zu diesen Fragen politisch Stellung nahm. Wilcken an Meyer, 23. Oktober 1927, in: Ulrich Wilcken. Briefe an Eduard Meyer 1889–1930, hg. von Gert Audring, Konstanz 1994, S. 91.

15 Beide Erklärungen sind abgedruckt bei Kurt Töpner, Gelehrte Politiker und politisierende Gelehrte. Die Revolution von 1918 im Urteil deutscher Hochschullehrer, Göttingen 1970, S. 252–254. Eduard Meyer (Privatdozenten, S. 30) wies Arons‘ Aufruf rundweg zurück.

als Unbekannte am 13. März 1919 auf das Haus des rechtsextremen Historikers Dietrich Schäfer einen Bombenanschlag verübten.¹⁶

Bis zur Novemberrevolution waren Sozialisten vom Lehrbetrieb an der Berliner Universität ausgeschlossen. Der Wirtschaftswissenschaftler Karl Ballod, der noch vor der Novemberrevolution der USPD beitrug, hatte sein Buch *Der Zukunftsstaat* 1899 nur unter dem Pseudonym „Atlanticus“ herausbringen können. In der Neuausgabe, die 1919 unter seinem Namen erschien, forderte er die Sozialisierung der Volkswirtschaft und schrieb: „Die Massen der Arbeiter wünschen etwas über den sozialistischen Staat zu erfahren. Die Mehrheitssozialisten vertrösten sie auf die ferne Zukunft. Von dieser Trostlosigkeit angewidert, könnten sie sich denjenigen Führern zuwenden, die ihnen die alsbaldige oder gar sofortige Durchführung des Sozialismus versprechen.“¹⁷ Ballod, in Berlin Honorarprofessor, erhielt 1920 eine ordentliche Professur in Riga.¹⁸ Franz Oppenheimer, Privatdozent für Volkswirtschaft, der keiner Partei angehörte, beschränkte sich in einem Aufsatz in der „Neuen Rundschau“ auf die Forderung nach Enteignung des Großgrundbesitzes, wandte sich jedoch gegen die Diktatur des Proletariats.¹⁹ Alfred Grotjahn war als Medizinstudent der SPD beigetreten, hatte sich dann aber von ihr entfernt. Nur auf Druck des neuen preußischen Kultusministers Haenisch und gegen den erklärten Willen der Fakultät wurde er auf eine Professur für Sozialhygiene berufen. Er schloß sich nach der Revolution erneut der SPD an.

Grotjahn war ein Sozialdemokrat eigener Art. Im Jahre 1915 hatte er, damals noch Leiter des Städtischen Medizinalamtes von Berlin, zu den Begründern der „Gesellschaft für Rassenhygiene“ gehört. Angesichts der verheerenden Ausbreitung der Tuberkulose schrieb er 1923, erst wenn den Kranken die Möglichkeit genommen werde, „ihre körperliche Minderwertigkeit auf dem Wege der Vererbung weiterzugeben, dürfen wir ihnen die Maßnahmen ärztlicher, pflegerischer, sozialhygienischer und wirtschaftlicher Art angeheißen lassen.“²⁰

Dem Historiker Gustav Mayer eröffnete die Revolution den Weg zur Lehrtätigkeit und schließlich zur außerordentlichen Professur in Berlin. Eher ein Mann der Sozialreform denn des revolutionären Umsturzes, hatte er am 18. Oktober 1918 notiert, daß „Deutschlands herrschende Schichten“ gar nicht ahnten, „wie rückständig sie trotz aller ihrer Erfolge auf jene Nationen wirkten, die, länger an großstaatliches Leben gewöhnt, durch ihre Demokratie auf eine breitere soziale Grundlage gestellt und mit höheren Freiheitsansprüchen erfüllt waren. Nun rächt sich der grenzenlose Hochmut unserer herrschenden Kaste: ihr Weltmachtstraum liegt in Trümmern, und voll berechtigter Angst sieht sie das Gespenst der sozialen Revolution näherkommen.“²¹

16 Vgl. Dietrich Schäfer, *Mein Leben*, Berlin/Leipzig 1926, S. 233. Schäfer überstand den Anschlag unverletzt.

17 Karl Ballod, *Der Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat*, 2. Aufl., Stuttgart 1919, S. 5.

18 Ballod, eigentlich Balodis, war gebürtiger Lette. Im Ersten Weltkrieg hatte er als Berater im deutschen Kriegsministerium das System der Lebensmittelrationierung organisiert.

19 Vgl. Töpner, *Gelehrte Politiker*, S. 78.

20 Zit. in Ernst Klee, *Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945*, Frankfurt 2001, S. 34.

21 Gustav Mayer, *Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1949, S. 305.

Der bedeutendste Berliner Wissenschaftler, der die Novemberrevolution unterstützte, war Albert Einstein. Ende 1918 begrüßte er auf einer Versammlung Berliner Studenten als „Genossinnen und Genossen“ und sagte:

„Die alte Klassenherrschaft ist beseitigt. Sie fiel durch die eigenen Sünden und durch die befreiende Tat der Soldaten. Der von diesen rasch gewählte Soldatenrat im Verein mit dem Arbeiterrat muß vorläufig als Organ des Volkswillens aufgefaßt werden. Wir sind diesen Behörden also in dieser kritischen Stunde unbedingten Gehorsam schuldig und müssen sie mit allen Kräften stützen. Andererseits müssen alle Demokraten darüber wachen, daß die alte Klassen-Tyrannie von rechts nicht durch eine Klassen-Tyrannie von links ersetzt werde. Lasset Euch nicht durch Rachegefühle zu der verhängnisvollen Meinung verleiten, daß eine vorläufige Diktatur des Proletariats nötig sei, um Freiheit in die Köpfe der Volksgenossen hineinzuhämmern. Gewalt erzeugt nur Erbitterung, Haß und Reaktion.“²²

Diese besonnenen Worte Einsteins stießen beim rechtsradikalen Teil der Professorenschaft auf wütende Ablehnung. Pseudowissenschaftliche Anfeindungen mischten sich mit Versuchen einer politischen Ausgrenzung und einem teilweise rabiaten Antisemitismus. Zu Sprechern der „Anti-Einstein-Kampagne“ machten sich die künftigen Vorkämpfer einer „deutschen Physik“, die Nobelpreisträger Philipp Lenard und Johannes Stark.²³

Eduard Meyer konnte sich an der Kontroverse über Fragen der Physik nicht beteiligen. In einer Hinsicht ging er jedoch mit Stark und Lenard weitgehend konform – in ihrem Antisemitismus.

Christhard Hoffmann, der die Haltung deutscher Althistoriker zu Juden und Judentum untersucht hat, sieht „Meyers Beziehung zur Geschichte des antiken Judentums ... durch eine besondere Ambivalenz gekennzeichnet. Einerseits fühlte er sich zu dem Forschungsgegenstand wegen seiner Ergiebigkeit für die antike Religionsgeschichte hingezogen, andererseits erkannte er im ‚Wesen‘ des Judentums das Paradigma einer religiös geprägten Lebensform und Denkweise, von der er sich polemisch distanzierte.“²⁴ Franz Schnabel, der Meyers Vorlesungen vor dem Ersten Weltkrieg besuchte, erinnerte in seinem Nachruf auf ihn daran, „wie souverän er sich über studentischen Unwillen hinwegsetzte, wenn er ... mit den schon damals sich breitmachenden Rassentheoretikern aufräumte ...“²⁵ Seine Freunde Dietrich Schäfer und besonders Karl Beloch konnten ihn damals nicht von den „Vorzügen“ einer völkisch-rassistischen Betrachtungsweise überzeugen.²⁶

Dies änderte sich nach dem politischen Umsturz 1918. Um eine „unparteiische“ Beurteilung des Antisemitismus gebeten, erwiderte Meyer 1920, „die ganze unverantwortliche Überschwemmung Deutschlands mit galizischen und russischen Juden ... reißt ja auch den Widerwilligsten in den Antisemitismus hinein.“²⁷ Anders als in seinen Vorkriegsarbeiten,

22 Albert Einstein, *Über den Frieden. Weltordnung oder Weltuntergang?*, hg. von Otto Nathan und Heinz Norden, Bern 1976, S. 44f.

23 Vgl. aus der Fülle der Literatur Siegfried Grundmann, *Einsteins Akte. Einsteins Jahre in Deutschland aus der Sicht der deutschen Politik*, Berlin/Heidelberg 1998.

24 Christhard Hoffmann, *Juden und Judentum im Werk deutscher Althistoriker des 19. und 20. Jahrhunderts*, Leiden etc. 1988, S. 189.

25 Franz Schnabel im Nachruf auf Eduard Meyer in der „Frankfurter Zeitung“ vom 6. September 1930, zit. ebenda, S. 183, Anm. 142.

26 Vgl. ebenda, S. 179ff.

27 Antwort Meyers auf eine Umfrage des Volkskraft-Bundes, zit. ebenda, S. 185.

schrieb er jetzt von einer tiefen Kluft, die zwischen deutschem und jüdischem Wesen liege,²⁸ und sprach generalisierend von jüdischem „Profitmachen“ und „Opportunismus.“²⁹ „Das ‚Judentum‘“, so Hoffmann, „wird bei ihm geradezu zum zentralen Feindbild, weil dessen ‚Geist‘ bis in die Gegenwart wirkt und sich über den Calvinismus besonders in England und Nordamerika ausgewirkt hat.“³⁰

Mit der deutschen Kriegsniederlage und der Novemberrevolution veränderte sich auch Meyers Tonart im öffentlichen Vortrag. Der keineswegs linksstehende Historiker Gerhard Masur, der Meyers Vorlesungen damals als Student hörte, schrieb später über ihn, er „war von einer unglaublichen Gelehrsamkeit, aber ein monotoner Redner. Außerdem war er ein leidenschaftlicher Nationalist, Antisemit und Gegner der Republik. Er machte oft antisemitische Bemerkungen in seinen Vorlesungen, was die Studenten zu teils feindlichen, teils begeisterten Kundgebungen veranlaßte.“³¹ An eine diesbezügliche Bemerkung erinnerte sich der spätere Präsident der Zionistischen Weltorganisation und des Jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann: „Es war während einer Vorlesung des großen Historikers der Antike, Eduard Meyer, die nicht frei von Antisemitismus war. Er las über die biblische Urzeit und ... schloß mit folgenden, in großem Pathos vorgetragenen Worten: Die alten Israeliten sprachen den Namen Ja-akob aus, bei den heutigen Juden ist er zu Jankel geworden. Der Unterschied zwischen Ja-akob und Jankel erläutert die ganze Dekadenz dieser Rasse.“³² Wie viele andere Hochschullehrer glaubte Meyer, kommunistische „Hetzer“, oftmals Juden, hätten die kämpfende Truppe im November 1918 zum Aufruhr angestiftet und mit diesem *Dolchstoß in den Rücken des Heeres* den deutschen Zusammenbruch verursacht. Er blieb uneinsichtig und lehnte jede öffentliche Selbstkritik gegenüber früheren Auffassungen ab.³³ Obwohl Rosenberg nicht als marxistischer Agitator an der Front gewirkt hatte, mußte gerade er Meyer als Sinnbild des radikalisierten jüdischen Linken erscheinen, von dem nichts Gutes zu erwarten sei.³⁴

In dieser Zeit setzte Rosenberg seine Forschungen zur römischen Rechtsgeschichte fort, wovon eine Dokumentation und ein längerer Aufsatz zeugen.³⁵ Doch kam bis 1922 ein

28 Eduard Meyer, *Ursprünge und Anfänge des Christentums*, Bd. III, Stuttgart/Berlin 1923, S. 314.

29 Ebenda, Bd. II, S. 32, 129, Bd. III, S. 315.

30 Hoffmann, *Juden und Judentum*, S. 184.

31 Gerhard Masur, *Das ungewisse Herz*, Holyoake, Mass. 1978, S. 65f.

32 Nahum Goldmann, *Mein Weg als Deutscher und Jude*, München 1980, S. 122. Goldmann stellte Meyer nach der Vorlesung zur Rede, worauf dieser zugab, über seine Äußerung nachzudenken.

33 Im Rahmen einer Umfrage zum Aufruf „An die Kulturwelt!“ lehnte er jedes Abrücken davon entschieden ab. Vgl. Hans Wehberg, *Wider den Aufruf der 93! Das Ergebnis einer Umfrage an die 93 Intellektuellen über die Kriegsschuld*, Charlottenburg 1920, S. 10f. Meyer trat der DNVP bei, spielte aber dort keine Rolle.

34 Andererseits hatte Meyer gegenüber politisch „neutralen“ Gelehrten jüdischer Herkunft auch nach 1918 keine Berührungängste: So holte er 1929 Ernst Stein als Privatdozenten nach Berlin.

35 Arthur Rosenberg, *Ein Dokument zur Reichsreform des Kaisers Gallienus*, in: *Hermes*, 55 (1920), S. 319–321; ders., *Die Entstehung des sogenannten Foedus Cassianum und des lateinischen Rechts*, ebenda, S. 337–363.

weiteres Arbeitsgebiet hinzu: die Tätigkeit an der Berliner Volkshochschule.³⁶ Sie war 1919 nach der Humboldt-Hochschule als zweite Bildungsanstalt dieser Art gegründet worden.³⁷

Diese Arbeit dürfte Rosenberg finanziell nur wenig eingebracht haben, aber er brauchte jede Summe, denn in seinem Privatleben trat im Jahre 1919 eine wichtige Veränderung ein: Er heiratete die am 28. September 1895 in Köslin (Pommern) geborene Ella Wöhlmann. Wie fast alle Frauen ihrer Generation erlernte sie keinen Beruf. Ihr oblag die Erziehung der Kinder, während ihr Mann den Lebensunterhalt verdiente. Am 27. Februar 1921 wurde die Tochter Liselott geboren, am 5. August 1922 der Sohn Wolfgang.³⁸ Noch lebte die Familie in der Ziegelstraße, bis sie 1926 in Berlin-Steglitz, Körnerstraße 24, eine größere Wohnung bezog.³⁹

Die Volkshochschulen waren zunächst von Kreisen des liberalen Bürgertums initiiert worden und entwickelten sich in der Weimarer Republik zu Lehrstätten für geistig interessierte Arbeiter. Die Heimvolkshochschule in Leipzig war marxistisch beeinflusst; so lehrte dort der 1933 ins Exil getriebene Staatswissenschaftler Hermann Heller. Gründer der Volkshochschule in Kiel war der spätere sozialdemokratische Reichsjustizminister Gustav Radbruch. In München wurde die Volkshochschule von Demokraten wie Georg Kerschensteiner und Hans Ludwig Held geprägt. Dort unterrichtete auch der damals noch keineswegs nationalsozialistisch beeinflusste Althistoriker Helmut Berve, der Rosenberg während seines Studienjahres in Berlin 1921/22 kennengelernt hatte.⁴⁰ Die Jenaer Volkshochschule zählte solch bekannte Pädagogen wie Wilhelm Flitner und Adolf Reichwein zu ihren Leitern. Die Heimvolkshochschule Tinz bei Gera unterhielt durch ihren Leiter Alfred Braunthal enge Beziehungen zur österreichischen Sozialdemokratie, doch lehrten an ihr auch solch wichtige, mit der SPD verbundene Wissenschaftler und Praktiker wie Anna und August Siemsen, Marie Juchacz, Ernst Fraenkel oder Otto Jenssen, nicht zuletzt der glänzend begabte Autodidakt Kurt Stechert. Auch Karl August Wittfogel, damals KPD, arbeitete zeitweilig dort.⁴¹

Rosenberg unterrichtete an der Berliner Volkshochschule Alte Geschichte, weitete aber die pädagogische wie publizistische Arbeit auf Fragen der Gegenwart aus.

Er dürfte sich dort wohl gefühlt haben, denn ihre Leitung „legte kein Gewicht darauf, als Lehrer sogenannte große Kanonen zu gewinnen, die ihren Vortrag halten und sich sonst

36 Vgl. Rudolf Wolfgang Müller/Gert Schäfer, Einleitung der Herausgeber, in: Dies. (Hg.), Arthur Rosenberg zwischen Alter Geschichte und Zeitgeschichte, Politik und politischer Bildung, Göttingen 1986, S. 16.

37 Vgl. Konrad Hirsch, Die Humboldt-Hochschule, Freie Volkshochschule Groß-Berlin und die Volkshochschulfrage. Eine Studie über die Beziehungen zwischen Volkshochschule und Volkswirtschaft, Borna/Leipzig 1927, S. 45.

38 Die Geburtsdaten von Rosenbergs Familienmitgliedern befinden sich in den nationalsozialistischen Ausbürgerungsakten. Vgl. Michael Hepp (Hg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, Bd. 1, München etc. 1985, S. 11 (Liste 8).

39 Diese Angaben sind den laufenden Editionen von „Kürschners deutschem Gelehrten-Kalender“ entnommen.

40 Vgl. Luciano Canfora, Politische Philologie. Altertumswissenschaften und moderne Staatsideologien, Stuttgart 1995, S. 132f. Vgl. zu Berve Karl Christ, Neue Profile der Alten Geschichte, Darmstadt 1990, S. 125–187.

41 Vgl. Paul Ciupka/Franz-Josef Jelich (Hg.), Soziale Bewegung, Gemeinschaftsbildung und pädagogische Institutionalisierung. Erwachsenenbildungsprojekte in der Weimarer Republik, Essen 1996, mit Beiträgen zu Leipzig (Norbert Reichling), Jena (Bettina Rölke) und Tinz (Adolf Brock).

nicht weiter um den Gedanken der Volkshochschule kümmern würden“; auch „der Einfluß der Universität auf die Volkshochschule, über den die Arbeiterschaft nicht gerade erbaut wäre, ist gering.“ Zwar sei es „erst nach Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterschaft“ möglich, an den Volkshochschulen „den Gedanken des Sozialismus und Kommunismus in die Köpfe der Hörer einzupflanzen.“ Doch sollten Kommunisten die Schule besuchen, um „nützliche Kenntnisse“ jeder Art zu erwerben.⁴²

In einem Aufsatz über „Die Reform des Geschichtsunterrichts“ setzte er sich kritisch mit der Zeitschrift „Vergangenheit und Gegenwart“ auseinander. Sie war 1911 von den Leipziger Gymnasiallehrern Fritz Friedrich und Paul Rühlmann gegründet worden und war, Joachim Petzolds Urteil folgend, „bis 1933 um politischen Ausgleich bemüht und gab weder der alldeutschen Kriegshetze noch der republikfeindlichen Dolchstoßlegende Raum.“⁴³ Auch Rosenberg erkannte 1920 „ein ehrliches Streben, sich den neuen Zeiten anzupassen, ... und doch, wie völlig unzureichend sind die Reformen, zu denen sich Friedrich und Rühlmann bequem wollen! Allenfalls bewilligen sie einige Einschränkungen der Kriegs- und Dynastiegeschichte. Aber wir brauchen nicht ‚einige Einschränkungen‘, sondern den eisernen Besen, der den ganzen alten Plunder vor die Tür kehrt.“⁴⁴

„Monarchen dürften nur dann im Geschichtsunterricht behandelt werden, wenn sie wirklich für die Menschheitsgeschichte von Bedeutung waren, also z. B. Männer wie Augustus, Karl der Große, Napoleon I., Friedrich II. von Preußen“, forderte Rosenberg. „Dabei ist es gleichgültig, ob uns diese Männer persönlich sympathisch sind oder nicht: nur die objektive historische Wahrheit hat für die Behandlung im Unterricht zu entscheiden. Aber unbedingt zu beseitigen ist der Unfug, daß alle deutschen und gar römischen Kaiser in den Geschichtsstunden besprochen und dann auswendig gelernt werden. Mit Unglückswürmern wie Adolf von Nassau und Ludwig dem Kind, mit Karl dem Dicken und dem Kahlen oder mit politischen Nullen wie Titus und Antoninus Pius möge man die Jugend des 20. Jahrhunderts verschonen. Wenn erst einmal dieser ganze Lernstoff beseitigt ist, wird im Unterricht Platz gewonnen für die innenpolitische, soziale, kulturelle, Wirtschafts- und Sittengeschichte.“ Nicht die Kriegshelden, sondern die „großen Wegweiser der Menschheitskultur“ sollten den Schülern als Vorbilder nahegebracht werden. Wie in seinen Artikeln für die USPD-Presse mahnte Rosenberg die Geschichtslehrer, „den Chauvinismus zu bekämpfen und den internationalen Sinn zu fördern.“ Doch forderte er auch: „Keine Partei- und Weltanschauungspropaganda in der Schule der Zukunft.“ Der Aufsatz erschien an einer Stelle, an der Berliner Hochschullehrer sonst kaum publizierten: „Die neue Erziehung. Zeitschrift für entschiedene Schulreform und freiheitliche Schulpolitik, zugleich Organ des Reichsbundes entschiedener Schulreformer.“

Mit der Mehrheit der Delegierten stimmte Rosenberg auf dem Halleschen USPD-Parteitag am 16. Oktober 1920 für den Übertritt zur KPD. Hier dürfte er zum ersten Mal

42 Arthur Rosenberg, Die Volkshochschule Groß-Berlin und das Proletariat, in: RF, 11. Januar 1921 (Morgenausgabe). Laut Rosenberg veranstaltete die Berliner Volkshochschule im Lehrjahr 1920/21 427 Kurse, die von 13 174 Personen belegt wurden. Von ihnen waren 46 Prozent Arbeiter und 38 Prozent Angestellte. Vgl. auch Hirsch, Die Humboldt-Hochschule, S. 45.

43 Joachim Petzold (unter Mitarbeit von Waltraud Petzold), Ideale und Idole im Schatten Hitlers und Stalins. Dresdner Oberschüler auf dem Wege aus dem Dritten Reich in die DDR, Potsdam 1997, S. 41.

44 Arthur Rosenberg, Die Reform des Geschichtsunterrichts, in: Die neue Erziehung, 2 (1920), S. 405–410, Zitat S. 406. Hiernach auch die folgenden Zitate.

Grigorij Sinowjew erlebt haben, der in einer agitatorisch äußerst geschickten Rede und in bestem Deutsch für den Anschluß an die Komintern geworben hatte. Nach dem Erfolg seiner Anstrengungen rief Sinowjew den Parteigängern der KPD ein „Willkommen“ in der Dritten Internationale zu und erklärte: „Es ist heute etwas Historisches passiert. Die Arbeiterklasse Deutschlands hat sich als erste erholt, hat sich von den reformistischen Elementen befreit und wird jetzt unter dem roten Banner der Kommunistischen Internationale sämtliche kämpfenden Proletarier Deutschlands sammeln ... Euer Beschluß wird den größten Nachklang haben über Frankreich, über England, über Europa, Amerika, in der ganzen Welt.“⁴⁵

Auf dem Berliner Vereinigungsparteitag von USPD (Linker) und KPD Anfang Dezember 1920 knüpfte Rosenberg in seinem Diskussionsbeitrag an Sinowjews Gedanken an. Zu einer Zeit, als die starke Linksbewegung in Deutschland, vor allem jedoch in Italien, durch einen Ruck nach rechts abgelöst wurde, erblickte er in den Fabrikbesetzungen italienischer Arbeiter den Auftakt zur proletarischen Weltrevolution und bemerkte: „Die italienische Regierung hat darum den Angriff auf die besetzten Betriebe nicht gewagt, weil die Arbeiter in Italien gut bewaffnet waren. Also diese Frage der Betriebskontrolle und was dabei entsteht, das gehört unmittelbar zur Taktik und Strategie des Bürgerkrieges ... Genossen! Die weltrevolutionäre Lage liegt zur Zeit so, daß die Welle nach Mitteleuropa geht. Italien und Deutschland werden reif für den Entscheidungskampf, und diesen Entscheidungskampf werden wir in diesen beiden Ländern mit ziemlich ähnlicher Taktik führen müssen ...“⁴⁶

Auf dem folgenden Parteitag der KPD, der im August 1921 im Jenaer Volkshaus tagte, erklärte Rosenberg wiederum: „Wir gehen großen Perioden heftiger Kämpfe entgegen, und wir werden diese Kämpfe nur dann führen können, wenn wir in gemeinverständlicher Weise unsere Forderungen formulieren, wenn wir die Massen mobil machen gegen den Steuerdruck, für die Lohnerhöhungen und für die Kontrolle der Produktion. Der Kampf in diesen Etappen wird zu großen Zusammenstößen mit der Staatsgewalt führen; das ist vollkommen klar.“⁴⁷ Er ignorierte die Tatsache, daß diese Politik der unrühmlichen Märzaktion von 1921 zugrunde gelegen hatte:

Die Komintern verfolgte die Strategie, den Sowjetstaat politisch zu entlasten. Das Land befand sich in einer komplizierten Lage. Die Niederlage im Krieg gegen Polen nach dem angeblich revolutionären Vormarsch auf Warschau und der Aufstand der Matrosen von Kronstadt gefährdeten das bolschewistische Regime. In der Innenpolitik setzte der Kurs auf die Neue Ökonomische Politik und damit, in Lenins eigenen Worten, denen Rosenberg später zustimmen sollte, auf den „Staatskapitalismus“ ein.⁴⁸ Der Frieden von Riga hatte im März 1921 zwar die Interventionskriege beendet, aber zu großen territorialen Verlusten Sowjetrußlands an Polen geführt. Mittels revolutionärer Aktionen sollten der Ausbruch der Revolution in den kapitalistischen Ländern beschleunigt und der *Cordon sanitaire* um So-

45 USPD. Protokoll über den außerordentlichen Parteitag in Halle vom 12.–17. Oktober 1920, Berlin 1920, S. 262. Zum Kontext vgl. u. a. Robert F. Wheeler, *USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Frankfurt etc. 1975, bes. S. 232–258.

46 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund), abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, Berlin 1921, S. 143f.

47 Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin 1922, S. 346.

48 W. I. Lenin, *Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution*, in: Ders., *Werke*, Bd. 33, Berlin 1962, S. 38. Vgl. Arthur Rosenberg, *Geschichte des Bolschewismus*, Frankfurt 1975, S. 258 und *passim*.

wjetrußland aufgebrochen werden. Unter Mithilfe des Komintern-Emissärs Béla Kun, des Führers der kurzlebigen Ungarischen Räterepublik von 1919, initiierte die KPD in den miteldeutschen Industriezentren Halle-Merseburg und Mansfeld eine Revolte, für die sie bis zu 150 000 Arbeiter mobilisieren konnte. Diese fand jedoch nicht die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit. Was als revolutionäres Fanal gedacht und als „Aufstand der Avantgarde“⁴⁹ glorifiziert worden war, endete teilweise im Bandenwesen und schließlich in blutiger Unterdrückung durch Reichswehr und Freikorps. All dies wischte Rosenberg mit einer Handbewegung beiseite: Er behauptete, man könne „wohl sagen, daß so ziemlich jeder schlichte Arbeiter in seinem Herzen gefühlsmäßig Kommunist ist“ und nur noch nicht recht daran glaube, „daß der Kommunismus verwirklicht werden kann.“⁵⁰

Der KPD-Vorsitzende Paul Levi vertrat eine wesentlich realistischere Position. Doch Anfang 1921 lehnte die SPD-Führung seine Politik des „Offenen Briefes“, die eine Annäherung an die Sozialdemokraten vorsah, entgegen der Stimmung an der SPD-Basis ab. Dies gab der ultraradikalen Stimmung in der KPD einen großen Auftrieb. Levi, ein Gegner der „März-Aktion“, rechnete in seiner Broschüre *Unser Weg. Wider den Putschismus* im April 1921 mit den ultralinken Illusionen ab. „Für einen anarchistischen Klub genügt es vollkommen, wenn der Wille des Führers befiehlt und der Todesmut der Gläubigen gehorcht. Für eine Massenpartei, die nicht nur Massen in Bewegung setzen will, sondern auch selbst Masse ist, genügt das nicht“, schrieb er darin. „Eine Aktion, die lediglich dem politischen Bedürfnis der kommunistischen Partei und nicht dem subjektiven Bedürfnis der proletarischen Masse entspricht, ist verfehlt an sich Die Kommunisten haben nicht die Möglichkeit, zumal nicht, solange sie eine solche Minderheit im Proletariat sind, die Aktion anstelle des Proletariats zu machen.“⁵¹ Nach dieser Kritik wurde Levi aus der KPD ausgeschlossen. „Es war genau jener Punkt“, so Ben Fowkes, „an dem man die Herausbildung der ultralinken Strömung ansetzen darf, die fortan ein ständiges Merkmal der Parteigeschichte sein sollte.“⁵²

Zu den Ultralinken gehörte alsbald auch Rosenberg. In ihrem Erinnerungsbuch *Stalin und der deutsche Kommunismus* schrieb Ruth Fischer 1948, nach dem 10. Parteitag der russischen KP im März 1921 seien die oppositionellen Politiker Schljapnikow, Lutowinow und Mjasnikow in verschiedenen geschäftlichen und diplomatischen Abgelegenheiten nach Berlin geschickt worden, um sie eine Zeitlang aus dem russischen Parteileben herauszuhalten. „Sie alle kamen in Kontakt mit den Berliner Kommunisten, dem Zentrum der linken Opposition der deutschen Partei, und mit den abtrünnigen Kommunisten der KAPD. Zwischen ihnen und dem aus Rußland stammenden Arkadij Maslow, Führer der Berliner Kommunisten, entwickelten sich Freundschaften. In Geheimsitzungen im Hause Arthur Rosenbergs, des späteren Historikers der deutschen Republik, berichteten sie über die Lage der Arbeiter in Rußland. Sie drängten die Berliner Organisation, mit aller Energie den Kampf

49 Sigrid Koch-Baumgarten, *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921*, Frankfurt 1986.

50 Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der VKPD, S. 346.

51 Zit. in Charlotte Beradt, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969, S. 49f.

52 Ben Fowkes, *Communism in Germany under the Weimar Republic*, New York 1984, S. 73.

gegen den Totalitätsanspruch des Staates, die Staatspartei und die Entartung des Kommunismus fortzusetzen und den linken Flügel so unabhängig wie möglich aufzubauen.“⁵³

Man kann sich vorstellen, wie Rosenberg 1921 über Levi geurteilt haben mag, wenn er noch drei Jahre später den um Ausgleich bemühten KDP-Funktionär Karl Retzlaw in einer Versammlung attackierte: „So etwas von Frechheit habe ich noch nie erlebt; direkt vor mich hat sich so ein Levit gesetzt und lacht mir ins Gesicht; er will mich provozieren“, soll er ausgerufen haben.⁵⁴ „Arthur Rosenberg war einer der typischen Intellektuellen, die damals massenhaft zur KPD kamen“, schrieb Retzlaw später. Die Partei war „in dieser Zeit eine Durchgangsstation für junge Intellektuelle, die alle ‚Außenpolitik‘ machen wollten. Da das ideelle Interesse bald einschliefl, materielles Interesse nicht befriedigt werden konnte, dabei die Bürde der Parteimitgliedschaft schwer war, verließen diese Leute die Partei bald wieder. Oft gingen sie in den Spieß- und Versorgungsstall Sozialdemokratische Partei und prahlten mit ihrer Vergangenheit.“ Das allerdings war nicht Rosenbergs Art, und Retzlaw lobte auch vieles an „seinen lesenswerten Büchern“, in denen er gute Ratschläge gab, „an die er selbst nicht dachte, als er noch aktiv war.“⁵⁵

Dachte Rosenberg an eine Fortsetzung seiner so aussichtsreich begonnenen akademischen Laufbahn? Die sozialistische Revolution in Deutschland schien unmittelbar bevorzustehen. Hochschullehrer seiner Qualifikation und seines Bekenntnisses würden in einem Sowjetdeutschland bestimmt gebraucht. Doch die revolutionären Hoffnungen sollten sich als Illusion erweisen, und das akademische Establishment tat fortan alles, um den unbequemen Außenseiter innerhalb der Universität zu isolieren.

2. Ein Paria im Universitätsbetrieb

Im Sommer 1920 hing am Schwarzen Brett der Berliner Universität ein Semesterbericht der „Vereinigung der Sozialistischen Studenten Groß-Berlins“ aus. Darin hieß es unter anderem: „Einer der wenigen positiven Erfolge des Semesters war die Entlarvung der studentischen Lockspitzelzentrale ‚Arbeitsstelle Berliner Studenten‘ und ihrer Führer Conti.“⁵⁶ Diese „Arbeitsstelle“ war eine von der Reichswehr betriebene Tarnorganisation zur Bespitzelung linker Studenten.⁵⁷ Zu ihr gehörten die Brüder Silvio und Leonardo Conti. Sie waren bereits im Winter 1919/20 als im Militärdienst befindliche, verdeckt arbeitende Informanten tätig. Die Spionage konnten sie nicht ableugnen, doch im Vorwurf der Lockspitzelei sahen sie

53 Ruth Fischer, *Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution*, Frankfurt (1950), S. 221. Die amerikanische Originalausgabe erschien 1948.

54 Karl Retzlaw, *Spartacus – Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters*, 4. Aufl., Frankfurt 1976, S. 269.

55 Ebenda, S. 270.

56 HUB-UA, *Universitäts-Rechtsrat*, Nr. 2743: Bericht des Akademischen Senats, 5. Januar 1921.

57 Hier und im folgenden stütze ich mich weitgehend auf Andreas Wirsching, *Politik und Zeitgeschichte. Arthur Rosenberg und die Berliner Philosophische Fakultät 1914–1933*, in: *HZ*, 269 (1999), S. 561–602, bes. S. 567ff.

eine schwere Beleidigung.⁵⁸ Der Verfasser des anonymen Semesterberichts, ein Jurastudent, wurde rasch ermittelt. Er mußte sich am 5. Januar 1921 vor dem Akademischen Senat der Anklage stellen, wobei Rosenberg als sein Verteidiger fungierte.

Vor dem Senat zitierte Rosenberg aus dem Brockhaus-Lexikon: „Lockspitzel“, sinnverwandt für „agents provocateurs“ seien „Gehilfen der geheimen Polizei, welche sich in das Vertrauen politisch verdächtiger Personen einschleichen und zur Offenbarung ihrer Gesinnung aufreizen.“⁵⁹ Eine Überprüfung des Zitats ergab jedoch, daß Rosenberg die Definition nicht vollständig wiedergegeben hatte: „Agents provocateurs“ seien „Gehilfen der Geheimen Polizei, welche sich in das Vertrauen politisch verdächtiger Personen einschleichen, sie zur Offenbarung ihrer Gesinnung und zum Begehen von strafbaren Handlungen aufreizen.“⁶⁰ Indem Rosenberg die letzte Passage unterschlagen habe, sei ihm der schuldhafteste Versuch einer „bewußten Fälschung“ anzulasten.⁶¹ Der Student, der die Brüder Conti belastet hatte, wurde „einer überaus schweren, an Verleumdung streifenden Beleidigung gegen die Kommilitonen“ für schuldig befunden und erhielt „wegen Vergehens gegen die akademische Sitte und Ordnung“ einen Verweis unter Androhung der Exmatrikulation.⁶² Ein Widerspruch beim Preußischen Kultusministerium blieb erfolglos.⁶³ Formal verhielt sich die Universität rechtmäßig, obgleich sie wegen ihres Sonderrechtsverhältnisses zu ihren Studenten nicht an das Strafrecht gebunden war. „Daß die Entscheidung ganz im Sinne der Reichswehr und ihrer Tarnorganisation gefällt wurde, hatte zweifellos auch politische Gründe“, schreibt Andreas Wirsching mit Recht.⁶⁴

Indem Rosenberg den strafrechtlich relevanten Teil der Brockhaus-Definition unterschlug, setzte er sich formal ins Unrecht. „Daß er dabei ebenfalls aus einer politischen Motivation handelte, liegt auf der Hand.“⁶⁵ Der Rektor, der Jurist Emil Seckel, versäumte es nicht, „seiner Mißbilligung des Verhaltens des Dr. Rosenberg Ausdruck zu geben.“⁶⁶

Dabei ließ es der Senat bewenden, nicht aber die Philosophische Fakultät. Auf Antrag Hans Delbrücks beschloß diese in ihrer Sitzung am 13. Januar 1921, Rosenberg „wegen einer anscheinend falschen Aussage, die er in der Senatssitzung vom 5. Januar 1921 getan hat,“ zu vernehmen.⁶⁷ Die Vernehmung wurde am 24. Januar im Auftrag der Fakultät durch den Indologen und Dekan Heinrich Lüders, den Staatswissenschaftler Ludwig Bernhard und Delbrück vorgenommen. Rosenberg sagte, daß ihm bei der allgemeinen Bekanntheit und Zugänglichkeit des „Brockhaus“ wohl kaum eine bewußte Verfälschung des Textes unterstellt werden könne und auch die abgekürzte Fassung „das Wesentliche zu enthalten schien.“ Der Sinn der Aussage sei, „daß jemand sich in Verkleidung in revolutionäre Kreise

58 Leonardo Conti wurde im NS-Staat „Reichsgesundheitsführer“. Vgl. zu ihm Michael Kater, *Doctor Leonardo Conti and His Nemesis. The Failure of Centralized Medicine in the Third Reich*, in: *Central European History*, 18 (1985), S. 299–325.

59 HUB-UA, Phil. Fak., Nr. 106, Bl. 216.

60 Brockhaus Konversationslexikon, Bd. 1, 14. Aufl., Leipzig 1910, S. 208: Agent provocateur.

61 HUB-UA, Universitäts-Rechtsrat, Nr. 2743: Bericht an das Preußische Kultusministerium, 7. Februar 1921.

62 Ebenda: Bericht des Akademischen Senats, 5. Januar 1921.

63 Ebenda: Bericht an das Preußische Kultusministerium, 7. Februar 1921.

64 Wirsching, *Politik*, S. 571.

65 Ebenda.

66 HUB-UA, Phil. Fak., Nr. 106, Bl. 233: Bericht an das Preußische Kultusministerium, 31. März 1921.

67 Ebenda, Nr. 36, Bl. 17: Protokoll der Fakultätssitzung, 13. Januar 1921.

begibt (wobei er im Dienst der Regierung steht) und sich in diesen Kreisen so benimmt, daß die Revolutionäre dadurch veranlaßt werden, ihre Gesinnung zu offenbaren. Diese Offenbarung revolutionärer Gesinnung schließt schon an sich den Verstoß gegen die Strafgesetze in sich (ein).“⁶⁸

Am 3. Februar beschloß die Fakultät, Rosenberg einen Verweis zu erteilen. „Die Fakultät“, hieß es, „sieht in Ihrem Verhalten eine so schwere Verletzung der Wahrheitspflicht, daß die Entziehung der *Venia legendi* hätte in Betracht gezogen werden können. Aber in der Annahme, daß durch den leidenschaftlichen Wunsch, einen Ihnen nahestehenden Studierenden dem verdienten Urteil zu entziehen, Ihre Urteilskraft getrübt gewesen sein mag, begnügt sich die Fakultät, Sie hiermit zu verwarnen und Ihnen einen Verweis zu erteilen.“⁶⁹

Darüber gingen die Meinungen jedoch auseinander. Der Biologe Gottlieb Haberlandt wollte den Hinweis auf die *Venia legendi* gestrichen sehen. Eduard Meyer hielt ihn für absolut notwendig. Der Germanist Gustav Roethe gab zu Protokoll, „daß ihm der Verweis nicht weit genug gehe“: Rosenberg müsse die Lehrberechtigung umgehend entzogen werden.⁷⁰

Dieser legte beim Preußischen Kultusministerium Beschwerde ein, worauf Minister Haenisch die Fakultät zur Stellungnahme aufforderte.⁷¹ Dekan Lüders unterstrich den Standpunkt der Fakultät, die in der Verkürzung des Zitates „nur eine absichtliche Fälschung und einen groben Täuschungsversuch erkennen“ könne. Etwas spitz schrieb Lüders daran anschließend: „Wenn Dr. Rosenberg in der Vernehmung bemerkte, daß die Fakultät ihn doch sicherlich nicht für so dumm halten würde, daß er ein Zitat aus einem allgemein zugänglichen Werk fälschen werde, so läßt sich dagegen sagen, daß er offenbar die Senatsmitglieder für so dumm gehalten hat, daß sie ohne Nachprüfung seinen Angaben Glauben schenkte. Der Mangel an Wahrheitsliebe, den Dr. Rosenberg an den Tag gelegt hatte, wurde von einzelnen Fakultätsmitgliedern so schwer empfunden, daß sie dafür eintraten, ihm die *Venia legendi* zu entziehen. Es drang aber schließlich doch die mildere Auffassung derer durch, die sich mit der Erteilung eines Verweises begnügen wollten.“⁷²

Rosenberg ließ sich in seinem politischen Engagement durch den Verweis nicht beirren. Am 23. Januar 1921, nur wenige Tage nach der Vernehmung und während sein Verfahren noch schwebte, sprach er auf einer Versammlung der KPD über den Mechterstedter Arbeitermord, der die Universitäten und die gesamte politische Öffentlichkeit in Deutschland in Aufruhr versetzt hatte.

Am 25. März 1920 hatte eine aus Marburger Studenten bestehende Einheit von Zeitfreiwilligen im thüringischen Mechterstedt fünfzehn Arbeiter „auf der Flucht“ – wohl standrechtlich – erschossen. Zwei der Ermordeten waren Brüder, deren Eltern bereits drei Söhne im Krieg verloren hatten. Vier oder fünf waren Vertrauensleute der USPD, nur einer hatte den Kampftruppen angehört, die gegen die Putschisten um Kapp und Lüttwitz zwischen

68 Ebenda, Nr. 106, Bl. 215: Protokoll der Vernehmung Arthur Rosenbergs, 24. Januar 1921.

69 Ebenda, Bl. 224: Schreiben der Fakultät an Arthur Rosenberg, 12. Februar 1921.

70 Ebenda, Nr. 36, Bl. 22R: Protokoll der Fakultätssitzung, 3. Februar 1921.

71 Ebenda, Nr. 106, Bl. 227: Schreiben des Preußischen Kultusministers an die Philosophische Fakultät der Universität Berlin, 9. März 1921.

72 Ebenda, Bl. 234f.: Der Dekan der Philosophischen Fakultät an das Kultusministerium, 31. März 1921.

dem 13. und 17. März die Demokratie verteidigt hatten.⁷³ Die elf angeklagten Studenten waren zunächst wegen Totschlags und rechtswidrigem Waffengebrauchs angeklagt, im Juni aber von einem Kriegsgericht freigesprochen worden. Die Studenten, hieß es im Plädoyer der Verteidigung, seien „anständige Menschen“ und „Akademiker“, die erschossenen Arbeiter hingegen eine „Bande aufständischer Spartakisten“, Angehörige der „roten Horden“ und „Spießgesellen der Bolschewisten.“⁷⁴ Das Gericht schloß sich dem mit seinem Freispruch an.

Rosenbergs Haltung war eindeutig: „Selbst auf die Gefahr eines Disziplinarverfahrens hin“ wolle er es jedem schriftlich geben, daß die Marburger Studenten „Mörder“ seien. Der Student Julius Lippert, bei dem es sich möglicherweise um den späteren nationalsozialistischen Oberbürgermeister von Berlin handelt, denunzierte Rosenberg daraufhin beim Rektor.⁷⁵ Die Fakultät, die davon in Kenntnis gesetzt wurde, verzichtete diesmal allerdings auf Disziplinarmaßnahmen. Selbst Gustav Roethe wollte wohl keinen Kollegen belangen, der als Fürsprecher ermordeter Arbeiter aufgetreten war, und stellte fest, daß „in diesem Fall kein Anlaß zum Einschreiten seitens der Fakultät vorliege.“⁷⁶ Doch wurde der Rektor der Universität Marburg von Rosenbergs Auftreten in Kenntnis gesetzt.⁷⁷

Auch Rosenberg mißgünstig gesonnene Hochschullehrer konnten seine außerordentliche wissenschaftliche Produktivität nicht leugnen. Sie zeigt sich in zwei Büchern, die Rosenberg zum großen Teil noch während des Krieges geschrieben hatte: die *Einleitung und Quellenkunde zur römischen Geschichte* sowie die *Geschichte der römischen Republik*. Beide Arbeiten erschienen 1921. Hinzu kam die Broschüre *Demokratie und Klassenkampf im Altertum*. Sie zeigt Rosenberg als untypischen Vertreter seiner Profession: als Exponenten einer politisierten Historiographie zur Alten Geschichte.

3. Alte Geschichte und Gegenwartsfragen

Die *Einleitung und Quellenkunde zur römischen Geschichte* ist Rosenbergs umfangreichstes Werk zur Geschichte der Antike. Er beschränkte sich bewußt „erstens auf die eigentlich historische Literatur, und zweitens auf die historischen Primärquellen. Unter den letzteren sind die zeitgenössischen Urkunden, Reden, Briefe, Memoiren und Flugschriften zu verstehen.“⁷⁸ „Das Manuskript dieses Buches war im Wesentlichen schon 1917 fertig“, schrieb er, obwohl er einige Passagen später hinzugefügt haben dürfte.⁷⁹ Rosenberg ging systematisch-analogisch vor, unterschied konsequent Gattungen und Stilarten und suchte die Bedeutung

73 Eduard Meyer hatte als Rektor den Putschisten gestattet, im Universitätsgebäude ein Werbebüro einzurichten und die Universität auf ihr Ersuchen schließen lassen. Vgl. Fischer, Eduard Meyer, S. 95f., unter Bezug auf das „Berliner Tageblatt“ vom 26. März 1920.

74 Zit. in Heinrich und Elisabeth Hannover, Politische Justiz 1918–1933, Bornheim-Merten 1987, S. 99f.

75 HUB-UA, Phil. Fak., Nr. 106, Bl. 222: Bericht des cand. phil. et rer. pol. Julius Lippert, 23. Januar 1921.

76 Ebenda, Nr. 36, Bl. 26: Protokoll der Fakultätssitzung, 17. Februar 1921.

77 Ebenda, Nr. 106, Bl. 226.

78 Arthur Rosenberg, *Einleitung und Quellenkunde zur römischen Geschichte*, Berlin 1921, S. V.

79 Ebenda, S. VII.

der Primärquellen vor Augen zu führen. Er wollte die einzelnen Quellen innerhalb ihres jeweiligen zeit- und sozialgeschichtlichen Kontextes interpretieren. So werde „auch der Anfänger ... den Livius viel leichter verstehen, wenn er ihn als Glied in der Kette der römischen Annalistik betrachten lernt, und nicht als isolierte ‚Geschichtsquelle‘ für die ältere römische Republik.“⁸⁰

Rosenberg verstand es, die manchmal recht trockene Materie den Lesern in lebendiger Weise nahezubringen. Es komme schließlich „gar nicht darauf an, irgendwelche Massen von Wissenskräm aufzuspeichern, sondern nur darauf, sich eine geistige Anschauung von der Vergangenheit zu erobern.“⁸¹ Wenig später schrieb er: „Es kommt im Gymnasium gar nicht darauf an, Interesse für das Griechentum durch den 9jährigen Unterrichtsbetrieb zu erwerben. Sondern der Schüler soll ‚formal‘ gebildet werden. Er soll ‚arbeiten‘ lernen. Sein Geist soll so dressiert werden, daß er sich einredet, durch den aufgesogenen Wissenskräm etwas Besseres zu sein als die große Masse.“⁸²

Auch mit den Autoritäten der Antike ging Rosenberg recht kritisch um, so mit Plutarch, dessen Lebensbeschreibungen, wie sein moderner Herausgeber schrieb, „seit der großen Wandlung vom Mittelalter zur Neuzeit zu einem lebendigen Besitztum der europäischen Menschheit geworden“ sind.⁸³ Plutarch hatte, so Rosenberg, „aus seiner umfangreichen Lektüre eine Fülle von Anekdoten und interessanten kleinen Geschichten notiert, und die Schätze dieser seiner ‚Zettelkästen‘ hat er freigiebig über die Biographien verstreut.“ Es lasse „sich keineswegs mit Bestimmtheit entscheiden, ob Plutarch das betreffende Buch selbst gelesen hat oder nicht.“⁸⁴

Ein Jahrhundert vor Plutarch hatte Livius, dem Rosenbergs besondere Vorliebe galt, neue Standards für die antike Geschichtsschreibung gesetzt: „Bald nach der Schlacht bei Actium⁸⁵ faßte er den Plan, die Chroniken der Annalisten durch ein modernes Werk im ciceronischen Stil zu ersetzen. In seiner politischen Richtung war Livius ursprünglich, wie die große Mehrzahl der gebildeten Römer, konservativer Republikaner gewesen, d. h. sein Ideal war das Zusammenwirken von Magistratur, Senat und Volk, wie es die Väter geschaffen hatten. Die caesarische Monarchie lehnte er naturgemäß ab. Nun hatte aber Augustus im J. 27 feierlich seinen Frieden mit den Republikanern geschlossen und den Beistand aller guten Römer zu dem Werke der politischen und sittlichen Erneuerung des Volkes angerufen. In diesem Sinne konnte auch Livius sich auf den Boden der neuen Ordnung stellen und sich frei über die Erscheinungen der Vergangenheit äußern, ohne bei der Regierung Anstoß zu erregen.“⁸⁶ Rosenbergs Diktion war hier natürlich von den Debatten um die Haltung zur Weimarer Republik geprägt; diskutierte doch eine Minderheit der Professoren leidenschaftlich

80 Ebenda, S. VI.

81 Ebenda, S. 290.

82 Arthur Rosenberg, Die Gymnasialgriechen und die Griechen von heute, in: RF, 15. September 1922.

83 Dagobert von Mikusch, Nachwort zu Plutarch, Große Griechen und Römer. Ausgewählte Lebensbilder, Berlin o. J., S. 393.

84 Rosenberg, Quellenkunde, S. 215.

85 2. September 31 v. u. Z.: Seesieg Agrippas im Golf von Actium (Epiros) gegen die ägyptische Flotte. Danach ergab sich Antonius' Landheer Octavian ohne Kampf.

86 Rosenberg, Quellenkunde, S. 145. Daß Livius breit behandelt, aber beispielsweise die Lyrik des Horaz als kulturgeschichtliche Quelle vernachlässigt wurde, war ein Kritikpunkt der sehr positiven Rezension von Ella Bourne in: *Classical Philology*, 19 (1924), S. 292f.

die Frage, ob man sich „auf den Boden der Tatsachen“, also der parlamentarischen Republik stellen könne. Rosenbergs „Standpunkt, sich stets mit Entschiedenheit zu äußern“, und der „sichere, muntere Ton“ des Werkes fanden die Anerkennung des Rezensenten Matthias Gelzer.⁸⁷

Die *Geschichte der römischen Republik* erschien als Band 838 der überaus populären Serie „Aus Natur und Geisteswelt“ 1921 bei Teubner in Leipzig. Das kleine Buch, das somit in zahlreichen Bildungsstätten aller Ebenen benutzt wurde, lag im Manuskript ebenfalls bereits 1918 vor.⁸⁸ Es zeigt nicht nur in rhetorisch zugespitzter Weise Rosenbergs Bild der römischen Politik und Gesellschaft. Ungleich der *Einleitung und Quellenkunde zur römischen Geschichte* suchte Rosenberg hier erstmals durchgängig die antike Gesellschaft mit Kategorien der modernen Klassenanalyse zu interpretieren.

In der „Verschmelzung der vielen kleinen Völker in die eine große lateinische Nation“ sah Rosenberg wie Mommsen „eine Tat der römischen Republik.“ (S. 5) Die Schlacht an der Allia, in der das römische Heer von den Kelten 386/87 v. u. Z. besiegt wurde, war für ihn „das Jena des römischen Adelsstaats“; eine Analogie, die der historischen Wirklichkeit vielleicht etwas Gewalt antat. (S. 13) Die *Lex Hortensia*, durch die die Plebs 287 v. u. Z. an der Verteilung neuen Gemeindelandes beteiligt wurde, bezeichnete Rosenberg als eine „Revolution“, nach der jedoch „eine völlige Massenherrschaft ... keineswegs“ bestand. (S. 27f.) Falls er wesentliche Textpassagen nicht erst unmittelbar vor der Drucklegung 1921 eingefügt hat, deuten die folgenden Zeilen auf eine erhebliche Sensibilität für soziale Fragen im Jahre 1918 hin:

„Man sieht, die Verfassung der römischen Republik in ihrer Blütezeit war ein komplizierter Mechanismus: die eigentliche Regierung, die Erledigung der laufenden Geschäfte, war im wesentlichen in der Hand der Reichen und Gebildeten. Aber dahinter stand die furchtbare Kontrollgewalt der breiten Masse, und deshalb konnte keiner der reichen und vornehmen Herren es wagen, gegen die Interessen der armen Bevölkerung zu regieren. In der Praxis mußten die verschiedenen Klassen, Stände und Behörden sehen, daß sie miteinander auskamen. Die Tatsache, daß die Gewalt des Tribunen sie jeden Augenblick treffen konnte, nötigte die Konsuln schon von selbst, volkstümlich zu regieren. Auf der anderen Seite hatte ein Tribun aber nur dann die nötige Autorität, wenn er die Öffentlichkeit hinter sich fühlte. Beging er übereilte Schritte, so setzte er seine politische Zukunft aufs Spiel. Die Klasse, von der die römische Demokratie getragen wurde, war das Kleinbauerntum, und die Unterschiede zwischen den Republiken Athen und Rom erklären sich daraus, daß in dem einen Staat die arme städtische Bevölkerung vorherrscht, und in dem anderen das ländliche Element.“ (S. 32)

Die Auseinandersetzung zwischen P. Scipio („Africanus“) und M. Porcius Cato stellte Rom, laut Rosenberg, vor die Alternative „Militärdiktatur oder Demokratie“. (S. 48) Auch hier scheute er pointierte Wertungen nicht: Cato war für ihn „alles andere als ein Vorbild für artige Kinder, aber zugleich der größte Staatsmann der römischen Demokratie.“ (S. 49)

⁸⁷ Gelzers Rezension ist abgedruckt in: DLZ, 42 (1921), S. 682–683, Zitate S. 683.

⁸⁸ Arthur Rosenberg, *Geschichte der römischen Republik*, Leipzig 1921, S. 3 (Vorwort). Um den Anmerkungsbereich zu entlasten, werden entsprechende Seitenzahlen aus Büchern, die im Text ausführlich behandelt werden, direkt hinter den Zitaten genannt. Die Seitenzahlen hinter den folgenden Zitaten beziehen sich alle auf diese Quelle.

Ähnlich scharfe Urteile bekamen die Leser in den folgenden Kapiteln geboten, die aber manchmal unter forciert aktuellem Bezug litten: Catilina habe die verschiedenen Richtungen des „antiken Sozialismus“ im „Feldzug gegen das verhaßte Großkapital“ zusammengeführt. „Aber wenn einmal die Revolution gesiegt hatte, mußte alsbald auch der Bruch zwischen beiden Parteien eintreten, wenn die Proletarier anfangen wollten, das Land aufzuteilen, während die Grundbesitzer sich nun erst recht ihrer entschuldeten Güter zu erfreuen gedachten.“ (S. 59)

Dabei übte Rosenberg durchaus Kritik an den Reformpolitikern des antiken Rom: Cajus Gracchus „war einer der bedeutendsten Redner, die Rom je gehabt hat, und übertraf durch die Klarheit seines Urteils und die Sicherheit seines Wollens den Bruder bei weitem. Aber der idealistische Zug, der das Bild des Ti. Gracchus trotz aller Schatten sympathisch macht, fehlt bei Cajus vollkommen. Er arbeitete systematisch auf ein Ziel los: der ungekrönte König von Rom zu werden, und um dahin zu gelangen, war ihm jedes Mittel recht.“ (S. 63) Das Buch endet mit einer überraschenden Feststellung: Nicht Cäsar, sondern Augustus war für Rosenberg „die gewaltigste Erscheinung, die das Altertum überhaupt hervorgebracht hat.“ (S. 117)

Demokratie und Klassenkampf im Altertum erschien als Band XIV der *Bücherei der Volkshochschule*, war also unmittelbar ein Produkt von Rosenbergs Lehrtätigkeit für bildungshungrige, aber fachlich kaum vorgebildete Hörer. Das pädagogische Ziel der Schrift bestand darin, allgemein verwendete Begriffe wie „Demokratie“, „Diktatur“ und „Klassenkampf“ in ihrer historischen Entwicklung zu beleuchten. Zum ersten Mal rückte er systematisch diese Schlüsselkategorien seines späteren Werkes in eine historische Perspektive.⁸⁹

„Die Lehre, daß das Wesen aller Geschichte in Klassenkämpfen besteht, bestätigt sich gerade bei der Betrachtung des Altertums vollkommen“, hob Rosenberg zu Beginn des Büchleins hervor. „Aber es ist nicht gerade der Klassenkampf des Freien und des Sklaven, der das Wichtigste in der alten Geschichte darstellt, sondern andere Klassengegensätze hatten noch größere Bedeutung.“ (S. 8)

Bei der Schilderung der griechischen Geschichte, die den Hauptteil der Schrift bildet, ging Rosenberg von einer Art Demokratie als Stammesverfassung aus. „Jeder Stamm umfaßte ein paar Tausend freie Bauern, die alle untereinander gleich an Rechten waren Die oberste Gewalt im Stamme hatte die Versammlung aller freien erwachsenen Männer; daneben gab es einen Rat der Ältesten und einen Häuptling oder Fürsten, der aber keine unumschränkte Gewalt hatte, sondern sich den Vorschlägen der Stammesversammlung und des Rats der Ältesten fügen mußte. Diese einfachen und gemütlichen Verhältnisse der Urzeit änderten sich aber mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung. Es kam allmählich dahin, daß einzelne Landwirte mehr Grund und Boden hatten als die übrigen, und der entscheidende Moment trat dann ein, als der größere Landwirt es nicht mehr nötig hatte, sein Feld selbst zu bestellen, sondern sich dazu Knechte oder Pächter halten konnte.“ (S. 17) Dadurch vergrößerte sich rasch die Ungleichheit und es bildeten sich, zumal die Reichen das Waffenhandwerk ausüben konnten, zwei große Stände heraus: der Bauernstand und der Militäradel. Die Volksversammlung blieb zwar bestehen, aber die Adligen besetzten alle

⁸⁹ Arthur Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf im Altertum*, Bielefeld/Leipzig 1921. Die im folgenden gegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf die, zusammen mit dem Abriß von Fritz Erik Hoevens, *Roter Leitfaden durch die römische Geschichte*, 1997 in Freiburg (Breisgau) besorgte Neuauflage.

wichtigen Ämter und kontrollierten, gestützt auf ihre militärische Macht, auch das innere Leben im Gemeinwesen.

Aber: „Wie die wirtschaftliche Entwicklung den Adelsstand bei den Griechen zur Macht gebracht hatte, so sorgte sie auch dafür, daß der Adel zu gegebener Zeit wieder gestürzt wurde.“ (S. 19) Etwa seit 700 v. u. Z. begann sich ein Bürgertum herauszubilden, das aber politisch rechtlos blieb. Schließlich verbündeten sich Bürger und Bauern, um die Macht des Adels zu brechen. Dies gelang ihnen in Athen im Jahre 545 v. u. Z. Sie wurden von Adligen unterstützt, die von ihrer Klasse abgefallen waren. Diese nutzten jedoch die politische Unerfahrenheit der Bürger, um sich zu Tyrannen aufzuschwingen. Es dauerte bis zum Jahre 510, bis es den Bürgern unter Kleisthenes gelang, die Tyrannis zu beseitigen. Der nunmehrige „Ausbau der bürgerlichen Demokratie“ wurde mit der Einführung eines Rätessystems verbunden. (S. 26f.)

Allerdings gab es nur wenige Nutznießer des wirtschaftlichen Aufstiegs Athens nach dem Sieg über die Perser 490. Deshalb schloß sich in den sechziger Jahren das athenische Proletariat unter Ephialtes zu einer Partei zusammen, um die politische Macht zu erobern. Im Jahre 461 mußte das Bürgertum nachgeben und die armen Volksschichten an der Regierung beteiligen. Diese „Selbstregierung des Volkes“ (S. 42) zog allerdings keine Sozialisierung der gesellschaftlich wichtigsten Produktionsmittel nach sich. Diese Forderung „kann erst erwachsen, wenn der industrielle Großbetrieb da ist, und der fehlte in Athen durchaus. Und die vielen Hunderte von kleinen Betrieben konnte man gar nicht in den Besitz der Allgemeinheit überführen, weil sich kein Apparat hätte schaffen lassen, um diese Kleinbetriebe nach ihrer Übernahme durch den Staat weiter zu leiten ... Die Eroberung der politischen Macht konnte also nicht direkt durch die Sozialisierung, sondern nur indirekt die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verbessern.“ (S. 40) Dies geschah durch die Hebung des sozialen und kulturellen Niveaus, was zur Steigerung des Selbstbewußtseins eines jeden Einzelnen – „das menschlich schönste Ergebnis, das die Durchführung der proletarischen Demokratie in Athen hatte“ – beitrug. (S. 47)

Von der bürgerlichen Republik übernahm die proletarische Regierung aber nicht nur das Rätessystem, sondern auch den Imperialismus. Weil die soziale Entwicklungsstufe eine Ausschaltung des Privatkapitalismus unmöglich machte, mußte sich das Proletariat auf dessen Existenz einrichten. Dies wurde schließlich zur Hauptursache für den Untergang der proletarischen Demokratie in Athen, nachdem sie 140 Jahre (von 460 bis 320) bestanden hatte. Als die Bevölkerungszahl in Griechenland anwuchs, eine Expansion nach Osten und damit eine Auseinandersetzung mit dem Perserreich unvermeidlich wurde, stand Athen den griechischen Einigungsbestrebungen entgegen. Nur ein vereintes Griechenland konnte indes den Kampf mit den Persern wagen, und es war Makedonien, jene militärisch-agrarische Monarchie, die die proletarische Demokratie in Athen beseitigte und sich ganz Griechenland unterwarf, bevor sie das Perserreich in die Knie zwingen konnte.

Rosenberg suchte auch die Geschichte Roms in ein Schema des Klassenkampfes zu pressen. Im 6. und 5. Jahrhundert v. u. Z. herrschte der ritterliche Erbadel, dann die besitzende Klasse als Ganzes; mit der *Lex Hortensia* „eroberte dann durch eine große Revolution die Klasse der kleinen Bauern die politische Macht und schuf so die römische Demokratie. Aber in Rom hat die arme Bevölkerung lange nicht so durchgegriffen wie in Athen.“ (S. 89) Hier

liegt eine auffällige Überschätzung der Landreform vor, die Rosenberg doch in der *Geschichte der römischen Republik* in den richtigen Proportionen gesehen hatte.

Die außenpolitischen und militärischen Erfolge der nächsten Jahrzehnte hätten die Herrschaft der „Großbanken“ zur Folge gehabt: „Erst nach einem blutigen Bürgerkrieg gelang es den verfassungstreuen Bürgern und Bauern, unter Führung des L. Sulla, die Macht der Kapitalistenpartei zu brechen (im Jahre 80).“ (S. 92) Wirkliche Volkserhebungen waren chancenlos: Sie gingen, wie die des Catilina, gegen eine Übermacht „der vereinten kapitalistischen und konservativen Interessen“ an, oder stützten sich, wie der Sklavenaufstand des Spartacus, vor allem auf Sklaven, die der römischen Bevölkerung fremd blieben. (S. 94) Die Armee stellte jedoch auch weiterhin eine Gefahr für die republikanische Ordnung dar. Cäsar errichtete schließlich die Militärdiktatur. Er bemühte sich allerdings, „den Interessen der ärmeren Bevölkerung gerecht zu werden“, konnte sich aber nicht behaupten. (S. 93) Seit Augustus war das römische Reich, laut Rosenberg, „ein kapitalistischer Klassenstaat krassester Form.“ (S. 97)

In der Spätantike fehlte den Massen dann „jeder Zusammenhalt, jeder einheitliche Gedanke des Klassenkampfes. So waren sie nicht imstande, in offenem Kampf sich zu befreien. Aber der passive Widerstand der breiten Masse und die unbedingt staatsfeindliche Gesinnung, die sie erfüllte, hat am Ende doch das römische Riesenreich untergraben.“ (S. 101).

Rosenberg hat diese Reduzierung politischer Interessen und Aktivitäten auf die lokale und persönliche Ebene und das daran geknüpfte passive Verhalten der Massen wohl richtig gesehen.⁹⁰ Sein Bestreben, mehr zu sein als ein „Hüter des heiligen Feuers auf den Altären der Vergangenheit“, wie Ulrich Kahrstedt seine althistorischen Kollegen sehen wollte, war alle Anerkennung wert.⁹¹ Aber die Schwächen des Buches waren ersichtlich. Zur gleichen Zeit, als Rosenbergs Schrift herauskam, schrieb Edgar Salin: „Der Gedanke an die Wirklichkeit der Klasse und des Klassenkampfes hat – ohne ihre notwendige Folge zu sein – doch die christliche Idee der menschlichen Gleichheit zur Voraussetzung, das Altertum kennt beides nicht.“⁹² Ob Begriffe wie „Klassenbewußtsein“ und „bürgerliche Demokratie“ in der antiken Gesellschaft Anwendung finden können, müsse genauer geprüft werden, hielt ein anonymes Rezensionen Rosenberg entgegen.⁹³

Dabei lag, angesichts der welterschütternden Ereignisse seit 1914, damals eine sozialgeschichtliche und gesellschaftskritische Interpretation auch der Alten Welt gewissermaßen in der Luft. Sie wurde jedoch in anderer, und wie sich zeigte, fruchtbringender Weise vorangetrieben. So entstanden an den Universitäten Bonn und Köln mit den Berufungen von Friedrich Oertel und Johannes Hasebroek noch in den zwanziger Jahren Schwerpunkte zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Antike. Der Sozialismus der Antike, der sich vor allem in der Forderung nach einer Bodenreform ausdrückte, hob Oertel 1926 hervor, sei ein „Sozialismus auf Teilung“, nicht ein „Sozialismus auf Vergesellschaftung“ gewesen. Die Idee, das Privateigentum aufzuheben, habe nur als Phantasie, in der fiktiven Literatur oder

90 So Karl Christ, *Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft*, München 1982, S. 185.

91 So Kahrstedt 1920 in den *Eisernen Blättern*, hier zit. nach Beat Näf, *Deutungen und Interpretationen der griechischen Geschichte in den zwanziger Jahren*, in: Hellmut Flashar (Hg.), *Altertumswissenschaft in den 20er Jahren. Neue Fragen und Impulse*, Stuttgart 1995, S. 282.

92 Edgar Salin, *Platon und die griechische Utopie*, München 1921, S. 17.

93 *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 16 (1922), S. 196f.

als utopische Theorie existiert, nicht jedoch als politische Massenforderung.⁹⁴ Fritz Heichelheim griff 1930 in seiner Habilitationsschrift über *Wirtschaftliche Schwankungen der Zeit von Alexander bis Augustus* ganz bewußt Fragestellungen der modernen Nationalökonomie auf, wies aber auf die vollkommen anderen Problemlagen der antiken Welt hin.⁹⁵ An diesen neuen Entwicklungen nahm Rosenberg jedoch keinen publizistischen Anteil mehr. Abgesehen von einer 1933 erschienenen Arbeit, war *Demokratie und Klassenkampf im Altertum* bis zum Exil sein Abschied von der Forschung als Althistoriker.⁹⁶

Dieses kleine Buch zeigt Rosenberg ganz offenkundig im Banne des Marxismus – nicht der dialektisch-materialistischen Methode oder der subtilen Geschichtsauffassung von Marx und Engels, sondern eines, man muß es sagen, relativ groben Marxismus-Verständnisses. Der Eifer des Neubekehrten schlägt sich auf beinahe jeder Seite der Darstellung nieder.

Wahrscheinlich hat die erste Begegnung Rosenbergs mit der Gesellschaftslehre des Marxismus einige Jahre vorher stattgefunden. Kurt Kersten, Rosenbergs Berliner Kommilitone, gab einen wichtigen Hinweis: Er erwähnte, daß Rosenberg schon als Student „starkes Interesse für militärpolitische Fragen als Schüler der militärischen Schriften von Friedrich Engels“ hatte.⁹⁷ Inwieweit Rosenbergs späteres Urteil über Franz Mehring auf seine Studienjahre zurückgeht, muß offenbleiben. In den dreißiger Jahren rühmte er Mehrings „Reichweite seiner Interessen, sein Wissen und die Sicherheit seiner Methode“, die ihm „eine bis heute unerreichte Stellung unter allen Vertretern des historischen Materialismus“ verleihen.⁹⁸ Rosenberg war auch „immer mehr theoretischer Marxist als aktiver Revolutionär“, so Richard Löwenthal.⁹⁹

An der Universität las Rosenberg aufgrund seiner politischen Tätigkeit meist nur einstündig, wobei sich sein Engagement in der Lehre widerspiegelte. Seine Themen kamen bisher in althistorischen Lehrveranstaltungen nicht vor: Bereits 1919 kündigte er eine Vorlesung über „antike Demokratie“ an, während gleichzeitig Eugen Täubler über „Tyrannis“ las. „Bisher hießen die Leitbegriffe Athen, Griechentum, Klassik – nun erscheinen die Staatsformen in den Überschriften“. Wie in seinen Büchern, übertrug Rosenberg auch in seinen Vorlesungen und Übungen „moderne Begriffe auf die Antike; dadurch wird dem Gegenstand jene Fremdheit genommen, die eine quellennahe Terminologie mit sich bringt, erfordert aber erläuternde Differenzierung im Begriffsinhalt“, so Alexander Demandt.¹⁰⁰ Im

94 So Oertel in einem Vortrag über „Die soziale Frage im Altertum“, hier zit. nach Ines Stahlmann, „Nebelschwaden eines geschichtswidrigen Mystizismus“? Deutungen der römischen Geschichte in den zwanziger Jahren, in: Flashar, *Altertumswissenschaft*, S. 316.

95 Heichelheim, der nach Kanada emigrieren mußte, und Hasebroek, der seine Universitätsstellung, angeblich „krankheitshalber“, und alle Publikationsmöglichkeiten verlor, gehörten nach 1933 zu den Opfern des Nationalsozialismus. Vgl. zu beiden Volker Losemann, *Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933–1945*, Hamburg 1977, S. 37ff.

96 Arthur Rosenberg, *Aristoteles über Diktatur und Demokratie*, in: *Rheinisches Museum für Philologie*, Neue Folge 82 (1933), S. 339–361. Wiederabdruck in: Arthur Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien*, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt etc. 1974, S. 103–125.

97 Brief Kerstens an Helmut Schachenmeyer, 12. Dezember 1959.

98 Arthur Rosenberg, Mehring, Franz, in: *ESS*, 10 (1933), Sp. 301f.

99 Brief Löwenthals an Schachenmeyer, 18. Mai 1961.

100 Alexander Demandt, *Alte Geschichte in Berlin*, in: Reimer Hansen/Wolfgang Ribbe (Hg.), *Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen*, Berlin/New York 1992, S. 192.

Sommersemester 1922 las Rosenberg über „Sozialismus und Kommunismus im Altertum“, im folgenden Jahr trug er „Griechische Geistesgeschichte vom materialistischen Standpunkt“ vor. „Die sozialen Kämpfe im alten Rom“, sein Thema im Sommersemester 1924, dürften auch *Demokratie und Klassenkampf im Altertum* als Lektüre erfordert haben. „Gelegentlich trug Rosenbergs Lehrangebot auch Züge einer ironischen Distanz“, schreibt Wirsching, so etwa wenn er im Wintersemester 1923/24 Übungen über „Die Geschichtsauffassung der alten Kirche im Anschluß an die Lektüre von Augustinus‘ ‚De Civitate Dei‘“ sonntags von 11 bis 13 Uhr anbot, was den Kirchgängern eine schwere Entscheidung abverlangte.¹⁰¹ Unter seinen Hörern waren zu Beginn und Mitte der zwanziger Jahre Arkadij Gurland, künftiger Mitarbeiter am Frankfurter Institut für Sozialforschung und Professor für Politologie in Berlin und Darmstadt, sowie der spätere Bakunin-Biograph Arthur Lehning.¹⁰²

Neben Rosenberg bezogen damals in Berlin nur der Sozialdemokrat und Professor für Staatswissenschaften Heinrich Cunow, der Kulturhistoriker Kurt Breysig sowie vor allem der Engels-Biograph Gustav Mayer den Marxismus in ihre Lehrveranstaltungen ein. Auch Cunow war erst durch die Novemberrevolution der Weg an die Universität geebnet worden. Sein Werk hatte jedoch, so Bernd Florath, „seinen gesellschaftskritischen, subversiven Charakter eingebüßt und damit jene Eigenart, die es zum Teil einer oppositionellen Subkultur gegen die Offizialkultur gemacht hatte.“¹⁰³ Breysigs Anstrengungen einer Synthese von Marx und Nietzsche entsprang seiner weit ausholenden Suche nach „einer Entwicklung als eines realen gesetzmäßigen Vorgangs, der allem Sein und Werden offen oder verborgen zugrunde liegt“, aber die marxistische Revolutionslehre entschieden ablehnte.¹⁰⁴ Was Gustav Mayer, seinem eigenen Zeugnis nach, „an der Universität vortrug, wurde für kein Examen benötigt.“¹⁰⁵ Seine Vorlesungen beschäftigten sich mit der Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, der Geschichte des internationalen Sozialismus und der Arbeiterbewegung und des Verhältnisses von Außenpolitik und Demokratie. Dazu kamen Übungen zu den Schriften der Begründer des Marxismus sowie zu Lenins *Staat und Revolution*. Inzwischen hat die Forschung ausführlich dokumentiert, wie isoliert Mayer, dem erst im zweiten Anlauf die Habilitation ermöglicht wurde, auch nach der Ernennung zum Extraordinarius unter den Historikern blieb.¹⁰⁶

101 Wirsching, Politik, S. 576. Die Liste der von Rosenberg gehaltenen Lehrveranstaltungen befindet sich als Dokument 4 im Anhang.

102 Vgl. Rüdiger Zimmermann, Arkadij Gurland (1904–1979). Marxistischer Theoretiker und Publizist, in: Jürgen Schlimper (Hg.), „Natürlich – die Tauchaer Straße!“ Beiträge zur Geschichte der „Leipziger Volkszeitung“, Leipzig 1997, S. 300; Bert Alena, Nachruf: Arthur Lehning (1899–2000), in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 16 (2000), S. 221.

103 Bernd Florath, Historiographie der Arbeiterbewegung. Eine europäische Subkultur und ihre Geschichtswissenschaft, in: Wolfgang Küttler (Hg.), Das lange 19. Jahrhundert. Positionen – Ereignisse – Ideen – Umwälzungen. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag, 2. Halbbd., Berlin 1999, S. 238.

104 Bernhard vom Brocke, Kurt Breysig, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Deutsche Historiker, Bd. V, Göttingen 1972, S. 107.

105 G. Mayer, Erinnerungen, S. 329.

106 Vgl. Hans Schleier, Zu Gustav Mayers Wirken und Geschichtsauffassung. Klassenkampf – Sozialreform – Revolution, in: Horst Bartel u. a. (Hg.), Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag, Berlin 1976, S. 301–326; Jens Prellwitz, Jüdisches Erbe, sozialliberales

Noch mehr am Rande der Zunft stand Rosenberg. Seine absolute Außenseiterstellung zeigte sich auch in seiner Nichtteilnahme an der Konferenz verfassungstreuer Hochschullehrer 1926 in Weimar, die fortan den *Weimarer Kreis* bildeten.¹⁰⁷ Dieser umfaßte auch jene Historiker, die, wie Hans Delbrück, zugestanden, daß die alte Führungsschicht „durch ihre politische Unvernunft den Krieg und damit auch ihren Anspruch auf Herrschaft verloren“ habe.¹⁰⁸ Delbrück, Friedrich Meinecke, aber auch Otto Hintze, Hermann Oncken und Walter Goetz gehörten zur Minderheit der deutschen Ordinarien, die die Weimarer Republik, von der sie bezahlt wurden, zumindest akzeptierten. Für sie prägte Meinecke das Wort von den „Herzemonarchisten“, die nach 1918 „Vernunftrepublikaner“ wurden.¹⁰⁹ Einige von ihnen, besonders Meinecke, Oncken und der Extraordinarius Gustav Mayer, bildeten eine Reihe rebellischer Schüler heran, die sich darum bemühten, „verschüttete demokratische Traditionen wiederzuentdecken und in ihrer historiographischen Erinnerung als Vorgeschichte der Weimarer Verfassung wiederzubeleben.“¹¹⁰ Hierzu gehörten Hedwig Hintze und Wolfgang Hallgarten, etwas später Eckart Kehr, schließlich Ernst Engelberg.

Die große Mehrzahl der deutschen Historiker stand nicht nur aus politischen, sondern auch aus geschichtstheoretischen Beweggründen der Weimarer Republik distanziert bis offen feindselig gegenüber. Die meisten von ihnen hielten daran fest, daß es die historische Mission des Bismarck-Reiches gewesen war, „eine neue Synthese aus Kultur und Macht, aus Autorität und Freiheit, aus Tradition und Moderne zu schmieden, der die Zukunft gehören würde. Ihre Einheit galt es in einem starken Staat zu sichern, um kommende Herausforderungen zu meistern und den Deutschen ihren wohlverdienten ‚Platz an der Sonne‘ zu sichern.“¹¹¹ Die geistesgeschichtlichen Wurzeln dieses Denkens lagen nicht zuletzt im Historismus mit seiner Betonung des Individuellen gegenüber dem Allgemeinen, gar der materialistischen Geschichtsauffassung. Die Weimarer Republik entsprach in keiner Weise dieser *Ideologie des deutschen Weges*, jener Vorstellung vom deutschen Machtstaat, der die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zugunsten Deutschlands revidieren könne.¹¹²

George Mosse schrieb mit Recht, daß die Hochschullehrer „als ein großer und wichtiger Teil des deutschen Bürgertums bei Beginn der Weimarer Republik noch nicht in der Lage waren, an dem Experiment einer parlamentarischen Demokratie teilzunehmen. Sie standen damit nicht allein, noch wurden sie deshalb in Verruf gebracht, sondern sie waren im Gegenteil angesehene und ehrwürdige Mitglieder der Gesellschaft. Mit offener Feindseligkeit

Ethos, deutsche Nation. Gustav Mayer im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Mannheim 1998, bes. S. 180ff.

107 Vgl. Herbert Döhring, *Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik*, Meisenheim 1975, S. 114.

108 Hans Delbrück, *Vor und nach dem Weltkrieg. Politische und historische Aufsätze 1902–1925*, Berlin 1926, S. 437.

109 Zit. in Hans Schleier, *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik*, Berlin 1975, S. 47.

110 Horst Walter Blanke, *Historiographiegeschichte als Historik*, Stuttgart-Bad Cannstadt 1991, S. 538.

111 Andreas Wirsching, *Demokratisches Denken in der Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik*, in: Christoph Gusy (Hg.), *Demokratisches Denken in der Weimarer Republik*, Baden-Baden 2000, S. 72. Ähnlich Bernd Faulenbach, *Die Historiker und die „Massengesellschaft“ der Weimarer Republik*, in: Klaus Schwabe (Hg.), *Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815–1945*, Boppard 1988, S. 225–246.

112 Ausführlich hierzu Bernd Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980.

attackierten sie eine Republik, die es zuließ, daß Parteien das Volk in verschiedene Lager zerrissen, ein Volk, daß doch nur durch Einheit gerettet werden könne. Sie taten damit ihr Bestes, um das politische System am reibungslosen Funktionieren zu hindern. Mit dieser Beeinträchtigung war die Republik von Anfang an konfrontiert; sie war nicht nur ein Nebenprodukt der wirtschaftlichen Depression.¹¹³

Zwar vermeinten die republikfeindlichen deutschen Historiker noch immer die einzig belangvolle Geschichtsauffassung zu vertreten, doch führten ihre politisch wie methodisch überlebten Ansichten dazu, daß sie allmählich auf ein Nebengleis des internationalen Geschichtsdenkens gerieten. Waren sie vor 1914, was den Gedankenreichtum ihrer Bücher und Aufsätze oder die verfeinerte Art der Quellenkritik anbetraf, noch der Maßstab für die internationale Gemeinde der Fachkollegen gewesen, so änderte sich dies allmählich. Der ungezügelte Chauvinismus im Ersten Weltkrieg, die lautstarke Revanchepropaganda nach 1918, die Illiberalität und ein wachsender Antisemitismus stieß viele ausländische Kollegen ab. Die Bücher mancher deutscher Historiker galten außerhalb der Grenzen des Reiches nur noch als bloße Tendenzliteratur. Allmählich machte sich negativ bemerkbar, daß sich die deutsche Historikerschaft, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur aus einer zahlenmäßig kleinen Schicht rekrutierte: dem protestantischen Bildungsbürgertum.¹¹⁴ Bildungshungrigen Söhnen oder gar Töchtern von Arbeitern, Bauern und anderen unterprivilegierten Klassen und Schichten blieb der Weg zur Gelehrtenlaufbahn in aller Regel versperrt. Katholische Historiker wie Aloys Schulte oder Franz Schnabel konnten von Glück reden, wenn sie einen der wenigen konfessionell gebundenen Lehrstühle etwa im Rheinland erlangten, an einer Technischen Hochschule unterkamen oder, wie Ludwig Freiherr von Pastor, Professor in Österreich wurden.¹¹⁵ Schwerer wog noch, daß neue Trends der Forschung in Deutschland oftmals zurückgewiesen oder bestenfalls ignoriert wurden. Dies betraf die sozialökonomisch fundierte, Marx einbeziehende britische Historiographie (etwa von John und Barbara Hammond) ebenso wie die französische Revolutionsforschung um Albert Mathiez oder gar die neue sowjetische Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, der Rjasanow, Adoratzki und Steklow wichtige Impulse gaben.¹¹⁶

Vor allem sperrte sich die Berliner Universität gegenüber neuen Entwicklungen. „Die Berliner Koryphäen“, so empfand es der Student Hans Mayer damals, „waren Welt und Wissenschaft von gestern, hinfällig geworden seit dem Krieg. Schlimm war dabei, daß sie es nicht wußten, nicht einmal ahnen mochten. Ob konservativ oder deutsch-national oder auch völkisch-romantisierend: der politische Anachronismus fand sich wieder in ihren Büchern

113 George L. Mosse, *Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus*, Frankfurt 1991, S. 218 (Druckfehler korrigiert).

114 Vgl. Konrad H. Jarausch, *Students, Society, and Politics in Imperial Germany. The Rise of Academic Illiberalism*, Princeton 1982, bes. S. 168; Wolfgang Weber, *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970*, Frankfurt 1984.

115 Um als Katholik von der Zunft uneingeschränkte Förderung zu erfahren, mußte man politisch so nationalistisch sein wie Martin Spahn. Vgl. u. a. Joachim Petzold, *Wegbereiter des Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik*, Köln 1983, bes. S. 126–145.

116 Die Rezeptionsgeschichte ausländischer Geschichtsforschung in Deutschland harret freilich noch genauer Untersuchung. Für die seltenen Anstrengungen, die sowjetischen Historiker in Deutschland bekannt zu machen, vgl. Gerd Voigt, *Rußland in der deutschen Geschichtsschreibung 1843–1945*, Berlin 1994, bes. S. 146ff.

und in dem, was sie vortrugen.“¹¹⁷ Auch für Jürgen Kuczynski war das Berliner Semester 1922/23, in dem er vor allem Geschichte studierte, „im ganzen eine Enttäuschung.“¹¹⁸ Beide Gelehrte, die das wissenschaftliche Denken in Deutschland über Jahrzehnte hinweg so nachhaltig prägen sollten, empfingen daher ihre entscheidenden Impulse an anderen Orten: Mayer in Köln, Kuczynski in Heidelberg, und zwar nicht bei den Historikern, sondern den interdisziplinär arbeitenden Sozialwissenschaftlern.

Die jüdischen Hochschullehrer und Studenten wurden durch den Nationalsozialismus in eine Gruppenidentität hineingezwungen. Doch machte nicht erst der eliminatorische Antisemitismus der Nazis die Juden zur Minderheit. Ihre Integrationschancen in den Wissenschaftsbetrieb schienen sich in der Weimarer Republik zu verbessern; alle formalen Hindernisse auf dem Weg zur Professur wurden beseitigt. Aber die Weimarer Verfassung, die den Juden die volle Gleichheit garantierte, war „ein Produkt der Niederlage und nicht des Sieges“, wie Gustav Mayer treffend festhielt.¹¹⁹ So wurden im Bereich der Neueren Geschichte bis 1928 nur der erzkonservative (und protestantisch getaufte) Hans Rothfels in Königsberg und Paul Darmstädter in Göttingen auf Lehrstühle berufen. Beide bewegten sich durchaus in den gewohnten Bahnen historiographischer Tradition, Darmstädter als Spezialist für nordamerikanische Geschichte; und auch Hans Herzfeld, der 1929 eine außerordentliche Professur in Halle übernahm, entsprach mit seiner „nationalen“ Oppositionshaltung gegen die Weimarer Republik den Erwartungen des Großteils der deutschen Historikerschaft.¹²⁰ Selbst ein, in Hans Schleiers Worten, „krampfhaft nationalistischer“ Historiker wie Paul Joachimsen, auch er getauft, erreichte erst nach langer Zeit als Gymnasiallehrer 1925 eine akademische Stellung.¹²¹ Der Antisemitismus schwächte sich unter Studenten und Hochschullehrern sogar in den Jahren der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung, der Zeit von 1924 bis 1929, kaum ab, obwohl in anderen Schichten der Gesellschaft die Judenfeindschaft zurückging. Der Mord an Reichsaußenminister Walter Rathenau fand 1922 gerade im studentischen Milieu viel Zustimmung.¹²² Mit dem Reichsgesetz über Straffreiheit vom 14. Juli 1928 wurde eine Amnestie für Taten erlassen, die aus „politischen Beweggründen“ begangen worden waren. Diese kam zwar vor allem antisemitischen Gewalttätern aus dem Unterschichten-Milieu zugute, doch ermutigte es auch Studenten, ihren Vorurteilen freien Lauf zu lassen.¹²³ Nach dem Ersten Weltkrieg nahmen sämtliche schlagende Verbindungen den

117 Hans Mayer, *Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen*, 1. Bd., Frankfurt 1988, S. 77.

118 Jürgen Kuczynski, *Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler*, Berlin/Weimar 1973, S. 59.

119 G. Mayer, *Erinnerungen*, S. 368.

120 Vgl. Gottfried Niedhart, *Deutsch-jüdische Neuhistoriker in der Weimarer Republik*, in: Walter Grab (Hg.), *Juden in der deutschen Wissenschaft*, Tel Aviv 1985, S. 147–176. Eine gewisse Ausnahme stellte die Berufung des liberalen Historikers Richard Koebner an die Universität Breslau dar.

121 Schleier, *Geschichtsschreibung*, S. 65.

122 Vgl. Martin Sabrow, *Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution*, Frankfurt 1999, S. 102f.

123 Vgl. Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999, S. 171ff.

sogenannten *Arierparagraphen* in ihre Satzungen auf, was Juden von der Mitgliedschaft ausschloß.¹²⁴

Die Verbindungsstudenten konnten sich auf Äußerungen mancher ihrer Professoren, darunter nicht weniger Historiker, berufen: Zwar bezweifelte Dietrich Schäfer die politische Zweckmäßigkeit der „Judenhetze“, doch forderte er auch, man solle „den Juden nur gelten lassen, wenn er restlos in deutscher Denkart aufgeht.“¹²⁵ Der Freiburger Georg von Below glaubte zu wissen: „W. Sombarts Satz, daß gebildete Personen christlich-deutscher Herkunft nur dann sich zum Marxismus bekennen, wenn sie einen Defekt an sich tragen, daß dagegen Juden von akademischer Bildung gewissermaßen normalerweise in Menge ihn vertreten, läßt sich in der Hauptsache nicht abstreiten.“¹²⁶ Die Universität München bot aufstrebenden Extraordinarien die Gelegenheit, ihrer Sympathie mit Hitler Ausdruck zu verleihen: Zu den Hörern Karl Alexanders von Müller gehörten künftige Nazigrößen wie Rudolf Heß und „Künder“ des rassistischen Geschichtsbildes wie Walter Frank.¹²⁷ Max Buchner, wie von Müller ein früher Gefolgsmann Hitlers, hetzte in seiner Zeitschrift *Die Gelben Hefte* gegen eine angebliche „Überwucherung unserer Kultur durch jüdischen Geist“. Er erklärte das „Judentum“ zum verabscheuten „Träger weltbürgerlicher Ideen, zum Verfechter demokratischer, republikanischer, kommunistischer Ziele“, dessen „Ideal und Auftraggeber“ in Moskau zu finden seien.¹²⁸ Ein rassistisch aufgeladener Volksbegriff lag dem Geschichtsdanken mancher Historiker zugrunde: So glaubte Harold Steinacker 1927, die neuesten Erkenntnisse der Naturwissenschaft würden „die tiefste Verwurzelung des Volkstums im Geblüt“ bestätigen. Die „Erbmasse“, so Steinacker weiter, sei der „Mutterboden“, aus dem „gewisse unveränderliche Wesenszüge eines Volkes“ erwüchsen. Fritz Kern, der sich selbst als Liberaler verstand (und im „Dritten Reich“ seinem verfolgten Doktoranden Walter Markov mutig beistehen sollte!), publizierte im gleichen Jahr einen „rassengeschichtlichen Versuch“ mit dem Titel *Stammbaum und Artbild der Deutschen*, worin er dem deutschen Volk rassistisch fundierte und weitgehend konstante „seelische Eigenschaften“ zuschrieb.¹²⁹ Indessen wandte sich Hans Delbrück gegen die antisemitische wie antisozialistische Propaganda, wonach Deutschland infolge der Revolution von Proleten und Juden regiert werde.¹³⁰

Die Arbeiterbewegung und auch die Arbeiterklasse blieben in der Weimarer Republik vom Antisemitismus im großen und ganzen wenig beeindruckt. Nicht der „jüdische Kapita-

124 Vgl. Heinrich-August Winkler, Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus, in: Bernd Martin/Ernst Schulz (Hg.), Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981, S. 284.

125 Dietrich Schäfer, Staat und Welt. Eine geschichtliche Zeitbetrachtung, Berlin 1922, S. 291.

126 Georg von Below, Einleben in die Verfassung oder Verfassungsänderung?, Langensalza 1926, S. 19.

127 Vgl. Christoph Weisz, Geschichtsauffassung und politisches Denken Münchener Historiker in der Weimarer Zeit, Berlin 1970, bes. S. 49–55.

128 Zit. in Ludwig Elm u. a., Falsche Propheten. Studien zum konservativ-antidemokratischen Denken im 19. und 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Berlin 1990, S. 197.

129 Zitate und Belege bei Faulenbach, Ideologie, S. 33. Seine Meinung, wonach sich „eine skeptische Einstellung gegenüber biologistischen Anschauungen ... für die Hauptströmung der deutschen Historie nicht bestreiten“ läßt, stellt Faulenbach selbst durch die Fülle gegenteiliger Äußerungen teilweise in Frage.

130 Delbrück, Vor und nach dem Weltkrieg, S. 437.

list“, sondern der Kapitalist als Repräsentant seiner Klasse galt als Hauptgegner.¹³¹ Die Linksparteien griffen den Antisemitismus als eine Ideologie an, die vom Klassenkampf ablenke und dem sozialistischen Ethos diametral entgegenstehe. Die vollständige Assimilation der Juden werde in einer sozialistischen Gesellschaft die jüdische Frage lösen. Der internationalistische Appell der KPD und das Versprechen, eine kommunistische Ordnung werde den Antisemitismus beseitigen, zogen viele jüdische Intellektuelle an, darunter Ruth Fischer, Arkadij Maslow und Werner Scholem. Sie wurden Rosenbergs politische Freunde. Mit Maslow und besonders mit Scholem verband Rosenberg auch bald eine persönliche Freundschaft.

Ruth Fischer war eine der widersprüchlichsten Gestalten des deutschen und internationalen Kommunismus. Sie wurde als Elfriede Eisler 1895 in Leipzig geboren und verbrachte ihre Jugend in Wien, wohin ihr Vater Georg als Universitätsdozent für Philosophie berufen worden war. Auch ihre Brüder Gerhart und Hanns wurden als kommunistischer Politiker bzw. als Komponist berühmt. Nach dem Abitur studierte sie Philosophie und Nationalökonomie. 1918 war sie Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Österreichs. Ende 1919 übersiedelte sie nach Berlin und trat der KPD bei. 1921 wurde sie Vorsitzende des mit 24 000 Mitgliedern stärksten Bezirks Berlin-Brandenburg. Trotz des Fehlschlages der „Märzaktion“ verteidigte sie die „Offensivtheorie“ und lehnte die parlamentarische Republik entschieden ab. Ruth Fischer erzielte öffentliche Wirkung – und dies nicht nur dank ihrer rhetorischen Begabung. Der Journalist Walther Kiaulehn schrieb in einer Erinnerung an den USPD- und SPD-Politiker Adolph Hoffmann, dieser war „einmal als offizieller Gegenredner für die temperamentvolle Kommunistin Ruth Fischer bestellt. Sie sprach mit so großem Ausdruck, daß sie nicht merkte, wie ihr Achselband von der Schulter rutschte. Fasziert bestaunten die Genossen das Dekolleté der schönen Rednerin. Donnernder Beifall belohnte sie am Schluß. Adolph Hoffmanns Position war hoffnungslos. So trat er an das Rednerpult, schüttelte den Kopf und sagte: ‚Genossen, gegen die nackten Tatsachen, die hier die Genossin Ruth vorgebracht hat, bin ich machtlos und verzichte auf weitere Ausführungen.‘“¹³²

Mit Arkadij Maslow tat sich Ruth Fischer politisch und nach ihrer Trennung von Paul Friedländer, der wie sie die österreichische KP mitbegründet hatte, auch persönlich zusammen. Maslow, als Isaak Tschemeriskij 1891 in Südrußland geboren, war in Deutschland aufgewachsen. In der KPD trat er der zunächst bestehenden Russischen Sektion bei und war von Ende 1920 bis Anfang 1923 deren Vertreter im Zentralausschuß, dem er auch später angehörte.¹³³ Zwischen ihm und Rosenberg entstand auch ein enges persönliches Verhältnis:

131 So hieß es *pars pro toto* in einem Flugblatt zu Beginn der zwanziger Jahre: „Für uns gibt es auf dieser Welt nur zwei Völker, zwei Klassen: die Arbeiter und die Ausbeuter, die Besitzenden und die Besitzlosen ... Für uns gibt es weder Christen noch Juden, weder Deutsche noch Russen, noch Franzosen, noch Briten!“ Zit. in Enzo Traverso, *Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843–1945)*, Mainz 1995, S. 188.

132 Zit. in Sabine Hering/Kurt Schilde, *Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin*, Frankfurt 1995, S. 9.

133 Vgl. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon*, Berlin 1970, S. 318f.

Während Rosenberg und Ruth Fischer trotz guter Beziehungen immer beim „Sie“ blieben, nannten Maslow und Rosenberg einander „Arti“ und „Max“.¹³⁴

Werner Scholem stand für spätere Generationen im Schatten seines jüngeren Bruders Gerhard, der sich unter dem Namen Gershom Scholem bleibende Verdienste als Historiker der *Kabbala*, der Welt der jüdischen Mystik, erwarb.¹³⁵ Werner Scholem wurde 1895 in Berlin geboren. Zunächst Student der Geschichte, der sein Studium nicht abschloß, wurde er 1917 wegen Antikriegstätigkeit zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Als aktiver USPD-Funktionär gehörte er 1920 zu den entschiedensten Befürwortern einer Vereinigung mit der KPD. Seit Januar 1921 war er Redakteur des KPD-Zentralorgans *Die Rote Fahne*. Spätestens damals dürfte er Rosenberg kennengelernt haben. Im Februar 1921 wurde er jüngster Abgeordneter des preußischen Landtages. Wegen aktiver Beteiligung an den Märzkämpfen hob der Landtag jedoch seine Immunität auf. Er wurde steckbrieflich gesucht und am 24. September 1921 in der Illegalität aufgespürt. Nach kurzer Haft freigelassen, legte er sein Landtagsmandat nieder und wurde Organisationsleiter des Bezirks Berlin-Brandenburg.¹³⁶

Auch mit Karl Korsch sollte Rosenberg eine enge Beziehung verbinden. Korsch, 1885 in Tostedt im Kreis Harburg geboren, war in Meiningen aufgewachsen. Die Thüringer Residenzstadt verfügte über ein traditionsreiches Theater und war ein Zentrum der Pflege zeitgenössischer Musik. Doch zog es Korsch zur Rechtswissenschaft. Nach einem Studium, zumeist in Jena, und längeren Aufenthalten in der Schweiz und England erlebte er den Ersten Weltkrieg als überzeugter Pazifist. Als Gerichtsoffizier gelang es ihm, sich vom Dienst an der Waffe freistellen zu lassen. Vom Dezember 1918 bis zum März 1919 war er Mitarbeiter der Sozialisierungskommission in Berlin, deren Bemühungen, wenigstens einen Teil der Schlüsselindustrien zu verstaatlichen, scheiterten. Im Oktober 1919 habilitierte sich Korsch an der Universität Jena und wurde dort Privatdozent. Auch er stieß mit dem radikalen Flügel der USPD zur KPD, in der er sich einen Ruf als politischer Schriftsteller erwarb: 1922 veröffentlichte er die *Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung* und die *Quintessenz des Marxismus*, die beide eine Gesellschaftsanalyse mit dem Aufruf zu revolutionärer Tat verbanden.¹³⁷ Im folgenden Jahr initiierte er in Geraberg bei Ilmenau im Thüringer Wald die *marxistische Arbeitswoche*. Die Teilnehmer dieser Veranstaltung ahnten noch nicht, daß diese relativ bescheidene Tagung den Anstoß für ein bedeutendes wissenschaftliches Projekt geben sollte: das Frankfurter *Institut für Sozialforschung*, das die intellektuelle Geschichte des 20. Jahrhunderts mitprägen würde.¹³⁸ Im New Yorker Exil sollte

134 Dies geht aus Briefen von und an Fischer und Maslow hervor. Vgl. Ruth Fischer/Arkadij Maslow, *Abtrünnig wider Willen*. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, hg. von Peter Lübke, München 1990, S. 119, 144.

135 Gershom Scholem widmete sein Erinnerungsbuch „Von Berlin nach Jerusalem“ (zuletzt Frankfurt 2001) dem Andenken seines 1940 im Konzentrationslager Buchenwald ermordeten Bruders Werner.

136 Vgl. Michael Buckmiller/Pascal Nafe, *Die Naherwartung des Kommunismus – Werner Scholem*, in: Michael Buckmiller u. a. (Hg.), *Judentum und politische Existenz*. Siebzehn Porträts deutsch-jüdischer Intellektueller, Hannover 2000, S. 67.

137 Die Angaben über Korsch stützen sich u. a. auf Claudio Pozzoli (Hg.), *Jahrbuch Arbeiterbewegung*, Bd. 1, Frankfurt 1973, sowie Michael Buckmiller (Hg.), *Zur Aktualität von Karl Korsch*, Frankfurt 1981.

138 Vgl. Michael Buckmiller, *Die „Marxistische Arbeitswoche“ 1923 und die Gründung des „Instituts für Sozialforschung“*, in: Willem van Reijen/Gunzelin Schmid Noerr (Hg.), *Grand Hotel Abgrund*. Eine Photobiographie der Frankfurter Schule, 2. Aufl., Hamburg 1990, S. 145–186.

Arthur Rosenberg vergebliche Hoffnungen an das nunmehrige *Institute of Social Research* knüpfen.

4. Fundamentalopposition und Realpolitik

Bereits im August 1919 war Paul Levi zu der Einsicht gelangt, daß die revolutionäre Welle abgeebbt sei. „Wir stehen am Ende einer Epoche, die am 9. November (1918) eingesetzt hat und die zu einer Niederlage der Revolution führte“, erklärte er auf der illegalen Reichskonferenz der KPD in Frankfurt a. M. „Wir sind in ein schleichendes Stadium der Revolution eingetreten und werden nicht mehr mit großen Massenbewegungen rechnen dürfen.“ Die neue Epoche bedeute, so Levi, gleichzeitig eine Schwäche und eine Stärke – eine Schwäche, weil das Tempo der Revolution gehemmt sei, eine Stärke, weil das Proletariat nun auf sein stärkstes Glied, den Kampf um die ökonomische Macht, angewiesen sei. „Die politische Tätigkeit der Partei ist die, dem Proletariat die Hände frei zu machen, die der Revolution fernstehenden Massen für die Revolution zu erfassen und sie zu Werkzeugen der Bewegung zu machen.“¹³⁹ Folgerichtig orientierte der politische Testamentsvollstrecker Rosa Luxemburgs auf den Aufbau einer im Kern linkssozialistischen Massenpartei, was die Vereinigung mit zumindest wesentlichen Teilen der USPD einschloß.

Dies erforderte gleichzeitig einen schmerzhaften Bruch mit jenen Kräften in der Partei, die einen solchen Kurs ablehnten. Schon der Gründungsparteitag der KPD hatte die beiden Haupttendenzen sichtbar werden lassen, die den deutschen Kommunismus in der Weimarer Republik prägen sollten: die linkssozialistische Tendenz, die auf die Gewinnung zumindest der Mehrheit des Industrieproletariats als Voraussetzung revolutionärer Umgestaltungen orientierte, und eine radikal-utopische Strömung, die den Parlamentarismus sogar als Ausgangsbasis revolutionärer Politik verwarf. Gegen den Widerstand von Liebknecht und Luxemburg hatte die Mehrheit der Delegierten auf dem Gründungsparteitag im Januar 1919 die Beteiligung an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung abgelehnt. Rosa Luxemburgs beschwörende Worte waren ohne Wirkung geblieben: „Unsere nächste Aufgabe ist, die Massen zu schulen“, hatte sie betont. „Das wollen wir durch den Parlamentarismus erreichen. Das Wort soll entscheiden. Ich sage Ihnen, gerade dank der Unreife der Massen, die bis jetzt nicht verstanden haben, das Rätssystem zum Siege zu bringen, ist es der Gegenrevolution gelungen, die Nationalversammlung als ein Bollwerk gegen uns aufzurichten. Nun führt unser Weg durch dieses Bollwerk hindurch. Ich habe die Pflicht, ... gegen dieses Bollwerk anzukämpfen, hineinzugehen in die Nationalversammlung, dort mit der Faust auf den Tisch zu schlagen. Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz ... Die Wahlen stellen ein neues Element des revolutionären Kampfes dar.“¹⁴⁰ Doch nur mit Mühe gelang es Rosa

139 Zit. in Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924*, 2. Aufl., Berlin/Bonn 1985, S. 262.

140 Zit. in Hermann Weber (Hg.), *Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919*, Berlin 1993, S. 101f.

Luxemburg und ihren Anhängern, wenigstens den Austritt der KPD-Mitglieder aus den Gewerkschaften und eine dementsprechende Entschließung zu verhindern.¹⁴¹

Nach der Ermordung von Liebknecht, Luxemburg und Jogiches sowie dem Tod Mehrings bestimmte zunächst die radikale Linke die Politik der KPD. Dann gelang es Levi, den Ausschluß der syndikalistischen und zum Teil anarchistischen Kräfte durchzusetzen, die sich danach in der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammenschlossen. Die Bedeutung der KAPD, die zunächst numerisch stärker als die KPD war, ging jedoch zurück, nachdem die KPD durch die Vereinigung mit Teilen der USPD an Bedeutung gewann.¹⁴² Wenige Monate später hatte nur der Druck der Parteimitglieder die KPD-Führung – ohne Levi, der sich in Haft befand – veranlaßt, sich dem Generalstreik von SPD, USPD und Gewerkschaften gegen den Kapp-Putsch anzuschließen. „Die Kräfte, die sich dem Kapp-Putsch entgegenstellten, waren also zum größten Teil gar nicht die Anhänger der Weimarer Republik und der Politik Ebert-Noske, sondern es waren die Vertreter einer proletarischen Aktion, die das Ziel hatte, aus der Ebbe der Revolution wieder herauszukommen und das Werk des 9. November fortzusetzen“, sollte Arthur Rosenberg 1935 resümieren.¹⁴³

Levi setzte durch, daß sich die KPD im Juli 1920 an den Reichstagswahlen beteiligte, wobei er und Clara Zetkin Mandate erringen konnten. Seine Politik, die auf die Vereinigung mit dem radikalen Flügel der USPD abzielte, wurde von der Komintern unterstützt. Doch seine Strategie der Bündnispolitik mit anderen Linkskräften geriet in Widerspruch zur Auffassung der Komintern-Führung: Gemäß deren 21 Aufnahmebedingungen, die der 2. Komintern-Kongreß im August 1920 beschlossen hatte, sollten die kommunistischen Parteien einheitlich, und der Komintern-Zentrale in Moskau untergeordnet sein. Das damit einhergehende Sendungsbewußtsein mancher kommunistischer Politiker und Funktionäre stieß jedoch mögliche Bündnispartner ab und verstärkte die von den Rechtskräften mit Erfolg praktizierte Isolierung der KPD von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Diese Isolierung zeigte sich nur allzu deutlich in der „Märzaktion“ 1921.

Nach deren Fiasko verließ nicht nur Levi die Partei. Auch Curt Geyer wurde auf dem Jenaer Parteitag im August 1921 ausgeschlossen. Jahrzehnte später erinnerte er sich, daß er auf seinem Weg zum Weimar-Geraer Bahnhof (dem heutigen Westbahnhof) Arthur Rosenberg traf, der ihn ob seiner Abtrünnigkeit beschimpfte.¹⁴⁴

Levi war mit seinen politischen Vorstellungen in der KPD gescheitert, doch diese sollten nach seinem Ausschluß den Kurs der Komintern zunächst bestimmen. Auf ihrem 3. Kongreß, der im Juni und Juli 1921 in Moskau tagte, setzte sich Lenin mit der Idee einer Einheitsfrontpolitik durch. „Auf diesem Kongreß stand ich auf dem äußersten rechten Flügel.

141 Winkler, *Revolution*, S. 119. Vgl. auch Hans-Erich Volkmann, Die Gründung der KPD und ihr Verhältnis zum Weimarer Staat im Jahre 1919, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 23 (1972), S. 65–80.

142 Zur KAPD vgl. Hans Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands*, Meisenheim 1969.

143 Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, Hamburg 1991, S. 97.

144 So Curt Geyer in einem Brief am 2. November 1948 an Ruth Fischer, in: Fischer/Maslow, *Abtrünnig*, S. 243.

Ich bin überzeugt, daß dies die einzig richtige Stellung war“, so Lenin im Februar 1922.¹⁴⁵ Gemeinsam mit Trotzki vertrat er die realistische Position, daß es nicht genüge, nur die Mehrheit des Proletariats politisch hinter die kommunistische Partei zu bringen. Mit der Losung „Heran an die Massen“ fand die abenteuerliche „Offensivtheorie“ ein Ende.¹⁴⁶

Doch bildete sich innerhalb der KPD eine Gruppierung heraus, die den nunmehrigen Kurs der Komintern als „versöhnlerisch“ empfand. Als Führungskern des Bezirks Berlin-Brandenburg besaß sie einen organisatorischen Rückhalt in der Partei. Um eine Basis unter den Mitgliedermassen zu finden, bedurfte es allerdings der Unterstützung authentischer Arbeiterfunktionäre. Als solche stießen Arthur König und besonders Ernst Thälmann zu den „Ultralinken“, wie sie alsbald von Freund und Gegner bezeichnet wurden. Zu Thälmann ist aus allen politischen Lagern viel gesagt worden. Hier mag deshalb der Hinweis genügen, daß er mit seinen Bemühungen, während der „Märzaktion“ den Hamburger Hafen bestreiken zu lassen, erstmals über seine Heimatstadt hinaus bekannt wurde.¹⁴⁷

Die Jahre 1921 und 1922 waren von Einheitsfrontbestrebungen der KPD-Führung und starker innerparteilicher Opposition gegen diese Politik geprägt. Frühere Exponenten der „Offensivtheorie“ wie Heinrich Brandler, August Thalheimer, Paul Frölich und Jacob Walcher änderten als Parteiführer nach dem März 1921 ihre Haltung und wurden zu Verfechtern einer Zusammenarbeit mit der SPD.¹⁴⁸ In diesem Sinne tolerierte noch im Jahre 1921 die KPD zeitweilig Regierungen der SPD und USPD in Sachsen und Thüringen. Auch während der Krise der Reichsregierung Wirth sprach sich die KPD Anfang 1922 für eine Arbeiterregierung dieser Art aus.¹⁴⁹ Nach der Ermordung von Außenminister Rathenau am 24. Juni 1922 forderte die Partei zusammen mit den anderen Kräften des linken Lagers die Rettung der „bürgerlich-demokratischen Republik“, um die „Lebensinteressen des Proletariats“ zu verteidigen.¹⁵⁰ Damit korrespondierte eine realistischere Beurteilung der Entwicklungsperspektiven in Deutschland. August Thalheimer schrieb, daß „solange die Produktionserweiterung das herrschende Gesetz des Kapitalismus ist, solange befindet er sich noch auf seinem aufsteigenden Ast, solange ist die sozialistische Revolution noch nicht auf der Tagesordnung, solange ist der Sozialismus nicht im Bereich der praktischen Kämpfe des Proletariats, solange ist nur eins möglich: der alltägliche Kampf um reformistische Ziele ...“¹⁵¹

Diese Sichtweise wurde jedoch von Karl Radek, dem Deutschland-Experten der Komintern, nicht geteilt. Die Kommunisten sollten sich vielmehr an Arbeiterregierungen beteiligen und das Proletariat „lehren, mit welchen Mitteln es die Arbeiterregierung sichern,

145 Beide Zitate Lenins aus: Notizen eines Publizisten, in: Ders., Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 192f.

146 Die bei weitem ausführlichste Arbeit zum Thema ist Arnold Reisberg, *An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921–1922*, 2 Bde., Berlin 1971. Obwohl die Untersuchung in Inhalt und Diktion der DDR-Ideologie verpflichtet ist, enthält sie bemerkenswert sachliche Passagen über unabhängige Kommunisten, die ansonsten als „Renegaten“ galten.

147 Vgl. Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt 1976, S. 161 (zuerst 1948).

148 Vgl. Ernst Stock/Karl Walcher, *Jacob Walcher (1887–1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York*, Berlin 1998, bes. S. 67ff.

149 Vgl. Flechtheim, *KPD*, S. 171.

150 P. F. (Paul Frölich), *Der Sinn der Sache*, in: *Internationale*, 5 (1922), S. 1f.

151 August Thalheimer, *Die Theorie und Praxis des Liquidatorentums. Zur Reichskonferenz der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft*, Teil II, in: *Die Internationale*, 4 (1921), S. 20, hier zit. nach Harald Jentsch, *Die politische Theorie August Thalheimers 1919–1923*, Mainz 1993, S. 41.

ihren Kampf gegen das Kapital stützen und stärken soll.“¹⁵² Die Vorstellung, die KPD verkörpere die Avantgarde der Arbeiterklasse und habe, dank ihres revolutionären Geistes, *per se* den Schlüssel zur Lösung aller politischen Fragen in der Hand, sollte ihre Protagonisten immer wieder zu schweren Fehleinschätzungen verleiten. Die Vorstellung, eine Avantgarde zu verkörpern, nicht schlechthin die Verweigerung, Parlamentspolitik zu betreiben, war die eigentliche *Kinderkrankheit im Kommunismus*, die schließlich den Organismus der Bewegung von innen heraus zerstören sollte.

Seit 1922 verfiel die deutsche Währung immer rascher. Schon im Krieg hatte die Reichsregierung auf zwei inflationsträchtige Maßnahmen gesetzt: Einmal hatte sie Kriegsanleihen aufgelegt, die nach dem Sieg verzinst zurückgezahlt werden sollten. Zum anderen hatte sie das zirkulierende Geldvolumen immer weiter ausgedehnt, so daß es durch Goldreserven nicht mehr gedeckt war. Die Knappheit an Konsumgütern war im Krieg ohnehin mit Preissteigerungen verbunden.

Die republikanischen Regierungen schreckten im Wissen um ihre begrenzte Basis innerhalb der Bevölkerung vor einer radikalen Währungsreform zurück, die allein einen Neuanfang hätte schaffen können. Ein solcher Schritt wäre, wie Detlev Peukert mit Recht bemerkte, „dem neuen Staat und nicht den wilhelminischen Verursachern zugeschrieben worden ... Deshalb setzte man während der Demobilmachung bewußt auf eine Politik des leichten Geldes.“¹⁵³ Durch sie wollte man Kriegsoffer entschädigen, deutsche Umsiedler aus den vom Reich abgetrennten Gebieten integrieren und die laufenden Staatsausgaben bestreiten. Außerdem sollte die Wirtschaft bei der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedensproduktion unterstützt und dadurch auch die drohende Arbeitslosigkeit unter den demobilisierten Soldaten aufgefangen werden.

Zunächst zeigte der Inflationsschub eine wirtschaftsfördernde Wirkung: Während die alliierten Siegerstaaten unter Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit litten, konnte in Deutschland beinahe eine Vollbeschäftigung erreicht und das Produktionsvolumen gesteigert werden. Doch eine Lösung der monetären Probleme rückte nicht näher. Vielmehr zog die Inflation an: Im Januar 1921 betrug der Gegenwert für einen US-Dollar 15,5 Reichsmark, ein Jahr darauf 45,5 Reichsmark, im Juli 1922 dann 118 Mark, im Dezember des gleichen Jahres 1 810 Mark.¹⁵⁴

Die unausweichliche Massenverelendung zog über das Proletariat hinaus große Teile des Mittelstandes sowie des Besitz- und Bildungsbürgertums in Mitleidenschaft. Dies führte zur sozialen Radikalisierung. Die Parteien und Gruppen der äußersten Rechten wie der äußersten Linken gewannen eine Massengefolgschaft. Nach der Vereinigung mit dem prokommunistischen Flügel der USPD war die Mitgliederzahl der Vereinigten Kommunistischen Partei, wie sie sich kurzzeitig nannte, bis März 1921 auf 359 000 angestiegen. Nach der mißlungenen „Märzaktion“ war ein starker Rückgang zu verzeichnen, doch nur ein Jahr

152 Karl Bremer (Karl Radek), Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie und die KPD, in: Die Kommunistische Internationale, 2 (1922), Nr. 19, S. 68f.

153 Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt 1987, S. 72.

154 James Joll, Europe since 1870. An International History, Harmondsworth 1990, S. 283.

darauf, im März 1922, verbuchte die Partei ihren numerischen Höchststand während der Weimarer Republik, nämlich 380 000 Mitglieder.¹⁵⁵

„Es wäre die historische Aufgabe der KPD gewesen, in kritischen Zeiten, wenn die vorsichtige legale Taktik der SPD nicht ausreichte, die Führung des deutschen Proletariats an sich zu reißen“, schrieb Arthur Rosenberg fast anderthalb Jahrzehnte später. „Ungefähr seit Sommer 1921 war indessen die KPD genauso aktionsunfähig wie die SPD. Der Unterschied war nur der, daß die Sozialdemokraten ihre pessimistische und vorsichtige Auffassung von den Dingen offen und ehrlich vor den deutschen Arbeitern vertraten. Die offizielle KPD mit ihrer scheinradikalen Doppelzüngigkeit glaubte ebensowenig an eine zweite deutsche Revolution, verband aber ihre friedliche Praxis mit dem Gerede von der russischen Revolution und täuschte so ihre eigene Mitgliedschaft. Es bildete sich in diesen Jahren eine linke Opposition in der KPD, die sich vor allem auf die Organisationen in Berlin und Hamburg stützte. Die Linke wollte die Manöver der Einheitsfront-Taktik nicht mitmachen und verlangte die Fortsetzung des konsequent revolutionären Kurses. Sie hatte jedoch auf die Parteiführung keinen Einfluß.“¹⁵⁶

Ogleich sich Rosenbergs politische Ansichten seitdem signifikant geändert hatten, spürt man aus diesen Zeilen noch die Enttäuschung des Politikers, der sich innerhalb seiner Partei nicht hatte durchsetzen können. Die polemische Spitze gegen Brandler, Thalheimer, Ernst Meyer, Ernst Reuter, Walter Stoecker oder Wilhelm Pieck, die 1921/22 führenden Politiker der KPD, geriet *a posteriori* zur Rechtfertigung der Aktivitäten Rosenbergs und seiner Gesinnungsgenossen – und dies, obwohl er doch seit 1928 ein um das andere Mal beteuerte, niemals zuliebe einer Partei, Fraktion oder Gruppe zu schreiben.¹⁵⁷ Die linke Opposition griff die Einheitsfrontpolitik mit dem Argument an, daß sich dadurch die KPD an die SPD angleichen würde. Sie lehnte die Idee einer Arbeiterregierung, die sich den Regeln der parlamentarischen Demokratie unterwerfe, rundweg ab. „Breite ‚Massen gewinnen‘, ‚Kredit gewinnen‘, das darf nie so weit gehen, um auch nur für einen Augenblick Grundsätzliches unkenntlich zu verwischen. Sonst verlieren wir auf der einen Seite das, was wir auf der anderen etwa gewinnen würden“, schrieb Ruth Fischer am 11. September 1921 im Parteiorgan *Die Rote Fahne*.¹⁵⁸ Am 16. und 17. November setzten sich Radek und Ernst Meyer, der Leiter der KPD-Zentrale, jedoch in einer Sitzung des Zentralaussschusses durch: Die KPD versicherte, eine Regierung auf Reichs- oder Landesebene zu unterstützen, die sich die Durchführung der von den Massen aufgestellten sozialistischen Forderungen zum Ziel setzt. Sie forderte SPD, USPD und Gewerkschaften auf, für die Erfassung der Goldwerte zu kämpfen, um die Inflation zu beenden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte selbst kurz zuvor entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen gefordert.¹⁵⁹

Die Frage der Einheitsfrontpolitik verflocht sich mit dem Problem, wie weit das Maß an Gefolgschaft der KPD gegenüber der Moskauer Komintern-Zentrale gehen sollte. Im Dezember 1921 wurde Generalsekretär Ernst Reuter (Friesland) wegen seiner Kritik an den

155 Die Zahlen nach Flechtheim, KPD, S. 347.

156 Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, S. 123.

157 Vgl. die Vorworte seiner *Entstehung der deutschen Republik* (1928) und der *Geschichte des Bolschewismus* (1932).

158 Ruth Fischer, Die Rettung der deutschen Nation, in: RF, 11. September 1921, hier zit. nach Hering/Schilde, Kampfname Ruth Fischer, S. 114.

159 Vgl. Reisberg, Quellen, Bd. 1, S. 264–277; Winkler, Revolution, S. 531f.

Moskauer Weisungen seines Postens enthoben. Wie Levi reagierte er mit einer Broschüre: *Zur Krise unserer Partei*. Deren Veröffentlichung zog seinen Ausschluß aus der KPD nach sich.¹⁶⁰ Rosenberg, von dem keine öffentliche Äußerung zu diesem „Fall“ bekannt ist, schrieb später, ganz im Sinne von Levi und Reuter: „Der russische Einfluß verschaffte einer ergebenen Bürokratie die Führung in der Partei. Das waren Männer, die jedem Wink aus Moskau gehorchten, von der Revolution nichts mehr wissen wollten, die Einheitsfront-Taktik propagierten und die besorgten Fragen der radikalen Mitglieder mit geheimnisvollen Andeutungen beschwichtigten.“¹⁶¹ Doch damit negierte Rosenberg die Tatsache, daß es noch bis zum Ende der zwanziger Jahre in der KPD-Führung Kräfte gab, die sich der Unterordnung unter die sowjetische Politik widersetzen.

Werner Angress bemerkte zu Recht, daß die Bolschewiki „darauf bestanden, immer stärkere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Disziplin und Kontrolle geltend zu machen, um so die kommunistische Bewegung vor künftigen ‚Abweichlern‘ wie Levi und Reuter-Friesland zu bewahren. Beide Männer ... hatten sich ehrlich darum bemüht, engere Beziehungen zu den nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen herzustellen. Die zu wörtlich aufgefaßte Auslegung ihres Auftrages wurde ihnen zum Verhängnis. Sie hatten nicht begriffen oder absichtlich übersehen, daß die Führer der Komintern nur bereit waren, ihre taktischen Maßnahmen soweit zu ändern, als jede sich daraus ergebende Annäherung an nichtkommunistische Arbeiterverbände den kommunistischen revolutionären Elan nicht beeinträchtigte.“¹⁶²

Auf der 11. Konferenz der Kommunistischen Partei Rußlands hatte der Komintern-Vorsitzende Sinowjew im Dezember 1921 rundheraus erklärt, man müsse die Sozialdemokratie „genauso unterstützen wie der Strick den Gehängten unterstützt. Man muß sie unterstützen, um ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, an die Macht zu kommen und dort bankrott zu gehen. Man muß zeigen, daß sie an der Macht das tun, was ihnen die Bourgeoisie diktiert.“¹⁶³ Fast genau ein Jahr später fragte er auf dem IV. Weltkongreß der Komintern rhetorisch: „Was soll die Einheitsfront sein und was nicht? Sie soll keineswegs das sein, was die Franzosen eine ‚Kombination‘ nennen ... Sie soll, wie gesagt, keine Wahlkombination und natürlich keine organisatorische Vereinigung mit der Sozialdemokratie bedeuten ... Jeder von uns würde sich lieber die Hand abhacken lassen, als eine Vereinigung mit den größten Verrätern der Arbeiterklasse zu unterschreiben, die jetzt die Feinde sind, die letzte Stütze der Bourgeoisie. Das ist keinesfalls die Einheitsfront. *Die Einheitsfront ist der gemeinsame Kampf der Arbeitermassen in ihren Tagesforderungen gegenüber dem Kapitalismus*. Die Einheitsfront soll bedeuten, daß wir bereit sind, mit allen Arbeitern – seien es Anarchisten, Syndikalisten, Christlich-Soziale, Sozialdemokraten oder wie sie auch heißen mögen – gegen den Kapitalismus und die Kapitalisten im täglichen Kampf für ein Stückchen Brot, im täglichen Kampf gegen die Reduzierung der Löhne und gegen die Abschaf-

160 Vgl. Werner T. Angress, *Die Kampfzeit der KPD 1921–1923*, Düsseldorf 1973, S. 234ff.

161 Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, S. 123.

162 Angress, *Kampfzeit*, S. 261.

163 Zit. in Alexander Watlin, *Die Komintern 1919–1929. Historische Studien*, Mainz 1993, S. 49.

fung des Achtstundentages zu kämpfen. Dafür nehmen wir in Kauf, daß wir uns manchmal mit den verräterischen Führern an einen Tisch setzen müssen.“¹⁶⁴

Damit stellte Sinowjew unmißverständlich klar, daß Einheitsfrontabkommen nur auf Kosten und zu Lasten der nichtkommunistischen Seite geschlossen würden. Die führenden kommunistischen Politiker in den verschiedenen Ländern verfügten kaum über Spielräume zur Gestaltung einer Politik, die auf einer echten Partnerschaft der Arbeiterparteien beruhte.

Die Einheitsfrontpolitik entsprach gleichwohl der veränderten weltpolitischen Stellung Sowjetrußlands. Dem Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik im Frühjahr 1921, die begrenzte Spielräume für inländisches Kapital zuließ, folgte das Rapallo-Abkommen mit Deutschland, das im April 1922 die diplomatische Isolierung Moskaus beendete – und auch eine diskrete militärische Zusammenarbeit der beiden Staaten einleitete.¹⁶⁵

Noch auf der Washingtoner Flottenkonferenz vom November 1921 bis Februar 1922 war Sowjetrußland nicht vertreten. Die Vereinbarung der fünf Seemächte USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, die Zahl ihrer Schlachtschiffe nach einem bestimmten Schlüssel zu begrenzen, stieß auf Skepsis und Spott unter den Kommunisten. Karl Radek erinnerte an die Bemerkung George Bernard Shaws, daß es nicht um die Sicherung des Friedens gehe, sondern darum, den Krieg zu verbilligen, weshalb zum Beispiel für die Unterseebooté und die Luftwaffe keine Beschränkung vorgesehen sei.¹⁶⁶ Arthur Rosenberg sah im Abkommen deshalb nur einen „Abrüstungsschwindel“, wie er in der *Internationalen Pressekorrespondenz* schrieb.¹⁶⁷ Nicht nur die regierenden Kreise Englands und Frankreichs, so Rosenberg wenig später, „sondern auch breiteste Schichten des Mittelstandes und des Kleinbürgertums aller Länder werden nun tatsächlich treuherzig glauben, daß man den schlimmsten Anfall des Rüstungswahnsinns hinter sich habe und daß nun alles besser wird. Aber die Arbeiterklasse aller Länder, die schon so vieles bitteres Lehrgeld hat bezahlen müssen, sollte sich wirklich nicht einreden lassen, daß man in Washington irgend etwas im Interesse des Weltfriedens, im Interesse der leidenden Menschheit und für einen Abbau des Marinismus und Militarismus unternehmen will.“¹⁶⁸

Besonders das zweite Ergebnis des Washingtoner Abkommens, die Vereinbarung einer Wirtschaftspolitik der „offenen Tür“ gegenüber China, berge den Keim neuer Konflikte in sich: „Dem japanischen Bestreben, in China die wirtschaftliche Allmacht zu erringen, stellt Amerika die Parole der offenen Tür in China entgegen. Durch diese offene Tür soll jedermann in China frei hineingehen und frei seine Geschäfte machen. Wie das amerikanische Kapital sich die offene Tür in der Praxis denkt, das zeigt ein Vorschlag, der vor einiger Zeit aus Amerika gekommen ist. Danach sollen die amerikanischen, englischen, französischen

164 Protokoll des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Petrograd-Moskau, vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923, S. 64f.

165 Zu letzterem Punkt vgl. zusammenfassend Olaf Groehler, *Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941*, Berlin 1992.

166 Karl Radek, *Das Washingtoner Durcheinander*, in: *Inprekorr*, 20. Dezember 1921, S. 335.

167 Arthur Rosenberg, *Der Abrüstungsschwindel von Washington*, ebenda, 12. November 1921, S. 195.

168 Arthur Rosenberg, *Das Abrüstungsevangelium von Washington*, ebenda, 15. November 1921, S. 205. Vgl. auch Rosenbergs Artikel: *Weltabrüstungskonferenz in Washington*, in: *Die Internationale*, 3 (1921), S. 581–583. Zur Beurteilung der Washingtoner Konferenz durch die Komintern vgl. Helmut Eichwede, *Revolution und internationale Politik. Zur kommunistischen Interpretation der kapitalistischen Welt 1921–1925*, Köln 1971, S. 124–127.

und japanischen Banken, die an China interessiert sind, ein gemeinsames großes Konsortium bilden. Alle Anleihen, die bisher die Chinesen von einzelnen Staaten erhalten haben, sollen von diesem Konsortium übernommen werden. China hätte dann nicht mehr die einzelnen fremden Kapitalgruppen als Gläubiger, sondern nur noch das vereinigte Weltkapital. Diese internationale Bankgruppe soll die chinesische Wirtschaft unter Vormundschaft nehmen. Aber es ist klar, daß in einer solchen Interessengemeinschaft die amerikanischen Kapitalisten als die stärksten das meiste zu sagen haben würden. Die offene Tür bedeutet also nicht den freien Wettbewerb, sondern die Ersetzung der japanischen Vorherrschaft in China durch die amerikanische.“ Die offizielle Regierung in Peking sei „nur das Aushängeschild für eine brutale, korrupte und wirre Militärherrschaft.“ Nur Sun Yat Sen sei eine wirkliche Alternative: „Er war schon der bedeutendste geistige Führer der ersten chinesischen Revolution. Er widersetzte sich der militaristischen Entwicklung und möchte mit seinen Freunden von Kanton aus die chinesische Revolution vollenden. Um Sun Yat Sen scharten sich vor allem die Studenten und überhaupt die jüngeren Intellektuellen, die sich zu der Einsicht durchdrangen, daß sie nur zusammen mit den Arbeitern und Bauern des Landes die chinesische Reaktion überwinden können.“¹⁶⁹

Im Januar 1921 war Rosenberg Auslandsredakteur im kommunistischen Pressebüro geworden, das ein Dreivierteljahr später die *Internationale Pressekorrespondenz (Inprekorr)* herausgab.¹⁷⁰ Die erste deutschsprachige Nummer des auch in englischer und französischer Sprache publizierten Mitteilungsblattes erschien am 24. September 1921 unter der Redaktion Hugo Eberleins in Berlin, C. 54, Rosenthaler Straße 38. Im Dezember bezog die Redaktion dann ihr langjähriges Domizil in der Friedrichstraße 225. Redakteur war nunmehr Franz Dahlem, der später durch Gyula Alpári abgelöst wurde. Während der ersten vier Monate erschienen pro Nummer 1 400 deutsche, 800 englische und 1 000 französische Exemplare.¹⁷¹

Damit verlegte Rosenberg seine Aktivitäten fast ganz in die Bereiche der Politik und Publizistik.¹⁷² 1921 wurde er (für die Wahlperiode bis 1924) zum Berliner Stadtverordneten gewählt.¹⁷³ Die Protokolle der Berliner Stadtverordnetenversammlung weisen jedoch für

169 Arthur Rosenberg, Chinas Zukunft in Washington, in: *Inprekorr*, 19. November 1921, S. 222. Daß der amerikanisch-japanische Gegensatz in bezug auf China den Keim neuer Konflikte in sich berge, wiederholte Rosenberg ein halbes Jahr später. Vgl. seinen Artikel: Die neuen weltpolitischen Konflikte in Ostasien, ebenda, 30. Mai 1922, S. 606.

170 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der VKPD, S. 47f.; Bericht über die Verhandlungen des 3. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin 1923, S. 61.

171 Vgl. Irén Komjat, Die Geschichte der *Inprekorr*. Zeitung der Kommunistischen Internationale (1921–1939), Budapest 1982, S. 13.

172 Gelegentlich konnte er auch einen historischen Beitrag in der kommunistischen Presse publizieren, so eine Rezension von Max Beers *Allgemeiner Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe*. Vgl. Arthur Rosenberg, Vorläufer der kommunistischen Revolution, in: *Inprekorr*, 26. Januar 1922, S. 94. Die Ermordung des sowjetrussischen Diplomaten Worowski durch antibolschewistische Emigranten bewog Rosenberg, Parallelen zum Rastatter Gesandtenmord 1799 zu ziehen. Damals wurden französische Diplomaten von österreichischem Militär ermordet. Den anschließenden militärischen Konflikt entschieden Napoleons Truppen für sich. Vgl. Arthur Rosenberg, Der Lausanner und der Rastatter Gesandtenmord, in: *RF*, 17. Mai 1923.

173 Helmut Schachenmeyer, Arthur Rosenberg als Vertreter des historischen Materialismus, Wiesbaden 1964, S. 20.

1921 – die der Jahre 1922 und 1923 sind nicht erschienen – keinerlei Eintrag zu Arthur Rosenberg aus.¹⁷⁴ Nur Bemerkungen in der *Roten Fahne* deuten auf Rosenbergs Tätigkeit als Stadtverordneter hin. So berichtet er, um ein Beispiel zu nennen, aus dem Berliner Magistrat am 29. September 1922, dieser habe den hungernden Massen 200 Millionen Mark zur Bekämpfung der Teuerung zur Verfügung gestellt. „Das sind 50 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, das heißt, nach der Kaufkraft bemessen, etwa 25 Pfennige in Goldmark! Und diese 2½ Bettelgroschen muß das Berliner Proletariat noch selbst aufbringen in Gestalt einer weiteren Erhöhung der Gasrechnung. Die Bibel spricht von solchen Vätern, die ihren Kindern Steine bieten, wenn sie um Brot bitten.“ Rosenberg listete die defizitären Berliner Stadtbetriebe auf, die, wie die Straßenbahn, durch Tarifierhöhungen die Folgen ihrer Mißwirtschaft auf die Werktätigen abwälzten, und schrieb: „Die Hauptsünde des Magistrats liegt nicht darin, daß Berlin bankrott ist; denn *der Berliner Bankrott ist nur ein Ausschnitt aus dem allgemeinen schwarz-rot-goldenen Reichsbankrott*. An diesem sind die 30 Magistratsmitglieder persönlich nicht schuld. Aber die Schuld des Magistrats und der Sozialdemokratie liegt darin, daß sie die Massen so unerhört belasten, um ihre elende Pleite noch eine Zeitlang zu verschleiern. Als die Arbeiterfrauen zum Oberbürgermeister zogen und ihm die Teuerung schilderten, da forderten sie vom Magistrat *keine Bettelpfennige*, sondern die Mitwirkung bei der Schaffung proletarischer Organe zur Preiskontrolle. Davon will der Magistrat nichts wissen und er kommt nun mit seinen kläglichen 200 Millionen. Das Berliner Proletariat bedankt sich für diese Gabe. Es weiß: die gegenwärtige Not ist nur zu überwinden *durch proletarische Produktions- und Preiskontrolle*. Der Bankrott von Stadt und Reich ist nur zu verhindern, indem man die zum Zahlen zwingt, die zahlen können.“¹⁷⁵

Rosenberg war damals wie später auf der Suche nach politischen Lösungen, die „die Lage der Arbeiterschaft real verbesserten.“¹⁷⁶ Das bewog ihn zu einer gesellschaftskritischen Sicht. In den frühen zwanziger Jahren war er bereits ein profilierter kommunistischer Publizist geworden, dessen politische Analysen die Hoffnung auf eine herannahende sozialistische Revolution in Europa bargen. Seine Beiträge für die kommunistische Presse sollten die Leserinnen und Leser für eine solche Revolution „reif machen“, wie der Terminus lautete, sie sollten eine Erwartungshaltung nicht nur reflektieren, sondern auch vorbereiten helfen.

Die Tätigkeit als Stadtverordneter konnte somit nur einen Teil von Rosenbergs Energie absorbieren. Der verantwortungsvolle Posten des Auslandsredakteurs der *Inprekorr* ließ ohnehin den baldigen Aufstieg in höhere Funktionen der kommunistischen Bewegung erkennen. „Fast sah es so aus“, schrieb Schachenmeyer, „als habe Rosenberg bereits Anschluß an die Avantgarde gefunden, denn seine Artikel, die in meist kurzen Abständen bis 1927 erschienen, standen zwischen denen von Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek, Eberlein, Brandler, Meyer und anderen Führern der Bewegung.“¹⁷⁷

174 Zentrum für Berlin-Studien, Zentral- und Landesbibliothek Berlin: Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, 48 (1921), Berlin 1922. Ab dem 1. September 1924 wurden die Protokolle wieder gedruckt, doch findet sich auch dann kein Eintrag zu Rosenberg.

175 Arthur Rosenberg, Der Berliner Pleitegeier und die Not des Proletariats, in: RF, 29. September 1922 (Abendausgabe).

176 Arthur Rosenberg, Was bleibt von Karl Marx? (1939), in: Ders., Demokratie und Klassenkampf, S. 136.

177 Schachenmeyer, Arthur Rosenberg, S. 19 (Orthographie der Namen vereinheitlicht).

Rosenberg untersuchte in mehreren Beiträgen die Differenzen zwischen den Siegermächten in bezug auf den Umgang mit Deutschland. Die britische Regierung wolle „als Fürsprecher der deutschen Bourgeoisie auftreten“, schrieb er am 3. Dezember 1921. Reichsaußenminister Rathenau und der Großindustrielle Stinnes hätten in London um englische Kapitalbeteiligung an der deutschen Industrie nachgesucht, um dem französischen Streben nach wirtschaftlicher und politischer Beherrschung Europas „unübersteigliche Hindernisse“ entgegenzusetzen. „Die deutschen Fabriken wären dem französischen Zugriff entzogen, sobald die englische Flagge über ihnen wehte. Die Durchdringung Rußlands will Frankreich selbst besorgen. Freilich will es mit der Sowjetmacht keine Geschäfte abschließen, sondern erst die russische Monarchie wieder aufrichten. Das erneuerte russische Kaiserreich soll dann ebenso eine Kolonie Frankreichs werden, wie es die Republiken Deutschland, Polen, Tschechoslowakei usw. schon jetzt sind.“¹⁷⁸ Doch habe Frankreich dabei zumindest kurzfristig die besseren Trümpfe in der Hand: „Die Weltwirtschaftskrise hat das hochindustrielle England bis in seine Grundlagen hinein erschüttert, während das vorwiegend agrarische und kleinbürgerliche Frankreich trotz seiner Schuldenlast sich noch nicht in der Nähe des Abgrundes fühlt.“ In England würde kaum irgend jemand den Sturz des Ministerpräsidenten Lloyd George bedauern; dies würde nur „bei Deutschlands Kapitalisten und Reformsozialisten Schmerz erwecken, da diese sich an seine Strohhalme geklammert hatten.“¹⁷⁹

Im August 1922 forderte Frankreichs Premierminister Poincaré auf einer Konferenz in London von Deutschland eine Gewinnbeteiligung an der deutschen Industrie. Poincaré verstand dies als Gegenleistung für eine endgültige Festlegung der Reparationslast, die Deutschland 1919 in Versailles auferlegt, deren präzise Endsumme aber nicht bestimmt worden war. Frankreich, erst „durch den Ausgang des Krieges eine industrielle Großmacht allerersten Ranges geworden“, schicke sich an, das Ruhrgebiet durch eine Zollgrenze vom Reich *de facto* abzutrennen, schrieb Rosenberg. „Die Eroberung Deutschlands wird vollendet werden durch die französischen Finanz- und Zollkontrolleure!“ Dem müsse sich England aus eigenem Interesse widersetzen; die internationalen Beziehungen würden durch keinerlei Abkommen stabiler werden. Die „beispiellose Versklavung des deutschen Proletariats“ ließe alle sozialdemokratischen Versuche einer Klassenkollaboration gegenstandslos werden. „Die ganze weltpolitische Ideologie der Reformsozialisten beruhte ... darauf, daß eine friedliche Verständigung zwischen den Kapitalisten im Interesse des europäischen Aufbaues und damit auch im Interesse des europäischen Proletariats liege; daß also die Arbeiterschaft diesen Prozeß nicht stören dürfe. In London sind diese Illusionen endgültig begraben worden.“¹⁸⁰

Zu dieser Zeit waren die Risse im britischen Kolonialimperium, das 1918 durch die Mandatsgebiete im Nahen Osten noch einmal einen Zuwachs erfahren hatte, nicht mehr zu übersehen. Die London von Irland abgetrotzte Unabhängigkeit sei erst der Anfang. Nunmehr sei Ägypten an der Reihe. Die Nationalbewegung unter Sa‘ad Zaghlul nehme, wie in China,

178 Arthur Rosenberg, Der englisch-französische Gegensatz und das Moratorium für Deutschland, in: *Inprekorr*, 3. Dezember 1921, S. 276.

179 Arthur Rosenberg, Die Lloyd-George-Krise, ebenda, 4. März 1922, S. 203f. Lloyd George blieb bis zum Oktober 1922 im Amt.

180 Arthur Rosenberg, Die Londoner Entscheidung und das Weltproletariat, ebenda, 12. August 1921, S. 1034.

„immer mehr einen sozial-revolutionären Charakter“ an. Der nationale Kampf richte sich gegen das fremde Großkapital und könne sich dabei nicht nur „auf die laue einheimische Bourgeoisie, sondern nur auf die breiten Massen der ärmeren Bevölkerung stützen“, so Rosenberg. „Die Entwicklung geht in Ägypten so gut wie in Indien und in Irland ihren unerbittlichen Gang. All diese nationalen Freiheitsbestrebungen werden früher oder später in dem weltrevolutionären Kampf gegen das herrschende Großkapital ausmünden müssen.“¹⁸¹

Von Ägypten sei es kein langer Weg in die Türkei: Der türkisch-griechische Konflikt habe Englands Stellung in der Region zugunsten Frankreichs geschwächt, denn die Türkei sei ebenso „Schützling des französischen Kapitals“, wie das englische Kapital die Griechen beschirme. Der militärische Sieg Mustafa Kemals über Griechenland sei für die „50 Millionen indischen Mohammedaner“ ein Anlaß, den Kampf um die Befreiung des eigenen Landes zu verstärken.¹⁸²

Hier wie anderswo zeigt sich die eigentümliche Mischung von präziser Analyse und Wunschdenken: Wie viele andere kommunistische Publizisten suchte Rosenberg stets Anzeichen einer Revolution, die Land um Land erfassen und die Bastionen des Weltkapitalismus nacheinander zum Einsturz bringen würde. Daß gerade der strikt gegen die Übermacht des Islam und für die Trennung von Staat und Religion vorgehende Kemal kaum größere Sympathien unter Muslims genoß, war für Rosenberg kein Gegenstand der Überlegung. Die Weltrevolution breche sich unaufhaltsam Bahn: „Der Befreiungskampf der orientalischen Völker wird von den Arbeitern und Kleinbauern des Balkans fortgesetzt werden.“¹⁸³

Die Komintern, die in historisch kürzester Frist die alte Welt beerben wollte, sah sich jedoch mit einem neuen Gegner konfrontiert: dem Faschismus.

Obwohl Italien zu den Siegern des Ersten Weltkrieges zählte, geriet es in der unmittelbaren Nachkriegszeit in eine politische und wirtschaftliche Krise. In den ersten Nachkriegswahlen vom 16. November 1919 verloren die Liberalen die absolute Mehrheit, während die Sozialisten einen bedeutenden Stimmenzuwachs verbuchten. In den folgenden Monaten kam es zu Fabrikbesetzungen unter antikapitalistischen Vorzeichen, die im September und Oktober 1920 ihren Höhepunkt erreichten. Der Staatsapparat verlor die Kontrolle über große Teile Italiens, und auf dem Lande kam es zu Bauernaufständen, die an eine Agrarrevolution erinnerten. Am 23. März 1919 wurde auf der Mailänder Piazza San Sepolcro die Bewegung der *Fasci italiani di combattimento* unter dem Ex-Sozialisten Benito Mussolini gegründet, die sich als Abwehrkraft gegen jederart sozialistische Bestrebung, vor allem gegen die „bolschewistische Gefahr“ verstand. Antonio Gramsci, der bedeutendste kommunistische Denker und Politiker Italiens, vertrat die These, der Weltkrieg habe, ähnlich wie in Rußland, auch am Appennin die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution geschaffen. Die Formel *Diktatur des Proletariats* müsse auch in Italien aufhören, eine bloße Formel zu sein, schrieb er im Juli 1919.¹⁸⁴ Die Polarisierung des politischen Lebens sah die Linke allerdings

181 Arthur Rosenberg, Die Revolution in Ägypten, ebenda, 3. Januar 1922, S. 2.

182 Arthur Rosenberg, Der Schacher um den Orient, ebenda, 23. März 1922, S. 273.

183 Arthur Rosenberg, Griechenland zwischen den Revolutionen, ebenda, 28. September 1922, S. 192.

184 Hier zit. nach Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, hg. von Guido Zamis, Leipzig 1980, S. 42. Gramscis Artikel „Arbeiterdemokratie“ erschien zuerst anonym im *Ordine nuovo* vom 21. Juni 1919.

im Nachteil, hatte sich doch auch in Italien – aus anderen Gründen als im übrigen Europa – die Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg gespalten.¹⁸⁵

Die tiefsitzende Furcht des Industrie- und Agrarkapitals, aber auch breiter Teile des Mittelstandes, vor dem Bolschewismus begünstigte die Faschisten. Diese gingen nach dem Ende der Staatskrise und der Fabrikbesetzungen im Herbst 1920 zu organisiertem Terror gegen die Linke über. „Mussolini nahm wahr, was eine beträchtliche Mehrheit der Zeitgenossen nicht bemerkte: der Höhepunkt der Nachkriegskrise in Italien war schon überschritten“, so der polnische Historiker Jerzy Borejsza.¹⁸⁶ Filippo Turati, der Patriarch der italienischen Sozialdemokratie, sah jedoch im Frühjahr 1921 den Beginn einer blutigen Gegenrevolution, die der rein verbalen Revolution der Sozialisten folge.¹⁸⁷ Viele Vertreter der Oberschichten empfanden hingegen die Militanz der Faschisten als eine Art Erlösung. Ohne diese relativ breite Unterstützung wäre der „Marsch auf Rom“, der Staatsstreich Mussolinis vom 28. Oktober 1922, unmöglich gewesen.

Während die Faschisten im Frühherbst 1922 ihre Kräfte für den Angriff sammelten, bot die Arbeiterbewegung ein Bild der Zerrissenheit. Arthur Rosenberg, der im Mai den Einfluß der Kommunisten über- und den der Sozialisten unterschätzt hatte,¹⁸⁸ wies nunmehr letzteren die Schuld an der entstandenen Lage zu. „Mussolini und seine Anhänger sind nun so gescheit gewesen“, schrieb er am 9. September in der *Roten Fahne*, „daß sie verstanden haben, daß es die Führer der Sozialistischen Partei gar nicht ernst mit der Revolution meinten und daß die proletarische Masse, die noch die Plätze und Straßen beherrschte, gegen einen organisierten Stoß der Reaktion gar keinen Widerstand leisten konnte. So fingen sie an, hie und da kleine Vorstöße zu machen, d. h. gegen proletarische Demonstrationen mit Gewalt vorzugehen.“ Rosenberg tröstete seine Leser mit der Feststellung: „Die Führerschaft des Faschismus ist doch nie eine klare und einheitliche gewesen.“ Allerdings wies er auf eine im *Corriere della sera* geäußerte Warnung hin, wonach die „neuen Massen, die zum Faschismus gekommen sind, ... unter neuem Banner weiter revolutionär wirken können.“¹⁸⁹

Obwohl Rosenberg damit intuitiv erfaßte, daß der Faschismus mehr war als eine bloße konservative Reaktion auf die Krisen und Umbrüche der Nachkriegszeit, war ihm nicht

185 Ungleich der Mehrzahl ihrer Schwesterparteien, hatte die Italienische Sozialistische Partei im Weltkrieg keinen „Burgfrieden“ mit ihrer Regierung geschlossen. Für die Spaltung der italienischen Arbeiterbewegung, die sich unter anderem aus Differenzen gegenüber der Komintern ergab, vgl. Helmut König, Lenin und der italienische Sozialismus 1915–1921. Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte der Kommunistischen Internationale, Tübingen 1967.

186 Jerzy W. Borejsza, Schulen des Hasses. Faschistische Systeme in Europa, Frankfurt 1999, S. 59.

187 So das Zeugnis von Pietro Nenni, zit. in Leonid Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935, Stuttgart 1984, S. 27.

188 A. R., Italien nach den Wahlen, RF, 22. Mai 1921. Dort verglich er Mussolinis Schwarzhemden mit den deutschen Freikorps, besonders der Organisation Escherich (Orgesch). Die Berichterstattung über Italien war in der kommunistischen Presse nur ein Randthema; so äußerten sich in der *Roten Fahne* damals außer Rosenberg lediglich Paul Böttcher, Paul Levi, August Thalheimer und Clara Zetkin dazu. Vgl. Karl-Egon Lönne, Faschismus als Herausforderung. Die Auseinandersetzung der „Roten Fahne“ und des „Vorwärts“ mit dem italienischen Faschismus 1920–1933, Köln/Wien 1981, bes. S. 64.

189 Arthur Rosenberg, Das Wesen und Werden des italienischen Faschismus, in: RF, 9. September 1922. Die in frühen Arbeiten auftretende Schreibweise „Faszismus“ wird generell durch die geläufige Version „Faschismus“ ersetzt.

bewußt, wie weit die Arbeiterbewegung in Italien bereits aus der Defensive heraus operieren mußte. Er unterschätzte den Organisationsgrad und die Geschlossenheit der Faschisten. In einem Aufsatz, der Ende September in der Beilage zur *Roten Fahne* erschien, forderte er zwar eine Einheitsfront der sozialistischen und kommunistischen Linken. Diese solle jedoch darin bestehen, „auch den Rest der Arbeiter von der zentristischen (Serrati-)Führung loszulösen und so die große revolutionäre Massenpartei zu schaffen, die zum Sieg der proletarischen Diktatur in Italien erforderlich ist.“¹⁹⁰

Anfang Oktober schloß hingegen der Kongreß der Italienischen Sozialistischen Partei unter Führung Giacinto Menotti Serratis den von Turati geführten rechten Flügel aus. Dies entsprach einer zwei Jahre alten Forderung der Komintern. Der Zusammenschluß von Kommunisten und Linksozialisten schien damit möglich. „Schwierig und dornig ist der Weg des italienischen Proletariats, aber das Schwierigste scheint doch schon überwunden zu sein“, schrieb Sinowjew am 10. Oktober. „Bessere Tage für die italienische Arbeiterbewegung werden nicht mehr auf sich warten lassen.“¹⁹¹ Drei Wochen später war Mussolini Regierungschef. Die *Rote Fahne* sah dies als eine „Folge des sozialdemokratischen Verrats.“¹⁹² Die „besseren Tage für die italienische Arbeiterbewegung“ sollten zwanzig Jahre auf sich warten lassen.

In den Tagen des römischen Staatsstreiches befand sich Arthur Rosenberg in Berliner Untersuchungshaft. Am 15. Oktober hatte die KPD im Zirkus Busch eine Versammlung des rechtsradikalen *Bundes für Freiheit und Ordnung* gewaltsam zu sprengen versucht.¹⁹³ Dieser Bund war eine der Organisationen, die als Auffangbecken für die nach der Novemberrevolution gebildeten Einwohnerwehren dienten.¹⁹⁴ In Folge der Auseinandersetzungen, in denen ein kommunistischer Demonstrant getötet wurde und mehr als einhundert Personen verletzt wurden, erließ die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen eine Reihe kommunistischer Funktionäre, so gegen Brandler und Thalheimer, die mit den Zusammenstößen nichts zu tun hatten.¹⁹⁵ Auch Rosenberg wurde verhaftet. Der Vorwurf lautete auf Anstiftung zum Landfriedensbruch und wurde natürlich der Universität mitgeteilt.¹⁹⁶ Im Polizeigewahrsam am Alexanderplatz wurden, der *Roten Fahne* zufolge, sechzig Personen in einem Raum zusammengepfercht.¹⁹⁷ Da Rosenberg, dessen Verhaftung von der *Roten Fahne* als Akt bürgerli-

190 Arthur Rosenberg, Die gegenwärtigen Aufgaben der Kommunistischen Partei Italiens, in: Taktik und Organisation. Beilage der „Roten Fahne“, Nr. 34, 30. September 1922.

191 G. Sinowjew, Der Sieg der Kommunistischen Internationale, in: Inprekorr, 10. Oktober 1922, S. 1318.

192 Faschistendiktatur in Italien, in: RF, 28. Oktober 1922.

193 Vgl. den, natürlich parteiisch gefärbten, Bericht in der Morgenausgabe der *Roten Fahne* sowie die Hintergrundinformationen in der Beilage vom 18. Oktober 1922.

194 Die Einwohnerwehren waren bewaffnete, aus Zivilisten gebildete Einheiten, die die Revolution niederschlagen halfen. Vgl. Erwin Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin 1971.

195 Vgl. den „Kommunistenhatz!“ überschriebenen Leitartikel der *Roten Fahne* vom 17. Oktober 1922 (Abendausgabe).

196 HUB, UA, Phil. Fak., Nr. 106, Bl. 253: Schreiben der Berliner Generalstaatsanwaltschaft an die Universität Berlin, 24. Oktober 1922; Wirsching, Arthur Rosenberg, S. 576.

197 Vgl. Ungeheuerliche Zustände im Polizeigewahrsam Alexanderplatz, in: RF, 20. Oktober 1922, Beilage.

cher Klassenjustiz gebrandmarkt wurde, nichts nachzuweisen war, wurde er nach wenigen Tagen auf freien Fuß gesetzt.¹⁹⁸

Daß Rosenberg die Redaktionsstube und das Universitätsgebäude verlassen hatte, um sich in das Kampfgetümmel zu stürzen, zeigt, daß er die finale Auseinandersetzung mit dem alten System unmittelbar herannahen sah. Im Jahre 1923 schien, so sah es nicht nur Rosenberg, dem Kapitalismus in Deutschland das Totenglöckchen zu läuten.

198 Vgl. Immer noch 12 Genossen in Haft!, ebenda, 19. Oktober 1922 (Morgenausgabe); Die Untersuchungshaft über die verhafteten Kommunisten verhängt, ebenda, 21. Oktober 1922; Um die Freilassung der kommunistischen Funktionäre, ebenda, 27. Oktober 1922.

KAPITEL 3

Der kommunistische Politiker (1923–1927)

„Es kam das Jahr 1923. Dieses phantastische Jahr ist es wahrscheinlich, was in den heutigen Deutschen jene Züge hinterlassen hat, die der gesamten übrigen Menschheit unverständlich und unheimlich und die auch dem normalen ‚deutschen Volkscharakter‘ fremd sind: jene hemmungslos zynische Phantastik, jene nihilistische Freude am ‚Unmöglichen‘ um seiner selbst willen, jene zum Selbstzweck gewordene ‚Dynamik‘ ... Kein Volk der Welt hat etwas erlebt, was dem deutschen ‚1923‘-Erlebnis entspricht. Den Weltkrieg haben alle erlebt, die meisten auch Revolutionen, soziale Krisen, Streiks, Vermögensumschichtungen, Geldentwertungen. Aber keins die phantastische, groteske Übersteigerung von alldem, die 1923 in Deutschland stattfand. Keins diesen gigantischen karnevalistischen Totentanz, dieses nicht endende blutig-groteske Saturnalienfest, in dem nicht nur das Geld, in dem alle Werte entwertet wurden.“¹

Mit diesen Worten begann Sebastian Haffner 1939 im britischen Exil seinen Rückblick auf das deutsche *Inflationsjahr*, und Stefan Zweig schrieb zur gleichen Zeit im brasilianischen Fluchort: „Für hundert Dollar konnte man reihenweise sechsstöckige Häuser am Kurfürstendamm kaufen. Fabriken kosteten umgerechnet nicht mehr als ein Schubkarren. Halbwüchsige Jungen, die eine Kiste Seife im Hafen vergessen gefunden, sausten monatelang in Autos herum und lebten wie Fürsten, indem sie jeden Tag ein Stück verkauften, während ihre Eltern, einstmals reiche Leute, als Bettler herumschlichen. Austräger gründeten Bankhäuser und spekulierten in allen Valuten. Über ihnen allen erhob sich gigantisch die Gestalt des Großverdieners Stinnes. Er kaufte, indem er unter Ausnutzung des Marksturzes seinen Kredit erweiterte, was nur zu kaufen war, Kohlengruben und Schiffe, Fabriken und Aktienpakete, Schlösser und Landgüter, und alles eigentlich mit Null, weil jeder Betrag, jede Schuld zu Null wurde.“² Arthur Rosenberg sollte 1935 „die systematische Enteignung des deutschen Mittelstandes, nicht etwa durch eine sozialistische Regierung, sondern in einem bürgerlichen Staat“, als „eine der größten Räubereien der Weltgeschichte“ bezeichnen.³

1 Sebastian Haffner, *Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933*, Stuttgart/München 2000, S. 53.

2 Stefan Zweig, *Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers*, Berlin/Weimar 1981, S. 332.

3 Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*. Hamburg 1991, S. 129.

Mit dem Abstand des Nachgeborenen, aber keineswegs indifferent, nennt der Historiker Hagen Schulze drei Gründe, warum die völlige Funktionsunfähigkeit des gesamten Währungssystems in Kauf genommen wurde: „Zum einen ist zwar das Endergebnis der Inflation dasselbe wie bei einem Staatsbankrott, aber die politischen Folgen sind weitaus weniger dramatisch, denn man kann die Schuld auf die Gegner, die Reparationsgläubiger schieben, deren Forderungen den Wertverlust der deutschen Währung angeblich in erster Linie verursachen. Zum zweiten ist die Inflation ein probates Mittel, in aller Öffentlichkeit die Unerfüllbarkeit der Reparationsforderungen zu beweisen, und drittens löst sich das Problem der inneren Kriegsschuldung wie von selbst.“⁴ Nachdem schließlich am 15. November 1923 je eine Billion Inflationsmark in die neue Rentenmark umzutauschen war, hatten die gesamten inneren Kriegsschulden des Deutschen Reichs in Höhe von 154 Milliarden Mark nur noch den Wert von 15,4 Pfennig des Jahres 1914. „Fiskalisch gesehen, ist der Erste Weltkrieg der billigste Krieg, der je geführt wurde“, schreibt Schulze mit bitterem Unterton.⁵

Zu Beginn des Jahres wurde das wirtschaftliche Chaos angesichts einer politischen Krisensituation jedoch immer größer: Am 11. Januar 1923 nahmen Frankreich und Belgien die Nichterfüllung der deutschen Reparationszahlungen zum Anlaß, um das Ruhrgebiet militärisch zu besetzen. Während die Reichsregierung unter Wilhelm Cuno den *passiven Widerstand* ausrief, verabschiedete die KPD am 21. Januar den Aufruf „Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!“, der am nächsten Tag in der *Roten Fahne* erschien. Diese Äquidistanz der KPD zu beiden Regierungen entsprach auch der sowjetischen Politik, eine Annäherung Deutschlands an die Westmächte möglichst zu verhindern.⁶

„In dieser Situation“, hieß es im Aufruf, „muß das Proletariat wissen, daß es nach zwei Seiten zu kämpfen hat. Das deutsche Proletariat kann sich natürlich dem fremden kapitalistischen Eindringling nicht unterwerfen. Die französischen Kapitalisten sind um keinen Deut besser als die deutschen, und die Bajonette der französischen Besatzungstruppen sind nicht weniger scharf als die der Reichswehr.“ Die Arbeiter sollten deshalb „als selbständige Kraft, als Klasse, die um ihre eigenen Interessen kämpft“, aufmarschieren. Nur so könnten sie der Gefahr entgegentreten, „die in der Stärkung der deutschen Bourgeoisie durch den nationalistischen Taumel liegt.“⁷ Heinrich Brandler, Sekretär des Politischen Büros der KPD, trat für ein Bündnis zwischen den Arbeitern und den durch die Inflation demoralisierten Mittelschichten ein, das jedoch nicht um den Preis nationalistischer Parolen geknüpft werden sollte. Das von allen andern Parteien vertretene Konzept des passiven Widerstandes lehnte er ab. Von der Regierung bezahlte nationalistische Streikversuche habe die Partei im besetzten Ruhrgebiet bislang verhindern können, schrieb er dem KPD-Vertreter beim EKKI, Edwin Hoernle. Es sei eine von den Nationalisten geschürte „wahnsinnige Idee“, mit solchen Methoden den Auflagen des Versailler Vertrages zu entkommen. Für einen Erfolg fehlten alle Voraussetzungen. Dasselbe gelte für die Forderungen der Parteilinken, auf den

4 Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1998, S. 36.

5 Ebenda.

6 Zur sowjetischen Politik vgl. (aus Sicht der DDR-Historiographie) Wolfgang Ruge, Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Januar bis September 1923, Berlin 1962.

7 Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und an der Spree!, in: RF, 23. Januar 1923.

Ruhreinmarsch mit Betriebsbesetzungen und Streiks zu antworten.⁸ Arthur Rosenberg wurde zu einem Wortführer dieser Linken.

1. 1923: Eine verpaßte Revolution?

Am 20. und 21. Januar 1923 fand in Berlin der KPD-Bezirksparteitag statt. Rosenberg hielt ein leidenschaftliches Plädoyer für einen entschiedenen Linkskurs. „Wir lehnen ab die parlamentarische Methode und wir sagen, die Tendenz, der Arbeiteraristokratie nachzulaufen ist die Lähmung der Revolution.“ Brandlers Orientierung, die bürgerliche Demokratie als Kampfboden für den Kampf um den Sozialismus zu nutzen, erteilte Rosenberg eine schneidende Absage. Er verglich Heinrich Brandler mit Karl Kautsky, der nach seinem Bruch mit Lenin unter Kommunisten allgemein als „Renegat“ galt.⁹ Werner Scholem unterstützte Rosenberg und sagte, daß „der Boden des Parlamentarismus für unsere Genossen sehr gefährlich ist ...“¹⁰

Im Anschluß an den Bezirksparteitag konstituierte sich die Bezirksparteileitung, der Rosenberg angehörte. Die Sitzung stand ganz im Zeichen des unmittelbar bevorstehenden Reichsparteitages der KPD. Auf ihm solle, so Rosenberg, die Mehrheit des Parteitages auch die Mehrheit der Zentrale bilden: „Gelingt es, für unsere Anschauungen auch eine Mehrheit zu finden, dann werden wir die Zentrale bilden, im anderen Fall müssen wir den anderen die Bildung der Zentrale überlassen.“ Heinz Neumann unterstützte diese Haltung.¹¹

In Anwesenheit Heinrich Brandlers fand am folgenden Tag, dem 23. Januar, eine erneute Bezirksleitungssitzung statt. Die Atmosphäre war erhitzt. Brandler warf Ruth Fischer die Bemerkung vor, wonach die Leitsätze zum Reichsparteitag, die auf eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten abzielten, der „Anfang vom Aufgehen in die SPD“ seien. Auf einer Rede in Chemnitz habe Brandler den Arbeitern erklären müssen, „daß es nicht die Berliner Organisation ist, sondern daß man einige meschuggene Intellektuelle nicht verwechseln darf mit der Berliner Organisation.“ Die Wogen gingen hoch, als ihm vorgeworfen wurde, er habe in der Rede Rosenberg als „Profitdozenten“ charakterisiert.¹² Rosenberg, der Brandlers Entschuldigung bezüglich des Ausdrucks annahm, unterstrich gleichwohl die inhaltlichen Gegensätze: „Es handelt sich um die Differenzen in der Frage der Arbeiterregierung. Der eine Teil sagt, wir wollen die Arbeiterregierung, die sich stützt auf die Arbeiterräte, auf die Genossen des Proletariats, und der andere sagt, wir können sie machen im Rahmen der Demokratie.“¹³ Rosenberg mußte jedoch anerkennen, daß Brandlers Auffassung auf dem Reichsparteitag die stärkere Unterstützung bekommen würde, und sagte, die Minderheit werde „mit der neuen Zentrale ohne jedes Vorurteil zusammenarbeiten und loyal ausführen,

8 Heinrich Brandler an Edwin Hoernle, 29. Januar 1923, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 6/3/126, Bl. 219, und Jens Becker, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001, S. 186.

9 SAPMO-BArch, RY 1/I 3/1–2/2, Bl. 35–40: Protokoll des KPD-Bezirksparteitages vom 20. bis 21. Januar 1923, Rede des Genossen Rosenberg. Gekürzt abgedruckt als Dokument 6 im Anhang.

10 Ebenda, Bl. 50.

11 Ebenda, RY 1/I 3/1–2/16, Bl. 2f.

12 Ebenda, Bl. 33f.

13 Ebenda, Bl. 38.

was beschlossen ist.“ Brandler empfahl, die Differenzen nicht über das gemeinsame Anliegen zu stellen; „die Stimmungsmacherei macht die Partei kaputt.“¹⁴

Am 28. Januar trat in Leipzig der 8. Parteitag der KPD, der dritte seit der Vereinigung mit der USPD-Linken, zusammen. Er rief in einem Manifest das internationale und das deutsche Proletariat zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Politik der französischen und der deutschen Schwerindustrie auf. In der Einheitsfront zusammengeschlossen, sollten die deutschen Proletarier für die Bewaffnung der Arbeiterklasse, für die Auflösung der konterrevolutionären Organisationen, für die Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Großkapitalisten, für eine Produktionskontrolle durch Betriebsräte und für die Bildung einer überparteilichen Arbeiterregierung kämpfen. Erst eine solche Regierung aller Linksparteien könne die Beziehungen zu Frankreich auf eine neue Grundlage stellen.¹⁵

Ruth Fischer und Arkadij Maslow verwarfen als Sprecher der linken Opposition die Lösung der Einheitsfront und das Ziel einer Arbeiterregierung, worauf Brandler ihre Führungsqualitäten als kommunistische Politiker offen in Frage stellte. Die Art seines Vorgehens zeigte jedoch, was auch „gemäßigt“ denkende Parteiführer von einer Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften hielten: „Die Genossen von der sogenannten Linken“, die sich über die Passivität der Partei beschwerten, trügen, so Brandler, durch ihr Verhalten eine „Mitschuld daran, daß es uns nicht immer möglich war, die Führer der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie so ins Unrecht zu setzen, wie es möglich gewesen wäre, wenn sie sich nicht auf die Ausbrüche unserer linken Genossen berufen könnten.“¹⁶ Noch deutlicher gegenüber seinen innerparteilichen Kritikern wurde er an anderer Stelle: „Im Bürgerkrieg werden große Opfer gebracht werden müssen, und in dieser Vorbereitung des Kampfes zur Niederwerfung der Bourgeoisie wird mancher ausgleiten, mancher wird liegenbleiben, mancher wird Fehler machen.“¹⁷

Die schroffen Umgangsformen auf dem Parteitag waren zum Teil der überhitzten politischen Atmosphäre im ganzen Land geschuldet. Die Debatten wurden von der Ruhrkrise überschattet. Die Parteilinke kritisierte heftig, daß nicht diese, sondern die Idee eines „roten Blocks“ in Sachsen und Thüringen zum Zentralthema der Konferenz wurde. Die von Brandler konzipierten „Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung“ seien, so hieß es, ein Versuch, „im Rahmen und vorerst mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen, Arbeiterpolitik zu betreiben.“¹⁸ KPD und SPD sollten schrittweise den Staatsapparat mitsamt der Armee übernehmen und die besitzenden Klassen für die Folgen der innen- und außenpolitischen Krisen verantwortlich machen. Am Ende dieses Prozesses der Machtaneignung solle jedoch die Weimarer Demokratie keineswegs gestärkt werden: „Der Kampf für die Arbeiterregierung darf die Propaganda der Kommunisten für die Diktatur des Proletariats nicht schwächen; denn die Arbeiterregierung, wie jede Position des Proletariats im Rahmen des bürgerlichen demokratischen Staates, ist nur ein Stützpunkt, eine Etappe des Proletariats

14 Ebenda, Bl. 52.

15 Das Manifest ist abgedruckt im Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin o. J., S. 392–397.

16 Ebenda, S. 441.

17 Ebenda, S. 319.

18 Ebenda, S. 420.

in seinem Kampfe um die politische Alleinherrschaft“, stellten die Leitsätze unmißverständlich fest.¹⁹ Brandler war sich über den Widerspruch im klaren, der in dieser Orientierung beschlossen lag. „Wir sind für die Taktik der Einheitsfront und für die Arbeiterregierung, um, wenn man ihre tatsächliche Argumentation konsequent zu Ende denkt, zu einer Verneinung der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung zu kommen“, schrieb er an die Exekutive der Komintern.²⁰

Zwar machte die Linke auf diesen Widerspruch aufmerksam, doch nur, um das Projekt einer Arbeiterregierung, sofern diese sich auf den „bürgerlichen“ Parlamentarismus überhaupt einlasse, abzulehnen. Die von Brandler inspirierte Resolution fand jedoch eine klare Mehrheit. Auch der einzige von der Linken gegen Brandler durchgesetzte Vorschlag geriet zum Pyrrhussieg: Die Aufstockung der Zentrale wurde zwar beschlossen, doch die Kandidaten der Linken – Ruth Fischer, Iwan Katz, Ottomar Geschke und Arthur König – wurden nicht in das erweiterte Leitungsgremium gewählt.

Die Spannungen flauten nach dem Parteitag nicht ab. Auf der Bezirksleitungssitzung vom 12. März monierte Rosenberg die Formen der entstehenden Kooperation beider Arbeiterparteien: „Es ist ein sentimentales Verhältnis entstanden zwischen SPD und KPD, und die Arbeiter sehen keinen Unterschied zwischen SPD- und KPD-Politik. Und die Gefahr ist, daß wir selbst bei der Geschichte versumpfen ... Die Arbeiter verstehen es durchaus, wenn man rücksichtslos den Kampf gegen die demokratischen Illusionen aufnimmt, dann kann man auch große Erfolge erzielen. Wir sind jetzt in einer ganz lächerlichen Lage, sind der Schwanz einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung.“²¹

Am 31. März eröffneten französische Soldaten in Essen das Feuer auf eine Demonstration, die sich gegen die andauernde Beschlagnahme von Fahrzeugen durch die Besatzungstruppen wandte. Unter den 13 Toten befand sich auch ein Kommunist. In der erbitterten Stimmung, die Deutschland über alle politischen Lager hinweg heimsuchte, ergriff die KPD die Initiative zu überparteilichen Konferenzen in Essen und Frankfurt, an denen jeweils mehrere hundert Partei- und Gewerkschaftsaktivisten teilnahmen. Obwohl die Kommunisten auf beiden Veranstaltungen das Gros der Teilnehmer stellten, waren sie keineswegs nur unter sich, denn auch Sozialdemokraten, Vertreter linker Kleinparteien, zu denen jetzt auch der Restbestand der USPD gehörte, und Parteilose waren vertreten. Rosenberg nahm für die Berliner Bezirksorganisation der KPD an der Frankfurter Tagung teil. Wenige Tage danach, am 22. März, mußte er sich allerdings Kritik von Arkadij Maslow anhören. Rosenberg hatte im nationalen Interesse des Landes die Bildung eines überparteilichen Aktionskomitees unterstützt, dem Maslow jeden kommunistischen Geist absprach.²²

Entscheidend blieben jedoch die Gegensätze zwischen der Parteizentrale und ihren ultralinken Kritikern. „Der Krieg ist dadurch entstanden“, so Rosenberg auf der Bezirksleitungssitzung am 3. April, „daß die Partei nach Leipzig eine Politik gemacht hat in verschiedenen Fragen, die politisch bankrott gemacht hat, in Sachsen wie auch im Ruhrgebiet ... Unsere ganzen Vorschläge zur Ruhrfrage waren doch Versuche, die Massen zu mobilisieren, eine

19 Ebenda, S. 423.

20 Der Brief vom 12. März 1923 befindet sich in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/208, Bl. 411, und ist zit. in Becker, Heinrich Brandler, S. 188.

21 SAPMO-BArch, RY 1/I 3/1–2/16, Bl. 78.

22 Vgl. ebenda, Bl. 86.

Bewegung zu machen, bei der die KPD an der Spitze im Kampf gegen Poincaré gestanden hätte.“²³

Am 15. April erstattete Rosenberg vor der KPD-Zentrale Bericht. Dieser geriet zu einer offenen Kampfansage an die Führung um Brandler, Thalheimer und Ernst Meyer: „Ich möchte sagen, die Situation ist hochrevolutionär. Um aber die Früchte aus dieser Situation zu ernten, muß eine kommunistische Partei geschaffen werden. Sie ist noch nicht vorhanden, ist aber die größte Aufgabe, die wir haben. Wir werden die Opposition von rechts, den äußeren Feind, nur dann schlagen können, wenn wir in unseren Reihen die Partei kampffähig gemacht haben. Genossen, wir haben das alle sehr praktisch erfahren. Ich habe das miterlebt bei der Spaltung der USP ... Da wurde immer gesagt, das Wesen ist folgendes: Sie wagt es nicht, die Machtfrage aufzurollen, sie wagt es nicht, die Massen darauf hinzuweisen, daß nur die Diktatur des Proletariats ihnen einen Ausweg bringt. Unsere Partei ist im Abgleiten begriffen. Was wir in Sachsen und (in der) Ruhrkrise sehen, ist der Beweis dafür, daß die Partei sich zentristischen Auffassungen bereits genähert hat.“²⁴

Edwin Hoernle, der KPD-Vertreter beim EKKI, gab diesem am 23. April Rosenbergs Auffassungen zur Kenntnis. Er berichtete: „Auf dem Essener Bezirksparteitag Rheinland-Westfalen-Nord Ende März machte die Opposition, deren prominente Berliner Vertreter, wie Ruth Fischer und Scholem, sich als Delegierte einfanden, einen Vorstoß, um die Taktik der Partei ... umzustößen. Seitdem steuerte auch die extreme Opposition (Maslow, Ruth Fischer, Rosenberg, Scholem) auf einen offenen Parteikonflikt (hin).“²⁵ In den nachgereichten Materialien wurden die positiven und die negativen Seiten der linken Opposition aus der Sicht der Zentrale gegeneinander abgewogen. Es hieß:

„Die positive Seite: Schärfung der Aufmerksamkeit für opportunistische Gefahren. Negative Seite: Viele Fehler, durch die die positive Seite sehr beeinträchtigt und die Partei von ihren eigentlichen Aufgaben sehr abgelenkt wird. Diese Fehler sind nicht bei allen Führern der Opposition und nicht in allen von der Opposition beherrschten Orten gleichmäßig vorhanden. Am krassesten treten die Mängel bei den Führern der Berliner Opposition hervor. Übertreibungen in der Kritik der Mehrheit und fraktionelle Hetze gegen einzelne Führer der Mehrheit. Beweis: Thesen und Beschlüsse der Berliner Organisation, Referate von Ruth Fischer, Scholem, Thiede, Rosenberg und Maslow in Berliner Funktionärsversammlungen, Berichte von Ruth Fischer an Sinowjew ...“²⁶

Am 21. Mai wurde Rosenberg zusammen mit Paul Frölich als Vertreter der *Inprekorr* beim Hamburger Gründungskongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) akkreditiert. Im April 1922 hatten die Zweite Internationale, die Komintern und die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (IASP) vergeblich versucht, einen kleinsten gemeinsamen Nenner ihrer Zusammenarbeit zu finden. Die Berliner Konferenz der drei Internationalen hatte zwar ein „Neunerkomitee“ zur Vorbereitung eines gemeinsamen Welt-

23 Ebenda, RY 1/I 3/1–2/14, Bl. 97.

24 Ebenda, Bl. 139. Die Opposition hatte den „Weg des revolutionären Klassenkampfes“ statt bloßer „propagandistischer Abwehrlosungen“ gefordert. Material zu den Differenzen mit der Opposition, ebenda, RY 1/I 2/3/62b, Bl. 366.

25 Ebenda, RY 1/I 2/3/62a, Bl. 132.

26 Ebenda, Bl. 187.

kongresses bestätigt, doch trat dieses nie in Aktion.²⁷ Im Mai 1923 vereinigten sich schließlich die Zweite Internationale und die IASP. Der Kongreß erklärte als „Hauptaufgabe des Proletariats, alle seine Kräfte zu konzentrieren, um den reaktionären Umtrieben der Bourgeoisie eine gefestigte und kampffähige Abwehrfront entgegenzustellen.“ Dabei sei der Kommunismus eine Gefahr, die von der Sozialdemokratie ebenso wie die kapitalistische Reaktion bekämpft werden müsse. Die Einheitsfront werde erst möglich, „wenn die Kommunisten ihre verfehlte Taktik gegenüber den sozialistischen Gruppen aufgegeben haben oder wenn die kommunistischen Gruppen, wie es in manchen Ländern heute schon der Fall ist, tatsächlich abgestorben sind.“²⁸ Wie die Komintern, so war auch die SAI nicht frei von dem seit 1914 schlimmsten Handicap der Arbeiterbewegung: im benachbarten Konkurrenten den gefährlichsten Feind zu sehen, der zuerst zu schlagen sei, bevor der Gegner im bürgerlichen Lager bezwungen werden könne.

Doch bestanden in der SAI verschiedene Auffassungen über die Haltung zu den Kommunisten. Otto Wels, der Vorsitzende der gastgebenden SPD, sah nicht nur die „Niederkämpfung der Weltreaktion“ als Hauptaufgabe der Sozialdemokratie, sondern wollte gleichzeitig die „Schlammwelle der kommunistischen Bewegung“ eindämmen.²⁹ Die Gegenmeinung vertrat am entschiedensten der Österreicher Otto Bauer. Er betonte, „daß, was immer uns von den Bolschewiki trennt, die Verteidigung der russischen Revolution gegen konterrevolutionäre Interventionen eine unserer größten Aufgaben ist und bleibt.“³⁰

„Der Noske- und Welsgeist, den Verhältnissen des Jahres 1923 angepaßt, feierte auf dem Hamburger Weltkongreß seine Triumphe“, schrieb die *Rote Fahne* anlässlich der Eröffnung der Tagung,³¹ und Arthur Rosenberg hieb in die gleiche Kerbe: Der Kongreß sei eine „Versammlung der Politiker, die in geheimen Konventikeln sehr oft gemeinschaftlich mit bürgerlichen Politikern ihre Politik oder die Abwürgung von politischen Aktionen beschließen und die Massen vor vollendete Tatsachen stellen“; er sei „eine vorwiegend europäische Internationale gesichert-proletarischer, kleinbürgerlicher Schichten. Die farbigen Arbeiter und Bauern, die Kolonialsklaven, sind von dieser Internationale ausgeschlossen.“³²

Mit dem letzten Punkt sprach Rosenberg zweifellos ein gravierendes Defizit der SAI an. Doch wenn Paul Frölich die sozialdemokratische Internationale als „lächerliches Mäuslein“ sah, „das dieser kreißende Berg geboren“ habe,³³ so irrte er sich noch gründlicher als jene Sozialdemokraten, die ein rasches Absterben des Kommunismus prophezeiten.

Unterdessen verschärfte sich der Ruhrkampf immer weiter. Am 26. Mai wurde der Student und Leutnant der Reserve a. D. Albert Leo Schlageter von französischem Militär erschossen. Schlageter, Mitglied mehrerer nationalistischer Vereinigungen, hatte als Anführer

27 Das Komitee zerfiel kurz darauf, da die Spannungen wegen des in Sowjetrußland laufenden Prozesses gegen Politiker der Sozialrevolutionären Partei, denen sich die Sozialdemokraten verbunden fühlten, unüberbrückbar waren.

28 Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, Berlin 1923, S. 4.

29 Ebenda, S. 15.

30 Ebenda, S. 24.

31 Große Worte. Der Hamburger Vereinigungskongreß der 2. und 2 ½. Internationale, in: RF, 23. Mai 1923 (Beilage).

32 Arthur Rosenberg, Rund um den Hamburger Kongreß, in: Inprekorr, 25. Mai 1923, S. 733.

33 Ebenda.

eines Sabotagetrupps Eisenbahnschienen gesprengt, um die Lieferung von Kohle und anderer Reparationsleistungen aus Deutschland nach Frankreich zu verhindern. Die Nationalsozialisten behaupteten, Schlageter sei vom preußischen Innenminister Severing (SPD) an die Franzosen verraten worden. Obwohl bald herauskam, daß die Verräter aus den eigenen Reihen stammten, wurde Schlageter sofort zum Märtyrer erkoren. Auch manche Kommunisten versuchten, von diesem Mythos zu profitieren und der Rechten rebellisch gesinnte, doch politisch ungeschulte Menschen abzuwerben. In der Tagung des EKKI am 20. Juni bezeichnete Karl Radek den nationalistischen Desperado als einen „Wanderer ins Nichts“ und erklärte: „Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden.“ An die Adresse der antidemokratischen Rechten richtete der sowjetische Deutschlandexperte die Frage: „Gegen wen wollen die Deutschvölkischen kämpfen: gegen das Ententekapital oder das russische Volk? Mit wem wollen sie sich verbinden? Mit den russischen Arbeitern und Bauern zur gemeinsamen Abschüttelung des Joches des Ententekapitals oder mit dem Ententekapital zur Versklavung des deutschen und russischen Volkes?“³⁴

Am Tag nach der Hinrichtung Schlageters ersuchte Regierungsrat Lutterbeck den französischen General Degoutte, der deutschen Regierung den Einsatz von Schutzpolizei gegen die streikenden Arbeiter im Ruhrgebiet zu gestatten.³⁵ Die *Rote Fahne* brandmarkte dieses Schreiben als ein „Dokument des Volksverrats“ und forderte, Lutterbeck als Landesverräter vor Gericht zu stellen. Geschehe dies nicht, sei die Reichsregierung Cuno „des Verrats nicht nur *an der deutschen Arbeiterschaft*, sondern *am deutschen Volk und der deutschen Nation schuldig*.“³⁶ Die *Kommunistische Internationale* veröffentlichte wenig später Lutterbecks Brief, der unter anderem einen Hinweis auf die Niederwerfung der Pariser Kommune von 1871 enthielt: „Ich muß Sie daran erinnern“, hieß es, „daß während des Kommuneaufstandes das deutsche Oberkommando den französischen Truppen in jeder Beziehung entgegenkam, um den Aufstand gemeinsam zu unterdrücken. Ich bitte Sie, uns die gleiche Unterstützung zu erweisen, wenn Sie nicht wollen, daß künftig eine gefährliche Situation entsteht.“³⁷ Die französische Militärverwaltung gab den deutschen Wünschen statt und ließ die Schutzpolizei ins Ruhrgebiet einmarschieren.

Am 8. Juni erhellte Rosenberg in der *Roten Fahne* den historischen Hintergrund der Ereignisse von 1871. Er stützte sich auf die kurz zuvor publizierten Akten des Auswärtigen Amtes. Demnach kam schon am 28. März 1871, zehn Tage nach Errichtung der Pariser Kommune, ein erstes Abkommen zwischen der provisorischen Regierung Thiers und General von Fabrice, dem Oberbefehlshaber der deutschen Besatzungstruppen, zustande. Weitere Unterredungen zwischen von Fabrice und dem französischen Außenminister Favre folgten. In deren Ergebnis wurden schließlich französische Gardetruppen aus deutscher Gefangenschaft entlassen, um gegen die Kommune eingesetzt zu werden. „Als der deutsche General darauf hinwies, daß die französischen Gardetruppen vorwiegend monarchistisch gesinnt

34 Zit. in Harry Pross (Hg.), *Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871–1933*, Frankfurt 1959, S. 341.

35 Bismarck hatten Angehörige des Jungdeutschen Ordens den Dienst als Hilfspolizisten versehen. Vgl. Ruge, *Stellungnahme*, S. 153.

36 Das Dokument des Volksverrats, in: *RF*, 28. Mai 1923.

37 Zit. nach dem Text in: *KI*, 5 (1923), S. 132f.

seien und in Frankreich die Republik stürzen könnten, wenn man sie jetzt freilasse, meinte Favre, daß diese Gefahr nicht bestehe. Den famosen französischen ‚Republikanern‘ von 1871 waren die monarchistischen Reaktionäre die willkommensten Bundesgenossen, wenn es galt, die Arbeiterklasse niederzuschlagen. Ganz ebenso wie auch die regierenden deutschen Republikaner sich 1918 bis 1923 benommen haben!“ Rosenberg schloß: „Die Kapitalisten und Militaristen aller Länder haben, wenn es um die Bekämpfung der Arbeiterschaft geht, wahrlich nur alle zusammen *ein* Vaterland.“³⁸

Die KPD-Führung müsse gegen die faschistische Rechte die Offensive ergreifen, forderte Rosenberg. Im Ruhrgebiet sei „der große wirkliche Kampf, auf den wir gewartet haben“ entbrannt. Die Arbeiter würden von den Faschisten angegriffen, hätten diese zurückgeschlagen, es jedoch versäumt, ihre Gegner ein für allemal auszuschalten. „Wenn die Ruhrarbeiter zusammen mit der Partei die Kraft aufgebracht hätten, die Faschisten zu erledigen, dann hätte man den Generalstreik in scharfer Form gegen den französischen Militarismus anwenden können, und das hätte uns die Möglichkeit gegeben, die Revolution weiter zu treiben. Die ganze Situation ist zerschlagen worden durch die Politik der Zentrale ...“³⁹ Diese habe „übersehen, wie schwach die Bourgeoisie im Ruhrgebiet ist.“⁴⁰

Rosenbergs Revolutionserwartung ließ ihn zu einem der schärfsten kommunistischen Kritiker an der Zusammenarbeit von KPD und SPD werden. 1920 hatten SPD und USPD in Sachsen eine Regierung gebildet, die von der KPD in „loyaler Opposition“ toleriert wurde. Dieses „linksrepublikanische Projekt“ sah nach Karsten Rudolph seine politische Aufgabe „nicht mehr in einem Bruch mit der vorgefundenen Gesellschaftsordnung ..., sondern in deren demokratischer Modernisierung.“⁴¹ Zwar entzogen die Kommunisten im September 1922 dieser Regierung ihre Unterstützung und brachten sie im faktischen Zusammenspiel mit dem bürgerlichen Lager zu Fall, doch bedeutete dies kein Ende der Kontakte zwischen KPD und SPD. Im Verlauf des Jahres 1923 nahm das Projekt einer Arbeiterregierung aus Vertretern beider Parteien allmählich Gestalt an. Solche Pläne zeugten jedoch, so Rosenberg, vom Niedergang des Sozialismus.

„In Deutschland macht der Sozialismus bankrott als parlamentarisch-demokratische Idee“, schrieb Rosenberg. „Ihm gehört aber die Zukunft als Weltanschauung der Revolution. Es gibt außer einigen Interessentenkreisen heute in Deutschland niemand, der an der bestehenden Republik Freude hätte. Die Republik und die Demokratie, die wir seit 5 Jahren haben, brachten den großen Massen der Bevölkerung die furchtbarste Enttäuschung. Die Partei, die sich offiziell mit dieser Republik identifiziert, die schwarz-rot-gelbe Partei an sich, ist aber die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie, die Partei der Ebert und Severing, ist die Partei der Hoffnungslosigkeit. Es ist die Partei, die 5 Jahre lang gezeigt hatte, was sie konnte, und die nichts geleistet hat. Diese Partei wurde von den Massen der deutschen Bevölkerung gewogen und zu leicht befunden. Die Arbeiterschichten, die noch der SPD anhängen, tun dies nicht mehr in dem Glauben an das demokratische Ideal, sondern weil sie

38 Arthur Rosenberg, Die Lutterbecke von 1871, in: RF, 8. Juni 1923.

39 Rosenberg auf der Sitzung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg am 28. Mai 1928, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 3/1–2/16, Bl. 209.

40 Rosenberg auf der Bezirksleitungssitzung am 1. Juni 1923, ebenda, Bl. 214.

41 Karsten Rudolph, Die Sozialdemokratie in der Regierung. Das linksrepublikanische Projekt in Sachsen 1920–1922, in: Helga Grebing u. a. (Hg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S. 223.

vor dem Chaos zurückschrecken, das nach ihrer Einbildung der Bolschewismus bedeuten würde. Eine Partei aber, die ihren Anhängern kein Ziel mehr zeigen kann, die keinen Weg und keine Hoffnung mehr hat, sondern nur noch durch das Gesetz der Trägheit zusammengehalten wird, und durch die Besorgnis vor einem unbestimmten Etwas, das da kommen könnte – eine solche Partei ist politisch tot. Daß das bestehende System in Deutschland, so wie es ist, noch längere Zeit fort dauern kann, ist aufgrund der gesamten ökonomischen Situation unmöglich. Jede ernsthafte Umwälzung muß aber mit sich bringen den Zusammenbruch der Partei, die mit der bestehenden schwarz-rot-gelben Republik untrennbar verknüpft ist, nämlich der offiziellen Sozialdemokratie.“

Nicht die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Führern sei die Losung der Stunde, sondern das Gegenteil, forderte Rosenberg und verstieg sich zu der Auffassung, das Festhalten am Parlamentarismus zur Erbsünde linker Politik zu erklären: „Wir werden nur dann die großen Massen der Bevölkerung gewinnen, wenn wir von der SPD-Führerschaft so weit und so klar abrücken, wie nur irgend möglich. Selbst der rückständigste Landarbeiter und Kleinbürger muß ohne weiteres begreifen, daß wir ganz etwas anderes wollen, als wie die Staatspartei der schwarz-rot-gelben Republik, daß wir Kommunisten gegen die Demokratie, gegen den Parlamentarismus und gegen den Pazifismus sind.“⁴² Was im Reich gelte, treffe auch für die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition im Berliner Rathaus zu: „Die arbeitenden Massen Berlins werden mit der Großen Koalition im Rathaus ebenso erbarungslos aufräumen wie mit der Großen Koalition im Reich.“⁴³ Zwar könne die SPD „mit ihren Taten in Deutschland niemand(em) mehr imponieren.“ Doch versuche sie, sich mit der „Verbreitung von Lügen über die russischen Zustände“ noch „agitatorisch über Wasser zu halten ...“⁴⁴ Eine Annäherung der KPD an die SPD, wovon die Unterstützung der neuen Minderheitsregierung Zeigner in Sachsen zeuge, sei „ein Bankrott der Politik Brandlers.“⁴⁵ Paul Böttcher, ein entschiedener Fürsprecher dieser Politik, solle „an die Kandare“ genommen werden.⁴⁶

Rosenberg mußte jedoch einsehen, daß er gegen die Politik der Parteiführung zunächst nichts ausrichten konnte. Er gab seine öffentliche Polemik gegen das Projekt einer Arbeiterregierung auf und wandte sich im zweiten Halbjahr 1923 publizistisch wieder seiner eigentlichen Aufgabe, der Außenpolitik, zu. Großbritannien gewann für die Komintern-Beobachter damals allgemein an Interesse, da sich nach dem ersten Hungermarsch von Glasgow nach London, an dem im Herbst 1922 70 000 Arbeitslose teilnahmen, die Klassenkämpfe zuspitzten.⁴⁷ Bei den Unterhauswahlen erreichte die Labour Party im November 1922 einen Stimmenzuwachs, ohne jedoch eine konservative Regierung verhindern zu können. Nicht gegen deren führende Politiker Bonar Law und Baldwin (der im Mai 1923 neuer Premierminister wurde) richtete Rosenberg seine Kritik. Vielmehr prangerte er die „Burgfriedens-

42 Arthur Rosenberg, *Unser Weg zur Macht*, in: RF, 24. Juni 1923.

43 Arthur Rosenberg, *Die Große Rathaus-Koalition und ihr Zusammenbruch*, ebenda, 2. September 1923.

44 Arthur Rosenberg, *Berliner Kommunal-Sozialismus und Moskauer Kommunal-Kommunismus*, ebenda, 2. August 1923, Beilage.

45 Rosenberg auf der Bezirksleitungssitzung am 11. Juni 1923, in: SAPMO-BArch, RY/I/1 3/1–2/16, Bl. 232.

46 Rosenberg auf der Sitzung am 1. August 1923, ebenda, Bl. 290.

47 Vgl. Siegfried Büniger/Hella Kaeselitz, *Geschichte Großbritanniens von 1918 bis zur Gegenwart*, Berlin 1989, S. 49.

und Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaftsführer“ an, die mit der Labour Party eng verbunden waren. Penibel listete er die Streikaktionen auf, die eine Reihe von Industriezentren und Berufszweigen, insbesondere die Werftindustrie, erfaßten. „Vielleicht noch niemals ist der Gegensatz zwischen den Arbeitern, die gewillt sind, um ihre Existenz zu kämpfen, und den sabotierenden Führern so anschaulich hervorgetreten“, schrieb er.⁴⁸ Diese Zeilen dürfen auch als eine Warnung vor einer „Klassenzusammenarbeit“ mit sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführern in Deutschland verstanden werden.

Der Völkerbund verkörperte für Rosenberg die gewollte Instabilität der internationalen kapitalistischen Nachkriegsordnung. „Gibt es etwa zur Zeit kein Wettrüsten in Europa, oder wie soll man den Wettbewerb im Bau der Luftflotte zwischen England und Frankreich bezeichnen? Welchen Zwecken dienen die riesenhaften Militäretats Englands, Frankreichs und Italiens? Hat Polen abgerüstet? Rüstet die Kleine Entente ab? Gibt es im heutigen Europa keine Rivalitäten der großen Kapitalistengruppen? Haben wir keinen festen Block Frankreichs und seiner Vasallen, der bereit ist, jederzeit gegen Sowjet-Rußland oder sonstwo loszuschlagen, sobald die Pariser Bankkönige es befehlen? Die Vorbereitungen auf den neuen Weltkrieg werden in den Generalstäben der kapitalistischen Großmächte und in den Konferenzzimmern der großen Trusts seit 1919 kräftig gefördert. Der Völkerbund hat niemanden bei dieser Tätigkeit gestört.“⁴⁹

Doch neben dem Völkerbund seien auch zwei andere Institutionen zusammengebrochen: die soeben gegründete Sozialistische Arbeiterinternationale und der sozialdemokratische Internationale Gewerkschaftsbund. „Bei jeder Gelegenheit, wo die Herren der Zweiten und der Amsterdamer Internationale⁵⁰ über die Weltlage philosophierten, vertrösteten sie die Arbeitermassen, die einen Ausweg aus dem jetzigen Chaos der kapitalistischen Gegensätze suchen, auf einen ‚demokratischen Ausbau‘ des Völkerbundes. Diese Seifenblase ist nun zerplatzt. Denn seitdem mitten im Frieden ein Mitglied des Völkerbundes die Stadt eines anderen Bundesmitglieds bombardierte, und der Völkerbund es nicht wagte, einzuschreiten, ist der Bund tatsächlich tot, mag man auch versuchen, die Leiche noch eine Zeitlang zu galvanisieren. Wir Kommunisten verfolgen dieses Schauspiel ohne Trauer, aber auch ohne Überraschung, denn wir wissen, daß die Angstkinder des absterbenden Kapitalismus sämtlich das gleiche Schicksal haben werden.“⁵¹

Nach der Ermordung italienischer Offiziere bei der Grenzabsteckung auf griechischem Boden hatten italienische Truppen im August Korfu bombardiert und besetzt. Kaum war Rosenbergs Artikel erschienen, mußten sie es allerdings auf Druck des Völkerbundes, vor allem Großbritanniens, wieder räumen. Rosenbergs Ansicht, wonach die englische Presse „die Hilfe des lahmen Esels, genannt Völkerbund“ vergebens anrufe, erwies sich als falsch.⁵²

48 Arthur Rosenberg, Der Kampf der englischen Hafendarbeiter gegen ihre Bürokratie, in: *Inprekorr*, 20. Juli 1923, S. 1060f.

49 Arthur Rosenberg, Der Zusammenbruch des Völkerbundes, ebenda, 12. September 1923, S. 1253.

50 Amsterdam war Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

51 Rosenberg, Der Zusammenbruch des Völkerbundes, S. 1254. Im Jahre 1923 gehörten dem Internationalen Gewerkschaftsbund fast 22 Millionen Mitglieder aus 24 Ländern an, der kommunistischen Roten Gewerkschaftsinternationale 12 Millionen aus 41 Ländern. Vgl. *The Labour International Year Book 1923*, London o. J., S. 72, 77.

52 Arthur Rosenberg, Die Perspektiven für Mussolinis Abenteuer in Griechenland, in: *Inprekorr*, 3. September 1923, S. 1223.

Richtig beobachtete er allerdings die inneren Widersprüche im italienischen Faschismus, derer sich Mussolini nur durch diktatorische Maßnahmen gegen den jüngeren, unzufriedenen Teil seiner Bewegung entledigen könne,⁵³ sowie die wirtschaftlichen und politischen Differenzen zwischen Großbritannien und seinen Dominien.⁵⁴

Rosenbergs fast schon krampfhafter Optimismus hinsichtlich eines baldigen sozialistischen Umsturzes in ganz Europa nährte sich aus den im Herbst 1923 in Teilen des Kontinents zunehmenden Klassenkämpfen. So kam es in Deutschland, Griechenland und der Tschechoslowakei zu landesweiten Massenstreiks, die aber nur im polnischen Kraków in isolierte bewaffnete Aktionen hinüberwuchsen. Der Septemberaufstand in Bulgarien führte Kommunisten, Sozialisten und den Bauernvolksbund im Kampf gegen die autoritäre Regierung Zankow zusammen. Dieser kurzzeitige Aufschwung der radikalen Linken wurde jedoch überall gestoppt. In Bulgarien errichtete das Regime eine von der Linken als militärfaschistisch gebrandmarkt Diktatur, in Griechenland und Polen wurden die Streiks teilweise blutig niedergeschlagen, in der Tschechoslowakei gegen den Protest der Kommunisten abgebrochen. In Spanien gelangte die antidemokratische Rechte durch einen Militärputsch an die Macht; Primo de Riveras Militärdiktatur sollte zum Vorspiel der dramatischen Ereignisse der dreißiger Jahre werden.

In Deutschland trat die Regierung Cuno am 12. August nach einem Generalstreik zurück. Noch zwölf Jahre später sollte Rosenberg betonen, daß es „nie in der neueren deutschen Geschichte einen Zeitabschnitt gegeben (hat), der für eine sozialistische Revolution so günstig gewesen wäre wie der Sommer 1923. Im Wirbel der Geldentwertung hatten sich alle hergebrachten Begriffe von Ordnung, Eigentum und Gesetzlichkeit aufgelöst“, so Rosenberg. „Nicht allein die gesamte Arbeitnehmerschaft empfand von Tag zu Tag deutlicher, daß die Zustände untragbar waren und daß dieses ganze System ein Ende mit Schrecken nehmen müsse, auch der durch die Inflation ausgeraubte Mittelstand war von revolutionärer Gärung erfüllt und wünschte eine Abrechnung mit dem kapitalistischen Schiebertum. Bei einer wirklichen großen Volksbewegung gegen das herrschende System hätten die Beamten, die doch selbst Opfer der Inflation waren, einschließlich der Polizei, schwerlich viel Energie entfaltet, und ob die Reichswehrosoldaten zum Schutz der Valutaschieber auf ihre hungernenden Volksgenossen geschossen hätten, ist sehr zweifelhaft.“ Im Verlaufe des Jahres 1923 habe die Kraft der SPD ständig abgenommen. Sie habe keine Wege gezeigt, die aus der Krise herausführten. Zwar habe auch die KPD keine revolutionäre Politik betrieben, aber sie „kritisierte wenigstens laut und heftig die Regierung Cuno und verwies auf das russische Vorbild. So strömten ihr die Massen zu. Noch gegen Ende 1922 hatte die neu vereinigte Sozialdemokratische Partei die große Mehrheit der deutschen Arbeiter umfaßt. Im nächsten Halbjahr verschob sich das Verhältnis vollkommen. Ohne Zweifel hatte im Sommer 1923 die KPD die Majorität des deutschen Proletariats hinter sich.“⁵⁵

Genau dies hatte August Thalheimer, schon aus der KPD ausgeschlossen, im Jahre 1931 bezweifelt. 1923 seien alle Hoffnungen der Moskauer Komintern-Zentrale auf einen „deutschen Oktober“ nach russischem Vorbild auf Sand gebaut gewesen. Die russischen Arbeiter und Bauern stellten sich, so Thalheimer, im Herbst 1917 hinter die Bolschewiki, da diese als

53 Arthur Rosenberg, Zur Krise im italienischen Faschismus, ebenda, 8. Oktober 1923, S. 1361f.

54 Arthur Rosenberg, Der Sinn der britischen Reichskonferenz, ebenda, 5. Oktober 1923, S. 1344.

55 Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, S. 135f.

einzigste politische Kraft den unverzüglichen Austritt Rußlands aus dem Weltkrieg verlangten. Eine vergleichbare Situation existierte in Deutschland 1923 nicht. Die russische Armee habe 1917 auf seiten der Arbeiter und Bauern gestanden, die Reichswehr hingegen 1923 auf seiten der herrschenden Klassen. Lenins Partei hatte am entschiedensten die bäuerliche Forderung nach einer Aufteilung des Großgrundbesitzes unterstützt, während die deutschen Bauern 1923 keinerlei Radikalismus zeigten. Schließlich war 1917 im russischen Industrieproletariat der Gedanke einer „Arbeiterkontrolle der Produktion“ entstanden. „Der Kampf darum entwickelte sich logisch weiter zu der Forderung, daß man den Unternehmern die Betriebe wegnehmen müsse.“ In Deutschland vertrat sieben Jahre später nur eine Minderheit sogar der kommunistisch orientierten Arbeiter diesen Standpunkt.⁵⁶ Im Ruhrgebiet hatten zwar die Arbeiter gestreikt, „aber mit Zustimmung der deutschen Unternehmer. Sie wurden als Patrioten gefeiert wegen dieser Bestreikung der Gruben, Hütten usw. Nicht nur das: sie wurden bezahlt für die Zeit, in der sie streikten. Das ist natürlich kein Zustand, der eine besondere revolutionäre Triebkraft auslöst: Streiken und gleichzeitig Streikbezahlung durch die Bourgeoisie und dazu noch als Patrioten zu gelten!“⁵⁷

Diese späteren Aussagen Rosenbergs und Thalheimers vermitteln ein Gefühl der heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der KPD, die sich ab dem 13. August einem viel geschickter agierenden Regierungschef gegenüber sah, als es Wilhelm Cuno gewesen war. Der neue Reichskanzler Gustav Stresemann bezog die SPD in seine Regierung der bürgerlichen Mitte ein. Er argumentierte, „daß es für die Durchführung vieler der damaligen Gesetze und Aktionen von größter Bedeutung für die Beruhigung der Massen war, daß sie mit der Sozialdemokratie geschah und nicht gegen die Sozialdemokratie.“⁵⁸

Ein erstes unmittelbares Ergebnis der politischen Veränderungen war, daß der Generalstreik, zu dem die KPD aufrief, nach wenigen Tagen abgebrochen werden mußte. In Preußen und anderen deutschen Staaten wurde die Tätigkeit der Betriebsräte, die den Streik unterstützt hatten, verboten. Die strategische Handlungsfähigkeit erlangte die Regierung jedoch vor allem mit dem Abbruch des „passiven Widerstandes“ im Ruhrgebiet am 26. September. Am folgenden Tag verkündete Reichspräsident Ebert unter Berufung auf Artikel 48 der Verfassung den Ausnahmezustand im gesamten Reich. Die Exekutivgewalt ging damit an Reichswehrminister Otto Geßler über, hinter dem der Oberbefehlshaber der Armee, General von Seeckt, stand. Die Reichstagsmehrheit aus Bürgerblock und Sozialdemokraten sanktionierte am 13. Oktober die entsprechenden Maßnahmen und befristete sie bis zum 31. März 1924. „In wenigen Wochen war die Bourgeoisie imstande, ihrerseits den Ruhrkampf zu beenden, den Frieden herbeizuführen, das Kompromiß mit den französischen Kapitalisten einzuleiten“, resümierte Thalheimer.⁵⁹ Erleichtert wurde dies, indem Großbritannien und die USA einerseits diplomatischen Druck auf Frankreich ausübten, andererseits amerikanische Kredite an Paris die wegfallenden deutschen Zahlungen teilweise kompensierten. Der Währungsverfall, den Frankreich zeitversetzt ergriff, engte darüber hinaus den Spiel-

56 August Thalheimer, 1923: *Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923*, Berlin 1931, S. 16.

57 Ebenda, S. 19.

58 Gustav Stresemann, *Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden*, hg. von Henry Bernhard, Bd. 1, Berlin 1932, S. 326.

59 Thalheimer, 1923: *Eine verpaßte Revolution?*, S. 22.

raum der Regierung Poincaré ein und ließ sie von militärischen Maßnahmen gegen Deutschland Abstand nehmen.⁶⁰

Am 10. und am 16. Oktober bildeten SPD und KPD in Sachsen und Thüringen gemeinsame „Arbeiterregierungen“. Grundlage ihrer Politik waren der Kampf gegen autoritäre und faschistische Bestrebungen sowie die Durchsetzung der Produktionskontrolle in den Betrieben. Die von Erich Zeigner in Sachsen und August Fröhlich in Thüringen geführten Regierungen konnten allerdings nur wenige diesbezügliche Maßnahmen erlassen, denn bereits Ende Oktober wurden sie von der Reichsregierung mittels der Ausnahme Gesetze für abgesetzt erklärt. Als Begründung wurde die Bewaffnung „Proletarischer Hundertschaften“ angeführt, die von der KPD als Schutztruppe gegen die rechtsradikalen Kampfverbände aufgestellt worden waren. Hatten die Sozialdemokraten die KPD durch Koalitionsregierungen in einen demokratischen Gestaltungsprozeß einbinden wollen, so wurde die Brandler-Thalheimer-Führung durch Stalins Vorschlag vom 26. September desorientiert: Darin war die Regierungsbeteiligung mit dem Vorschlag, gleichzeitig eigenständige „Sowjets“ zu bilden, kombiniert worden. „Sind die (SPD-)Linken einverstanden“, so Stalin auf der Präsidiumssitzung des EKKI, „so gewinnen die Kommunisten, denn die Sozialdemokraten werden gespalten sein und die Linken werden den Kommunisten folgen. Sind die Linken nicht einverstanden (was wahrscheinlich ist), gewinnen wiederum die Kommunisten, denn die Linken werden als Schleppenträger der Rechten entlarvt sein.“⁶¹ Es ging Stalin schon damals nicht um gemeinsame Aktionen von KPD und SPD, sondern um seinen Kampf gegen die wenige Jahre später als „Hauptfeind“ stigmatisierten Sozialdemokraten, insbesondere gegen ihren linken Flügel, dessen radikal-demokratischer Marxismus theoretisch wie praktisch zur potentiellen Herausforderung für die stalinisierte Komintern wurde.

Rosenbergs damalige Einstellung zeigt ein im folgenden Jahr publizierter Artikel, in der er mit der Führung um Brandler und Thalheimer hart ins Gericht ging: „Die Arbeiterschaft“, schrieb er, „haßte den bestehenden Staat und war bereit, mit den Kommunisten zusammen ein neues Staatsgebilde zu schaffen: also eine revolutionäre Situation ohne Gleichen. Trotzdem hat vor einem Jahr die KPD und die deutsche Arbeiterklasse alles verspielt: ein Zusammenbruch, der um so kläglicher war, als die Partei tatsächlich gar nicht gekämpft hat.“ Die Führung habe es versäumt, die Partei auf „die *eine* Aufgabe“ hin zu orientieren: „rückwärtslos sich und das Proletariat zur Machtübernahme voranzutreiben.“⁶²

In jenen Tagen und Wochen hatte die Inflation, so Rosenberg, „ein beispielloses Massenelend“ hervorgerufen.⁶³ „Berlin hungert“, schrieb die russische Journalistin Larissa Reiser, die damals Deutschland bereiste. „Jeden Tag hebt man auf der Straße, in den Straßenbahnen und in den Schlangen vor den Geschäften Menschen auf, die vor Erschöpfung ohnmächtig geworden sind. Hungernde Schaffner versehen ihren Dienst in den Straßenbahnen, hungernde Wagenführer jagen die Züge durch die unheimlichen Korridore der Untergrundbahn, hungernde Menschen arbeiten oder treiben sich ohne Arbeit Tag und Nacht in

60 Vgl. Wilfried Loth, *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, Stuttgart etc. 1987, S. 39.

61 Zit. in Friedrich Firsow, *Stalin und die Komintern*, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), *Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943)*, Mainz 1992, S. 38.

62 A. R., *Vor einem Jahr (Oktober–November 1923)*, in: *Die Internationale*, 7 (1924), S. 629f.

63 Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, S. 129.

den Parkanlagen und in den Vororten herum.“⁶⁴ Die Menschen schienen, so sah es nicht nur Rosenberg, auf den Ruf zur Erhebung zu warten. „Doch es geschah nichts“, schrieb Ilja Ehrenburg, der zu dieser Zeit in Berlin wohnte. „Die Arbeiter waren entmutigt und entkräftet. Im Kopf des Kleinbürgers ging alles durcheinander: Er vertraute keinem mehr, er haßte Stinnes und die Franzosen, er fürchtete die Ordnungshüter und träumte zugleich von einer festen und dauerhaften Ordnung. Die Sozialdemokraten brüsteten sich mit ihrer vorbildlichen Organisation. Die Gewerkschaften kassierten gewissenhaft die Mitgliedsbeiträge. Doch es fehlte an Entschlossenheit. Der Kanzler verfügte die Auflösung der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen. Ich sah ein Flugblatt mit dem Aufruf zum Aufstand; die Leute lasen es und gingen schweigend zur Arbeit.“⁶⁵ Hatten durch neun Jahre Krieg und Krise entmutigte und entkräftete Menschen die Kraft zur revolutionären Aktion?

Am 21. Oktober war dies das große Thema einer Betriebsrätekonferenz in Chemnitz. In leidenschaftlichen Debatten stand für die Delegierten jedoch lediglich der Zeitpunkt, nicht die Frage, ob ein Aufstandsversuch überhaupt sinnvoll sei, zur Diskussion. Brandler, der zum Staatssekretär im sächsischen Innenministerium ernannt worden war, hatte die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften organisieren sollen, doch nur leere Waffenregale vorgefunden. Gegen seine ursprüngliche Absicht hatte er sich im Vorfeld der Chemnitzer Konferenz zu verbalradikalen Äußerungen bewegen lassen, die einen erfolgreichen Aufstand als kurzfristig möglich beschworen. Auf der Konferenz selbst riet er jedoch von der Erhebung zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Er erkannte, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiter einen Aufstand nicht unterstützen würde. Auch war ihm bewußt geworden, wie vage die ursprünglichen Moskauer Zusagen auf politische und eventuelle militärische Unterstützung der geplanten Revolte blieben.⁶⁶ Der russische Revolutionär Victor Serge, der damals im Apparat der Komintern arbeitete, traf Rosenberg zu genau dieser Zeit in der „Roten Fahne“. „Glauben Sie wirklich, daß die Russen die deutsche Revolution wollen?“, fragte dieser ihn. „Er zweifelte daran“, so Serges Eindruck über Rosenberg.⁶⁷ Die Chemnitzer Konferenz sprach sich mehrheitlich gegen einen sofortigen Aufstand aus.

Ein Teil der Delegierten hoffte, dieser Beschluß werde den Entscheidungskampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat in Deutschland nur kurzfristig vertagen. Die dreitägige Erhebung der Hamburger Werftarbeiter vom 23. bis zum 25. Oktober ließ diese Hoffnungen platzen. Sie zeigte den einsichtigsten KPD-Anhängern schmerzhaft, wie illusionär derartige Vorstellungen waren. Der Chemnitzer Beschluß von der Absage des Revolutionsversuchs hatte im Zeitalter einer noch nicht entwickelten Telekommunikation Hamburg zu spät erreicht. Unter maßgeblicher Beteiligung Ernst Thälmanns, dessen tatsächlicher Anteil am Geschehen jedoch in der DDR-Literatur überhöht wurde, standen die Hamburger Kommunisten auf verlorenem Posten. Polizei und Reichswehr schlugen die Revolte schnell nieder. Die KPD wurde am 23. Oktober von der Reichsregierung verboten. In der Illegalität brach sich allmählich die Erkenntnis über das Ausmaß der Niederlage Bahn.

64 Larissa Reisner, *Hamburg auf den Barrikaden und andere Reportagen*, Berlin 1960, S. 90.

65 Ilja Ehrenburg, *Menschen, Jahre, Leben. Memoiren*, Bd. II, Berlin 1978, S. 57f.

66 Eine entsprechende „Vorentscheidung“ hatte die KPD-Zentrale am 20. März gefällt. Vgl. Karsten Rudolph, *Das Scheitern des Kommunismus im deutschen Oktober 1923*, in: *IWK*, 32 (1996), S. 513; Becker, *Heinrich Brandler*, S. 227ff.

67 Victor Serge, *Erinnerungen eines Revolutionärs 1901–1941*, Hamburg 1991, S. 196.

Nun überstürzten sich die Ereignisse. Separatistische Bewegungen suchten die linksrheinischen Gebiete vom krisengeschüttelten Körper des Reiches loszutrennen. Zwar erhielten sie logistische und finanzielle Unterstützung aus Paris, doch standen die Londoner Regierung und britisches Militär in Köln an der Seite des Kabinetts Stresemann, dem es gelang, die Separatisten zu unterdrücken.⁶⁸ Langfristig ungleich folgenreicher war der Putschversuch Hitlers und Ludendorffs am 9. November im München. Zwar endete er mit einem Fiasko, doch hielt die bayerische Landesregierung ihre schützende Hand über die Nazi-Partei. Ihre Mitglieder bewahrten den ideologischen Zusammenhalt und formierten sich unter zunächst verschiedenen Decknamen rasch neu.⁶⁹ Die KPD hingegen wurde von inneren Auseinandersetzungen heimgesucht, die die Partei an den Rand der Spaltung brachten. Zu denen, die eine Abrechnung mit den angeblich Schuldigen an der verspielten deutschen Revolution forderten und nun ihre Stunde gekommen sahen, gehörte Arthur Rosenberg.

2. Von der Linken zur Ultralinken

Das dem fehlgeschlagenen „deutschen Oktober“ folgende Vierteljahr war die schwerste Zeit für die radikale Linke in Deutschland seit 1919. Der Staatsapparat, von den Kommunisten bisher lautstark zum „letzten Gefecht“ in die Schranken gefordert, schlug zurück. Er hielt Massenverhaftungen für die Aktivisten der KPD bereit, während die faschistische Rechte in der Regel mit verhältnismäßig geringen Strafen davonkam. Diese ungünstigen Umstände verschärften noch die Konflikte, die innerhalb der KPD ausbrachen.

Der Ruf nach den „Sündenböcken“ für das Desaster erscholl um so lauter, je mehr die Kommunisten davon überzeugt waren, dem darniederliegenden Kapitalismus hätte nur der Todesstoß versetzt werden müssen, um den Sozialismus in Deutschland zu errichten. Das Versagen der KPD-Zentrale, nicht äußere Umstände, sei Ursache für das Scheitern der Revolution. Die zahlreichen Kritiker Brandlers und Thalheimers forderten die Absetzung der angeblich unfähigen Führer. Sie seien, hieß es, die Hauptverantwortlichen dafür, daß der deutsche Kapitalismus eine ansonsten kaum mehr mögliche Atempause gewonnen habe. Dies war die Geburt der bald so bezeichneten Oktoberlegende. „Nur wer seiner Sicht auf die Ereignisse Geltung zu verschaffen vermochte, hatte eine Chance, künftig die Politik der Partei zu bestimmen“, schrieb Klaus Kinner in einer neueren Untersuchung.⁷⁰

Die erste Deutung der Oktoberereignisse trug noch die Handschrift Karl Radeks, des Deutschlandexperten der Komintern. Der Zentralausschuß gab auf seiner Tagung am 3. November die Niederlage der KPD als „Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik“ und als „Sieg des Faschismus über die bürgerliche Demokratie“ aus. Dies sei durch die Rolle der Sozialdemokratie als „Helfershelferin des Faschismus“ möglich geworden. Da der

68 Vgl. S. William Halperin, *Germany Tried Democracy. A Political History of the Reich from 1918 to 1933*, New York 1946, S. 267f.

69 Vgl. Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, *Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945*, Köln 1998, S. 76f.

70 Klaus Kinner, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*, Bd. 1: *Die Weimarer Zeit*, Berlin 1999, S. 68.

Faschismus die bürgerliche Demokratie beseitigt habe, müsse die KPD den Weg des bewaffneten Kampfes gegen die Diktatur der Bourgeoisie gehen.⁷¹

Knapp drei Wochen später kam eine erste Beurteilung der Lage aus Moskau. In autoritärer Diktion schrieben das Präsidium des EKKI und sein Vorsitzender Sinowjew, daß zwar ein Gefecht, nicht aber die Schlacht verloren sei. „Die Zeit arbeitet für uns. Anhaltende, beharrliche Arbeit, einige Wochen lang – und wir können uns wieder dieselben Aufgaben stellen, die im Oktober gestellt wurden, aber diesmal mit Erfolg.“ Das Haupthindernis auf dem Weg zum Sieg sei, wie das Dokument nahelegte, nicht der Widerstand des Klassegegners: „Eine scharfe Parteikrise im gegenwärtigen Augenblick“ sei „die größte Gefahr, die man sich für die deutsche Revolution vorstellen“ könne.⁷²

Am 8. Dezember formierten sich auf einer Sitzung der KPD-Zentrale erstmals die drei Gruppen, die die Richtungskämpfe innerhalb der Partei für die nächsten Jahr prägen sollten. Die „Rechten“ um Brandler und Thalheimer sahen sich in die Defensive gedrängt. Zur sogenannten Mittelgruppe gehörten Hugo Eberlein, Wilhelm Koenen und Ernst Meyer. Die Linke um Ruth Fischer und Arkadij Maslow gewann spürbar an Einfluß. Wer, wie Arthur Rosenberg, zu ihr gehörte, sah sich in seiner Kritik am Kurs der bisherigen Parteiführung bestätigt.

Am 11. Januar 1924 traf das EKKI-Präsidium mit Vertretern aller drei Richtungen in Moskau zusammen. Sinowjew kritisierte dabei die These vom „Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik“, behauptete jedoch, die Sozialdemokratie sei „ein faschistischer Flügel“ geworden. Er forderte unmißverständlich, die „Linke“ und die Mittelgruppe müßten die neue Führung der KPD bilden.⁷³ Eine nur aus der Linken bestehende Führung könnte, so Sinowjews Kalkül, die KPD weiter schwächen und Sinowjews Stellung innerhalb der russischen Partei erschüttern.⁷⁴ Zehn Tage später übergaben Clara Zetkin, Jacob Walcher, Wilhelm Pieck und Heinrich Brandler dem EKKI-Präsidium eine Erklärung, in der sie diese Forderung zurückwiesen.⁷⁵

An diesem Tag, dem 21. Januar 1924, starb Lenin. Der lange vor seinem Tode begonnene Kampf um die Nachfolge entbrannte offen. Die deutschen Querelen überschritten sich nunmehr mit den russischen Fraktionskämpfen. Als Vorsitzender der Komintern und Leiter der mächtigen Leningrader Parteiorganisation hatte Sinowjew dabei zunächst die besten Karten. Die spielte er gegenüber der deutschen Partei aus.

Der in Frankfurt a. M. tagende KPD-Parteitag folgte – nach Aufhebung der Illegalität – im April den Direktiven Sinowjews. Ganz in diesem Sinne behandelte Rosenberg in seinem Diskussionsbeitrag die bisherige Parteiführung. Er verlor Maß und Anstand, als er ausrief: „Die Rede des Referenten der Brandlergruppe war eine Stimme aus dem Grab, die des Mittelgruppenreferenten aus dem Schiffbruch.“ Die Hauptgefahr stehe rechts, so Rosenberg, und meinte damit die eigenen Genossen. Die Einheitsfronttaktik dürfe nicht als ein Fetisch

71 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im folgenden: Dokumente und Materialien), Bd. VII/2, Berlin 1966, S. 471f.

72 Der Brief des EKKI-Präsidiums vom 3. November 1923 befindet sich im Archiv des Russischen Zentrums in Moskau. Er ist in Auszügen abgedruckt bei Kinner, *Der deutsche Kommunismus*, S. 69.

73 Ebenda, S. 72.

74 Dies vermutet zumindest Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Bd. 1, Frankfurt 1969, S. 63.

75 Vgl. ebenda, S. 73.

betrachtet werden. „Sie darf nicht mehr sein als eine Methode der Agitation. Wenn man etwas mehr daraus machen will, irgendeine tatsächliche politische Kombination, so ist das bereits opportunistisch.“ Welche Einheitsfront war überhaupt gemeint? „Die, die sich in der Betriebsrätebewegung verkörpert hat, hat uns die Kraft gegeben, die Krisis zu überwinden, die Einheitsfronttaktik der Zeigner-Politik hat uns in den Sumpf gebracht, uns schwer geschädigt. Wer das nicht sieht, macht einen Schritt rückwärts.“ Man müsse den Kampf führen „gegen die elende Karikatur, die Brandler aus Rosa Luxemburgs Lehren gemacht hat“, aber man dürfe nicht vergessen, „daß bei uns die Mittelgruppe auf der Lauer liegt und krebseht.“ Rosenberg riet den „Genossen der Mittelgruppe, die gegen die unleninistische Sachsepolitik waren“, sie „brauchen nicht hierher zu kommen und zu erzählen, daß wir von ihren Weisheiten profitieren möchten.“⁷⁶

Sogar Sinowjew blieb von Rosenbergs Philippika nicht verschont. Am 26. März hatte Sinowjew in einem Brief an die KPD-Zentrale „zwei Strömungen“ im linken Flügel der KPD ausgemacht. Den „ausgezeichnet revolutionär gesinnten und der Sache der Revolution treu ergeben“ Arbeitern stellte er die Gruppe der „intellektuellen Führer“ gegenüber. Unter ihnen sah Sinowjew „äußerst unreife Elemente, ohne marxistische Bildung, ohne ernsthafte revolutionäre Traditionen, mit einer Neigung zur leeren revolutionären Phraseologie, die der deutschen kommunistischen Bewegung den größten Schaden zufügen können.“ Er nannte namentlich Scholem, Ruth Fischer und Rosenberg.⁷⁷

Dieser wandte sich gegen die Unterscheidung von „erhabenen Arbeiterführern“ und Intelligenz. „Damit ist nicht nur meine Wenigkeit gemeint, sondern auch die Genossen Scholem, Ruth Fischer, Maslow.“ Diese Form der Polemik sei nicht nützlich und nicht imstande, die Bindung zwischen Führung und Mitgliedschaft zu befestigen und die Arbeit zu erleichtern.⁷⁸ Sinowjew hatte befürchtet, wenn die Linke nicht mit allen revolutionären Kräften zusammenarbeite, sondern nur ihren Sieg gegen die Mittelgruppe ausnutze, würde sie sich letztlich selbst diskreditieren. Das Ende könne der Zerfall der KPD sein.

Von solchen Bedenken war die Linke nach ihrem gegen harten Widerstand auf dem Parteitag errungenen Sieg weit entfernt. Im Zeichen einer forcierten „Abrechnung“ mit der Vergangenheit wurden elf Vertreter der Linken und vier der Mittelgruppe in die neue Leitung gewählt. Mit seinen Freunden Fischer, Maslow und Scholem zog Arthur Rosenberg in das höchste Gremium der KPD ein. Zwei noch in der zweiten Reihe stehende Funktionäre gelangten ebenfalls in die Führung: Ernst Thälmann für die Linke, Wilhelm Pieck für die Mittelgruppe. Die bisherige Zentrale wurde entmachtet.

Fischer, Maslow und Scholem bildeten nach dem Frankfurter Parteitag das Politsekretariat; dem neuen Polbüro gehörten auch Thälmann und Rosenberg an. Nachdem Maslow unter dem Vorwand eines „Handtaschendiebstahls“ im Berliner Lustgarten kurzzeitig verhaftet worden war, rückte mit Hermann Remmele ein früherer Vertreter der Mittelgruppe, der nun zu den Linken gehörte, ins Polbüro auf. Die Spitzenführung verteilte die Aufgaben unter sich: Ruth Fischer war als KPD-Vorsitzende für die politische Linie verantwortlich, Scholem leitete die Parteiorganisation, Karl Korsch war als Chefredakteur der theoretischen

76 Bericht über die Verhandlungen des 9. Parteitages der KPD. Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924, S. 289–291.

77 Ebenda, S. 84.

78 Ebenda, S. 290.

Monatszeitschrift *Die Internationale* zusammen mit Josef Winternitz, dem Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda,⁷⁹ für die ideologische Arbeit verantwortlich. Nach einigen Revirements übernahm Fritz Heckert die Gewerkschaftsarbeit der Partei; eine Aufgabe, der die bisherige KPD-Führung besonderes Gewicht beigemessen hatte.

Wenn Arthur Rosenberg für die außenpolitischen Beziehungen zuständig war, so bedeutete dies vor allem die Kontaktaufnahme zu anderen kommunistischen Parteien, besonders natürlich zur sowjetischen KP. Deshalb lernte Rosenberg, der nun mehrmals in die Sowjetunion reiste, Russisch.⁸⁰

Zunächst aber stürzte er sich in den Reichstagswahlkampf. In seinen Wahlreden und in Zeitungsbeiträgen vertrat er vehement die Linie der KPD-Führung.⁸¹ Diese ging mit einem abstrakten Programm der „Vollsozialisierung“ in den Wahlkampf. Sie forderte die Diktatur des Proletariats, von der Einheitsfront war keine Rede mehr. Obwohl die neue Stabilität der Währung vor allem der SPD zugute kam, erzielte die KPD am 4. Mai 1924 mehr als nur einen Achtungserfolg: 3 693 000 Wählerinnen und Wähler, 12,6 Prozent der Gesamtzahl, stimmten für sie. Nach den Sozialdemokraten, den Deutschnationalen und dem Zentrum wurde die KPD viertstärkste politische Kraft im Reich. Im Ruhrgebiet, in Oberschlesien sowie in den beiden größten deutschen Städten, Berlin und Hamburg, hatte sie mit der SPD gleichgezogen oder sie überflügelt. In der letzten Reichstagswahl hatte die KPD am 6. Juni 1920 noch bescheidene zwei Prozent der Stimmen erreicht (wobei damals noch die USPD mit fast achtzehn Prozent eine starke linke Kraft im Parlament war). Nun war sie ein politischer Faktor geworden, den auch ihre Gegner nicht ignorieren konnten. Eines der 62 Mandate der KPD entfiel im Wahlkreis Berlin II auf den nunmehrigen Abgeordneten Arthur Rosenberg.

Zunächst machte die KPD-Fraktion bei Eröffnung des Reichstages mit lautstarken Tumulten, die Ossip Flechtheim als „Radauszenen“ bezeichnete, auf sich aufmerksam.⁸² In ihrer Antrittsrede goß Ruth Fischer Öl ins Feuer. „Sehr verehrte Schattenmänner! Sehr verehrte Traumgestalten! ... Dieser Reichstag fängt ausgezeichnet an“, rief sie. „Das deutsche Proletariat wird an diesem Beginn eines demokratisch-republikanischen Parlaments sehen, daß in Deutschland nicht dieses Parlament regiert, sondern daß Ihr nichts anderes seid als Masken, die Hampelmänner der Kapitalisten.“⁸³

Zusammen mit Ruth Fischer wurde Arthur Rosenberg in den Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten gewählt. Dort mußten beide zum Plan des Sachverständigenkomitees Stellung nehmen, der die Rückzahlung der europäischen Schulden an die USA

79 Abgekürzt Agitprop. Zu Winternitz vgl. Mario Keßler, Josef Winternitz zwischen Prag, Berlin und London, in: Ders., *Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert*, Hamburg 2002, S. 55–78.

80 Rosenbergs Russischkenntnisse bestätigte Prof. Dr. Nathan Steinberger gegenüber dem Verfasser. Steinberger, KPD-Mitglied und seit April 1932 in Moskau lebend, dort 1935 promoviert, wurde im Zuge des Stalinschen Massenterrors verhaftet und verbrachte die Jahre zwischen 1937 und 1955 zuerst im Lager, später in der Verbannung. In der DDR arbeitete Steinberger an der Hochschule für Ökonomie in Berlin.

81 Vgl. A. R., *Die Kommunisten und die Reichstagswahlen*, in: RF, 23. März 1924; Arthur Rosenberg, *Unser Wirtschaftsprogramm im Wahlkampf*, ebenda, 29. März 1924.

82 Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt 1976, S. 211.

83 *Verhandlungen des Reichstages*, 2. Wahlperiode, Bd. 381, Berlin 1924, Sp. 43f2f. (Ruth Fischer erscheint in den Reichstagsprotokollen unter ihrem offiziellen Namen Elfriede Golke).

durch eine Wiederherstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit garantieren wollte. Der nach seinem Vorsitzenden, dem Amerikaner Charles Dawes, benannte Plan, stieß bei der KPD auf entschiedene Ablehnung. Sie bezeichnete das Dawes-Gutachten als Basis für die Verständigung der internationalen und der deutschen Bourgeoisie und als Ausgangspunkt verschärfter internationaler Krisen. Die KPD wurde dabei von den kommunistischen Parteien der früheren Entente-Staaten unterstützt.⁸⁴ Arthur Rosenberg wie Ruth Fischer erklärten im Reichstag, die Kommunisten bekämpften das Abkommen, weil sie den Kapitalismus bekämpften. Rettung bringe nicht London oder Washington, sondern Moskau.⁸⁵

Ähnlich ablehnend äußerte sich Rosenberg im Namen der KPD über den möglichen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund. Dieser sei „doch weiter nichts als ein Machtinstrument des französischen Kapitalismus“, erklärte Rosenberg unter dem Beifall der kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten. Daher solle sich Deutschland „nicht bemühen, sich selbst diesem Machtapparat des französischen Großkapitals anzuschließen.“ Die Frage des Beitritts zum Völkerbund sei „eine so ungeheuerliche Zumutung, daß sie hier im Reichstag nicht hätte gestellt werden sollen ...“ Die einzig mögliche nationale Politik sei, „daß das Proletariat sich selbst als Nation konstituiert und als konstituierende Nation die Befreiung der werktätigen Massen des Volkes durchführt ... und in diesem Sinne wird die nationale Politik in Deutschland erst beginnen, wenn die Revolution durchgeführt wird ...“⁸⁶

Die intransigente Haltung der KPD im Reichstag widerspiegelte die Probleme, vor denen die Partei bei ihrer von der Komintern verordneten, aber von ihrer eigenen Führung durchgesetzten inneren Wandlung stand: jenem als *Bolschewisierung* bezeichneten Prozeß, an dessen Ende die gewünschte Unterordnung der deutschen (und jeder anderen kommunistischen) Partei unter die sowjetische Führung bestand.

Auch die Losung der Bolschewisierung resultierte aus der Oktober-Niederlage der KPD. Die Niederlage hatte innerhalb der Partei Diskussionen hervorgerufen, ob man zur Machtübernahme das sowjetische Parteimodell auf Westeuropa übertragen müsse, was der Begriff der Bolschewisierung beschrieb.⁸⁷

Dafür trat besonders Sinowjew ein. Der Grundtenor seiner 1923 in Hamburg erschienenen *Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)* war, daß die ideale bolschewistische Partei monolithisch verfaßt sein müsse und daß aus ihr periodisch die schwankenden und unzuverlässigen „Elemente“ entfernt werden müßten. Die „Armee der Berufsrevolutionäre“ solle innerparteiliche Diskussionen auf jenes Mindestmaß beschränken, das für eine erfolgreiche revolutionäre Politik unumgänglich sei.⁸⁸ Dieses Konzept hatte Lenin am Beginn des Jahrhunderts erstmals in *Was tun?* entwickelt. Allerdings hatte er in seiner Auseinandersetzung mit dem Ökonomismus im vorrevolutionären Rußland die deut-

84 Vgl. Wolfgang Ruge, Deutschland 1917–1933. Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beitrag 10, Berlin 1967, S. 272.

85 Verhandlungen des Reichstages, Bd. 381, Sp. 680f., 831.

86 Ebenda, Sp. 682.

87 Vgl. zum folgenden auch Mario Keßler/Yvonne Thron, Entscheidung für den Stalinismus? Die Bolschewisierung in KPD und Komintern, in: Bergmann/Keßler, Aufstieg und Zerfall der Komintern, S. 85–94.

88 Bezeichnenderweise schloß Sinowjew seine historische Darstellung mit dem Jahre 1917 ab, ohne seine eigenen strategischen und taktischen Differenzen mit Lenin zu erwähnen. G. Sinowjew, Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), Hamburg 1923.

sche Sozialdemokratie als Prototyp einer europäischen marxistischen Partei im Auge gehabt, noch keineswegs eine verschwörerische Sekte.⁸⁹ Vielmehr nahm er die auch von Kautsky über die Arbeiterklasse geäußerte Vorstellung wieder auf, daß sie nämlich das trade-unionistische Niveau nur überschreiten könne, wenn ihr der Sozialismus vermittelt einer strukturierten Organisation, der Partei, zugänglich gemacht werde. Das Verhältnis der Partei zur Klasse, an die sie sich wendet, bestimmte die meisten Diskussionen in der Frühzeit der Komintern, wenn von der Strategie der Organisation, aber auch vom Charakter der ihr angeschlossenen Parteien die Rede war, etwa im Zusammenhang mit den vielzitierten *21 Aufnahmebedingungen*.

Unter dieser Konstellation trat im Juni und Juli 1924 der V. Weltkongreß der Komintern in Moskau zusammen. Deren Führung strebte noch immer danach, die Parteien in den Massen zu verwurzeln, um dem „Sieg der Weltrevolution“ ein Stück näher zu kommen. Die bei der Gründung der Internationale im März 1919 erwarteten Zeiträume hatten sich als unreal erwiesen. Weitsichtig hatte bereits im Juli 1921 Leo Trotzki auf dem III. Komintern-Kongreß gefragt, ob es begründet sei „anzunehmen, daß an Stelle politischer Erschütterungen und Klassenkämpfe eine neue, lang andauernde Epoche der Wiederherstellung und des Wachstums des Kapitalismus eintreten (könne)? Folgt daraus nicht die Notwendigkeit der Revision des Programms oder der Taktik der Kommunistischen Internationale?“⁹⁰ Drei Jahre später, zur Zeit des V. Kongresses, auf dem die Bolschewisierung zum zentralen Thema aufrückte, sorgte Sinowjew für ein Klima grimmiger Entschlossenheit, um Zweifler im eigenen Lager zu disziplinieren und einzuschüchtern.

„Unsere Disziplin muß jetzt noch straffer sein, als sie zu Lenins Lebzeiten war“, forderte er. „Wir dürfen nicht zurückschauen, sondern müssen vorwärts blicken und eine Weltpartei schaffen, ein internationales Exekutivkomitee, ein internationales leitendes Organ. Niemand soll es wagen, von der Wahrung bloß ‚formeller‘ Disziplin zu reden. Dann sind wir die Internationale Zweieinhalb, dann sind wir nicht Testamentsvollstrecker von Marx und Lenin, dann sind wir nicht viel besser als die Crispian. Wir müssen kämpfen für eine einheitliche Partei ohne Fraktionen und ohne Gruppierungen.“⁹¹

Der Appell, die Reihen der Kommunisten zu schließen, konnte nicht über die schweren inneren Widersprüche der Bewegung hinwegtäuschen. Einerseits erkannte der Kongreß die innere Stabilisierung der kapitalistischen Welt, glaubte andererseits jedoch, die inneren Widersprüche des Kapitalismus würden notwendig zu einer neuen revolutionären Entladung in naher Zukunft drängen. Bis dahin sollten die Parteien auf eine „Einheitsfront von unten“ hinwirken. Diese solle „unter der Führung der kommunistischen Partei unter den kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern im Betrieb, Betriebsrat, der Gewerkschaft und darüber hinaus in einem Industriezentrum und so fort verwirklicht“ werden. Dies bedeutete im Klartext eine Forderung nach Unterwerfung aller nichtkommunistischen

89 Die Ökonomen konzentrierten innerhalb der russischen Arbeiterbewegung „ihre Kräfte auf den gewerkschaftlich-ökonomischen Kampf“ und entwickelten „eine heftige Abneigung gegen eine zentralistische Organisation, die für die Verwirklichung umfassender parteipolitischer Aufgaben notwendig war.“ Julius Martow, *Geschichte der russischen Sozialdemokratie*. Mit einem Nachtrag von Theodor Dan, Berlin 1926 (Reprint: Erlangen 1973), S. 42.

90 Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921, Hamburg 1921, S. 9.

91 Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Hamburg o. J., S. 105.

Arbeiter unter das Diktat der Internationale. Es entbehrt nicht einer gewissen Demagogie, wenn sich der Kongreß für Verhandlungen mit sozialdemokratischen Führungen dort aussprach, wo deren Parteien Masseneinfluß besaßen.⁹²

Die deutsche Delegation, der auch Arthur Rosenberg angehörte, war mit 57 Mitgliedern nach den Gastgebern auf dem Kongreß am stärksten vertreten. Die ebenfalls teilnehmenden Brandler und Thalheimer gehörten ihr jedoch nicht an. In erregter Weise verteidigte Brandler, der mit Levi verglichen wurde, seine Position des Jahres 1923. „Warum schließt ihr mich denn nicht aus, wenn ich Levi bin? Ihr seid Scheißkerle, wenn ihr das nicht tut.“⁹³ Clara Zetkin warnte davor, „Genossen Brandler als Sündenbock, als Opportunisten in die Wüste“ zu jagen, da die ganze Partei an der Niederlage die Schuld trage.⁹⁴ Doch genau dies geschah. Brandler, Thalheimer und nun auch dem in den innersowjetischen Fraktionskämpfen gegen Sinowjew und Stalin auftretenden Karl Radek wurde das Scheitern des „deutschen Oktober“ angelastet. Ruth Fischer behauptete, der Unglaube an die bevorstehende Revolution sei „Grundlage des Radekismus“ und der Kapitulation Brandlers und Thalheimers gewesen.⁹⁵ In Deutschland bestehe nach wie vor eine revolutionäre Situation, wiederholte ein deutscher Delegierter nach dem anderen. Die Analysen Eugen Vargas, der mit ökonomischem Sachverstand eine mittelfristige Stabilisierung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft prognostiziert hatte, wurden als Unglauben an die Revolution abgetan. Noch stärker geriet ein anderer ungarischer Exilant, Georg Lukács, ins Feuer der Kritik. Sein Buch *Geschichte und Klassenbewußtsein* wurde ebenso als Abweichung von Lenins Lehre angesehen wie die Schriften von Karl Korsch. Diesem glaubte Sinowjew raten zu müssen, zunächst den Marxismus und Leninismus zu studieren, statt in der *Internationale*, der Monatsschrift der KPD, politisch falsche Auffassungen zu verbreiten.⁹⁶

Sinowjews Kritik an Arthur Rosenberg war offenbar vergessen. Er galt als zuverlässiger Vertreter der politischen Linie. Mit Ottomar Geschke und Paul Schlecht wurde er als Vertreter der KPD Mitglied des EKKI. Auch Clara Zetkin gelangte in das höchste Leitungsgremium des Weltkommunismus, allerdings als persönliches Mitglied, nicht als Repräsentantin der deutschen Partei. Damit hatte Rosenberg den Gipfel seiner politischen Karriere erreicht, denn Ruth Fischer, Arkadij Maslow (unter dem Pseudonym Robert) und Ernst Thälmann brachten es nur zu Kandidaten des EKKI. Daran änderte nichts, daß die anschließende Erweiterte Exekutivtagung Thälmann als Vollmitglied und Ruth Fischer als Kandidatin des EKKI-Präsidiums sowie Ottomar Geschke ins EKKI-Sekretariat berief. Trotz des Ehrenplatzes für die Parteiveteranin Zetkin hatte die Linke ihren Sieg vom Frankfurter Parteitag in Moskau bestätigt bekommen.⁹⁷

Ihre als „Rechte“, Verräter und Opportunisten gebrandmarkten Vorgänger in der Parteiführung mußten den Kelch der Niederlage bis zur bitteren Neige leeren. Brandler, Thalheimer

92 Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1924, S. 26.

93 Protokoll. Fünfter Kongreß, Bd. 1, S. 180.

94 Ebenda, S. 329.

95 Ebenda, S. 193.

96 Einzelheiten und Hintergründe der Kontroverse bei Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 81ff.

97 Protokoll. Fünfter Kongreß, Bd. 2, S. 1021. Es habe sich gezeigt, schrieb Rosenberg, „daß die Weltkongreßdelegation Deutschlands völlig einheitlich auftrat.“ Arthur Rosenberg, Die Sitzung des Zentralkomitees der KPD, in: Inprekorr, 29. Juli 1924, S. 1257.

mer und Radek wurden 1925 Hauptangeklagte eines langwierigen Parteiverfahrens. Nach dem zeitweiligen Verbot der KPD waren sie im Moskauer „Ehrenexil“ Mitglieder der sowjetischen Partei geworden. Das inzwischen aufgefundene Protokoll enthält die undemokratischen Methoden des Parteiapparates ihnen gegenüber. Sie wurden bespitzelt, Briefe wurden geöffnet und nicht ausgeliefert, kritische Artikel nicht mehr publiziert. Den Mitbegründern der KPD sollte verboten werden, sich in die Angelegenheiten des deutschen Kommunismus „einzumischen“. Sie wehrten sich und betonten, daß die Konsolidierung der KPD nur erreicht werden könne „durch freie Diskussion in dem Rahmen unserer jungen kommunistischen Organisationen, durch das Regime der Parteidemokratie“, nicht durch Anweisung von oben.⁹⁸ Entgegen ihrem Willen sollten Brandler und Thalheimer bis 1928 in Moskau festgehalten werden; die sowjetischen Behörden zogen ihre Pässe gleich nach ihrer Ankunft ein.

Obwohl die neue Führung der KPD sofort daranging, bis in lokale Parteioorganisationen ultraradikal gestimmte Gesinnungsgenossen in Leitungspositionen zu plazieren, konnte sie das grundsätzliche Dilemma, vor dem die Kommunisten standen, nicht lösen: Ob Fischer, Maslow, Rosenberg und ihre Anhänger wollten oder nicht, hatte die Konsolidierung der politischen und ökonomischen Lage in Deutschland tiefgreifende Auswirkungen auf die KPD. Die Hoffnung, die Kommunisten könnten binnen kürzester Frist dem Kapitalismus den Todesstoß versetzen, zerstob. So setzte sich unter neuen Bedingungen die Kontroverse zwischen einer revolutionären Realpolitik und verfestigten radikalistischen Positionen fort.

Am 30. November 1923 hatte der Zentrumsvorsitzende Wilhelm Marx eine Koalition aus Politikern seiner eigenen Partei sowie aus DVP, DDP und BVP gebildet, dessen personelle Zusammensetzung mit der Regierung Stresemann weitgehend identisch war. Nach den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 konnte sich Marx nur noch auf eine Minderheitsregierung stützen, da die BVP ihr nicht beitrug. „Formal regiert in Deutschland die kleine Koalition der bürgerlichen Mitte“, kommentierte Rosenberg. Doch erfordere die kapitalistische Sanierungspolitik zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung die „allergrößte Koalition“. Man könne es „die Wiederauferstehung der Koalition vom 4. August 1914 nennen: Von der Maas bis an die Memel, von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten.“ Dies sei nicht verwunderlich, da die Rhein- und Ruhrindustrie sämtliche bürgerliche Parteien Deutschlands beherrsche. „Die Deutschnationalen unterstehen speziell der Firma Krupp; die Deutsche Volkspartei dem Stinnes-Trust; das Zentrum dem Klöckner-Konzern; die Demokraten der Firma Siemens, die ihrerseits ein Glied des Stinnes-Konzerns ist. Die Kommunisten seien der einzige ernsthafte Gegner einer „Verschacherung Deutschlands an das Entente-Kapital“; gemeint waren die Bestimmungen des Dawes-Plans.“⁹⁹ Ihnen gemäß sollten die deutschen Reparationen unter anderem durch Haushaltsmittel sowie durch die Ausstellung von Schuldverschreibungen zu Lasten der deutschen Industrie und der Reichsbahn (die deshalb in eine Aktiengesellschaft unter internationaler Aufsicht umgewandelt wurde) aufgebracht werden. Die internationale Kommission empfahl, die Jahresrate der deutschen Reparationen mit einer Milliarde Mark beginnen zu lassen und sie innerhalb von fünf Jahren auf 2,5 Milliarden zu steigern. „Mit dem Dawes-Plan“, so der Historiker Peter Longerich,

98 Jens Becker u. a. (Hg.), *Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek*, Mainz 1993, S. 190.

99 Arthur Rosenberg, Marx, Herriot und die KPD, in: *Inprekorr*, 25. Juni 1924, S. 917f.

„war der erste Schritt getan, die Reparationsfrage nicht mehr primär als Instrument französischer Machtpolitik zu behandeln, sondern als Teil der notwendigen Neuregelung des Weltfinanzsystems.“¹⁰⁰ Dabei rückten naturgemäß die Interessen der USA, des Hauptgläubigerlandes der Welt, sowie Großbritanniens, das den Einfluß Frankreichs zurückdrängen wollte, in den Vordergrund. Rosenberg sah in den amerikanisch-britischen Bemühungen um die Stabilisierung des internationalen Finanzsystems „Pläne einer systematischen Verschmelzung der deutschen und der Ententewirtschaft zu einem einheitlichen Trust“, dessen praktische Schritte indes „durch die Rivalität des englischen und des französischen Kapitals gehemmt“ würden. Ideologisch werde die Unterordnung Deutschlands unter das angelsächsische Kapital durch „pazifistisches Geheul“ der SPD gerechtfertigt. „Das soll die Massen sowohl über die jetzige Krise hinwegtäuschen, wie über die Zukunft, in der, falls die Arbeiter sich nicht wehren, der geeinigten europäischen Kapitalismus das völlig geknechtete Proletariat niedertreten würde.“¹⁰¹

Für die parlamentarische Durchsetzung des Dawes-Abkommens bildete das Gesetz über die Reichsbahn die schwerste Hürde, da hierfür eine verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit nötig war. Es gelang der Regierung nach langwierigen Anstrengungen indes, fast die Hälfte der DNVP-Abgeordneten, die die Annahme des Gesetzes bislang als nationalen Verrat bekämpft hatten, zur Zustimmung zu bewegen. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Alanson Bigelow Houghton, schaltete sich aktiv in die Verhandlungen hinter den Kulissen ein.¹⁰² Rosenberg zeigte sich von der Annahme des Gesetzes nicht überrascht. Die bürgerlichen Parlamentarier – er nannte einige Beispiele – saßen in verschiedenen Fraktionen, gehörten aber „sämtlich einer und derselben realen Partei an, nämlich dem Reichsverband der deutschen Industrie.“¹⁰³ Eines der Zugeständnisse, die Reichskanzler Marx den Deutschnationalen für ihr Abstimmungsverhalten bot, war ihre Aufnahme in die Regierung. Als entsprechende Bemühungen im Herbst 1924 scheiterten, trat das Kabinett zurück. Für den 7. Dezember wurden Neuwahlen ausgeschrieben.

Rosenberg konnte die Tatsache nicht übersehen, daß diese Manöver Ausdruck einer allmählichen politischen Stabilisierung waren. Die Politik des bürgerlichen Krisenmanagements hatte sich gegenüber allen revolutionären Erschütterungen als stärker erwiesen. „Mit dramatischen Zuspitzungen, wie in den verflossenen Inflationsjahren, ist zunächst in Deutschland nicht zu rechnen“, konstatierte er. Zwar sei die Möglichkeit einer erneuten Verschärfung der Machtkämpfe nicht ausgeschlossen. „Aber mit Bestimmtheit auf ein solches Ereignis zu rechnen, wäre eine unerhörte Leichtfertigkeit.“ Natürlich müsse die KPD bereit sein, „jederzeit an der Spitze proletarischer Massen in Machtkämpfe einzugreifen“, doch sei es ebenso ihre Aufgabe, „in einer längeren Übergangsperiode das klassenbewußte Proletariat zusammenzuhalten und für die Entscheidungskämpfe vorzubereiten.“

100 Peter Longerich, *Deutschland 1918–1933. Die Weimarer Republik*, Hannover 1995, S. 154.

101 Arthur Rosenberg, *Deutsche Wirtschaftskrise und Sachverständigenplan*, in: *Die Internationale*, 7 (1924), S. 445f. Ähnlich ders., *Köln-Eisenach-London*, in: *Inprekorr*, 17. Juli 1924, S. 1127f.

102 Vgl. Halperin, *Germany tried Democracy*, S. 300.

103 Arthur Rosenberg, *Die KPD nach Annahme der Londoner Gesetze*, in: *Inprekorr*, 9. September 1924, S. 1526. Durch die Annahme dieses Gesetzes werde Deutschland „zu einer Filiale des Bankhauses Morgan“, sagte Rosenberg am 27. Juli 1924 auf einer Ausschusssitzung des KPD-Bezirks Württemberg. SAPMO-BArch, RY 1/I 3/26/5, Bl. 14.

Eine solche Übergangsperiode berge „selbstverständlich für die Kommunistische Partei gewisse Gefahren in sich. Es besteht die Gefahr opportunistischer Abweichungen nach rechts, es besteht aber zugleich die Gefahr des Abirrens in einen phrasenhaften Scheinradikalismus, der im Grunde ebenso opportunistisch ist.“ Auf der einen Seite seien alle Kräfte aus der Partei zu entfernen, die in das „Schlepptau der SPD-Führung“ geraten könnten, auf der anderen Seite müsse die KPD ihre Gewerkschaftsarbeit verstärken.¹⁰⁴ Mit Genugtuung hielt er fest, daß die KPD-Zentrale die „Maulwurfsarbeit einiger Reste der deutschen Brandler-Gruppe“ enttarnt und liquidiert habe.¹⁰⁵ Im ganzen sei „die Bewegung sehr gesund“, sagte er am 8. Februar 1925 in Königsberg.¹⁰⁶

Mit dem Ausschluß der „Brandleristen“ wurde jene hellsichtige Minderheit unter den deutschen Kommunisten politisch kaltgestellt, die die Weimarer Demokratie als politischen Kampfboden für die Emanzipation der Werktätigen begriff und somit dazu neigte, die Verfassung gegen ihre Feinde auf der Rechten zu verteidigen. Rosenberg hatte nur Hohn und Sarkasmus für all jene übrig, denen – aus durchaus unterschiedlichen Beweggründen – die Bewahrung der deutschen Demokratie politisches Anliegen war. Entsprechend heftig wandte er sich gegen die Bestrebungen des im Februar 1924 gegründeten Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, jener politischen Bewegung, die im Streit um die Flagge der deutschen Republik entstanden war und programmatisch an die bürgerlichen Freiheitsideen von 1848 anzuknüpfen suchte. Mit der Annahme der den Dawes-Plan stützenden Gesetze durch den Reichstag, so Rosenberg, seien die schwarzweißrote Politik und der schwarzweißrote Faschismus gegenstandslos geworden; „da jedoch die deutsche Bourgeoisie nicht existieren kann ohne ein breites Gefolge aus den unteren Schichten der Bevölkerung, wurde im Zusammenhang mit dem Siege der Erfüllungspolitik auch eine neue Form des deutschen Faschismus notwendig. Der Ludendorff-Faschismus mußte ersetzt werden durch den Marx-Stresemann-Faschismus. Die schwarzweißroten Stoßtrupps mußten ersetzt werden durch schwarzrotgoldene Stoßtrupps.“ Dieser „schwarzrotgoldene Faschismus“ solle gegen die „klassenbewußten Arbeiter und ihre Führerin, die KPD“ eingesetzt werden, aber auch „gegen jene Reste schwarzweißroter Faschistentruppen, welche die Schwenkung der deutschen Bourgeoisie zur Erfüllungspolitik nicht mitmachen, dem Kapitalismus Deutschlands und den Großagrariern Landesverrat vorwerfen und zu allerhand störenden Abenteuern geneigt sind.“¹⁰⁷

Dieser Kommentar war wohl der Tiefpunkt in Rosenbergs gesamter politischer Publizistik. Er ignorierte jeden Unterschied zwischen Parlamentarismus und Diktatur, zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie. Daß die Entscheidung zwischen Demokratie und Faschismus eine Entscheidung zwischen Leben und Tod der deutschen Kommunisten – wie der Sozialdemokraten und bürgerlicher Antifaschisten – war, konnte und wollte Rosenberg nicht sehen. Wann immer Historiker über den Weg zum Selbstmord der deutschen Arbeiter-

104 Arthur Rosenberg, Lage und Aufgaben der KPD, ebenda, 30. September 1924, S. 1694f.

105 Arthur Rosenberg, Tagung des Zentralausschusses der KPD, ebenda, 24. Oktober 1924, S. 1846. Ähnlich ders., Die Tagung des Zentralausschusses der KPD, ebenda, 17. Januar 1925, S. 81.

106 Rosenberg auf einer Ausschußsitzung des KPD-Bezirks Ostpreußen, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 3/4/9, Bl. 5.

107 Arthur Rosenberg, Reichsbanner und Faschismus, in: Die Internationale, 7 (1924), S. 681.

bewegung angesichts des Aufstiegs Hitlers schreiben, sollten diese Bemerkungen Rosenbergs nicht unerwähnt bleiben.

Die Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 brachten der SPD, die mit 26 Prozent der Stimmen stärkste Fraktion blieb, nennenswerte Gewinne, der KPD deutliche Verluste: Nur noch 2 709 100 Deutsche, 8,9 Prozent der Wahlberechtigten, stimmten für sie. Der Linkskurs und der innerparteiliche Streit waren die Hauptursachen für den Verlust fast einer Million Stimmen. Doch trug auch der zaghafte wirtschaftliche Aufschwung dazu bei, daß sich viele Wähler von einer Partei abwandten, die auf Krisen und Revolutionen setzte. Die bürgerlichen Parteien waren insgesamt die Gewinner der Wahl. Unter Führung des früheren Reichsbankpräsidenten Hans Luther bildeten DDP, DVP, DNVP und das Zentrum eine Mitte-Rechts-Regierung. Auch nach dem Austritt der Deutschnationalen aus dem Kabinett im Januar 1926 (und ihrem Wiedereintritt in die Regierung Marx ein Jahr später) blieb die bürgerliche Koalitionsregierung bis zu den Reichstagswahlen im Mai 1928 handlungsfähig. Mit diesen Jahren ist der in jeder Hinsicht zutreffende Begriff der *relativen Stabilisierung* der ersten deutschen Republik verbunden. So zeitgebunden diese Stabilisierung war, so sehr sie Teile der Bevölkerung gar nicht berührte, so wenig sie die Feindschaft der politischen Lager wirklich beenden konnte – sie war unbestreitbar.

Arthur Rosenberg sah im Wahlergebnis einen großen moralischen Sieg der KPD.¹⁰⁸ Die Behauptung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presseorgane, die KPD sei tot, wäre durch die Wahl nicht nur widerlegt worden: Nein, der Kommunismus sei sogar „imstande, auch unter so schwierigen Umständen, wie sie am 7. Dezember vorlagen, in jedem beliebigen Teil Deutschlands, mag es sich um großindustrielle Bezirke, um Gegenden der Mittel- und Kleinindustrie oder um kleinbürgerliche und agrarische Gebiete handeln, alle Gegner zu überflügeln.“ Nötig sei dafür vor allem eine das ganze Land und jeden Kreis erfassende kommunistische Organisation. Sie sei noch nicht vorhanden, während die SPD in allen Städten und Gemeinden Mitglieder und Parteiorganisationen habe. In Preußen, wo die KPD ihre Organisationen habe ausbauen können, sei sie in den gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen erfolgreicher gewesen als im Reich.¹⁰⁹

Im preußischen Landtag verfügte die bisher regierende bürgerlich-sozialdemokratische Koalition über keine Mehrheit, war somit auf die Unterstützung entweder der Rechten oder der KPD angewiesen. Im April 1925 bot die KPD Ministerpräsident Otto Braun (SPD) die Tolerierung an. Zu den Bedingungen, die sie stellte, gehörten die Einführung des Achtstundentages in allen Staatsbetrieben, die Aufhebung der Militarisierung der Schutzpolizei sowie die Beschlagnahme des Vermögens der 1918 gestürzten Fürstenthümer. Die SPD und die bürgerlichen Parteien lehnten die, nach Flechtheim, „recht demokratischen und relativ gemäßigten Forderungen“ der KPD ab. „So endete der einzige Versuch der KPD, ihr parlamentarisches Gewicht zugunsten der Demokratie in die Waagschale zu werfen, mit einem Fiasko!“¹¹⁰ Dies gab den „radikalen“ Kräften in der Partei, zu denen Rosenberg gehörte,

108 Arthur Rosenberg, Ein großer moralischer Sieg der KPD, in: *Inprekorr*, 12. Dezember 1924, S. 2211.

109 Arthur Rosenberg, Einige Lehren der letzten Reichstagswahl, in: *Die Internationale*, 8 (1925), S. 145. Ähnlich hatte sich Rosenberg bereits im September 1924 auf einer Landeskonferenz der KPD-Organisation Anhalt geäußert, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 3/12/16, nicht foliiert: KPD-Bezirk Magdeburg-Anhalt.

110 Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, S. 214.

weiteren Auftrieb. Er erklärte in einer Rede der Chemnitzer Ortsgruppe, daß für den deutschen Kommunismus ein parlamentarischer Einfluß völlig sinnlos geworden sei. Die einzige Aufgabe sei die Bewahrung des Geistes der Revolution und der revolutionären Organisation. Hingegen sei es ganz egal, ob die KPD bei dem „parlamentarischen Affentheater“ ein oder zwei Millionen Stimmen verliere.¹¹¹ Karl Retzlaw dachte wohl an einen solchen Auftritt, als er im Rückblick schrieb: „In seiner kurzen Laufbahn als kommunistischer Politiker hat Rosenberg viel zur Verhetzung und Zersetzung der Parteimitglieder beigetragen.“¹¹²

Die Ablehnung des Parlamentarismus ging bei der KPD mit einer Bekämpfung der „Klassenjustiz“ einher. Allerdings waren die Staatsanwälte und Richter der Weimarer Republik oft, wie es in zeitgenössischer Kritik hieß, „auf dem rechten Auge blind“. Die generellen Vorbehalte der Justiz gegen die gesamte politische Linke schlugen sich in drakonischen Strafen gegen Kommunisten für Vergehen nieder, für die Angeklagte der Rechten mit einem viel geringeren Strafmaß bedacht wurden.¹¹³

Nach den Oktoberereignissen von 1923 setzte eine Serie von Prozessen gegen Funktionäre der KPD ein, die mit dem sogenannten Tscheka-Prozeß im Februar 1925 ihren Höhepunkt erreichten.¹¹⁴ Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig wurde Anklage gegen den Leiter der Militärpolitischen Abteilung, Alexander Skoblewski, und die Mitglieder der von Felix Neumann geleiteten Tscheka-Gruppe, auch T-Gruppe genannt, erhoben. Ihnen wurde vorgeworfen, im Auftrag der KPD-Zentrale einen Polizeispitzel umgebracht und die Ermordung weiterer Spitzel sowie führender Militärs und Industrieller vorbereitet zu haben. Außerdem beschuldigte man sie des Besitzes von Waffen und Giftstoffen. Drei der Angeklagten, Skoblewski, Neumann und Ernst Poege, wurden zunächst zum Tode, die übrigen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Der Urteilsspruch vom 22. März 1925 richtete sich jedoch gegen die KPD in ihrer Gesamtheit. Sie sei, so hieß es unmißverständlich, „als eine staatsfeindliche Verbindung ... anzusehen.“¹¹⁵

Auch der sozialdemokratische Politiker Wilhelm Dittmann war dieser Meinung. Im SPD-Organ *Vorwärts* schrieb er, „daß die kommunistische Bewegung in Deutschland auf dem besten Wege ist, der Auflösung und dem Untergang im Sumpfe des Spitzeltums und des Verbrechens zu verfallen.“ Dittmann erinnerte an die Anarchisten des 19. Jahrhunderts. Dort wie bei den Kommunisten sei ein „Abgleiten einer ursprünglich politischen Bewegung in die Sphäre des gemeinen Verbrechens“ zu beobachten. Rosenberg zitierte dies voller Empörung und hielt dem entgegen: „Herr Dittmann schlägt sich übrigens in seinem famosen Arti-

111 Dies nach dem übereinstimmenden Bericht von Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt (1950), S. 505, und von Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland, Köln 1977, S. 122.

112 Karl Retzlaw, Spartacus – Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 4. Aufl., Frankfurt 1976, S. 270.

113 Vgl. aus der umfangreichen Literatur den Forschungsüberblick von Theo Rasehorn, Rechtspolitik und Rechtssprechung. Ein Beitrag zur Ideologie der „Dritten Gewalt“, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hg.), Die Weimarer Republik 1918–1933, 2. Aufl., Bonn 1988, S. 407–426.

114 Der Name leitet sich aus der offiziellen Bezeichnung für den sowjetischen Geheimdienst ab: Tscheka war das Akronym für die 1917 gebildete Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution. Sie wurde 1922 durch die Staatliche Politische Verwaltung (GPU) ersetzt.

115 Zit. in Bernd Kaufmann u. a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993, S. 114. Skoblewski gelangte später durch einen Austausch in die Sowjetunion, Neumann und Poege sagten im Sinne der Anklage aus und wurden noch in der Weimarer Republik amnestiert.

kel selbst. Er erzählt von der Spitzelei, die seinerseits unter den Anarchisten ihre Opfer suchte, und gibt damit Parallelen zu dem Spitzeltum, das im Dienst der heutigen Republik die Kommunisten ins Zuchthaus bringen möchte.“ Die Aussage „des Epileptikers Felix Neumann“, der alle ihm zur Last gelegten Vorwürfe, darunter vorbereitete Giftmorde durch den geplanten Einsatz von Cholera-Bakterien, zugab, habe keinerlei Wert; damit hatte Rosenberg sicher Recht.¹¹⁶ „Das jammervolle Material Felix Neumann reicht weder zu einer juristischen noch gar zu einer politischen Verurteilung der KPD, so Rosenberg wenig später.¹¹⁷ Der Staatsgerichtshof habe keinerlei stichhaltige Beweismittel in seinen Händen. Welches Urteil er auch fälle; es sei selbst nach den Grundsätzen bürgerlicher Justiz null und nichtig.¹¹⁸

Rosenberg zog eine Verbindungslinie zwischen dem Tscheka-Prozeß und einer anderen Justizaffäre: dem Barmat-Skandal. Die sittliche Entrüstung aller guten Staatsbürger“, schrieb er, „sollte im Februar 1925 die KPD, die verrufene Partei der Cholera-Bazillen, der Giftmorde und Attentate, niederschmettern. Derselbe Monat Februar wird zu einer Katastrophe ohnegleichen für die Drahtzieher des ganzen Manövers. Der Staatsgerichtshof in Leipzig soll die Republik schützen, aber er kann die Barmat-Sturmflut nicht aufhalten, oder vielmehr die Schmutzflut nicht aufhalten, die sich über das öffentliche Leben der deutschen Republik ergießt.“¹¹⁹

Die Barmat-Affäre traf die SPD-Führung schwer. Der aus Polen stammende Julius Barmat hatte während des Ersten Weltkrieges von seinem niederländischen Wohnsitz aus große Mengen an Lebensmitteln nach Deutschland geliefert. Nach Kriegsende nahm er Verbindung mit führenden deutschen Politikern auf, die während der Inflation großzügige Kredite der Preußischen Staatsbank und der Reichspost an ihn vermittelten. Nachdem der mit diesen Krediten finanzierte Konzern in Zahlungsschwierigkeiten geriet, leitete die Staatsanwaltschaft im Herbst 1924 eine Untersuchung ein und verhaftete Barmat und zwei seiner Brüder. Reichspostminister Anton Höfle vom Zentrum, der für die Vergabe der Postgelder verantwortlich zeichnete, wurde in Untersuchungshaft genommen, in der er noch 1925 starb. Doch auch prominente Sozialdemokraten gerieten in Verdacht, besonders Gustav Bauer, der 1919/20 kurzzeitig Reichskanzler gewesen war. Der SPD-Parteivorstand veranlaßte ihn im Januar 1925, sein Reichstagsmandat niederzulegen, einen Monat später wurde Bauer aus der Partei ausgeschlossen, im März 1926 allerdings rehabilitiert.¹²⁰

Deutschnationale Politiker und Journalisten suchten Reichspräsident Friedrich Ebert in die Affäre hineinzuziehen.¹²¹ Dem schloß sich die KPD an. „Seit Monaten hat die kommuni-

116 Arthur Rosenberg, Dittmanns Bombe gegen die KPD, in: RF, 20. Februar 1925.

117 Arthur Rosenberg, Der entlarvte Kronzeuge im Leipziger „Tscheka“-Prozeß, in: Inprekorr, 27. Februar 1925, S. 441.

118 Arthur Rosenberg, Der Rechtsbruch in Leipzig. Fort mit dem Staatsgerichtshof!, in: RF, 26. Februar 1925.

119 Arthur Rosenberg, Barmat und Tscheka, in: RF, 11. Februar 1925. Ähnlich äußerte er sich im Parlament. Vgl. Verhandlungen des Reichstages, Bd. 384, Sp. 800f.

120 Vgl. Heinrich August Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, 2. Aufl., Berlin/Bonn 1988, S. 230.

121 Vgl. Stephan Malinowski, Politische Skandale als Zerrspiegel der Demokratie. Die Fälle Barmat und Sklarek im Kalkül der Weimarer Rechten, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 5 (1996), S. 46–65.

stische Presse unausgesetzt die verbrecherischen Räubereien der Barmats beleuchtet, gebrandmarkt, wie sie mit den Methoden des Betrugs, der Bestechung, des Kaufes sozialdemokratischer Führer sich auf Kosten der werktätigen Massen Millionengewinne errafften“, schrieb die *Rote Fahne* am 1. Januar 1925. „Auf Kosten der von Hunger krank und siech gewordenen Arbeiterkinder wurden die ergaunerten Summen von den Barmats zusammen mit den Wels, Heilmann, Bauer und anderen sozialdemokratischen Führern verpraßt und verschlemmt.“ Es sei, so das Blatt weiter, „undenkbar, daß Fritz Ebert nicht sofort sein Amt niederlegt, nachdem sein Sohn schon einmal Angestellter im Barmat-Konzern war.“ Das deutsche Proletariat werde dem Amtsinhaber bei der anstehenden Neuwahl des Reichspräsidenten „eine saftige Quittung“ verabreichen.¹²²

Barmat sei im Büro des Reichspräsidenten Ebert „aus- und eingegangen“, schrieb Rosenberg. „Er hatte die Unverfrorenheit, seine privaten Telefongespräche vom Büro des Reichspräsidenten zu führen. Barmat machte sich im Büro des Reichspräsidenten so breit, daß es Ebert zu viel wurde und er eine Anweisung herausgab, die Barmats Zudringlichkeit zurückwies. Alle diese Dinge sind keine Sensation irgendwelcher ‚staatsfeindlicher‘ Elemente, sondern es sind die beschworenen Aussagen des Staatssekretärs von Maltzan und des Staatssekretärs Meißner vor dem Preußischen Untersuchungsausschuß.“¹²³

Reichspräsident Ebert hatte zwar aus den Kontakten keinerlei nachweisbare persönliche Vorteile gezogen. Aber die Tatsache, daß sein Name bei allen öffentlichen Anhörungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses sowie in der Presse fiel, verschaffte seinen persönlichen wie politischen Gegnern, aber besonders den Feinden der Republik, Genugtuung.

Dies fiel zusammen mit einem Prozeß gegen den Redakteur einer rechtsradikalen Zeitung, der Ende 1924 in Magdeburg stattfand. Dabei ging es um die Behauptung, Ebert habe im Januar 1918 Landesverrat begangen, als er in die Leitung des Berliner Metallarbeiterstreiks eingetreten war. Er habe dies getan, um den Streik zu entschärfen und zu beenden, bevor in Berlin geschossen würde, versicherte Ebert in seiner Zeugenaussage. Er habe die Streikenden „nachdrücklich zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt.“¹²⁴ Führende Sozialdemokraten und Militärs bezeugten, daß Ebert tatsächlich die streikenden Arbeiter, die für die Beendigung des Krieges auf die Straße gegangen waren, zum Abbruch ihrer Aktionen bewegen wollte. Das Gericht entschied, Ebert sei im strafrechtlichen Sinn kein Landesverräter, doch seien vom moralischen und politischen Standpunkt aus andere Wertungen zulässig. Dies hieß im Klartext, daß er straflos des Landesverrates geziehen werden konnte. Der durch all diese Angelegenheiten übermäßig beanspruchte Ebert verschleppte die Behandlung einer Blinddarmentzündung, bis es zu spät war. Am 28. Februar 1925 verstarb er im Alter von nur 54 Jahren. Kurz vor seinem Tode hatte ihn, der in der Tat viel für die Stabilisierung der Macht des deutschen Industrie- und Agrarkapitals getan hatte, der Deutsche Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband ausgeschlossen. „Bei all seiner taktischen

122 Die Brüder Barmat verhaftet, in: RF, 1. Januar 1925.

123 Arthur Rosenberg, Der Barmat-Skandal und die deutsche Republik, in: Inprekorr, 17. Februar 1925, S. 379.

124 Die Zeugenaussage ist abgedruckt in: Friedrich Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, hg. von Friedrich Ebert jun., Bd. 2, Dresden 1926, S. 348–352, Zitat S. 350.

Gewandtheit war Ebert kein für Deutschland entscheidender Mann“, glaubte Rosenberg zu wissen.¹²⁵

Nun mußte ein neuer Reichspräsident gewählt werden. „Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten können trotz aller Anstrengungen keine Stimmung für ihre Kandidaten fabrizieren“, schrieb Rosenberg. „So kam die SPD-Führerschaft auf den Gedanken, durch infame Schurkenstreiche die kommunistische Wahlagitation lahmzulegen und so freie Bahn für Braun zu schaffen.“¹²⁶

Otto Braun, der preußische Ministerpräsident und SPD-Kandidat, erreichte bei der Wahl am 29. März über 7 785 000 Stimmen, knapp zweieinhalb Millionen weniger als der von einem bürgerlichen Wahlbündnis getragene Oberbürgermeister von Duisburg und frühere Reichsinnenminister Karl Jarres. Hinter dem Zentrumsolitiker und ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Marx erreichte der kommunistische Kandidat Ernst Thälmann 1 869 000 Stimmen. Dies war für die KPD, gegenüber der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924, ein weiterer Stimmenverlust. Arthur Rosenberg gewann dem im Leitartikel der *Roten Fahne* jedoch eine positive Seite ab. „Große Schichten des Proletariats“, schrieb er, „waren sich diesmal in der Überzeugung einig, daß es keinen Zweck habe, an der Präsidentenwahl teilzunehmen, denn ein Reaktionär oder Kapitalist würde sowieso gewählt und die Kandidatur Thälmann sei sowieso aussichtslos.“ Die SPD habe sich nur „durch einen vorübergehenden Zufluß kleinbürgerlicher Wähler einigermaßen halten“ können.¹²⁷

„Der Rechtsblock will diese Präsidentschaftswahl ausnutzen, um einen Diktator an die Spitze des Reiches zu bekommen, der mit Hilfe des § 48 die großkapitalistische Politik sichert“, schrieb Rosenberg vor der Wahl.¹²⁸ Doch der Ausnahmegesetz, der dem Reichspräsidenten quasi-diktatorische Vollmachten sicherte, blieb noch ungenutzt. Im zweiten Wahlgang einigten sich die Rechtsparteien als Kandidaten auf Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, um den man seit Beginn des Weltkriegs den Kult des siegreichen Feldherren inszenierte. Die SPD unterstützte angesichts der neuen Konstellation den Zentrumskandidaten Marx, die KPD sah sich indes außerstande, einem bürgerlichen Kandidaten zur Präsidentschaft zu verhelfen.

Die Weigerung der KPD, einen Kandidaten zu unterstützen, der zumindest den Spielraum der antidemokratischen Rechten einengen könnte, stieß in Moskau auf Kritik. Vor dem EKKI-Plenum sagte Sinowjew am 4. April, es sei nicht gleichgültig, ob die Republik in Deutschland erhalten bleibe oder die Monarchie siege.¹²⁹ Das EKKI empfahl der KPD, an die Führungen der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) mit dem Angebot heranzutreten, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Damit solle die Wahl eines Militaristen oder offenen Monarchisten verhindert werden. Sei keine Einigung über einen gemeinsamen Kandidaten möglich, solle die KPD – so der Ratschlag Sinowjews – den SPD-Kandidaten unterstützen. Ruth Fischer stimmte dem unter Vorbehalt zu, glaubte aber, eine solche Änderung der Taktik würden die kommunistischen Wähler nur schwer

125 Arthur Rosenberg, KPD und Präsidentschaftswahlen, in: *Die Internationale*, 8 (1925), S. 154.

126 Arthur Rosenberg, Die sieben Kandidaten, in: *RF*, 22. März 1925.

127 Arthur Rosenberg, Was bedeutet die Präsidentschaftswahl?, ebenda, 31. März 1925.

128 Rosenberg, KPD und Präsidentschaftswahlen, S. 156.

129 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 21. März–6. April 1925, Hamburg 1925, S. 331.

verstehen. Iwan Katz war gegen jede Unterstützung eines nichtkommunistischen Kandidaten. Erfolge diese dennoch, würde die Partei möglicherweise auseinanderfallen. Nicht zuletzt sprach sich Thälmann gegen die Unterstützung eines anderen Kandidaten aus.¹³⁰

Auch Rosenberg und Scholem wiesen in einem bald als „Plattform Rosenberg“ bezeichneten Rundschreiben die Empfehlung Sinowjews zurück. In dieser Erklärung vom 15. April 1925 hielten sie „am alten Standpunkt der Linken fest“. Die KPD dürfe „niemals anknüpfen an die parlamentarisch-demokratischen Illusionen der Massen.“ Es sei „unzulässig und opportunistisch, im gegenwärtigen Stadium Einheitsfronttaktik von oben mit dem schwarzrot-goldenen Block treiben zu wollen“; dieser sei „überhaupt kein realer Faktor der jetzigen deutschen Politik“, sondern „nur ein Schwindelmanöver gewisser SPD-Journalisten.“¹³¹

Rosenberg und Scholem erzielten einen kurzfristigen Erfolg, denn die KPD-Führung lehnte schließlich die Empfehlung des EKKI ab. „Es ist nicht Aufgabe des Proletariats, den geschicktesten Vertreter der Bourgeoisieinteressen auszusuchen, zwischen dem Zivildiktator Marx und dem Militärdiktator Hindenburg das kleinere Übel zu wählen“, hieß es im Wahlauftrag der Parteizentrale vom 11. April.¹³² Die SPD zog ihren Kandidaten Braun zurück und rief ihre Anhänger zur Wahl von Wilhelm Marx auf.

Im zweiten Wahlgang wurde Hindenburg am 26. April zum Reichspräsidenten gewählt. Die knapp zwei Millionen Stimmen, die Thälmann erhielt, fehlten Wilhelm Marx als Kandidaten der „Weimarer Koalition“ aus SPD, DDP, Zentrum und DVP zum Sieg über die Symbolfigur des deutschen Militarismus. Die rechte *Kreuzzeitung* kommentierte den Wahlausgang mit den Worten: „Wir haben zwar keinen Kaiser mehr, der Repräsentant des deutschen Volkes ist aber nicht mehr identisch mit dem Repräsentanten der Revolution im November 1918. Es steht vielmehr wieder ein Führer an der Spitze des Reiches, der, hervorgewachsen aus preußisch-deutscher Geschichte, sie verkörpernd und bewahrend, in eine bessere Zukunft weist.“¹³³ Die von der gegenrevolutionären SPD-Spitze geschaffene Republik sei am Ende, kommentierte Rosenberg,¹³⁴ und wenig später sagte er vor dem Reichstag: „Die schwarzrotgoldene Republik ist (bereits; M.K.) bei der Beerdigung Eberts mit zu Grabe getragen worden.“¹³⁵

Das EKKI versagte sich jede Genugtuung über das Ergebnis der Präsidentenwahlen. „Die monarchistische Gefahr ist in Deutschland vorhanden“, hieß es in einem Aufruf vom 27. April. „Die Arbeiter und die Kommunisten müssen dies klar sehen. Die Kommunisten können nicht auf dem Standpunkte stehen, daß es für uns gleichgültig ist, ob Monarchie oder bürgerliche Republik. Die Kommunisten bleiben nicht gleichgültig gegenüber dieser Frage, sondern stellen sich an die Spitze des wirklichen Kampfes gegen die Gefahr der Monarchie.“¹³⁶

130 Vgl. die Materialien in: Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD, Berlin 1925.

131 Die Erklärung befindet sich in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/65, Bl. 1–4, und ist als Dokument Nr. 7 im Anhang dieser Arbeit abgedruckt.

132 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VIII, Berlin 1975, S. 132f.

133 Zit. in Wolfgang Ruge, Hindenburg. Porträt eines Militaristen, Berlin 1974, S. 252.

134 Arthur Rosenberg, Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg, in: Inprekorr, 28. April 1925, S. 949f.

135 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 385, Sp. 1977 (Rede Rosenbergs am 20. Mai 1925).

136 Der Aufruf ist abgedruckt in: Inprekorr, 2. Mai 1925, S. 494.

Nun, da es zu spät war, schwenkte die KPD-Spitze um. Unter Federführung von Ruth Fischer richtete sie einen „Offenen Brief“ an die Führungen von SPD und ADGB. „Vorwärts zur Bildung der Roten Front, gegen Monarchie und schwerindustrielle Diktatur“, hieß es in dem Schreiben, das zumindest ansatzweise den Weg für eine Einheitsfront „von oben“ wies, einer Kooperation der wichtigsten Arbeiterorganisationen Chancen eröffnete.¹³⁷ Sogar von einem „Volksblock“ war die Rede, einem Bündnis, in dem KPD, SPD und der Arbeiterflügel der Zentrumspartei die Republik gegen die nationalistische Rechte verteidigen würde. „Die Partei konnte einfach nicht fortfahren, die immer schaler werdende revolutionäre Phrasologie zu wiederholen“, schrieb Ruth Fischer Jahrzehnte später.¹³⁸

Darüber kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen in den leitenden Gremien der Partei. Rosenberg, Scholem und Katz, die den „Offenen Brief“ scharf kritisierten, mußten erkennen, daß die Mehrheit der Parteiführung ihnen dabei nicht folgte. Ruth Fischer gelang es, die meisten ihrer bisherigen Anhänger – Paul Schlecht, Ottomar Geschke und Ernst Schneller –, darunter auch die sogenannte „Arbeitergruppe“ um Ernst Thälmann und Arthur König, hinter sich zu bringen. Sie wurde von der Mittelgruppe unterstützt. „Die Parteiführung treibt engste Fraktionspolitik“, hatte Ernst Schneller, einer ihrer Sprecher, noch vor den Präsidentschaftswahlen geschrieben. „Sie verfolgt eine fraktionelle Personalpolitik ... Sie zerstört systematisch die revolutionäre Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie in der Geschichte des Spartakusbundes trotz aller Mängel aufgespeichert ist, weil sie keine Traditionen auf diesem Gebiet aufzuweisen hat.“¹³⁹

Am 3. Mai leiteten Rosenberg, Katz und Scholem der Zentrale eine Erklärung zu. Darin behaupteten sie, die Führungsmehrheit würde die Gefahr einer monarchistischen Restauration hochspielen, um so einen Vorwand für ihre Annäherung an die SPD und die bürgerlichen Parteien zu finden. „Eine Weiterentwicklung im rein dynastischen Sinne, die Wiedereinsetzung eines legitimen Kaisers, ist an sich möglich, aber der Unterschied zwischen Hindenburg und einem Wilhelm III. ist nur ein technischer, bringt aber keine Verschiebung der realen Lage“, hieß es. Der Unterschied zwischen parlamentarischer Republik und Monarchie, den das EKKI und jetzt auch die KPD-Führung betonten, sei indes mittlerweile belanglos: „Wenn man leugnet, daß heute die Monarchisten bereits in Deutschland regieren, so trennt man den deutschen Monarchismus von dem politischen und wirtschaftlichen Machtapparat der Bourgeoisie.“¹⁴⁰

Das EKKI verabschiedete am 12. Juni eine Resolution, in der es hieß: „Die Art, wie die Gruppe Katz, Scholem und Rosenberg die Frage stellt, reduziert sich auf die Behauptung, daß es den Kommunisten gleichgültig sei, ob Monarchie oder bürgerliche Republik, und auf die praktische Ablehnung des Manövrierens in der gegebenen Situation. Dieser Standpunkt hat mit Bolschewismus nichts gemein.“¹⁴¹ Rosenberg und Scholem erwiderten noch am gleichen Tag, ihnen sei die Frage, ob Monarchie oder Republik, keineswegs gleichgültig. Meinungsverschiedenheiten bestünden hinsichtlich der Frage, „auf welche Weise man am

137 RF, 28. April 1925.

138 Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 507.

139 Zit. in Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 83.

140 Die Resolution Katz-Rosenberg-Scholem vom 3. Mai 1925 befindet sich in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/65, S. 5–8.

141 Die Lage in der KPD. Resolution des Exekutivkomitees der Komintern, in: RF, 12. Juni 1925.

besten die monarchistische Gefahr bekämpft und auf welche Weise die Komm. Partei in der gegebenen Situation manövrieren soll.“¹⁴²

Eine Gegenerklärung des Polbüros hielt fest, niemand in der KPD-Führung leugne die Herrschaft von Vertretern des Monarchismus. Dies sei aber nicht, wie Katz, Rosenberg und Scholem behaupteten, mit der Restauration der Monarchie gleichzusetzen. Wäre es so, brauchte sich das Proletariat „für die Versuche einer reaktionären Verfassungsrevision in der Richtung des Abbaus der demokratischen Republik nicht zu interessieren ...“ Auf diesen gefährlichen Irrweg führe jedoch der Kurs Rosenbergs und seiner Gesinnungsgenossen.¹⁴³

Im Verlauf dieser Kontroverse unterstützten wichtige KPD-Bezirke wie Berlin und Ruhr die Politik des „Offenen Briefes“. In Süd- und Westdeutschland und besonders im Berliner Wedding hatten Rosenberg, Katz und Scholem zunächst noch erheblichen Rückhalt.¹⁴⁴

Dieser Rückhalt ging in dem Maße verloren, in dem die Komintern klarstellte, daß die „Bolschewisierung“ der kommunistischen Parteien mit der Losung „Heran an die Massen!“ untrennbar verbunden war. Die Ablehnung jeder Einheitsfront, die Verneinung von Teilforderungen galten nunmehr mit dem Bolschewismus als unvereinbar. „Die bolschewistische Partei ist die Partei der Diktatur des Proletariats, nicht aber der Teilforderungen“, so wird die Frage zuweilen von ‚ultralinken‘ Elementen gestellt. Die bolschewistische Partei ist in der Tat die Partei der Diktatur des Proletariats, gerade darum aber stellt sie zur Gewinnung der Mehrheit des Proletariats systematisch Teilforderungen auf, die sie mit den revolutionären Aufgaben verknüpft, antwortet darauf der Leninismus.“¹⁴⁵

Am 6. und 7. Juni 1925 fand der Berliner Bezirksparteitag statt, auf dem Ruth Fischer erklärte, den *Ultralinken*, wie die Gruppe um Rosenberg nun genannt wurde, keine Zugeständnisse zu machen. Scholem und Rosenberg wurden nicht mehr in die Bezirksleitung gewählt.¹⁴⁶ Unmittelbar darauf betonten sie in der Münchner KPD-Zeitung erneut, ihnen sei die Frage Monarchie oder Republik nicht gleichgültig. Es ginge vielmehr um das beste Mittel, der monarchistischen Restauration zu begegnen. „Die KPD kann die monarchistische Gefahr wirksam nur dadurch bekämpfen, daß sie der Bourgeoisie als Trägerin des Monarchismus die rote Klassenfront entgegenstellt.“¹⁴⁷

Fünf Wochen später, vom 12. bis zum 17. Juli trat in Berlin der 10. KPD-Parteitag zusammen. Er wandte sich erwartungsgemäß gegen eine Annäherung Deutschlands an die Westmächte und forderte „den rücksichtslosen Kampf gegen die Versklavung des deutschen Volkes durch den Entente-Imperialismus.“¹⁴⁸ Scholems und Rosenbergs Idee, wonach das Deutsche Reich eine „Industriekolonie“ der Westmächte sei,¹⁴⁹ fand in den Dokumenten des Kongresses ihren Niederschlag.

142 Arthur Rosenberg/Werner Scholem, Erklärung, in: SAPMO-BArch, RY 1/1 2/3/65, Bl. 35.

143 Gegen-Erklärung (des Polbüros der KPD, undatiert), ebenda, Bl. 38.

144 Vgl. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 508; Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 107.

145 Protokoll. Erweiterte Exekutive (März/April 1925), S. 25.

146 Vgl. die Berichte in: RF, 9. und 10. Juni 1925.

147 Neue Zeitung, 10. Juli 1925.

148 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der KPD, Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926, S. 198 (im folgenden: Bericht 10. Parteitag).

149 So Rosenberg am 2. Juni 1925 vor dem Reichstag. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Bd. 386, Sp. 2597. Nach dieser zuerst von Varga, Bucharin, Radek und Thalheimer vertretenen These erscheint der Arbeiter als einziger Träger der Reparationslasten.

Dies war jedoch der einzige zählbare Erfolg der Ultralinken. Sinowjew hatte dem Parteitag einen Brief zugehen lassen, in dem Rosenberg, Scholem, aber auch Karl Korsch erneut kritisiert wurden. Die Partei, die sich „eine Zeitlang in einem ultralinken Fieberzustand befunden“ habe, müsse sich auf dem Parteitag davon endgültig befreien.¹⁵⁰ Auch der Komintern-Abgesandte Dmitrij Manuilski richtete (unter dem Pseudonym Samuely) scharfe Angriffe gegen die Gruppe um Rosenberg. Diese Tendenz, in Italien durch Bordiga und in Polen durch Donski repräsentiert, sei eine „internationale Krankheit“; doch seien ihre Erreger auf dem Parteitag nur noch als kleines Grüppchen vertreten.¹⁵¹ Letzteres stimmte: Nur zehn der 170 Delegierten konnten den Ultralinken zugeordnet werden.¹⁵²

Für sie sprachen vor allem Scholem und Rosenberg. Scholem erinnerte daran, „daß die Genossin Ruth Fischer und die anderen Genossen bis zum Mai sich gemeinsam mit mir in einem ultralinken Fieberzustand befunden haben.“¹⁵³ Dies überzeugte jedoch die große Mehrheit der Delegierten nicht von seiner Position.

Rosenberg erklärte in einem Rundumschlag, die Partei und die gesamte Internationale habe den richtigen linken Standpunkt in der Frage der Einheitsfront und der Staatslehre preisgegeben. „Der 5. Weltkongreß hat in beiden grundlegenden theoretischen Fragen den richtigen linken Standpunkt vertreten, er hat absolut eindeutig die orthodoxe Staatslehre des Marxismus anerkannt und gesagt: Einheitsfront ist weiter nichts als Mobilisierung der Massen.“ Die „Einheitsfronttaktik auf parlamentarischem Gebiet“ sei indes das Gegenteil einer proletarischen Klassenbewegung. Von dieser könne man nur dann sprechen, wenn „die Proletarier im Bewußtsein ihrer Klasse gegen die Bourgeoisie auf die Beine kommen. 20 kleine Betriebsversammlungen, wo kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter zusammenstehen, um gegen den Klassenfeind zu kämpfen, sind eine wichtigere Waffe im revolutionären Sinne als ein parlamentarischer Kuhhandel, der uns wieder nur zeigt, daß die Koalitionspolitik der SPD noch breite Massen beherrscht.“ Eine Führung, die derart opportunistische Abweichungen zuläßt und betreibt, hat keinen Anspruch, an der Spitze der Partei zu verbleiben, sagte Rosenberg und berief sich hier ausgerechnet auf Stalin, der dies „in energischen und klaren Ausführungen dargelegt“ habe. Beachtenswert ist Rosenbergs Mahnung, man solle „in unsere innerparteiliche Diskussion“ Rußland nicht „hineinzerren.“¹⁵⁴

Ruth Fischer, die ihren bisherigen Weggefährten ankündigte, sie „genauso bekämpfen, genauso maßregeln“ zu wollen wie frühere Oppositionelle,¹⁵⁵ hielt sich mit allzu radikalen Schritten zurück: Drei der Ultralinken, Rosenberg, Scholem und Hans Weber, wurden als Vollmitglieder in das 21-köpfige ZK gewählt. Dies wurde allgemein als Zugeständnis einer Führung gewertet, die ihre Politik durchgesetzt hatte.

In der Partei schienen stabile Verhältnisse hergestellt. Doch die Entwicklungen der nächsten Monate sollten auch die politisch wachsamsten Geister bei Freund und Gegner überraschen.

150 Bericht 10. Parteitag, S. 176.

151 Ebenda, S. 316f.

152 Vgl. Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 112; Ben Fowkes, *Communism in Germany under the Weimar Republic*, New York 1984, S. 129.

153 Bericht 10. Parteitag, S. 392.

154 Ebenda, S. 548f.

155 Ebenda, S. 514.

3. Von der Ultralinken zum Parteigänger Thälmanns

Rosenbergs scheinbar nebenher geäußerte Bemerkung, Rußland in die innerparteiliche Diskussion nicht „hineinzuzerren“, verwies auf ein Kardinalproblem des deutschen Kommunismus. Die Führungsgruppe um Ruth Fischer hatte ihre Kraft nicht zuletzt aus dem Zusammengehen mit Sinowjew bezogen. Dieser schien die besten Chancen im Kampf um die Nachfolge Lenins zu haben.

Doch der Schein trog. Noch 1924 zeichnete sich der Bruch zwischen Sinowjew und Stalin ab. Nur das gemeinsame und schließlich erfolgreiche Vorgehen gegen Trotzki hielt das ungleiche Duo zusammen. Neben der Tatsache, daß Sinowjew keinen dem Stalinschen ebenbürtigen Rückhalt im russischen Parteiapparat besaß, schwächte auch der Rückgang des Einflusses der KPD auf die deutsche Politik seine Position. Gerade Sinowjew, mit der deutschen Politik und Kultur eng verbunden, hatte der KPD eine Schlüsselrolle innerhalb der Komintern eingeräumt. Für ihn, wie für viele „westlich“ orientierte Bolschewiki, war die KPD nach der russischen Partei die wichtigste Kraft des internationalen Kommunismus und potentiell vielleicht noch wichtiger als diese. Für Stalin kam es hingegen darauf an, in der KPD eine ihm verlässliche Führung zu installieren. Denn „solange die KPD die linke Führung hatte, waren von ihr immer noch Störungen zu befürchten“, wie Rosenberg später schrieb.¹⁵⁶ Vor diesem Hintergrund ist der Aufstieg Ernst Thälmanns in das höchste politische Amt des deutschen Kommunismus zu verstehen.

Die neue Situation kristallisierte sich unmittelbar nach dem Berliner Parteitag heraus. Einer nach Moskau gereisten KPD-Delegation unter Leitung von Paul Schlecht hielt Bucharin entgegen, Manuilski sei auf dem Parteitag mit Rufen wie „Hau ab! Geh nach Moskau!“ beschimpft worden.¹⁵⁷ Manuilski sagte vor der deutschen Kommission beim EKKI, während dieser Szene habe auf dem Parteitag eine „faschistische Stimmung“ geherrscht, für die Ruth Fischer persönlich verantwortlich sei.¹⁵⁸ Heinz Neumann, KPD-Vertreter in Moskau, unterstützte Bucharin und Manuilski ebenso wie Ernst Schneller, der deutsche Vertreter im EKKI-Büro.¹⁵⁹ Hinter diesen Anwürfen steckte die Furcht, Ruth Fischer könne die KPD auf einen von Moskau unabhängigeren Kurs steuern.

Doch auch Sinowjew, der wohl eine Flucht nach vorn antrat, übte Kritik. Einmal mehr machte er „Leute wie Rosenberg, Scholem und Katz“, aber auch „teilweise Maslow und Ruth“ für den Rückgang des Einflusses der KPD in Deutschland verantwortlich.¹⁶⁰ Die KPD-Spitze wurde im August nach Moskau beordert. Rosenberg teilte später mit, dies sei auf Veranlassung Bucharins geschehen, der die Aktion „mit glänzender diplomatischer Geschicklichkeit leitete“; Franz Borkenau machte Sinowjew dafür verantwortlich.¹⁶¹ Das EKKI faßte seine Kritik in einem erneuten „Offenen Brief“ zusammen, der am 1. September

¹⁵⁶ Arthur Rosenberg, *Geschichte des Bolschewismus*, Frankfurt 1975, S. 235.

¹⁵⁷ So Bucharin in: *Der neue Kurs*, Berlin 1925, S. 11.

¹⁵⁸ SAPMO-BArch, RY 5/I 6/10/57: Protokoll Nr. 2 der Sitzung der deutschen Kommission, 12. August 1925, zit. in Kinner, *Der deutsche Kommunismus*, S. 86.

¹⁵⁹ Vgl. hierzu Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 120f.; Kinner, *Der deutsche Kommunismus*, S. 84f.

¹⁶⁰ *Der neue Kurs*, S. 17.

¹⁶¹ Vgl. Rosenberg, *Geschichte des Bolschewismus*, S. 23; Franz Borkenau, *World Communism. A History of the Communist International*, Ann Arbor 1962, S. 268 (Nachdruck der Ausgabe von 1938).

in der *Roten Fahne* erschien. Er führte zu einer politischen, vor allem jedoch personellen Neuorientierung der KPD.

Der „Offene Brief“ listete ein Sündenregister der Führung um Ruth Fischer und des Parteitages auf. Das zweideutige Verhältnis der Gruppe Fischer-Maslow zur Exekutive der Komintern habe direkt antisowjetische Tendenzen hervorgebracht und antileninistischen Theorien Vorschub geleistet; die KPD-Führung sei unfähig zu kommunistischer Gewerkschaftsarbeit; die Diktatur einer Fraktion habe die innerparteiliche Kritik erstickt und das Parteilieben absterben lassen; nach Aufgabe der politischen Haltung habe die Führung um Fischer und Maslow hin und hergeschwankt. Hingegen lobte der Brief das Auftreten Thälmanns auf dem Parteitag, die Jugendarbeit der Partei und die Beschlüsse zur Organisationsfrage, vor allem die Umstellung der Arbeit auf Betriebszellen. Dies waren Arbeitsgebiete, auf denen nicht zufällig die baldigen Widersacher Ruth Fischers federführend gewesen waren. Die Partei müsse „den sich nach links entwickelnden sozialdemokratischen Arbeitermassen gegenüber neue Formen, einen neuen Ton, einen neuen Inhalt der Agitation finden.“ Sozialdemokraten, die der KPD gegenüber aufgeschlossen wären, seien nicht nur „Agitationsobjekt“; sie sollten „als Klassenbrüder betrachtet“ werden. Dabei dürfe die Partei „keinen Augenblick vergessen, daß nach wie vor ernste rechte und ultralinke Gefahren in ihren Reihen bestehen.“ Sie könnten nur überwunden werden, indem sich die KPD noch stärker die Grundsätze des Leninismus und der Komintern aneigne und diese auf die praktischen Parteiaufgaben anwende. Das Dokument trug auch die Unterschrift von Ruth Fischer, die damit ihre faktische Demissionsurkunde unterzeichnete.¹⁶²

Somit wurde, trotz innerparteilicher Diskussionen, die Orientierung des „Offenen Briefes“ sehr rasch in der KPD durchgesetzt. Eine ZK-Tagung, zu der weitere wichtige Funktionäre hinzugezogen wurden, billigte schon am ersten September das gerade publizierte Dokument mit großer Mehrheit.¹⁶³ Fischer und Maslow blieben noch (bis zum November) Mitglieder des Polbüros. Ihre wirkliche innerparteiliche Macht war jedoch gebrochen. Ernst Thälmann, Philipp Dengel und Ottomar Geschke bildeten mit dem neuen Sekretariat den eigentlichen Führungskern der Partei. Scholem und Schlecht wurden aus dem Polbüro entfernt, Winternitz verlor seinen Posten als Abteilungsleiter für Agitation und Propaganda. „Ein Teil der Linken, die Thälmann-Gruppe, unterwarf sich vorbehaltlos den russischen Wünschen und bildete die neue loyale Zentrale“, resümierte Rosenberg im Rückblick. „Die übrigen Führer der alten deutschen Linken wurden politisch kaltgestellt und in den nächsten Jahren aus der Partei hinausgedrängt. Die Masse der Mitgliedschaft der KPD hatte seit 1923 jede revolutionäre Kampfkraft verloren, und sie klammerte sich um so fester an den russischen Mythos an.“¹⁶⁴ Erneut sah Rosenberg nicht, daß es in der KPD noch Kräfte gab, die vom „russischen Mythos“ unbeeinflusst blieben. Sie, aber auch die neue Parteiführung erkannten besser als die Ultralinken, daß sich die politische Stimmung in Deutschland geändert hatte.

Die arbeitenden Menschen, auch die meisten Kommunisten, waren der Revolutionsrhetorik, in der sich die politische Arbeit wie die Fraktionskämpfe der KPD vollzogen, schlicht

162 Offener Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und Mitglieder der KPD, in: RF, 1. September 1925.

163 Vgl. RF, 2. und 3. September 1925. Zu den Umständen vgl. Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 126f.

164 Rosenberg, *Geschichte des Bolschewismus*, S. 235.

müde. Der Schriftsteller und Journalist Axel Eggebrecht, der 1925 die KPD verließ, aber seine Verbindung zur marxistischen Linken keineswegs aufgab, schilderte in seinen Memoiren, wie das harte Klima dauernder Konfrontation Mitte der zwanziger Jahre plötzlich unzeitgemäß wurde.

Eggebrecht sah natürlich, daß das Leben damals keineswegs für alle reich und bunt war. „Hinter der prächtigen Fassade verbargen sich immer Armut, Hunger und Unzufriedenheit. An dem Glanz hatten nur Bevorzugte teil; Industrie und Wirtschaft profitierten von einer Konjunktur, die durch amerikanische Anleihen aufgeheizt wurde, bis sie in der Weltkrise von 1929 jäh endete.“ Das geistige Klima änderte sich dennoch; „dafür sorgte schon eine Meinungsfreiheit, die nicht nur ein Ideal war, sondern eine Realität.“ Die traditionelle preußische Nüchternheit lockerte sich besonders in Berlin. „Im lärmenden Trubel der Millionenstadt ereignete sich so etwas wie eine stille Revolution, ein Stückchen Emanzipation kam zutage.“¹⁶⁵

Auch die Arbeiter hatten am allgemeinen Aufschwung teil, jedoch in so bescheidenem Maße, daß von einer Verbürgerlichung des Proletariats keine Rede sein konnte. Da die Revolution ausblieb, kamen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Verteidigung der Tagesinteressen allmählich einander näher. Dies geschah vor allem im vopolitischen Raum, den Gewerkschaften, Kultur- und Sportvereinen, in der Arbeiterbildung und bei der Freizeitgestaltung. Es komme darauf an, so der sozialdemokratische Soziologe Emil Lederer, „in Ideologie, politischer Haltung und Aktion der Massen, welche dasselbe Schicksal eint, völlige Übereinstimmung und das Bewußtsein von einem gemeinsamen Ziel zu schaffen. Nur dies böte die Sicherheit für eine Evolution in Wirtschaft und Lebensschicksal, in der die inneren Strukturwandlungen unserer Epoche Gestalt und Ausdruck finden.“¹⁶⁶

Diese Überlegungen teilten auch führende SPD-Politiker, die gerade deshalb in nichtrevolutionärer Zeit den Zusammenhalt ihrer Partei durch eine wieder stärkere programmatische Hinwendung zum marxistischen Sozialismus bewahren wollten. Auf dem Heidelberger Parteitag gab sich die SPD nur zwei Wochen, nachdem die KPD-Presse den „Offenen Brief“ veröffentlicht hatte, ein neues Programm, das stärker als das bisher geltende Programm von 1921 wieder auf marxistische Grundsätze zurückgriff. Es suchte, so Wolfgang Abendroth, „durch eine systematische legale Reformpolitik zur sozialistischen Gesellschaft und zur Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel zu gelangen.“¹⁶⁷ Die KPD mochte die SPD weiterhin als Erfüllungsgehilfen der Bourgeoisie bezeichnen, die SPD der KPD erneut einen Totenschein ausstellen; die Zeiten des schlimmsten „Bruderkampfes“ schienen 1925 vorüber.

„Noch konnte man nicht vom ‚Stalinismus‘ sprechen“, schrieb die französische Historikerin Dominique Desanti. „Die KP-Führer waren keineswegs alle, und schon gar nicht *be-*

165 Axel Eggebrecht, *Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche*, Reinbek 1990, S. 218–220.

166 Emil Lederer, *Die Umschichtung des Proletariats und die kapitalistischen Zwischenschichten (1929)*, hier zit. in Klaus Schönhoven, *Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat*, München 1989, S. 101.

167 Wolfgang Abendroth, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, 3. Aufl., Mainz 1974, S. 58. Dort auch (S. 107–113) der Text des Programms. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Linkswendung der SPD eine direkte Reaktion auf die Politik der KPD gewesen sei, von der sich die SPD nach wie vor distanzierte.

dingungslos, ‚Männer Moskaus‘.¹⁶⁸ Indes begann die KPD mit der Ernennung Thälmanns zum Parteivorsitzenden den Stil nachzuahmen, in dem die russische Führung ihre Macht inszenierte, wie Eric Weitz hervorhob. Die äußerliche Anpassung an Slogans und Riten der Moskauer politischen Repräsentationskultur hatte zwar wenig oder nichts mit den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung gemein. Doch war diese Adaption sowjetischer Propaganda für die deutschen Kommunisten „eine Form politischer und psychologischer Kompensation ihrer eigenen fehlgeschlagenen Anstrengungen, den Kapitalismus zu überwinden.“¹⁶⁹

Die Führung um Thälmann begann, die regionalen Parteiorganisationen auf den Kurs des „Offenen Briefes“ einzuschwören. Doch die Berliner Bezirksleitung sprach sich Anfang September mehrheitlich dagegen aus. Auch das nächsthöhere Gremium, der Berliner Zentralvorstand, lehnte die im „Offenen Brief“ enthaltenen Richtlinien ab. Erst durch das Eingreifen des nach Berlin entsandten Komintern-Beauftragten Otto Kuusinen konnte das ZK im Berliner Zentralvorstand Unterstützung für seine Politik finden; eine Zustimmung, die am 23. Oktober mit 28 zu 24 allerdings knapp genug ausfiel.¹⁷⁰

Am 22. September erschien in der *Roten Fahne* die Kritik Rosenbergs und Scholems am „Offenen Brief“ zusammen mit der Antwort der ZK-Mehrheit. Diese verurteilte Rosenbergs und Scholems Position als „Kampfansage“ an die Politik der KPD. Beide listeten die – ihrer Meinung nach – unstreitigen Meriten der Linken im Kampf gegen Levi, Reuter und Brandler auf. Sie beklagten, daß Ruth Fischer „die feste linke Führung“ der Partei „in der leichtfertigsten Weise zerbrochen“ habe. Die Taktik der Einheitsfront sei nur als Methode der revolutionären Mobilisierung der Massen anzuwenden. Die Linie des „Offenen Briefes“ führe hingegen zum Paktieren mit allerlei nichtkommunistischen Elementen. Dies sei die Linie der „bankerotten brandleristischen Führer“ gewesen; ihre Fortsetzung würde die Partei erneut in die Hände dieser Führer fallen lassen.¹⁷¹

Die Gegenerklärung der Mehrheit um Thälmann forderte in ihrer Überschrift „Nieder mit dem kleinbürgerlichen antibolschewistischen Geist“. Geschickt unterschied sie zwei Strömungen innerhalb der ultralinken Opposition. Eine Strömung bestünde aus „guten revolutionären Arbeitern“, die von Fischer und Maslow beeinflusst seien; beide wurden jetzt ohne weiteres den Ultralinken zugeordnet. Zum anderen würden Kräfte zum offenen Kampf gegen die Komintern aufrufen und sie diskreditieren. Hier sei insbesondere Karl Korsch zu nennen. Rosenberg und Scholem gingen noch einen Schritt weiter, indem sie die allmähliche Rückeroberung der Partei durch Brandler behaupteten. Sie könnten wie Korsch auf der anderen Seite der Barrikade landen.¹⁷²

In seinen „Bemerkungen zur Parteidiskussion“, die *Die Internationale* am 1. November publizierte, betonte Rosenberg, die Linke Opposition lehne ein prinzipienloses Zusammen-

168 Dominique Desanti, *L'Internationale Communiste*, Paris 1970, S. 130.

169 Eric D. Weitz, *Creating German Communism. From Popular Protests to Socialist State*, Princeton 1997, S. 236.

170 Vgl. Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 130f., sowie die ganz im Propagandastil gehaltene, wenngleich faktenreiche Abhandlung von Wilhelm Ersil/Ernst Laboor, *Die Parteidiskussion im September–Oktober 1925 und ihre Bedeutung für die marxistisch-leninistische Entwicklung der KPD*, in: *BzG*, 8 (1966), S. 595–617.

171 Arthur Rosenberg/Werner Scholem, *Für die Einheit der deutschen Linken*, in: *RF*, 22. September 1925.

172 *Nieder mit dem kleinbürgerlichen antibolschewistischen Geist*, ebenda.

gehen mit nichtkommunistischen Kräften ab, da sie von der Instabilität der kapitalistischen Ordnung ausgehe. Ein Verwässern kommunistischer Grundsätze würde die Partei ideologisch entwaffnen und politisch im entscheidenden Augenblick, da die Machtfrage stehe, lähmen. Der Brief des EKKI habe zwar zur Beseitigung der „Führer-Karikatur der Ruth-Fischer-Gruppe“ geführt, schade aber der KPD, da er die linke Kritik an Fischer und Maslow als antibolschewistisch abwerte. Unter den Parteirechten sei es gang und gäbe geworden, die gesamte linke Kritik an der KPD-Politik als ultralinks zu denunzieren.¹⁷³

Vom 31. Oktober bis zum 1. November trat in Berlin die 1. Reichskonferenz der KPD zusammen. Die Hauptgefahr in der Partei, erklärte Thälmann im Grundsatzreferat unmißverständlich, seien die Ultralinks. Die Kritik sowohl an der Gruppe um Rosenberg, Scholem und Katz wie auch an Ruth Fischer und Arkadij Maslow machte deutlich, daß er jetzt beide Strömungen unter diesem Begriff zusammenfaßte. Auch der rechte Parteiflügel erhielt eine Rüge, wenngleich weniger harsch. Thälmann forderte Paul Frölich und seine Freunde auf, sich von Brandler zu trennen. Die rechte Fraktion sei aufzulösen und das ZK bedingungslos zu unterstützen.¹⁷⁴

Nach der Tagung kam es zu einer Umgruppierung innerhalb der Parteilinken. Auf einer Konferenz kommunistischer Parteiarbeiter, also von Funktionären der mittleren Ebene, erhielt am 21. Dezember eine Resolution der Ultralinks eine Mehrheit von 365 gegen 306 Stimmen.¹⁷⁵ Sie kam durch ein gemeinsames Abstimmungsverhalten von Anhängern Ruth Fischers mit Ultralinks zustande. Die Parteiführung handelte umgehend.

Am 8. Januar 1926 berief die Bezirksleitung Hannover eine Konferenz ein, die über den Ausschluß von Iwan Katz beriet. Doch diese und die am nächsten Tag anberaumte Tagung erklärten sich mehrheitlich gegen einen Ausschluß. Als die lokale Parteizeitung eine Kampagne gegen Katz startete, den Druck seiner Stellungnahme jedoch ablehnte, besetzte Katz mit seinen Anhängern am 11. Januar das Pressegebäude. Es kam zu Schlägereien. Auf beiden Seiten waren Angehörige des Roten Frontkämpferbundes, der paramilitärischen Schutztruppe der KPD, beteiligt. Die eingreifende Polizei vertrieb die Gruppe um Katz aus dem Gebäude. „Schutzpolizeileute und Angehörige des RFB säubern *gemeinsam* die Straße“, bemerkte der *Vorwärts* mit süffisantem Unterton.¹⁷⁶ Katz und seine Anhänger wurden aus der Partei ausgeschlossen. Sie gründeten eine KPD-Opposition (Linke KPD), die aber ohne jeden Einfluß blieb.¹⁷⁷ Es blieb Rosenberg, Scholem, aber auch Korsch nichts anderes übrig, als sich von Katz zu distanzieren, um dem Parteiausschluß zu entgehen. Sie gaben allerdings dem ZK die Hauptschuld an der Zuspitzung der Vorgänge.¹⁷⁸

Ende 1925 kam es zu einer temporären Wirtschaftskrise, die der KPD und ihrer entschiedenen Kapitalismuskritik einen gewissen Zulauf brachte. Dies zeigte sich zwischen 1925

173 Arthur Rosenberg, Einige Bemerkungen zur Parteidiskussion, in: Die Internationale, 8 (1925), S. 693–697.

174 Thälmanns Rede ist abgedruckt in: RF, 3. November 1925. Zur Konferenz vgl. auch Winkler, Der Schein der Normalität, S. 426f., und Otto Langels, Die ultralinke Opposition in der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt etc. 1984, S. 78ff.

175 Vgl. RF, 25. Dezember 1925.

176 Vorwärts, 12. Januar 1926. Vgl. auch die Berichterstattung in der *Roten Fahne* vom 12. und 14. Januar.

177 Zur Katz-Gruppe vgl. Siegfried Bahne, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“. Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in: VfZ, 9 (1961), S. 359–383, bes. S. 366ff.

178 Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 2, Dokument 7.

und Februar 1926 bei den Wahlen der Ortsleitungen in verschiedenen Gewerkschaften.¹⁷⁹ Außerdem verstand es die KPD, wachsende Sympathien für die Sowjetunion, die sich in der Konsolidierungsphase der Neuen Ökonomischen Politik befand, in ihrem Sinne zu nutzen. Sie organisierte eine Reihe von Arbeiterdelegationen, der auch Gewerkschafter und Sozialdemokraten angehörten, die die UdSSR besuchten. Sogar die SPD-Presse berichtete mit verhaltener Sympathie über diese Reisen.¹⁸⁰ Hinzu kam, daß auch sowjetische Gewerkschaftsfunktionäre, vor allem aber Künstler und Wissenschaftler, in zunehmendem Maße nach Deutschland reisten (die Ausreise aus der Sowjetunion war noch nicht verboten). Das Niveau der Auftritte sowjetischer Wissenschaftler hinterließ unter der deutschen Intelligenz seine Wirkung.¹⁸¹ Auch solche Kontakte, wenngleich sie nicht durch die KPD direkt vermittelt waren, kamen ihr und ihrer Führung zugute.

Das wichtigste Ergebnis, das die Thälmann-Führung ihrer Politik des „Offenen Briefes“ zuschrieb, war jedoch die gemeinsam mit der SPD und linksbürgerlichen Intellektuellen inszenierte Kampagne zur entschädigungslosen Enteignung der deutschen Fürstenhäuser. Das Volksbegehren wurde Ende 1925/Anfang 1926 von etwa 12,5 Millionen Bürgern unterstützt. Die bürgerlichen Parteien wandten sich, mit Ausnahme der DDP, dagegen. Sie riefen zum Boykott des Volksentscheids auf. Am 20. Juni 1926 wurden die Deutschen zur Abstimmung an die Urnen gerufen. Dabei sprachen sich 14,5 Millionen, etwa 36 Prozent aller Stimmberechtigten, für die entschädigungslose Enteignung aus. Die Annahme eines entsprechenden Gesetzes durch den Reichstag hätte jedoch die absolute Mehrheit aller Wahlberechtigten, rund 20 Millionen Stimmen, erfordert, da die Reichsregierung dieses Gesetz als verfassungsändernd erklärt hatte.¹⁸² Dennoch stellte diese Initiative die wichtigste Massenaktion der Arbeiterparteien in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik dar. In der KPD wuchs tendenziell die Erkenntnis, daß die bürgerliche Demokratie den sozialistischen und kommunistischen Kräften für ihren Kampf Vorteile bot.

All dies trug zum Zerfall der ultralinken Opposition bei. Am 24. Januar 1926 traf sie sich zwar noch zu einer Reichskonferenz in Berlin, doch brachen starke Meinungsverschiedenheiten auf. Scholem und Rosenberg wandten sich gegen Korsch's Auffassung, mit der Katz-Gruppe weiterhin zusammenzuarbeiten, und verließen die Tagung. Auf einer weiteren Konferenz brachen Hans Weber und einige Anhänger Anfang März mit der Gruppe Korsch-Schwarz. Die verbliebene Gruppierung nannte sich nun trotzig *Entschiedene Linke*, mußte sich jedoch am 16. März ebenfalls von Katz distanzieren, da er „rote Kampfverbände“ propagiere sowie gegen die Partei und die Gewerkschaft aufträte.¹⁸³

Im Februar und März fand die 6. Erweiterte EKKI-Tagung in Moskau statt. Ernst Schwarz erklärte, daß er mit den nach Moskau reisenden Rosenberg und Scholem „politisch

179 Vgl. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, S. 234.

180 Vgl. aus DDR-Sicht die Arbeit von Claus Remer, *Deutsche Arbeiterdelegationen in der Sowjetunion. Die Bedeutung der Delegationsreisen für die deutsche Arbeiterbewegung in den Jahren 1925/1926*, Berlin 1963.

181 Vgl. als Beispiel den Aufenthalt des Historikers Jerussalimski in Deutschland 1924/25, bei Erika Stoecker, A. S. Jerussalimski. *Deutsche Geschichte im Leben eines sowjetischen Historikers und Kommunisten*, Berlin 1980, S. 17f.

182 Vgl. Michael Stürmer, *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928*, Düsseldorf 1967, S. 155ff.

183 Vgl. den Bericht in: *Inprekorr*, 23. April 1926, S. 907f.

nichts zu tun habe“, und auch die Weddinger Oppositionsgruppe distanzierte sich von beiden.¹⁸⁴ Karl Korsch fühlte sich, wie er dem ZK schrieb, durch die Politik von Rosenberg und Scholem „in keiner Weise vertreten.“¹⁸⁵

Die EKKI-Tagung bekräftigte, daß „unter günstigen Umständen die Kommunisten Teilforderungen aufzustellen (haben), die geeignet wären, auch halbproletarische und kleinbürgerliche Schichten um sich zu scharen.“¹⁸⁶ Sie setzte eine deutsche Kommission ein. Die neuen Machtverhältnisse im internationalen Kommunismus wurden deutlich, als Stalin den Vorsitz dieser Kommission übernahm, obwohl er die deutsche Sprache nicht beherrschte. Er und Bucharin wiesen den Vorwurf der Ultralinken zurück, die Komintern betreibe eine Politik im Interesse des sowjetischen Staates. Thälmann betonte, „der innerparteiliche Feind steht ultralinks.“ Scholem und die Ultralinken hätten sich mit Katz solidarisiert, obwohl dieser „ein Agent der Bourgeoisie“ sei. Auch Ruth Fischer habe früher hinter Katz gestanden. Überhaupt seien die Kennzeichen ihres Regiments in der Partei „doppelte Buchführung gegenüber dem EKKI, persönliche Diktatur, Verkennung der Rolle der Partei, antidemokratischer innerparteilicher Kurs“ gewesen. Die russische Partei sei die Führerin der Komintern, da sie bisher als einzige die proletarische Revolution zum Siege geführt habe.¹⁸⁷

Rosenberg sah, daß die linke Opposition gegen die Thälmann-Führung zu Staub zerfiel, und er zog seine Konsequenzen. Noch auf der EKKI-Tagung verließ Rosenberg die Gruppe der Ultralinken. Um seinen Abgang nicht allzu schroff erscheinen zu lassen, stimmte er der Linie des EKKI mit der Begründung zu, die Linke sei, und zwar durch Ruth Fischers Schuld, bereits 1925 „elend zugrunde gegangen“, hauptsächlich durch ihre und Maslows „Volksblock-Theorie“, die er als „schlimmste rechte Abweichung“ kritisierte.¹⁸⁸ Ruth Fischer und Hugo Urbahns traten zwar noch mit einer eigenen Erklärung vor das Plenum, doch blieb diese wirkungslos.¹⁸⁹ Scholem hielt an seiner Opposition gegenüber der Parteiführung fest und näherte sich in der Folgezeit Ruth Fischer an. Diese behauptete im Juni, daß Rosenberg „ihre endgültige Erledigung wolle.“¹⁹⁰ Korsch behielt in einer Rede vor Redakteuren und Politsekretären der KPD am 16. April zwar noch seine doppelte Frontstellung gegen die Führung um Thälmann und gegen Ruth Fischer bei, doch nützte ihm dies politisch nichts: Am 3. Mai wurde er aus der KPD ausgeschlossen.¹⁹¹ Rosenberg hatte seine enge Verbindung zu Korsch trotz zeitweiliger politischer Differenzen aufrechterhalten: An einem nicht näher bezeichneten Datum, aber wohl kurz vor Korschs Ausschluß, sprach dieser in einer von Rosenberg geleiteten KPD-Versammlung.¹⁹²

184 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/65, Bl. 109f. Das ZK-Sekretariat hatte am 12. Februar die Teilnahme Rosenbergs am EKKI-Plenum beschlossen; vgl. ebenda, RY 1/I 2/5/33a, Bl. 4.

185 Ebenda, Bl. 110: Korsch an das ZK der KPD.

186 Erweiterte Exekutive (Februar/März 1926). Thesen und Resolutionen, Hamburg 1926, S. 48f.

187 Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, 17. Februar–15. März 1926, Hamburg 1926, S. 633f.

188 Ebenda, S. 181.

189 Vgl. ebenda, S. 581–585.

190 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/5/33b: Bericht an die deutsche (EKKI-)Vertretung in Moskau, 15. Juni 1926.

191 Korsch's Rede, die seinen Ausschluß besiegelte, ist (mit Dokumenten) wiederabgedruckt in: Karl Korsch, Politische Texte, hg. von Erich Gerlach und Jürgen Seifert, Frankfurt 1974, S. 70–113.

192 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/5/33b: An die deutsche Vertretung beim EKKI, 18. Juni 1926.

Rosenberg war dem Ausschluß entgangen. Die Parteimitgliedschaft blieb ihm wichtig genug, um die Politik der Führung nunmehr diskussionslos zu vertreten. Das ZK konnte der deutschen Vertretung beim EKKI mit Befriedigung melden, Rosenberg habe auf der 7. ZK-Tagung ein „instruktives Referat“ über die Lehren des englischen Generalstreiks gehalten,¹⁹³ obgleich er noch Ende 1925 ganz auf den „linken Flügel“ der britischen KP und die Gewerkschaftsopposition gesetzt hatte.¹⁹⁴ Er wollte offenkundig eine Isolierung innerhalb der Partei vermeiden. Doch es wurde zunehmend deutlich, daß er nicht mehr zum inneren Kreis der Parteileitung gehörte. Doch abseits aller Fraktionskämpfe fand er in seiner Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter ein Arbeitsfeld, das seinen Interessen entsprach – die Mitarbeit im Untersuchungsausschuß für die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918.

4. Als Historiker im Reichstag

In seiner ersten Wahlperiode, die durch die Reichstagswahlen im Dezember 1924 ein überraschendes Ende fand, hatte Rosenberg das Parlament fast ausschließlich als Bühne für agitatorische Reden benutzt. Am 26. August hatte er, anknüpfend an Nietzsches Wort „Was fällt, soll man noch stoßen“ verkündet: „Diese fallende Republik werden wir stoßen, daß sie das Schicksal erhält, das sie verdient.“¹⁹⁵ Danach ergriff er bis zur Neuwahl des Reichstags am 7. Dezember dort nicht mehr das Wort. Zwischen seinen vielen Parteifunktionen und der noch immer fortgeführten Lehrtätigkeit an der Berliner Universität hin- und hergerissen, fehlte ihm wohl auch die Zeit zur konzentrierten Ausübung seines Mandats. Im Dezember 1924 wiedergewählt, nahm er an der Arbeit verschiedener Ausschüsse teil. Über die Arbeit im Barmat-Untersuchungsausschuß berichtete er am 18. Februar 1925 Arbeitern seines Berliner Wahlkreises, er vertrat, gemeinsam mit Walter Stoecker, die KPD im Handelsvertragsausschuß und im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten; im letztgenannten Gremium arbeitete auch Ruth Fischer mit.¹⁹⁶ Zeitweilig war er Mitglied des Kreditausschusses, doch kritisierte ihn sein dort ebenfalls vertretener Genosse Stoecker wegen mehrmaligen Fehlens. Die der Partei dadurch verlorengelassenen Diäten solle er aus seinem persönlichen Aufkommen erstatten, legte das ZK fest.¹⁹⁷

In den Reichstagsdebatten hielt sich Rosenberg an die von der KPD vorgegebene Linie, ohne eigene fraktionelle Interessen zu propagieren. So wiederholte er am 20. Mai 1925 die bekannte Position der KPD bezüglich des deutschen Eintritts in den Völkerbund. Man wisse allgemein, so Rosenberg, „daß der Völkerbund der Apparat für den kommenden Kampf gegen Rußland ist, und wenn Deutschland dem Völkerbund beitrifft, wird Deutschland ein Instrument, um diesen kommenden Krieg gegen Sowjet-Rußland zu unterstützen.“ Es sei außerordentlich bedauerlich, wandte sich Rosenberg an die SPD-Fraktion, „daß die Sozial-

193 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/5/33b: Bericht an die deutsche (EKKI-)Vertretung in Moskau, 8. Juni 1926.

194 Ebenda, RY 1/I 2/3/170: Arthur Rosenberg, Vorschläge zur Politik der Partei, 29. Dezember 1925, Bl. 183.

195 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 381, Sp. 950.

196 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/7.03/28: KPD, ZK, Parlamentarische Arbeit, Bl. 37R, 42–44, 68, 70.

197 Vgl. ebenda, Bl. 20.

demokratie ... aus den innenpolitischen Gegensätzen zum Kommunismus heraus diese gefährlichen Bestrebungen unterstützt und ihre Hand für diese Pläne bietet, die tatsächlich heute die reale Kriegsgefahr sind.“¹⁹⁸

Gelegentlich konnte er sein historisches Wissen in die Debatte werfen und so etwas Abwechslung in das Parlament bringen. Während der Kampagne um die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser wandte er sich an die Abgeordneten der Zentrumsfraktion. „In der deutschen Vergangenheit“, so Rosenberg, „haben jedesmal, wenn es eine große Umwälzung gab, die Fürsten es verstanden, daraus ihren Profit zu ziehen. Das war erstens in der Reformationszeit der Fall, als eine sehr große Zahl deutscher Fürsten nur deshalb zum evangelischen Glauben übertrat, um dann einen Vorwand zu haben, der es ihnen ermöglichte, die Klöster und geistlichen Besitztümer zu beschlagnahmen. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß die Bischöfe sich feierlich mit ihrer Autorität für die Legalisierung und Konservierung dieses Raubs der katholischen Kirche eingesetzt haben.“

Die zweite Periode einer systematischen Enteignung anderer durch die deutschen Fürsten war das Zeitalter Napoleons: „In der berühmten Reichsdeputation, die damals die Neugestaltung Deutschlands vornahm, haben gerade die Dynastien, um die es sich heute handelt, Hohenzollern und Wittelsbach und Wettin und das Württemberger Haus, es verstanden, in Mittel- und Süddeutschland gewaltige Besitztümer an sich zu reißen“, erklärte er am 29. Juni 1926.¹⁹⁹ Doch das Zentrum war durch diese historisch richtigen Argumente nicht von seiner Verteidigung des fürstlichen Privateigentums abzubringen.

Einmal zeigte Rosenberg im Parlament sein Wissen als Althistoriker. Am 3. August 1925 verteidigte er in einem Angriff auf die deutsche Umsatzsteuer das römische Steuersystem. Es habe keine Umsatzsteuer gekannt; „ein System, wie es unter Augustus war, wo die arme Bevölkerung Brot umsonst hatte und ein Jahr mietfrei wohnen konnte.“ Ein Opponent erwiderte spöttisch, Rosenberg möge nicht so heftig gegen die Umsatzsteuer sprechen, da sie doch von dem in seiner *Geschichte der römischen Republik* so gelobten Kaiser Augustus erfunden worden sei. Rosenberg parierte den Zwischenruf. Wenn schon in dieser „parlamentarischen Einöde“ auch einmal so interessante Dinge zur Sprache kämen wie die Verhältnisse unter dem Kaiser Augustus, möchte er darauf hinweisen, daß die Lage der Massen vermutlich damals besser gewesen sei als heute. Hätte er die Wahl, so Rosenberg, würde er trotz der Umsatzsteuergesetze lieber im Rom des Augustus leben als in der jetzigen Republik.²⁰⁰

Doch die bei weitem wichtigste parlamentarische Arbeit leistete Arthur Rosenberg im Untersuchungsausschuß für die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Weltkrieg. Dies war einer von vier Ausschüssen, die eine ganze Reihe von Fragen militärischer, diplomatischer, außen- und innenpolitischer Natur klären sollten, welche im Zusammenhang mit der Kriegsniederlage standen. Diese Niederlage war von vielen Deutschen geistig immer noch nicht akzeptiert, und die Republik wurde allgemein als Produkt jener Niederlage, nicht

198 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 385, Sp. 1974.

199 Ebenda, Bd. 390, Sp. 7692.

200 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 387, Sp. 3905f. An den (oft überfrachteten) Geschichtsdebatten der KPD beteiligte sich Rosenbergs indes so gut wie nicht. Vgl. aus DDR-Sicht Klaus Kinner, *Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD*, Berlin 1982.

aber einer demokratischen Volksbewegung, angesehen. Dieser 4. Untersuchungsausschuß hatte sich bereits am 2. Oktober 1919 konstituiert, aber bis zu Rosenbergs Eintritt im August 1925 im wesentlichen nur die Gründe für den militärischen Zusammenbruch behandelt. Nunmehr befaßte er sich mit den Ursachen des „inneren“ Niedergangs.²⁰¹

Die Arbeit des Ausschusses erregte die Öffentlichkeit insbesondere durch das *Dolchstoßproblem* und die damit zusammenhängenden rechtlichen Fragen. Woher der Terminus kam, war ursprünglich unklar. Erst 1945 berichtete der englische Historiker Lindley Fraser, unmittelbar nach dem Waffenstillstand habe General Neill Malcolm an Ludendorff die Frage gerichtet: „You mean that you were stabbed in the back?“²⁰² In der Weimarer Republik galt Ludendorff allgemein als „Erfinder“ der „Dolchstoß“-Propaganda, doch auch Friedrich Ebert hatte das Seine zur Verbreitung dieser Denk- und Propagandafigur getan, mit der die gesamte politische Rechte der Sozialdemokratie die Schuld an der Kriegsniederlage zuschob. Am 10. Dezember 1918 hatte der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten den heimkehrenden Truppen in Berlin zugerufen: „Seid willkommen von ganzem Herzen, Kameraden, Genossen, Bürger. Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat Euch überwunden.“ Doch gerade die unmittelbar danach geäußerte Bemerkung: „Und gerade Eurem Heldenmute gegenüber war es Pflicht, nicht noch zwecklosere Opfer von Euch zu fordern“, wurde zum Angriffspunkt seitens der republikfeindlichen Rechten.²⁰³

Die von ihnen jahrelang betriebene Kampagne, den nunmehrigen Reichspräsidenten als „Vaterlandsverräter“ zu beschuldigen, der das unbesiegte Heer im November 1918 zurückgerufen, ja, durch die Entfesselung des „Umsturzes“ Deutschland von innen her zu Fall gebracht und somit der Entente ausgeliefert habe, entsprach zwar keineswegs den Tatsachen, entlastete aber die wirklich für Krieg und Niederlage Verantwortlichen in der Regierung und der Obersten Heeresleitung. Rosenberg sah sich durch seine Mitarbeit von der Tatsache herausgefordert, daß etablierte Historiker die „Dolchstoßlegende“ wissenschaftlich nicht widerlegten, obwohl das Quellenmaterial dies möglich gemacht hätte.²⁰⁴

Rosenberg übernahm die Funktion im Ausschuß nach dem Tode des bisherigen KPD-Vertreters Emil Eichhorn. Noch war der sogenannte Magdeburger Beleidigungsprozeß, in dessen Ergebnis Ebert nicht im strafrechtlichen Sinne Landesverrat begangen habe, doch moralisch andere Wertungen zulässig seien, in aller Munde. Im Herbst 1925 stand das Thema während des Münchener Dolchstoßprozesses wieder im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Martin Gruber, Redakteur der sozialdemokratischen *Münchener Post*, hatte dem Herausgeber der rechtsradikalen *Süddeutschen Monatshefte* Paul Cossmann vorgeworfen, mittels gefälschter Materialien die SPD des Landesverrats zu zeihen. Nachdem Cossmann erklärte, seine Vorwürfe richteten sich gegen die „Anstifter“ der Revolution, nicht gegen die SPD-Führung als solche, wurde Gruber wegen Beleidigung und übler Nachrede verurteilt.

201 Zur Entstehungsgeschichte des Ausschusses vgl. Ulrich Heinemann, *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik*, Göttingen 1983, bes. S. 177ff.

202 Lindley Fraser, *Kriegsschuld und Propaganda. Deutschland zwischen zwei Weltkriegen*, Zürich 1947, S. 31f.

203 Die Rede Eberts ist abgedruckt in seinen „Schriften, Aufzeichnungen, Reden“, Bd. 2, S. 127–130, beide Zitate S. 127.

204 Vgl. Hans Schleier, *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik*, Berlin 1975, und Bernd Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980, bes. S. 248ff., 309ff.

Indem die SPD-Führung indirekt einräumte, der Kampf um die Beendigung des Krieges, der 1918 in die Revolution mündete, habe etwas mit Hoch- und Landesverrat zu tun, wick sie vor den antidemokratischen Kräften zurück.²⁰⁵

Den Ausgangspunkt für die parlamentarische Untersuchung wie für die Diskussionen im Ausschuß bildete die Analyse, die General Hermann von Kuhl über Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der deutschen Offensive 1918 gab. Sie sei in erster Linie an der materiellen Überlegenheit des Gegners gescheitert, doch habe auch die „Wührarbeit“ der USPD im Inneren beträchtliche negative Folgen gezeigt.²⁰⁶

Stieß von Kuhls Gutachten allgemein auf Zustimmung bis in Kreise der gemäßigten Rechten, lehnte eine Minderheit der deutschen Öffentlichkeit und der im Untersuchungsausschuß arbeitenden Sachverständigen diese Interpretation ab. Der Sozialdemokrat Simon Katzenstein konstatierte nach vierjährigem Krieg einen inneren Verfall der deutschen Armee, vor allem aber seien Deutschlands „herrschende Kreise“ – Offiziere, Bürokraten und kapitalistische „Kriegsgewinnler“ – in erster Linie für die Kriegsniederlage verantwortlich.²⁰⁷ Die Ausschlußmehrheit ging über Katzensteins Analysen jedoch hinweg; sein entsprechendes Gutachten kam nicht einmal in die veröffentlichten Materialien.

Über die Einwände eines anderen Sachverständigen konnte sich der Ausschuß nicht hinwegsetzen: Der Militärgeschichtler Hans Delbrück kritisierte die Umkehr der Ziel-Mittel-Relation zwischen militärischen Operationen und diplomatischen Aktionen im letzten Kriegsjahr. Im Gegensatz zu von Kuhl betonte Delbrück, daß nur der Verzicht auf alle territorialen Ansprüche die Kriegsbereitschaft von Armee und Reich gewahrt hätte. Delbrück lastete Ludendorff das Scheitern eines Verständigungsfriedens an. Ludendorff sei aus Ehrgeiz, Überhebung und Mangel an Verantwortungsgefühl in hohem Maße an Deutschlands Unglück schuldig geworden.²⁰⁸ Obwohl ein anderer Sachverständiger, Oberst Bernhard Schwertfeger, Delbrücks Stellungnahme anfocht, mußte er einräumen, Ludendorff habe durch „übertriebene Heldenverehrung“ die Oberste Heeresleitung in eine Rolle gebracht, der sie nicht gewachsen gewesen sei.²⁰⁹ Hingegen unterstützte der BVP-Abgeordnete Bernhard Deermann Delbrück in wesentlichen Punkten.²¹⁰

Dies war der Stand der Debatte, als Rosenberg dem Untersuchungsausschuß beitrug. Er wies die Behauptung, die linksradikale Bewegung habe den Sieg der Entente über Deutschland herbeiführen wollen, mit dem Hinweis auf Rußland zurück.

„Auch die Bolschewiki haben auf das entschiedenste den revolutionären unterirdischen Kampf gegen die zaristische Regierung geführt, und Lenin hat vor der Konsequenz nicht zurückgeschreckt, daß dieser revolutionäre Kampf auch die Niederlage der eigenen Regie-

205 Vgl. Ludwig Ritter von Rudolph, *Die Lüge, die nicht stirbt. Die Dolchstoßlegende von 1918*, Nürnberg 1958, S. 78ff. Aus DDR-Sicht vgl. Joachim Petzold, *Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus*, Berlin 1963, S. 104ff.

206 Vgl. hierzu und zum folgenden: Albrecht Philipp (Hg.), *Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918* (Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags, Reihe 4), Bd. 1–12, Berlin 1925–1931). Von Kuhls Gutachten ist abgedruckt im Bd. 3, S. 87ff. Die Reihe wird weiterhin zitiert als: *Ursachen*.

207 *Ursachen*, Bd. 1, S. 84; vgl. auch ebenda, S. 41.

208 Ebenda, Bd. 3, S. 358f.

209 Ebenda, Bd. 2, S. 327f.

210 Ebenda, Bd. 1, S. 284ff.

„zunächst im ersten Akt fördern müßte“, erklärte Rosenberg am 2. Dezember 1925 vor dem Ausschuß. „Aber die Konsequenz sollte dann nicht sein, daß etwa Rußland vor seinen Feinden kapituliert, sondern daß durch die Weitertragung der Revolution auch die Existenz des russischen Volkes gewahrt werden sollte, oder, wenn nur in Rußland die Revolution ausbrach und die anderen Länder blieben noch auf dem Boden des Kapitalismus, daß dann die Revolution in Rußland das Recht und die Pflicht hatte, sich zu verteidigen.“²¹¹

Rosenberg bestritt die verbreitete Auffassung, es habe auf der Linken nur zwei Strömungen gegeben, eine, die die Landesverteidigung im Krieg bejahte, eine andere, die sie ablehnte. In Wirklichkeit existierten in der Arbeiterbewegung drei voneinander getrennte Flügel: auf der Rechten die SPD, in der Mitte die USPD, auf der Linken der Spartakusbund. Man dürfe den Unterschied, der sich während des Krieges innerhalb der USPD zwischen der gemäßigten Ledebour-Gruppe und der linksradikalen Gruppe um Liebknecht auftrat, nicht übersehen. Dieser Unterschied war noch größer als der zwischen USPD und Mehrheitssozialdemokratie. Die Mehrheit innerhalb der USPD habe sich gegen den Burgfrieden und für einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen ausgesprochen, aber gesetzwidrige Aktionen abgelehnt. Nur der Liebknecht-Luxemburg-Flügel, der spätere Spartakusbund, habe die Revolution und die sozialistische Republik angestrebt.²¹²

Rosenberg wandte sich gegen die Meinung mehrerer ehemaliger Marineoffiziere, die vor dem Ausschuß behaupteten, der Krieg hätte anders ausgehen können, „wenn nicht die USPD durch ihre Agitation 1917/18 die Marine unterwühlt, dann den Marineaufstand herbeigeführt, die Seeschlacht verhindert und so den Zusammenbruch der Front verschuldet hätte.“²¹³ Diese Behauptungen seien völlig falsch, denn die USPD habe die Landesverteidigung nicht prinzipiell abgelehnt; sie sei überhaupt keine revolutionäre Partei gewesen, so Rosenberg. Die Linksradikalen hätten andererseits keinerlei Einfluß auf die Ereignisse in der Flotte gehabt, ja, die meuternden Matrosen hätten von der Existenz der Spartakusgruppe nichts gewußt.²¹⁴

Hier verteidigte Rosenberg die Linken mit den falschen Argumenten. Der Aufstand begann in der Flotte, nachdem die Admirale den Befehl zum Auslaufen gegeben hatten, um die Verbindung zwischen England und dem Festland zu durchbrechen. Rein militärisch, so Rosenberg, sei dieser Flottenvorstoß weder ein Abenteuer noch eine Todesfahrt gewesen, denn Scapa Flow, der Hauptstützpunkt der britischen Flotte, war leicht zu erreichen, die U-Boote gaben Deckung und die englische Panzerflotte war durch ihre eigenen Minen behindert. Die aufständischen Matrosen sahen dies jedoch anders: Sie erhoben sich, weil sie nicht in einem sinnlosen militärischen Abenteuer, das einer Todesfahrt glich, geopfert werden wollten.²¹⁵

211 Ebenda, Bd. 4, S. 97.

212 Vgl. ebenda, S. 98f. Archivrat Volkmann bestritt die Schärfe einer solchen Differenz innerhalb der USPD (vgl. ebenda, Bd. 5, S. 294), Ludwig Bergsträsser stimmte Rosenberg zu (vgl. ebenda, Bd. 4, S. 123).

213 Ebenda, S. 99.

214 Ebenda, S. 104.

215 Rosenberg versuchte vor dem Ausschuß zuerst, den Versuch des Auslaufens der Flotte als Insubordination der Admirale, besonders Scheers, gegenüber der Regierung darzustellen. Das war falsch. Vgl. ebenda, S. 169 (Sitzung vom 4. Februar 1926).

Korvettenkapitän Wilhelm Canaris (der spätere Chef des Geheimdienstes der Wehrmacht) behauptete als Sprecher der Marineleitung, die Flotte sei keineswegs von inneren Gegensätzen zwischen Offizieren und Mannschaften zerrissen, sondern ein gesunder Körper gewesen, alle Unregelmäßigkeiten seien als Folge äußerer Einwirkung anzusehen. Darüber erbittert, beantragte Rosenberg eine Beratung, ob das Auftreten von Canaris, der verdächtigt wurde, einem der Mörder von Luxemburg und Liebknecht zur Flucht verholfen zu haben, nicht als Brückierung des Ausschusses zu betrachten sei. Der SPD-Abgeordnete Julius Moses äußerte sich ähnlich. Canaris verließ daraufhin den Saal.²¹⁶

Die Gegensätze zwischen Matrosen und Offizieren seien unleugbar, die Forderungen der Matrosen aber gemäßigt und frei von jedem Einfluß der Spartakusgruppe gewesen; die Matrosen hätten sich über Fragen der Grußpflicht den Kopf zerbrochen, behauptete Rosenberg. Sie seien „Kinder, keine Revolutionäre“ gewesen.²¹⁷ Damit trug er den revolutionären Aktionen der Matrosen nicht Rechnung. „Es war bezeichnend“, so Rosenberg, daß „ein so ausgesprochener Konservativer wie Herr Noske ohne weiteres imstande war, das Oberkommando in Kiel zu übernehmen, daß ohne den geringsten Widerstand die Matrosen von Kiel sich Herrn Noske, dessen politische Stellung damals schon bekannt war, gefügt haben. Wenn irgendeine Spartakus-Gruppe oder eine breitere USPD-Gruppe vorhanden gewesen wäre, hätten diese Herrn Noske niemals als Führer geduldet.“²¹⁸ Daß Noskes wirkliche Rolle den Matrosen bekannt gewesen war, darf jedoch mit gutem Grund bezweifelt werden.

„Die Revolution ging aus von Kiel und Hamburg und von München, also von Gebieten, wo die linksradikale Bewegung keine wesentliche Rolle gespielt hat. Hamburg ist eine Hochburg der Mehrheitssozialdemokraten gewesen.“ Weder die USPD noch die Linksradikalen hätten irgendeinen nennenswerten Einfluß unter den Soldatenräten der Novemberrevolution besessen, diese hätten zu 95 Prozent hinter der SPD gestanden.²¹⁹ Im November 1918 sei der nationale Widerstand nicht wegen der Revolution zusammengebrochen, sondern umgekehrt: Die Revolution sei ausgebrochen, weil das deutsche Volk den Krieg nicht fortsetzen konnte, weil es „rein physisch so ausgepumpt war, ... daß keine Regierung daran etwas ändern konnte.“²²⁰

Der deutschnationale Ausschußvorsitzende Albrecht Philipp kommentierte Rosenbergs Vortrag mit der Bemerkung, der Referent habe „bei seinem Bericht gewissermaßen seine Person gespalten und in seinen Ausführungen einen deutlichen Einschnitt gemacht: Zuerst hat er als Gelehrter rein wissenschaftlich gesprochen, hinterher brachte er aber sein persönliches politisches Urteil.“ Dennoch unterstützten ihn anschließend mehrere Zeugen.²²¹

Erich Otto Volkmann, Archivrat im Reichsarchiv, betonte indes, in Berlin habe sich schon im November 1918 ein Revolutionskomitee gebildet. „Als das Revolutionskomitee

216 Vgl. ebenda, Bd. 9/1, S. 139f. (Sitzung vom 23. Januar 1926). Canaris war bereits Anfang November 1918 Verbindungsoffizier Noskes in Kiel geworden. Vgl. Klaus Gietinger, *Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L.*, Mainz 1993, S. 14.

217 Ursachen, Bd. 4, S. 105.

218 Ebenda, S. 106.

219 Ebenda, S. 110. An anderer Stelle wiederholte Rosenberg, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeiter nicht bolschewistisch gesinnt war. Der Spartakusbund habe „zahlenmäßig einen winzigen Anhang“ gehabt. Ebenda, Bd. 7/1, S. 259 (Sitzung vom 14. Mai 1926).

220 Ebenda, Bd. 4, S. 114.

221 Vgl. ebenda, S. 333 (Sitzung vom 19. März 1926).

etwas tun wollte, war schon ganz Deutschland revolutioniert. Berlin ist hinterhergekommen“, erwiderte Rosenberg.²²² Volkmann behauptete, die Revolution habe ein Chaos erzeugt; infolge der sich hieraus ergebenden Verwirrung sei die deutsche Ostfront zerbrochen und so der Verlust von Posen und Westpreußen verursacht worden, die sonst vielleicht deutsch geblieben wären. Rosenberg wies darauf hin, daß zu diesem Zeitpunkt der Krieg bereits verloren war. Ein Verständigungsfriede sei nicht mehr möglich gewesen. Wenn man meine, „vielleicht hätte man aber eine etwas bessere Grenze im Osten haben können, so ist das bei einem so ungeheuren weltgeschichtlichen Ereignis wie der deutschen Niederlage 1918 nicht allzuviel. Damit ist von diesen Herren eigentlich die Dolchstoßlegende aufgegeben worden“; hierin täuschte sich Rosenberg.²²³ Doch konnte er festhalten, daß die extreme Variante der „Dolchstoßtheorie“, wie sie die *Süddeutschen Monatshefte* propagierten, im Ausschuß keine Rolle spielte; jene Legende, wonach die Entscheidung im Herbst 1918 „an einem kleinen Faden“ gehangen und die Aktion der meuternden Matrosen diesen Faden zuungunsten Deutschlands zerrissen habe. Die abgeschwächtere Variante der Dolchstoßtheorie, deren Sprecher von Kuhl, Volkmann und teilweise auch Philipp seien, besage hingegen: „Der Krieg war 1918 für Deutschland verloren; aber wenn Deutschland keine Revolution gehabt hätte, wenn die Armee intakt geblieben wäre, wäre es möglich gewesen, die Friedensbedingungen besser zu gestalten.“²²⁴

Auch diese gemäßigte Variante bedeute, logisch zu Ende gedacht, eine Abwertung der militärischen Leistung Deutschlands, wenn ein kriegführendes Land denn wirklich durch die Meuterei in der Flotte den Krieg verlieren könne: „Durch die Dolchstoßlegende wird die Tatsache der ungeheuren militärischen Leistung Deutschlands im Kriege vertuscht. Die militärischen Fachleute der Vorkriegszeit waren der Meinung: Deutschland kann zur Not allein mit Frankreich fertig werden, ein Zweifrontenkrieg dagegen schafft eine höchst gefährliche Situation. Der ganze Schlieffensche Plan war doch aus der Überzeugung entstanden, daß Deutschland einen längeren Zweifrontenkrieg nicht durchhalten könne. Nun hatte Deutschland aber vier Millionenheere gegen sich: die Franzosen, Russen, Engländer und Italiener, und es ist erst unterlegen, als noch ein fünftes Millionenheer dazu kam. Diese ungeheure Tragödie wird durch das oberflächliche Gerede von Dolchstoßgeschichten usw. vollkommen verwischt.“²²⁵

Am 14. Mai 1926 legte Rosenberg im Ausschuß erstmals seine Ansicht der *zwei Revolutionen* dar, die in seinem späteren Buch zur Geschichte der Weimarer Republik einen breiten Raum einnehmen sollte. Die wirkliche Revolution habe sich ereignet, als Ludendorff, der faktische Herrscher Deutschlands, im Oktober 1918 nach dem Zusammenbruch der letzten deutschen Offensive zurücktrat. Damit seien „die großen breiten Mittelschichten des deutschen Volkes, die sich gegen die Diktatur des Generals Ludendorff, gegen die Diktatur des Großgrundbesitzes und der Großbourgeoisie auflehnten, die auf der anderen Seite aber nicht die Konsequenz und nicht den Willen hatten, die soziale Revolution durchzuführen“,

222 Ebenda, Bd. 5, S. 219 (Sitzung vom 12. Oktober 1927).

223 Ebenda, S. 215.

224 Ebenda, S. 214f. In späteren Schriften differenzierte Volkmann zwischen USPD und MSPD, aber auch zwischen den verschiedenen Flügeln innerhalb der USPD. Vgl. Heinemann, *Die verdrängte Niederlage*, S. 186.

225 Ursachen, Bd. 5, S. 225.

an die Macht gekommen. Was damals geschah, war, so Rosenberg, schon „die zweite Revolution im Oktober 1918 (nicht im November), nach der *ersten* Revolution vom Jahre 1916. Die Militärdiktatur, die schon an sich eine neue revolutionäre Gewalt gewesen war, bricht zusammen und räumt das Feld denjenigen Kräften, die politisch im Volke damals übrig waren.“ Die anschließenden Ereignisse vom November hätten daneben nur „die Bedeutung von Beiwerk“ gehabt; „es war sozusagen der Mantel des Bolschewismus, der in dem Moment das Ganze umhüllt hat. Aber innerlich, psychologisch, war die große Mehrheit der deutschen Arbeiter durchaus anders gesonnen. Die konsequente und klare Entwicklung, die eine kleine Minderheit der Arbeiterschaft nahm, konnte sich nicht durchsetzen, weil die Mehrheit andere Auffassungen hatte.“ Rosenberg rückte das Verhalten der deutschen Arbeiter in eine vergleichende Perspektive: „Die Arbeiterschaft“, merkte er an, „hatte den wirklichen Sinn der Demokratie nicht verstanden, wie sie uns heute in England und Amerika entgegentritt. Darum wurde es möglich, mit der Formel der Demokratie die große Masse der Arbeiterschaft mit gewissen bürgerlichen, zunächst Mittelstandsgruppen zusammenzufügen. So ist die Entwicklung entstanden, die wir alle kennen.“²²⁶ Daß Rosenberg die deutsche bürgerliche Demokratie mit kritischem Blick sah, kann nicht verwundern. Was er in jedem Fall übersah, war, wie Francis Carsten mit Recht betonte, „die elementare Wucht der Novemberrevolution, als überall in Deutschland, nicht nur in den Industriegebieten, Arbeiter- und Soldatenräte wie Pilze aus dem Boden schossen und die politische Macht übernahmen.“²²⁷

Worin lagen die Gründe, die Deutschland in den Krieg geführt hatten, aus dem die Revolution hervorging? Rosenberg nutzte die Tribüne des Ausschusses, um die Geburtsfehler des Bismarckreiches, die zur Novemberrevolution führten, darzustellen. Einer und vielleicht der wichtigste Grund war, daß der „Großkapitalismus“ in England, Frankreich oder den USA als rein bürgerliches System existiere; „die Bourgeoisie hatte die Macht ohne jeden feudalen Mitregenten“, während in Deutschland die regierende Kapitalistenklasse nicht allein die Macht ausüben konnte. „Sie war belastet mit dem ungeheuren Ballast des alten Feudalsystems. Es war ein Stück Mittelalter, das gewissermaßen in die moderne bürgerliche Gesellschaft hineinragte, und die deutsche Bourgeoisie konnte selbst nichts tun, ohne Rücksicht auf dieses mittelalterliche System zu nehmen.“ Aber gerade weil „in Deutschland die Bourgeoisie an den Feudalismus gebunden war, war sie nicht in der Lage, die Massen so für sich zu gewinnen, wie es in den Weststaaten der Fall gewesen ist. So mußte bei der schwierigen Kriegssituation eine Opposition der breiten Massen gegen dieses System sich ergeben, eine Opposition, die sich zunächst gegen den Feudalismus richtete, dann aber auch mehr oder minder gegen das kapitalistische System.“²²⁸ Rosenberg wiederholte diesen Gedanken im Oktober 1927: „Es war einer der Geburtsfehler des alten Deutschen Reichs, daß dieses große moderne Industrie reich auf einer feudal-aristokratischen Basis aufgebaut war. Dieser Fehler des Bismarckschen Systems war nicht gutzumachen.“ Denn genau er brachte „den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und bestehendem Staat mit sich.“²²⁹

226 Ebenda, Bd. 7/1, S. 260f.

227 Francis L. Carsten, Arthur Rosenberg als Politiker, in: Gerhard Botz u. a. (Hg.), *Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag*, Wien 1974, S. 274.

228 Ursachen, Bd. 7/1, S. 251f.

229 Ebenda, Bd. 5, S. 223 (Sitzung vom 12. Oktober 1927).

Auch Rosenberg politisch fernstehende Kollegen zollten seiner klaren Linienführung in der Argumentation, der inneren Logik der Beweisführung und dem sachlichen Ton Achtung. So bezeugte Eugen Fischer-Baling fünfunddreißig Jahre später, daß Rosenberg „vollkommen sachlich, ruhig gegenüber Einwänden, sympathisch in Ton und Sprachweise verhandelt hat. Ich erinnere mich keiner erregten Szene aus Verschiedenheit der Auffassungen zwischen ihm und anderen Mitgliedern des Ausschusses. Er verhielt sich mehr wie ein sachverständiger Gelehrter als wie ein Vertreter parteibestimmter Ansichten. Diese traten auch sonst in dem Ausschuß zurück, aber bei wenigen Mitgliedern so überlegen wie bei Rosenberg.“²³⁰

Durch die Arbeit im Ausschuß lernte Rosenberg Hans Delbrück näher kennen. Aus Gründen politischer Ehrlichkeit und seines militärhistorischen Sachverstandes wegen bekämpfte Delbrück die Dolchstoßlegende. Er bemühte sich auch um Kontakte zur radikalen Linken, denn die Arbeiterbewegung sollte als Ganzes in den bürgerlichen Staat integriert werden. So hatte er schon 1905 geschrieben, er wünsche eine „Mauserung“ der Sozialdemokratie, die von ihren revolutionären Ideen Abstand nehmen solle, und er beklagte den „Zustand, daß ein so großer Teil des deutschen Volkes außerhalb der Kreise der deutschen Ideale lebt“; dies sei auf die Dauer tödlich.²³¹ Die Marxsche Theorie, schrieb er 1920, sei in eine reine Utopie gemündet. Es sei Aufgabe der sozialdemokratischen Führer, die sich dieser Tatsache bereits bewußt seien, dies den Massen klarzumachen.²³²

Für Rosenberg war Delbrück ein „bürokratischer Konservativer“; so bezeichnete er ihn 1929 in einem Nachruf. Delbrück habe „die Einzelmaßnahmen der Obrigkeit oft mit rücksichtsloser Schärfe kritisiert ... Aber niemals hat er das Prinzip der preußischen Staatsregierung als solches angerührt.“ Er habe treffend über die Lage der arbeitenden Menschen geschrieben. „Aber er hat niemals den eigenartigen Klassenwillen des Proletariats, oder auch des Bürgertums, und die innere Notwendigkeit des Kampfes dieser Klassen gegen das herrschende deutsche System begriffen.“ Dennoch: das Niveau, die Tiefe, die Ehrlichkeit seiner Kritik seien es, was ihn von anderen Konservativen unterscheide. Gerade seine inneren Widersprüche seien von Interesse. Von Natur aus ein Kämpfer gegen überkommene Autoritäten, war er „in eine Tradition und Gesellschaftsphilosophie hineingeraten, die mehr als jede andere der Autorität bedurfte“; als Historiker sei er ein unnachsichtiger Kritiker jenes preußischen Offizierskorps, das er „als Stand immer so hoch respektierte.“ Diese Spannung durchziehe insbesondere Delbrücks Hauptwerk, die *Geschichte der Kriegskunst*. Sie zeige einen Forscher, der am „überlieferten Wertbestand“ rücksichtslose Kritik übe. Damit sei

230 Brief von Prof. Dr. Eugen Fischer-Baling an Helmut Schachenmeyer, 10. April 1961. Fischer(-Baling) war damals Sekretär des Ausschusses.

231 Hans Delbrück, Vor und nach dem Weltkrieg. Politische und historische Aufsätze 1902–1925, Berlin 1926, S. 72.

232 Hans Delbrück, Die Marxsche Geschichtsphilosophie, in: Preußische Jahrbücher, 182 (1920), S. 180. Zu Delbrücks partieller Kritik am preußischen Militarismus vgl. neben den Büchern von Faulenbach und Schleier auch Arden Bucholz, Hans Delbrück and the German Military Establishment, Iowa City 1985.

Delbrück den Marxisten ein Bundesgenosse. „So ist auch das Lebenswerk Hans Delbrücks für die sozialistische, proletarische Forschung ein wichtiger Besitz.“²³³

Auch Rosenberg mußte mit inneren Widersprüchen leben. Als überzeugter Marxist hielt er an der Idee einer klassenlosen Gesellschaft fest, mußte sich aber fragen, ob der Weg der KPD zu dieser Gesellschaft führe oder nicht vielmehr in eine politische Sackgasse. Als Wissenschaftler im Untersuchungsausschuß auftretend, mußte Rosenberg ansonsten politischen Forderungen genügen, die aus der Wirklichkeit heraus kaum zu begründen waren. Wenn er, wie Delbrück, am „überlieferten Wertbestand“ Kritik übte, konnte dann der Wertbestand kommunistischer Politik ausgeklammert werden? Die Erfahrungen der jüngsten Zeit bewogen Rosenberg, seinen Platz im politischen Spektrum der Weimarer Republik zu überprüfen.

5. Der Bruch mit der KPD

Die Jahre 1925 bis 1927 führten zu einer relativen Stabilisierung auch der KPD. Ihre Führung, die sich nun als Zentralkomitee (statt Zentrale) bezeichnete, trat nach außen einheitlich auf und suchte erfolgreich das Bild einer konsolidierten Partei zu vermitteln. Kritische Äußerungen innerhalb der Partei drangen zunächst nicht an die Öffentlichkeit. Clara Zetkin warnte intern vor Thälmanns mangelnden theoretischen und politischen Fähigkeiten. Sie schlug vor, Ernst Meyer und Jacob Walcher ins Zentralkomitee aufzunehmen.²³⁴ In der neuen Führung stieß sie damit auf taube Ohren, und es mußten zwei Jahre vergehen, ehe sie im September 1927 an Bucharin schrieb: „Verhängnisvoll macht sich dabei geltend, daß Teddy (Thälmann; M.K.) kenntnislos und theoretisch ungeschult ist, in kritiklose Selbsttäuschung und Selbstverblendung hineingesteigert wurde, die an Größenwahn grenzt und der Selbstbeherrschung ermangelt. Er läßt daher seine guten proletarischen Instinkte und Urteile über Menschen und Zustände täuschen und irreleiten durch Ohrenbläser, Schmeichler, Klatschbasen, Intriganten niedrigster Art ... So wankt Teddy hin und her zwischen Anfällen einer richtigen Einschätzung der Lage und ihrer Konsequenzen und Anfällen tobender Abwehr dagegen und kann sich im Widerspruch zu sich selbst jeden Tag anders einstellen.“²³⁵ Thälmanns sprunghafte Personalentscheidungen irritierten auch ihm verbundene Funktionäre. So entfernte er den Journalisten Otto Heller aus einer wichtigen Position in Münzenbergs Presseapparat, obwohl Heller, ein erfahrener Journalist, nur schwer zu ersetzen war.²³⁶

Rosenberg hielt sich aus den internen Streitigkeiten auffällig heraus. Er schrieb für die *Inprekorr* und die *Kommunistische Internationale* vor allem zu außenpolitischen Themen und zu Fragen, die mit seiner Arbeit im Reichstag zusammenhingen. Sogar inmitten der Fraktionskämpfe hatte er diese Themen nicht vernachlässigt, so kommentierte er kritisch die

233 Arthur Rosenberg, Hans Delbrück, der Kritiker der Kriegsgeschichte, in: *Die Gesellschaft*, 6/II (1929), S. 245–252, hier zit. in Arthur Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien*, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt etc. 1974, Zitate S. 194f., 201.

234 Vgl. Gilbert Badia, Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, S. 226.

235 Zetkins Brief an Bucharin vom 11. September 1927 ist abgedruckt in: *BzG*, 33 (1991), S. 778–782.

236 Vgl. Babette Gross, Willy Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 175.

Verhandlungen zum deutsch-spanischen Handelsvertrag und zur Zollpolitik.²³⁷ Den Vertrag von Locarno, der den Streit um Deutschlands Westgrenze beendete, und die Aufnahme des Reichs in den Völkerbund sah Rosenberg vor allem als Resultat amerikanischer Bemühungen. „Die Rücksicht auf die amerikanischen Kredite schaltet alle anderen Regungen und Hemmungen aus. Das Interesse der amerikanischen Finanzwelt am deutschen Geschäft ist nach wie vor lebhaft. Aber Amerika gibt nur dann sein Geld her, wenn der Schuldner für Ruhe garantieren kann.“²³⁸ Deutschland sei nun stark genug, um England und Frankreich gegeneinander auszuspielen.²³⁹ Im Juli 1926 berichtete Rosenberg aus Budapest vom Prozeß gegen den KP-Führer (und künftigen Diktator Ungarns) Mátyás Rákosi.²⁴⁰ Niemand konnte ahnen, daß eine kleine Notiz über die Foltermethoden, deren sich die ungarische Politische Polizei im Rákosi-Prozeß bediente und die die *Inprekorr* am 15. März 1927 brachte, Arthur Rosenbergs letzte Veröffentlichung in einem kommunistischen Publikationsorgan sein würde.²⁴¹

Vom 2. bis zum 7. März 1927 fand in Essen der 11. KPD-Parteitag statt. Ursprünglich war er bereits für den September 1926 anberaumt gewesen. Eine neue „Parteisäuberung“, wie sie mit der „Bolschewisierung“ unvermeidbar einherging, war Grund für die Verzögerung gewesen. Im Herbst 1926 hatte das ZK eine Reihe von Parteigruppen und Mitgliedern vor allem im Ruhrgebiet und in Baden ausgeschlossen. Auf dem Berliner Bezirksparteitag beschwor Thälmann im Februar 1927 die „Geschlossenheit der Partei“; hätte diese nicht sechs Zehntel ihrer Arbeit der inneren Diskussion widmen müssen, wäre ihr Erfolg größer.²⁴²

Wie weit die Anpassung der KPD an die Rituale der Moskauer Führung vorangeschritten war, zeigt ein bizarrer Vorgang, der fortan zum Inventar politischer Inszenierung gehören sollte: Der Essener Parteitag wählte ein Ehrenpräsidium, das die – natürlich abwesenden – Stalin, Bucharin, Rykow und Tomski in dieser Reihenfolge bildeten. Von 183 Delegierten gehörten nur noch zehn den verschiedenen kleinen Oppositionsgruppen an.²⁴³

Rosenberg war keiner Oppositionsgruppe mehr zuzurechnen. „Der Parteitag hat bisher mindestens das eine gezeigt, daß die ideologischen Auseinandersetzungen mit der Opposition abgeschlossen sind“, erklärte er auf dem Kongreß. „Die Weiterentwicklung der Partei ist nur möglich durch die Verständigung der Parteimehrheit unter sich selbst.“²⁴⁴

237 Arthur Rosenberg, Der deutsch-spanische Handelsvertrag. Ein Kapitel aus der Hindenburg-Republik, in: *Inprekorr*, 9. Juni 1925, S. 1251f; ders., Der Zollkampf im deutschen Reichstag, ebenda, 28. Juli 1925, S. 1566f.

238 Arthur Rosenberg, Der Locarno-Endkampf im deutschen Reichstag, ebenda, 1. Dezember 1925, S. 2387.

239 Vgl. Arthur Rosenberg, Die Aufhebung der Militärkontrolle, ebenda, 14. Dezember 1926, S. 2747.

240 Arthur Rosenberg, Der Rákosi-Prozeß und die englischen Konservativen, ebenda, 20. Juli 1926, S. 1546f.; ders., Der Gerichtssaal als Schauplatz des Klassenkampfes. Eindrücke vom Rákosi-Prozeß, ebenda, 23. Juli 1926, S. 1562.

241 Arthur Rosenberg, Die Budapester Polizei gesteht ihre Mißhandlungen ein, ebenda, 15. März 1927, S. 649.

242 Vgl. RF, 22. und 23. Februar 1927; Weber, Wandlung, S. 170f.

243 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 11. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands. Essen, 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 3ff.

244 Die Rede ist abgedruckt ebenda, S. 202f. Wiederabdruck als Dokument Nr. 8 im Anhang dieses Buches.

Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei dürften nicht als fraktionelle Tätigkeit bezeichnet oder mit dem Etikett „sozialdemokratisch“ versehen werden. Die KPD sei unter dem Betriebsarbeitern nur sehr schwach vertreten; die größte Anhängerschaft habe sie unter Arbeitslosen. Um in die Betriebe „hineinzustoßen“, müsse die Gewerkschaftsarbeit verbessert werden. „Wir müssen alles vermeiden, was nach Isolierung von den Massen im Betrieb aussehen könnte.“ Erwerbslose neigten zu utopisch-radikalen Stimmungen, denen die Partei aber keinesfalls nachgeben dürfe. „Würden wir das tun, so wäre das die größte Katastrophe für die Partei. Und aus dieser Situation ergibt sich, daß der Hauptfeind links steht und nicht rechts, weil ein Nachgeben den linken Stimmungen gegenüber bedeuten würde, daß wir auch fernerhin an der Peripherie der Arbeiterklasse stehen bleiben.“ Die Partei könne auch dann weiter existieren, aber nie die Machtfrage stellen. Rosenberg unterstützte Paul Böttcher, der auf die Arbeit in den Gewerkschaften besonderes Augenmerk legte, aber – und dies macht die besondere, wenngleich hintergründige Brisanz in Rosenbergs Rede aus – die Freiheit der innerparteilichen Kritik und die Rückkehr der noch in der Sowjetunion feststehenden Brandler und Thalheimer gefordert hatte.²⁴⁵ Binnen anderthalb Jahren war aus Arthur Rosenberg, dem Exponenten ultralinken Politik, ein Fürsprecher der ins Abseits gedrängten Partei-„Rechten“ geworden.

Innerhalb weiterer sechs Wochen rang sich Rosenberg zu einem Schritt durch, der, wie er wußte, sein Leben verändern würde. Am 27. April berichtete die Morgenausgabe des *Vorwärts* in einer kurzen Notiz, Rosenberg habe die KPD verlassen. Das bisherige „Paradepferd der kommunistischen Reichstagsfraktion“ sei in letzter Zeit von links nach rechts gegangen; überhaupt sei verwunderlich, wie es Rosenberg so lange in der KPD habe aushalten können.²⁴⁶ Rosenberg habe dem Reichstag seinen Austritt aus der KPD-Fraktion mitgeteilt. Fortan sei er fraktionsloser Abgeordneter, berichtete die Abendausgabe des gleichen Blattes.²⁴⁷

„Rosenberg begründet seinen Austritt“ hieß am nächsten Tag die Schlagzeile des *Vorwärts*. Darunter war der Text des Schreibens abgedruckt, in dem Rosenberg dem ZK der KPD die Gründe erläutert hatte. Das moderne Sowjetrußland beruhe in erster Linie auf dem Kompromiß des qualifizierten Arbeiters mit dem besitzenden Bauerntum. Darüber hinaus sei das Staatsinteresse der sowjetischen Führung maßgebend. Dieses müsse auf ein Bündnis mit der Freiheitsbewegung der Kolonialvölker und den „gemäßigten kompromißbereiten aufbauwilligen *sozialistischen* Arbeiterschichten“ abzielen. Die Komintern dürfe diese politische Linie der Sowjetunion nicht durchkreuzen. Um ihre Politik außerhalb der Sowjetunion zu rechtfertigen, müsse sie sich „auf die ärmsten, *radikalsten, kompromißfeindlichsten und antinationalen Arbeiterschaften stützen*.“ Aus diesen Widersprüchen entstünden die Schwankungen der Komintern-Politik, die in Deutschland 1923, beim britischen Generalstreik 1926 und jüngst in China zur Katastrophe für die Kommunisten geführt hätten. Der Essener Parteitag habe das Dilemma klar gezeigt. Die Weiterexistenz der Komintern sei

245 Zu Böttcher vgl. Theodor Bergmann, „Gegen den Strom“. Die Geschichte der Kommunistischen Partei-
Opposition, 2. Aufl., Hamburg 2001, S. 416f.

246 Rosenberg verläßt die KPD. Der Zerfall der kommunistischen Reichstagsfraktion, in: *Vorwärts*, 27.
April 1927 (Morgenausgabe).

247 Dr. Rosenberg und die KPD. Der Austritt Tatsache. – Die „Rote Fahne“ schweigt, ebenda, 27. April
1927 (Abendausgabe).

sinnlos geworden. „Eine ernsthafte Reform der Komintern ist unmöglich, weil sie die Grundlagen ihrer Existenz selbst beseitigen müßte.“ Die Kommunisten würden, statt vor der Arbeiterschaft Rechenschaft darüber abzulegen, „unter bewußter Täuschung“ das Problem ignorieren. Kommunistische Politik sei zu einem Lotteriespiel geworden, an dem er sich nicht länger beteiligen könne, schloß Rosenberg. Er verlasse daher die KPD und ihre Reichstagsfraktion, werde aber im Parlament sein Mandat als „parteiloser Sozialist“ weiter ausüben.²⁴⁸

„Rosenbergs Abgang“ sei „eine feige Desertion, die für die Parteimitglieder aber nicht mehr überraschend kommt“, schrieb die *Rote Fahne* am 28. April. Sein Weg habe vom Lager der Ultralinken in das der Reformisten geführt; er sei als „würdiges Mitglied der Noske-Partei“ in der SPD willkommen.²⁴⁹

Am nächsten Tag druckte die *Rote Fahne* Rosenbergs Erklärung im Wortlaut ab. Das Blatt erinnerte an die Vergangenheit ihres früheren Spitzenpolitikers. „Rosenberg war noch bis 1917 *überzeugter Imperialist und Monarchist*“, hieß es in einem Kommentar. „Wurzellos und haltlos, ohne tiefe marxistische Bildung wurde dieser Intellektuelle sehr bald einer der Hauptträger der antikommunistischen Auffassungen in der KPD“; damit spielte das Parteiorgan implizit auf einen der letzten Beiträge Rosenbergs für die *Inprekorr* an, in dem er sich ähnlich über Mussolini geäußert hatte.²⁵⁰ Rosenberg habe mit der ultralinken Politik vollständig Schiffbruch erlitten und setze nun als rechter Kritiker der KPD seine Politik des „Liquidatorentums“ fort. Damit werde er ebenso scheitern, und bald werde der „parteilose Sozialist“ die Reihen derer stärken, die „den Bedürfnissen der Bourgeoisie auf das Eifrigste Rechnung tragen ... Wir werden ihn bald in der Rolle des Verteidigers ‚nationaler Belange‘ in allen Handelsvertragsverhandlungen sehen.“ Rosenberg habe „zu der Ideologie des *Bürgertums*, dessen serviler und strebsamer Nachbeter er während des Krieges war, *zurückgefunden*.“²⁵¹

Rosenberg wies die Behauptung der *Roten Fahne* zurück, die SPD habe ihn mit finanziellen Angeboten zum Übertritt in ihre Fraktion geworben.²⁵² Auf Anfrage des *Vorwärts* wiederholte er seine Kritik an der KPD, sah allerdings einen Hoffnungsschimmer: „Auf dem rechten Flügel der Partei steht die Gruppe um Brandler mit positiver Einstellung zu den Gewerkschaften und mit dem Gedanken einer Arbeitsfront²⁵³ von der SPD zur KPD, allerdings unter KPD-Flagge. Ein geistiger Träger dieser Richtung ist der sächsische Landtagsabgeordnete Böttcher.“²⁵⁴

248 Rosenberg begründet seinen Austritt. Völliger Zusammenbruch der Politik der Komintern, in: *Vorwärts*, 28. April 1927 (Morgenausgabe). Wiederabdruck der Austrittserklärung als Dokument Nr. 9 im Anhang dieses Buches.

249 Rosenbergs Abgang, in: *RF*, 28. April 1927 (2. Beilage).

250 Mussolini sei zum Sozialismus „ohne jede Berührung mit dem großstädtischen Industrieproletariat“ gekommen; Sozialismus war für den jungen Mussolini „das Rebellentum der Armen gegen die Reichen“, niemals jedoch „der organisierte Klassenkampf des Proletariats.“ Arthur Rosenberg, Vom linken Sozialisten zum weißen Diktator, in: *Inprekorr*, 14. Januar 1927, S. 124.

251 Der „parteilose Sozialist“ Rosenberg, in: *RF*, 29. April 1927 (1. Beilage).

252 Rosenbergs Abwehr, in: *Vorwärts*, 28. April 1927 (Abendausgabe).

253 Gemeint war eine Einheitsfront.

254 Der Zersetzungsprozeß in der KPD. Ein Urteil des Abgeordneten Rosenberg, ebenda, 30. April 1927 (Morgenausgabe).

Karl Korsch hatte Rosenberg kurz vor dessen KPD-Austritt gewarnt, neuer Theoretiker der Parteirechten zu werden.²⁵⁵ Die linken Kritiker der KPD um Hugo Urbahns sahen dies ähnlich: Rosenberg sei „auf dem Wege richtiger Erkenntnis“, schrieben sie ironisch, nur um ihn als „Renegaten“ zu brandmarken.²⁵⁶ Rosenberg nahm Kontakt zur sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf, was Vermutungen Nahrung gab, er werde der SPD beitreten. Noch die nazistischen Ausbürgerungsakten führen ihn als SPD-Mitglied.²⁵⁷ Doch finden sich keine Belege im Archiv der SPD.²⁵⁸ Im Gegenteil: Rosenberg stellte 1932 im Vorwort seiner *Geschichte des Bolschewismus* klar: „Ich habe mich 1927 von der Kommunistischen Internationale trennen müssen, ebenso wie es, vorher und nachher, so viele Kommunisten aller Länder getan haben. Ich gehöre seitdem keiner politischen Partei, auch keiner der kleinen kommunistischen Oppositionsgruppen an.“²⁵⁹

Die Prophezeiung der *Roten Fahne*, Rosenberg werde „den Bedürfnissen der Bourgeoisie auf das Eifrigste Rechnung tragen“, blieb unerfüllt. Im Untersuchungsausschuß, dem er auf ausdrücklichen Wunsch seiner Kollegen weiterhin angehörte, blieb er der marxistische Kritiker des deutschen Militarismus. In seiner letzten Reichstagsrede kämpfte er am 2. Juli 1927 für eine politische Amnestie, die den verurteilten Kommunisten zugute kommen sollte. Ihn selbst hatte 1924 nur sein Reichstagsmandat vor einer Verhaftung wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ bewahrt.²⁶⁰ „Es muß endlich der Zustand erreicht werden, daß die offiziellen kommunistischen Führer sich ganz ebenso frei und ungehindert bewegen dürfen wie alle anderen Leute“, sagte er. Unter dem Beifall der SPD und dem feindseligen Schweigen der KPD nahm er auch zu seinem Austritt aus der kommunistischen Partei Stellung: „Es ist zwar absolut nicht so, daß die offizielle KPD irgendeine reale Gefahr für den bestehenden Staat bedeutet. Auf Grund meiner Kenntnis der Kommunistischen Partei darf ich mit aller Entschiedenheit betonen: Es gibt keinen verantwortlichen Kommunisten, der irgendwie an Gewalttätigkeiten oder Gesetzwidrigkeiten auch nur im entferntesten denkt. Was übrig bleibt, ist nur eine gewisse romantische Phraseologie, die nicht im entferntesten eine reale Bedrohung der bestehenden Staatsordnung darstellt. Die Gefahr, das Unerfreuliche dieser Romantik liegt auf einem anderen Gebiet. Durch diese Romantik werden Millionen Arbeiter davon abgelenkt, in realer sachlicher Weise ihre Tagesinteressen zu vertreten. Der Kampf gegen die Romantik bringt eine außerordentliche Energieverschwendung für die übrigen Tendenzen und Richtungen der Arbeiterbewegung mit sich.“ Heute komme es für die Arbeiterschaft darauf an, „in möglichster Einheitlichkeit und Sachlichkeit ihre Stellung im

255 Karl Korsch, *Gewerkschaftskämpfe, Gewerkschaftseinheit und Einheit der Arbeiterklasse*, in: *Kommunistische Politik*, 18. März 1927, Wiederabdruck in: Ders., *Politische Texte*, S. 150.

256 Rosenberg befindet sich auf dem Wege richtiger Erkenntnis, *Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD)*, 1. Mai 1927, nach Lorenzo Riberi, Arthur Rosenberg. *Democrazia e socialismo tra storia e politica*, Milano 2001, S. 183.

257 Vgl. PA AA, Inland II A/B, 83–76, Ausbürgerungen: Arthur Rosenberg (nicht foliiert).

258 Dies nach Helmut Schachenmeyer, der das SPD-Archiv deshalb konsultierte. Vgl. Helmut Schachenmeyer, *Arthur Rosenberg als Vertreter des historischen Materialismus*, Wiesbaden 1964, S. 27, Anmerkung 49. Frau Heidrun Louda vom Archiv der sozialen Demokratie bestätigte gegenüber dem Verfasser den negativen Befund.

259 Rosenberg, *Geschichte des Bolschewismus*, S. 46.

260 Vgl. PA AA, R 6343, Preußische Geheime Staatspolizei, Ausbürgerungen: Arthur Rosenberg.

bestehenden Staat zu stärken, und das ist nicht nur ein Interesse des Proletariats, es sollte auch ein Interesse einer vernünftigen Staatsräson sein.²⁶¹

Mit dieser Rede war Rosenbergs kurze politische Laufbahn beendet. Vom linken Flügel der USPD kommend, war er zum Sprecher der Ultralinken in der KPD geworden, um schließlich ihre revolutionären Illusionen radikal zu kritisieren. Er tat dies als Marxist, der die Gräben zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu überwinden hoffte. Dies gelang ihm nicht; er scheiterte an dem ihm zuletzt wichtigsten politischen Ziel und blieb isoliert. Acht Jahre nach seinem Beitritt zur USPD stand er dort, wo er angefangen hatte. Er hatte die politische Bühne als Außenseiter betreten, und als Außenseiter verließ er sie.

261 Verhandlungen des Reichstags, Bd. 392, Sp. 11.181.

KAPITEL 4

Der Kritiker revolutionärer Illusionen (1927–1933)

Kurz bevor Arthur Rosenberg die kommunistische Partei verließ, hatte er im Reichstag erklärt: „In einer Situation, wie sie sich seit 1924 entwickelt hat, wird es selbstverständlich eine marxistische Partei niemals verantworten können, durch Abenteuer irgendwelcher Art der Mehrheit des werktätigen Volkes ein System aufzuzwingen, das das Proletariat noch nicht wünscht.“¹ Welche Wege gab es zur Durchführung einer sozialistischen Revolution? War sie der einzige Weg, um jene „Selbstregierung der Massen“ zu erreichen, die Rosenberg als Quintessenz der Demokratie sah? In welchem Verhältnis sollten Demokratie und Sozialismus zueinander stehen, bedingten sie einander oder nicht? Diese Fragen sollten Rosenberg sein ganzes weiteres Leben beschäftigen, in Deutschland wie im Exil. Er hielt an sozialistischen Zielvorstellungen und damit an seinen Hoffnungen fest, entsagte jedoch allen revolutionären Illusionen. Mit dieser Haltung geriet er in politische Vereinsamung, noch bevor der siegreiche Nazismus ihm die Heimat nahm. Nach jahrelanger intensiver Arbeit als Parteipolitiker war er jetzt ein „Sozialist ohne Partei“.² Nun ging er der Frage nach, auf welchen Grundlagen eine Republik beruhte, die als Ergebnis eines verlorenen Krieges und einer Revolution entstanden war. Rosenberg begann gewissermaßen sein drittes Leben: Der einstige kaisertreue Althistoriker, der ein radikaler Linker wurde, trat nun als Zeithistoriker vor das Publikum. *Die Entstehung der deutschen Republik* war 1928 Rosenbergs erstes Werk in der neuen Schaffensperiode. Umstritten blieb er weiterhin.

1. „Die Entstehung der deutschen Republik“

Der erste Streit, in den Rosenberg nach seinem Austritt aus der KPD verwickelt wurde, war indes banaler Natur: Erneut entstanden Spannungen zwischen ihm und den Historikern der Berliner Fakultät. Am 14. September 1927 teilte er dem Ministerialrat im preußischen Kul-

1 Verhandlungen des Reichstags, 2. Wahlperiode, Bd. 392, Sp. 9195 (Rede Rosenbergs am 23. Februar 1927).

2 So bezeichnet ihn Lorenzo Riberi, Arthur Rosenberg. *Democrazia e socialismo tra storia e politica*, Milano 2001, S. 187.

tusministerium Windelband mit, er strebe nach Jahren parteipolitischer Arbeit nunmehr „eine gewisse Stabilisierung“ seiner Stellung im Lehrkörper an; er plane den Bau eines Eigenheimes und erbitte deshalb vom Ministerium ein zweckgebundenes staatliches Darlehen.³ Das Ministerium beschied ihm, ein solches Darlehen könne nur einem Hochschullehrer mit besoldetem Lehrauftrag gewährt werden und empfahl ihm, sich darum zu bemühen.⁴ Rosenberg richtete eine entsprechende Bitte an Ulrich Wilcken, den Direktor der Historischen Abteilung des Instituts für Altertumskunde. Bevor dieser Rosenberg antwortete, sprach er darüber mit seinem Vorgänger Eduard Meyer.⁵ Dessen Meinung über Rosenberg hatte sich nicht geändert, wie Wilckens frostiges Antwortschreiben an Rosenberg zeigte. Ohne die Fakultät konsultiert zu haben, erinnerte Wilcken Rosenberg an die sechs Jahre zurückliegenden Konflikte. Im Hinblick „auf Ihr einstiges Auftreten im Senat, für das die Fakultät Ihnen einen Verweis erteilt hat“, sehe er sich außerstande, „für Ihren Wunsch irgendwie einzutreten.“ Rosenbergs Protestbrief an Minister Becker, in dem er Parallelen zu dem von völkischen Studenten und Professoren diskriminierten Hannoveraner Philosophen Theodor Lessing zog, konnte das Kultusministerium nicht überzeugen. Es erinnerte ihn vielmehr daran, daß der damalige Kultusminister schon 1921 keinen Grund gesehen habe, den Verweis gegen ihn aufzuheben.⁶

Wie Rosenberg, war auch Theodor Lessing der Prototyp des „ungeliebten Außenseiters.“⁷ Nachdem sich der sozialdemokratische Hochschullehrer entschieden gegen die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ausgesprochen hatte, zwang ihn – nach einer Reihe von Kampagnen und Disziplinarverfahren – die Leitung der Technischen Hochschule Hannover, auf die Ausübung seiner *Venia legendi* zu verzichten. Einmal mehr gingen Republikfeindschaft, Antisozialismus und Antisemitismus – Lessing war Jude – ein Bündnis ein.⁸

Indem Rosenberg sich der Entstehung der Weimarer Republik zuwandte, mußte er der Frage nachgehen, warum die Feindschaft gegenüber demokratischen Institutionen wie gegen Juden oder Sozialisten das politische und besonders das akademische Leben Deutschlands weiterhin bestimmte.

Rosenberg schrieb *Die Entstehung der deutschen Republik*, ein 285 Seiten starkes Buch, in wenig mehr als einem Jahr. Das Ende seines Reichstagsmandats und die Schwierigkeiten mit der Berliner Fakultät vor Augen, suchte er nach einem weiteren beruflichen „Standbein“. Hier bot sich die historische Literatur an, die sich nicht nur an einen eng begrenzten

3 Rosenbergs Brief findet sich in: GStA, IHA/76Va, Sec. 2, Tit. IV, Nr. 51, Bd. XX, Bl. 117.

4 Vgl. ebenda, Bl. 125.

5 Vgl. Wilckens Brief an Meyer vom 23. Oktober 1927, in: Ulrich Wilcken, Briefe an Eduard Meyer 1889–1930, hg. von Gert Audring, Konstanz 1994, S. 82f.

6 Der Vorgang findet sich in: GStA, IHA 1/76Va, Sec. 2, Tit. IV, Nr. 51, Bd. XX, Bl. 178–182. Auch gegenüber Wilcken zog Rosenberg Parallelen zum „Fall Lessing“; vgl. Wilcken, Briefe an Eduard Meyer, S. 92f. Die Angelegenheit untersuchte erstmals Andreas Wirsching, Politik und Zeitgeschichte. Arthur Rosenberg und die Berliner Philosophische Fakultät 1914–1933, in: HZ, 269 (1999), hierzu S. 577–579. Hiernach das Folgende.

7 So porträtierte ihn Julius H. Schoeps, Der ungeliebte Außenseiter. Zum Leben und Werk des Schriftstellers Theodor Lessing, in: Walter Grab/Julius H. Schoeps (Hg.), Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart/Bonn 1986, S. 200–217.

8 Vgl. ausführlich Rainer Marwedel, Theodor Lessing, 1872–1933. Eine Biographie, Darmstadt 1987, bes. S. 258ff., sowie die Einleitung des Herausgebers Hans Stern zu Theodor Lessing, Wortmeldungen eines Unerschrockenen. Publizistik aus drei Jahrzehnten, Leipzig/Weimar 1987.

Kreis von Spezialisten, sondern an das gebildete Massenpublikum richtete. Rosenberg sprach deutlich aus, wie er in keinem Fall historische Literatur geschrieben wissen wollte. In einer Rezension würdigte er Eckart Kehrs Dissertation über *Schlachtflottenbau und Parteipolitik* als eine Pionierleistung moderner Imperialismus-Forschung, hielt jedoch kritisch fest: „Es ist ein bestimmter Stil unserer Universitätsseminare, der keine Behauptung ohne einen sogenannten Beleg zuläßt. Wenn man schreibt, daß es beim Regen naß ist, muß dazu unbedingt ein Handbuch der Meteorologie zitiert werden. Die Emanzipation von den seminarmäßigen Belegstellen bedeutet nicht, daß ein Autor an wissenschaftlicher Gründlichkeit auch nur das geringste aufgeben soll.“⁹ Über den dritten Band der *Politischen Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches* von Johannes Ziekursch schrieb er: „Die politischen Vorgänge sind nicht zu verstehen, wenn man nicht die gesellschaftlichen Kräfte zeigt, von denen sie gemacht wurden.“ Diese, so Rosenberg, suche man jedoch in Ziekurschs lesenswertem Buch vergeblich.¹⁰

Rosenbergs Darstellungsweise kam somit der anderer linksorientierter Historiker nahe, die außerhalb oder am noch geduldeten Rand der akademischen Zunft standen, wie Kurt Kersten, Hermann Wendel oder Gustav Mayer, der in seiner Biographie Friedrich Engels‘ die Gewandtheit des langjährigen Journalisten mit gründlicher Quellenforschung verband. Da Rosenbergs Buch bei Rowohlt erschien, sah zumindest die nahe Zukunft nach Erlöschen des Parlamentsmandats nicht ganz trostlos aus, denn das renommierte Verlagshaus vermochte seine Autoren, wenngleich nicht üppig, so doch anständig zu bezahlen.¹¹

Warum war das deutsche Kaisertum lebensunfähig?, fragte Rosenberg zu Beginn seiner *Entstehung der deutschen Republik*.¹² Nicht deshalb, „weil es auf dem Kompromiß zwischen dem deutschen Bürgertum und dem preußischen Militäradel beruhte, sondern weil es das Kompromiß¹³ in der Form des bonapartistischen Selbstherrschertums verwirklichte. Dabei sollte der König von Preußen berufsmäßig und erblich der Bonaparte sein, wenn er es nicht vorzog, seine Gewalt dem Reichskanzler zu übertragen. Daß Bismarck die politische Existenz des deutschen Volkes auf seine Person, ja auf sein persönliches Verhältnis zu Wilhelm I. zuschnitt, bleibt ein historischer Fehler von ungeheurem Ausmaß. Aber es gibt Umstände genug in der so eigenartigen deutschen Situation von 1871, die Bismarcks Fehler zwar nicht aus der Welt schaffen, die ihn jedoch begreiflich machen können.“ (S. 13)

Dieser Kompromiß war an sich politisch nicht falsch. Der Adel konnte allein oder gegen das Bürgertum das Reich nicht regieren, das Bürgertum hatte 1848 die Macht nicht erringen können; es war zu schwach, die Regierung zu übernehmen, doch wirtschaftlich inzwischen zu stark, um bei der Staatslenkung übergangen zu werden. Wie anders als durch ein „bonapartistisches Selbstherrschertum“ hätten Adel und Bürgertum zusammengehalten werden

9 Arthur Rosenberg, Rezension zu: Eckart Kehr, *Schlachtflottenbau und Parteipolitik*, in: *Die Gesellschaft*, 8/2 (1931), S. 383.

10 Arthur Rosenberg, Rezension zu: Johannes Ziekursch, *Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches*, Bd. 3, in: *Die Bücherwarte*, 7 (1930), S. 101.

11 Die 2. Auflage des Buches erschien 1930 immerhin im 5.–7. Tausend; für ein Sachbuch war dies in der Zeit der Weltwirtschaftskrise keine schlechte Verkaufszahl. Vgl. Arthur Rosenberg, *Die Entstehung der deutschen Republik*, 2. Aufl., Berlin 1930, S. 4.

12 Hier und im folgenden wird nach der aktuellen Ausgabe zitiert: Arthur Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik*, Hamburg 1991. Die Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf diese Ausgabe.

13 Rosenberg schrieb stets *das* statt *der* Kompromiß.

können? „Das konnte auf doppelte Art geschehen“, so Rosenberg. „Entweder erhielt das Bürgertum einen Anteil an der realen Staatsmacht in Preußen selbst, oder man beteiligte das Bürgertum an der Macht im Reich und übertrug auf das Reich so weite Kompetenzen, daß damit das alte Preußentum ein Gegengewicht fand.“ Bismarck sei indes keinen der beiden Wege gegangen. Er ließ in Preußen die Machtverhältnisse, wie sie waren. König und Aristokratie behielten alles in der Hand, einschließlich des Preußischen Landtages. Dieser war mit seinem Dreiklassenwahlrecht ein Gegenstück zum Reichstag und garantierte den Herrschenden ihre Positionen. Die Reichsregierung war dem Kaiser verantwortlich, der zugleich König von Preußen und Oberbefehlshaber der Streitkräfte war, nicht jedoch dem Reichstag. Bismarck schuf „eine Verfassungskonstruktion, bei der Preußen das Reich regierte und nicht umgekehrt.“ (S. 14) Hinzu kam, daß Militär und Justiz ihre Führungskräfte aus dem preußischen Junkertum rekrutierten. Zwar verfügte das liberale Bürgertum über fast alles, was an industrieller und kaufmännischer Leistungsfähigkeit in Deutschland vorhanden war, doch hatte „das alte Preußentum ... den Ansturm des bürgerlichen Liberalismus auf der ganzen Linie abgeschlagen.“ (S. 15)

Das Heer war somit der zivilen Regierungsgewalt weitgehend entzogen, ein wirklicher Ausgleich zwischen dem Adel, dem Bürgertum und der sich formierenden Arbeiterklasse nicht erreicht worden. Die in Bismarcks Verfassungskonstruktion angelegten Konflikte könnten nur durch eine überragende Persönlichkeit an der Spitze der Exekutive gebändigt werden: „Das Bismarcksche Deutschland war weder ein konstitutioneller Staat noch eine absolute Monarchie mit fester Tradition. Die Kräfte, auf denen das Reich beruhte, hatten keine organische Verbindung. Der Ausgleich zwischen dem preußischen Militäradel und den übrigen im Reiche wirksamen Kräften lag ausschließlich in der Hand des Regenten. In diesem Sinn war das Reich Bismarcks eine bonapartistische Schöpfung, und sein Wohl und Wehe hing in weitem Umfang von der Person des Herrschers ab, mochte dies nun der regierende Kaiser oder ein regierender Reichskanzler sein. Bismarck hat nach seinem Sturz die Fehler Wilhelms II. rücksichtslos kritisiert. Aber er trägt dennoch für sie die Mitverantwortung. Denn die Verfassung, die das Schicksal Deutschlands in die Hand Wilhelms II. legte, war Bismarcks Werk.“ (S. 38f.) Die lange Friedensperiode und der wirtschaftliche Aufschwung hätten, so Rosenberg, die Konflikte aufgeschoben, ohne sie zu lösen.

Gerade der wirtschaftliche Erfolg habe das deutsche Bürgertum politisch geschwächt. All seine Fraktionen, schließlich sogar der preußenkritische politische Katholizismus, hätten mit den politischen Zuständen ihren Frieden gemacht. Die Forderung nach Parlamentarisierung des Reiches sei vor allem eine Angelegenheit der Sozialdemokratie geworden. Der sozialdemokratische Parteivorstand wurde „die heimliche Gegenregierung und August Bebel auf der Höhe seines Einflusses eine Art von Gegenkaiser.“ (S. 45) Auf der anderen Seite gewöhnte sich die SPD daran, im Rahmen der Gesetze zu agieren. Die sozialistische Revolution, obwohl immer noch beschworen, wurde zu einer Art abstraktem Fernziel. Die alltägliche Opposition richtete sich mehr gegen die kastenmäßig abgesonderten Junker als gegen die Kapitalisten.

Innen- und Außenpolitik seien aber nicht voneinander zu trennen. „Denn beide sind gleichmäßig der Ausdruck der im Staate herrschenden gesellschaftlichen Kräfte.“ Das innenpolitische Kräfteverhältnis habe die Außenpolitik in die Hand des Kaisers gelegt, „auch wenn er zur Diplomatie so wenig befähigt war wie Wilhelm II.“ (S. 57f.) Hätte das

deutsche Bürgertum die politische Macht innegehabt, dann hätte es auch die Außenpolitik seinen eigenen Interessen gemäß organisieren können. Denn nicht die preußische Aristokratie habe irgendeinen Grund zur imperialistischen, kriegerischen Politik gehabt, sondern das Bürgertum erzeugte durch seine wirtschaftliche Expansionskraft Verstimmung bei den Konkurrenten, insbesondere bei England.

„So aber beeinflusste das Bürgertum unter Wilhelm II. die Außenpolitik nicht planmäßig in politischer Form, sondern die einzelnen im Ausland interessierten Firmen bearbeiteten um die Wette den Kaiser und die Reichsstellen. Der Kaiser und der Reichskanzler hielten es für ihre Pflicht, den Forderungen der Wirtschaft entgegenzukommen. So entstand das Chaos der wilhelminischen Außenpolitik aus zwei Quellen: erstens aus der planlosen und verwirrten Arbeitsweise des Kaisers und zweitens aus dem ebenso planlosen Durcheinander der einzelnen Firmeninteressen.“ (S. 58)

Es könne gar keine Rede davon sein, daß Wilhelm II. oder Bethmann Hollweg „bewußt auf den Weltkrieg hingearbeitet haben“, so Rosenberg. Hätte Deutschland während des russisch-japanischen Krieges oder der ersten russischen Revolution Frankreich angegriffen, so hätte das mit Paris verbündete Rußland nicht eingreifen können, und Deutschland hätte Frankreich niedergeworfen. „Die friedfertige Haltung der deutschen Regierung um 1905 genügt eigentlich, um die Kriegsschuldfrage eindeutig zu beantworten.“ (S. 64) Diese apologetische Passage läßt noch Anklänge an Rosenbergs einstige kaisertreue Haltung erkennen.

Daß die Regierung Wilhelm II. dennoch ein solches Unheil über Deutschland brachte, sei insgesamt „weniger die persönliche Schuld des Kaisers als die Folge der Verfassung von 1871.“ (S. 38) Der Kaiser und seine Regierung seien „von der moralischen Kriegsschuld freizusprechen, aber um so schärfer muß die politische Unfähigkeit Wilhelms II. und Bethmann Hollwegs betont werden.“ Berlin hätte Wien unter keinen Umständen gegen Serbien den Rücken decken, sondern Rußland die Initiative zum Kriegseintritt überlassen sollen. (S. 65)

Der Entschluß der Sozialdemokraten, sofort nach Kriegsbeginn an der Landesverteidigung mitzuwirken, entsprach, so Rosenberg, „der marxistischen, sozialistischen Tradition. Hier deutete er die tatsächliche Haltung von Marx und Engels zur Frage eines revolutionären Verteidigungskrieges in nationalistischem Sinne um. Hingegen konnte der „Burgfrieden“, der Verzicht auf Kritik an der Regierung, auch laut Rosenberg keineswegs mit marxistischen Argumenten begründet werden. (S. 67) „Wenn ein großes Volk im Kriege um seine Existenz kämpft, muß es alle Kräfte entfesseln, die in seinem Innern schlummern ... Das ist aber nicht möglich unter der Losung ‚Ruhe ist die erste Bürgerpflicht‘, sondern nur unter höchster freier Selbsttätigkeit der Massen. Das berühmteste Beispiel eines solchen Volkskrieges ist die Verteidigung des revolutionären Frankreichs gegen das monarchistische Europa.“ (S. 69) Die Politik des Burgfriedens sei hingegen eine verhängnisvolle Erneuerung des Bismarckschen Klassenkompromisses unter Kriegsbedingungen gewesen. Damit aber könne ein Krieg auf die Dauer nicht erfolgreich geführt werden.

Hinzu kam, so Rosenberg, daß der Kaiser in von Moltke und Falkenhayn nicht die besten militärischen Führer hatte und daß niemand außer dem Kaiser sie abberufen konnte. Darüber hinaus hatten Reichsregierung und Oberste Heeresleitung die deutsche Öffentlichkeit über die wirkliche Kriegslage bis zuletzt im unklaren gelassen, so daß die Niederlage 1918 wie

ein Schock wirken mußte. (Hier wußte Rosenberg als früherer Mitarbeiter im Kriegspresseamt genau, wovon er sprach). In Frankreich und besonders in England sei hingegen die militärische Lage stets Gegenstand schonungsloser Debatten im Parlament gewesen. Entscheidend habe zur allmählichen Aufweichung der „inneren Front“ die Tatsache beigetragen, daß der Krieg neben massenhaftem Elend auch eine sichtbare Schicht von Kriegsgewinnlern hervorbrachte. Dadurch sei die Politik des „Burgfriedens“ an ihr Ende gekommen und der Klassenkampf wieder aufgelebt.

Unterdessen ging die Initiative von Wilhelm II. immer mehr an das Militär über; „das Kaisertum verschwand vollkommen.“ (S. 102) Die politische Macht lag im Sommer 1916 gleichsam auf der Straße. „Wer den Mut hatte, zuzugreifen, der hatte sie. Hätte sich damals eine zielbewußte Reichstagsmehrheit ... gebildet, dann hätte sie ohne viel Mühen die Parlamentarisierung durchsetzen können. Aber der günstige Moment wurde verpaßt.“ (S. 109)

Am 29. August 1916 ernannte der Kaiser auf Druck des Militärs und der Presse dann Hindenburg zum Generalstabschef, Ludendorff wurde Generalquartiermeister. Nun entstand die Oberste Heeresleitung, die nicht nur die militärische, sondern auch die politische Macht ausübte. Damit kam, so Rosenberg, die Bismarcksche Reichsverfassung an ihr Ende; denn gemäß der Verfassung ist der Kaiser der oberste Kriegsherr. Mit der Machtübertragung an Hindenburg und Ludendorff hatte der Kaiser die Befehlsgewalt im Heer vollkommen eingebüßt. Hindenburg wurde oberster Kommandeur des Heeres, Ludendorff *de facto* der Generalstabschef, der eine immer größere Befehlsgewalt in seinen Händen zu konzentrieren verstand. Schließlich bestimmte Ludendorff, der für Hindenburg unentbehrlich war, auch die Richtlinien der deutschen Politik. Die Entlassung Bethmann Hollwegs als Reichskanzler ging auf ihn zurück. „Ludendorff duldet keinen Reichskanzler, der ihm nicht genehm war.“ (S. 113)

„General Ludendorff hat sich nicht danach gedrängt, der Herrscher Deutschlands zu werden“, urteilte Rosenberg. „Aber als im August 1916 der Wille von Heer und Volk ihn an die oberste Stelle brachte, hat er überall rücksichtslos durchgegriffen, wo er es für notwendig hielt, ohne sich dabei um Kompetenzen viel zu kümmern. Als er sah, daß er überall seinen Willen durchsetzte, gewöhnte er sich daran, zu regieren. Wäre Ludendorff ein englischer oder französischer General oder auch ein preußischer General unter Wilhelm I. gewesen, so hätte er ohne Zweifel gar nicht daran gedacht, sich in die Politik einzumischen. Aber das Schicksal hat den General Ludendorff gerade an den Wendepunkt deutscher Geschichte gestellt, als die kaiserliche Regierung im Sinne der Verfassung von 1871 schon erledigt war, aber eine neue Staatsordnung noch nicht da war. Der Politiker Ludendorff ist der Lückenbüßer zwischen zwei Perioden deutscher Geschichte. Ihn wegen dieser Rolle moralisch anzuklagen, wäre nicht angebracht. Ludendorff war ohne Zweifel eine militärische Begabung ersten Ranges. Aber große Feldherrn sind in der Regel keine Staatsmänner. Napoleon I. ist als Politiker ebenso gescheitert wie Caesar, und Hannibal hat durch seinen politisch verfehlten Zug nach Italien wesentlich zum Untergang seiner Heimat Karthago beigetragen.“ Ludendorff habe nicht begreifen können, „daß der Arbeiter auch politisch einen selbständigen Willen haben sollte.“ Gegen Streiks habe er „rücksichtslose Gewaltanwendung“ empfohlen. (S. 116f.) Er habe durchsetzen können, daß der Kriegsminister nicht vom Reichskanzler, sondern von ihm, dem Generalquartiermeister, seine Weisungen empfangt. Diese Weisungen wurden, Befehlen gleich, auf allen Ebenen ausgeführt. „Das war die reine Mili-

tärdiktatur, von der Spitze herunter bis ins letzte Dorf.“ (S. 118) Dabei habe sich Ludendorff, „mit der Sicherheit des Urteils, die ihm eigen war“, vor riskanten militärischen Abenteuern gehütet. (S. 122) Die Besetzung großer Teile Osteuropas nach dem Frieden von Brest-Litowsk habe jedoch im Frühjahr 1918 einen deutschen Sieg im Westen verhindert, für den die Truppen dort fehlten. (S. 190f.)

Jeden Leser, zumal wenn er Rosenberg als Marxisten kannte, mußte dessen ausgesprochen positives Urteil über Ludendorff irritieren. Als Rosenberg sein Werk schrieb, hatte Ludendorff immerhin die maßgebliche Mitwirkung an Hitlers Putschversuch von 1923 sowie eine aktive Tätigkeit in mehreren antisemitischen und rechtsradikalen Verbänden hinter sich. In seinen *Kriegserinnerungen*, einem Buch, das bis weit hinein in das gemäßigte Bürgertum Kultstatus genoß, hatte er Sozialdemokraten und Pazifisten für das Elend der Nachkriegszeit verantwortlich gemacht. „Die gesunkene Moral des Volkes treibt haltlos in der ‚Freiheit‘ der Revolution; die niedrigen Instinkte des Menschen suchen sich unbeschränkt und ohne jede Rücksicht auszuleben“ – dies war für Ludendorff die Quintessenz der neuen Ordnung.¹⁴ Warum versagte sich Rosenberg hier weitgehend die Kritik, die er an anderen Repräsentanten des kaiserlichen Deutschland übte?

Es ist festgehalten worden, daß Rosenberg auch bei schärfster Kritik an der deutschen Politik die deutschen militärischen Leistungen anerkannte.¹⁵ Schon seine althistorischen Schriften hatten der militärischen „Tüchtigkeit“ verschiedener Heerführer breiten Raum gewidmet. Das gemeinsame Interesse an der Kriegsgeschichte verband ihn, trotz politischer Meinungsverschiedenheiten, mit Hans Delbrück. Doch kommt noch etwas anderes hinzu:

Rosenberg hat stets den Mut Karl Liebknechts bewundert, mit dem dieser eine noch kriegsbegeisterte Nation herausforderte, als er im Dezember 1914 den Kriegskrediten die Zustimmung verwehrt und sich später an die Spitze der Antikriegsbewegung stellte. Aber auch eine – hypothetische – Regierung Liebknecht „wollte vom deutschen Boden nichts preisgeben“, schrieb er. (S. 171) Doch sah Liebknecht den Hauptfeind im eigenen Land und nahm, wie Lenin, eine Kriegsniederlage der eigenen Regierung in Kauf. Darüber findet sich bei Rosenberg kein lobendes Wort. Der Schluß ist nicht zu umgehen: Rosenberg wünschte keine Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg. Gewiß hatte auch die KPD ihrer scharfen Gegnerschaft zum Versailler Vertrag unmißverständlich Ausdruck verliehen und dessen Konsequenzen (wie die Ruhrbesetzung) bekämpft. Aber eine seit dem Machtantritt Thälmanns gängige Losung, daß die Sowjetunion das einzige Vaterland aller Werktätigen sei, mußte auf Rosenbergs Widerstand stoßen. Er hätte sich, dies ist gewiß, eher die Zunge abgebissen als eine solche Parole öffentlich zu verbreiten. Rosenbergs entschiedene Opposition gegen die Unterwerfung der KPD unter die Politik der Sowjetunion entsprang natürlich rational einsichtigen Überlegungen. Man geht jedoch nicht zu weit mit der Feststellung, daß diese Haltung auch aus dem Empfinden heraus gespeist war, daß ein besonderes Klasseninteresse, für das die KPD programmatisch einstand, nicht zu Lasten des Interesses der ganzen

¹⁴ Erich Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen 1914–1918*, Berlin 1919, S. 621.

¹⁵ Hans Rosenberg, Arthur Rosenbergs Fakultätskollege am Brooklyn College, teilte Hans-Ulrich Wehler Jahrzehnte später mit, dies habe auch noch für die Zeit des Zweiten Weltkriegs gegolten: Arthur Rosenberg konnte, nach dem Zeugnis seines Namensvetters, schärfste Gegnerschaft zur nazistischen Kriegführung mit der Anerkennung der deutschen militärischen Leistungsfähigkeit verbinden. Vgl. Hans-Ulrich Wehlers Einleitung zu: Arthur Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf*. Ausgewählte Studien, Frankfurt etc. 1974, S. 11 (Anmerkung).

Nation gehen dürfe. Rosenberg sah nicht immer, daß vorgeblich nationale Interessen stets Ausdruck von Klasseninteressen sind.

Die innenpolitische Wende des Krieges datierte Rosenberg auf den 19. Juli 1917, als eine Reichstagsmehrheit aus SPD, USPD und bürgerlichen Parteien eine Friedensresolution verabschiedete, die auf Gebietsansprüche verzichtete. Der U-Bootkrieg, der Kriegseintritt der USA, das immer stärker werdende Elend an der Front wie die Not im Hinterland, vor allem aber die russische Februarrevolution hatten zu dieser Entwicklung geführt. In Deutschland wie in Rußland war „die Kriegs- und Friedensfrage mit dem Klassenkampf zwischen Bürgertum und Arbeitern verknüpft.“ (S. 137) Die Mehrheit des deutschen Bürgertums sprach sich, mit allerdings beachtenswerten Unterschieden, für die Fortsetzung des Krieges aus und unterstützte Anfang 1918 auch die annexionistische Politik gegenüber Rußland im Frieden von Brest-Litowsk. Dagegen kam es zu landesweiten Streiks, die im Berliner Metallarbeiterstreik vom Januar 1918 ihren Höhepunkt erreichten. Rosenberg behauptete, daß dem Berliner Streikprogramm „jeder sozialistische Charakter fehlt. Niemand denkt daran, die Eigentumsfrage aufzurollen. Dabei hätte es gar nicht so fern gelegen, zum Beispiel die Verstaatlichung der großen Rüstungsindustrie und die Arbeiterkontrolle über die Industrie zu verlangen.“ Die USPD-Führung und die Revolutionären Obleute, eine aus der proletarischen Antikriegsbewegung heraus entstandene radikale Strömung, verfochten zwar sozialistische Ziele. „Aber man stellte nur solche Forderungen, die damals von den Massen verstanden wurden. Die Berliner Arbeiter wollten einen gemäßigten Frieden, Brot und bürgerliche Demokratie, das heißt die Beseitigung der Militär- und Junkerherrschaft. Klassenmäßig sozialistische Forderungen lagen jenseits ihres Horizonts. Weitergehen wollte nur die kleine Gruppe der Spartakusanhänger. Auch die Republik war im Januar 1918 noch kein Kampfziel der realen Politik, von der Räterepublik ganz zu schweigen.“ (S. 185) Sogar die meuternden Matrosen der Hochseeflotte dachten im Herbst 1918 nicht an den Sozialismus, sondern an das Kriegsende und an das Ende der schikanösen Behandlung durch ihre Vorgesetzten. „Hätten die USPD oder gar der Spartakusbund auf die Bewegung irgendeinen Einfluß gehabt, so wären die Forderungen etwas anders geworden.“ (S. 236) Ein solcher Einfluß war jedoch vorhanden. Wie bereits im Parlamentsausschuß, trug Rosenberg der teilweise sozialistischen Orientierung der Kieler Matrosen nicht genügend Rechnung.

Die einschneidende Umwälzung, pointierte Rosenberg, fand bereits im Oktober 1918 statt. Am 3. Oktober wurde Prinz Max von Baden Reichskanzler und bildete eine Regierung, in der neben dem Zentrum und der Fortschrittspartei erstmals die Sozialdemokraten vertreten waren. Die Regierung bot ihren Kriegsgegnern einen sofortigen Waffenstillstand an. Am 26. Oktober trat Ludendorff von seinem Posten zurück, zwei Tage darauf begann der Aufstand in der Hochseeflotte, die deren Auslaufen verhinderte. Ab dem 3. November griff der Aufstand von Kiel auf immer weitere Gebiete Deutschlands über. Es kam zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten.

„Die Reichstagsmehrheit hatte im Oktober im wesentlichen all das erfüllt, was die großen Massen des deutschen Volkes verlangten“, schrieb Rosenberg. „Sie hatte sich unbedingt für Waffenstillstand und Frieden erklärt ... Innenpolitisch war die alte Kampf Gewalt beseitigt, wie der Sturz Ludendorffs bewies.“ Die Militärführung wurde dem Reichstag unterstellt. Auch der alte halbabsolutistische Hohenzollernstaat gehörte der Vergangenheit an. In Preußen war das allgemeine Wahlrecht durchgesetzt, Karl Liebknecht aus dem Gefängnis entlas-

sen worden. „Trotzdem ist es zu der wunderlichsten aller Revolutionen im November 1918 gekommen.“ (S. 223f.)

Der entscheidende Grund war für Rosenberg nicht, daß Männer wie Max von Baden oder Ludendorffs Nachfolger Groener immer als Repräsentanten der alten Ordnung erschienen. Entscheidend für die Revolution war vielmehr, daß die Massen den Krieg unverzüglich beenden wollten. Die Hohenzollern und die übrigen Dynastien sollten verschwinden. Auch die SPD hoffte, durch die Beseitigung der Hohenzollern-Herrschaft und die Errichtung der parlamentarischen Republik ihre Macht zu sichern. Damit, so Rosenberg, befand sie sich in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte. Der überwiegende Teil, so Rosenberg, „war in seiner Mehrheit weder proletarisch noch sozialistisch, noch wollte er eine Diktatur ausüben.“ Mit der Abdankung des Kaisers am 9. November 1918 und der Errichtung der parlamentarischen Demokratie hatte die bürgerliche Republik in Deutschland gesiegt. „Die Anhänger der sozialistischen Revolution hatten sich nicht durchsetzen können.“ (S. 242)

Die Stärke des Buches, die großen Linien der historischen Entwicklung souverän und prägnant zu schildern, geht jedoch mit einer Schwäche einher: Rosenberg sah in den Geburtsfehlern des Reichs bereits geradlinig dessen Scheitern angelegt. Alternativen zum tatsächlichen Entwicklungsgang kommen bei ihm, sieht man vom Verlauf militärischer Operationen im Krieg ab, nicht vor. Dennoch arbeitete er zuerst einige der Merkmale des deutschen Kaiserreichs heraus, die heute zum Kernbestand historischer Erkenntnis zählen. Dazu gehören der konstitutionelle Dualismus von ziviler und militärischer Gewalt, die bonapartistischen Elemente des Kaiserreichs und seine halbabsolutistische Struktur, der Klassenkompromiß des Bürgertums mit dem Adel nach 1848 und besonders nach 1871, die allmähliche Integration der Sozialdemokratie in den Staat bei Festhalten an der revolutionären Rhetorik und – *last but not least* – die Definition der Novemberrevolution als bürgerlich-demokratisch. Die Standardwerke zum Kaiserreich, die in der Bundesrepublik nach 1970 erschienen, nahmen explizit oder implizit Rosenbergs Erkenntnisse ebenso auf wie noch eine Reihe jüngst veröffentlichter Werke.¹⁶

Als das Buch 1928 herauskam, fand es, wie die Rezensionen zeigten, eine unterschiedliche Aufnahme. Hans Herzfeld, damals auf deutschnationalen Positionen stehender Privatdozent in Halle, merkte an, daß Rosenberg „das Machtverhältnis der sozialen Klassen als entscheidenden Bestimmungsgrund der geschichtlichen Entwicklung ansieht.“ Er hob hervor: „Das gewandt geschriebene Buch ist unleugbar durch eine einheitlich gesehene, großzügige Gesamtauffassung zusammengehalten; von diesem Boden aus vermag der Verfasser auch ihm politisch fremde Erscheinungen ruhig und persönlich anerkennend zu würdigen, wie

16 Vgl. u. a. Helmut Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881*, Köln 1972; Hans-Ulrich Wehler, *Das deutsche Kaiserreich 1871–1918*, 2. Aufl., Göttingen 1975; zuletzt Volker Ullrich, *Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871–1918*, Frankfurt 1999; Christian Graf von Krockow, *Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit. Biographie einer Epoche*, Berlin 2002.

sein Urteil über Ludendorff beweist.“¹⁷ Andere (in Rosenbergs Worten) bürgerliche Rezensenten äußerten sich ähnlich.¹⁸

Hermann Wendel besprach das Buch in der sozialdemokratischen *Gesellschaft* enthusiastisch. Er zog Parallelen zu Franz Mehrings klassischer *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*. „Auf solcher Höhe steht in der Literatur unserer Tage ziemlich einsam Arthur Rosenbergs ‚Die Entstehung der deutschen Republik‘, ein Werk aus einem Guß, treffsicher und einschlagend wie ein großkalibriges Sprenggeschöß. Nicht jeder seiner Schlüsse, nicht jedes seiner Urteile weckt Zustimmung; die Objektivität etwa gegen die Revolution entthronte Herrenkaste, gegen Ludendorff und die Admirale vom Oktober 1918 geht manchmal erstaunlich weit, aber was verschlägt das neben der Tatsache, daß hier endlich wieder einmal ein überlegener, geschichtsphilosophischer Kopf die deutsche Entwicklung von 1871 bis 1918 als Einheit faßt und die logische Verknüpfung der Geschehnisse von innen heraus deutlich macht.“ Wendel spitzte Rosenbergs Argumentation noch zu, als er schrieb: „Ja, im Grunde wurde nicht erst 1890, sondern schon 1878, als das Sozialistengesetz Hunderttausende deutscher Bürger ächtete und jagte, der Stab über den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat gebrochen. Die Linie, die von 1871 über 1878 und 1890 zu 1918 führt, ist unerbittlich gerade und ohne jeden Zufallsknick.“¹⁹ Franz Schnabel unterstützte Rosenbergs Auffassung vom „bonapartistischen Selbstherrschtum“ als System des Kaiserreichs. Rosenberg erkenne auch die eigentlich unpolitische, nur den Frieden suchende Haltung der Massen am Ende des Krieges.²⁰ Alfred Meusel stimmte Rosenbergs Betonung des Klassenkompromisses zu. Dieser charakterisiere nicht nur das Bismarckreich, sondern auch die deutsche Revolution von 1918: In dieser Revolution habe die Bourgeoisie ihren Widerstand gegen alle sozialpolitischen und politisch-demokratischen Forderungen aufgegeben, um ihre Herrschaft über den Produktionsmittelapparat zu sichern. Auf dieser Basis sei ein Kompromiß zustande gekommen. Ökonomisch sei er „dadurch charakterisiert, daß die Bourgeoisie Herrin über die Produktionsmittel bleibt, daß sie diese Herrschaft aber nur durch eine Reihe von Konzessionen an die reformistische Arbeiterbewegung aufrechterhalten kann.“ Diese Konzessionen seien nicht ein für allemal fixiert; der Kampf zwischen den Klassen gehe also weiter.²¹ Es blieb einem sowjetischen Rezensenten vorbehalten, Rosen-

17 Hans Herzfeld, Deutsche Geschichte von 1914–1918 (Literaturbericht), in: Jahresberichte für Deutsche Geschichte, 4 (1928), S. 241.

18 Vgl. Eugen von Frauenholz in: Historisches Jahrbuch, 50 (1930), S. 369f., und eine anonyme Rezension in: Das junge Zentrum, 6 (1929), S. 294, wo es heißt: „Unsere politisch interessierte Jugend besonders sollte an diesem Werk nicht vorübergehen.“

19 Hermann Wendel, Vom Sozialistengesetz zur Republik, in: Die Gesellschaft, 6/1 (1929), S. 194f.

20 Franz Schnabel, Literaturbericht: Zur Vorgeschichte und zur Geschichte des Weltkrieges, in: Neue Jahrbücher für Wissenschaft und Jugendbildung, 6 (1939), S. 464–473, bes. S. 464f. Zu Schnabels vorurteilsfreier Rezeption sozialistischer und linksliberaler Auffassungen vgl. Thomas Hertfelder, Franz Schnabel und die deutsche Geschichtswissenschaft, Bd. 1, Göttingen 1998, bes. S. 158ff.

21 Alfred Meusel, Das Vorhandensein und die Bedeutung konservativer Tendenzen in der Sozialdemokratie, in: Neue Blätter für den Sozialismus, 1 (1930), S. 496. Meusel war Augenzeuge der Erhebung in Kiel am 3. November 1918 gewesen. Vgl. Mario Keßler, Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln etc. 2001, S. 52.

berg die „Unverfrorenheit eines Renegaten“ zu bescheinigen. Sein Buch zeuge von einem „gewissenhaft ausgeführten Auftrag der Partei, die die deutsche Revolution verriet.“²²

Ein besonders infamer Kommentar erschien im *Akademischen Beobachter*, dem nationalsozialistischen Studentenblatt. Sein Verfasser, der mit „Peregrinus“ zeichnete, gab neun Jahre später, als er den Besprechungsaufsatz nachdrucken ließ, das Pseudonym preis. Inzwischen war er unter seinem richtigen Namen Walter Frank als Direktor des sogenannten *Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands* zu unrühmlicher Prominenz aufgestiegen.²³

Frank höhnte, daß sich Rosenberg nach seinem Austritt aus der KPD dem Publikum „nun sehr gesittet und zahm“ als Privatdozent vorstelle. „Der Bewerbung dieses Kandidaten um den Titel des Historikers kann freilich nicht stattgegeben werden“, entschied Frank, damals gerade promoviert. „Denn Rosenberg schreibt Geschichte nach der Doktrin seiner politischen Laufbahn: die Geschichte ist ihm eine Geschichte der Klassenkämpfe.“ Zwar bringe er für Ludendorff einen „immerhin bemerkenswerten Respekt“ auf, doch gelange „Rosenbergs jüdischer Nationalismus zu keinem, auch nur leisen Verstehen der treibenden Kräfte des Bismarckschen Staates.“ Das Buch sei „ein starker Beweis für die ewige Fremdheit des jüdischen Empfindens gegenüber dem deutschen.“ Der „jüdische Geist“, der sich in Marx' Lehre vom Klassenkampf verkörpere, wolle „in seiner grauenvollen nomadischen Dürre das ganze unendlich vielfältige, wogende und ringende Leben unter einen einzigen Blickpunkt beugen“ und alle anderen Realitäten „mit kalter Faust abwürgen.“ Für „die gewaltige Realität jener Kräfte des Un- und Unterbewußten, des Instinktes und der Seele“ sei „im Denken des Marxismus und des Judentums kein Raum.“²⁴ Wäre nicht das Wissen um die mörderischen Wirkungen dieser Ideologie, könnte man Franks rassistischen Antisemitismus als pseudowissenschaftliches Geschwätz abtun. So bleibt nur zu ergänzen, daß Walter Frank einmal die richtige Konsequenz aus diesem Denken zog – als er sich am 9. Mai 1945 das Leben nahm.

Nach der *Geschichte der römischen Republik*, die 1926 in Spanien erschienen war, wurde *Die Entstehung der deutschen Republik* als zweites Buch Rosenbergs übersetzt: 1931 kam bei der Oxford University Press eine englische Ausgabe heraus – die erste in einer langen Liste von fremdsprachigen Editionen dieses Buches. Der Übersetzer Ian F. D. Morrow hob hervor, daß sich Rosenberg als Berichterstatter des Reichstags „außergewöhnliche Möglichkeiten boten, von den führenden Militärs und Politikern ihre eigene Darstellung vom Zusammenbruch des Kaiserreichs zu erfahren. Ebenso stand ihm eine große Anzahl von Dokumenten zur Verfügung, die sich mit dem Gegenstand befaßten“; Dokumenten, wie hinzugefügt werden darf, die dem englischen Publikum ansonsten nicht zugänglich waren.²⁵ „Dr. Rosenbergs Arbeit, überaus lesbar geschrieben, ist durchaus ein wissenschaftliches

22 Z. Fridljand, Unter dem Banner des Marxismus, 3 (1929), S. 782. Russ. in: Istorik Marksist, 3 (1929), S. 241.

23 Vgl. hierzu die sehr umfangreiche Arbeit von Helmut Heiber, Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966.

24 Walter Frank, Der Goldglanz. Zu Arthur Rosenbergs „Entstehung der deutschen Republik“, in: Ders., Geist und Macht. Historisch-politische Aufsätze, Hamburg 1938, S. 87f. (zuerst unter dem Pseudonym „Peregrinus“ in: Der akademische Beobachter, 1 (1929), S. 218–222, erschienen).

25 Translator's Preface, hier zit. nach der Neuausgabe: Arthur Rosenberg, Imperial Germany. The Birth of the German Republic, 1871–1918, Boston 1966, S. V.

Werk, das für die Öffentlichkeit von Interesse, für den, der sich mit der deutschen Republik befaßt, jedoch unverzichtbar ist“, schrieb der Rezensent R. B. Mowat in *History*.²⁶

2. Wissenschaft und politische Bildung

Nach den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 bildeten die Parteien der „Weimarer Koalition“, SPD, DDP, DVP und Zentrum unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller eine neue Regierung. Rosenbergs Tätigkeit als Abgeordneter des Parlaments war indes beendet. Als politischer Schriftsteller hatte er zwar finanzielle Einnahmen, doch war dies für eine vierköpfige Familie zu wenig. Er bemühte sich um eine Anstellung im Schuldienst. Zunächst mußte der 41-jährige ein Referendariat absolvieren, bevor er im Mai 1931 eine Anstellung als Studienassessor beim Berliner Provinzial-Schulkollegium erhielt. Der Berliner Magistrat strich jedoch als Teil der Sparmaßnahmen bereits im Oktober die damit verbundene Vergütung. Rosenberg suchte und fand eine neue berufliche Tätigkeit als Lehrer für Geschichte und Politische Weltkunde am Köllnischen Gymnasium. Die Anstellung war nicht mit der Übernahme ins Beamtenverhältnis verbunden, sie mußte vielmehr jährlich (formell) verlängert werden.²⁷

Wie berichtet, gab Rosenberg seine Lehrtätigkeit an der Universität auch in der Zeit größter politischer Beanspruchung nicht auf. Dies und die öffentliche Resonanz, die sein Buch über *Die Entstehung der deutschen Republik* erfahren hatte, bewog den preußischen Kultusminister Carl Heinrich Becker, Anfang 1930 der Fakultät vorzuschlagen, sie möge Rosenberg zum außerordentlichen Professor ernennen.

Die zur Stellungnahme aufgeforderte Fakultät bildete eine Kommission zur Prüfung der Angelegenheit. Ihre Mitglieder lehnten am 13. Februar 1930 den Vorschlag des Ministers ab. Eduard Meyer erinnerte noch einmal an Rosenbergs „Täuschungsversuch“ aus dem Jahre 1921 und befand ihn des Titels schlichtweg „nicht würdig.“ Ulrich Wilcken lehnte die Ernennung vor allem mit der Begründung ab, daß Rosenberg seit 1921 keine althistorische Arbeit mehr publiziert habe. Auch der Altphilologe Eduard Norden sprach von „mangelnder wissenschaftlicher Qualifikation.“ Nordens Fachkollege Ludwig Deubner lehnte die Ernennung dagegen nur wegen Rosenbergs angeblich mangelnder moralischer Eignung ab. Nur der Neuzeithistoriker Fritz Hartung, ein Spezialist für Verfassungsgeschichte, äußerte sich „eher lobend“ über Rosenbergs jüngste Arbeiten. Die ebenfalls um ein Urteil gebeten Hermann Oncken, Friedrich Meinecke und Werner Jaeger nahmen an der Sitzung nicht teil.²⁸ Die Fakultät schloß sich dem Votum der Kommission an und kam nochmals auf den Rosenberg 1921 erteilten Verweis zurück.²⁹

Adolf Grimme, Beckers Nachfolger als preußischer Kultusminister, gab sich damit nicht zufrieden. Er forderte die Fakultät auf, ein Gutachten über Rosenbergs jüngstes Buch zu erstellen. Zu Recht schreibt Andreas Wirsching: „Hochangesehene Mitglieder des universi-

26 R. B. Mowat, in: *History*, 18 (1933), S. 71.

27 Vgl. HUB, UA, Phil. Fak., R 208 Personalakte Arthur Rosenberg, Bl. 8, 15, 24.

28 Der Vorgang befindet sich in: HUB, UA, Phil. Fak., Nr. 1475, Bl. 21f.

29 Fakultätssitzung vom 27. Februar 1930, ebenda, Nr. 38, Bl. 473.

tären Establishments mußten sich gutachterlich zu dem ebenso kritischen wie innovativen Werk eines Außenseiters äußern, das zumindest in Teilen wissenschaftlich in die Zukunft wies.³⁰

Das Gutachten befaßte sich vor allem mit den beiden ersten Kapiteln des Buches, die das Bismarckreich behandelten. Auch die „Vernunftrepublikaner“ unter den deutschen Historikern erblickten im Bismarckreich den Höhepunkt deutscher Geschichte, von dem aus eine Kritik an der Politik Wilhelms II. durchaus als statthaft galt. Sie wiesen deshalb Rosenbergs Diagnose, wonach die Bismarcksche Reichsgründung von Anfang an den Todeskeim in sich getragen habe, vehement zurück. Das Buch sei eine „bewußt einseitige Anklage“ führender Politiker des Kaiserreichs. Es zeige insbesondere Rosenbergs „ausgesprochen subjektive Haltung im Werturteil über Personen und Vorgänge in der Zeit von 1914 bis 1918.“ Zwar besitze das Buch seine Verdienste: Es offenbare ein „Bemühen um Objektivität und Gerechtigkeit, wie es in Arbeiten ähnlicher Art in der Regel vermißt wird“, sei aber „als Ganzes, in seiner Conzeption, nicht als rein wissenschaftliches Erzeugnis zu betrachten.“ Rosenberg habe Bismarcks Verfassungswerk aus Unkenntnis heraus mißachtet und neige zu Konstruktionen, die „jeder subjektiven Willkür Tür und Tor“ öffnen würden. Indem die „parteilpolitische Tendenz des Buches“ vom Persönlichen in das Institutionelle „abgeschoben“ worden sei, werde „die publizistische Wirkung des Buches ohne Frage noch gesteigert.“ Damit war klar: Wo sachliche Einwände gegen Rosenbergs Arbeit nicht weiterhalfen, mußte er der „parteilpolitischen“ Tendenz geziehen werden; ein Urteil, das einem rechtsgerichteten, republikfeindlichen Historiker kaum bescheinigt worden wäre.³¹ Wie 1921, so nochmals Wirsching, wollte die Mehrheit der Professoren „einen politisch und persönlich unliebsamen Historiker von der akademischen Lehre fernhalten.“³²

Doch konnte Rosenberg, was selten genug der Fall war, einen Erfolg verbuchen: Der Minister ernannte ihn gegen den Willen der Fakultät zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor. Seine Lehrbefugnis blieb jedoch auf die alte Geschichte begrenzt. Seinen Antrag um Erweiterung der *Venia legendi* lehnte die Fakultät ab. Es blieb Rosenberg versagt, über vergleichende Verfassungsgeschichte zu lesen. Die marxistische Gesellschaftslehre vermochte er dennoch vom Katheder zu verbreiten: So las er im Sommersemester 1931 über „Die materialistische Geschichtsauffassung erläutert am Beispiel der griechisch-römischen Geschichte“ und im Wintersemester 1931/32 über „Materialistische Geschichtsauffassung, spezieller Teil (Wirtschaft, Staat, Wissenschaft, Kunst, Religion)“.

Es war somit zu erwarten, daß nicht nur Studenten der alten Geschichte seine Vorlesungen und Übungen besuchten. Das Publikum setzte sich vielmehr aus Linken verschiedener Schattierungen zusammen.³³

Der Student und aktive Sozialdemokrat Georg Eckert, künftiger Wegbereiter der internationalen Schulbuchforschung, lernte Arthur Rosenberg Ende 1931 kennen. Von der Gruppe sozialdemokratischer Studenten an der Universität (SSSt) wurde Rosenberg, wie sich Eckert erinnerte, „menschlich und fachlich außerordentlich geschätzt. Er hat z. B. noch im Som-

30 Wirsching, *Politik und Zeitgeschichte*, S. 584.

31 Das Gutachten befindet sich in: HUB, UA, Phil. Fak., Nr. 1440, Bl. 212–216.

32 Wirsching, *Politik und Zeitgeschichte*, S. 597.

33 Unter ihnen war der spätere Schriftsteller Stefan Heym, der Rosenberg kurz hörte. Vgl. Stefan Heym, *Nachruf*, Berlin 1990, S. 62.

mersemester 1932 auf meine Bitte in einer öffentlichen Versammlung der Philosophischen Fachschaft der SSt gesprochen.“

„Rosenberg hat nie verleugnet, daß er von Marx kam“, schrieb Eckert. „Er war aber eine so originale und schöpferische Persönlichkeit, daß seine marxistische Axiomatik zum mindesten mir nicht allzu deutlich geworden ist.“ Die Marxsche Geschichtsauffassung war „für ihn niemals Dogma, sondern nur ein wertvolles methodisches Hilfsmittel.“ Er „war seinen eigenen Thesen gegenüber ohne Frage kritisch (eingestellt) und war jederzeit bereit, sie zur Diskussion zu stellen. Ich persönlich wurde durch Rosenberg fasziniert, weil er als einer der ganz wenigen Professoren der damaligen Berliner Universität jede Vorlesungsstunde mit einer freimütigen Diskussion beendete. Er ist in diesen Diskussionen gerade von seiten der Parteikommunisten immer wieder attackiert worden. Ich hatte immer den Eindruck, daß Rosenberg bereit war, sich von guten und besseren Argumenten überzeugen zu lassen, daß er andererseits sich seiner geistigen Bedeutung wohl bewußt war.“ Eckert nahm an, daß Rosenberg „Marx tief verehrt hat, ohne die Zeitbedingtheit seiner Theorien zu übersehen.“ Die kommunistischen Hörer hätten ihn, abgesehen von den wenigen Anhängern Brandlers und Thalheimers, „heftig beföhdet“. Doch habe Rosenberg auf fast alle Studenten „einen menschlich faszinierenden Einfluß ausgeübt“; es habe sogar „Ansätze einer ‚Rosenberg-Sekte‘ an der Universität gegeben ... Rosenberg hat diese Entwicklung jedoch nicht gefördert, sondern ganz im Gegenteil immer wieder zur Selbstkritik aufgefordert“, so Eckert. Er betonte, daß ihn unter allen wissenschaftlich bedeutenden Gelehrten, die er kennenlernen durfte, „wenige menschlich so berührt und entscheidend beeinflußt haben wie Rosenberg.“³⁴

Auf Walter Markov, den künftigen Historiker der Französischen Revolution, machte Rosenberg ebenfalls „einen starken Eindruck.“ Durch ihn kam Markov 1932 „zum ersten Mal mit dem theoretischen Spiegelbild der äußersten Linken in direkte Berührung.“ Einmal besuchte er Rosenberg in dessen Wohnung, „die nach Junggesellenwirtschaft aussah“, wobei dieser den jugoslawischen Staatsbürger „mit der herzerfrischenden Frage begrüßte: ‚Na, wann hängt ihr (König) Alexander?‘ Sodann wollte er wissen: ‚Sind Sie Parteikommunist?‘“ Nein, organisiert sei er, so Markov, in keiner Partei. Rosenbergs Fazit: „Ist auch besser so.“

„Ein sehr witziger und geistreicher Kopf, hat Rosenberg mir als erster einen Schlüssel zur Marxschen Methode in die Hand gedrückt, wobei seine Taktik darin bestand, den Studenten möglichst viel selbst sagen zu lassen und dann als ‚Jupiter‘ nur seine Hand darüber zu halten. Mit den aufgeregten und nicht immer höflichen jungen Leuten im Hörsaal wurde er so am besten fertig.“³⁵ Zu diesen gehörte eine kleine Gruppe von KPD-Studenten, deren Wortführer der spätere DDR-Journalist Kurt Stern war.³⁶

Heinz Pächter, später als Henry Pächter ein namhafter Historiker in den USA, schloß sich ebenfalls Rosenberg an. Er erlebte einen politisch interessierten Gelehrten, „ausgestoßen vom akademischen Establishment wie von der kommunistischen Orthodoxie. Als Dozent für griechische und römische Geschichte war er auf die Kolleggelder angewiesen, die er von seinen Hörern bekam. Von keiner Seite erging ein Ruf auf einen Lehrstuhl an ihn, und da er

34 Brief Georg Eckerts an Helmut Schachenmeyer, 24. August 1960. Kopie im Besitz des Verfassers.

35 Walter Markov, Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin/Weimar 1989, S. 34–36.

36 Dies nach noch unveröffentlichten Aufzeichnungen Walter Markovs, die mir seine Witwe Irene zugänglich machte.

kein Recht hatte, Prüfungen abzunehmen, waren die Studenten nicht verpflichtet, seine Lehrveranstaltungen zu besuchen. Doch seine Vorlesungen gehörten zu den interessantesten, die ich je erlebte; seine Bücher zur Entstehung der Weimarer Republik, über den Bolschewismus sowie über Demokratie und Sozialismus wurden zu Klassikern. Lange bevor andere dies taten, wies er auf den Klassencharakter der antiken Gesellschaft hin ... Die Freundschaft, die er mir zuteil werden ließ, bedeutet mir noch heute viel, wie ich ihm auch stets für seinen fachlichen Rat dankbar sein werde.³⁷

Als Rosenberg aus der Politik ausschied, war er fast vierzig Jahre alt. Es schien ausgeschlossen, daß er einen Ruf an eine Universität außerhalb Berlins erhielt. Wie die Dinge lagen, würde er also in Berlin bleiben. Die Rosenbergs beschlossen deshalb, sich häuslich niederzulassen. Ihnen kam entgegen, daß die Stadtverwaltung damals Baugenossenschaften unterstützte, die zu günstigen Konditionen Wohnraum anboten. Die Rosenbergs zahlten ihre Anteile ein und bezogen ein kleines zweistöckiges Haus in Zehlendorf, Waldhüterpfad 68. Das Anwesen hatte einen Garten, in dem die Kinder Liselott und Wolfgang, nun sieben und sechs Jahre alt, spielen konnten. Der sozialdemokratische Politiker Julius Leber und die Familie des kommunistischen Landtagsabgeordneten Hugo Eberlein wohnten ebenfalls in der Siedlung.³⁸ Die drängende Frage nach dem Lebensunterhalt fand schließlich eine nicht ideale, doch akzeptable Lösung, als Rosenberg die Position als Studienassessor am Köllnischen Gymnasium erhielt.

Es befand sich zusammen mit der Kaempf-Oberrealschule in einem Gebäude unweit des Märkischen Museums zwischen dem S-Bahnhof Jannowitzbrücke und dem U-Bahnhof Inselbrücke.³⁹ Die Anstalt war eine der drei Berliner *Aufbauschulen*, auf der sich Arbeiter und Angestellte beiderlei Geschlechts auf das Abitur vorbereiten konnten. Statt der „normalen“ neun dauerte die Ausbildung sechs Jahre. Viele der Schüler hatten bereits einen Beruf erlernt und gingen mit großem Ernst „zur Sache“.

Die Schule war dem sozialdemokratisch geführten Berliner Magistrat zu verdanken, der dem bisherigen Bildungsprivileg für Kinder des Besitz- und Bildungsbürgertums entgegenwirken wollte. Der Schullektor Siegfried Kawerau unterrichtete Geschichte, Deutsch und Latein. Er gehörte zu jenen Lehrern, die ihre Schüler zu demokratischem Engagement erziehen wollten. Kawerau, Jahrgang 1886, war als junger Pädagoge 1914 begeistert in den Krieg gezogen. Erst das Erlebnis der Novemberrevolution bewirkte dann, wie bei Rosenberg, ein Umdenken. Er trat der Sozialdemokratie bei und wurde Mitbegründer des *Bundes entschiedener Schulreformer*. Diese Organisation suchte das Schulsystem zu modernisieren. Der Bund trat für Schülerselbstverwaltung durch Schülerbeiräte, Schulgeldfreiheit, Weltlichkeit der Schule (als Abkehr vom Prinzip der Einheit von „Thron und Altar“), Koedukation, Reduzierung der Pflicht- zugunsten von Wahlfächern und eine Revision von Unterrichtsinhalten wie -methoden ein. Kawerau war auch Mitglied der Prüfstelle für Lehrbücher an höheren Schulen beim preußischen Kultusministerium. Auf Tagungen, in Kommissionen und Schriften forderte er eine Erneuerung des Geschichtsunterrichts. Er kritisierte, daß Geschichte in der Schule bislang auf große Persönlichkeiten, die Abfolge von Schlachten und

37 Henry Pachter, *Weimar Etudes*, New York 1982, S. 54.

38 Diese Informationen erhielt ich von der Witwe des Erstbeziehers Fritz Plath, Rosenbergs Nachbar von 1928 bis 1933.

39 Das Gebäude wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört.

Dynastien sowie übersteigerte patriotische Propaganda reduziert worden war. Als Kawerau jedoch für eine Aufnahme des Sexualkundeunterrichts in den Lehrplan eintrat, ging das sogar dem Bund entschiedener Schulreformer zu weit, und er verließ 1925 die Organisation. In seinem Bemühen, nationalistische Geschichtslegenden aufzudecken, stieß er wiederholt mit rechtsgerichteten Pädagogen und Bildungspolitikern zusammen. Die politischen und pädagogischen Vorstellungen Kaweraus und Rosenbergs wiesen somit viele Gemeinsamkeiten auf.⁴⁰

Nach dem Professoren- und dem KPD-Politikermilieu – zwei Bereichen, in denen Rechtshaberei und Intrigen zu Hause waren – muß Rosenberg das Köllnische Gymnasium als eine neue, positive Erfahrung begriffen haben. Er freundete sich mit seinem Kollegen Hermann Borchardt an, der Philosophie und Deutsch unterrichtete. Borchardt, Jahrgang 1888, war Anarchist. 1918 hatte er die *Gesellschaft für grundwissenschaftliche Philosophie* gegründet. Neben mehreren philosophischen Arbeiten schrieb er Theaterstücke.⁴¹

Am Köllnischen Gymnasium unterrichtete mit Fritz Ausländer auch ein Kommunist. 1885 geboren, gehörte er von 1928 bis 1932 der KPD-Fraktion des Preußischen Landtags an.⁴² Am Gymnasium waren Fraktionsquerelen nicht gefragt, doch „an dieser Schule brauchte kein Linker aus seinem Herzen eine Mördergrube zu machen“, erinnert sich der spätere Agrarökonom Theodor Bergmann, der von 1929 bis Anfang März 1933 das Köllnische Gymnasium besuchte und an Rosenbergs Unterricht teilnahm.

„Rosenberg beeindruckte durch seine klare Sprache, die scharfe Formulierung, seine gesellschaftskritische Darstellung der neueren und neuesten Geschichte, wenn er über die ersten Jahrzehnte unseres 20. Jahrhunderts und seine wichtigsten Zäsuren sprach: Vorkriegszeit, Weg in den Krieg, Weltkrieg, Revolution, Weimarer Republik und ihre gefährdeten und gefährlichen Entwicklungsperspektiven.“ Natürlich wußten die Schüler von seinem politischen Werdegang in der KPD, aber deren innerparteiliche Kämpfe spielten im Unterricht keine Rolle. „Er hatte seine ultralinke Zeit kritisch überwunden“, so Theodor Bergmann.

Als Rosenberg an die Schule kam, war die relative Stabilisierungsphase der Weimarer Republik beendet. Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 hatten im Zeichen der Wirtschaftskrise für einen unvorstellbaren Wahlerfolg der Nationalsozialisten gesorgt: Von der kleinsten Fraktion im Reichstag wuchs die NSDAP hinter der SPD zur zweitgrößten. Rosenberg nahm im Unterricht dazu klar Stellung. „Am intensivsten und ausführlichsten dachte er mit uns über Demokratie und Faschismus nach. Die Gefahr des Aufstiegs der NSDAP war überdeutlich, nicht zu übersehen“, so Bergmann. Rosenberg bemühte sich, die Schüler „zu kritischer Distanz herauszufordern.“ Sein Unterrichtsstil und sein Vortrag, erin-

40 Vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, Georg Siegfried Kawerau, in: Manfred Asendorf/Rolf von Bockel (Hg.), *Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Ein Lexikon*, Stuttgart/Weimar 1997, S. 324–326.

41 Die Angaben beruhen auf Borchardts Akte im Deutschen Exilarchiv 1933–1945, Frankfurt (Bestand: American Guild for German Cultural Freedom/Deutsche Akademie im Exil).

42 Vgl. Martin Schumacher (Hg.), *M.d.L. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus*, Düsseldorf 1995, S. 27.

netzt sich Bergmann nach sieben Jahrzehnten, „waren für uns alle beeindruckend und fruchtbar.“⁴³

Ähnlich erlebte ihn der linke Sozialdemokrat Erich Schmidt in der politischen Bildungsarbeit. In Funktionärskursen der Sozialistischen Arbeiterjugend begann Rosenberg, „das im Richtungsstreit erheblich verzerrte Geschichtsbild zurechtzurücken. Seine Analysen waren nicht nur solide und überzeugend, sie hoben die Substanz der Arbeiter- und Jugendbildung und vermittelten ihr neue Aspekte. Ihm und einigen anderen ‚Linken‘“, so Schmidt, „verdankte die Arbeiterbewegung, daß ihr eine noch größere Zersplitterung und Ohnmacht erspart geblieben ist und daß wir ... nie die ‚Konsequenz‘ zogen aus unserer Gegnerschaft zu Jugend- und Parteiführungen, wie es die kommunistische Agitation und die Jungkommunisten stets forderten.“⁴⁴ Rosa Luxemburgs Mahnung, wenn nötig, ‚mit den Massen zu irren‘, sich nie von ihnen zu isolieren, betrachteten wir als unser schwerstes Geschütz gegen jene Kommunisten und Linken, die das angebliche Versagen der Massen mit ihren winzigen Grüppchen und ihrem Verbalradikalismus zu ersetzen suchten.“⁴⁵

Sein Budget konnte Rosenberg durch einen Lehrauftrag an der deutschen Hochschule für Politik aufbessern. Die 1920 gegründete Hochschule war aus widersprüchlichen Impulsen heraus entstanden. Zum einen knüpfte sie, wie ihr *spiritus rector* Ernst Jäckh in seiner Gründungsrede festhielt, nicht nur an die Bildungsfunktion der Pariser *Ecole Libre des Sciences Politiques* an, sondern auch an die 1871 damit verbundene Hoffnung auf Revanche nach einem verlorenen Krieg. Zum anderen wollten zumindest einige der Gründungsväter, neben Jäckh sind hier besonders Walter Simons und Theodor Heuss zu nennen, die Studenten zu republikanischen Staatsbürgern erziehen. Schließlich bot die Hochschule neuen Disziplinen wie Soziologie oder Geschichte der politischen Parteien einen Raum, den diese Fächer in der Universität nur selten hatten.⁴⁶ Über die Freie Sozialistische Hochschule, eine SPD-nahe Bildungsanstalt, kam Rosenberg in Kontakt zur Hochschule für Politik.⁴⁷ Dort unterrichteten zwar auch Nationalkonservative wie Martin Spahn und Max Hildebert Böhm, doch gaben sie noch nicht den Ton an.⁴⁸

Ein ganz anderes Projekt blieb im Stadium des Entwurfes stecken: Eine Gruppe von Künstlern und Wissenschaftlern, unter ihnen Walter Benjamin, Ernst Bloch, Bertolt Brecht, Bernhard von Brentano, Siegfried Kracauer und Georg Lukács, beabsichtigten 1930 die Gründung einer Zeitschrift mit dem Titel *Kritik und Krise*. Die vom Rowohlt-Verlag unterstützte Idee sollte Schriftsteller und Wissenschaftler im Interesse der Verteidigung demokratischer Werte wie sozialistischer Kritik am bürgerlichen Staat zusammenführen. Als

43 Theodor Bergmann, Erinnerung an Arthur Rosenberg, in: Mario Keßler, Im Zeitalter der Katastrophen. Arthur Rosenberg (1889–1943): Im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, Hamburg 2002, S. 38f. Ähnlich Theodor Bergmann, Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten, Hamburg 2000, S. 12.

44 Gemeint war, mit der SPD zu brechen und der KPD beizutreten.

45 Erich Schmidt, Meine Jugend in Groß-Berlin. Triumph und Elend der Arbeiterbewegung 1918–1933, Bremen 1988, S. 93.

46 Vgl. Wilhelm Bleek, Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001, S. 198ff.

47 Vgl. Peter Thomas Walther, Von Meinecke zu Beard? Die nach 1933 in die USA emigrierten deutschen Neuhistoriker, Ph.D. Thesis, State University of New York at Buffalo 1989, S. 189.

48 Vgl. Alfons Söllner, Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration, Opladen 1996, S. 31–54, bes. S. 43.

Autoren waren unter anderem Theodor Adorno, Alfred Döblin, Hanns Eisler, Karl Korsch, Robert Musil, Kurt Weill und Arthur Rosenberg im Gespräch. Aus finanziellen und organisatorischen Gründen kam jedoch die Zeitschrift nie zustande.⁴⁹

Im allgemeinen scheint sich der hart und konzentriert arbeitende Rosenberg von dem, was allgemein als die Künstlerszene galt, ferngehalten zu haben, zumindest erwähnen ihn einschlägige Memoiren oder Darstellungen nicht. Durch seinen Freund Karl Korsch kam er dennoch mit Künstlern und Wissenschaftlern zusammen, die in dessen Haus verkehrten. Henry Pachter, damals ein eifriger Korsch-Anhänger, erinnert sich an einen Kreis, zu dem mehr oder weniger regelmäßig Bertolt Brecht und Alfred Döblin, der Anarchist Augustin Souchy und der rebellische indische Kommunist M. N. Roy, Karl Liebknechts Bruder Theodor, der Journalist Franz Pfemfert, der Psychologe Kurt Lewin, der Philosoph Hans Reichenbach, der russisch-schweizerische Schriftsteller und ewige Bohemien Adrien Turel, der Fotograf Jenö Friedmann, später als Robert Capa weltberühmt geworden, der aus Rußland emigrierte Sozialrevolutionär Isaak Steinberg und eben Rosenberg gehörten.⁵⁰ Steinberg, Minister in der ersten Regierung unter Lenin, dürfte Rosenberg einiges Hintergrundwissen über das Revolutionsjahr 1917 vermittelt haben.

Rosenberg schrieb nun ausschließlich für Zeitungen und Zeitschriften der Sozialdemokratie. So rezensierte er im *Vorwärts* Hermann Pinnows *Deutsche Geschichte* sowie den dritten Band von Johannes Ziekurschs *Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs*. In ihrer Kritik der überkommenen Feudalklasse erblickte er die „Anfänge einer Neuorientierung der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung“,⁵¹ insbesondere Ziekursch mache „der monarchistischen Legende keine Zugeständnisse“, so Rosenberg an anderer Stelle.⁵² Enthusiastisch begrüßte er Sigmund Neumanns Erstlingswerk über *Die Stufen des preußischen Konservatismus*. „Diese Arbeit eines jungen marxistischen Historikers verdient ernste Beachtung.“ Neumann interessierten weniger die äußeren Ereignisse als die gesellschaftlichen Voraussetzungen und die Ideen, die aus den sozialen Konflikten erwachsen. „Seit 1918 spielt der Adel als gesellschaftliche Klasse in Deutschland keine Rolle mehr. Aber der Kampf, den heute das Bürgertum gegen das aufstrebende Proletariat führt, zeigt eine große Ähnlichkeit mit dem alten Abwehrkampf des Adels gegen die bürgerliche Klasse. So kann man aus dem Buch Neumanns die schönsten Parallelen zu der heutigen Haltung der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse ziehen. Das deutsche Bürgertum hat heute im Klassenkampfe seine ‚Junker‘ und Romantiker, seine Radowitze und Bethmanns und ebenso die nachgemachten, die gar sehr nachgemachten Bismarcks.“⁵³ Neumann gab in seinem nächsten Werk das Lob zurück: Rosenbergs *Entstehung der deutschen Republik* sei eine

49 Vgl. Erdmut Wizisla, „Krise und Kritik“ (1930/31). Walter Benjamin und das Zeitschriftenprojekt, in: *Aber ein Sturm weht vom Paradiese her. Texte zu Walter Benjamin*, Leipzig 1992, S. 270–302, bes. S. 277f.

50 Vgl. Pachter, *Weimar Etudes*, S. 54f., Augustin Souchy, „Vorsicht: Anarchist!“ Ein Leben für die Freiheit, Darmstadt/Neuwied, Luchterhand 1977, S. 73f. Rosenberg erscheint allerdings weder in Brechts *Arbeitsjournal*, noch bei Werner Mittenzwei, *Das Leben des Bertolt Brecht oder der Umgang mit den Welträtseln*, 2 Bde., Berlin/Weimar 1986.

51 Arthur Rosenberg, *Zur deutschen Geschichte*, in: *Vorwärts*, 19. Oktober 1930 (Beilage).

52 Rosenberg, *Rezension zu Johannes Ziekursch* (Anm. 10), S. 101.

53 Arthur Rosenberg, *Rezension zu: Sigmund Neumann, Die Stufen des preußischen Konservatismus*, in: *Die Bücherwarte*, 7 (1932), S. 22f.

„knappe und lebendige Arbeit“, die zum Studium der neueren deutschen Geschichte unentbehrlich sei.⁵⁴ Naturgemäß härter fiel Rosenbergs Urteil über Johannes Hallers Buch *Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen* aus. Die Schrift gehöre zur historischen Tendenzliteratur. Hallers Idee, wonach das französische Volk aus seiner „Natur“ und seinem „Instinkt“ heraus dem „Trieb zur Eroberung“ fröne, entspreche genau dem politischen Bedürfnis der deutschen Rechtsparteien. Haller schlage den Franzosen, meine aber auch den deutschen Sozialdemokraten und dessen Idee der Völkerverständigung. „Durch außenpolitische Propaganda schafft man eine Atmosphäre, in der innenpolitische Geschäfte gedeihen sollen.“⁵⁵

Rosenberg befaßte sich weiterhin intensiv mit der Vorgeschichte und Geschichte des Weltkrieges. Im Flottenbau sah er die „Kernfrage des deutschen Imperialismus.“ Er stimmte Eckart Kehr zu, für den „die Flottenpolitik eigentlich nur als Ausdruck bürgerlichen Machtwillens möglich gewesen wäre. Der deutsche Imperialismus mußte aber von einem Staat gemacht werden, den immer noch die agrarische Aristokratie beherrschte. Aus dem ungelösten Widerspruch zwischen der agrarisch-feudalen Form und dem bürgerlich-kapitalistischen Inhalt des Kaiserreichs mußte der Zusammenbruch kommen.“⁵⁶

Diesen Widersprüchen war Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow nicht gewachsen. Rosenberg entlarvte einen anonymen Kritiker Bülows als „literarischen Helfer des Hauses Doorn.“ Vom niederländischen Exil aus wolle der gestürzte Kaiser den Ruf seines früheren Gefolgsmannes, der dann von ihm abgerückt sei, schädigen. Zwar habe eine „objektive Geschichtsforschung ... keinen Anlaß, die schweren politischen Fehler Bülows, wie sie in den Akten zutage treten, irgendwie zu vertuschen. Bülow war kein Staatsmann, sondern nur ein geschickter Taktiker.“ Dennoch sei er keineswegs der alleinige Sündenbock des alten Systems. Eine Kritik seiner Politik dürfe die übrigen Verantwortlichen nicht entlasten.⁵⁷ In seinen Memoiren versuche Bülow dem Leser einzureden, daß er, wäre er 1914 noch Reichskanzler gewesen, „alles ganz anders gemacht hätte.“ Doch habe er „das Grundproblem der neuen deutschen Geschichte“ nicht begriffen: „Der entscheidende Fehler lag gar nicht in der Person Wilhelm II., sondern in der alten Reichsverfassung, die dem Kaiser jene schrankenlose Gewalt einräumte.“⁵⁸ Dennoch seien diese Erinnerungen „die wichtigste, gefährlichste und anschaulichste Anklage, die bisher ein Mann des alten Systems gegen Wilhelm II. erhoben hat.“ Darum sei Bülow für das deutsche Bürgertum, das sich bestenfalls „vernunftmäßig“ mit der Republik abfinde, so etwas wie der „Klassenfeind“ geworden. Der sozialistische Leser könne aus seinem Buch viel über „das alte System und seine heutigen Nachläufer gewinnen.“⁵⁹

54 Sigmund Neumann, *Die Parteien der Weimarer Republik*, 5. Aufl., Stuttgart 1986, S. 114 (zuerst 1932).

55 Arthur Rosenberg, Rezension zu: Johannes Haller, *Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen*, in: *Die Bücherwarte*, 7 (1932), S. 9f.

56 Rosenberg, Rezension zu: Eckart Kehr, *Schlachtflottenbau und Parteipolitik* (Anm. 9), S. 383.

57 Arthur Rosenberg, Rezension zu: *Deutschland und die Mächte vor dem Kriege* in amtlichen Schreiben des Fürsten Bernhard von Bülow, in: *Die Bücherwarte*, 6 (1931), S. 11f.

58 Arthur Rosenberg, Rezension zu: Bernhard Fürst von Bülow, *Denkwürdigkeiten*, I. und II. Bd., in: ebenda, S. 8.

59 Arthur Rosenberg, Rezension zu: Bernhard Fürst von Bülow, *Denkwürdigkeiten*, III. Bd., ebenda, S. 55.

Auf den Zusammenhang von gesellschaftlicher Struktur sowie innerer und äußerer Politik wies Rosenberg auch in einer Besprechung der österreichischen Dokumente zum Kriegsbeginn 1914 hin. „Die Geheimakten über die habsburgische Außenpolitik“, so sein Fazit, „zeigen erneut, wie lebensunfähig das alte Österreich-Ungarn gewesen ist. Das Reich Franz-Josephs ist und bleibt tot, und politische Spiritisten – in Deutsch-Österreich wie anderswo – mögen es unterlassen, sein Gespenst zurückzurufen.“⁶⁰ Die französischen Akten zeigten laut Rosenberg, daß Paris trotz des proklamierten Revanche-Gedankens 1914 keineswegs die treibende Kraft gegen Deutschland gewesen sei. „Der große kapitalistische Gegensatz spielte damals zwischen Deutschland und England, der feudal-monarchistische Gegensatz zwischen Rußland und Österreich. Frankreich war zwar in der Entente als Bindeglied zwischen Petersburg und London unentbehrlich. An Aktivität war es aber doch nur der Dritte im Bunde.“⁶¹

Hermann Kantorowicz betone in seiner Darstellung der englischen Vorkriegspolitik mit Recht, „daß der Wille, Deutschland durch eine feindliche Koalition zu vernichten, bei den maßgebenden englischen Staatsmännern vor dem Kriege *nicht* vorhanden war.“ Doch sei Kantorowicz in einer „wunderlichen Theorie“ gefangen, wenn er beteuere, „daß das englische Volk in viel stärkerem Maße als die meisten Völker des Kontinents sich von Ritterlichkeit, Humanität, Gerechtigkeit auch für den Gegner, Mitleid für den Schwachen usw. leiten lasse.“ Lese man nur Kantorowicz, könne man glauben, das englische Bürgertum habe das größte Weltreich der Geschichte fast nebenbei geschaffen. „England zog offenbar aus wie Saul, um seine Eselinnen zu suchen, und es fand zufällig Indien und Afrika am Wege. Kantorowicz' Grundfehler liegt darin, daß er von *ideologischen Moralurteilen* ausgeht und nicht von ökonomischer Gesellschaftskritik.“⁶²

Natürlich wollte England „mit allen Mitteln verhindern, daß Deutschland die Herrschaft über den europäischen Kontinent gewann“; dafür habe Arthur Nicolson, „der wirkliche Kopf der englischen Außenpolitik“ unter Grey, 1914 den Krieg bewußt in Kauf genommen. Einmal mehr zeige Harold Nicolson (der ebenfalls ein Spitzendiplomat, dazu Historiker und Schriftsteller war) in der Biographie seines Vaters nicht nur die „entsetzliche Kopfflosigkeit“ von Wilhelm II., Bülow und Bethmann Hollweg. Vor allem schildere das Buch „uns die Diplomatie einer Epoche, in der das Großbürgertum, zusammen mit Monarchen, Aristokraten und Diplomaten, allein über das Schicksal der Völker entschied. Mit Schrecken sieht man wiederum, wohin die kapitalistische Außenpolitik die Völker gebracht hat.“⁶³ Nicht der Völkerbund, sondern nur die Anstrengung des europäischen Proletariats, „sein Wille und

60 Arthur Rosenberg, Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Die neuen österreichischen Akten, in: Die Gesellschaft, 8/1 (1931), S. 42.

61 Arthur Rosenberg, Die französischen Dokumente über die Ursachen des Weltkrieges, ebenda, S. 420. Herausgeber und Übersetzer der französischen Dokumente war Artur Rosenberg, Auslandskorrespondent verschiedener deutscher Zeitungen in Paris. Trotz der unterschiedlichen Schreibweise des Vornamens sah sich Arthur Rosenberg verständlicherweise zu der Bemerkung veranlaßt: „Der Herausgeber ist nicht identisch mit dem Verfasser dieses Aufsatzes“ (ebenda, S. 418).

62 Arthur Rosenberg, Rezension zu: Hermann Kantorowicz, Der Geist der englischen Politik und das Gespenst der Einkreisung Deutschlands, in: Die Bücherwarte, 5 (1930), S. 25.

63 Arthur Rosenberg, Rezension zu: Harold Nicolson, Die Verschwörung der Diplomaten, ebenda, 7(1932), S. 30.

sein Klassenbewußtsein“, könnten den Frieden garantieren.⁶⁴ Alles in allem wies Rosenberg keiner der am Weltkrieg beteiligten Seiten die Allein- oder auch nur die Hauptschuld zu, wenngleich der Ton seiner Kritik an der deutschen Politik mit den Jahren eher schärfer als schwächer wurde. In England habe das Militär nie die Entscheidungen der Politik bestimmt. „In Deutschland konnten vor 1914 militärische Wünsche nur dann von politischen Gedanken zurückgedrängt werden, wenn zufällig der Kaiser die politischen Argumente sich zu eigen machte“, schrieb er 1929. „Welcher Deutsche kann im Ernst wünschen, daß ein solcher Zustand wiederkehrt?“⁶⁵

Stresemann habe als Reichskanzler wie als Außenminister der Politik des deutschen Bürgertums Spielräume eröffnet. Er habe zwischen einer Kooperation mit den Sozialdemokraten und der von seiner Partei gewünschten Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen lavieren müssen. Bei aller persönlichen Integrität habe der bedeutendste bürgerliche Politiker der jüngsten Vergangenheit „ein wirkliches Verständnis für den Sozialismus nie besessen.“⁶⁶ Aber weder seine Integrität noch seine Rednergabe seien ausschlaggebend dafür gewesen, daß „die Industrievertreter in der Deutschen Volkspartei“ Stresemann so lange unterstützten, sondern „vor allem die nüchterne Erwägung ihrer Interessen.“⁶⁷

Obwohl Rosenberg die kommunistische Bewegung verlassen hatte, ließ ihn deren Zukunft und das Schicksal des Sowjetstaates nicht los. Bereits Ende 1927 brachte der *Klassenkampf*, die Zeitschrift der SPD-Linken, eine Zuschrift Rosenbergs zu einem Artikel des exilierten Menschewiken Theodor Dan. Dieser sah im Leninismus die ideologische Legitimation eines zur Diktatur erstarrten Regimes, das zur inneren Reform unfähig sei. Die sowjetischen Arbeiter müßten die „Jakobinerdiktatur“ der Bolschewiki stürzen. Nur dann sei der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft möglich.⁶⁸

Rosenberg widersprach. Der Leninismus dürfe nicht als einheitliche Erscheinung behandelt werden. Das leninistische Organisationsprinzip sei für eine illegale revolutionäre Partei vor 1917 notwendig gewesen. Nach dem Sieg der Bolschewiki habe Lenin es als temporäre Herrschaftsform beibehalten müssen, wobei „durch Kompromisse in der agrarischen Umgebung ein Mindestmaß von Arbeiterregierung“ garantiert sei. Schließlich sei nach 1921 in Westeuropa der Leninismus zum Synonym einer „Fiktion der Aufstandsvorbereitung in einer friedlichen Zeit“ geworden, die „im Interesse russischer Staatspolitik aufrechterhalten wird.“ Dafür sei aber Lenin nicht verantwortlich. Auf ihr beruhe die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung, doch habe Lenin diese Spaltung als vorübergehend angesehen. In einer revolutionären Situation könne sich die Vorhut vom Hauptfeld der Bewegung trennen. Danach aber müsse sie wieder in den Hauptstrom der Bewegung zurückkehren. Da sich die sowjetische Führung jedoch der Komintern als ihres politischen Instruments bediene, bleibe die Spaltung, die niemandem etwas nütze, erhalten.⁶⁹

64 Arthur Rosenberg, Die Zukunft des Völkerbundes, in: *Der Klassenkampf*, 2 (1929), S. 457.

65 Arthur Rosenberg, Das Geheimnis der deutschen Kriegserklärungen, in: *Die Gesellschaft*, 6/2 (1929), S. 51–57, hier zit. in: Ders., *Demokratie und Klassenkampf*, Zitat S. 207.

66 Arthur Rosenberg, Stresemanns Vermächtnis, in: *Die Gesellschaft*, 9/2 (1932), S. 232.

67 Arthur Rosenberg, Rezension zu: Rudolf Olden, *Stresemann*, in: *Die Bücherwarte*, 5 (1930), S. 1.

68 Theodor Dan, Leninismus, in: *Der Klassenkampf*, 1 (1927), S. 89–96.

69 Arthur Rosenberg, Nochmals „Leninismus“, ebenda, S. 172–175. Wiederabdruck als Dokument Nr. 10 im Anhang.

Damit hatte Rosenberg seine Auffassung über die russische Revolution wie die Komintern dargelegt, die er in Zukunft vertiefen, aber nicht mehr revidieren sollte. Stimmen Sozialdemokraten und Kommunisten wenigstens darin überein, daß die innere Entwicklung der Sowjetunion und die Politik der Komintern ähnlich zu bewerten seien, stellte Rosenberg der inneren Entwicklung Sowjetrußlands ein insgesamt positives Zeugnis aus. Die Komintern war für ihn jedoch ein Anachronismus. Die deutschen Arbeiter sollten der Politik der Sowjetunion, diesem „Vermittler zwischen Europa und Asien“, das größtmögliche Verständnis entgegenbringen.⁷⁰ Auch die wissenschaftlichen Leistungen der Sowjetunion, so die Marx-Engels-Forschung, fanden Rosenbergs Anerkennung.⁷¹

Rosenberg vertrat die Idee einer „Doppelnatur“ der kommunistischen Bewegung: fortschrittlich als sowjetische Regierungsgewalt, aber ein Hemmnis für die Arbeiterbewegung auf internationaler Ebene. Obgleich von der Lehrtätigkeit wie der Publizistik stark beansprucht, fand er Zeit für ein neues Buch, das diesem Gedanken gewidmet war: die *Geschichte des Bolschewismus*.

3. Kritik und Verteidigung der Sowjetunion

Im Jahre 1931 traf Sidney Hook, damals Guggenheim-Stipendiat in Berlin, im Hause Karl Korsch mit Rosenberg zusammen. Rosenberg sei „ein gescheiter und desillusionierter früherer kommunistischer Reichstagsabgeordneter“, schrieb der amerikanische Philosoph sechsundfünfzig Jahre später. „Bei der Aufdeckung der wahnwitzigen Pläne und Programme der kaiserlichen Militärführung während ihres Zusammenbruchs 1918 spielte er eine wichtige Rolle. Als Universitätsdozent für Römische Geschichte hatte er wenig Gelegenheit, sich zu aktuellen Ereignissen zu äußern, die er so kenntnisreich untersucht hatte. Doch auch er unterschätzte damals ungemein die nazistische Gefahr und verließ sich darauf, daß die konservativen ostpreußischen Junker Hitler und seinesgleichen von der Bildfläche verschwinden lassen würden. Ebenso überrascht war ich von seinem Urteil über Stalin. Obwohl ihm bewußt war, daß der Kreml, ungeachtet seiner revolutionären Rhetorik, dabei war, die Sache der europäischen Arbeiterklasse dem Staatsinteresse der UdSSR zu opfern, sah er in Stalin dennoch einen ‚hochgebildeten Marxisten‘; ein Urteil, für das ich in Stalins Schriften keinerlei Beleg finden konnte.“⁷²

Hooks Ansicht, Rosenberg habe die nazistische Gefahr unterschätzt, findet in den Berichten seiner Schüler Theodor Bergmann und Walter Markov keine Bestätigung. So schrieb Markov, „daß Hitler 1932 in Deutschland ante portas stand und sich der alte Hindenburg irgendwann einseifen lassen würde, stellte Rosenberg in Rechnung. Dazu brauchte man in jener Zeit weder Marxist noch überhaupt Geschichtsforscher zu sein. Rezepte, dagegen eine

70 Arthur Rosenberg, *Zukunftswege deutscher Außenpolitik*, in: *Das neue Rußland*, 4 (1927), S. 15.

71 Vgl. Arthur Rosenberg, *Marx und Engels*, in: *Leipziger Volkszeitung*, 24. September und 13. Oktober 1930.

72 Sidney Hook, *Out of Step. An Unquiet Life in the 20th Century*, New York 1987, S. 110.

linke Einheitsfront aufzubauen, beurteilte er mit Skepsis, riet mir von der ‚Antifa‘ aber nicht ab.“⁷³

Rosenbergs positive Beurteilung der sowjetischen Wirklichkeit, die Sidney Hook so irritierte, zeigt sich hingegen in der *Geschichte des Bolschewismus*.⁷⁴ Es war Rosenbergs letztes Buch, das vor seinem Exil in Deutschland herauskam. Das Werk erschien 1932, als die deutsche Staatskrise ihrem Höhepunkt zustrebte, sechs Millionen Arbeitslose und ihre Familien bitterste Not litten und gleichzeitig die Sowjetunion die Erfüllung ihres ersten Fünfjahresplans in nur vier Jahren verkündete.

„Die Aufgabe, die ich hier zu lösen versuche, ist eine wissenschaftliche und keine parteipolitische“, schrieb Rosenberg im Vorwort. „Es ist unbedingt notwendig, aus wissenschaftlichen und aus politischen Gründen, das Urteil über das bolschewistische Rußland über den kleinen Tageslärm der Parteipolitik hinauszuhoben.“ Einer bestimmten Leserschaft riet Rosenberg von der Lektüre ab. „Wer in meinem Buch Anekdoten über Stalin und die ‚Schreckenskammern‘ der GPU sucht, wird sehr enttäuscht sein.“

Zu Beginn des Buches nannte er sein Anliegen: „Es muß erkannt werden, daß – trotz allem – Sowjetrußland sich im Aufstieg und die II. Internationale sich im hoffnungslosen Niedergang befindet. Mein Buch sucht zu erklären, wie dieses eigenartige Doppelresultat zustande gekommen ist.“ (S. 46f.)

Entsprechend dem Untertitel der Erstausgabe – *Von Marx bis zur Gegenwart* – suchte Rosenberg die Ursprünge der bolschewistischen Lehre bei Marx und Engels. Er ging jener Entwicklung nach, in deren Verlauf sich die bolschewistische Staatslehre von den Ansichten der marxistischen Gründerväter so weit getrennt hatte, wie es im Jahre 1932 offensichtlich war. Im Mittelpunkt seiner Untersuchung standen folgende Fragen: Warum konnte der Marxismus in jener bestimmten Form zur herrschenden Lehre in der Sowjetunion werden? Welche Zukunft hatte das bolschewistische Experiment in der Praxis? Was bedeutete all dies für die westeuropäische Arbeiterbewegung? Rosenberg verband also die ideologiekritische Methode mit der Analyse einer sozialen Bewegung in ihren verschiedenen Ausprägungen.

Nach einer historischen Untersuchung der marxistischen Theorie und ihrer Verbindung mit der Arbeiterbewegung der Ersten und Zweiten Internationale kam er zu dem Schluß, daß der Marxismus im Laufe des 19. Jahrhunderts zwei Etappen zurückgelegt habe. „Die erste war die Organisierung der Arbeiter, um die bürgerlich-demokratische Revolution zu vollenden. Dabei stehen die Arbeiter unter der Leitung einer kleinen Gruppe von Berufsrevolutionären aus der radikal-bürgerlichen Intelligenz. Das ist der Typus Marx-Engels und des Bolschewismus. In der zweiten Etappe haben sich die Arbeiter so weit vorwärts entwickelt, daß sie in ihren Organisationen selbst bestimmen, und sie bemühen sich, ihre Klassenlage innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu verbessern. Das revolutionäre Endziel tritt zurück, und in den Ländern, wo noch eine bürgerliche Revolution fällig ist, folgt die Arbeiterschaft dem Tempo der Offensive des Bürgertums. Das ist der Typus der westeuropäischen Parteien der II. Internationale und der russischen Menschewisten.“

73 Markov, Zwiesprache, S. 37.

74 Die Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf folgende Ausgabe: Arthur Rosenberg, *Geschichte des Bolschewismus*, Frankfurt 1975. Die sehr umfangreiche Einleitung von Ossip K. Flechtheim (S. 7–45) behandelt im wesentlichen die Entwicklung des Sowjetkommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg.

Erst in einer dritten Etappe wolle die Arbeiterschaft ihr Geschick selbst bestimmen. Dann werde sie sich nicht mehr mit der Verbesserung ihrer Lage innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zufriedengeben, sondern suche durch eine Revolution an die Macht zu kommen. „Das soll aber nicht mehr eine radikal-demokratische Revolution sein, wie in der ersten Etappe, sondern eine sozialistische Revolution, die das Privateigentum der Bourgeoisie in gesellschaftliches Eigentum verwandelt. Die Arbeiter sollen in einer solchen Revolution nicht die ausführenden Organe einer Parteileitung sein, sondern selbständig nach eigener Einsicht handeln.“ (S. 100f.)

Der Marxismus entstand in Westeuropa in einer Epoche bürgerlicher Revolutionen. Er entsprang den Köpfen radikaler Intellektueller in einer Zeit, in der „der kritische bürgerliche Geist ... an die äußersten Grenzen seiner Selbstanalyse gelangt“ war. „Ein Schritt weiter mußte bereits die geistige Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft bringen.“ (S. 54)

Dies geschah, als die Begründer des Marxismus dem Proletariat die „historische Mission“ zuwiesen, zunächst die bürgerlich-demokratische Revolution zu vollenden. Das Proletariat sei aus sich heraus zur Lösung dieser Aufgabe nicht fähig, sondern bedürfe der Führung durch Intellektuelle. Diese würden die Arbeiter organisieren und ihnen zu politischem Bewußtsein verhelfen. Instrument dieses Organisationsprozesses sei die Partei, die aber keine von der demokratischen Gesamtbewegung losgelöste Sekte sein dürfe. Die „Diktatur des Proletariats“ sei nichts anderes als die Forderung nach Herrschaft der Mehrheit über eine kleine Minderheit. Mißlinge der Versuch, die Arbeiter für ihre eigenen Interessen zu organisieren, dann solle das politisch unbrauchbare Instrument aufgelöst werden. Genau dies taten Marx und Engels zuerst mit dem Bund der Kommunisten, dann mit der Ersten Internationale.

Unterdessen, so Rosenberg, habe sich aber der revolutionäre „Urmarxismus“ als Ideologie überlebt; die Arbeiterbewegung habe sich von ihrer radikalen Führung emanzipiert. In der Entwicklungsgeschichte der Zweiten Internationale seien die Arbeiterorganisationen zu demokratischen Massenparteien herangewachsen, und der revolutionäre Marxismus in eine „Berufsideologie der Arbeiter“ umgeformt worden, „mit deren Hilfe die klassenbewußten Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ihre Position behaupten und verbessern.“ (S. 65)

Der „Urmarxismus“ lebe jedoch, nachdem er in Westeuropa verschwunden sei, in Rußland wieder auf. Dort seien es wiederum die Marxisten, die zu Fürsprechern einer bürgerlich-demokratischen Revolution würden. Sie deuteten den Zersetzungsprozeß der bäuerlichen Feldgemeinschaft (des *Mir*) und die beginnende Industrialisierung als Beginn einer bürgerlich-kapitalistischen Ära. Wie Marx und Engels ein halbes Jahrhundert zuvor, würden die russischen Marxisten die revolutionäre Theorie mit dem Aufbau einer den Bedingungen Rußlands entsprechenden Organisation verbinden wollen. Das bolschewistische Parteikonzept Lenins sei der adäquate Ausdruck dieser Anstrengungen, der Bolschewismus demnach eine Frühform des Marxismus. Die „theoretische Konfusion“ der Narodniki und später die der Sozialrevolutionäre, die einem vorkapitalistischen Ideal nachtrauerten, seien hingegen zum Scheitern verurteilt. „Sie hatten keine Antwort auf die Frage, in welcher Weise die moderne Industrie Rußland umwandeln würde.“ (S. 68) In der russischen Revolution von 1905 seien die Menschewiki keineswegs eine gemäßigte Fraktion, sondern nach westeuropäischen Begriffen linksradikal. Doch entgingen sie nicht der Versuchung, sich in den

Dienst einer angestrebten bürgerlichen Republik zu stellen. Lenin habe hingegen „die Lösung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern aufgestellt“; eine „echt marxistische Idee“, die damals kein Sozialdemokrat in Westeuropa formulierte. Nur solle diese Forderung nach einer revolutionären Demokratie nicht mit dem Sozialismus verwechselt werden. Eine solche „Volksrevolution“ könne vielmehr die Aufgaben der bürgerlichen Revolution „gegen“ die Bourgeoisie vollenden. Wenn sich die Bourgeoisie in Rußland (wie in Deutschland nach 1848) mit dem Feudaladel verbünde, müsse die Arbeiterbewegung die Mittelklassen in Richtung einer revolutionären Demokratie führen. (S. 80f.)

Die Februarrevolution habe 1917 die bürgerliche Ordnung in Rußland geschaffen. Aber unterhalb der Regierungsebene habe sich „der eigenartige Doppelcharakter der öffentlichen Gewalt“ entwickelt. Die Regierung verfügte nicht mehr über den Exekutivapparat: „Unten stand der bürgerlichen Regierung eine neue Macht gegenüber. Das waren die Sowjets, und in ihnen erblickte Lenin jetzt die schwachen Anfänge einer ganz neuartigen Arbeiterregierung, die sich historisch nur mit der Pariser Kommune von 1871 vergleichen ließ.“ (S. 125f.) Die aus dem Februar hervorgegangene Regierung habe die Aufgaben der bürgerlichen Revolution aber nicht meistern können; die Landreform und die nationale Frage seien ungelöst geblieben. Vor allem jedoch wurde die Friedenssehnsucht der Massen nicht durch den Austritt aus dem Krieg erfüllt. Die Schwäche der Regierung habe Rußland vor die Wahl einer Restauration oder einer neuen Revolution gestellt. Der bolschewistische Umsturz habe diese Frage entschieden.

Die Oktoberrevolution sei indes über Lenins ursprüngliches Konzept hinausgewachsen. Die Petrograder Arbeiter hätten die Unternehmer aus den Fabriken verjagt und Räte als Organe der Selbstverwaltung gebildet, die Bauern das Land der Gutsherren besetzt. Die Sozialrevolutionäre spalteten sich. Die Kandidatenlisten zur Wahl der Nationalversammlung hätten dem jedoch noch nicht Rechnung getragen, und die Wahl einer bereits obsoleten Liste habe im Januar 1918 einer Partei zur Stimmenmehrheit verholfen, die so nicht mehr existierte. Die Auflösung der Konstituante durch die Bolschewiki habe den tatsächlichen Machtverhältnissen somit Rechnung getragen. (S. 145f.)

Lenin sei nun gar nichts anderes übriggeblieben, „als zögernd die Aktion der Arbeiter zu legalisieren“, nachdem diese „gegen den Willen der Bolschewiki“ das russische Unternehmertum enteigneteten. (S. 147) Der Bürgerkrieg habe die Lage verschärft: Nunmehr sei der Gedanke einer sozialistischen Umgestaltung, für den besonders Trotzki stehe, bolschewistische Politik geworden. Dies geschah, so Rosenberg, unter der Voraussetzung, daß die bürgerliche Welt oder Teile von ihr Rußland auf dem sozialistischen Weg folgen werden. Zur Unterstützung einer solchen Politik sei 1919 die Kommunistische Internationale geschaffen worden. In ihrer „heroischen Periode“, die bis 1921 andauerte, habe sie starke Minderheiten der westeuropäischen Arbeiterschaft für diese Idee mobilisieren, sich aber letztlich nicht durchsetzen können.

Die gegenläufige Entwicklung habe in Rußland bereits in den Jahren 1918 bis 1920 eingesetzt. Damals vollzog sich mit dem Aufbau der Armee „die Rückkehr zum staatlichen Zentralismus auf allen Gebieten. Der Kampf mit dem gegenrevolutionären Verschwörertum nötigte zur Bildung einer politischen Polizei mit weitgehenden Rechten und einem durchaus zentralistischen Aufbau.“ Daran reihten sich die zentralistischen Wirtschaftsorgane, schließlich die entsprechenden politischen Institutionen. Unter dem Zwang, das bloße

Überleben zu organisieren, wurde die Räteregierung zur bloßen Fiktion, „und sie ist es bis auf den heutigen Tag geblieben.“ (S. 155)

Auch die Funktion der Räte änderte sich. „Damit die Räte leben können, müssen die Wahlen zu ihnen frei sein. Dem Wähler muß die Auswahl zwischen verschiedenen Kandidaten möglich sein, und in der Presse und in den Versammlungen müssen die Kandidaten ihren Standpunkt ungehindert entwickeln können“, betonte Rosenberg.

„Unter den Verhältnissen des russischen Bürgerkrieges schwand diese freie Kandidatenwahl allmählich hin. Zunächst wurden nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki die bürgerlichen Parteien als gegenrevolutionär verboten. Es folgte das Verbot der Kerenski-Parteien, der Rechten Sozialrevolutionäre und der Menschewiki. So blieben schließlich in der ersten Hälfte des Jahres 1918 nur zwei legale Sowjetparteien übrig: die Bolschewiki und die Linken Sozialrevolutionäre.“ Ein Zweiparteiensystem mit einer Arbeiter- sowie einer Bauernpartei „hätte die Demokratie innerhalb der Sowjets gerettet.“ Aber die Linken Sozialrevolutionäre waren nicht imstande, ihre ursprünglich starke Position unter den Bauern zu behaupten. Um dem Schicksal zu entgehen, ein bloßes „Anhängsel“ der Bolschewiki zu werden, flüchtete sich die Partei in Terrorattentate gegen führende bolschewistische Politiker. Damit wurde auch sie in die Illegalität getrieben und schließlich zertrümmert. „Vom Sommer 1918 bis zur Gegenwart besitzt in Rußland die bolschewistische Partei das Monopol politischer Existenz. Damit ist auch die Räteregierung zum Tode verurteilt.“ Seitdem gebe es „einen doppelten parallelen Aufbau von unten nach oben: eine Scheinregierung, das sind die Räte, und eine wirkliche Regierung, das ist die bolschewistische Partei.“ (S. 155f.)

Mit der Nationalisierung der Industrie hätten die Bolschewiki „durchaus planwidrig“ den Weg zum Sozialismus eingeschlagen. Dazu stehe aber die Parteidiktatur in Widerspruch. Lenin und Trotzki rechtfertigten diese Diktatur mit den Notwendigkeiten des Bürgerkrieges und mit den russischen Verhältnissen, die momentan keinen anderen Weg des Ausgleichs zwischen dem Proletariat und den Bauernmassen zuließen. Sie hofften, daß eine europäische Revolution den äußeren Druck von ihnen nehmen werde. Die sozialistische Entwicklung in Rußland habe die Bolschewiki mit Notwendigkeit gezwungen, nunmehr die Revolution in Europa voranzutreiben. Somit wurde „der Erfolg der III. Internationale in den Jahren 1918 bis 1920 für die Bolschewiki die Frage nach Leben oder Tod.“ (S. 160)

Zwar habe die internationalistische Minderheit der Arbeiterbewegung seit 1914 für den Aufbau einer neuen Organisation geworben. Doch erst „der Vorstoß der russischen Arbeiter, die im Winter 1917/18 gegen den Willen Lenins die Betriebe enteigneten, hat die Grundlage für die III. Internationale als Massenbewegung geschaffen.“ (S. 161)

Dabei habe Lenin die neue Internationale vor putschistischen Abenteuern gewarnt. Die sozialistische Revolution müsse durch intensive Arbeit in den Gewerkschaften und Parlamenten vorbereitet werden. Vor allem sei jedoch ein Bündnis mit den kolonial unterdrückten Völkern nötig. Innerhalb der Komintern müsse der offizielle Radikalismus der Zweiten Internationale, der zu nichts verpflichte, durch eine straffe Organisation und einheitliche politische Orientierung ersetzt werden. Daher müßten „Elemente“, die sich dem nicht fügen wollten, aus der Internationale ausgeschlossen werden. Genau dies geschah in Deutschland und Italien, den Ländern, in denen eine revolutionäre Situation entstanden war. „Durch Anwendung solcher Methoden mußte in den europäischen Arbeiterparteien die Atmosphäre der Gesinnungstüchtigkeit und der Ketzleriecherei geschaffen werden.“ Es half nicht, daß

Lenin diese Maßnahmen als vorübergehend erklärte, die nach dem Sieg der sozialistischen Revolution überflüssig würden. „Man stieß wertvolle Kräfte von sich, nicht weil sie in der Revolution versagten, sondern weil sie gewisse Thesen nicht unterstützten.“ (S. 176) Das doppelte Dilemma zeigte sich im März 1921: In Rußland wurde der Aufstand von Kronstadt gegen die Parteidiktatur zum „Symptom einer tiefen Entfremdung zwischen den Bolschewiki und den russischen Volksmassen.“ (S. 185) In Deutschland zeigte die rasch niedergeschlagene „Märzaktion“ den Kommunisten, wie isoliert sie von der Mehrheit der Arbeiter waren. In Rußland zogen die Bolschewiki die Konsequenz, durch die Neue Ökonomische Politik eine Entwicklung hin zum „Staatskapitalismus“ einzuleiten. (S. 188) Auf internationaler Ebene fuhren sie indes fort, die Komintern-Parteien zur sozialistischen Revolution aufzurufen. Der daraus entstehende Widerspruch war unlösbar, verschaffte den Sozialdemokraten wieder Zulauf und zementierte die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung.

In Rußland bestanden seitdem „nebeneinander eine staatskapitalistische Wirklichkeit und eine proletarische Mythologie.“ (S. 202) Entsprechend zeige die Komintern „seit 1921 einen typischen Rückfall in den offiziellen Radikalismus der Zeit vor 1914, mit politischer Passivität, versteckt-reformistischer Praxis und dem Rausch vom Endziel.“ (S. 212) Das radikale Vokabular der Komintern habe ihre Unfähigkeit verdeckt, nach 1921 irgendwo als selbständige revolutionäre Kraft zu handeln. Dies habe sich 1923 in Deutschland gezeigt. Dort habe die KPD eine „Arbeiterregierung“ propagiert, was auf eine politische Unterordnung unter die SPD hinausgelaufen sei. Ein solcher Kurs habe durchaus dem Interesse Moskaus entsprochen. „Für Sowjetrußland war es 1923 kein Lebensinteresse mehr, daß in Deutschland die Arbeiterrevolution siegte. Man arbeitete im Zeichen des Rapallo-Vertrages auch mit der bürgerlichen deutschen Regierung gut zusammen.“ Erst als die revolutionäre Situation über die Vorstellungen der KPD-Führung hinweggegangen sei, habe sich diese zu einer radikaleren Gangart entschlossen. Doch was im August 1923 notwendig gewesen sei – eine revolutionäre Politik –, wurde im Herbst „im geheimen, ohne Mitwirkung der großen Volksmassen, in der Form der Verschwörung vorbereitet. Als dann im Oktober 1923 der offene Kampf beginnen sollte, erkannte die Parteileitung, daß sie gar nicht kämpfen konnte, und so zerplatzte die gesamte Tätigkeit der KPD wie eine Seifenblase.“ (S. 216) Seitdem gehörten die „innere Kräftigung und Erholung Sowjetrußlands“ im Zeichen der Neuen Ökonomischen Politik „ebenso zum Vermächtnis Lenins wie der Niedergang und die Zersetzung der Kommunistischen Internationale.“ (S. 218)

Wer diesen Widerspruch aufdeckte, galt als Feind des Kommunismus. In Rußland wurden die Kritiker durch den staatlichen Repressionsapparat verfolgt, aus den Komintern-Parteien wurden sie hinausgeworfen. Daraus erkläre sich der Sieg Stalins über all seine Kritiker. Während Trotzki auch nach Lenins Tod die Weltrevolution vorantreiben wollte, sei es Stalin gelungen, den gewaltigen Parteiapparat in die Hand zu bekommen. Die Parteimehrheit, der Revolutionsrhetorik müde geworden, habe Stalin unterstützt, von dem sie sich eine Konsolidierung der Nation versprochen habe. Die letzte wirkliche Opposition, die Kulaken, habe Stalin jedoch erst dann bekämpft, als sie ihr Getreide zurückhielten, was Rußland 1928 an den Rand einer Hungersnot gebracht habe. „In manchen Gegenden Rußlands organisierten die Kulaken eine regelrechte Feme. Die Dorfkorrespondenten der kommunistischen Zeitungen, die über Mißstände auf dem Dorf berichteten, waren ihres Lebens nicht sicher.“ Manchmal würden sie ermordet. Dabei habe Stalin aber „niemals auch nur im ent-

ferntesten die Absicht (gehabt), einen Krieg gegen die Masse der russischen Bauern zu führen. Freilich waren örtliche Mißgriffe übereifriger Behörden nicht ganz zu vermeiden.“ (S. 249) Die damit einhergehende Industrialisierung und Kollektivierung habe den Staatskapitalismus in Rußland gestärkt. Die Komintern sei indes zu einem bloßen Befehlsempfänger Moskaus geworden. Die Sowjetregierung würde sich über die Interessen der ausländischen kommunistischen Parteien hinweg mit den bürgerlichen Regierungen zu verständigen suchen, wenn dies ihrem unmittelbaren politischen Interesse diene. Dies sei die letztendliche Ursache für die andauernden Mißerfolge der kommunistischen Parteien, so in Deutschland und zuletzt in China.

Der Bolschewismus habe somit „die historische Aufgabe, die er sich stellte, im wesentlichen gelöst. Er hat in Rußland mit Hilfe des Proletariats den Zarismus gestürzt und die bürgerliche Revolution vollendet. Er hat die beschämende Rückständigkeit Rußlands überwunden und das Land auf die Stufe der modernen bürgerlichen Staaten Europas gebracht.“ (S. 260) Für Rußland sei der Staatskapitalismus „eine außerordentlich moderne Form der Gesellschaft und Wirtschaft.“ (S. 258) Rosenberg schrieb dies zu einer Zeit, in der auch dem kritischen ausländischen Beobachter nicht alle „sozialen Kosten“ der terroristisch betriebenen Industrialisierung bekannt waren und zudem die Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt zu Illusionen über eine Alternative verleite.

Aber gerade die Erfolge der Bolschewiki in Sowjetrußland brachten ihre internationalen Mißerfolge mit sich, so Rosenberg. „Die bolschewistische Lehre und Methode war für das Rußland des Zaren ungeheuer fortschrittlich. Aber sie war reaktionär für die westlichen Industrieländer, wo die bürgerliche Revolution im wesentlichen vollendet war, wo die Bauern nicht mehr der maßgebende Teil der Volksmasse sind, und wo das Proletariat schon gelernt hat, seine Organisationen selbst aufzubauen und zu regieren.“

Zwar ziehe „der Schatten der großen russischen Revolution“ immer „noch einige Reste“ des internationalen Proletariats an, doch sei Sowjetrußland kaum imstande, selbst diese zu führen, von der „Freiheitsbewegung der asiatischen Völker“ ganz zu schweigen. Auf die aktive Bewegung des Weltproletariats habe die Kommunistische Internationale praktisch keinen Einfluß mehr, folgerte Rosenberg voreilig. „Was die Bolschewiki im Rahmen der russischen Revolution geleistet haben, bleibt eine unsterbliche historische Tat. Aber soweit heute die internationale Bourgeoisie noch den Bolschewismus fürchtet, irrt sie sich in der Adresse. Sie mag Grund haben, das internationale marxistische Proletariat und die Weltrevolution zu fürchten. Aber der ‚Bolschewismus‘ ist damit nicht identisch.“ (S. 260f.)

Mit diesem Buch setzte sich Arthur Rosenberg zwischen alle Stühle. Kommunisten sahen dieses Buch als Kampfansage gegen ihr gesamtes Denken, Sozialdemokraten mochten sich an der Rechtfertigung von Stalins Kampf gegen die Kulaken stoßen, und bürgerliche Kritiker konnten das Buch durchaus als Apologie des Sowjetexperiments ansehen. Die Rezensionen fielen unterschiedlich aus.

Rosenbergs Berliner Kollege Gustav Mayer sah in dem Werk eine bemerkenswerte Leistung. „Die sachkundige geschichtliche Darstellung“ der Spannung zwischen Theorie und Praxis des Marxismus bilde „den eigentümlichen Reiz“ des Buches. Mayer stimmte Rosenbergs Hauptthese zu: Das Rätesystem habe sich in Rußland 1917 „mit eruptiver Gewalt“ über alle Revolutionskonzeptionen Lenins hinweggesetzt. Stalin, so Mayer, „erkannte die Gefahr, daß die utopisch-kommunistische Sehnsucht des Proletariats die praktische Aufbau-

arbeit lahmlegen und den Staat zu bedenklichen Experimenten zwingen könnte.“ Die Furcht vor solchen schwer abzuschätzenden Risiken habe Partei und Gesellschaft an die Seite Stalins getrieben; der offizielle russische Marxismus müsse sich als Staatsideologie auch in Zukunft „den Forderungen der russischen Staatsräson“ anpassen.⁷⁵

Rosenbergs Versuch einer Gesamtdarstellung des Bolschewismus habe „in seiner inneren Geschlossenheit viel Anziehendes“, urteilte auch der sozialdemokratische Kritiker Walther Biehahn in einem bemerkenswerten Besprechungsaufsatz. Aber die von Rosenberg geschilderte Theorie des revolutionären Marxismus sei nichts anderes „als die Projektion des Bildes des Bolschewismus selbst in seine Vergangenheit.“ Sie entspreche dem Bild, das sich die Bolschewiki von Marx und dem Marxismus machten, „aber sie hat mit dem *historischen* Marx wenig gemein.“ Marx und Engels hätten niemals der radikalen Intelligenz die Aufgabe zugewiesen, den Marxismus in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Noch weniger solle der Marxismus mittels einer straff organisierten Partei Anleitung revolutionären Handelns werden. Auch hätten die russischen Marxisten, wie der Rußlandkenner Biehahn mit Recht anmerkte, den kapitalistischen Transformationsprozeß im Zarenreich überschätzt. Der Bolschewismus sei kein Produkt der europäischen Arbeiterbewegung, sondern Ausdruck der russischen Zustände. Die Oktoberrevolution sei keine bürgerliche Revolution gewesen, da in ihrem Ergebnis das Bürgertum nicht zur Herrschaft gelangt sei. Auch sei kein Staatskapitalismus entstanden. Zwar sei der Staat Eigentümer der Produktionsmittel, doch gebe es keinen freien Markt und keinen Kapitalfluß. Das Interesse des Staates am Profit sei, verglichen mit der kapitalistischen Wirtschaft, relativ gering. Schließlich sei eine demokratische Räteherrschaft auf Dauer nicht möglich: Gerade die Räte bedürften zentral gesteuerter Organe, um ihre – von einer Volksvertretung nicht kontrollierte – Herrschaft auszuüben. Räte Demokratie und Parteidiktatur seien letztlich keine Gegensätze, sondern bedingen einander.⁷⁶

Ein amerikanischer Kritiker mißverstand die 1934 erschienene englische Ausgabe als „trozkistische Analyse“, was vor allem für Rosenbergs Interpretation der innersowjetischen Entwicklung ganz und gar nicht zutraf.⁷⁷ Das Buch sei geeignet, „sehr kontroverse“ Reaktionen hervorzurufen, vermutete ein britischer Rezensent.⁷⁸ Damit behielt er Recht.

Rosenbergs einstiger Genosse Paul Frölich rezensierte das Buch für die *Weltbühne*. Mit ätzendem Spott stellte er fest, Marx und Engels wollten keineswegs den Kapitalismus überwinden. „Sie sind bürgerliche Revolutionäre, die am Willen und der Aktivität des Bürgertums verzweifeln und deshalb die Arbeiterklasse als Sturmbock benützen. Offenbar hat Marx sein Leben nur deshalb auf die Untersuchung der bürgerlichen Gesellschaft verwandt und die Diagnose: Unheilbar! gestellt, um das Proletariat vom Sturz dieser Gesellschaft abzuhalten.“ Weil Marx und Engels die Arbeiterklasse fremd war, brauchten sie eine straff disziplinierte Organisation, die sich ihren Wünschen füge. Daß Lenin davor warnte, die russischen Organisationsprinzipien auf die Komintern zu übertragen, ignoriere Rosenberg. Rußland sei eine Wirtschaft im Übergang, aber für Rosenberg gebe es nur Kapitalismus oder Sozialismus. All dies zeuge von seinem vollkommenen Mangel an historischem Verständnis. „Ihm fehlt der historische Sinn, er ist mit Fug Geschichtspräsident. Auch die re-

75 Gustav Mayer, Von Marx zu Stalin, in: Vossische Zeitung, 16. September 1932 (Morgenausgabe).

76 Walther Biehahn, Zur Geschichte des Bolschewismus, in: Die Gesellschaft, 10/1 (1933), S. 36–52.

77 Joseph Barnes, in: Pacific Affairs, 7 (1934), S. 368.

78 Anonyme Rezension in: The Times Literary Supplement, 24. Mai 1934, S. 379.

volutionäre Erfahrung hilft nicht, sein Buch zeigt, daß er als ein Fremdling durch die KPD gewandert ist.“ Rosenberg könne dem Leser nichts geben. „Vom Sturm der russischen Revolution weht auch nicht ein Hauch durch dieses Buch.“⁷⁹

Die Haltung der KPD brachte Kurt Sauerland im *Roten Aufbau* zum Ausdruck. Unter dem Titel „Geschichtsfälscher am Werk“ rechnete er mit Rosenberg ab. Das Buch ordne sich den Anstrengungen jener „verschiedensten Renegatentruppen“ von „Trotzkisten und Luxemburgianern“ zu, die Parteigeschichte zu verleumden. Rosenberg versuche dem Leser einzureden, daß die Komintern-Politik mit dem Marxismus nichts gemein habe. Ebenso leugne er den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion. Wie Trotzki ignoriere auch Rosenberg die Möglichkeit des Hinüberwachsens der bürgerlichen Revolution in die sozialistische. Daß die Agrargenossenschaften Ausdruck einer sozialistischen, keineswegs einer bürgerlichen Ökonomie seien, komme ihm nicht in den Sinn. Der Gipfel seiner Angriffe bestehe im Ratschlag, die Sowjetunion solle ein Zweiparteiensystem einführen. Aber wie im praktischen Kampf werde die kommunistische Partei auch „an der theoretischen Front und insbesondere an der Front der Parteigeschichte“ die konterrevolutionären Angriffe zurückweisen.⁸⁰

Auch von rechts wurde Rosenberg angegriffen. Er habe sich bei der Niederschrift seiner Arbeit „auf die von den Bolschewiken für das deutsche Publikum übersetzte bzw. präparierte Literatur beschränkt“, schrieb der Exilrusse Iwan Iljin. Die Industriebetriebe und Landgüter seien 1918 keineswegs spontan enteignet worden, wie Rosenberg behauptete. Auch überschätze er gewaltig das Ausmaß der Kapitalbildung während der Periode der Neuen Ökonomischen Politik. Der Bolschewismus spiele weder „als konspirative Weltverschwörung“ noch als Aufstachelung der russischen „Massenseele“ bei Rosenberg eine Rolle. Er begreife nicht, daß die bolschewistische Ideologie die ins Diesseits gewendete Idee des tausendjährigen Reiches sei. Diese Idee, die nicht verwirklicht werden könne, treibe indes die Bolschewiki zu immer hemmungsloseren Projekten an. Davon zeugten die Fünfjahrpläne in der Wirtschaft. Kurzum: Rosenbergs Buch sei „ein Kompendium der positiven Urteile der Bolschewiken über sich selbst.“⁸¹

Iljins Kritik, daß Rosenberg nicht- und antibolschewistische Literatur dem Leser vorenthalte, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Unmittelbar vor Rosenbergs Darstellung hatte Waldemar Gurian sein Buch *Der Bolschewismus. Einführung in Geschichte und Lehre* veröffentlicht. Der Katholik Gurian kritisierte darin besonders die antikirchliche Haltung des Regimes (die Rosenberg billigte) und nannte, wohl als erster, die Sowjetunion einen „Staat der ständigen totalen Mobilmachung“, eine Bezeichnung, die Jahrzehnte später eine weite Verbreitung erfuhr. „Die kriegerische Sprache“, schrieb Gurian, „beweist, daß hier die militärische Mobilmachung für den Krieg nur als Sonderfall der totalen Mobilmachung des

79 Paul Frölich, Eine Geschichte des Bolschewismus?, in: Die Weltbühne, 29 (1933), S. 312–316. Frölich hatte 1928/29 die KPD-Opposition um Brandler und Thalheimer mitbegründet und war mit der sogenannten KPDO-Minderheit 1932 zur Sozialistischen Arbeiterpartei gegangen. Zu Frölichs Biographie vgl. Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, (Neuausgabe) Hannover 1983, S. 364f.; Theodor Bergmann, „Gegen den Strom“. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), 2. Aufl., Hamburg 2001, S. 441.

80 Kurt Sauerland, Geschichtsfälscher am Werk, in: Der Rote Aufbau, 5 (1932), S. 829–834.

81 Iwan Iljin, in: Deutsche Literaturzeitung, 54 (1933), S. 583–593.

Alltags erscheint ...⁸² Wer sich dem bolschewistischen Diktat nicht füge, so Gurians Fazit, „wird auf alle als politisch zweckmäßig betrachtete Weise bekämpft, und zwar handelt es sich bei diesem Kampfe um einen Vernichtungskampf gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen, gegen Klassen, die als Träger der Ausbeutung hingestellt werden.“⁸³ Auch der Soziologe Arthur Feiler sah im Bolschewismus die „Religion des neuen Weltalters.“ Doch werde die damit einhergehende „geistige Eintönigkeit“ in gar nicht ferner Zukunft „zu einer grausigen geistigen Verarmung“ der Lehre führen.⁸⁴ Rosenberg hatte beide Bücher nicht in seine Bibliographie aufgenommen. Jahrzehnte später sollte der amerikanische Historiker Walter Laqueur die Arbeiten von Gurian, Feiler und Rosenberg als die bemerkenswertesten Beiträge zur Geschichte und Gegenwart der Sowjetunion bezeichnen, die in der späten Weimarer Republik erschienen waren.⁸⁵

Während Rosenberg, Feiler und selbst Gurian die Erfolge der Sowjetunion bei der Alphabetisierung der Massen anerkannten, behauptete Karl Kautsky, die einstige Autorität des Marxismus, das Schulwesen habe seit dem Sturz des Zarismus keine Fortschritte gemacht und sei verkümmert geblieben. Wie vor 1917 erziehe es unterwürfige Untertanen und kritiklose Gläubige.⁸⁶ Lediglich die Verteilung des Landes nach der Oktoberrevolution ließ Kautsky als positive Maßnahme der Bolschewiki gelten; sie zeitige immerhin ein bürgerliches Element innerhalb ihres terroristischen Transformationsprozesses.⁸⁷

Anfang 1932 schickte Kautsky sein Buch *Krieg und Demokratie* an Rosenberg. Dieser bedankte sich und versprach, es in der *Gesellschaft* zu rezensieren. „Es ist banal, wenn ich oft extra betone, wieviel ich aus Ihren Arbeiten gelernt habe und noch zu lernen hoffe.“⁸⁸ In seiner Besprechung lobte Rosenberg Kautskys Werk, wandte aber ein, daß Demokratie nicht mit Liberalismus zu verwechseln sei. „Das ursprüngliche Rätssystem in Rußland (1917/18), bevor es von der bolschewistischen Parteidiktatur erstickt wurde, war doch auch eine demokratische Verfassung.“ Die „demokratische Selbstregierung der Massen“ werde in einem künftigen sozialistischen Gemeinwesen „allen bürgerlichen Staatsexperimenten ebenso weit überlegen sein, wie die sozialistische Gemeinwirtschaft der kapitalistischen Profitwirtschaft überlegen ist.“⁸⁹ Dieser Gedanke, den Rosenberg in seiner *Geschichte des Bolschewismus* zu begründen suchte, beeindruckte auch Walter Benjamin. Die Darstellung werde man „unter keinen Umständen“, schrieb er an Theodor Adorno, „übergehen können. Von mir wenig-

82 Waldemar Gurian, *Der Bolschewismus. Einführung in Geschichte und Lehre*, Freiburg (Breisgau) 1931, S. VII.

83 Ebenda, S. 204.

84 Arthur Feiler, *Das Experiment des Bolschewismus*, 6. Aufl., Frankfurt 1931, S. 226f. (zuerst 1929).

85 Vgl. Walter Laqueur, *Mythos der Revolution. Deutungen und Fehldeutungen der Sowjetgeschichte*, Frankfurt 1967, S. 179f.

86 Vgl. Karl Kautsky, *Der Bolschewismus in der Sackgasse*, Berlin 1930, S. 36.

87 Vgl. ausführlich Beate Häupel, *Karl Kautsky – seine Auffassungen zur politischen Demokratie. Eine ideengeschichtliche Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung seines Modells der politischen Institutionen*, Diss., Leipzig 1991, bes. S. 92–151.

88 Arthur Rosenberg an Karl Kautsky, 21. Februar 1932, in: IISG Amsterdam, *Nachlaß Kautsky*, D XIX, 527.

89 Arthur Rosenberg, *Krieg und Demokratie*, in: *Die Gesellschaft*, 9/2 (1932), S. 547.

stens muß ich sagen, daß sie mir über viele Dinge, einschließlich jener Bezirke, in denen das politische in das private Schicksal hineinwirkt, ein Licht aufgesteckt hat.“⁹⁰

Alle zuletzt Genannten traf das Schicksal der Verfolgung durch das Naziregime. Kautsky starb 84jährig im Amsterdamer Exil, Gurian und Feiler gelangen akademische Karrieren in den USA, Adorno in der Bundesrepublik. Paul Frölich kehrte als Sozialdemokrat aus Amerika nach Frankfurt/Main zurück. Walter Benjamin wurde an der spanisch-französischen Grenze in den Tod getrieben. Auch Iwan Iljin lehnte jede Zusammenarbeit mit den braunen Machthabern ab. Er ging in die Schweiz und schrieb, von der Öffentlichkeit kaum beachtet, eine Reihe von Büchern. Darin machte der überzeugte Monarchist Kommunismus, Sozialismus und westliche Demokratie für den Niedergang des russischen Volkes verantwortlich.⁹¹ Kurt Sauerland emigrierte in die Sowjetunion. Dort wurde er, ohne den Schatten eines Beweises, der Spionage für Deutschland bezichtigt. Am 22. März 1938 verurteilte ihn das Oberste Militärgericht der UdSSR zum Tode. Das Urteil wurde am gleichen Tag vollstreckt.⁹²

4. Im Angesicht der Katastrophe

Arthur Rosenberg fuhr fort, am Köllnischen Gymnasium, in der Universität sowie in der sozialdemokratischen Arbeiterbildung zu unterrichten. Unter den sozialdemokratischen Jugendlichen, die seine Kurse belegten, war auch der spätere Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag Fritz Erler.⁹³ Aus Rosenbergs Lehrtätigkeit ging ein kleines Schulungsheft hervor, dem die Volksausgabe des *Kapital*, die Kautsky besorgt hatte, zugrunde lag. Darin publizierte Rosenberg auf 48 Seiten Textpassagen des Marxschen Hauptwerkes. Im Anhang des Textauszuges empfahl er die Arbeiten von Franz Mehring und Karl Korsch zum weiteren Studium.⁹⁴ Für den damals viel gelesenen Sammelband *Menschen, die Geschichte machten* verfaßte er einen biographischen Abriß über Leben und Werk von Karl Marx.⁹⁵

90 Theodor W. Adorno/Walter Benjamin, Briefwechsel 1928–1940, hg. von Henri Laritz, Frankfurt 1994, S. 26: Brief Benjamins an Adorno, 3. September 1932. Die Bemerkung über die Verknüpfung des politischen mit dem privaten Schicksal dürfte sich auf Benjamins (zurückliegender) Beziehung zu der aus Rußland stammenden Kommunistin Asja Lacin bezogen haben. Vgl. zu Benjamins politischer Entwicklung jener Jahre Werner Fuld, Walter Benjamin. Eine Biographie, Reinbek 1990, S. 147ff.

91 Vgl. Felix Philipp Ingold, Von Moskau nach Zollikon. Der russische Philosoph Iwan Iljin im Schweizer Exil, in: Neue Zürcher Zeitung, 14. November 2000.

92 Vgl. In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, hg. vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1991, S. 196.

93 Dies teilte Fritz Erler dem Historiker Francis Carsten mit. Vgl. Francis L. Carsten, Arthur Rosenberg als Politiker, in: Gerhard Botz (Hg.), Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag, Wien 1974, S. 280 (Anmerkung).

94 Arthur Rosenberg, Karl Marx, Das Kapital. Breslau 1932, S. 50.

95 Vgl. Arthur Rosenberg, Karl Marx, in: Peter Richard Rohden/Georg Ostrogorsky (Hg.), Menschen, die Geschichte machten, Wien 1931, S. 491–497, Wiederabdruck in: Rosenberg, Demokratie und Klassenkampf, S. 126–130.

Unterdessen wälzte sich die nazistische Lawine heran; Hitlers Partei erhöhte von Wahl zu Wahl bis zum Juli 1932 ihren Stimmenanteil. Der Ruf *Deutschland erwache, Juda verrecke!* wurde zum Slogan einer Massenbewegung. Zwar war in der SPD-Bildungsarbeit und am Gymnasium der Antisemitismus verpönt, Rosenberg dürfte dort keinerlei rassistische Beleidigung gehört haben. Als einmal ein Schüler, der Nationalsozialist geworden war, im Köllnischen Gymnasium in brauner SA-Uniform und mit Hakenkreuz-Armbinde erschien, wurde er, so erinnert sich Theodor Bergmann, von seinen Mitschülern verprügelt und zum Umziehen nach Hause geschickt.⁹⁶

An der Universität jedoch konnte Rosenberg das rapide Anwachsen des Antisemitismus nicht übersehen. Die völkische Radikalisierung der deutschen Burschenschaften, die einen nicht geringen Teil der Studenten ergriff, zeigte sich auf der Jahrestagung 1931 in Rüdesheim. Dort wurde eine im Verlag der Deutschen Burschenschaft hergestellte Schrift eines Karl Hoppmann präsentiert. Diese *Denkschrift über den Stand der Überfremdung der akademischen Berufe* war, nach dem Urteil zeitgenössischer Forscher, „einer der Höhepunkte des burschenschaftlichen Antisemitismus.“⁹⁷

Doch nicht nur die völkischen Studenten witterten in der Existenzkrise der Demokratie Morgenluft. Der Tübinger Professor Johannes Haller schrieb 1932: „Klingt nicht aus dem Triumphgeläute der Republik ein Ton heraus, der wie das Sterbeglöckchen klingt?“⁹⁸ Zur gleichen Zeit verkündete Erich Marcks in Berlin, die Zeit für eine große gemeinsame Regierungskoalition unter Einschluß Hitlers sei reif.⁹⁹ Die Mehrzahl seiner Kollegen mochte nicht so weit gehen wie der rechtslastige Emeritus. Unter den Berliner Historikern wollte man die Republik notgedrungen akzeptieren, was kein entschiedenes Bekenntnis zur Verteidigung von Demokratie und Parlamentarismus bedeutete. Ohnehin kam der autoritäre Regierungsstil der Kabinette Brüning, von Papen und von Schleicher den ans Herrschen gewöhnten deutschen Professoren gelegen. Doch zumindest Fritz Hartung hatte in seiner *Deutschen Geschichte von 1871 bis 1919*, die 1920 erstmals erschienen war, einen kritischeren Rückblick auf die Monarchie gewagt. Auch Hermann Oncken, Otto Hintze und Friedrich Meinecke standen loyal zur Republik. Eduard Meyer, Rosenbergs früherer Förderer und späterer Gegner, war 1930 gestorben. Unter den Privatdozenten fiel Hedwig Hintze nicht nur durch ihre Leistung, sondern auch mit linksliberalen Ansichten auf. Gustav Mayer las weiter vor kleiner Hörerschaft über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Neben „einem kleineren sozialdemokratischen Stamm“ blieben bei ihm die Kommunisten, darunter sein Schüler Ernst Engelberg, während „das bürgerliche Element allmählich fortschmolz“ – ein untrügliches Anzeichen für die Veränderungen am Vorabend der so nicht erwarteten Katastrophe.¹⁰⁰

96 Vgl. Bergmann, Erinnerung an Arthur Rosenberg, S. 39.

97 Dietrich Heither u. a., Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt 1997, S. 93.

98 Johannes Haller, Reden und Aufsätze zur Geschichte und Politik, Stuttgart 1941, S. 409, zit. in Hans Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin 1975, S. 67.

99 Belege ebenda, S. 104.

100 Gustav Mayer, Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, München 1949, S. 330. Neben den mehrmals zitierten Büchern von Faulenbach und Schleier sei hier hingewiesen auf Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart, (Neuausgabe) Wien 1997, sowie auf Walther, Von Meinecke zu Beard?

Gemessen an anderen Universitäten beherrschte in Berlin, zumindest unter den Historikern, der völkische Antisemitismus noch nicht die Szene.

Rosenberg sah sich dennoch veranlaßt, den anschwellenden akademischen Judenhaß zu beachten.¹⁰¹ Er ging seinen historischen Ursachen nach und hielt fest, „daß die Reichsgründung durch Bismarck und Wilhelm I. eine schwere seelische Krise des deutschen liberalen Bürgertums mit sich brachte. Die ungeheuren Erfolge des preußischen Staatsapparates und vor allem des preußischen Offizierskorps auf dem nationalen Gebiet nahmen dem Bürgertum den Glauben an sich selbst. So ist es begreiflich, daß zunächst die Hilfstruppen des Bürgertums aus akademischen und intellektuellen Kreisen zu einem großen Teil abschwankten.“ Sie, als deren Prototyp der Historiker Treitschke gelten kann, verachteten jetzt die Gier nach dem Geldverdienen und wollten vor allem von der Kritik des Bürgertums an den überlieferten Werten in Staat, Religion und Moral nichts mehr wissen. Das „neue aristokratische Lebensideal des deutschen Akademikers“ erfordere den Verzicht auf kritisches Denken. Der deutsche Jude sei hingegen der Antipode des militärisch-aristokratischen wie des kleinbürgerlich-christlichen Lebensideals. „Er war der Bürger an sich.“ Der neue Antisemitismus bewahre Treitschke und seinesgleichen vor dem Rückfall in den bürgerlichen Liberalismus, dem er entstammte.

Die deutschen Akademiker waren vom Judentum in keiner Weise bedroht, hielt Rosenberg fest. Ihr Antisemitismus hatte also etwas Unechtes, war Teil ihres geborgten aristokratischen Lebensideals. „Der Geburtsadel selbst war innerlich viel sicherer. Er hatte eine solche ideologische Korsettstange nicht nötig.“ Die völkische Rasseromantik sei universell einzusetzen: Jetzt sei nicht mehr das Bürgertum der Hauptfeind, sondern die vom „Judentum“ verführte sozialistische Arbeiterbewegung. Der deutsche Sozialismus habe deshalb die Aufgabe, schloß Rosenberg einen seiner besten Aufsätze, „gerade den akademischen Kreisen die innere Haltlosigkeit des völkischen Ideals zu zeigen, und ihnen zu beweisen, daß die aristokratische Rassenphantasie die Abkehr von allen Großtaten des deutschen Geistes in den letzten zwei Jahrhunderten bedeutet.“¹⁰²

Diese Abkehr demonstrierten Heidelberger Studenten, unterstützt von rechtsgerichteten Professoren, als sie Anfang 1932 eine Kampagne starteten, um dem Mathematiker Emil Julius Gumbel, einem engagierten Sozialisten und Pazifisten, die Lehrbefugnis zu entziehen. Es war ein kleinlicher Racheakt gegen einen Mann, der die Fememorde rechtsradikaler Verbände und ihr Zusammenspiel mit der Reichswehr in mehreren Publikationen aufgedeckt hatte. Da Gumbel Jude war, kam der rabiate Antisemitismus der in Heidelberg zahlreichen Nazistudenten hinzu. Der Verband der deutschen Hochschullehrer war nicht bereit, seinem Mitglied Gumbel beizustehen. Die Deutsche Liga für Menschenrechte, der Gumbel wie Rosenberg angehörten, protestierte gegen den geplanten Eingriff in die akademische Freiheit. Der Protestbrief trug unter anderem die Unterschrift von Ernst von Aster, Albert

101 Dabei scheint Rosenberg an keiner Stelle auf seine jüdische Herkunft verwiesen zu haben: Noch der Autor einer viel später erschienenen Forschungsarbeit, der das gesamte relevante Material durchmusterte, kam nicht auf den Gedanken, daß Rosenberg Jude war und bezeichnete ihn als „Nichtjuden“. Donald L. Niewyk, *Socialist, Anti-Semite, and Jew. German Social Democracy Confronts the Problem of Anti-Semitism, 1918–1933*, Baton Rouge 1971, S. 128 (Anmerkung).

102 Arthur Rosenberg, *Treitschke und die Juden. Zur Soziologie der deutschen akademischen Reaktion*, in: *Die Gesellschaft*, 7/2 (1930), S. 78–83, Wiederabdruck in: Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf*, S. 186–192.

Einstein, Max Horkheimer, Emil Lederer, Theodor Lessing, Gustav Radbruch, Anna Siemsen, Julius Schaxel und Theodor Wiesengrund(-Adorno). Nur wenige Historiker unterschrieben: Hajo Holborn, Martin Hobohm, Siegfried Marck und Arthur Rosenberg. Dennoch wurde Gumbel am 5. August 1932 die *Venia legendi* entzogen.¹⁰³

Anfang 1933 verteidigte Rosenberg den Juristen Willy Cohn. Der Breslauer Hochschullehrer hatte sich öffentlich dafür eingesetzt, dem von Stalin aus der Sowjetunion in die Türkei deportierten Leo Trotzki Asyl in Deutschland zu gewähren. Dies war Trotzki lange vorher von seiten der SPD, darunter Reichspräsident Paul Löbe, in Aussicht gestellt worden. Doch schreckte die SPD schließlich davor zurück, was Trotzki zu dem ironischen Kommentar Anlaß gab, er bedaure, „die Vorzüge des demokratischen Asylrechts“ nicht praktisch studieren zu können.¹⁰⁴

Cohn hatte auf die Rechtslage verwiesen, die sehr wohl gestatte, Trotzki Wohnsitz in Deutschland zu gewähren. Daraufhin suchte ihn die Breslauer Universität disziplinarisch zu belangen, da er die geforderte „pflichtmäßige Zurückhaltung durch sein unnötiges Hervortreten in einer politischen Frage (habe) vermissen lassen“. Rosenberg zitierte diese Erklärung des Breslauer Senats und schrieb:

„Die republikanischen und sozialistischen Dozenten an den deutschen Hochschulen werden sich unter das kaudinische Joch willkürlich erfundener Extra-Pflichten nicht beugen. Sie werden nur die eine Pflicht anerkennen, die Wahrheit zu sagen und in voraussetzungsloser Forschung wirklich der Universität zu dienen. Dieselben Kräfte, die heute in Deutschland die akademische Freiheit vernichten wollen, haben im letzten Jahr deutlich genug gezeigt, was sie auch mit den übrigen Freiheiten des deutschen Volkes, besonders des werktätigen deutschen Volkes, machen wollen. Darum ist der Breslauer Universitätsstreit ein Stück des großen deutschen Kampfes von heute.“¹⁰⁵

Diese Zeilen druckte die *Weltbühne* am 3. Januar 1933. Am Ende des Monats war Hitler Reichskanzler. Jene Kräfte, die nicht nur die akademische Freiheit, sondern auch alle sonstigen Freiheiten vernichten sollten, waren an der Macht. Rosenbergs Warnung vor ihnen waren die letzten Worte, die er in einem freien Deutschland veröffentlichte.

103 Die Unterschriftenliste ist abgedruckt im Anhang zu: Emil Julius Gumbel, *Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918–1924*, (Neuausgabe) Frankfurt 1984, S. 286f. Zum Vorgang und zur Vita Gumbels vgl. auch die Einleitung der Herausgeberin Annette Vogt in: Emil Julius Gumbel, *Auf der Suche nach Wahrheit. Ausgewählte Schriften*, Berlin 1991.

104 Leo Trotzki, *Mein Leben. Versuch einer Autobiographie*, (Neuausgabe) Frankfurt 1981, S. 492.

105 Arthur Rosenberg, Trotzki, Cohn und Breslau, in: *Die Weltbühne*, 29 (1933), S. 14f. Zum „Fall Cohn“ vgl. Helmut Heiber, *Universität unterm Hakenkreuz*, Bd. 1, München 1991, S. 15ff. Willy Cohn wurde am 21. November 1941 in Kaunas ermordet. Vgl. Karol Janca, *Das Ende der Belle Epoque in Wroclaw*, in: *Aufbau*, 24. Mai 2001.

KAPITEL 5

Der Zeithistoriker im Exil (1933–1943)

Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. Mit Göring und Frick gelangten zunächst nur zwei weitere NSDAP-Führer in die Regierung. Dies gab Anlaß zu Spekulationen, ob die Nazipolitiker, gleichsam eingerahmt und gezähmt, ihr Programm der „Vernichtung des Judentums und des Marxismus“ überhaupt verwirklichen könnten. Ein Kanzler Hitler müsse schließlich, anders als der Wahlkämpfer, die Spielregeln der Demokratie einhalten. Bestenfalls könne er, wie seine Vorgänger, mit Notverordnungen regieren. Für den 5. März wurden Reichstagswahlen ausgeschrieben.

Doch in der Zwischenzeit, erinnerte sich der Zeitzeuge und Historiker Francis Carsten, „lief die Terrormaschine auf vollen Touren. Zahllose Kommunisten und Sozialdemokraten wurden willkürlich verhaftet und barbarischen Methoden der Einkerkung und Folterung unterworfen. Die ersten ‚wilden‘ Konzentrationslager wurden von SA und SS errichtet, Göring als preußischer Ministerpräsident schuf die Gestapo, die KPD wurde in den Untergrund getrieben.“¹ Zu spät wandte sich ihre Führung am Tage der „Machtergreifung“ Hitlers an die Spitzen von SPD und Gewerkschaften. Erst jetzt rief sie dazu auf, gemeinsam eine Einheitsfront gegen die Nazis zu bilden. Noch am 7. Februar sagte Ernst Thälmann auf einem Geheimtreffen des ZK, das Scheitern der Einheitsfront am 30. Januar sei dem Einfluß der Sozialdemokraten und der christlichen Gewerkschaften auf die Arbeiterklasse geschuldet. Die revolutionäre Krise sei jedoch am Heranreifen.²

Die Sozialdemokraten erlebten, daß der mit ihren Stimmen 1932 gewählte Reichspräsident die Staatsgewalt dem Todfeind der Arbeiterbewegung übertrug. In einer unmittelbaren Reaktion erklärte der Parteiausschuß der SPD: „Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen.“ Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen werde jedoch „der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen.“³ Die Sozialdemokratie wolle die durch Notverordnungen ausgehöhlte Verfassung verteidigen und erwarte, daß auch ihre Gegner die

1 Francis L. Carsten, *Widerstand gegen Hitler. Die deutschen Arbeiter und die Nazis*, Frankfurt/Leipzig 1996, S. 24.

2 Vgl. Allan Merson, *Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland*, Bonn 1999, S. 45f.

3 *Vorwärts*, 31. Januar 1933 (Morgenausgabe).

parlamentarischen Regeln respektierten. Die KPD hatte Hitlers Griff zur Macht nicht verhindern können und den „Hauptstoß“ gegen die SPD geführt. Nun beteuerte sie, dennoch immer Recht gehabt zu haben. Arthur Rosenberg zog es vor, sich auf die späten Weisheiten der großen Arbeiterparteien nicht zu verlassen und dem Machtbereich Hitlers so schnell wie möglich zu entkommen.

1. Von Zürich nach Liverpool

Am 30. März 1933 ließ sich Arthur Rosenberg in Zehlendorf einen Reisepaß ausstellen. Unmittelbar darauf verließen er und seine Frau, seine Mutter, seine Kinder und seine Schwester Jenny das Land ihrer Geburt.⁴ Er wußte, was ihn unter Hitler erwartete. Als Jude, Marxist, Demokrat und Intellektueller war er Inbegriff dessen, was die Nazis haßten und doch fürchteten.

Noch für März 1933 war er als Diskussionsredner bei der Liga für Menschenrechte angekündigt, kurz vorher hatte er seinem Schüler Walter Markov eine Eintrittskarte für eine seiner Reden besorgt.⁵ Am 11. März sollte er im Rahmen der Freien Sozialistischen Hochschule im Plenarsaal des ehemaligen Preußischen Herrenhauses zum Thema „Der lebendige Marx“ sprechen. Doch die SPD mußte diese und weitere Gedenkveranstaltungen zum 50. Todestag von Karl Marx absagen.⁶

Die Rosenbergs gingen zunächst nach Konstanz, wo Verwandte von Ella Rosenberg lebten. Dort überschritten sie die Grenze zur Schweiz und wandten sich nach Zürich.⁷ Das Berliner Haus im Waldhüterpfad wurde an Ellas Schwester Klara Meinecke vermietet, so daß das Eigentum der Familie zunächst relativ gesichert schien. Doch die SA kam zu Hausdurchsuchungen, sie beschlagnahmte und vernichtete alle Papiere Arthur Rosenbergs, deren sie habhaft werden konnte.⁸ Klara Meinecke vermietete das Haus weiter an einen Friedrich Weiß und seine Frau, die aber mit der Miete in Rückstand blieben. Rosenberg bemühte sich später von Liverpool aus um ein Zwangsvollstreckungsverfahren. Durch Gerichtsurteil wurde das Ehepaar am 10. Mai 1937 zur Räumung des Hauses verurteilt. Um die zwangsweise

4 PA AA R 6343: Ausbürgerungen, Arthur Rosenberg (Bericht von Max Müller, Deutsches Konsulat Liverpool, 6. Januar 1937).

5 Vgl. die Ankündigung in: *Die Weltbühne*, 29 (1933), S. 342; Walter Markov, *Zwiesprache mit dem Jahrhundert*. Dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin/Weimar 1989, S. 36.

6 Vgl. Peter Thomas Walter, *Von Meinecke zu Beard? Die nach 1933 in die USA emigrierten deutschen Neuhistoriker*, Ph.D. Thesis, State University of New York at Buffalo 1989, S. 188f., der die *Mitteilungen des Bezirks-Verbandes* der SPD, Nr. 2, 1933, zitiert.

7 Rosenbergs Aufenthalt in der Schweiz wurde wahrscheinlich in den Akten der Fremdenpolizei des Kantons Zürich dokumentiert. Die entsprechenden Aktenbestände der dreißiger und vierziger Jahre sind jedoch ohne Wissen des Schweizerischen Staatsarchivs vernichtet worden. Briefliche Mitteilung von Hans Ulrich Pfister, Staatsarchiv Zürich, vom 20. Dezember 2002.

8 Brief von Elly Rosenberg-Kolls an Helmut Schachenmeyer, 13. November 1960; Mitteilung von Frau Anita Plath an den Verfasser, 25. Juli 1999. Eine Kopie der entsprechenden Seite des Liegenschaftsbuches Nr. 5743, Bd. 187, Bl. 5543, Grundbuchbezirk Zehlendorf, befindet sich im Besitz des Verfassers. – Zwischen Rosenbergs Schwägerin und dem Historiker Friedrich Meinecke bestand kein Verwandtschaftsverhältnis.

Räumung zu vermeiden, zog es am 26. Juni 1937 aus der Wohnung aus. „Es widerspricht jedoch dem Rechtsempfinden“, hieß es in einem Gestapo-Bericht, „daß der ... als Staatsfeind gebrandmarkte Rosenberg mit Hilfe eines deutschen Gerichts gegen den deutschblütigen Mieter vorgehen konnte.“⁹

In Zürich kam Rosenberg mit der dortigen Museumsgesellschaft in Kontakt, die ein erster Sammelpunkt der aus Deutschland Vertriebenen wurde. Rosenberg wurde durch Dr. Katzenstein, wahrscheinlich der Gatte der Übersetzerin Nettie Sutro, in die Gesellschaft eingeführt.¹⁰ Der 1834 gegründete Verein ging dem Namen nach auf ein „Lesemuseum“ zurück, ein Synonym für Lesezirkel oder Lesegesellschaft. Die vom Zürcher Bildungsbürgertum getragene Gesellschaft unterhielt in ihrem eigenen Haus am Limmatquai 62, im Zentrum der Stadt, eine Bibliothek und zwei Lesesäle für Mitglieder. In einem Bericht des deutschen Generalkonsulats in Zürich an das Auswärtige Amt in Berlin heißt es, der für die Sozialistische Arbeiterinternationale tätige Adolf Sturmthal, ein österreichischer Soziologe, habe Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding „als Gäste in die hiesige Museumsgesellschaft“ eingeführt. In der Gästeliste der Gesellschaft seien weiterhin der pazifistische Politiker Hellmuth von Gerlach, die Schriftsteller Harry Domela und Kurt Pinthus, der Journalist Hermann Budzislowski, die Philosophen Hans Reichenbach und Herbert Marcuse sowie Arthur Rosenberg verzeichnet.¹¹ Im Gebäude der Museumsgesellschaft sowie in der Zentralstelle für soziale Literatur lag die sozialistische Literatur aus.

Wahrscheinlich war es Paul Hertz, Mitglied der sozialdemokratischen Auslandsleitung in Prag, der Rosenberg die Möglichkeit verschaffte, für eine geringe Bezahlung an der *Zeitschrift für Sozialismus* mitzuarbeiten.¹² Das Blatt erschien in der Verlagsanstalt Graphia in Karlsbad, die von geflüchteten SPD-Mitgliedern gemeinsam mit deutschsprachigen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei geleitet wurde. Hier veröffentlichte Rosenberg auch seine nächsten Bücher. Zudem erhielt er Tantiemen aus den Übersetzungen seiner *Geschichte des Bolschewismus*. Das Werk erschien zwischen 1933 und 1936 in England, Palästina, Norwegen und Frankreich. 1933 kam in Florenz eine italienische, ein Jahr darauf in Warschau eine polnische Ausgabe heraus. Eine Publikation dieser marxistischen Analyse der Sowjetunion und der Komintern in den beiden diktatorisch regierten Staaten mochte überraschen. Doch war dies wohl der Annahme geschuldet, daß italienische und polnische Gegner der Sowjetunion in dem Buch Argumente zu finden hofften, die sie zu einer Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus weit besser befähigen würden als der Rückgriff auf Ergebnisse eigener Provenienz. Auch war Italien 1933, als Rosenbergs Buch dort erschien, noch nicht mit Deutschland durch die „Achse“ verbunden, hatte vielmehr wegen des Problemkomplexes Österreich/Südtirol ein unterkühltes Verhältnis zum neuen Regime in Berlin. Zudem hatte Giovanni Gentile, einer der prominentesten faschistischen Intellektuellen

9 PA AA, R 6343: Ausbürgerungen: Arthur Rosenberg (Bericht des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Reichsminister des Innern, 20. Juli 1937).

10 Im Gästebuch der Museumsgesellschaft findet sich unter dem 9. Mai 1933 ein entsprechender Eintrag. Dies nach einer brieflichen Mitteilung von Dr. Thomas Ehrsam, Zürich, 12. Dezember 2002. Im Gästebuch gab Rosenberg eine fiktive Berliner Adresse (Langstr. 124) an.

11 PA AA, R 3976: Bericht des deutschen Generalkonsulats Zürich vom 7. August 1933.

12 Darauf deutet die Erwähnung Rosenbergs in einem Brief von Paul Hertz an Wilhelm Sollmann vom 6. März 1936 hin. Der Brief befindet sich in Sollmanns Nachlaß im Historischen Archiv der Stadt Köln, Bestand 1120.

und Leser des Buches, einen großen Einfluß in dem im Familienbesitz befindlichen Verlag Sansoni, der Rosenbergs Arbeit herausbrachte. Die *Storia del bolscevismo* erhielt auch positive Rezensionen in der italienischen Presse.¹³ Schließlich muß angemerkt werden, daß Polen und selbst Italien (obwohl der problematische Terminus von dort kam) im Vergleich sogar zum frühen Nazideutschland keine strikt „totalitären“ Staaten waren.

Rosenberg durfte weder eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung noch gar eine Anstellung in der Schweiz erwarten. Er suchte Kontakte zu den unterdessen gegründeten Hilfskomitees, die sich der vertriebenen deutschen Gelehrten annahmten.

Die erste von mehreren Hilfsorganisationen wurde in der Schweiz gegründet. Im April 1933 entstand in Zürich die *Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland*, an deren Gründung Rosenberg mitgewirkt haben dürfte. Nachdem der Gründer, der Pathologe Philipp Schwartz, einen Ruf an die Universität Istanbul angenommen hatte, übernahm Fritz Demuth, bisher Syndikus der Handelshochschule Berlin, den Vorsitz der Organisation. Neben der Notgemeinschaft entstanden zwei weitere Hilfsorganisationen: das *Academic Assistance Council* (AAC) in London und das *Emergency Committee in Aid of Displaced German Scholars* in New York. Die Notgemeinschaft zog 1936 von Zürich nach London um.¹⁴

Sie arbeitete, wie Peter Walther schreibt, „als privat organisiertes Arbeitsamt“.¹⁵ Demuth stellte nach Fachgebieten geordnete Listen von entlassenen Akademikern zusammen. Darunter befanden sich sowohl Wissenschaftler, die noch in Deutschland lebten, als auch solche, die das Land verlassen hatten. Auch Rosenbergs Name erschien auf der Liste. Es hieß:

„Rosenberg, Dr. Arthur, a.o. Professor, born 1889, married, 2 children. (English, French, Italian, Russian.) 1914/33: Privatdozent, later a.o. Prof. Berlin University; since 1934: Liverpool University. *Spec*: Ancient and Modern History; Theory; Social and Constitutional History, Political Science. *Temp*.“¹⁶

Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch bezog sich auf Rosenbergs aktive oder passive Sprachkenntnisse, die Rubrik *Spec* auf die Spezialdisziplinen seiner Forschung. Die Mitteilung besagte weiterhin, daß er – um der Erzählung vorzugreifen – zeitweilig (*Temp*. = temporarily based) an der Universität Liverpool beschäftigt war, in Zukunft aber eine neue Stelle brauchte.

Arthur Rosenberg war der erste Historiker, der die Berliner Universität verlassen mußte. Am 28. März 1933 teilte der Verwaltungsleiter der Universität dem preußischen Minister für Wissenschaft und Volksbildung Rust mit, daß das Bolschewismus-Buch „die eindeutige

13 Zur Rezeptionsgeschichte vgl. Ernesto Ragionieri Einleitung zur Neuauflage: Arthur Rosenberg, *Storia del bolscevismo*, Firenze 1969, bes. S. VII–IX. Ragionieri publizierte auch Textstellen von Rosenbergs Schrift *Der Faschismus als Massenbewegung*, die sich auf Italien bezogen. Vgl. Ernesto Ragionieri, *L'Italia giudicata 1861–1945, ovvero la storia degli italiani scritta dagli altri*, Bari 1969, S. 675–677. Auf Gentiles Einfluß beim Verlag Sansoni machte mich Professor Edoardo Tortarolo in einem Brief vom 1. Dezember 2002 aufmerksam.

14 Vgl. u. a. Walther, Von Meinecke zu Beard?, S. 190f.; Stephen Duggan/Betty Drury, *The Rescue of Science and Learning. The Story of the Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars*, New York 1948. Nach der Annexion Österreichs 1938 ersetzte diese Organisation das „German“ in ihrem Namen durch „Foreign“.

15 Walther, Von Meinecke zu Beard?, S. 191.

16 List of Displaced German Scholars, London, Autumn 1936, S. 43.

Tendenz“ verfolge, den Bolschewismus „zu verteidigen und zu verherrlichen. Ich darf darauf aufmerksam machen“, hieß es weiter, „daß Prof. Dr. Rosenberg ein Stipendium in Höhe von monatlich 140,- DM ... bezieht.“ Der Verwaltungsleiter warf die Frage auf, ob Rosenberg dieses weiter erhalten könne.¹⁷ Am 7. April wurde das Stipendium, das Rosenberg seit 1929 bekommen hatte, gestrichen.¹⁸ Ein knappes halbes Jahr später, am 24. September 1933, entzog ihm Minister Rust die Lehrbefugnis. Als Begründung diente das sogenannte „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April, das Beamten „nicht-arischer Abstammung“ die Arbeit in Staatsbehörden verbot. Doch war Rosenberg kein Beamter und überdies Soldat im Krieg gewesen. Kriegsteilnehmer waren jedoch anfänglich noch von der Anwendung des diskriminierenden Gesetzes ausgenommen. In Rosenbergs Fall aber gingen die Nazis weiter als gegen andere ihrer Opfer.¹⁹

Rudolf Schottlaender listete in seinem Werk *Verfolgte Berliner Wissenschaft* 221 Universitätslehrer, darunter sieben Frauen, auf, die von den Nazis vertrieben wurden. Hinzu kamen 26 Lehrer der Technischen Hochschule, 17 von anderen Berliner Hochschulen und zehn aus weiteren wissenschaftlichen Institutionen der Reichshauptstadt – Juden und Nichtjuden.²⁰ Neben Rosenberg wurden ins Exil getrieben die Berliner Althistoriker Elias Bickermann, Ernst Stein und Eugen Täubler, der Mediävist Martin Weinbaum sowie die Neuzeithistoriker Hans Baron, Dietrich Gerhard, Hajo Holborn, Hedwig Hintze, Gerhard Masur und Gustav Mayer. Auch gerade promovierte Forscher wie Ernst Engelberg, Fritz Epstein oder Felix Gilbert flüchteten, Engelberg 1936 nach illegaler Widerstandstätigkeit und andert-halbjähriger Haft. Veit Valentin, der bis 1933 am Reichsarchiv gearbeitet hatte, mußte gleichfalls Berlin und Deutschland verlassen. Auch der Altphilologe Eduard Norden, der einst gegen Rosenbergs Ernennung zum Professor gewesen war, machte die bittere Erfahrung des Exils. Rosenbergs Schüler Walter Markov entschied sich für den antifaschistischen Widerstand, den er mit elf Jahren im Zuchthaus bezahlte.²¹

Nach einem halbjährigen Aufenthalt in Zürich gingen die Rosenbergs Ende September 1933 nach England. In London fanden sie in 32 Goldhurst Terrace, NW 6, eine vorläufige Unterkunft. Von dort zog die Familie nach 2 Elsworth Road, NW 3, Hampstead, um.²²

17 HUB, UA, R 208, Bl. 26: Personalakte Rosenberg, Brief des Verwaltungsdirektors der Friedrich-Wilhelm-Universität an den Minister für Wissenschaft und Volksbildung, 28. März 1933.

18 Vgl. ebenda, Bl. 5–8; zum Entzug des Stipendiums Bl. 27.

19 Entsprechende Auszüge des Gesetzes sind u. a. abgedruckt bei Reinhard Kühnl (Hg.), *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten*, Köln 1975, S. 197f.

20 Rudolf Schottlaender, *Verfolgte Berliner Wissenschaft. Ein Gedenkwerk*, Berlin 1988, S. 123–131.

21 Vgl. Reimer Hansen/Wolfgang Ribbe (Hg.), *Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen*, Berlin/New York 1992, bes. S. 77f.; Konrad H. Jarausch, *Die Vertreibung der jüdischen Studenten und Professoren von der Berliner Universität unter dem NS-Regime*, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte*, 1 (1998), S. 112–133. Für den allgemeinen Kontext vgl. u. a. Claus-Dieter Krohn u. a. (Hg.), *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945*, Darmstadt 1998, Sp. 747–761; Dietrich Papenfuß/Wolfgang Schieder (Hg.), *Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert*, Köln etc. 2000, hierzu die Beiträge von Hartmut Lehmann und Edoardo Tortarolo. Vgl. weiterhin Volker Losemann, *Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933–1945*, Hamburg 1977, zu Rosenberg S. 31f.

22 Oxford University, Bodleian Library, Academic Assistance Council, MS.SPSSL 541/3: Arthur Rosenberg (im folgenden: Bodleian Library, MS.SPSSL 541/3): Arthur Rosenberg, *Curriculum vitae*, 19. Oktober (1934).

Eine Vorsprache Rosenbergs an der London School of Economics verband sich mit der Hoffnung auf eine Lehrposition. Rosenberg suchte, einem Bericht des AAC-Sekretärs zufolge, Kontakte mit Harold Laski und R. H. Tawney. Beide Hochschullehrer sollten versuchen, ihm wenigstens eine befristete Anstellung zu verschaffen. Dies gelang jedoch nicht. Der einzige vakante Posten im britischen Empire war eine Stelle im australischen Adelaide. Rosenberg bewarb sich, doch ohne Erfolg.²³ Zu seiner Unterstützung forderte der AAC Gutachten von in England lebenden deutschen Kollegen an, die Rosenberg noch aus Berlin kannten und gleich ihm nach England flüchten müssen. Martin Weinbaum, der inzwischen in Manchester lebte, schrieb, er könne als Mediävist Rosenbergs fachliche Arbeit nicht genau beurteilen. Seine Vorlesungen seien jedoch sehr gut gewesen und sein Buch über die Entstehung der deutschen Republik stelle eine bemerkenswerte Synthese dar. Es sei überdies lesbar geschrieben. Rosenberg habe seine Englischkenntnisse bereits in Berlin erweitert, da er sich mit dem Gedanken getragen habe, auf dem Gymnasium neben Geschichte und den alten Sprachen auch Englisch zu unterrichten. Auch wenn es dazu nicht gekommen sei, zeuge allein diese Absicht von seiner intellektuellen Energie.²⁴ Veit Valentin, der eine zeitlich befristete Position am University College London innehatte, betonte den wissenschaftlichen Wert von Rosenbergs althistorischen Arbeiten. *Die Entstehung der deutschen Republik* sei jedoch zweifelsfrei sein bisher bestes Buch, „eine kurzgefaßte, gut geschriebene, hervorragende Darstellung einer tragischen Entwicklung“, überdies ein Bekenntnis zur Demokratie.²⁵

Wie andere Exilanten standen die Rosenbergs vor äußerst schwierigen Problemen. Die Kinder mußten nach der Flucht aus Berlin nunmehr einen erneuten Schulwechsel verkraften und, wie ihre Eltern, sich in eine neue Sprache einleben. Rosenberg suchte Anschluß an jüdische Organisationen. Dies war gewiß nicht nur dem Bedürfnis nach Unterstützung geschuldet, sondern entsprang auch seinem neuen Verhältnis zum Judentum: Rosenberg sah sich fortan als Angehöriger der jüdischen Gemeinschaft.²⁶ Ernst Kahn vom *Jewish Refugees Committee* teilte dem AAC mit, daß seine Organisation Rosenberg eine finanzielle Beihilfe gewähren konnte. Diese reiche aber für ihn und die Familie nicht aus. „Er lebt unter solch schlimmen Bedingungen, daß er uns geschrieben hat, er sei nun bereit, auch die Wohlfahrt um Hilfe zu bitten.“ Dies müsse einem der besten Gelehrten unter allen Flüchtlingen erspart bleiben. Der Academic Assistance Council sei gehalten, Rosenberg schnellstmögliche Hilfe zukommen zu lassen.²⁷

23 Ebenda: AAC-Sekretär Robinson an Generalsekretär Walter Adams, 1. Oktober 1933.

24 Ebenda: Martin Weinbaum an den AAC, 29. Oktober 1933.

25 Ebenda: Veit Valentin an den AAC, 31. Oktober 1933 (Datum des Posteingangs).

26 Die im *Handbuch der deutschsprachigen Emigration* (Bd. 1, München etc. 1980, S. 61) mitgeteilte Angabe, wonach Rosenberg stellvertretender Vorsitzender der Jewish Students' Federation of Great Britain gewesen sein soll, läßt sich im Institut für Zeitgeschichte München, in dem das verdienstvolle Sammelwerk erstellt wurde, nicht mehr quellenmäßig belegen. Dies nach einer brieflichen Mitteilung von Dr. Hartmut Mehringer, 12. Dezember 2002.

27 Ebenda: Ernst Kahn an Adams, 10. November 1933. Auf eine Nachfrage des AAC teile das Jewish Refugee Committee mit, es habe Rosenberg zwischen dem 4. Oktober 1933 und dem 13. Januar 1934 die Summe von 73 Pfund ausgezahlt. Das Jewish Refugee Committee erkundigte sich auch weiterhin beim AAC über Rosenbergs Lage.

Die eindringliche Mahnung fand Gehör. Der Academic Assistance Council, später umbenannt in *Society for the Protection of Science and Learning*, hatte etwa 2 000 Beitrag zahlende Mitglieder, darunter mehrere Rektoren britischer Universitäten. In den ersten drei Jahren gelang es der Gesellschaft, 57 Akademikern ständige und weiteren 155 zeitlich befristete Positionen zu verschaffen.²⁸ Zu ihnen gehörte schließlich auch Arthur Rosenberg. Er sei bereit, schrieb er in einem Fragebogen des AAC, an jedem Platz des britischen Empire – er nannte ausdrücklich auch Palästina – eine Lehrtätigkeit aufzunehmen. In die Sowjetunion könne er jedoch wegen seines „politischen und theoretischen Konflikts mit dem Stalinismus“ nicht gehen. Einen Berufswechsel mochte er sich nicht vorstellen. „Ich denke nicht, daß ich imstande wäre, einen kaufmännischen Beruf auszuüben“, schrieb er.²⁹

Nach einer Reihe von Schreiben des AAC an verschiedene britische Hochschulen teilte die University of Liverpool im Februar 1934 mit, sie habe Rosenberg im Department of History eine vom 1. Februar bis zum 31. Januar 1935 befristete Anstellung geboten.³⁰ Das Geld dafür hatte nicht die Universität aufgebracht, sondern zunächst der *Central British Fund for German Jewry*, eine Hilfsorganisation, deren Leitung unter anderem die zionistischen Politiker Chaim Weizmann und Nahum Sokolow angehörten.³¹ Daran anschließend kam die Liverpooler Organisation des *Council for German Jewry* für die Unterstützung auf.³²

Rosenberg, der noch deutscher Staatsbürger war, suchte im März 1934 das deutsche Konsulat in Liverpool auf, brauchte er doch, wie ein amtlicher Bericht festhielt, „für zollbehördliche Zwecke in Deutschland“ eine notariell beglaubigte eidesstattliche Versicherung. Darin mußte er erklären, sein nach England zu überführendes Eigentum enthalte „entsprechend den Bestimmungen der Verordnung über Devisenbewirtschaftung vom 9. Mai 1933 keine Zahlungsmittel, Wertpapiere, Gold oder Edelmetalle ...“ Erst dann konnte die von ihm beauftragte Berliner Speditionsfirma sein Mobiliar nach Liverpool schicken.³³

Das halbe Jahr in der Schweiz hatte Rosenberg genutzt, um der Frage nachzugehen: Warum war Hitler nicht zu verhindern?

28 Vgl. Francis L. Carsten, *Deutsche Emigranten in Großbritannien 1933–1945*, in: Gerhard Hirschfeld (Hg.), *Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland*, Stuttgart 1983, S. 142f. Zur Wissenschaftsemigration vgl. als Überblicksdarstellungen Wolfgang Frühwald/Wolfgang Schieder (Hg.), *Leben im Exil. Aspekte der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933–1945*, Hamburg 1981; Ilja Srubar (Hg.), *Exil, Wissenschaft, Identität. Die Emigration deutscher Sozialwissenschaftler 1933–1945*, Frankfurt 1988; Jean-Michel Palmier, *Weimar en exil. Le destin de l'émigration intellectuelle allemande antinazie en Europe et aux Etats-Unis*, Paris 1990.

29 Bodleian Library, MS.SPSL 541/3: Beigefügte Anlage eines Briefes von Rosenberg an den AAC, 27. August 1934. Dort findet sich auch der Hinweis, daß Rosenbergs Mutter mit nach England kam.

30 Ebenda: H. J. W. Hetherington, Vizekanzler der Universität Liverpool, an den AAC, 23. Februar 1934.

31 Ebenda: Schreiben von Bertram B. Benas, Liverpool Executive of the Central British Fund for German Jewry an den AAC, 22. August 1934.

32 Ebenda: Schreiben von Benas an die Society for the Protection of Science and Learning, 20. Juli 1937. Vorsitzender des Council war der frühere britische Hochkommissar für Palästina, Sir Herbert Samuel.

33 Über den Vorgang berichtete Max Müller, Deutsches Konsulat in Liverpool, an die deutsche Botschaft in London, 6. Januar 1937, in: PA, AA, R 6343.

2. Warum war Hitler nicht zu verhindern?

Sofort nach seiner Ankunft in Zürich stürzte sich Rosenberg in die Arbeit. Er ließ sich von der Lähmung, die viele Gegner Hitlers ergriffen hatte, nicht anstecken. Um einen Wiederaufstieg der Arbeiterbewegung nach dieser schweren Niederlage ins Auge zu fassen, mußte Klarheit über die Ursachen von Hitlers Sieg gewonnen werden. Vor allem galt es, den Gegner mit seinen Stärken und Schwächen zu begreifen. Dieser doppelten Aufgabe stellte sich Rosenberg unter dem Pseudonym „Historikus“ mit seiner Broschüre *Der Faschismus als Massenbewegung. Sein Aufstieg und seine Zersetzung*. Sie erschien 1934 in der Verlagsanstalt Graphia.³⁴

Die Hauptthese der Abhandlung setzte sich mit der Meinung auseinander, „daß die Kleinbürger jene geheimnisvolle Klasse wären, mit deren Hilfe Hitler und Mussolini ihre Siege erfochten haben.“ (S. 221) Der Faschismus, schrieb Rosenberg unmißverständlich, „ist der gegenrevolutionäre Kapitalist, der geborene Feind der klassenbewußten Arbeiterschaft: Der Faschismus ist weiter nichts als eine moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution.“ Rosenberg war sich über die Einwände im klaren, die Bewegungen Hitlers und Mussolinis unter einem Sammelbegriff zu fassen. „Aber die politische Alltagssprache von heute nennt alle jene kapitalistischen gegenrevolutionären Bewegungen faschistisch, sobald sie volkstümlich auftreten und sich zugleich auf eine aktive, für den Bürgerkrieg geschulte Parteiarmee stützen.“ (S. 224)

Die Kapitalisten müssen, so Rosenberg, indirekt regieren. Sie benutzen dabei Massenbewegungen liberalen wie antiliberalen Typs. In der Periode der freien Konkurrenz neige der Kapitalismus zur Favorisierung liberaler Bewegungen, der Übergang zum Monopolkapitalismus gehe mit einer zunehmenden Sympathie für nationalistische Massenbewegungen einher. Unter bestimmten historischen Voraussetzungen und Traditionen könne jedoch auch das Monopolkapital an den von der Mittelklasse und dem Kleinbürgertum gestützten liberalen Bewegungen festhalten. Dies sei in England der Fall.

In Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland waren die reaktionären Massenbewegungen, laut Rosenberg, Verteidiger der autoritären Monarchie, in Frankreich erstrebten sie zumeist eine Militärdiktatur. Doch nur in Rußland habe die antidemokratische Massenbewegung vor 1914 „die eigentümliche Stoßtrupp-Taktik“ angenommen, die alle faschistischen Strömungen charakterisiere. Im Normalfall übe die herrschende Klasse durch ihren militärischen und polizeilichen Repressionsapparat die Herrschaft aus. Die „amtliche Staatsmacht selbst“ bekämpfe die Revolution. Stoßtrupps der faschistischen Art zeigten hingegen, „daß kein Friedenszustand im Staat vorhanden ist ... Denn die Gegner der Regierung sind zwar den herrschenden Gewalten unangenehm, aber sie sind nicht stark genug, um in einem direkten Aufstand die Machtfrage zu stellen. Die Regierung und die herrschenden Schichten setzen zum Kampf gegen die Opposition nicht die übliche reguläre Staatsgewalt ein, sondern freiwillige Scharen aus der Masse des Volkes gehen ans Werk.“ (S. 234f.)

34 Die in Klammern gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf den Wiederabdruck in: Arthur Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien*, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt etc. 1974, S. 221–303.

Unter welchen Bedingungen ist eine solche Stoßtrupptätigkeit möglich, fragte Rosenberg. Zunächst müsse die normale Staatsgewalt vollkommen erschüttert sein. Die regierenden Schichten seien unfähig, sich mit Gesetz und Polizei allein zu behaupten und suchten nach anderen Mitteln. Sie könnten den revolutionär gesinnten Teil des Volkes nicht mehr frontal angreifen.

Deshalb müsse ein „Volkszorn“ gegen die Aufrührer entfacht werden. Dazu bedürfe es einer Ideologie, die einen Stoßtrupp in Marsch setzen könne. Rosenberg erkannte, daß der Antisemitismus für die Bewegung der „Schwarzhunderter“ in der ersten russischen Revolution von 1905 genau diese Rolle gespielt hatte. Er zitierte Trotzki, der über die Mobilmachung der Pogromisten geschrieben hatte:

„Die russische Regierung hatte die Truppen für diesen Kreuzzug überall angeworben, in allen Winkeln, Spelunken und Lasterhöhlen. Hier sah man den Kleinkrämer und den Landstreicher, den Schankwirt und seinen Stammgast, den Hausknecht und den Polizeispitzel, den Berufsdieb und den Gelegenheitsräuber, den kleinen Handwerker und den Bordellportier, den hungrigen, in geistiger Finsternis dahinvegetierenden Muschik, der vielleicht gestern erst sein Heimatdorf verlassen und dessen Kopf der Lärm der Maschine ganz wirt gemacht hatte.“ (S. 237)³⁵

„Der Judentum“, so Rosenberg, „ein dumpfer, fanatischer Nationalismus, Bestechung und Alkohol wirkten zusammen, um solche Massen von Kleinbürgern, Lumpenproletariern, und gelegentlich auch richtigen Arbeitern, zusammenzubringen. Die Möglichkeit, ungestraft zu stehlen und zu plündern, trieb die Berufsverbrecher in Scharen in die Stoßtrupps. Aber daneben besteht die stärkste Versuchung für alle verarmten und verkommenen Menschen, sich den Stoßtrupps anzuschließen, denn als Mitglieder der behördlich geduldeten faschistischen Stoßtrupps werden sie plötzlich aus ihrer Nichtigkeit herausgerissen und zu mächtigen Wesen, in deren Hand das Schicksal ihrer Mitmenschen liegt.“ (S. 238f.)

Nachdem der revolutionäre Aufruhr der Massen erstickt sei, brauche die Regierung die Stoßtrupps nicht mehr. Aber sie spüre, daß ihre Zeit ablaufe, denn die Pogrome und den Terror könne kein Volk vergessen. Es bedürfe deshalb einer in Reserve gehaltenen Bewegung, die an der Reihe sei, wenn die Regierung sie wieder benötige. Die faschistische Partei habe die Aufgabe, eine solche Bewegung in ruhigeren Zeiten am Leben zu erhalten.³⁶

Dazu sei eine politische Doktrin notwendig, um die Parteimitglieder zusammenzuhalten. Diese müsse nicht immer der Antisemitismus sein. In Italien habe der Nationalismus, der auf die „unerlösten“ Landsleute in Österreich abzielte, während des Krieges eine ähnliche Funktion erfüllt. Mussolini habe sich am besten dieser Emotionen bedienen können. Er habe sich angeboten, das Kriegsprogramm des italienischen Großkapitals zu erfüllen. Da die italienischen Sozialisten 1919 und 1920 die Chance einer proletarischen Revolution verpaßt hätten, das Volk aber voller revolutionärer Emotionen gewesen sei, habe Mussolini diese

35 Das Originalzitat findet sich bei Leo Trotzki, *Die russische Revolution 1905*, 2. Aufl., Berlin 1923, S. 106 (zuerst 1909).

36 Auf eine Diskussion über den Charakter des russischen Antisemitismus um 1905 wird hier verzichtet. Hingewiesen sei nur auf die Tatsache, daß er als Antisemitismus „von unten“ den Interessen der verarmten Gutsbesitzer, keineswegs aber denen der Bourgeoisie, entsprach. Eine Zusammenfassung der Problematik findet sich bei Mario Keßler, *Wandlungen des Antisemitismus in Rußland*. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Russischen Revolution von 1905, in: Wolfgang Küttler (Hg.), *Das lange 19. Jahrhundert. Personen – Ereignisse – Ideen – Umwälzungen*, Bd. 2, Berlin 1999, S. 333–346.

Emotionen für den Aufstieg seiner pseudosozialistischen Bewegung genutzt. Gerade mit seiner Demagogie habe er die Arbeiter provozieren können, was die bürgerliche Regierung nicht wagte. Doch hätte er keinen Erfolg gehabt, wären die Menschen nicht von den sozialistischen Führern enttäuscht worden, die am Ende des Jahres 1920 in gutbezahlten Stellungen saßen. Die Stabilität des Regimes erwachse jedoch aus seiner Fähigkeit, das Land zu modernisieren. Der italienische Faschismus sei Instrument eines noch im Aufstieg begriffenen Kapitalismus.

Anders sei die Lage in Deutschland: Vor dem Hintergrund eines verlorenen Krieges habe die Revolution zur Spaltung der Arbeiterbewegung geführt, die bürgerkriegsähnliche Züge angenommen habe. Deshalb seien die demoralisierten Mittelschichten nicht zur radikalen Linken, sondern zur radikalen Rechten gegangen. Deren erster Griff zur Macht sei 1923 noch gescheitert, doch habe Hitler die Nazi-Partei auch dann zusammenhalten können, als sich alle anderen rechten Gruppierungen mit den Deutschnationalen verbanden. Diese seien jedoch, nachdem die mit amerikanischen Geldern finanzierte Scheinblüte am Ende war, in den Sog der allgemeinen Diskreditierung des Parteiwesens mit hineingezogen worden. So kam Hitlers neue Chance, und er erhielt, wie schon 1923, finanzielle Unterstützung wichtiger Vertreter aus dem Großbürgertum. Ein Teil der Kapitalisten stieß sich freilich an der pseudosozialistischen Demagogie der Nazis und sah in der SA eine verkappte Proletarierarmee. Doch habe Hitler mit dem Versprechen, den Marxismus auszurotten, schließlich die Unterstützung der Schwerindustrie und des Agrarkapitals gewonnen. Diese Kräfte stimmten der leitenden Idee der Nazi-Propaganda, der „Wiederherstellung der Herrlichkeit des Reichs“, der Revision der Kriegsniederlage von 1918, zu. (S. 289)

Warum ist der Faschismus eine Bewegung des Großkapitals und nicht der Mittelklassen?, fragte Rosenberg erneut. „Der angeborene Mordhaß des Mittelstandes gegen die Arbeiter, als heimliches Leitmotiv des Faschismus, ist eine der üblichen Seifenblasen einer angeblichen Soziologie. Es gibt viele Fälle, in denen die Mittelschichten politisch mit den Arbeitern zusammengehen, und andere Gelegenheiten, bei denen sie sich feindlich gegenüberstehen. Aber immer ist die politische Situation des Augenblicks entscheidend, und nicht am wenigsten die Taktik der betreffenden politischen Parteien. Das allgemeine Dogma erklärt gar nichts.“ (S. 254) Die völkische Bewegung stamme aus dem bürgerlichen Nationalismus, so Rosenberg an anderer Stelle. Sie habe den nationalen Machtgedanken lange vor 1914 propagiert. „An des Reiches Herrlichkeit verdiente die Firma Krupp und nicht irgendein Bäckermeister. Ebenso stehen auch heute Krupp, seine Gesinnungs- und Standesgenossen hinter Hitler.“ Das Bindeglied zwischen Kapital und Arbeit bildeten Offiziere und Akademiker mitsamt ihrem verinnerlichten Judenhaß. „Die Kleinbürger liefen mit, haben aber weder den Charakter noch das Schicksal der Bewegung bestimmt. Mussolinis Faschismus ist im gewissen Sinne eine Partei des Kapitalismus, der noch zum Aufstieg fähig ist. Deshalb konnten sich die italienischen Faschisten unzweideutig zum Privateigentum bekennen. Mussolinis radikales Programm von 1919 war nur eine Episode ohne Folgen für das weitere Geschick der Bewegung. Die Nazis dagegen sind eine Partei des absterbenden Kapitalismus, und sie mußten ihren kapitalistischen Charakter vor den Massen verschleiern, um sich im proletarischen Deutschland durchsetzen zu können.“ (S. 289)

Rosenberg unterschied richtig zwischen der faschistischen Ideologie und den hinter dem Programm stehenden Interessen. Im Faschismus fanden Demokratiefreundlichkeit und Haß auf

die Arbeiterbewegung, die im Industrie-, Bank- und Agrarkapital virulent waren, ein Sprachrohr. Die Existenz der Weimarer Republik war für diese Kräfte ein Hindernis ihrer Pläne, die auf einen zweiten Griff nach der Weltmacht hinausliefen. Sie wollten ein offen diktatorisches Regime, das an keine Regeln der parlamentarischen Demokratie gebunden war. Auch die Unterschiede zwischen einer faschistischen „Stoßtrupp-Bewegung“ und dem Faschismus an der Macht arbeitete Rosenberg präzise heraus. Schließlich beschrieb er das Modernisierungspotential des italienischen Faschismus zutreffend, wenn er auch die zeitweiligen „Erfolge“ der Nazidiktatur noch nicht benennen konnte, da es diese 1934 noch nicht gab. Zweifellos hat Rosenberg Kardinalprobleme des Zusammenhanges zwischen Faschismus und Großkapital erkannt. Er sah, daß mehr und mehr Kapitalisten Hitler und Hugenberg unterstützten, doch zugleich die Eigenständigkeit des Naziführers unterschätzten. Die Mehrheit des deutschen Großkapitals wollte die demokratische Republik zerstören, aber ein Regime errichten, in dem Hitler ihr „Angestellter“ bleibe. All jene Vertreter des Großkapitals, die Hitler zur Macht verholfen oder ihn nur toleriert hatten, zogen dessen angekündigte „Ausrottung des Judentums und des Marxismus“ und damit die Ermordung von Millionen Menschen in ihr Kalkül. Aber die Stunde der Faschisten konnte erst schlagen, nachdem alle bisherigen Mittel, die Gesellschaftskrise mittels präsidialer Notverordnungen zu meistern, versagt hatten.

Rosenberg tendierte jedoch dazu, die Beziehung zwischen Faschismus und Kapitalismus als ein reines Problem von Angebot und Nachfrage zu sehen. Hitler erfüllte die Wünsche der hinter ihm stehenden Interessengruppen; darin hatte Rosenberg recht. Aber gerade er unterschätzte völlig das Eigengewicht des Naziführers, wenn er glaubte, dieser könne „gegen einen General oder gegen einen Prinzen ausgewechselt“ werden; dies würde „an den Kräften und an der Funktion des Systems nichts ändern.“ (S. 302)

Es ist mit Recht gesagt worden, daß Rosenberg, ähnlich Fritz Sternberg und Richard Löwenthal, als einer der ersten die sozialökonomischen Bedingungen untersuchte, die den Faschismus ermöglichten.³⁷ Hingegen fallen die Unterschiede zur „Bonapartismus“-Theorie auf, wie sie (die Antipoden) Thalheimer und Trotzki vertraten. Beide, und besonders Trotzki, hoben die Rolle des Führers hervor, der bei einem relativen Gleichgewicht der Klassenkräfte für den Sieg des Faschismus entscheidend ins Gewicht falle.³⁸ Die Unterschätzung der Rolle Hitlers, doch auch der Fixierung politisch aufgewühlter Massen auf einen charismatischen Führer, bewog Rosenberg dazu, autoritäre und faschistische Regierungsformen miteinander zu vermengen. So bezeichnete er allen Ernstes das 1923 zeitweise mit Ausnahmeparagraphen regierende Kabinett von Wilhelm Cuno als „Sieg des legalen Faschismus.“ (S. 275) Im Jahre 1930 habe in Deutschland neben der Nazipartei mit den Deutschnationalen eine zweite und den *Volkskonservativen*, der von Heinrich Brüning nach seinem Austritt aus der Zentrumspartei geschaffenen Bewegung, eine dritte faschistische Organisation bestanden. (S. 284f.)

37 Dies ist Gegenstand der ausführlichen Studie von Gunnar Stollberg, Theorie und Erfahrung. Die Faschismusschriften Rosenbergs, Serings und Sternbergs im Lichte der Marxschen Theorie, in: IWK, 10 (1974), S. 1–39. Paul Sering war Richard Löwenthals Pseudonym.

38 Vgl. aus der umfangreichen Literatur Jürgen Kaestner, Die politische Theorie August Thalheimers, Frankfurt/New York 1982; Isaac Deutscher, Trotzki, Bd. 3: Der verstoßene Prophet 1929–1940, 2. Aufl., Stuttgart 1972; Robert S. Wistrich, Trotsky. Fate of a Revolutionary, London 1979; Ernest Mandel, Trotzki als Alternative, Berlin 1992.

Trotzki sah hingegen die „Persönlichkeit“ Hitlers in den richtigen Proportionen, als er 1933 schrieb: „Zu Beginn seiner Laufbahn zeichnete sich Hitler vielleicht nur durch größeres Temperament, eine lautere Stimme und selbstsichere geistige Beschränktheit aus. Er brachte in die Bewegung keinerlei fertiges Programm mit – wenn man den Rachedurst des gekränkten Soldaten nicht zählt. Hitler begann mit Verwünschungen und Klagen über die Versailler Bedingungen, über das teure Leben, über das Fehlen des Respekts vor dem verdienten Unteroffizier, über das Treiben der Bankiers und Journalisten mosaikartigen Bekenntnisses. Heruntergekommene, Verarmte, Leute mit Schrammen und frischen blauen Flecken fanden sich genug. Jeder von ihnen wollte mit der Faust auf den Tisch schlagen. Hitler verstand das besser als die anderen. Zwar wußte er nicht, wie der Not beizukommen sei. Aber seine Anklagen klangen bald wie Befehl, bald wie Gebet, gerichtet an das ungnädige Schicksal. Todgeweihte Klassen werden – ähnlich hoffnungslosen Kranken – nicht müde, ihre Klagen zu variieren und Tröstungen anzuhören. Alle Reden Hitlers sind auf diesen Ton gestimmt. Sentimentale Formlosigkeiten, Mangel an Disziplin des Denkens, Unwissenheit bei buntscheckiger Belesenheit – all diese Minus verwandelten sich in ein Plus. Sie gaben ihm die Möglichkeit, im Bettelsack ‚Nationalsozialismus‘ alle Formen der Unzufriedenheit zu vereinen und die Masse dorthin zu führen, wohin sie ihn stieß.“³⁹

3. Die „Geschichte der deutschen Republik“

„In den Zeiten des furchtbarsten wirtschaftlichen Elends und stärkster politischer Erregung der Massen“, schrieb Rosenberg in seinem Werk über den Faschismus, habe „in Deutschland der marxistische Sozialismus keinerlei Anziehungskraft ausgeübt. Weder die SPD noch die KPD hatten ein Programm für den Wiederaufbau Deutschlands, dem die Massen glauben konnten, denn die Kommunisten erschienen der Mehrheit des deutschen Volkes als unzuverlässige Phrasenmacher und die Sozialdemokraten als die Mitschuldigen des bestehenden kapitalistisch-republikanischen Systems.“ (S. 283f.) Rosenberg sah die Politik der gespaltenen Arbeiterbewegung als eine große Hypothek, die die Entwicklung der Weimarer Republik von Anfang an belastete. Zusammen mit der mangelnden demokratischen Tradition in Deutschland, dem Verbleib der alten Eliten an wichtigen Schaltstellen der Macht und nicht zuletzt der kollektiven Demütigung nach einem verlorenen Krieg war dies für ihn ein Grund dafür, daß die Demokratie gegenüber dem Nazismus wehrlos geblieben war.

Rosenberg verfolgte dieses Thema während der gesamten Zeit seines britischen Exils. Aber er warnte vor allzu kurzen Schlüssen: „Jetzt nach dem Untergang der ‚November-Republik‘ ist Kritik leicht“, schrieb er noch in der Schweiz. Schon die Revolution 1918 sei, entgegen der proletarischen Mythologie, kein Resultat des Kampfes der wirklich in den Massen verankerten Arbeiterbewegung gewesen. Sie war vielmehr „das *Produkt der Soldatenbewegung*. Die Arbeiter allein wären niemals imstande gewesen, das deutsche Kaisertum über den Haufen zu rennen.“ In Rußland habe das Bauerntum „als eine dauernd bestehende gesellschaftliche Klasse“ ein Interesse an der Bewahrung der Revolution gehabt. Aber das

39 Leo Trotzki, Porträt des Nationalsozialismus, in: Ders., *Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?*, hg. von Helmut Dahmer, Frankfurt 1971, S. 292.

deutsche Heer, „das die Revolution vom 9. November gemacht hatte, löste sich in den wenigen Wochen bis Weihnachten 1918 auf. Denn die Soldaten wollten den Frieden, den sie durch die Revolution gesichert hatten, nur für sich persönlich realisieren.“ Seitdem schwebte die Regierung der Volksbeauftragten in der Luft. Die Arbeiter waren hingegen auf den Sozialismus psychologisch überhaupt nicht vorbereitet.⁴⁰

Damit solle nicht die Passivität entschuldigt werden, die die Revolutionsregierung gegenüber dem kapitalistischen und sogar feudalen Eigentum an den Tag legte. „Das Mindeste wäre gewesen, wenn man damals den Bergbau und den Großgrundbesitz beschlagnahmt und die planmäßige Neugestaltung der Wirtschaft eingeleitet hätte.“ Denn auch in einem bürgerlich-kapitalistischen Staat könne das „sozialistische Proletariat“ die Staatsgewalt ausüben und dann „allmählich auch die ökonomische Situation in seinem Sinne umgestalten.“ Dies geschah nicht. „Die Entscheidung über das Schicksal der Deutschen Republik ist eigentlich schon in den ersten Monaten des Jahres 1919 gefallen.“ Die Januarkämpfe 1919, diese „Marneschlacht“ des deutschen Proletariats, hätten die Arbeiter verloren, „weil sie auch nicht mit den einfachsten Voraussetzungen staatlicher Machtpolitik fertig werden konnten. Der größte Vorwurf, den man im historischen Rückblick den Volksbeauftragten zu machen hat, besteht darin, daß sie tatenlos der Auflösung des alten deutschen Heeres zusahen, ohne zu gleicher Zeit eine neue zuverlässige republikanische Truppe aufzubauen. Als die Regierung der Volksbeauftragten im Dezember 1918 und im Januar 1919 von abenteuerlichen Minderheiten gewaltsam angegriffen wurde, war sie tatsächlich wehrlos und sie warf sich den kaiserlichen Offizieren in die Arme.“ Da die Arbeiter keine wirkliche Machtposition errangen, entstand in Deutschland nur eine „Scheindemokratie“, in der die alten antidemokratischen Eliten die wirkliche Macht ausübten.⁴¹

Zwischen Revolutionsphantasien und parlamentarischem Legalismus sei die deutsche Linke 1918 und 1919 hin- und hergerissen gewesen, schrieb Rosenberg in Artikeln über Gustav Landauer und Carl Legien.⁴² Liebknecht habe anfangs noch die Illusion gehegt, daß Deutschland für eine kommunistische Revolution reif gewesen sei.⁴³ Clara Zetkin wurde mit all ihrer politischen Klarsicht „nach und nach aus der (kommunistischen; M.K.) Partei entfernt“, wenngleich nicht förmlich ausgeschlossen.⁴⁴ Doch all diese „Gegensätze innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, um die damals so bitter gerungen wurde, gehören heute schon vollständig der Geschichte an“, schrieb Rosenberg im November 1934.⁴⁵

Mit diesem Gedanken leitete er die *Geschichte der deutschen Republik* ein. Für die Darstellung zog er bis dahin ungenutzte wichtige Quellen zu Rate.⁴⁶ Er erinnerte an seine Erfah-

40 Arthur Rosenberg, Zum 9. November 1918, in: Zeitschrift für Sozialismus, 1 (1933), S. 41–46, hier nach Rosenberg, Demokratie und Klassenkampf, Zitate S. 209f.

41 Ebenda, S. 211f.

42 Arthur Rosenberg, Landauer, Gustav, in: ESS, IX, S. 130f.; ders., Legien, Carl, ebenda, S. 346f.

43 Arthur Rosenberg, Liebknecht, Karl, ebenda, S. 454f.

44 Arthur Rosenberg, Zetkin, Clara, ebenda, XV, S. 526.

45 Arthur Rosenberg, Geschichte der deutschen Republik, Karlsbad 1935, S. 5 (Vorwort). Hiernach auch die folgenden Zitate.

46 Die betraf vor allem die Protokolle des Rats der Volksbeauftragten, die im SPD-Archiv lagerten. Sie wurden erst 33 Jahre nach Rosenbergs Darstellung herausgegeben. Vgl. Reinhard Rürup/Eberhard Kolb (Hg.), Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, Leiden 1968. Die noch 1991 auf dem Titelblatt zur Neuauflage des Buches getroffene Feststellung, Rosenberg habe Quellen benutzt, „die anderen Autoren nicht mehr zur Verfügung stehen“, ist also zu relativieren.

rungen, die er als KPD-Politiker sammeln konnte. „Heute liegen jedoch für uns alle die Kämpfe jener Jahre so weit zurück, als wenn seit 1928 nicht sechs Jahre, sondern schon eine ganze Generation verflossen wäre.“ Einmal mehr betonte Rosenberg, er suche „einseitige Urteile zu vermeiden“ und „die Geschichte der Deutschen Republik ohne jede parteipolitische Bindung oder Rücksicht zu schreiben.“ Es gehe ihm darum, „alle meine Urteile aus den Tatsachen heraus zu entwickeln, und ich habe niemals einer gegenwärtigen oder einer vergangenen Partei der deutschen Arbeiterbewegung zu Liebe oder zu Leide geschrieben.“

Rosenberg arbeitete in seiner *Geschichte der deutschen Republik* den Mangel an demokratischen Traditionen als Hauptursache für die Niederlage der deutschen Revolution von 1918 heraus.⁴⁷ „Eine lebendige Demokratie, eine ernsthafte Selbstregulierung der Massen, war bisher dem deutschen Volk fremd gewesen. Der staatliche Beamtenapparat beherrschte das öffentliche Leben, und auch die sogenannte kommunale Selbstverwaltung konnte ihm kein Gegengewicht bieten. Denn die großen Pläne des Freiherrn vom Stein, in Preußen eine bürgerliche Selbstverwaltung aufzurichten, waren nach Steins Rücktritt verkümmert und verdorben worden. Nicht nur wurde die städtische Selbstverwaltung auf Schritt und Tritt durch die staatlichen Aufsichtsbehörden eingeengt, vor allem wurden in der Kommunalverwaltung alle wesentlichen Posten mit auf lange Jahre gewählten Berufsbeamten besetzt. Die ehrenamtlich tätigen Bürger spielten in den deutschen Gemeinden bis 1918 neben den Berufsbeamten nur eine bescheidene Rolle.“

So fehlte den deutschen Volksmassen jede praktische Erfahrung darin, wie sie selbstverantwortlich ihre Angelegenheiten besorgen sollten. Der bürokratische Apparat in den öffentlichen Angelegenheiten hatte eine Tradition von vielen Jahrhunderten. Es schien kaum denkbar, daß man ihn durch einen revolutionären Sturm überwinden könnte. Die wirkliche Demokratie besteht aber nicht in der Abgabe irgendwelcher Stimmzettel, sondern in der aktiven Selbstregierung der Massen. So war die Frage nach der Überwindung des bürokratischen Apparats zugleich die Frage nach Leben oder Tod der deutschen Demokratie.“ (S. 18)

„Die politischen Wahlen sind ohne Zweifel in jedem Lande von hervorragender Bedeutung“, so Rosenberg in ähnlichem Zusammenhang. „Aber eine politische Bewegung, die sich nur auf die Stimmzettel verläßt und alle anderen Faktoren vernachlässigt, kann böse Enttäuschungen erleben. Eine Parlamentsmehrheit ist ohnmächtig, wenn sie z. B. die Armee und die entscheidenden Wirtschaftsmächte gegen sich hat. Nur wenn der Rhythmus des parlamentarischen Lebens mit dem der übrigen gesellschaftlichen Kräfte übereinstimmt, kann eine Demokratie wirklich funktionieren.“ (S. 13)

Die neuen sozialistischen Minister bildeten zwar den Rat der Volksbeauftragten, waren jedoch außerstande, der monarchischen Administration ihren Willen aufzuzwingen – sie waren auch nicht willens, muß hinzugefügt werden. Als Staatssekretär Solf dem Kovorsitzenden des Rates, Hugo Haase, den Handschlag verweigerte, nannte dieser ein solches Benehmen lediglich unqualifizierbar. „Offenbar hat keiner der Volksbeauftragten daran gedacht, Herrn Solf an Ort und Stelle verhaften zu lassen“, schrieb Rosenberg. „Man male sich die Situation aus, wenn ein bürgerlicher Fachbeamter 1918 in dieser Form in Rußland Trotzki gegenübergetreten wäre oder wenn 1793 in Frankreich ein aristokratischer Fach-

47 Von hier ab beziehen sich die Seitenzahlen in Klammern auf folgende Ausgabe: Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, Hamburg 1991.

mann sich derartig gegenüber Robespierre benommen hätte! In beiden Fällen wäre ein solcher Beamter sofort vom Revolutionsgericht abgeurteilt worden.“ (S. 214)

Die Arbeiter- und Soldatenräte, die sich im November 1918 spontan in ganz Deutschland bildeten, hofften auf die Verankerung einer wirklichen Massendemokratie und entscheidende Wirtschaftsreformen. Rosenberg schrieb, „daß der Ruf nach dem Sozialismus nicht eine Ursache, sondern eine Folge der Novemberrevolution gewesen ist ... Was man im einzelnen unter Sozialisierung verstehen wollte, darüber bestanden freilich die größten Meinungsverschiedenheiten. Aber darüber war man sich klar, daß jede Form einer Plan- oder Gemeinwirtschaft nur dann Erfolge erzielen konnte, wenn sie die produzierenden Massen zur lebendigen Mitwirkung mobilisierte. Die gegebenen Organe, um im Betrieb den plan- und gemeinwirtschaftlichen Gedanken zu vertreten, waren aber die Räte.“ (S. 19)

Doch die Funktionäre der Mehrheitssozialisten begriffen nicht, daß die Räte und der Bolschewismus in keiner Weise identisch waren. Sie fühlten sich von den Aktivitäten der Räte unter den Arbeitern herausgefordert und sogar bedroht und wünschten eine Art Verbindung zwischen den Räten und der Nationalversammlung. Sie wären mit schrittweisen Sozialisierungsmaßnahmen zufrieden gewesen, an deren Beginn die Nationalisierung der Bergwerke stünde. Rosenberg wies dabei besonders auf den USPD-Politiker Kurt Eisner hin, den Ministerpräsidenten der kurzlebigen Republik Bayern. „Er hätte am liebsten ein Parlament alten Stils überhaupt nicht mehr gesehen, aber auf der anderen Seite wollte er keine übereilte Sozialisierung und lehnte jede Diktaturmethode bolschewistischer Art aufs Schärfste ab.“ (S. 22)

Zweieinhalb Jahrzehnte später erlangte in der bundesdeutschen Revolutionsforschung die Sicht Rosenbergs Geltung. In ihren detaillierten Untersuchungen widersprachen Karl Dietrich Bracher, Eberhard Kolb und Peter von Oertzen der noch 1955 von Karl-Dietrich Erdmann geäußerten These, wonach die Novemberrevolution entweder zur parlamentarischen Demokratie oder zur proletarischen Diktatur nach russischem Vorbild geführt hätte.⁴⁸ Sie zeigten im Anschluß an Rosenberg, daß die gemäßigt-sozialistische Richtung die Chance besaß, zum Hegemon der Revolution zu werden, und daß in den Räten keineswegs die utopischen Vorstellungen der radikalen Linken mehrheitsfähig waren.⁴⁹ Das Kräftepotential der äußersten Linken sei 1918 objektiv wesentlich geringer gewesen, als es den Zeitgenossen erschien, schrieben schließlich auch Dieter Engelmann und Jakow Drabkin, zwei der wichtigsten Forscher zur Räte­demokratie in der DDR wie der Sowjetunion.⁵⁰ Doch während

48 Vgl. Karl Dietrich Erdmann, *Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft*, in: VfZ, 3 (1955), S. 1–19; ders., *Handbuch der deutschen Geschichte*, Bd. IV, Stuttgart 1959. Der entsprechende Abschnitt trug die Überschrift „Räte­staat oder parlamentarische Demokratie“ (S. 80).

49 Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Vorspiel zur deutschen Katastrophe*, in: *Neue Politische Literatur*, 6 (1961), Sp. 471–481; ders., *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, 2. Aufl., Stuttgart/Düsseldorf 1957; Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 bis 1919*, Düsseldorf 1962; Peter von Oertzen, *Betriebsräte in der Novemberrevolution*, Düsseldorf 1963.

50 Vgl. Dieter Engelmann, *Räte­demokratische Vorstellungen während der deutschen Novemberrevolution*, in: BzG, 25 (1983), S. 797–809; J. S. Drabkin, *Die Entstehung der Weimarer Republik*, Köln 1983.

Gerd Voigt 1986 in der DDR Rosenberg als einen „Sozialisten“ würdigen konnte, gelang dies Drabkin erst 1990 in Moskau.⁵¹

Die Führer der Spartakusgruppe, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, machten sich hingegen über den Charakter der Revolution keine Illusionen, wie auch Rosenberg festhielt. Sie gewannen nicht einmal Mandate zum Reichsrätekongreß, der vom 16. bis zum 20. Dezember 1918 in Berlin zusammentrat. Anders als die meisten ihrer Anhänger erkannten sie, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes zu dieser Zeit mit der parlamentarischen Republik vollauf zufrieden war. „Der Tod Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts war ein außerordentlich schwerer Verlust für die sozialistische Arbeiterbewegung, denn beide Persönlichkeiten waren die Träger eines wissenschaftlich begründeten, die realen Umstände würdigenden und doch konsequenten Sozialismus. Bei längerem Leben hätten sie doch die Trennung von den Utopisten in der eigenen Partei vollziehen müssen, und sie wären die gegebenen Führer der entschieden sozialistischen Millionenbewegung im deutschen Proletariat geworden. Vor allem aber hätten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Führer der KPD sich niemals zu Werkzeugen russischer Staatsinteressen mißbrauchen lassen.“ (S. 62)

Zur Niederwerfung des Januaraufstandes, den die Spartakisten entgegen den Warnungen Rosa Luxemburgs ausgelöst hatten, riefen Noske, Ebert und Scheidemann die Freikorps zu Hilfe. Damit begingen sie, wie Rosenberg, schrieb, „den entscheidenden Fehler.“ Was Kern der rechtssozialdemokratischen Politik war, sah Rosenberg lediglich als einen vermeidbaren Irrtum.

Die Regierung, so Rosenberg weiter, habe „sich in erster Linie auf die sozialistisch-demokratischen Truppen stützen müssen“ und es „nicht nötig gehabt, die Gefangenen der militärischen Gegenrevolution zu werden ... Die Offiziere der alten Armee stellten immer neue Freikorps auf, die Ansätze der demokratischen Truppenteile ließ man verkümmern, und bald hatte die deutsche Republik ein gegenrevolutionäres, von kaiserlichen Offizieren geführtes Heer.“ (S. 60)

Für Rosenberg bestand nicht der kleinste Anschein eines Beweises, daß die mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg wünschten oder billigten. „Im Gegenteil, das Ereignis vom 15. Januar war ein furchtbarer Schlag für die Regierung der Republik ... Wenn das Ereignis auch noch zu frisch war, um die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar wesentlich beeinflussen zu können, so hat es doch entscheidend dazu beigetragen, daß Millionen deutscher Arbeiter der SPD den Rücken kehrten.“ (S. 62) Diese Arbeiter erkannten klarer als Rosenberg, daß die Politik der SPD-Führung den Mördern Liebknechts und Luxemburgs faktisch in die Hände gearbeitet hatte. Mit der Ermordung von Kurt Eisner am 21. Februar 1919 durch einen fanatischen Nationalisten verlor, wie Rosenberg schrieb, „die deutsche Revolution und vor allem die deutsche sozialistische Arbeiterschaft den einzigen schöpferischen Staatsmann, der seit dem November 1918 hervorgetreten war.“ (S. 67)

Rosenberg knüpfte an seine Aussage des Jahres 1928 an: Die deutsche Revolution „war eine bürgerliche Revolution, die von der Arbeiterschaft gegen den Feudalismus erkämpft

51 Gerd Voigt, *Rußland in der deutschen Geschichtsschreibung 1843–1945.*, Diss. B, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1986, hier zit. nach der textidentischen Buchausgabe: Berlin 1994, S. 187. Vgl. Ja. S. Drabkin, *Problemy i legendy v istoriografii Germanskoj revoljucii 1918–1919gg.*, Moskau 1990, S. 98f., 180f.

wurde“, hatte er damals geschrieben.⁵² Nun betonte er, was Rosa Luxemburg und schließlich auch Karl Liebknecht klargeworden war: Ein direkter Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Demokratie sei 1918 nicht möglich gewesen. „Erst in einem langwierigen Entwicklungsprozeß werde sich die Mehrheit des deutschen werktätigen Volkes für den konsequent sozialistischen Staat gewinnen lassen.“ Nach seinem Klassenkompromiß mit dem Feudaladel sei das Bürgertum nicht einmal zur Absicherung der bürgerlich-demokratischen Revolution imstande. Die Arbeiterschaft müsse diese Aufgabe übernehmen. Somit stehe eine „demokratische Räterepublik, aber unter Ablehnung einer jeden Parteidiktatur“ auf der Tagesordnung. Wenn das Volk eine Nationalversammlung wolle, dürfe die radikale Linke nicht abseits stehen. Sie müsse das Parlament als Tribüne ihrer Forderungen nutzen. Doch nicht einmal innerhalb des Spartakusbundes konnte Rosa Luxemburg ihren Standpunkt durchsetzen. Dessen Mehrheit habe mit „hemmungslose(m) Utopismus“ an „die besonders armen, verelendeten und verbitterten Arbeiterschichten“ appelliert und damit den Bürgerkrieg heraufbeschworen. (S. 23) Hier verkannte Rosenberg Ursache und Wirkung, denn es waren die politische Rechte und die militärische Gegenrevolution, die durch ihre Begünstigung von seiten der SPD-Führung Oberwasser bekamen und den Bürgerkrieg entfesselten.

„Das politische Resultat des Bürgerkrieges, der in der ersten Hälfte des Jahres 1919 im Namen Noskes geführt wurde, war die vollständige Vernichtung jeder politischen Macht der Räte. Wo noch Arbeiterräte fortbestanden, waren sie völlig einflußlos. So war der Versuch, im Anschluß an die Revolution eine volkstümliche aktive Demokratie zu begründen, gescheitert. Im Zusammenhang damit erfolgte an allen Orten eine systematische Entwaffnung der Arbeiterschaft, die von den Offizieren mit größter Energie durchgeführt wurde. Auf der anderen Seite nahm die von den alten Generälen geführte Freiwilligenarmee einen immer größeren Aufschwung. Schon um die Mitte des Jahres lag die reale Macht in Deutschland bei den Freikorps und nicht bei der Nationalversammlung.“ (S. 64)

Das Niveau der Nationalversammlung war, in Rosenbergs Worten, „das Niveau des deutschen Reichstages der vorrevolutionären Zeit, das heißt, sie setzte sich aus tüchtigen, ehrenhaften und fleißigen Abgeordneten zusammen, in denen aber von revolutionärer Energie nichts vorhanden war. Wirkliche Revolutionäre hätten in Weimar vor allem die Gefahr ins Auge gefaßt, die von der Armee drohte. Im Stil des Konvents (der Französischen Revolution; M.K.) hätte die Nationalversammlung erklären können, daß die Republik in Gefahr sei. Sie hätte alle Republikaner und Sozialisten zu den Waffen rufen können, um das Vaterland zu retten. Eine solche allgemeine Volksbewaffnung hätte die Freikorps unschädlich gemacht, die Gefahr putschistischer Einzelaktionen im Keime erstickt, die Ostgrenze gegen die Polen gesichert und vielleicht auch die Position Deutschlands gegenüber der Entente bei den Friedensverhandlungen gestärkt. Aber eine solche Volksbewaffnung unterblieb, denn sie hätte den Popanz der ‚Ruhe und Ordnung‘ gestört, den die regierenden Männer über alles verehrten.“ (S. 75) Peter von Oertzen, der Rosenbergs Argumenten prinzipiell folgte, erinnerte indes an „organisatorische oder militärtechnische Probleme“ beim Aufbau einer

52 Arthur Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik*, Hamburg 1991, S. 189.

Volksmiliz, die Rosenberg „mit einer Handbewegung“ beiseite gewischt habe.⁵³ Eine Volksmiliz hätte den Rücktransport der ungeheuren Truppenmassen von den Fronten nicht organisieren können, wie es General Groener als leitender Kopf des Generalstabs getan hatte. Mit diesem Beweis seiner Fähigkeiten, für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen, habe sich Groener Friedrich Ebert geradezu anempfohlen, so von Oertzen.⁵⁴ Dem kann mit Rosenberg entgegnet werden, daß der Rat der Volksbeauftragten auch keine zureichenden Anstrengungen unternahm, aus den Reihen der Arbeiterparteien qualifizierte Kräfte zum Aufbau eines neuen Verwaltungsapparates zu gewinnen. Dies hätte durchaus Experten des alten Heeres einschließen können. Eine Arbeitermiliz, die das deutsche Militärpotential abbauen würde, hätte den Armeen der siegreichen Alliierten keine Gelegenheit zum Einmarsch nach Deutschland geboten.⁵⁵

Doch stellte Rosenberg nicht die Frage, auf wen sich die Arbeitermiliz hätte stützen können. Am 12. Dezember 1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten ein Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr erlassen. Heraus kam jedoch nur eine sehr kleine Truppe, das *Regiment Reichstag*, das hauptsächlich aus sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Unteroffizieren bestand. Die große Mehrheit der Soldaten und Matrosen hatte, wie Rosenberg richtig erkannte, den revolutionären Umsturz aus tiefer Friedenssehnsucht heraus geführt. Vor der Konsequenz, daß sie folglich kaum bereit waren, bei den Waffen zu bleiben, und sei dies auch im Namen der neuen Ordnung, scheute er zurück. Christian Graf von Krockow hat in einem seiner letzten Bücher mit Recht festgehalten, daß gerade die mit der Sozialdemokratie verbundenen Frontsoldaten und Matrosen zu jenem Teil der Mannschaften gehörten, der in das bürgerliche Leben und zur Familie zurückkehren wollte, während sich die entwurzelten Desperados, die es im Zivilleben zu nichts gebracht hatten, mit um so grimmigerer Entschlossenheit bei den Freikorps und ähnlichen Verbänden sammelten. Sie, zu denen ein gewisser Adolf Hitler gehörte, hatten in der „Frontkameradschaft“ als Ergänzung zum blutigen Kriegshandwerk den Halt gefunden, den ihnen eine bürgerliche Gesellschaft oder gar die Arbeiterbewegung nicht geben konnte.⁵⁶ Doch auch wer Sebastian Haffners pointierte These vom „Verrat“ der Revolution durch die Führung der SPD nicht teilt, wird mit Rosenberg festhalten müssen, daß das Bündnis zwischen sozialdemokratischer Regierung und antisozialistischer Militärführung eine Hypothek für die neue Republik darstellte, die sie nie zu tilgen vermochte.⁵⁷

Rosenbergs Grundaussage war eindeutig: Wie das kaiserliche Deutschland sei die Weimarer Republik von Anfang an todkrank und zum Untergang verurteilt gewesen. (S. 75)

53 Peter von Oertzen, Arthur Rosenberg als Propagandist einer revolutionären Realpolitik, in: Rudolf Wolfgang Müller/Gert Schäfer (Hg.), Arthur Rosenberg zwischen Alter Geschichte und Zeitgeschichte, Politik und politischer Bildung, Göttingen/Zürich 1986, S. 108.

54 Ähnlich argumentierte bereits John Wheeler-Bennett, *Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918–1945*, Düsseldorf 1954, S. 48.

55 Vgl. Klaus Kinner (Hg.), *Revolution – Reform – Parlamentarismus*, Leipzig 1999, bes. die Beiträge von Werner Bramke und Wolfgang Ruge. Der Sammelband enthält Texte eines Symposiums, das aus Anlaß des 80. Jahrestages der Novemberrevolution am 14. und 15. November 1998 im Berliner Abgeordnetenhaus stattfand.

56 Vgl. Christian Graf von Krockow, *Hitler und seine Deutschen*, München 2002, S. 44f.

57 Vgl. Sebastian Haffner, *Der Verrat. 1918/1919 – als Deutschland wurde, was es ist*, Berlin 1994 (das Buch erschien zuerst 1968).

„Das Unvermögen des deutschen Sozialismus, mit der Armee fertig zu werden“, hatte er bereits in der Schweiz geschrieben, „wiederholte sich an der Jahreswende von 1918 und 1919 auf den Gebieten der Polizei und Verwaltung, der Justiz, der Kirche und Schule und nicht am wenigsten der Außenpolitik.“ Die unzulängliche politische Schulung der Sozialdemokratie, die in einer Protestpolitik verharrte und nie die Möglichkeit einer Übernahme der Staatsmacht ernsthaft diskutierte, habe sich nun gerächt und mit den Januarkämpfen 1919 zur „Marneschlacht“ des deutschen Proletariats geführt. Seitdem seien die Kräfte des Sozialismus und der Demokratie hoffnungslos in der Defensive gewesen.⁵⁸

Die SPD sei außerdem nicht imstande gewesen, „die Führung der in Deutschland sich neubildenden nationalen Opposition gegen die Entente an sich zu reißen.“ (S. 92) Eine von nationalen Interessen bestimmte Außenpolitik der Weimarer Koalitionsparteien hätte verhindert, daß die Massen so zahlreich den Rechtskräften nachgelaufen wären: „Die unendliche und berechtigte Friedenssehnsucht, die im November 1918 das deutsche Volk erfüllte, konnte doch auf die Dauer die Erinnerung an die Taten der deutschen Truppen im Krieg nicht auslöschen. Als nun die Kriegsteilnehmer anfangen, ihre Tradition als Soldaten wieder zu pflegen, fanden die republikanischen Parteien dazu keine klare Parole. Die Republikaner hätten, da sie selbst Millionen von Kriegsteilnehmern in ihren Reihen zählten, die Erhaltung der wertvollen und ehrenhaften militärischen Traditionen durchaus zu ihrer Aufgabe machen können. Indessen überließ man, auch auf diesem stimmungsmäßig so wichtigen Gebiet, die Führung den Rechtsparteien.“ (S. 94)

Mit all diesen Urteilen befand sich Rosenberg einmal mehr zwischen den Lagern der Arbeiterbewegung. Die KPD hatte 1929 in ihrer parteiamtlichen *Illustrierten Geschichte der deutschen Revolution* festgestellt: „Alle Voraussetzungen für den Sieg der proletarischen Revolution waren im November 1918 gegeben, bis auf eine – bis auf die in den Massen verwurzelte revolutionäre Partei und die eigene revolutionäre Erfahrung der Massen.“ Die Arbeiterräte seien zumeist „nach den Absichten der reformistischen Führer zusammengeflückt“ worden. Anfänglich politische Machtorgane der Revolution, hätten sie sich unter dem Einfluß der Reformisten zu bloß formellen Kontrollorganen der noch nicht zerstörten alten Staatsmacht degradieren lassen.⁵⁹ Daß Rosenberg der Revolution einen „nur“ bürgerlichen Charakter zubilligte und die Räte als Instrumente der Demokratisierung, aber nicht der sozialistischen Umgestaltung sah, zeigt einmal mehr den Abstand zur KPD.

Doch auch von der repräsentativen Auffassung der SPD unterschied sich Rosenberg mit seiner Forderung zur Nationalisierung der Schlüsselindustrien. Der damalige Reichskanzler Hermann Müller hatte 1929 in seinem Buch zur Novemberrevolution alle Überlegungen zur Nationalisierung als, in der Tendenz, „Experimente nach russischem Muster“ be- und ver-

58 Rosenberg, Zum 9. November, S. 212f. Peter von Oertzen und Gert Schäfer (in: Müller/Schäfer, Arthur Rosenberg, S. 29, 114) verwiesen auf ähnlich kritische Urteile über die SPD durch Max Weber. So hatte dieser über die Sozialdemokraten bereits 1895 gesagt, „es lebt in ihnen kein Hauch jener katilinarischen Energie der *Tat*, aber freilich auch kein Hauch der gewaltigen *nationalen* Leidenschaft, die in den Räumen des Konvents weht.“ Hingegen sehne sich „ein Teil des Großbürgertums nach dem Erscheinen eines neuen Cäsar, der sie schirme; nach unten gegen die aufsteigenden Volksmassen, nach oben gegen sozialpolitische Anwendungen.“ Max Weber, *Gesammelte Politische Schriften*, 2. Aufl., Tübingen 1958, S. 21f.

59 *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1929, S. 512f.

urteilt.⁶⁰ Bereits 1921 hatte Eduard Bernstein „jedes unüberlegte Eingreifen in die Grundlagen der volkswirtschaftlichen Unternehmungs- und Verkehrsverhältnisse“ entschieden zurückgewiesen.⁶¹

Rosenberg lehnte die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften nicht rundweg ab. Er verwies jedoch auf die bei Kooperationen unterschiedlichen Klasseninteressen, die selbst die gemäßigten Kräfte in der SPD immer noch vom deutschen Bürgertum trennte, dem es grundsätzlich um eine Revision der Ergebnisse des Weltkrieges und um den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus und Militarismus ging. „Die deutschen Unternehmer waren geneigt, sich des Instruments der demokratischen Republik zu bedienen, solange sie daraus Nutzen ziehen konnten, ebenso schnell konnten sie aber auch die demokratische Verfassung wieder preisgeben, wenn sie ihnen hinderlich schien.“ (S. 170) Rosenberg sah in einer von den Arbeiterparteien gemeinsam geführten Politik, die den Einfluß der Rechtskräfte zurückdrängen würde, eine bessere Garantie für den Bestand der Demokratie als in der Zusammenarbeit der SPD mit den bürgerlichen Parteien. Nur unter dem Schock der Novemberrevolution waren Teile des deutschen Bürgertums überhaupt bereit, einer liberalen Partei wie der DDP zu folgen. Doch schon 1920 marschierte die Mehrheit des Bürgertums nach rechts und bekämpfte Parlamentarismus, Sozialdemokratie und vor allem die Kommunisten, deren physische Existenzberechtigung zunehmend in Frage gestellt wurde. Daran ließ der vom Großbürgertum und den Junkern unterstützte Terror der Freikorps keinen Zweifel. Deren politischer Arm, die völkischen Geheimverbände, „waren die schlimmsten Feinde der deutschen Republik.“ (S. 114) Im Unterschied zu sozialdemokratischen Geschichtswerken der Bundesrepublik beurteilen britische und nordamerikanische Historiker den Anpassungskurs der SPD-Spitze an die nur demokratisch maskierten Führungen der Bourgeoisie kritischer.⁶²

Nicht nur die SPD, sondern alle drei Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung hätten in der revolutionären Nachkriegskrise versagt, denn jede von ihnen habe einmal die Führung der Linken innegehabt: die SPD in der Revolution, die USPD im Kapp-Putsch 1920 und die KPD 1923. Im März 1920 wäre eine Arbeiterregierung möglich gewesen. Sie hätte „die rückläufige Entwicklung der Revolution aufhalten können.“ Da jedoch der linke Flügel der USPD nicht bereit war, mit der SPD eine solche Regierung zu bilden, mußte diese wiederum eine „Koalitionsregierung alten Stils“ mit den bürgerlichen Parteien bilden. Die Arbeiter zeigten zwar, daß sie einheitlich streiken und die Waffen führen konnten. „Aber Deutschland politisch neu aufzubauen, dazu war das sozialistische Proletariat nicht fähig, und so endete der Kapp-Putsch in Wirklichkeit nicht mit einer Niederlage des Militärs, sondern der Arbeiterschaft.“ (S. 98)

1923 habe die KPD alle Fehler der Sozialdemokratie von 1918 wiederholt. Sie habe, wie damals die SPD, die Mehrheit der Arbeiter hinter sich gehabt, sei indes auf die Machtüber-

60 Hermann Müller, *Die Novemberrevolution. Erinnerungen*, Berlin 1929, S. 281 und *passim*.

61 Hier zitiert nach der Neuausgabe: Eduard Bernstein, *Die deutsche Revolution. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik*, hg. von Heinrich August Winkler, Berlin 1998, S. 242.

62 Vgl. Susanne Miller, *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920*, Düsseldorf 1979; Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, 2. Aufl., Berlin/Bonn 1988; vgl. hingegen Francis L. Carsten, *Revolution in Mitteleuropa 1918–1919*, Köln 1973 (englisch 1972), und vor allem William A. Pelz, *The Spartakusbund and the German Working Class Movement, 1914–1919*, Lewiston, NY 1988.

nahme überhaupt nicht vorbereitet gewesen. „Den Kreis um Brandler“, die damalige KPD-Führung, „trennte von der SPD nur die Vergangenheit, aber nicht die Gegenwart.“ (S. 137) Die SPD glaubte ihrerseits „an keine wirklichen revolutionären Möglichkeiten und wollte nichts tun, was die vorhandene Verwirrung noch weiter steigern konnte.“ (S. 135) So blieb am Ende des Jahres 1923 „das deutsche Großkapital, zusammen mit den Reichswehrgenerälen, der unbestrittene Sieger.“ (S. 154) Die Regierung Cuno konnte „eine wirklich nationale Politik im Bunde mit der engherzigen und egoistischen deutschen Kapitalistenklasse gar nicht durchführen“, schrieb Rosenberg und korrigierte damit sein Fehltrilbeil aus der Faschismus-Broschüre. (S. 125) Dies habe erst Stresemann verstanden, der sich die Unterstützung besonders des amerikanischen Kapitals sicherte. Die Demokratie konnte jedoch nur oberflächlich stabilisiert werden, da die Frage der Reparationen, Gebietsabtretungen und überhaupt des Friedensschlusses nicht befriedigend gelöst wurde. Die SPD habe auch die nationalen Emotionen völlig unterschätzt, die sich mit der Frage der Flaggenfarben verbanden. „Wenn man die rote Fahne des Sozialismus nicht zur Reichsfahne erheben wollte, dann bestand kein Hindernis, bei den alten Farben Schwarz-weiß-rot zu bleiben. Sie waren das Symbol der von Bismarck geschaffenen deutschen Einheit, die ja auch die Republik erhalten wollte.“⁶³ Das Reichsbanner, das Rosenberg nun positiv bewertete, sei zu spät gegründet worden. Es habe jedoch „durch seine Versammlungen und Umzüge und durch geschickte Symbolik mit Fahnen, Musik und Märschen das Selbstbewußtsein der sozialistischen Arbeiterschaft gehoben.“⁶⁴ Unterdessen habe die Gegenrevolution sich jedoch längst in Armee und Justiz feste Bollwerke geschaffen. (S. 179) Seit 1923 und besonders seit der Regierungsübernahme 1928 wurde die SPD „immer neuen Demütigungen unterworfen“, da die „deutschen Großkapitalisten zusammen mit den Generälen“ am Plan „einer starken rein bürgerlichen Diktaturregierung“ festhielten. (S. 196f.)

Adelheid von Saldern hat mit Recht angemerkt, daß Rosenberg einerseits „die Gegenstrategien der alten politischen Eliten“ unterschätzt, andererseits wohl die Sympathien der Mittelschichten für die Ziele der Arbeiterbewegung überschätzt habe.⁶⁵ Rosenbergs Hoffnung, daß eine geeinte Arbeiterbewegung 1918 die Mittelschichten in Richtung einer Revolution mit sich fortgerissen hätte, blieb insgesamt unerfüllt. Nur ein Teil der Angestellten und geringere Teile vor allem der bayerischen Bauernschaft machten mit.⁶⁶ Dies gilt noch

63 Arthur Rosenberg, *Geschichte der deutschen Republik*, Karlsbad 1935, S. 110. „Es ist bezeichnend für das verklemmte Verhältnis der liberalen, demokratischen und sozialistischen Linken in Deutschland zum Problem der Nation, daß bei der ersten Neuausgabe der Rosenbergschen Geschichte im Jahre 1955 dieser Absatz getilgt war“, schrieb Peter von Oertzen, in: Müller/Schäfer, *Arthur Rosenberg*, S. 109. Auch in allen späteren deutschen Ausgaben fehlt diese Passage.

64 Erich Matthias schrieb 1952, Rosenberg habe zu Recht den „Einfluß von Imponderabilien auf die politische Bewußtseinsbildung“ erkannt. *Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration*, Stuttgart 1952, S. 71. Erst in jüngerer Zeit wird die Bedeutung der politischen Symbolik als Teil der gesellschaftlichen Konflikte in der Weimarer Republik intensiv erforscht.

65 Adelheid von Saldern, *Arthur Rosenbergs „Geschichte der Weimarer Republik“ – noch immer aktuell?*, in: Müller/Schäfer, *Arthur Rosenberg*, S. 145f.

66 Vgl. hierzu die Diskussion neuerer Forschungsergebnisse bei Kolb, *Weimarer Republik*, bes. S. 166ff., und Heinrich August Winkler (Hg.), *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland*, München 2002, bes. die Beiträge von Klaus Schönhoven, S. 13ff., sowie des Herausgebers, S. 33ff.

mehr für 1923: Schon der Zeitgenosse Borkenau und später Ossip Flechtheim wie Werner Angress haben Rosenberg erwidert, die zeitweilige Sympathie von Teilen der Mittelschichten für die KPD habe nicht bedeutet, daß sie zu kämpfen bereit waren. Die Arbeiterparteien, auch die radikale Linke, habe in den Jahren zuvor so schwere Niederlagen erlitten, daß die Mittelklasse nicht auf sie setzen wollte.⁶⁷ Während ein Teil der Arbeiter sich im Sommer 1923 politisch radikalisierte, zog sich ein anderer Teil, wie Borkenau schrieb, ganz vom politischen Leben zurück.⁶⁸

„In den Jahren 1924 bis 1928 haben die deutschen Mittelklassen, ebenso die Angestellten und Beamten, die den bürgerlichen Parteien angehörten, sich im allgemeinen die Republik gefallen lassen. Sie hatten nichts gegen die Weimarer Republik, solange in Deutschland unter dieser Staatsform Ruhe und Frieden herrschten und man einigermaßen den Lebensunterhalt verdienen konnte.“ Doch waren damit die „Mittelschichten ebensowenig wie die Kapitalisten zu überzeugten Anhängern der Demokratie geworden. Bei jeder ernsten Krise waren sie bereit, der demokratischen Republik den Rücken zu kehren. Die deutschen Akademiker waren in ihrer großen Mehrheit nicht einmal zu dem Scheinfrieden mit der Republik geneigt, den zwischen 1924 und 1928 die Kapitalisten, Agrarier und Mittelständler geschlossen hatten. Der typische Akademiker blieb völkisch und antisemitisch, ein Feind der Republik, der Beteiligung an einer demokratischen Regierung und jeder Erfüllungs- und Kompromißpolitik nach außen. Die Offiziersverbände hielten ebenso an den alten Traditionen fest. Die Freikorpsleute hatten“, wie Rosenberg schrieb, jedoch „jetzt schlechte Zeiten“; sie blieben allerdings eine Reserve der nur zeitweilig zurückgedrängten Reaktion. (S. 171)

Die Weltwirtschaftskrise nahm 1929 den Volksmassen alle Hoffnungen einer gesicherten Existenz. Die dramatische Verschlechterung der Lebenslage erzeugte einen revolutionären Haß „gegen den Staat, gegen seine Beamten und das korrupte Schiebertum“, der nicht auf Arbeiter, Bauern und Kleinbürger beschränkt blieb. „Ebenso dachten Tausende von verarmten Werkstudenten, die nicht mehr hoffen konnten, irgendeinen Beruf zu finden, solange dieses System bestand. Der Geist des Aufruhrs drang auch in die Reichswehr.“ Wie 1923 waren, so Rosenberg, „alle Elemente einer großen Volksrevolution gegen das herrschende System vorhanden. Wiederum haben die SPD und die KPD gleichmäßig eine große historische Stunde nicht nutzen können.“ Hätte die KPD, statt mit scheinradikalen Parolen die Sozialdemokratie zu bekämpfen, „eine wirklich revolutionäre Politik getrieben, zur Sammlung der Massen auf breiter Grundlage, um dann zum Sturm vorzugehen, dann hätte die Partei in Deutschland Großes erreichen können.“ Die Abhängigkeit von Moskau hinderte sie an einer selbständigen Politik. Zwar gewann sie mit wachsender Arbeitslosigkeit „einen gewissen Anhang unter solchen Arbeitslosen, die vor allem wünschen, daß ihr Elend laut in die Welt hinausgeschrien wurde. Aber das ist keine Grundlage, auf der eine Revolution durchgekämpft und ein sozialistisches Gemeinwesen errichtet werden kann.“ Doch tat die SPD das Ihrige, um die Spaltung der Arbeiterbewegung zu vertiefen, als die Berliner Polizei am 1. Mai 1929 auf unbewaffnete Demonstranten schoß. „Die politische Verantwortung für das schreckliche Blutvergießen fiel auf die Sozialdemokratie“, schrieb Rosenberg. Der

67 Vgl. Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt 1975 (zuerst 1948), S. 188ff.; Werner T. Angress, *Die Kampfzeit der KPD 1921–1923*, Düsseldorf 1973, S. 394f. und *passim*.

68 Vgl. Franz Borkenau, *World Communism. A History of the Communist International*, Ann Arbor 1962, S. 247. Das Buch erschien zuerst 1938.

1. Mai 1929 zeigte jedoch auch, daß die preußische Schutzpolizei, trotz aller vorheriger Bemühungen der Regierung, „kein zuverlässiges Instrument einer demokratischen Politik geworden war.“ (S. 199f.)

Rosenberg schrieb sein Buch mit der Erfahrung, daß eine parlamentarische Demokratie ohne genügende soziale Fundierung nicht imstande ist, große gesellschaftliche Krisen zu überstehen. „Nur wenn der Rhythmus des parlamentarischen Lebens mit dem der übrigen gesellschaftlichen Kräfte übereinstimmt, kann eine Demokratie wirklich funktionieren“, hob er zu Beginn der Darstellung hervor. (S. 13) Die Weltwirtschaftskrise brachte alle Bereiche des Lebens aus dem Rhythmus. Wie 1918 war die Regierung außerstande, eine Sozialpolitik, die diesen Namen verdiente, aufrechtzuerhalten. Doch auch die Unternehmer seien nun zu arm gewesen, um die Kosten der Sozialpolitik zu tragen, schrieb Rosenberg. (S. 29f.) Hinzugefügt sei, daß sie und die Regierung Brüning durch sogenannte Sparprogramme die Folgen der Krise auf die Lohnabhängigen abwälzten. Auch die SPD geriet „in eine gefährliche Sackgasse“, da sie genötigt worden war, „die Verantwortung für die kapitalistische Gesellschaftsordnung in krisenhaften Zeiten mit zu übernehmen.“ Dies war besonders im SPD-regierten Preußen der Fall. „Gerade die Macht der SPD über die preußische Verwaltung und Polizei konnte auf die Psychologie der Massen sehr ungünstig wirken.“ (S. 177)

Ein schwerer Korruptionsvorwurf, der sogenannte Sklarek-Skandal, goß noch 1929 Wasser auf die Mühlen der republikfeindlichen Kräfte. Zwei der drei – zu Recht – der Korruption innerhalb der Berliner Stadtverwaltung bezichtigten Brüder Sklarek waren SPD-Mitglieder. Als eingewanderte jüdische Textilkauflleute in Berlin zu Wohlstand gekommen, warfen sie durch ihr Geschäftsgebaren ein Schlaglicht auf den Moralkodex mancher Kapitalisten, jüdischer wie nichtjüdischer.⁶⁹ Doch wurde, was als reine Wirtschaftskriminalität zu richten war, von der völkischen Rechten als Zeichen jüdischer Korruption angeprangert, während die KPD darin den Grad moralischer Verkommenheit der Sozialdemokratie sah. In jedem Fall, so Rosenberg, „schien der Beweis erbracht, daß die Massen darben mußten, weil die regierenden städtischen Herren mit dem kapitalistischen Schiebertum unter einer Decke steckten. Weil aber die SPD als die eigentliche Partei des ‚Systems‘ galt, sahen die Massen gar nicht so sehr die Schuldigen aus den Reihen der Demokraten, Deutschnationalen und Kommunisten (die von den Bestechungsgeldern wußten; M.K.), sondern alle Blicke richteten sich auf die Sozialdemokraten. Der ‚Sklarek‘-Pelz, den die Frau Oberbürgermeister trug, hatte fast dieselbe Bedeutung für den Zusammenbruch der deutschen Republik wie das Halsband der Königin Marie Antoinette für den Untergang Ludwigs XVI.“ (S. 201)

Somit nutzten andere das Versagen der Linksparteien: „Die radikalisierten Volksmassen, die weder von der KPD noch von der SPD erfaßt werden konnten, strömten seit 1929 den Nationalsozialisten zu.“ Sie waren die einzige unverbrauchte Kraft im völkischen und gegenrevolutionären Lager und auch die einzige völkische Organisation, der die Massen eine antikapitalistische Orientierung glaubten. (S. 203)

Angesichts der Wirtschaftskrise setzte die politische Rechte auf eine „extrem kapitalistische Gesetzgebung“, mußte aber dabei nicht nur den Widerstand von KPD und SPD, sondern auch den der von Rosenberg so bezeichneten „linken Nationalsozialisten“ um die Brü-

69 Vgl. Stefan Malinowski, Politische Skandale als Zerrspiegel der Demokratie. Die Fälle Barmat und Sklarek im Kalkül der Weimarer Rechten, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 5 (1996), S. 46–65.

der Strasser sowie des Arbeiterflügels der Zentrumsparterie in Rechnung stellen. Bis 1931 suchte nur ein kleinerer Teil der Großkapitalisten den Weg zu Hitler und Hugenberg, der andere, zunächst noch größere Teil zog die volkshaltende Bewegung um Treviranus vor, die Brüning's Suche nach einem autoritären Weg aus der Krise unterstützte. (S. 205f.) Dies gab Reichskanzler Brüning die notwendige Rückendeckung, um unter Mißbrauch des Artikels 48 der Verfassung, der Notverordnungen im Fall gewaltsamer Konflikte vorsah, eine „Diktatur“ zu errichten; Rosenberg benutzte den Begriff, ohne ihn zu erläutern. Am 18. Oktober 1930 beschloß eine Reichstagsmehrheit unter Einschluß der SPD, die Notverordnungen der Reichsregierung zur Haushaltssicherung nicht im Plenum zu diskutieren, sondern in die Ausschüsse zu überweisen. Mehrere von den Rechtsparteien und der KPD eingebrachte Mißtrauensanträge blieben erfolglos. „Damit stellte die Reichstagsmehrheit den Kampf gegen die verfassungswidrige Diktatur ein“, bilanzierte Rosenberg. „Es war die Todesstunde der Weimarer Republik. Seitdem hat in Deutschland eine Diktaturregierung die andere abgelöst.“ Die bürgerliche Republik sei 1930 zugrunde gegangen, „weil ihr Schicksal den Händen des Bürgertums anvertraut war und weil die Arbeiterschaft nicht mehr stark genug war, um die Republik zu retten.“ Die Arbeiterparteien waren zu geeintem Handeln unfähig, „weil die KPD-Leitung gar nicht die Revolution wollte, sondern nur die bequeme Propaganda gegen die SPD – und weil die rechtssozialistische Führung an den Kräften des Proletariats verzweifelte und wiederum das ‚kleinere Übel‘ suchte. Die linken Sozialisten jedoch waren wie 1923 eingeklemmt zwischen der eigenen Parteimehrheit und der offiziellen KPD und deshalb aktionsunfähig ... Die deutsche Arbeiterschaft umfaßte zwar drei Viertel des Volkes, aber da sie sich weder in ihren politischen Idealen noch in ihren taktischen Methoden einigen konnte und weil sich ihre Riesenkräfte im Kampfe gegeneinander verbrauchten, kam die Gegenrevolution wieder zur Macht.“ (S. 210f.)

Wie bereits erwähnt, beendete Rosenberg das Buch Ende 1934. Fast zwei Jahre nach Errichtung der Nazidiktatur weigerte er sich zu sehen, daß diese „etwas prinzipiell Neues darstellte, daß die halbdiktatorischen Methoden Brüning's ihn weder zu einem Diktator noch zu einem Faschisten machten. In Wahrheit war Deutschland in den Jahren 1930 bis 1932 kein totalitär regiertes Land, sondern erlebte drei (einschließlich der Reichspräsidentenwahl fünf) allgemeine Wahlen mit völlig freier Propaganda aller politischen Parteien, in denen sogar die KPD beachtliche Erfolge erzielen konnte.“⁷⁰ Der Kritik von Francis Carsten ist nichts hinzuzufügen. Doch noch 1936 schrieb Rosenberg in einem Epilog zur englischen Ausgabe des Buches bündig von den „Diktaturen Brüning's, Papens, Schleichers und Hitlers“, ohne den Bruch des 30. Januar 1933 hervorzuheben.⁷¹ „Die geistig-kulturellen Folgen, die der Sieg der Konterrevolution von 1930 nach sich zog, sind in wachsendem Maße seit 1933 sichtbar geworden. Die herrschende Strömung übernahm rücksichtslos das Kommando auf allen Gebieten des geistig-kulturellen Lebens. Literatur, Kunst und Wissenschaft, die Presse und Erziehung – all das wurde gleichgeschaltet und jede abweichende Meinung unterdrückt. Die Juden wurden aus dem öffentlichen Dienst und von jeder Teilnahme am gesellschaftli-

70 Francis L. Carsten, Arthur Rosenberg als Politiker, in: Gerhard Botz u. a. (Hg.), *Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag*, Wien 1974, S. 277.

71 Arthur Rosenberg, *A History of the German Republic*, London 1936, hier zit. nach der Neuauflage New York 1965, S. 308. Eine Übersetzung dieses „Epilogs“ befindet sich als Dokument Nr. 11 im Anhang dieser Arbeit.

chen Leben ausgeschlossen. Ihre wirtschaftliche Lage ist immer schwieriger geworden. Tausende von Juden und anderen Gegnern des herrschenden Systems wurden gezwungen, Deutschland zu verlassen.“⁷²

„Reichskanzler Brüning“, heißt es in der 1934 anonym erschienenen Broschüre *Nazis, Nazism, Nazidom*, „war 1930 der erste in einer Reihe deutscher Diktatoren. Er regierte mit Notverordnungen und zwang den Reichstag, diese ohne jede Veränderung anzunehmen. Der nächste Diktator war 1932 von Papen, der dritte war ebenfalls 1932 General Schleicher und der vierte war im Januar 1933 Hitler.“ Kein anderer als Rosenberg schlug den Bogen von Brüning zu Hitler, ohne den qualitativen Bruch zwischen der Republik und dem Nazistaat zu benennen. Daß in der gleichen Broschüre die Regierung Cuno als „erste Regierung, die offen kapitalistische Interessen ausdrückte“, bezeichnet wurde, spricht ebenso für Rosenbergs Mitautorenschaft.⁷³ Hitlers Staat verkörpere den Triumph des Monopolkapitals, die Freiheit werde „nur durch die Zerstörung des Kapitalismus wiederhergestellt.“⁷⁴ Als Autoren wurden „two Germans, a historian and a lawyer“, angegeben. Daß einer von ihnen Arthur Rosenberg hieß, ist mehr als wahrscheinlich, daß der andere Franz Neumann gewesen sei, ist anzunehmen, wenn auch nicht mit Sicherheit nachweisbar.⁷⁵

Rosenberg nahm an der Politik seines Gastlandes Anteil, wie Berichte in der *Zeitschrift für Sozialismus* belegen.⁷⁶ Doch das Einleben in Liverpool muß ihm schwergefallen sein. Hatte die Familie zunächst außerhalb der Stadt, in Blundellsands, The Garth, East Road, gewohnt, zog sie im Oktober 1934 nach 34 Oxford Drive, Waterloo-Liverpool, um.⁷⁷ Die Universität konnte seinen Vertrag bis zum 31. Juli 1937 verlängern.⁷⁸ Er gab Seminare zur Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung 1848–1918 sowie über die sozialen und ökonomischen Ideen des Aristoteles.⁷⁹ Der Jahresreport der Universität nannte jedoch Rosenbergs Arbeiten nicht, was von der Außenseiter-Stellung zeugt, die Rosenberg im britischen Wissenschaftsbetrieb einnahm.⁸⁰

Es wurde Zeit für ihn, sich nach einem neuen Arbeitsplatz umzusehen. Bertram Benas vom Council for German Jewry erwog im Juli 1937 die Möglichkeit einer Anstellung Ro-

72 Ebenda, S. 320. Die Hitlersche Propaganda übertreffe jedoch „an Stoßkraft und Volkstümlichkeit die alldeutsche Propaganda während des Weltkrieges bei weitem“, schrieb Rosenberg nach dem prodeutschen Referendum im Saargebiet vom 13. Januar 1935. Arthur Rosenberg, Nachlese zur verlorenen Schlacht, in: *Zeitschrift für Sozialismus*, 2 (1935), S. 608.

73 *Nazis, Nazism, Nazidom*. Published by the Labour Party, London 1934, S. 2f.

74 Ebenda, S. 32.

75 Dies vermuten Beate Hagenauer in: Müller/Schäfer, Arthur Rosenberg, S. 156, und Lorenzo Riberi, Arthur Rosenberg. *Democrazia e socialismo tra storia e politica*, Milano 2001, S. 336.

76 Arthur Rosenberg, Ein Aktionsprogramm der englischen Arbeiterpartei, in: *Zeitschrift für Sozialismus*, 2 (1934), S. 332–334; Arthur Rosenberg, Rezension zu: G. D. H. Cole, *What Marx Really Meant*, ebenda, S. 494–496.

77 Bodleian Library, MS.SPSL 541/3: Mitteilung Rosenbergs an den AAC, 3. Oktober 1934.

78 The University of Liverpool, University Archives, Minutes of the Senate, 31. Jan. 1934, Minute 5 (i) (b), 29. Jan. 1936, Minute 8 (ii); Bodleian Library, MS.SPSL 541/3: Schreiben von C. M. Skepper, Assistant Secretary des Central British Fund for German Jewry, an AAC, 29. August 1934.

79 Bodleian Library, MS.SPSL 541/3: Mitteilung des Vizekanzlers der Universität Hetherington an den AAC, 6. Juni 1936 (Datum des Posteingangs).

80 The University of Liverpool, University Archives: Annual Reports of the Council of the University and the Vice-Chancellor, November 1937, S. 45f. Ich bin Mr. Adrian Allan, dem Liverpooler Archivar, für die Übermittlung dieser Materialien sehr zu Dank verpflichtet.

senbergs in Ägypten, doch wurde daraus nichts.⁸¹ In seiner Antwort schrieb Walter Adams, Sekretär der Society for the Protection of Science and Learning, eine finanzielle Unterstützung seitens der amerikanischen Carnegie-Stiftung sei möglich, aber nur, wenn die Universität Liverpool Rosenberg eine Festanstellung biete.⁸² Doch bereits am 8. Juni hatte Adams eine Übersiedlung Rosenbergs in die Vereinigten Staaten ins Gespräch gebracht. „Bis jetzt sind die USA das einzige Land, in dem vertriebene deutsche Historiker eine akademische Anstellung gefunden haben.“⁸³ Auf Anraten von Benas, mit dem er sich in Liverpool angefreundet hatte, wandte sich Rosenberg selbst an Adams. Falls sich in England oder im Britischen Empire keine Möglichkeit einer Anstellung ergebe, sei er durchaus bereit, in die USA zu gehen, schrieb er.⁸⁴ Adams antwortete umgehend. „Um ehrlich zu sein, ich glaube, die Chancen, eine Stellung in diesem Land zu finden, sind äußerst gering. Ich habe schon an Herrn Benas geschrieben, daß es das Beste für Sie ist, all Ihre Anstrengungen auf die Vereinigten Staaten zu richten.“ Darüber wolle er, Adams, mit ihm reden, wobei auch der Rat von Fritz Demuth von der Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaftler einzuholen sei.⁸⁵

Rosenberg hatte längst Kontakte in die USA aufgenommen. Er hatte das Land erstmals 1935 besucht, als er an der Jahrestagung der *American Historical Association* in Philadelphia teilgenommen hatte. Sein Kollege Hajo Holborn, gleich ihm aus Deutschland geflüchtet und nun an der Universität Yale tätig, hatte ihn mit Jesse Clarkson und Madeleine Robinton bekannt gemacht, die beide am Brooklyn College unterrichteten. Sie hatten Rosenberg dort eine Lehrtätigkeit in Aussicht gestellt.⁸⁶ Seitdem erwog er, seit 1937 betrieb er zielgerichtet seine Übersiedlung nach Amerika.

Im Februar 1937 bekam Rosenberg ein Schreiben der deutschen Botschaft in London zugeleitet. Darin wurde ihm die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft mitgeteilt.

Das Verfahren dazu kann bis auf den 15. November 1935 zurückverfolgt werden. Der für solche Angelegenheiten zuständige stellvertretende Chef der Preußischen Geheimen Staatspolizei beantragte an diesem Tag, Rosenberg die Staatsbürgerschaft gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 abzuerkennen. Als „Begründung“ wurde angegeben, er habe sich „als Verfasser des Buches ‚Geschichte der deutschen Republik‘ und nicht zuletzt als Mitarbeiter des ‚Pariser Tageblattes‘ ... einer schweren Verletzung der ihm gegenüber Reich und Volk obliegenden Treuepflicht schuldig gemacht.“ Das antifaschistische Publikationsorgan hatte einen Ausschnitt aus Rosenbergs Buch abgedruckt.⁸⁷ Das Buch selbst sei in der „berühmtesten“ Verlagsanstalt Graphia in Karlsbad erschienen, „in der fast ausschließlich Bücher und Schriften hetzerischen Inhalts gegen Deutschland veröffentlicht werden.“ Es sei deshalb im Inland verboten.

„Das ‚Werk‘ stellt eine Verherrlichung des Marxismus und des Kommunismus dar“, hieß es weiter. „Von *Marx* und *Engels* spricht R. als den großen Revolutionären der Vergangenheit. Die Tätigkeit und die Ideen einer Frau Rosa *Luxemburg*, die R. als eine geniale Frau

81 Bodleian Library, MS.SPSSL 541/3: Schreiben an die Society for the Protection of Science and Learning, 20. Juli 1937.

82 Ebenda: Schreiben Adams‘ an B. B. Benas, Council for German Jewry, 28. Juli 1937.

83 Ebenda: Schreiben Adams‘ an den Council for German Jewry, 8. Juni 1937.

84 Ebenda: Schreiben Rosenbergs an Adams, 8. August 1937.

85 Ebenda: Schreiben Adams‘ an Rosenberg, 11. August 1937.

86 Telefonische Mitteilung von Prof. Madeleine Robinton an den Verfasser, 22. Juli 2000.

87 Arthur Rosenberg, Die Marneschlacht der deutschen Republik, in: Pariser Tageblatt, 30. April 1935.

und den besten theoretischen Kopf der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet, eines Karl *Liebknicht* und eines *Eisner*, den R. den einzigen schöpferischen Staatsmann seit November 1918 nennt, finden die besondere Anerkennung des Verfassers. Dem Wirken dieser Personen ist ein breiter Raum in der ‚Geschichte der deutschen Republik‘ gewidmet.“ Obwohl Rosenberg am 3. Dezember 1927 der SPD beigetreten sei, wie die Gestapo zu wissen meinte, sei eine Sympathie für den Kommunismus unverkennbar. Er habe auf die Fehler der KPD nur deshalb hingewiesen, um für die Zukunft Mittel und Wege aufzuzeigen, die den kommunistischen Ideen zum Sieg verhelfen würden. Abschließend stellte der Nazibeamte, allerdings entgegen seiner Absicht, Rosenberg ein hohes Lob aus, als er schrieb:

„Wenn auch im ganzen gesehen das Buch des R. sich nicht in offener Form gegen den Nationalsozialismus richtet, so liegt die Gefährlichkeit dieses Buches gerade darin, daß dem Leser unter der Maske einer objektiven Geschichtsbetrachtung marxistische und kommunistische Gedankengänge vermittelt und die Wege aufgezeigt werden, die nach der Ansicht des Verfassers zum Siege dieser Ideen geführt hätten. In der Hand von staatsfeindlichen Personen bedeutet dieses Buch und die darin gegebenen Anregungen ein nicht zu unterschätzendes Kampfmittel gegen die Bewegung und den Staat.“⁸⁸

Das Auswärtige Amt forderte von den Botschaften in Paris und London sowie der Prager Gesandtschaft Informationen über Rosenberg. In einem Bericht aus Prag hieß es, er gehöre „nach seiner politischen Vergangenheit wie nach seiner schriftstellerischen Tätigkeit seit dem Verlassen Deutschlands zu demjenigen Personenkreis, auf dessen Ausbürgerung der § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 ausdrücklich abzielt.“⁸⁹

Die deutsche Botschaft in London hatte die Anfrage aus Berlin an das Konsulat in Liverpool weitergeleitet. Konsul Max Müller hatte Rosenberg wegen dessen Speditionsangelegenheit gesehen und überdies Erkundigungen bei in Liverpool studierenden deutschen Studenten eingezogen. In einem als „Geheim!“ vermerkten Schreiben berichtete er, Rosenberg „scheint hier ein nicht weiter in die Erscheinung tretendes Leben zu führen, und Ungünstiges über sein Auftreten und seine Haltung deutschen Dingen gegenüber ist mir jedenfalls bisher nicht zur Kenntnis gelangt.“ Rosenberg, „der den Typ eines Juden – kontinentalen Juden – darstellt“, könne „recht wohl“ bei dem „Durchschnitts-Engländer das Gefühl eines gewissen inneren Abstandhaltens“ nahelegen. Sollte Rosenberg „Stimmung“ gegen das „heutige Deutschland“ machen, würde er bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit etwaige Vorsicht wohl fallenlassen. Für seinen Status in Liverpool brächte die Aberkennung keine Änderung, im Gegenteil könne er dadurch Begünstigungen von seiten britischer Akademiker erfahren. Er mache übrigens „keinen Hehl daraus, daß er Kommunist ist.“⁹⁰

Nun befaßten sich hochrangige Nazifunktionäre mit dem „Fall“ Rosenberg. Staatssekretär Wilhelm Stuckart, Mitverfasser der „Nürnberger Gesetze“, teilte im Namen des Innenministeriums dem Auswärtigen Amt mit, Rosenberg „ohne Beschlagnahme seines Vermögens“ in die nächste Ausbürgerungsliste aufzunehmen.⁹¹

88 PA, AA, R 6343: Ausbürgerungen, Arthur Rosenberg (Preußische Geheime Staatspolizei, Der stellvertretende Chef und Inspekteur Flesch an den Reichsinnenminister, 15. November 1935).

89 Ebenda: Deutsche Gesandtschaft Prag an das Auswärtige Amt, 7. Januar 1936.

90 Ebenda: Max Müller, Deutsches Konsulat an die Deutsche Gesandtschaft London, 6. Januar 1936.

91 Ebenda: Dr. Stuckart beim Reichsminister des Innern, an das Auswärtige Amt, 7. Oktober 1936.

Die Liste vom 1. Februar 1937 enthielt die Namen von Arthur, Ella, Wolfgang und Liselott Rosenberg; Helene Rosenberg, Arthurs Mutter, war in England verstorben.⁹² Die Liverpooler *Daily Post* berichtete am 15. Februar, daß zu den Deutschen, die ihre Staatsbürgerschaft verloren haben, weil „sie deutsche Interessen schädigen und in einer Weise handeln würden, die ihre Treuepflicht gegenüber Staat und Volk verletzt“, auch Dr. Arthur Rosenberg gehöre.⁹³ Der Entscheid über die Ausbürgerung konnte Rosenberg nicht überraschen. In seinem Antwortbrief an die deutsche Botschaft in London schrieb er:

„Soweit *Sie* imstande sind, mir die deutsche Staatsangehörigkeit abzusprechen, möchte ich Sie bitten, damit dies in meiner Familie einheitlich geschieht, auch meinem jüngsten, in England geborenen Sohn die Staatsangehörigkeit abzusprechen!“⁹⁴

Die Rosenbergs waren am 29. Oktober 1936 zum dritten Mal Eltern geworden. Ende Mai 1937 informierte Werner Best, Chef des Amtes Verwaltung und Recht im Hauptamt Sicherheitspolizei im Reichsinnenministerium, das Auswärtige Amt, daß „Rosenberg mit Schreiben vom 6. März 1937 beantragt (habe), die Aberkennung seiner Reichsangehörigkeit auch auf sein drittes Kind ... zu erstrecken.“ Das Liverpooler Konsulat solle die von Rosenberg mitgeteilten Personalien des Kindes überprüfen.⁹⁵ Dies geschah, und dem 15 Monate alten Peter Michael Rosenberg wurde am 17. Januar 1938 auf einer Liste bislang „übersehener“ Angehöriger bereits Ausgebürgerter die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt. Arthur Rosenbergs Bücher wurden in die erste *Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums* vom 31. Dezember 1938 aufgenommen.⁹⁶

Zu diesem Zeitpunkt lebte die Familie bereits in New York. England hatte ihnen Zuflucht gewährt, aber keine dauerhafte Bleibe bieten können. Doch bewahrte Rosenberg der Universität Liverpool eine dankbare Erinnerung. Sie habe, „ebenso wie die anderen britischen Hochschulen, in dieser verwirrten Zeit bewiesen, daß sie weiter den Grundsatz der sachlichen Wissenschaft, ohne Rücksicht auf ‚Rasse‘ und politische Meinung, aufrecht erhält“, schrieb er im Vorwort seiner *Geschichte der deutschen Republik*.⁹⁷

4. Der Weg an das Brooklyn College

Am 26. Oktober 1937 trafen die Rosenbergs in New York ein. Arthur Rosenbergs künftige Lehrtätigkeit am Brooklyn College war zwar schlecht bezahlt, doch erhielt er finanzielle Unterstützung sowohl vom *Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars* als auch von der *Carl Schurz Foundation* des *Oberlander Trust*, zwei Hilfsorganisationen,

92 Vgl. Michael Hepp (Hg.), *Die Ausbürgerungen deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen*, Bd. 1, München etc. 1985, S. 11.

93 The University of Liverpool, University Archives: Newspaper cutting, *Daily Post*, 15 February 1937.

94 Brief Jenny Rosenbergs an Hermann Weber, 17. März 1961.

95 PA, AA, R 6343: Ausbürgerungen, Arthur Rosenberg (Dr. Best an das Auswärtige Amt, 26. Mai 1937).

96 Vgl. Walther, *Von Meinecke zu Beard?*, S. 312. Walther berichtete erstmals über den Ausbürgerungsvorgang Rosenbergs (sowie einer Reihe anderer Historiker). Eine „Liste der deutschfeindlich tätigen Journalisten und Schriftsteller“ vom 5. September 1936 nennt Rosenberg in prominenter Gesellschaft von Heinrich und Thomas Mann, Lion Feuchtwanger und Anna Seghers, in: BArch, ZC 13937 A33.

97 Rosenberg, *Geschichte der deutschen Republik*, S. 6.

ähnlich dem britischen Academic Assistance Council.⁹⁸ Die Familie mietete ihre erste New Yorker Wohnung in Manhattan, Capitol Hall, 166 West 87th Street. Im Oktober 1938 zog sie innerhalb Manhattans um. Die neue Adresse lautete 603 West 140th Street. Ein knappes Jahr später bezogen die Rosenbergs ein kleines Haus in Brooklyn, 1316 East 26th Street.

Das Brooklyn College war erst 1930 entstanden. Seine Gründung geht auf eine Lehranstalt zurück, die 1910 als Außenstelle des City College of New York gebildet worden war. Sie bot Studiengänge für künftige Lehrer an, die nach einem zweijährigen Grundstudium ihre Ausbildung am City College oder am Hunter College (einem Frauencollege) abschließen sollten. Im April 1930 erhielt die Ausbildungsstätte einen eigenständigen Status. Im Unterschied zu anderen Hochschulen war das Studium kostenlos und bot somit vor allem Studenten aus ärmeren Schichten die Möglichkeit, einen Hochschulabschluß, nun nicht mehr nur als Lehrer, zu erwerben. Studenten irischer, italienischer und osteuropäisch-jüdischer Herkunft stellten einen Großteil der Hörschaft.

Der Unterricht begann am 18. September 1930 mit 2 676 Vollstudenten und 2 583 Hörern der Abendkurse. Die Klassen waren nach Geschlechtern getrennt, allerdings änderte sich dies noch in den dreißiger Jahren.⁹⁹

Das *History Department* hatte in Jesse D. Clarkson einen energischen Leiter mit hoher Autorität. Als Spezialist für russische Geschichte kannte er Rosenbergs *History of Bolshevism*. Clarkson wurde zu einem Förderer Rosenbergs, und dieser widmete ihm dankbar die englische Ausgabe seines Buches *Demokratie und Sozialismus*.¹⁰⁰ Clarkson war Antikommunist, tolerierte jedoch Historiker, die sich mit Fragen des marxistischen Sozialismus befaßten. So unterrichtete Solomon F. Bloom, der damals an einem Werk über Karl Marx und die nationale Frage arbeitete, am Brooklyn College.¹⁰¹

Unter der Präsidentschaft von William A. Boylan und seinem Nachfolger Harry D. Gideonse (der die Hochschule von 1939 bis 1966 leiten sollte) wurde das Brooklyn College zum Rettungshafen für eine Reihe aus Deutschland und Mitteleuropa vertriebener Wissenschaftler, von denen einige später international berühmt wurden. Hierzu gehören der aus Coburg stammende Politikwissenschaftler Hans Morgenthau und der aus Kraków gekommene Soziologe Feliks Gross. Morgenthau, der in Frankfurt und München Philosophie und Geschichte studiert hatte, war mit seiner Hinwendung von einer eher ästhetisch bestimmten Auffassung von Wissenschaft zur empirisch fundierten *Political Science* recht typisch für den kulturellen Wandlungsprozeß deutscher Akademiker in der Neuen Welt.¹⁰² Die aus

98 Die Unterlagen des Emergency Committee befinden sich in der New York Public Library, Manuscript and Archives Division (Box No. 30: Arthur Rosenberg), und werden als NYPL, MAD, Emergency Committee zitiert. Die Papiere der Carl Schurz Foundation sind im YIVO Institute for Jewish Research, New York, deponiert und werden fortan als YIVO Institute, Oberlander Trust abgekürzt.

99 Vgl. Murray M. Horowitz, Brooklyn College. The First Half-Century, New York 1981, S. 8f.

100 Arthur Rosenberg, Democracy and Socialism. A Contribution to the Political History of the Past 150 Years, New York/London 1939.

101 Solomon F. Bloom, The World of Nations. A Study in the National Implications in the Work of Karl Marx, New York 1941.

102 Vgl. Hans J. Morgenthau, Fragment of an Intellectual Autobiography: 1904–1932, in: Kenneth Thompson/Robert J. Myers (Hg.), A Tribute to Hans Morgenthau, Washington 1977, S. 1–17. Zum Anteil deutschsprachiger Exilanten an der Entwicklung der Politischen Wissenschaft in den USA vgl. Alfons Söllner, Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration. Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte, Opladen 1996.

Deutschland vertriebenen Historiker Felix Gilbert und Wolfgang (George W. F.) Hallgarten unterrichteten kurzzeitig am Brooklyn College.¹⁰³ Für Hans Rosenberg sollte die Hochschule zwei Jahrzehnte lang zur wissenschaftlichen Heimstätte werden. Der ursprünglich mehr ideengeschichtlich ausgerichtete Hans Rosenberg wurde zu einem Wegbereiter der modernen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Er, der nicht mit Arthur Rosenberg verwandt war, kam 1938 ans Brooklyn College, nachdem er eine Zeitlang in England gelebt und zwei Jahre in Jacksonville, Illinois unterrichtet hatte. Beide Rosenbergs hatten nicht nur den gleichen Namen, sondern entdeckten eine Reihe intellektueller Gemeinsamkeiten, obgleich Hans Rosenberg kein Marxist war. Die beiden Männer freundeten sich an.¹⁰⁴ Arthur Rosenbergs Eindrücke vom Leben auf dem College-Campus dürften nicht sehr verschieden von denen seines fünfzehn Jahre jüngeren Namensvetters gewesen sein:

„Das erste Jahrzehnt jenseits des Atlantik war eine Zeit der Umorientierung und inneren Sammlung“, schrieb Hans Rosenberg 1978 über diese Periode seines Lebens. „Sie umschloß einen Erlebnis- und Lernprozeß, der, reich an Erfahrungen, widerspruchsvollen Eindrücken und ungleichartigen Impulsen, zunächst einmal einigermaßen verarbeitet werden mußte. Die Umstellung auf eine mir noch wenig vertraute Sprache, eine sehr komplexe politische Kultur, eine vielfach andersartige gesellschaftliche Wertwelt und zwanglosere Lebensart als die gewohnte; die Einordnung in wesensverschiedene, für mich völlig fremdartige Lebensverhältnisse; der Aufbau einer neuen Existenz unter schwierigen äußeren Bedingungen sowie ein ungewöhnlich hohes Maß von weitgespannten Lehrverpflichtungen und akademischer Verwaltungsarbeit – all das und noch vieles andere, zu vergleichendem Denken Anregende nahmen meine ganze Kraft in Anspruch. 23 Jahre lang betrug meine durchschnittliche Lehrbelastung mit Vorlesungen und Seminaren 15 Stunden pro Woche. Es gab weder sogenannte akademische Assistenten und Hilfskräfte noch Sekretärinnen, auf die ein Teil der Verpflichtungen abgewälzt werden konnte.“ Dabei war am Brooklyn College, fuhr Hans Rosenberg fort, „der Geist des Studium Generale noch lebendig ... Eine intellektuell sehr bewegliche, anspruchsvolle und individuelle Betreuung erwartende Studentenschaft sorgte dafür, daß ein Dozent, der nicht in der Routine und in bloß schulmäßiger Wissensvermittlung versacken wollte, ständig auf dem Quivive sein und darauf gefaßt sein mußte, von Stunde zu Stunde sich immer wieder erneuten Bewährungsproben zu unterziehen, wenn er sich den Respekt und das Vertrauen seiner Studenten bewahren wollte.“ In diesen „wirtschaftlichen Notjahren“ bezeichneten sich manche Studenten „noch mit Stolz als Marxisten oder Leninisten, Stalinisten, Trotzisten oder Sozialisten verschiedenster Schattierungen“, erinnerte sich Hans Rosenberg.¹⁰⁵

103 In Gilberts Memoiren findet sich kein Hinweis auf diese Tätigkeit, die durch die Vorlesungsverzeichnisse erschlossen werden konnte. Hallgarten ging auf die ihn (nur teilweise befriedigende) Zeit kurz in seinen Lebenserinnerungen ein, erwähnte jedoch Arthur Rosenberg nicht. Vgl. Felix Gilbert, *A European Past. Memoirs 1905–1945*, New York/London 1982; George W. F. Hallgarten, *Als die Schatten fielen. Erinnerungen vom Jahrhundertbeginn zur Jahrtausendwende*, Frankfurt etc. 1969.

104 Dies berichtete Hans Rosenberg auch Hans-Ulrich Wehler; vgl. dessen Vorwort in: Arthur Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf*, S. 6f.

105 Hans Rosenberg, *Rückblick auf ein Historikerleben zwischen zwei Kulturen*, in: Ders., *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen. Studien zur neueren deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Göttingen 1978, S. 16f. Vgl. hierzu auch Hans-Ulrich Wehlers Porträt von Hans Rosenberg in: *Historische Sozi-*

Ausdruck der linken Orientierung vieler Studenten war 1935 die Bildung der *American Student Union* (ASU). Sie ging aus der Vereinigung zweier marxistischer Studentenorganisationen hervor und hatte am Brooklyn College eine breite Anhängerschaft.

Im Sommer 1938 berichtete ein Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongresses, das von Senator Martin Dies geführte *House Un-American Activities Committee*, über „subversive Aktivitäten“ am Brooklyn College.¹⁰⁶ Das Komitee bezeichnete es als einen „Skandal“, daß der KP-Vorsitzende Earl Browder während eines Studentenstreiks auf dem Campus gesprochen hatte. Solche Streiks fanden jedes Jahr statt und wollten auch auf allgemeine Probleme der Politik aufmerksam machen: So stand der spanische Bürgerkrieg in diesen Jahren im Blickpunkt des Interesses. Die Studenten forderten eine Unterstützung des republikanischen Spaniens durch die US-Regierung. Das Dies-Komitee brandmarkte ein solches Engagement als Versuch, „die westliche christliche Zivilisation zu zerstören.“¹⁰⁷ Von der Zerstörung der Zivilisation durch spanische, deutsche und italienische Faschisten war keine Rede.

Drei Professoren, der Biologe Earl Martin, der Chemiker Martin Meyer (beide waren Leiter des jeweiligen Departments) und der Philosoph Edward Fenlon ließen sich dazu herab, die Kampagne des Dies-Komitees zu unterstützen. Meyer betonte, die kommunistischen Aktivitäten hätten im College „großen Schaden“ angerichtet und „ein Gefühl des Mißtrauens der Kollegen untereinander hervorgerufen.“ Fenlon behauptete, an der Hochschule wären bis zu eintausend Kommunisten oder Sympathisanten des Kommunismus tätig, und zwar sowohl unter den Studenten wie im Lehrkörper.¹⁰⁸ Zwischen 1935 und 1939 erschien der *Brooklyn College Staff*, ein Blatt der an der Hochschule tätigen Kommunisten.

Bei den Historikern wurde 1937 ein Exempel statuiert: Der Vertrag des jungen, marxistisch orientierten Instructors Henry Klein wurde trotz des Protestes der *Association of Instructors, Tutors and Fellows* nicht verlängert. Nicht wenige an der Hochschule sahen darin ein Zurückweichen vor dem antikommunistischen Druck eines Dies und seines Komitees.¹⁰⁹ Am Brooklyn College wie allgemein unter den New Yorker Intellektuellen bestimmte in den dreißiger Jahren die Haltung zur Sowjetunion, zum Leninismus und zur Komintern das politische Klima wie nie zuvor (und nie seitdem).¹¹⁰

alwissenshaft und Geschichtsschreibung. Studien zu Aufgaben und Traditionen deutscher Geschichtswissenschaft, Göttingen 1980, S. 267–276.

106 Zu den Aktivitäten des Dies-Komitees an amerikanischen Hochschulen vgl. Ellen W. Schrecker, *No Ivory Tower. McCarthyism and the Universities*, New York/Oxford 1986, S. 70ff.; allgemein auch Michael J. Heale, *American Anti-Communism. Combating the Enemy Within*, Baltimore/London 1990, S. 119ff., und Joel Koval, *Red Hunting in the Promised Land. Anticommunism and the Making of America*, London/Washington 1997, S. 121ff. und *passim*.

107 Horowitz, *Brooklyn College*, S. 33.

108 Ebenda, S. 34.

109 Vgl. zu dieser Angelegenheit die unveröffentlichte Studie von Marvin E. Gettleman, *Communists in Higher Education. C.C.N.Y. and Brooklyn College on the Eve of the Rapp-Coudert Investigation, 1935–1939*, S. 7f.

110 Vgl. zum Kontext Alan M. Wald, *The New York Intellectuals. The Rise and Decline of the Anti-Stalinist Left From the 1930s to the 1960s*, Chapel Hill 1987; Paul Buhle, *Marxism in the USA. From 1870 to the Present Day*, London 1987, S. 155ff.; kritisch: John Patrick Diggins, *The Rise and Fall of the American Left*, New York/London 1992.

Als Arthur Rosenberg Anfang 1938 seine Tätigkeit am Brooklyn College aufnahm, war ihm wohl bewußt, daß er als europäischer Marxist von Freund wie Gegner scharf beobachtet wurde. Im Unterricht enthielt er sich politischer Stellungnahmen. Seine Fakultätskollegen wußten natürlich, wer er war und welche politische Haltung er einnahm. Er verschwieg es auch nicht, wenngleich er die politische Kontroverse nicht um jeden Preis suchte.¹¹¹ Rosenbergs politische Haltung blieb ohnehin kein Geheimnis, denn in seinem Reisegepäck befand sich das Manuskript eines neuen Buches, das er in Liverpool geschrieben hatte: *Demokratie und Sozialismus*. Das Buch erschien auf Deutsch 1938 bei Allert de Lange in Amsterdam, eine englische Ausgabe kam ein Jahr später heraus.

5. „Demokratie und Sozialismus“

In England hatte Arthur Rosenberg bei der Literaturbeschaffung für dieses Buch die Hilfe eines jungen aus Deutschland vertriebenen Juristen in Anspruch genommen, mit dem er freundschaftlich verbunden blieb.¹¹² Franz Neumann, der künftige Autor des *Behemoth*, jener brillanten Strukturanalyse des Nationalsozialismus, hatte 1935 in der Verlagsanstalt Graphia in Karlsbad eine Broschüre über *Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur* publiziert, die eine intellektuelle Nähe zu Rosenbergs Arbeiten aufwies.¹¹³

„Obwohl gerade der gegenwärtige Augenblick so trostlos erscheint, dürfen doch die deutschen Demokraten und Sozialisten nicht einen Augenblick in ihrer Energie erlahmen“, schrieb Rosenberg im Herbst 1938 dem aus der Tschechoslowakei nach Paris geflüchteten Friedrich Stampfer. „Auf weite Sicht werden alle Daladiers und Chamberlains doch den Zusammenbruch des Faschismus nicht verhindern können.“¹¹⁴ Dieser Gedanke durchzog auch *Demokratie und Sozialismus*.¹¹⁵

Das Buch wollte „das Verhältnis der Demokratie zum Marxismus aufklären.“ Rosenberg legte seiner Untersuchung „die einfachste und unanfechtbare Definition des Marxismus zugrunde“. Dies war für ihn „die politische Theorie und Praxis von Marx und Engels selbst.“ (S. 13f.)

Wie in seinen früheren Büchern hob er die Bedeutung der sozialen Konflikte und Klassenkämpfe für die antike und moderne Geschichte hervor. Die europäische Demokratie habe eine zweieinhalb Jahrtausende zählende Tradition. „In den Republiken des alten Griechen-

111 Dies berichteten dem Verfasser Rosenbergs frühere Kollegin Madeleine Robinton sowie Professor Abraham Eisenstadt, 1941 Rosenbergs Student und später Hochschullehrer am Brooklyn College. Beide teilten dies auch Professor Wilhelm Bleek (Bochum) mit, der nach diesen Gesprächen Notizen anfertigte, die er mir freundlicherweise in Kopie überließ.

112 Vgl. das Vorwort zu Arthur Rosenberg, *Demokratie und Sozialismus*, Neuausgabe, Frankfurt 1988, S. 6. Die folgenden Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf diese Ausgabe.

113 Leopold Franz (d. i. Franz L. Neumann), *Die Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur*, Karlsbad 1935 (Probleme des Sozialismus. Sozialdemokratische Schriftenreihe Nr. 13).

114 Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn-Bad Godesberg, NL Friedrich Stampfer, I, 12: Brief Rosenbergs an Stampfer, 13. Oktober 1938.

115 Das Buch propagiere „auf der Basis der Ideen von Marx und Engels“ den „Widerstandsgedanken gegen Faschismus und Imperialismus“ hieß es zutreffend in einem Bericht an das Reichssicherheitshauptamt vom 10. März 1939, in: BArch, R/58 6543, Bl. 56.

land war die Staatsform der Demokratie der Gegensatz zur Aristokratie oder Oligarchie, zu der Herrschaft der ‚Besten‘, oder der ‚Minderheit‘ der Reichen oder Edlen. Die Demokratie war im Gegensatz dazu die Herrschaft der Mehrheit, der Masse schlichtweg, wobei die Träger von Besitz oder Adel keine Privilegien zu beanspruchen hatten. Die griechische Staatswissenschaft beschäftigte sich auch schon mit der Frage, ob jeder Staat eine Demokratie sei, in dem der Wille der Mehrheit der Bürger entscheidet; ganz gleich, wie diese Mehrheit sich zusammensetzt, und wie sie zustande kommt oder ob ein bestimmter Klassencharakter zur Demokratie gehört. Aristoteles, der größte Staatsdenker des Altertums, beantwortete die Frage so, daß die Demokratie weiter nichts sei als die Herrschaft der Armen im Staat, ebenso wie die Oligarchie die Herrschaft der Reichen!“ (S. 15) In der Krise einer „freiheitlichen Verfassung“ könne sich jedoch leicht die Diktatur eines „großen oder als ‚groß‘ geltenden Mannes“ durchsetzen, wie schon Aristoteles und Plato in ihren Betrachtungen über den Tyrannen nachgewiesen hatten. (S. 293f.)¹¹⁶ Doch habe die geschichtliche Entwicklung immer neue Formen der Demokratie hervorgerufen. So zeigten sich im Mittelalter demokratische Formen in den städtischen Kommunen. „Im Übergang zur Neuzeit wurden die radikalen religiösen Sekten die Träger demokratischer Gedanken.“ Die moderne bürgerliche Gesellschaft sei durch den Dualismus des Machtstrebens der Bourgeoisie und radikal-demokratischer Volksbewegungen gekennzeichnet. Die Interessen der Bauern und armen Städter seien mit denen des Bürgertums nicht identisch gewesen. Der soziale Gegensatz führe deshalb zur Instabilität der bürgerlichen Demokratie. (S. 15f.)

Rosenberg ging den Gründen für den Zusammenbruch der liberalen Demokratie in vielen Ländern seit 1914 nach und bot seinen Leserinnen und Lesern eine Typologie der modernen Demokratie. Er unterschied zwischen „sozialistischer“ und „bürgerlicher Demokratie“. Während die erstgenannte bislang nur programmatisch existiere, habe die letztere verschiedene Entwicklungsstufen durchlaufen. Frankreich unter Robespierre und die USA unter Jefferson existierten als „soziale Demokratien“, die sich als Alternative zur feudalen und zur kapitalistischen Oligarchie konstituierten. „So feierte mit Recht der antike Name der Demokratie in beiden Ländern seine Auferstehung.“ Robespierre wie Jefferson wollten das allgemeine Stimmrecht, wenn auch nicht mit allen Konsequenzen. Wichtig war ihnen nur die Mitwirkung des „zuverlässigen und aufgeklärten Teils der Volksmasse“, doch mißtraute Jefferson dem städtischen Proletariat, Robespierre den Agrariern. (S. 16f.) Die durch die Entwicklung der Produktivkräfte geförderte Demokratie konnte sich somit wegen der „kleinbürgerlichen Beschränktheit“ der Führer nicht lange halten. Sie besaßen zwar den Enthusiasmus für eine bessere Weltordnung, „ohne den nichts Großes auf Erden geändert werden kann“, aber kein Verständnis für die Erfordernisse der industriellen Produktion. Jefferson glaubte, den Kapitalismus von Amerika fernhalten zu können, und Robespierres Ideale kreisten um den „rechtschaffenen und zufriedenen kleinen Landmann.“ Beide protestierten gegen den vorrückenden Kapitalismus und schwammen damit gegen den gesell-

116 Rosenberg hob hervor, daß Aristoteles in der *Nikomachischen Ethik* zwischen der angeborenen Klugheit und der praktischen Genialität, „wie sie sich in der Politik und im Gelderwerb zeigt“, unterschieden habe. Ebenso habe Aristoteles zwischen der angeborenen Ehrenhaftigkeit „des Gentleman“ und dem vollendeten großen Charakter unterschieden, zu dem die „praktische Genialität“ in der Politik gehöre. Praktische Politik erwachse (wie bei Perikles) nicht aus moralischen Erwägungen, sondern aus dem Sinn für historische Notwendigkeiten. Arthur Rosenberg, Aristoteles über Diktatur und Demokratie, in: Ders., *Demokratie und Klassenkampf*, S. 111.

schaftlichen Strom. Deshalb mußten sie unterliegen. Zwar gab es in den USA, anders als in Frankreich, keinen 9. Thermidor, und noch 1815 siegten Jeffersons Republikaner bei den Wahlen. Aber die Partei war längst vom „bürgerlich-republikanischen Zeitgeist erbarungslos ausgehöhlt“. Jefferson konnte sich zuletzt „nur mühsam über das Scheitern seines Werkes täuschen“. Das kapitalistische Bürgertum trug zuletzt überall den Sieg davon und errichtete die bürgerliche Demokratie. Die Leidtragenden dieser Entwicklung waren die in kolonialer und halbkolonialer Abhängigkeit gehaltenen Völker. (S. 23)

Die anderen drei Formen bürgerlicher Demokratie hätten aus dem Scheitern Robespierres und Jeffersons gelernt. Sie suchten den Klassenkampf zugunsten eines sozialen Kompromisses zwischen der Oberklasse und dem Volk zu überwinden – entweder in Form einer imperialistischen oder einer liberalen Demokratie. England unter Disraeli habe die imperialistische, die skandinavischen Staaten und die Schweiz hätten die liberale Variante verkörpert. Rosenberg sah die Vereinigten Staaten bis 1890 und die britischen Dominions als Beispiele einer dritten Form, der kolonialen Demokratie, an. Vor allem die liberale Demokratie würde die Klassenkonflikte zugunsten einer Politik des sozialen Ausgleiches erfolgreich entschärfen.¹¹⁷

Rosenberg betonte, daß in Frankreich „die direkte revolutionäre Tradition nur von 1789 bis 1871 ging. Der Untergang der Kommune war zugleich das Ende der revolutionären Demokratie. Sobald diese politische Richtung im realen Leben nicht mehr existierte, fiel es auch den politischen und historischen Schriftstellern schwer, sie zu begreifen. Für die Politiker des französischen Bürgertums war die Kommune ein Greuel. Die Arbeiter ehrten zwar die Erinnerung an die Kommunekämpfer als ihre Klassengenossen. Aber als die französische Arbeiterbewegung sich ungefähr seit 1880 wieder aufrichtete, hatte sie nicht mehr die Voraussetzungen der Vergangenheit ...

In der gleichen Periode war in England die chartistische Tradition völlig vergessen. Ebenso erschien den Einwohnern des deutschen Kaiserreiches nach 1871 die Überlieferung der Revolution von 1848 wie die Kunde aus einer fremden Welt. Das deutsche Bürgertum, die Akademiker und der Mittelstand hatten sich alle revolutionären Stimmungen längst abgewöhnt. Höchstens die nationale Seite der Bewegung von 1848 wurde noch anerkannt: Die Männer von 1848 hätten mit unzulänglichen Mitteln und ohne Erfolg dasselbe Ziel angestrebt, das dann Bismarck so ruhmvoll erreichte ... In Italien und in Ungarn war zwar auch nach 1871 die Tradition von 1848 lebendig. Aber es war nur die nationale Seite der Revolution, die in dem Kultus eines Garibaldi oder Kossuth weiterlebte, und nicht die demokratische.“ (S. 185)

Rosenberg bemerkte, daß vor allem in Frankreich die radikal gesinnten Arbeiter nicht vergessen konnten, daß sowohl die Junischlacht von 1848 als auch die Niederwerfung der Kommune von 1871 mit Billigung einer Versammlung des allgemeinen Stimmrechts erfolgt war. „Napoleon III. hatte sich des allgemeinen Stimmrechts bedient, um seinem abenteuerlichen Kaisertum immer wieder den Schein der populären Zustimmung zu geben ... Den Monarchien und der besitzenden Oberschicht erschien jetzt das allgemeine Stimmrecht gar

117 An anderer Stelle, in einem Diskussionsbeitrag zum Thema „Kann die Demokratie überleben?“, unterschied Rosenberg kurz zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie und betonte, „daß eine Demokratie zum Untergang verurteilt ist, wenn sie nicht zu kämpfen versteht.“ Arthur Rosenberg, *Can Democracy Survive?*, in: *The Modern Quarterly*, 3 (1939), S. 77.

nicht mehr als eine so große Gefahr. Auf der andern Seite zweifelten gerade radikale Arbeiterschichten daran, daß es jemals möglich sein würde, mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die wahren Interessen des werktätigen Volkes zu vertreten. Soweit die Demokratie und das allgemeine Stimmrecht als notwendig zusammengehörende Faktoren galten, begann in dieser Periode die Verflachung und Entwertung des Begriffs der Demokratie, die bis zur Gegenwart anhält. Man begann unter der Demokratie nicht mehr die aktive Selbstregierung der werktätigen Massen als Mittel zu ihrer politischen und sozialen Befreiung zu sehen, sondern nur noch eine kapitalistische Staatsform, die sich durch ein Parlament des allgemeinen Stimmrechts auszeichnet, aber sonst den Massen positiv nichts nützt.“ (S. 186) Als Konsequenz dieser Entwicklung verlor die Demokratie ihre Verankerung in den Massen, auf denen jedoch ihre Existenz basierte. Der wachsende Antagonismus zwischen Sozialismus und Demokratie führte zu einer Isolierung der Arbeiter von den Bauern und der Mittelklasse, was ein Grund für die politische Unbeweglichkeit der deutschen Sozialdemokratie im August 1914 war.“ An anderer Stelle schrieb Rosenberg: „Der Widerspruch zwischen der praktischen Tätigkeit der sozialistischen Parteien und dem höchsten marxistischen Ziel ist die grundlegende Erklärung für alle Schwankungen, Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten in der Geschichte der Parteien bis 1914.“¹¹⁸

Marx und Engels waren sich der wachsenden Kluft zwischen Sozialismus und Demokratie bewußt. „Marx hatte von der Arbeiterbewegung in Deutschland ein klares Bekenntnis zur Republik verlangt, um damit die revolutionäre Gegnerschaft zum herrschenden System der Hohenzollern auszudrücken. In der Zeit der II. Internationale löste sich jedoch dieses ernsthafte Problem in kleinliche Taktfragen auf: ob es für einen Sozialdemokraten erlaubt sei, mit einem Großherzog zu sprechen, sich von ihm einladen zu lassen oder gar zu seiner Beredigung zu gehen.“ Marx und Engels betrieben eine „revolutionäre Realpolitik ... Der Radikalismus der II. Internationale jedoch verzichtete auf eine volkstümliche Revolutionspolitik und ersetzte sie durch eine Berufs- und Protestpolitik der Industriearbeiter.“ (S. 249f.)

Rosenberg unterstrich: „Marx und Engels haben stets den Krieg als ein Mittel der Politik angesehen, das genauso in den Dienst der revolutionären Sache zu stellen ist wie jedes andere. Die II. Internationale dagegen bekannte sich unbedingt und unter allen Umständen zum Frieden. Marx und Engels haben das nationale Selbstbestimmungsrecht der großen (!, M.K.) Völker jederzeit bejaht. Die Radikalen der II. Internationale dagegen erzeugten durch ihre Politik gegen die nationale Politik der eigenen Regierung und durch ihr Bekenntnis zu einer allgemeinen Völkerverbrüderung zumindest die schwersten Mißverständnisse bei Freund und Feind.“ (S. 250) Doch sogar Marx und Engels erkannten nicht, „daß es sich ... bei den sozialistischen Parteien nicht um einzelne Fehler, sondern um einen neuen Typus handelte und daß die normale Berufspartei der europäischen Arbeiter von dem revolutionären Marxismus in ihrem Wesen verschieden war.“ (S. 251) Dies hing auch mit dem politischen Konstituierungsprozeß des Proletariats zur Klasse „für sich“ zusammen: „Je mehr gerade die Vorhut des Proletariats sich über ihre eigene Stellung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft klar wurde, um so mehr isolierte sie sich, um so mehr arbeitete sie das spezifisch Proletarische im Gegensatz zu allen Ständen und Tendenzen der besitzenden Klasse heraus.“

118 Arthur Rosenberg, *Socialist Parties*, in: *ESS*, XIV; S. 215. Deutsch in: *Ders., Demokratie und Klassenkampf*, S. 144.

In diesem Stadium neigt gerade eine radikale proletarische Bewegung dazu, in Adligen und Bauern, Fabrikanten und Akademikern gleichmäßig die ‚eine einheitlich reaktionäre Masse‘ zu erblicken. Damit isolierte sich jedoch die Arbeiterschaft und machte sich selbst eine revolutionäre Politik unmöglich.“ (S. 137)

Rosenberg wiederholte diesen Gedanken: „Die sogenannten Marxisten waren eine Berufspartei der Industriearbeiter geworden und ihrerseits seit dem Weltkrieg gespalten. Gegenüber all den zersplitterten Gruppen und Grüppchen des modernen politischen Lebens vertraten die Imperialisten und Nationalisten die eine machtvolle und bezaubernde Zusammenfassung, nämlich die Einheit und die Größe des Volkes.“ Nach 1918 hatte schließlich der Faschismus „vor seinen Gegnern den außerordentlichen Vorsprung, daß er als einzige politische Kraft wirklich im Namen der ganzen Nation zu sprechen schien.“ (S. 294) Dieser gegenrevolutionären Offensive zu begegnen, reichte die Kraft der gespaltenen Arbeiterbewegung allein nicht aus. Die Einheit der Arbeiterparteien auf sozialistischer Grundlage sei die Voraussetzung für „ein Klassenbündnis im Stil der sozialen Demokratie“, die auch die Bauern, die Mittelklasse und die Intelligenz auf die Seite der Arbeiterbewegung bringen könne. (S. 295)

Eine sozialistische Demokratie habe es bisher nirgendwo gegeben. Sie sei keine „formale Abstraktion“ über den Klassen, sondern „erstrebt die Selbstregierung der Massen, wobei die gesellschaftlich wichtigen Produktionsmittel in der Hand der Allgemeinheit sein sollen.“ (S. 302) Die sozialistische Stadtverwaltung in Wien könne man als „eine Insel sozialer Demokratie in Mitteleuropa“ bezeichnen. Zwar sei sie 1934 der faschistischen und kapitalistischen Übermacht erlegen. „Die hervorragenden Werke der sozialistischen Gemeinde Wiens auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge, der kulturellen Förderung der Massen und der kommunalen Planwirtschaft zeigten jedoch, was eine von den Volksmassen getragene Demokratie – selbst eingeengt in die Schranken eines antidemokratischen Kleinstaats – zu leisten vermochte.“ (S. 295f.) „Der Kampf der österreichischen Arbeiter hat gezeigt“, so Rosenberg in anderem Zusammenhang, „welche Energien trotz allem im sozialistischen Proletariat vorhanden sind.“ Das sozialistische Experiment in Wien lasse ahnen, was eine „sozialistische Planwirtschaft auf demokratischer Grundlage“ leisten könne.¹¹⁹

Die „Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“, die auch Rosenbergs Berliner Kollege Gustav Mayer gründlich untersucht hatte, war das große Thema von *Demokratie und Sozialismus*.¹²⁰ Um ihre eigenen Interessen vertreten zu können, mußte sich die sozialistische Bewegung nach 1848 vom bürgerlichen Liberalismus trennen. Dies erkannt und vollzogen zu haben, war das historische Verdienst von Ferdinand Lassalle,¹²¹ „bei

119 Arthur Rosenberg, 1848–1934, in: Zeitschrift für Sozialismus, 1 (1934), S. 211, hier zit. in Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf*, S. 220.

120 Vgl. Gustav Mayer, *Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863–1870*, in: Ders., *Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie*, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt 1969, S. 108–178. Mayers Text erschien zuerst 1912 im „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“.

121 An anderer Stelle hob Rosenberg hervor, es sei nicht das geringste Verdienst Franz Mehrings gewesen, das Ansehen von Lassalle und Bakunin wiederhergestellt zu haben, „die unter den Händen parteilicher Marxisten viel auszustehen hatten.“ Arthur Rosenberg, *Mehring, Franz*, in: ESS, X, S. 301. Ähnlich auch Arthur Rosenberg, *Ferdinand Lassalle und unsere Zeit*, in: *Der sozialistische Kampf*, 2 (1939), S. 387–389.

weitem der bedeutendste Kopf unter den jüngeren Politikern und Sozialforschern in Deutschland, die sich die Lehren von Marx zu eigen gemacht hatten.“ (S. 133) Da die Arbeiterklasse jedoch allein nicht die Herrschaft des Großkapitals und der mit ihm verbündeten Klassen beseitigen kann, sei sie auf ein Bündnis mit nichtproletarischen Kräften wie dem liberalen Mittelstand und der Bauernschaft angewiesen. Die Hoffnungen der Sozialdemokratie, mit dem allgemeinen Wahlrecht und dem Stimmzettel gewissermaßen „naturnotwendig“ zum Sozialismus voranzuschreiten, hätten sich 1914 als falsch erwiesen. Die soziale Notlage der Arbeiter und Bauern habe Teile von ihnen zu außerparlamentarischen Methoden gedrängt, die die offizielle Sozialdemokratie nicht billigte. Dadurch seien diese verzweifelten Schichten in die Arme der antikapitalistischen Rechten getrieben worden, wie sich besonders deutlich in Italien gezeigt habe.

Doch die kommunistische Bewegung habe die Fehler der Sozialdemokratie, vor allem ihre „ohnmächtige“ Protestpolitik wiederholt und sich damit in einen fruchtlosen Radikalismus verrannt. Schließlich sei sie zum Anhängsel Moskauer Politik erstarrt. Rosenberg sah zwei Auswege aus diesem Dilemma: Zum einen setzte er große Hoffnungen in Roosevelts *New Deal*. Dieser habe „in den Vereinigten Staaten die Wiedererweckung einer lebensfähigen sozialen Demokratie in dem wirtschaftlich wichtigsten Lande der Welt“ bewirkt. (S. 290) Zum anderen habe die Verteidigung der spanischen Republik ein Zusammengehen von Kommunisten, Sozialdemokraten und unabhängigen Linken gezeigt, das an die besten Traditionen von 1848 erinnere. (S. 298)

Rosenbergs Erwartungen in den *New Deal* sind mit Recht als unrealistisch bezeichnet worden. Er habe die kapitalistische Sanierungspolitik als demokratische und sogar potentiell sozialistische Volksbewegung mißdeutet, so der Grundtenor vor allem italienischer Kritiker.¹²² Als er Ende 1937 sein Buch zum Druck brachte, konnte er auch noch nicht wissen, daß die Zusammenarbeit der Linken in Spanien durch den Terror der Stalinschen Geheimpolizei hinter den Frontlinien blutig beendet wurde.

Überdies hegte Rosenberg keine Illusionen über den Klassencharakter der Vereinigten Staaten. „Wenn die Parteimaschinen im Bund, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden die Wahlen machten, und wenn diese selben politischen Maschinen vom Großkapital kommandiert wurden, dann war die sogenannte Demokratie tatsächlich nur die Hülle für die Diktatur des imperialistischen Kapitals.“ (S. 323) Über lange Jahre hinweg konnten in amerikanischen Städten „korrupte Geschäftspolitiker nur dadurch zur Macht gelangen, daß die Masse der Einwohner den öffentlichen Vorgängen gleichgültig gegenüberstand. Sobald jedoch die Korruption und die Mißwirtschaft zu arg wurden, raffte sich jedesmal die Mehrheit der Arbeiter, der Geschäftsleute usw. auf. Es entstand eine Reformbewegung: Bei der nächsten Wahl wurden die korrupten Politiker weggefegt, und nun begann eine Periode des ‚eisernen Besens‘ zum Auskehren der Korruption in der Stadt oder im Staat.“ (S. 305) Zwar könne ein solches politisches Erwachen der Bevölkerung nicht lange andauern. Doch habe Roosevelts „umfassende staatliche Planwirtschaft“ die Unterstützung einer breiten Bewegung der Arbeiter und Farmer, in deren Ergebnis auch neue Parteien entstünden wie die

122 Vgl. Gian Enrico Rusconis Einleitung zu: Arthur Rosenberg, *Democrazia e socialismo. Storia degli ultimi anni (1789–1937)*, Bari 1971, S. VIII; Luciano Canfora, *Politische Philologie. Altertumswissenschaften und moderne Staatsideologien*, Stuttgart 1995, S. 193f.

Arbeiterpartei, deren Unterstützung der reformfreudige New Yorker Bürgermeister La Guardia wesentlich seinen Wahlsieg verdanke. (S. 299)¹²³

Rosenberg stellte sich die Frage, ob nicht eine kraftvolle soziale Demokratie in Ländern errichtet werden könnte, „denen eine maßgebende sozialistische und marxistische Tradition aus der Zeit der II. Internationale fehlt“; er dachte vor allem an die angelsächsische Welt. (S. 301) Die britische Labour Party verfolge „eine zeitgemäße realistische Politik“, hingegen verdiene die Volksfront in Frankreich nur wenig Lob: „Die Volksfrontregierung führte sehr achtbare soziale und wirtschaftspolitische Reformen durch. Aber sie war nicht in der Lage, an den grundlegenden Verfassungsfragen (Senat), an der Armee und Verwaltung etwas zu ändern, und die Außenpolitik der Volksfront blieb, trotz des Bekenntnisses zum Völkerbund, formal pazifistisch. So verlor die Regierung Blum schnell ihre Autorität nach außen und innen, und sie scheiterte am ersten ernstesten Konflikt mit dem Senat. Nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten Blum folgte die übliche französische Übergangsregierung.“ (S. 298)

So erinnerte Rosenberg wiederum an Lenin und beschwor dessen revolutionären Geist der Zeit vor 1914.¹²⁴ „Zum ersten Male seit dem Tod von Marx und Engels trat ein Mann auf, der durch das Studium der Schriften der Meister und zugleich durch kritische Beobachtung der Verhältnisse in seinem eigenen Land die revolutionäre Demokratie im Geist von 1848 erneuerte. Lenin war der erste Sozialdemokrat, der die berufsmäßige Selbstisolierung der Arbeiterbewegung durchschaute und als das Haupthindernis für die Revolution bekämpfte. Wenn Lenin es aussprach, daß das Vorbild für den Sozialdemokraten nicht der Gewerkschaftssekretär, sondern der Volkstribun sein müsse, so hat er eigentlich mit einem einzigen Satz den gesamten Unterschied zwischen dem ursprünglichen Marxismus und der Praxis und Theorie der II. Internationale aufgedeckt.“ Lenin verwarf, so Rosenberg, „die scheinradikale berufsmäßige Verkapselung der Arbeiterpartei und überhaupt der proletarischen Organisation, die den Sozialismus unfähig zur Revolution macht.“ Die russische Revolution müsse eine „demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern“ errichten. Indem diese die bürgerliche Revolution vollende, wozu das russische Bürgertum nicht fähig sei, sei „der lebendige Begriff von der sozialen Demokratie“ als „revolutionäre(s) Bündnis aller werktätigen Menschen“ wieder die Grundlage der praktischen Politik. (S. 280f.)

Die Räterepublik werde „den traditionellen Gegensatz überwinden, der bisher in den größeren Staaten des europäischen Festlands das beratende Parlament von dem ausführenden Beamten- und Militärapparat geschieden hatte. Die Revolution zerbricht mit Hilfe der Soldatenräte die zentralisierte Gewalt der Offiziere im Heer. Sie beseitigt zugleich die Macht des Berufsbeamtentums, der Polizei und der Justiz. An jedem Ort ist der Arbeiter- oder Bauernrat der alleinige Träger der Gewalt. Es gibt keine andere bewaffnete Macht als die Miliz der Werktätigen, und die Verwaltungsgeschäfte werden von einfachen Beauftrag-

123 Rosenberg wies auf eine Reihe von amerikanischen Arbeiten über Probleme der Demokratie und der Diktatur hin, von denen er das von Guy Stanton Ford 1935 und 1937 herausgegebene Sammelwerk *Dictatorship in the Modern World* als das wichtigste ansah. Vgl. Arthur Rosenberg, Amerikanische Bücher über Demokratie und Diktatur, in: *Maß und Wert*, 3 (1940), S. 274–277.

124 Vermerkt sei auch, daß Rosenberg (*Demokratie und Sozialismus*, S. 82) Auguste Blanqui als „bedeutendste(n) Kopf der französischen Demokratie aller Richtungen“ würdigte, während neuere Forschungen gerade Blanquis Antiparlamentarismus als letztlich der sozialistischen Politik abträglich beurteilen. Vgl. Frank Deppe, *Verschörung, Aufstand und Revolution. Blanqui und das Problem der sozialen Revolution*, Frankfurt 1970, bes. S. 197ff.

ten des Sowjets besorgt, die der ständigen Kontrolle durch die werktätige Masse unterworfen sind.“ (S. 286) Rosenberg stellte nicht in Rechnung, daß gerade die Teilung der Gewalten eine Anhäufung unkontrollierter Machtbefugnisse, sei es auch „im Namen des werktätigen Volkes“, verhinderte.

Doch räumte er ein, daß Lenin „schon vor 1914 eine gewisse antidemokratische Tendenz in der Frage der Parteiorganisation“ vertrat. Aber Marx und Engels hätten in einer gegebenen Situation kaum anders gehandelt. Sie trieben stets eine „revolutionäre Realpolitik“, die „mit den vorhandenen Tatsachen zu rechnen hatte.“ (S. 250) Dazu gehörte das Bewußtsein, daß innere Streitigkeiten angesichts notwendiger Aktionen eine revolutionäre Partei entwerfen würden. Marx und Engels hatten, schrieb Rosenberg, „in ihrer Partei und in den von ihnen geführten Organisationen stets völlig autokratisch die Linie allein bestimmt und die Abstimmung der Mitglieder niemals respektiert.“¹²⁵ So hat Lenin tatsächlich in Rußland den gesamten ursprünglichen Marxismus auch mit seinen Widersprüchen wiedererweckt. Dieser merkwürdige innere Gegensatz seiner Weltanschauung war es, der es Lenin möglich machte, später zunächst in seinem Rätssystem die radikalste Form einer volkstümlichen demokratischen Selbstregierung zu entwickeln und dann bald darauf durch seine Parteidiktatur seine eigene neue Demokratie wieder zu erschlagen.“ (S. 281f.)

All das klinge, schrieb 1972 der Historiker Helmut Berding, „eher wie Resignation denn wie Hoffnung.“ Rosenberg „stand wie viele kritische Marxisten und oppositionelle Sozialisten, die sich ein unabhängiges Urteil bewahrten, zwischen den großen politischen und ideologischen Fronten, zwischen denen die politische Praxis kaum Spielraum und die politische Theorie nur ein schwaches Echo findet.“¹²⁶ Er suchte einen Ausweg aus dem Dilemma, als er zuversichtlich schrieb, daß die Massen stets neue Formen der Selbstregierung finden würden, wenn die alten versagten. Die soziale Demokratie sei „kein Wunder, das an einem bestimmten Moment ins Leben tritt und dann automatisch weiterwirkt, sondern es ist eine politische Aufgabe, an der ununterbrochen gearbeitet werden muß.“ (S. 108) Noch in Zürich hatte Rosenberg angenommen, eine erneuerte sozialistische Internationale unter englischer oder französischer Führung werde sich „voraussichtlich immer mehr von den stereotypen marxistischen Dogmen abwenden, die in England nie Fuß gefaßt haben und in Frankreich einen sehr geringen Einfluß ausübten.“ Erst damit würden sie einem „wahren Marxismus, der durchaus undogmatisch und realistisch ist“, Rechnung tragen. „Die Zukunft des Sozialismus liegt also bei den demokratischen und geistig unabhängigen Parteien des Westens“, hatte Rosenberg unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der deutschen Arbeiterbewegung festgestellt.¹²⁷ *Demokratie und Sozialismus* suchte diese These zu begründen. Wie jedoch

125 Dies ist auch in der modernen Literatur nicht unumstritten. So schreibt der „bürgerliche“, wenngleich keineswegs antimarxistische Historiker Wolfgang Schieder, daß nach Marx' „frühzeitig feststehender Überzeugung“ die Arbeiterparteien „nur durch die Arbeiter selbst gebildet und geführt werden.“ Wolfgang Schieder, Karl Marx als Politiker, München/Zürich 1991, S. 119. Ähnlich quellengestützt argumentiert Wolfgang Leonhard, Die unbekannteren Klassiker. Marx und Engels in der DDR, in: Deutschland Archiv, 28 (1995), S. 709–720. Leonhard hebt den hohen Stellenwert hervor, den Marx und Engels den Prozessen der Selbstorganisation und der eigenständigen Meinungsbildung innerhalb der Arbeiterbewegung beimaßen.

126 Helmut Berding, Arthur Rosenberg, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Deutsche Historiker, Bd. IV, Göttingen 1972, S. 94.

127 Rosenberg, Sozialistische Parteien, in: Ders., Demokratie und Klassenkampf, S. 155.

die „geistig unabhängigen Parteien des Westens“ die in sich gespaltenen, tief verunsicherten Sozialdemokraten oder gar Kommunisten zusammenführen würden, konnte Rosenberg so wenig wie jeder andere seiner Zeitgenossen sagen.

6. Marxismus und Zionismus, Faschismus und Totalitarismus

Demokratie und Sozialismus sollte Arthur Rosenbergs letztes Buch bleiben. Er äußerte sich weiterhin zu politischen und zeitgeschichtlichen Fragen, doch überraschte er seine Kollegen am Brooklyn College mit der Idee, eine Sozialgeschichte des Nahen Ostens im Altertum zu schreiben. Samuel Hurwitz, der von dieser Absicht wußte, erinnerte sich noch Jahrzehnte später, daß „Rosenberg intensiv babylonische und assyrische Geschichte studierte. Er hatte eine hervorragende Kenntnis von Fremdsprachen und war imstande, Hieroglyphen zu entziffern.“¹²⁸ Man kann nur bedauern, daß Rosenberg das Buch nicht mehr schreiben konnte. Seit 1921 hatte er zwar kaum noch etwas zur Alten Geschichte veröffentlicht, aber in seinen Berliner Lehrveranstaltungen blieb er mit dem Fach eng verbunden. Auch am Brooklyn College verlor er nicht den Kontakt zu diesem Gegenstand, wenngleich er natürlich seinen Unterricht den gegenüber Berlin sehr veränderten Bedingungen anpassen mußte. In einem Kurs über „Große Historiker von der Antike bis zur Gegenwart“ behandelte er unter anderem Thukydides, Polybios und Eusebios und schlug dann den Bogen über Machiavelli, die Klassiker der neuzeitlichen Historiographie bis zu Kautsky und Mathiez. Ein anderer Kurs behandelte „Schulen historischen Denkens“, Geschichtsphilosophen von Plato und Aristoteles bis hin zu Hegel und Marx. Daneben las Rosenberg zur Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung von der industriellen Revolution bis zur Gegenwart.¹²⁹ Man darf vermuten, daß Rosenbergs neues Interesse an der alten Geschichte auch mit dem Fortschritt der damaligen Forschungen zusammenhing. In den dreißiger Jahren waren die wichtigen Untersuchungen von Tenny Frank und Fritz Heichelheim, der gleichfalls Deutschland verlassen hatte, in den USA erschienen. Vor allem aber bestimmten nunmehr Michael Rostovtzeffs große Arbeiten zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der hellenistischen Welt die akademische Diskussion. Rosenberg wußte, welcher Konkurrenz er sich stellte. Da er sich auf das neue Buchprojekt konzentrierte, nahm die Zahl seiner publizistischen Arbeiten ab 1940 deutlich ab.

Doch zunächst reagierte er mit historisch-politischen Veröffentlichungen unmittelbar auf nahezu jedes Ereignis, das die Welt, wie er zu Recht fürchtete, einem großen Krieg immer näher brachte. Der deutsche Revisionismus, der den Faschismus hochzuchtete und diesem schließlich zur Macht verhalf, sei ein Grundzug der Weimarer Republik gewesen. Gustav Stresemann, den Rosenberg als bedeutendsten Politiker des bürgerlichen Nachkriegsdeutschland dem amerikanischen Publikum vorstellte, habe „nationale Bestrebungen“ verfolgt, die „nicht bescheidener waren als jene Hitlers. Auch Stresemann wollte die Rückgabe

128 Samuel J. Hurwitz, Introduction, in: Arthur Rosenberg, *A History of Bolshevism. From Marx to the First Five-Years' Plan*, New York 1965, S. XIV.

129 Diese Angaben finden sich in den fortlaufenden Brooklyn College Bulletins, Bd. VIII (1938) bis XII (1942), die in der Brooklyn College Library, Archives & Special Collections, vorhanden sind.

des Saargebiets, von Danzig, Oberschlesien und des Polnischen Korridors sowie den Anschluß Österreichs. Aber Stresemanns Methoden waren viel zeitgemäßer und überlegter.¹³⁰ Hier liegt eine auffällige Unterschätzung der außenpolitischen Ziele des Nationalsozialismus vor. Die Expansionspolitik Hitlers veranlaßte Rosenberg jedoch, seine Meinung zu ändern.

„Die tschechoslowakische Demokratie, isoliert von all ihren ‚Freunden‘ verlassen, muß nun das Schicksal der Wiener Arbeiter teilen“, schrieb Rosenberg voller Bitterkeit im Vorwort der englischen Ausgabe von *Demokratie und Sozialismus*, die unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch in Prag am 15. März 1939 erschien.¹³¹ Es überrascht kaum, daß er in einer Reihe von Beiträgen, zumeist für die *Nation*, eine New Yorker Zeitschrift, die britische Politik kritisch kommentierte.

Rosenberg sah nach dem Münchener Abkommen vom September 1938 innerhalb der britischen Konservativen zwei einander bekämpfende Fraktionen. Eine, deren wichtigster Repräsentant Winston Churchill war, sei Ausdruck der „Tory-Demokratie“ im Geiste Disraelis. Churchill sah frühzeitig „all die furchtbaren Konsequenzen der Vernichtung eines unabhängigen Österreich und warnte die britische Öffentlichkeit, daß weit schlimmere Konsequenzen folgen würden, wenn die Tschechoslowakei ebenfalls Hitlers Energie und (ihrer) ‚demokratischen‘ Schwäche zum Opfer fiele.“¹³² Unser heutiges Europa sei ein „Markt des Wahnsinns“ mit all „seinen Angeboten an Diktatur, Militarismus und Massenhysterie“, schrieb Rosenberg in einer Besprechung des Buches *Insanity Fair*. Sein Autor Douglas Reed, einst *Times*-Korrespondent in Berlin und Wien und nunmehr Herausgeber des Blattes, kritisiere vom Standpunkt eines kämpferischen und demokratischen Konservatismus die Schwächen und Widersprüche britischer Außenpolitik. Reed scheue sich nicht zu betonen, daß „eine kleine und einflußreiche Gruppe innerhalb der englischen Oberklassen die Militärdiktatoren mag.“ Sie würde ihnen, die doch die Demokratie bedrohten, zurufen: „Kommt mit uns und rettet die Welt vor dem Bolschewismus.“¹³³ Doch gerade eine solch unnachsichtige Kritik der eigenen Politik zeuge von der Stärke der britischen Demokratie.¹³⁴

Der faschismusfreundliche Teil der britischen Bourgeoisie werde indirekt durch die Appeasement-Politik jener anderen Fraktion des Konservatismus unterstützt, die zur Auslieferung der Tschechoslowakei im Münchener Abkommen geführt habe. Die Familie Chamberlain verkörpere beide Linien. Austen Chamberlain war wie sein Vater Joseph „ein unbedingt konsequenter und aufrechter Verfechter der Tory-Demokratie“ und „ein überaus scharfer Gegner aller faschistischen Bestrebungen in England, und er erhob immer wieder seine Stimme, um seine Landsleute vor jeder Nachgiebigkeit gegenüber den Diktaturstaaten zu warnen.“¹³⁵ Neville Chamberlain, der gegenwärtige Premierminister, habe mit Joseph und Austen Chamberlain lediglich den Namen gemeinsam. Er möge, wie eine Rechtfertigungsschrift über ihn zeige, „Kinder und Vögel, er sei ein guter Ehemann und habe ein Herz, das den Krieg hasse.“ Doch dieser „Gewinner des Friedens“ bringe keinen Frieden.

130 Arthur Rosenberg, Stresemann and Weimar, in: *The Nation*, 146 (1938), S. 446.

131 Rosenberg, *Democracy and Socialism*, S. VII.

132 Arthur Rosenberg, Chamberlain, Sleepwalker, in: *The Nation*, 147 (1938), S. 453.

133 Arthur Rosenberg, Britain and Europe, ebenda, 146 (1938), S. 706.

134 Arthur Rosenberg, Englishman in Revolt, ebenda, 148 (1939), S. 40. Hier bezog sich Rosenberg auf Robert Briffaults Buch *The Decline and Fall of the British Empire*.

135 Arthur Rosenberg, Rezension zu: Sir Austen Chamberlain, Politics from Inside, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, VII (1938), S. 264.

„Gewiß haßt Chamberlain den Spanienkrieg nicht, solange Franco gewinnt“; darin bestehe das Wesen seiner Nichteinmischungspolitik.¹³⁶ Daß eine deutsche Ausgabe von Chamberlains Reden angekündigt sei, spreche für oder besser gegen das Buch.¹³⁷ „Die Innen- und die Außenpolitik eines jeden Landes sind eine untrennbare Einheit. Denn beides entspringt gleichmäßig aus den Klassenbedürfnissen der herrschenden Schicht“, hatte Rosenberg 1935 geschrieben.¹³⁸ Dieses auf die sowjetische Politik gemünzte Prinzip lag auch seiner Kritik Neville Chamberlains zugrunde. Der britische Premierminister sei „von einer Bande von Politikern und Börsenwölfen“ umgeben. „Er verachtet die Proteste aller fortschrittlichen und ehrlichen Menschen in England. Er nennt sich selbst den Mann des Friedens und des Rechts, aber er machte einen Diener vor den Despoten des europäischen Kontinents“, schrieb Rosenberg im Zorn.¹³⁹

In den britischen und amerikanischen Bibliotheken konnte Rosenberg die Produkte der nationalsozialistischen Historikerkunft studieren.¹⁴⁰ Er reagierte darauf mit einem programmatischen Aufsatz über *Die Aufgabe des Historikers in der Emigration*. Die akute Krise der deutschen Geschichtswissenschaft habe zwar 1933 mit der Gleichschaltung der gesamten historischen Arbeit und der Vertreibung der politisch und „rassisch“ unerwünschten Wissenschaftler begonnen. Aber die „chronische Krise“ der deutschen Geschichtswissenschaft sei spätestens mit dem Jahre 1871 anzusetzen. Die äußere Blüte des Faches sei im deutschen Kaiserreich mit einem Mangel an kritischem Geist einhergegangen. Ein bloßer Tatsachenfetischismus habe das Feld beherrscht.

„Es ist ein Märchen“, schrieb Rosenberg, „daß der Geschichtsforscher imstande ist, völlig losgelöst von seiner eigenen Person festzustellen, wie es in der Vergangenheit eigentlich gewesen ist. Denn es gibt doch keinen Automaten, der imstande wäre, mechanisch die geschichtlichen Tatsachen aufzusuchen, auszuwählen und zu verarbeiten, sondern der Historiker als lebendiger Mensch muß dies tun und bei der Auffindung, Gruppierung und kritischen Verwertung des Materials muß er nach bestimmten Grundsätzen arbeiten. So ist kein Historiker ohne Prinzip und ohne Weltanschauung möglich.“¹⁴¹

136 Arthur Rosenberg, *The Three Chamberlains*, ebenda, 148 (1939), S. 242.

137 Arthur Rosenberg, *Chamberlain, Peacemaker*, ebenda, 149 (1939), S. 152. Die deutsche Ausgabe von Chamberlains Buch erschien wegen des Krieges nicht mehr.

138 Arthur Rosenberg, *Wandlungen der sowjetischen Außenpolitik*, in: *Zeitschrift für Sozialismus*, 2 (1935), S. 647.

139 Rosenberg, *The Three Chamberlains*, S. 242.

140 Zur Kritik deutscher Emigrationshistoriker am nazistischen Deutschland vgl. Georg G. Iggers, *Die deutschen Historiker in der Emigration*, in: Bernd Faulenbach (Hg.), *Geschichtswissenschaft in Deutschland*, München 1974, S. 97–111; Bernd Faulenbach, *Der „deutsche Weg“ aus der Sicht des Exils. Zum Urteil emigrierter Historiker*, in: *Exilforschung*, 3 (1985), S. 11–30; Heinz Wolf, *Deutsch-jüdische Emigrationshistoriker in den USA und der Nationalsozialismus*, Bern 1988; Peter Thomas Walther, *Gli storici tedeschi durante il Nazismo e nell'emigrazione. Note per un bilancio critico*, in: Lorenzo Riberi (Hg.), *La Germania allo specchio della storia*, Milano 1995, S. 139–150; Gabriela Eakin-Thimme, *Deutsche Nationalgeschichte und Aufbau Europas. Deutschsprachige jüdische Historiker im amerikanischen Exil*, in: *Exilforschung*, 19 (2001), S. 65–79. Zum Kontext vgl. Hartmut Lehmann/James J. Sheehan (Hg.), *An Interrupted Past. German-Speaking Refugee Historians in the United States After 1933*, Cambridge/New York 1991.

141 Arthur Rosenberg, *Die Aufgabe des Historikers in der Emigration*, in: Emil Julius Gumbel (Hg.), *Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration*, Strasbourg 1938, S. 208.

Was dies für ihn bedeutete, präzierte Rosenberg wenig später an anderer Stelle. „Ein Geschichtsforscher, der mehr bieten will als eine bloße Sammlung von Notizen, und der ernsthaft um das Verständnis der Vergangenheit oder seiner eigenen Zeit ringt, kann gar nicht anders, als nach den Hegel-Marx'schen Ideen zu verfahren. Diese Geschichtsmethode ist heute so verbreitet, daß manche erfolgreiche Forscher sie anwenden, ohne überhaupt zu wissen, woher sie ihre Methode entlehnt haben.“¹⁴² Seit Hegel sei „es nicht mehr möglich, zum Beispiel eine abstrakte Geschichte des Rechts oder der Philosophie im luftleeren Raum zu schreiben, ... ohne jede Rücksicht auf ihre gesellschaftlichen Grundlagen ... Die Philosophie und die Religion ihrer Zeit gehören untrennbar mit ihrer Politik und Wirtschaft zusammen.“¹⁴³ Die bedeute nicht, daß die Geschichte nur ökonomischen Zwängen unterworfen sei. Vielmehr stehe der handelnde, von seinen Ideen geleitete Mensch als Subjekt der Geschichte stets im Zentrum der Aufmerksamkeit des Historikers. „Das Handeln einer sozialen Gruppe oder Klasse wird eben nicht allein von ihren direkten wirtschaftlichen Interessen bestimmt, sondern auch von der Ideologie, die sie zur Verteidigung ihrer gesellschaftlichen Stellung nötig hat“, hatte Rosenberg bereits 1930 betont.¹⁴⁴ Der „klassentheoretische Ansatz“ Rosenbergs sei, so Helmut Berding, geeignet, „durch das Dickicht der gesellschaftlichen Verhältnisse eine Schneise zu schlagen.“ Eine sozialgeschichtlich orientierte politische Geschichtsschreibung bedürfe indes „eines schärferen Instruments als der höchst allgemeinen Methode des historischen Materialismus.“¹⁴⁵ Doch hatte Rosenberg in dem Text, auf den sich Berding vorrangig bezieht, gar nicht beansprucht, mehr als nur „in ganz primitiven Umrissen“ eine marxistische Analyse für die materiellen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft zu liefern.¹⁴⁶ Bucharin habe mit seinen Überlegungen zum Verhältnis zwischen Geschichte und Soziologie einen interdisziplinären und methodisch differenzierten Ansatz aufgezeigt, an den eine moderne Historiographie anknüpfen könne: „Da die Soziologie die allgemeinen Gesetze der menschlichen Entwicklung auffindet, so dient sie als Methode für die Geschichte. Wenn z. B. die Soziologie den allgemeinen Satz aufstellt, daß die Staatsformen von den Wirtschaftsformen abhängen, so muß der Historiker in jeder Epoche diesen Zusammenhang aufsuchen, und er hat zu zeigen, wie dieser Zusammenhang konkret seinen Ausdruck findet. Die Geschichte liefert daher das Material für die soziologischen Schlußfolgerungen und Verallgemeinerungen.“¹⁴⁷

Die deutsche Geschichtswissenschaft, so Rosenberg in seinem Aufsatz über *Die Aufgabe des Historikers in der Emigration*, habe im 19. Jahrhundert ihren Stil und Gehalt dem nationalen und freiheitlichen Kampf des deutschen Bürgertums verdankt. Nach dessen Niederlage und der Gründung des Bismarckreiches habe die Historikerkunft ihre Anpassung an den neuen Staat und seine Machteliten mit einer scheinbaren Objektivität bemäntelt. Dahinter habe eine preußisch-monarchische Gesinnung gestanden, die für Außenseiter in der Wissenschaft keinen Platz ließ. Liberale alten Stils wie Theodor Mommsen oder katholische Histo-

142 Arthur Rosenberg, Was bleibt von Karl Marx?, in: Maß und Wert, 3 (1940), hier zit. nach dem Wiederabdruck in: Rosenberg, Demokratie und Klassenkampf, Zitat S. 135.

143 Ebenda, S. 133.

144 Arthur Rosenberg, Treitschke und die Juden, hier zit. ebenda, S. 191.

145 Berding, Arthur Rosenberg, S. 88.

146 Rosenberg, Was bleibt von Karl Marx, S. 132.

147 Rosenberg, Das Geschichtsbild des Bolschewismus, in: Skandia. Tidskrift för Historisk Forskning, 12 (1939), S. 256–283, Wiederabdruck in: Rosenberg, Demokratie und Klassenkampf, Zitat, S. 169.

riker wären nur bedingt, Sozialdemokraten überhaupt nicht toleriert worden. Da die deutsche Revolution 1918 „ein unwillkommenes Geschenk (war), das dem Bürgertum von der Arbeiterschaft aufgedrängt wurde“, klammerte sich auch die Geschichtswissenschaft „an die toten Fleischtöpfe der Vergangenheit an.“ Die Universitätspolitik blieb „in der Hand der bürgerlichen und monarchischen Gegenrevolution.“ Zwar wurden einige wenige Demokraten und Linke auf Lehrstühle berufen, aber in der „allgemeinen ideologischen Schwäche der Arbeiterbewegung“ konnte eine marxistische Geschichtswissenschaft nicht gedeihen.¹⁴⁸

Die politische und wirtschaftliche Krise betraf auch die Lebensbedingungen der Wissenschaftler. Damit griffen eine allgemeine Orientierungslosigkeit, „die ideologische Verwirrung und Verfinsterung um sich.“ Viele jüngere Forscher verfielen „der Sucht nach allen möglichen abergläubischen Spekulationen und Formeln.“ So brach sich der Rassismus schon vor 1933 auch in der Wissenschaft seine Bahn. „Seit 1933 herrscht offiziell in der Geschichtswissenschaft des deutschen Reiches die Rassentheorie.“ Eine Kritik daran sei in Deutschland nicht mehr möglich. „Wo jedoch eine offizielle Staatslehre mit dogmatischer Einseitigkeit jede Konkurrenz tötet, da muß die Wissenschaft sterben. Denn die Forschung lebt nur durch freie Kritik ... Eine spätere Zeit wird feststellen müssen, daß seit 1933 eine lebendige und kritische Geschichtsforschung im deutschen Reich überhaupt nicht mehr existierte und gar nicht existieren konnte, und daß daher die kritische deutsche Geschichtswissenschaft seit 1933 nur noch in der Emigration weiterlebte.“¹⁴⁹ Zwar wurde natürlich im „Dritten Reich“ eine Reihe von inhaltlich wie methodisch seriösen Arbeiten vorgelegt. Aber eine *kritische* Geschichtswissenschaft konnte unter der Diktatur des Naziregimes mit ihrem rassistisch aufgeladenen Geschichtsbild nicht gedeihen, auch wenn sich nicht alle Historiker diesem Bild blindlings anpaßten.

Die ins Exil getriebenen Universitätsgelehrten sollten ihren Standesdünkel gegenüber den nichtakademischen Historikern ablegen, forderte Rosenberg. „Der abgesetzte Universitätsprofessor ist jetzt auch nichts Besseres als der abgesetzte Redakteur. Jeder darf Geschichte schreiben, sobald er die nötige Sachkenntnis und den erforderlichen kritischen Sinn besitzt.“ Zugleich müsse die Emigration „die gegenseitige Isolierung der sogenannten bürgerlichen und der sozialistischen Schule der Historiker zu durchbrechen“ suchen. „Sozialisten und Kommunisten, bürgerliche Demokraten und sozial-fortschrittliche Katholiken sind alle gleichmäßig genötigt, seit 1933 ihre überlieferten Anschauungen und Kampfformeln zu überprüfen. In undogmatischer und kritischer Arbeit werden die Historiker der Emigration sich gemeinsam bemühen müssen, aus der Negation des Dritten Reiches heraus das positive neue Prinzip deutscher Zukunft für die Geschichtswissenschaft zu entwickeln. So können die Historiker der Emigration am besten die kommende politische und geistige Auferstehung der deutschen Nation vorbereiten.“¹⁵⁰

In Rußland sei das Geschichtsbild des Bolschewismus alleinige Doktrin geworden. Lenin habe „mit einer großartigen Einseitigkeit“ das Studium der Wissenschaften dem Sieg der russischen Revolution untergeordnet. Nationalrussisches Denken sei jedoch seinem Geschichtsverständnis immer fremd geblieben.¹⁵¹ Nicht nur Lenin, sondern auch Bucharin habe

148 Rosenberg, Die Aufgabe des Historikers in der Emigration, S. 210.

149 Ebenda, S. 210f.

150 Ebenda, S. 212.

151 Rosenberg, Das Geschichtsbild des Bolschewismus, S. 158.

die Überlegenheit der marxistischen über die bürgerliche Wissenschaft vorausgesetzt, da sie die Erscheinungen des öffentlichen Lebens tiefer und breiter erforsche als jene. Da sich jedoch die bolschewistische Partei als Vorhut der Arbeiterklasse wie als Hüterin der marxistischen Lehre begreife, sei sogar ein so differenzierter Denker wie Bucharin genötigt, seine Theorie der herrschenden Lehre anzupassen. Die große Wendung von 1921, als sich Sowjetrußland auf die Verteidigung der eigenen Interessen zurückzog und die Praxis, wenn auch nicht die Propaganda der Weltrevolution beerdigte, habe auch zum Rückzug der bolschewistischen Geschichtswissenschaft auf nationalrussische Positionen geführt. Wie Stalin in der Politik würden die gegenwärtigen russischen Historiker als Wissenschaftler eine nationalrussische Ideologie in marxistischen Termini rechtfertigen. Peter der Große und Alexander Newski würden in der Forschung, der Propaganda und besonders im Film rehabilitiert. Einst habe Sinowjew mit Billigung Lenins von den „reißenden Tieren aus dem Hause Romanow“ geschrieben. Heute verstünden sich die Bolschewiki eher als Erben Peters des Großen denn von Karl Marx. „Es ist kein Zufall, daß Sinowjew erst aus dem Leben gehen mußte, ehe Stalins neues nationalrussisches Geschichtsbild innerhalb des Bolschewismus den Sieg errang.“¹⁵² In einer Rezension von Franz Borkenaus Geschichte der Komintern gedachte Rosenberg Bucharins. Der „berühmte Denker des Kommunismus“ und „wahre Führer der Internationale“ bewies selbst im Schauprozeß eine „Kunst der Disputation“, die der Macht des Staatsanwalts widerstanden habe.¹⁵³ Rosenberg hielt sich mit einem endgültigen Urteil über die soziale Natur der UdSSR jedoch auffällig zurück: Es bleibe „sich sachlich gleich“, notierte er 1935, ob man „die russische staatssozialistische oder staatskapitalistische Regierung“ sage. In jedem Fall stelle die Bürokratie „im heutigen Rußland den Bourgeois-Ersatz“ dar. Damit kam er der Theorie einer „neuen Klasse“ recht nahe.¹⁵⁴

Im Jahre 1939 rezensierte Rosenberg das soeben in englischer Sprache erschienene Marx-Buch seines Freundes Karl Korsch. „Die laute Hetzjagd auf Marx durch alle faschistischen, profaschistischen, arbeiterfeindlichen und antidemokratischen Kräfte in der Welt scheint zu belegen, daß der Marxismus für die Weltreaktion ein wirkliches Ärgernis bildet“, schrieb er. „Goebbels hat dem Marxismus mehr Aufmerksamkeit in Deutschland verschafft als alle sozialistischen und kommunistischen Führer zusammen.“ Korsch habe es verstanden, die ursprüngliche Lehre des Marxismus von späteren Beifügungen der Zweiten Internationale und des russischen Bolschewismus zu trennen. Er suche die Wahrheit ohne Rücksicht auf die politischen Bedürfnisse irgendwelcher Gruppen oder Strömungen und erkläre die Marxschen Schriften aus ihrem historischen Kontext, auch aus den Bedingungen der Isolation, in der Marx nach 1850 wirkte.¹⁵⁵

Diese Gedanken führte Rosenberg in einem Beitrag unter dem Titel „Was bleibt von Karl Marx?“ näher aus. Der Aufsatz erschien im Frühjahr 1940 in der von Golo Mann in der

152 Ebenda, S. 185. Hier wie an anderen Stellen schrieb Rosenberg durchgängig „Rußland“ statt „Sowjetunion“.

153 Arthur Rosenberg, Rezension zu: Franz Borkenau. World Communism. A History of the Communist International, in: *The Nation*, 149 (1939), S. 558.

154 Rosenberg, *Wandlungen der sowjetrussischen Außenpolitik*, S. 647, 649. Zur marxistischen Diskussion über die soziale Natur der Sowjetunion vgl. Marcel van der Linden, *Von der Oktoberrevolution zur Perestrojka. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion*, Frankfurt 1992. Rosenberg findet in diesem wichtigen Buch leider keine Erwähnung.

155 Arthur Rosenberg, Rezension zu: Karl Korsch, *Karl Marx*, in: *The Modern Quarterly*, XI (1940), S. 80f.

Schweiz herausgegebenen Zeitschrift *Maß und Wert*. Sogar unter den besten deutschen Publikationen des Exils ragt *Maß und Wert* noch heraus. In der Nummer, in der Rosenberg und Golo Mann in einer Entgegnung auf ihn schrieben, finden sich Beiträge von Erich von Kahler, Annette Kolb, Denis de Rougemont, Ernst Weiß sowie von dem gerade verstorbenen René Schickele und dem damals noch fast unbekanntem Hans Mayer. Der Gedanke des Föderalismus in seiner historischen Entwicklung war Hauptthema dieses Heftes, so in einem Beitrag Hermann von Görgens über Constantin Frantz, doch bot jede Nummer auch Gelegenheit zur Diskussion anderer wichtiger Fragen. Rosenberg nutzte sie.

Die materialistische Geschichtsauffassung von Marx, schrieb er, sei durch die verschiedenen Adepten der Lehre bis zur Unkenntlichkeit entstellt worden. Heute sei somit das Zerrbild einer „wirtschaftlichen“ Geschichtsauffassung zum Synonym für den Marxismus geworden. Marx habe jedoch weder alle historischen Erscheinungen auf wirtschaftliche Ursachen zurückgeführt noch aus seiner Analyse der Gesellschaft heraus die Zukunft prophezeit. Auch die Rolle des Klassenkampfes sei nur ein, wenngleich sehr wichtiger Teil der Marxschen Geschichtsauffassung. Vor allem ermöglichten die präzisen Begriffe des Marxismus „die rücksichtslose Kritik der Ideologien einer jeden Periode. Die Gedanken der herrschenden Klasse, die mit dem Anspruch auf Ewigkeit geltung auftreten, erweisen sich als zeitgebunden und vergänglich. Unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen sind sie erdacht worden und unter veränderten Bedingungen werden sie wieder verschwinden. Mit besonderem Eifer hat Marx die Ideologie der bürgerlichen Nationalökonomien in ihre Bestandteile aufgelöst und hat bewiesen, daß die Gesetze des Marktes und der Ware sowie des Arbeitsverhältnisses historischen Kategorien unterworfen sind.“ Die Entwicklung vom privaten zum Staatskapitalismus, die heute auf unterschiedliche Weise in Rußland, Deutschland, Italien und sogar durch den *New Deal* in den USA vor sich gehe, bestätige die Analysen von Marx. „Wo ist also der politische Bankrott des Marxismus?“¹⁵⁶

Gescheitert seien all jene, die auf Marx geschworen, ihn jedoch nicht begriffen hätten. „Der politische Bankrott der Parteien der Zweiten und Dritten Internationale wird gewöhnlich als Beweis für die Wertlosigkeit des Marxismus hingestellt. Aber die Voraussetzung dieser Kritik ist falsch. Marx hat seine politischen und wissenschaftlichen Grundgedanken in der revolutionären Periode vor 1848 entworfen. Nach der Niederlage der Revolution, 1850 bis zum Weltkrieg, entwickelten sich jedoch die Arbeiterparteien Europas auf einer ganz veränderten Linie. Ihr Ziel war nicht mehr, die Macht zu erobern und das Proletariat als Nation zu konstituieren, sondern im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft wirtschaftliche Vorteile für den Berufsstand der Industriearbeiter zu erzielen. Als Europa jedoch seit dem Weltkrieg wieder in eine revolutionäre Periode hineinkam, waren die Arbeiterparteien nach zwei Generationen nicht imstande, den Absprung in die neue revolutionäre Periode zu finden. Daher wurden sie besiegt, und der Faschismus füllte mit seinen staatskapitalistischen oder staatssozialistischen Konstruktionen die Lücke aus, die durch das Versagen der Sozialdemokratie entstanden war. Wenn Parteien, die mit dem Marxismus nichts mehr gemein hatten als ein paar Äußerlichkeiten, besiegt werden, so kann eine objektive Kritik darin wahrlich kein Versagen des Marxismus erblicken. Die russischen Bolschewiki unter Führung Lenins waren ursprünglich wirklich die Erben marxistischer revolutionärer Tradition. Aber seit 1921 ist die russische Revolution völlig erstarrt und sie

156 Rosenberg, Was bleibt von Karl Marx?, S. 135f.

folgt seitdem immer mehr den Traditionen Peters des Großen und immer weniger den Traditionen von Karl Marx. Der beschränkte Dogmatismus der Stalinschen Theorie zeigt schon allein, daß in Sowjetrußland der kritische Marxismus keine Heimstätte gefunden hat.“¹⁵⁷

Hatte Rosenberg schon lange mit dem Kommunismus Moskauer Prägung gebrochen, so fiel seine Kritik an der offiziellen sozialdemokratischen Politik kaum weniger scharf aus: „Die nichtmarxistischen Arbeiterparteien der Vorkriegszeit, die sich sozialdemokratisch nannten, haben versagt, und es sind jetzt gerade manche ihrer Führer und Theoretiker, die im Bewußtsein der eigenen Schwäche und Unzulänglichkeit die Schuld für ihre Niederlage auf den Marxismus schieben: Ein Reisender kommt in die Alpen, blickt verzweifelt auf einen Berggipfel, den er gern ersteigen möchte, er läßt sich einen erfahrenen Führer kommen, kann aber mit ihm nicht einig werden und verschmäht seine Ratschläge. Unser Reisender bleibt allein im Dorfwirtshaus sitzen, blickt melancholisch zum Berggipfel hinauf, wagt den Aufstieg ohne Führer auch nicht, und beginnt am Ende, als er gar nichts leisten kann, den Führer zu beschimpfen.“

Bitter resümierte Rosenberg: „Die Arbeiterparteien der neuen Zeit gestalteten den Marxismus nach ihrem eigenen Bilde um. Sie erblickten in ihm eine Theorie, die den Forderungen der Berufsarbeiterschaft innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ihren Segen verleiht. Der Enge ihres eigenen Gesichtskreises entsprechend, konnten sie auch nur einen verkümmerten Marxismus brauchen, der ‚alles aus der Wirtschaft‘ erklärt. Der Bankrott der rechtssozialistischen Theorie steht fest, aber mit dem Marxismus hatte sie nie etwas gemeinsam.“¹⁵⁸

Golo Mann, der (trotz einstiger Mitgliedschaft im Sozialistischen Studentenbund) mit der marxistischen Bewegung nicht verbunden war, mußte Rosenbergs innere Enttäuschung über das Versagen der sozialistischen Linken nicht teilen. Aber auch er war aus seinem Land brutal hinausgeworfen worden und dachte über die Ursachen der deutschen und europäischen Katastrophe nach. „Es ist Marx‘ große Tat“, schrieb er in seiner Entgegnung auf Rosenberg, „in einer Zeit des flachen Optimismus und Hurraschreiens die Katastrophen vorhergesagt zu haben, die das 19. Jahrhundert vorbereitete; daß er es durch die Wissenschaft tat, daß er Ahnungen, welche einem Burckhardt und Nietzsche aus Instinkt und Geschichtskennntnis zuflossen, durch eine opferreiche wissenschaftliche Lebensarbeit fundierte und legitimieren zu müssen glaubte, kann sein Verdienst nur vergrößern. Er wußte um die Kräfte, die seine Zeit bestimmten. Seine Zeit – nicht unsere, in der so vieles anders liegt.“

Golo Mann erinnerte an Rosenbergs Feststellung, daß die soziale Demokratie gerade in den Ländern große Fortschritte mache, deren Arbeiterparteien vom Marxismus kaum berührt seien. „Und hier sollte kein Zusammenhang sein?“ Die von Rosenberg kritisierten „Rechtssozialisten“ regierten immerhin in Skandinavien und Australien, sie seien aus dem inneren Leben Englands und Frankreichs nicht wegzudenken, und sie schufen auch den *New Deal*. „Gescheitert sind vielmehr die Sozialisten meistens in dem Maß, in dem sie unter dem Einfluß der Marxschen Klassenkampf- und Revolutionslehre standen.“

Natürlich hätte Marx viele ihrer Fehler nicht gemacht. „Marx war ein Genie, das Genie vererbt sich nicht; es vererbt sich der zum System erstarrte Gedanke.“ Marx und Engels „wandten sich an ein Publikum, dem es an der Möglichkeit des Vergleichens und Abwägens

157 Ebenda, S. 137.

158 Ebenda, S. 138.

fehlte. Sie überschütteten es oder ließen es mit Schriften überschütten, in denen ihre Lehre auf die einfachst-einprägsame, imposante, oberflächliche, demagogische Form gebracht war. Wer anders dachte als sie, erschien ihnen ein Monstrum an Dummheit und Schlechtigkeit.“ Um den Gefahren ihrer Geschichtsauffassung zu entgehen, „hätten die Millionen, denen man sie einbläute, hochechtern Intellektuelle sein müssen; anstatt daß es einfache, wissensbegierige, gläubige Menschen waren, deren Fähigste sich dann, belastet und eingengt durch die Schule des Anfangs, zur Politik erhoben.“¹⁵⁹

Für Golo Mann war Marx „mitschuldig an der moralischen Verwilderung der Welt.“ Die Siegesgewißheit der Marxisten gründete sich nicht auf Moral und Rechtsempfinden, sondern auf die Einsicht in den Gang der Geschichte, die sie allen anderen politischen Bewegungen voraus hätten. „Und da jede Moral ohnehin nur ‚Widerspiegelung materieller Verhältnisse‘ war, und da man selber zur Partei der Revolution gehörte, der Zukunft, der geschichtlich einzig legitimen Partei gehörte, so war gegenüber den Verteidigern der Vergangenheit, den Teufeln der ‚niedergehenden Klasse‘, den Bourgeois, auch die ruchloseste Taktik gestattet.“ Wie das Jakobinertum erhebe der Marxismus eine politische Bewegung zum Charakter des Religiösen; jeder seiner Kündler verstehe sich „als wahrer Priester der einzigen Kirche.“ Marx, Engels und auch Lenin seien gewiß bessere Menschen als Stalin, dennoch stehe ihre Lehre mit den Greueln im heutigen Rußland in Zusammenhang. Man müsse die Marxsche Lehre also fallenlassen. „Fort von Karl Marx. Fort nicht von Marx, dem großen Denker und Forscher, dessen Hauptschriften zu kennen jeder Historiker die Pflicht hat. Aber fort von Marx, der ein Gesetz aller Gesetze erkennen und der Nachwelt aufnötigen wollte; der das geschichtliche Leben für einfacher nehmen wollte, als es nun einmal ist. Fort von Marx, der eine Wissenschaft der Politik und Revolution begründete und dessen Schüler bei der Ausführung seines Programmes notwendig in Verwirrung geraten.“¹⁶⁰

Die Einwände Golo Manns gegen die marxistische Praxis sind, bezogen auf die Politik der Sowjetunion, nicht rundweg von der Hand zu weisen. Allerdings ging Manns Kritik gerade an Rosenbergs nunmehrigem Verständnis des Marxismus vorbei. Vielleicht bestand ein Berührungspunkt zwischen den so gegensätzlichen Standpunkten in Golo Manns Forderung, Marx in seiner Zeit zu sehen. Nehme man Marx als „ein Beispiel, einen Vorschlag, einen bedeutenden und fehlbaren Anreger, so wird man von ihm lernen.“¹⁶¹

Die Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten bewog Rosenberg, jede Indifferenz gegenüber jüdischen Angelegenheiten aufzugeben. Anders als vor 1933, sah er sich nun als bewußten (atheistischen) Juden. In diesem Sinn schrieb er im Sommer und Herbst 1939 eine Reihe von Aufsätzen für die linkszionistische New Yorker Monatszeitschrift *Jewish Frontier*. Die britischen Spezialisten für den Nahen Osten, so Rosenberg im Juni 1939, seien gewiß keine Antisemiten im Sinne Hitlers. Sie seien auch keine Feinde der jüdischen Kapitalisten, aber haßten die jüdische Gewerkschaft, die Histadrut, und „die freie Selbstverwaltung der jüdischen Bauern und Arbeiter. Wenn die Juden fähig wären, eine funktionierende Demokratie in Palästina aufzubauen, dann könnten sie durch dieses Beispiel den ganzen Nahen Osten ‚entgiften‘. Die armen arabischen Arbeiter und Bauern würden vielleicht entdecken, daß sie auch menschliche Wesen sind und würden sich gegen ihre

159 Golo Mann, Was bleibt von Karl Marx?, in: Maß und Wert, 3 (1940), S. 394f.

160 Ebenda, S. 396f.

161 Ebenda, S. 394.

einheimischen Unterdrücker und deren britische Freunde wenden. Aber der Mufti¹⁶² ist ein ‚Gentleman‘ wie Franco, Mussolini und der Nizam von Hyderabad¹⁶³ ‚Gentlemen‘ sind. Deshalb muß dem Mufti und seinen feudalen Freunden geholfen werden.“ Dies sei die Politik der Regierung unter Ramsay MacDonald und ihrer Nachfolger gewesen.¹⁶⁴

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges schrieb Rosenberg einen Aufsatz über „The Soviet-German Pact and the Jews“. Er betonte, daß „der deutsch-sowjetische Vertrag allen arbeitenden Menschen und Demokraten ebenso einen außerordentlichen Dienst erwiesen (hat) wie den Juden, da er die Einheitsfront ihrer Feinde zerbrochen hat.“ Rosenberg subsumierte unter diesen Feinden den Nazismus, aber auch den britischen Imperialismus als Förderer der arabischen Führung in Palästina. „Das ist eine Konsequenz aus dem Vertrag, die Hitler gewiß nicht gewollt hat.“ Die Münchener Konferenz „wurde zum natürlichen Ausdruck einer Einheitsfront zwischen dem reaktionären Kapitalismus und dem Faschismus“, zwischen Hitler und „den konservativen Lords sowie den Bankiers der Londoner City.“ Chamberlain und Daladier würden Hitler nunmehr „als Verräter an ihrer Klasse und als Komplizen Stalins ansehen.“¹⁶⁵ Im Oktober 1939 verglich Rosenberg die Zustimmung der Komintern zum Hitler-Stalin Pakt mit der Unterstützung der Zweiten Internationale für die jeweiligen Kriegsanstrengungen im August 1914. Wie diese sei auch die Komintern damit tot. Was von ihr übrig bleibe, sei ein Instrument des russischen Nationalismus.¹⁶⁶

In diesen Jahren wurde Arthur Rosenberg aktiver Zionist. Sein Leben lang hatte er, der unabhängige Geist, dennoch eine Gemeinschaft gesucht. Zuerst hatte er sich dem deutschen Nationalismus des Kaiserreiches, dann dem Parteikommunismus zugewandt. Augenscheinlich stand bei seinen politischen Orientierungen die Illusion eines gesamtnationalen Interesses des deutschen Volkes Pate. Spätestens in den USA entsagte Rosenberg diesen Vorstellungen, obwohl er, wie noch gezeigt wird, das Interesse an einem demokratischen Deutschland nach Hitler keineswegs aufgab. Aber der Gedanke an eine dauerhafte Rückkehr verschwand. Im Kreis der Familie wurde diese Idee nicht mehr diskutiert, obgleich Ella Rosenberg, zumal als Hausfrau und ohne Beruf, mehr Probleme mit dem Einleben in die amerikanische Wirklichkeit gehabt haben mag als ihr Mann. Die Kinder wuchsen jedoch in die amerikanische Gesellschaft hinein. Aus deutschen Flüchtlingskindern wurden junge Amerikaner.¹⁶⁷

Die immer grausamere Verfolgung der Juden durch das Naziregime brachte Rosenberg dazu, die Idee einer jüdischen Heimstatt in Palästina zu unterstützen. Ob die Entwicklung, wie es in einem anderen Zusammenhang hieß, „vom preußischen Deutschen zum zionistischen Juden“ für diese Gruppe von Flüchtlingen „ganz deutlich verallgemeinerungswürdige und damit ‚idealtypische‘ Züge“ trug, mag dahingestellt bleiben.¹⁶⁸ Doch war Rosenbergs

162 Amin al-Husaini, der Großmufti von Jerusalem und Verbündete Mussolinis wie Hitlers.

163 Der Herrscher des Princely State Hyderabad (heute Andhra Pradesh), der auf die Achsenmächte im Kampf gegen die britische Kolonialherrschaft setzte.

164 Arthur Rosenberg, *The New British Imperialism*, in: *Jewish Frontier*, 6 (1939) Nr. 6, S. 26.

165 Arthur Rosenberg, *The Soviet-German Pact and the Jews*, ebenda, Nr. 9, S. 14.

166 Arthur Rosenberg, *Program for Peace*, ebenda, Nr. 10, S. 13.

167 Rosenbergs Sohn Wolfgang bestätigte (in einer schriftlichen Mitteilung vom 4. Januar 2003) dem Verfasser, daß sich sein Vater über eine mögliche Rückkehr nach Deutschland nicht mehr äußerte.

168 Heinz Duchardt, *Arnold Berney (1897–1943). Das Schicksal eines jüdischen Historikers*, Köln etc. 1992, S. VII. Berney emigrierte 1939 nach Palästina.

Hinwendung zum Zionismus natürlich die Folgerung aus dem unvorhersehbaren biographischen Bruch wie dem Schicksal der Juden als verfolgte Minderheit. Dabei suchte Rosenberg nach einer Verbindung von Zionismus und Sozialismus. Er nahm Kontakt zur Gruppe *Avukah* (Fackel) auf. Diese Organisation, mit vollem Namen *Avukah Zionist Students' Federation of America*, hatte ein Büro in 111 Fifth Avenue in New York City. Laut einem Programm aus dem Jahre 1938 wandte sie sich an „Juden, die am Überleben des jüdischen Volkes interessiert sind, an Zionisten, an Juden, die nicht an der Existenz jüdischer Gruppen interessiert sind sowie an Sozialisten“ – kurzum: an beinahe jeden politisch interessierten Juden. Speziell Studenten wurden angesprochen.¹⁶⁹ Die *Avukah*-Gruppe glaubte, daß die bestehenden Organisationen und Netzwerke, Bildungseinrichtungen und jüdischen Medien nicht ausreichten, zumal in der amerikanischen Gesellschaft ein latenter Antisemitismus existiere. In Palästina würde die britische Mandatsverwaltung in Zusammenarbeit mit arabischen feudalen Führern und sogar mit dem italienischen Faschismus die Interessen der Juden opfern. Insbesondere seien die arabischen Massen gegen die Juden ausgespielt worden. Sie würden nicht erkennen, welche Vorteile auch für sie selbst der Zionismus gebracht habe. Der marxistische Zionismus sei ein wichtiger Bundesgenosse der arabischen Fellachen und Arbeiter für ihre eigene soziale Befreiung. Damit wiederholte *Avukah* die „klassische“ linkszionistische Position, die in den zwanziger Jahren von der Komintern scharf bekämpft worden war.¹⁷⁰

Rosenberg dürfte durch Studenten am Brooklyn College mit der Gruppe in Kontakt gekommen sein. Einer der studentischen *Avukah*-Aktivisten, der spätere Politologe Seymour Melman, erinnerte sich sechzig Jahre später an Zusammenkünfte der Gruppe, an denen Rosenberg teilnahm. „Die Leute waren erstaunt über die Vielfalt und Breite an Informationen“, die Rosenberg ihnen bot, sowie über „seine konzentrierte und systematische Art des Redens. Er sprach stets ohne Notizen und in einem sehr guten Englisch.“ Rosenberg benannte ohne Illusionen die schrecklichen Aussichten für die Juden nach einem Sieg Hitlers, doch nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion war er von der Niederlage der Nazis überzeugt. „Sein Urteil über die sowjetische Armee machte einen starken Eindruck auf mich“, so Melman, der Rosenbergs Bolschewismus-Buch als wichtige politische Orientierung nahm.¹⁷¹

Die *Avukah*-Gruppe veranstaltete jedes Jahr ein Sommerlager in Liberty, in den Catskill Mountains im Staate New York. Zumindest seit 1939 hielt Rosenberg dort Vorträge, von denen sich Transkripte der Jahre 1940 und 1941 erhalten haben. Am 15. Juni 1940 sprach er über den „Krieg und die Lage der Juden“.

„Das jüdische Volk wird nun gezwungen, für die enormen Fehler zu bezahlen, die der offizielle Zionismus über eine so lange Zeit hinweg begangen hat“, sagte Rosenberg. Es sei ihm unmöglich, den Juden in Palästina Sicherheit zu geben – und das trotz eindrucksvoller

169 Zit. in Robert F. Barsky, Noam Chomsky. *A Life of Dissent*, Cambridge, MA/London 1997, S. 61. Chomsky wurde in seinen Jugendjahren durch Rosenbergs Bücher politisch beeinflusst.

170 Vgl. Mario Keßler, *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933*, Berlin 1994, S. 114ff.; Shlomo Na'aman, *Marxismus und Zionismus*, Gerlingen 1997, S. 203ff.

171 Professor Seymour Melman im Gespräch mit dem Verfasser, 22. Mai 2002, Columbia University, New York City. Informationen über die Sommerschule finden sich in: *Avukah Student Action*, 5. Mai und 2. Juni 1941. In der Juni-Ausgabe (S.4) ist Rosenbergs Vortrag unter dem Titel: „How Jews Can be Anti-Fascists“ angekündigt.

Erfolge beim Aufbau wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Einrichtungen. Die zionistischen Politiker hätten sich allzu lange auf den britischen Imperialismus verlassen. Dieser werde jedoch schwächer und sehe sich daher nach wichtigeren Bundesgenossen um, als es die Zionisten je sein könnten. So sei die Allianz zwischen der britischen Mandatsmacht und den reaktionären arabischen Führern entstanden. Die Zionisten hätten dies nicht sehen wollen und alle Chancen der Verständigung mit den arabischen Arbeitern ausgeschlagen. Daran hätten besonders die rechtsgerichteten Revisionisten unter Ze'ev Jabotinsky einen Anteil; sie seien „vor allem in Zeiten der Spannung eine Gefahr.“

Nach dem Zusammenbruch Frankreichs könne eine Situation entstehen, in der die englischen Truppen aus Palästina abgezogen würden, da sie zur Verteidigung der britischen Inseln nötig seien. Eine italienische Invasion Palästinas sei nicht mehr ausgeschlossen. Zwar würde Mussolini keine Pogrome veranstalten lassen, aber eine sozialistische Bewegung würde unterdrückt werden. Möglicherweise könnten die Revisionisten eine Übereinkunft mit ihm finden. „Jabotinsky hat Italien oft gelobt und sich mit Mussolini getroffen.“ Der offizielle Zionismus könnte dennoch so schnell zusammenbrechen wie die Sozialdemokratie in Deutschland. „Dann werden kleine Gruppen wie Avukah oder Hashomer Hatzair, die jetzt verachtet werden, sehr wichtig, um nach dem Zusammenbruch einen Faden an Kontinuität zu knüpfen, wenn der offizielle Zionismus in der Krise steckt.“

Außerhalb Palästinas sei die jüdische Bourgeoisie in einem Land nach dem anderen zerstört worden, zuerst in Rußland, Deutschland und Österreich, dann in Italien, Frankreich und Holland. Es gebe jetzt viel mehr Proletarier unter den Juden als zuvor. Nunmehr seien die jüdischen Geldleute eine Erscheinung der Vergangenheit.

Dennoch: „Die grauenvolle Verfolgung der polnischen Juden durch die SS und die Gestapo (nicht die Armee) hat das jüdische Leben nicht beendet. Das wirkliche Zentrum jüdischen Lebens ist heute in Wilna. Litauen ist ein russischer Vasallenstaat, aber Wilna ist dennoch das Zentrum möglicher jüdischer Aktivitäten. Im russischen Teil von Polen ist die zionistische Arbeit illegal, die jiddische Kultur wird gefördert und Hebräisch wird unterdrückt. Der Zionismus ist offiziell nicht erlaubt, aber wird im russischen Teil Polens nicht immer verfolgt. Sogar im nazistisch besetzten Polen sind jüdische Unternehmungen und Aktivitäten nicht völlig ausgelöscht.“ Die Juden würden auch diese dunklen Jahre in Europa wie in Palästina überstehen.¹⁷²

Am nächsten Tag sprach Rosenberg zur allgemeinen Kriegslage. England und Frankreich seien mit ihren privatkapitalistisch organisierten Volkswirtschaften den Staatswirtschaften Deutschlands und Italiens potentiell unterlegen. Die faschismusfreundliche Politik Chamberlains und seines Berliner Botschafters Neville Henderson sowie die antidemokratische Innenpolitik Daladiers in Frankreich habe die Lage für die Alliierten zusätzlich kompliziert. Rosenberg unterschätzte Hitler jetzt nicht mehr. „Hitler ist ein sehr cleverer Politiker, viel intelligenter als die englischen und französischen politischen Führer.“ Er habe verstanden, den deutschen Arbeitern einzureden, er führe Krieg für ihre Interessen. Nach der Eroberung der Tschechoslowakei habe er nicht mehr zurück gekonnt. Die deutschen Arbeiter hätten ihn sonst gefragt, warum sie für so wenig solch große Leiden auf sich nehmen müßten. Solange keine Arbeitslosigkeit in Deutschland existiere, könne sich Hitler auf die Arbeiter verlassen.

172 Arthur Rosenberg, *The War and the Jewish Situation*, Liberty, N.Y., June 15, 1949. Professor Melman überließ mir freundlicherweise eine Kopie des vierseitigen Typoskriptes von Arthur Rosenberg.

Denn die Alliierten hätten ihnen nichts zu bieten außer die Aussicht auf einen viel härteren Frieden als Versailles. Deutschland und Rußland würden einander nicht angreifen; Deutschland habe aus Napoleons Niederlage 1812 gelernt, daß man ein Land, aber keinen Kontinent erobern könne. Rußland stünde bei einem Angriff auf Deutschland bald auch England, Frankreich und Italien gegenüber. All diese Mächte würden in diesem Fall ihre Gegensätze begraben und sich gegen den Bolschewismus wenden.¹⁷³ Aber wenn all dies nicht einträte und Deutschland den Krieg gewinne, so Rosenberg am gleichen Tag, wäre das Leben nicht zu Ende und der Kampf um Demokratie nicht endgültig verloren.¹⁷⁴

Ein Jahr später, am 22. Juni 1941, hielt Rosenberg in Liberty erneut eine Vorlesung, die sein geändertes Verhältnis zur Sowjetunion zeigt. Er sagte: „Das totalitäre System ist im Kern dasselbe wie das heutige Sowjetsystem, und ob Diktaturen einander mögen oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Die totalitäre Idee ist die Idee einer Staatswirtschaft ohne persönliche Freiheit.“ Das bedeutete keinen Verzicht Rosenbergs auf eine Klassenanalyse. „Die Position der Kapitalisten innerhalb des Staates unterscheidet sich von Staat zu Staat. In Rußland wurde der individuelle Kapitalismus ausgemerzt, während in Deutschland und Italien die meisten Kapitalisten eine bedeutende Position innerhalb der Staatsmaschine innehaben. An der Spitze einer totalitären Staatswirtschaft steht ein Diktator.“

Die Aufgabe der Juden sei es heute, so Rosenberg, „sich politisch zu engagieren. Erstens, nationale Politik in Palästina, zweitens, Weltpolitik, um den Faschismus zu bekämpfen – denn Faschismus und Totalitarismus sind die schlimmsten Feinde menschlicher und insbesondere jüdischer Prinzipien.“ In Palästina werde die „demokratische Front“ durch die Arbeiter-, Histadruth- und Kibbutzbewegung vertreten. „Andererseits haben wir einen Kern von Faschisten, die Revisionisten ... Die Revisionisten bilden unter uns den Feind, der die demokratischen Kräfte unter den Juden unterminiert und das Tor für die Feinde öffnet, wann immer dies möglich ist.“ Doch auch der Bolschewismus sei „eine enorm gefährliche Sache.“ Rosenberg ließ offen, ob er damit die kleine und zudem bereits faktisch gespaltene kommunistische Partei Palästinas meinte, die als bislang einzige politische Kraft jüdische und arabische Mitglieder Seite an Seite organisiert hatte.¹⁷⁵ Jedenfalls zeige „das jüngste Ereignis (der russisch-deutsche Krieg)“, daß eine „Freundschaft zwischen Despoten über Nacht zu Ende sein kann.“¹⁷⁶

Nie zuvor und nie danach rückte Rosenberg die stalinistische Sowjetunion derart nahe an Hitlerdeutschland heran, niemals sonst verglich er den „Bolschewismus“ mit der Bewegung Jabotinskys, die er schon 1934 als das „tollste Beispiel eines nachgemachten Faschismus“ gebrandmarkt hatte.¹⁷⁷ Nur einen Tag später hielt Rosenberg wiederum eine Vorlesung – in einem ganz anderen Ton. Über Nacht mußte ihm die Konsequenz des deutschen Überfalls

173 Arthur Rosenberg, *The Nature of the War*, Liberty, N.Y., June 16, 1940. Auch diese und die folgende Quelle stellte mir Seymour Melman zur Verfügung.

174 Arthur Rosenberg, *What is to be done?*, Liberty, N.Y., June 16, 1940.

175 Vgl. Keßler, *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung*, S. 125ff. (und die dort verwertete Literatur).

176 Arthur Rosenberg, *Why Should Jews Have a Political Program?*, Liberty, June 22, 1941, in: NYPL, *Research Libraries, Zellig S. Harris Papers*. Wie Melman gehörte auch der Linguist Harris zu den Teilnehmern der Avukah Cooperative Summer School. Der vollständige Text befindet sich in deutscher Übersetzung als Dokument Nr. 13 im Anhang.

177 Vgl. Rosenberg, *Der Faschismus als Massenbewegung*, S. 293.

auf die Sowjetunion bewußt geworden sein. Hitler könne nicht das „Symbol der Arbeitermacht“ angreifen und gleichzeitig den deutschen Arbeitern grandiose Versprechungen machen, sagte er. „Rußland ist als Staat, nicht als Verkörperung einer Weltanschauung angegriffen worden. In seiner Kriegserklärung hat Hitler demnach nicht den Bolschewismus angegriffen. Hätte er dies getan, würde er Schwierigkeiten mit der Armee bekommen.“¹⁷⁸ Rosenberg war sich nicht über die Kriegsziele im klaren, die Hitler und die deutschen Generäle aneinander banden. Er vermied offenkundig jeden Anklang an seine Bemerkungen zum Totalitarismus vom Vortag.

Wie jedem politisch Denkenden wurde Rosenberg rasch klar, daß der Krieg für die Sowjetunion ein Kampf auf Leben und Tod wurde, daß ihre Niederlage noch den entschiedensten sozialistischen Gegner Stalins bis ins Innerste treffen mußte. Dies bewog ihn in der kurzen Zeit, die ihm noch vergönnt blieb, wieder etwas näher an das deutsche kommunistische Exil heranzurücken, ohne aber seine Beziehungen zur Sozialdemokratie einzuschränken.

7. Überleben und Tod in New York

Ende 1939 riefen Arthur Rosenberg, der Mediziner Felix Boenheim und Alice Rosenfeld, die Frau des sozialdemokratischen Politikers, der einst die linkssozialistische SAP mitbegründet hatte, eine überparteiliche Organisation ins Leben: die *Unabhängige Gruppe deutscher Emigranten*. „Nach den Statuten hat unsere Gruppe die Aufgabe, politisch interessierte deutsche Emigranten ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und politische Meinung zu freier Diskussion zusammenzuführen“, heißt es in einem Rundschreiben vom Februar 1940.¹⁷⁹ Die Gruppe arbeitete eng mit anderen Organisationen des politischen und literarischen Exils zusammen, vor allem dem Schutzverband deutscher Schriftsteller in den USA.¹⁸⁰ In dessen Mitteilungen vom 1. Januar 1940 findet sich die Ankündigung verschiedener Arbeitsgemeinschaften der Unabhängigen Gruppe deutscher Emigranten: Dazu gehörten „Die ökonomische Organisation des Nationalsozialismus“ mit Franz Neumann und Otto Kirchheimer, „Die Lage der Arbeiterschaft im Dritten Reich“ mit Felix Boenheim, „Die Stellung des Einwanderers in den USA“ mit Kurt Rosenfeld und schließlich „Die Entwicklung der deutschen Armee vom Weltkrieg bis zur Gegenwart“ mit Fritz Sternberg und Arthur Rosenberg.¹⁸¹

178 Arthur Rosenberg, *The War Situation*, Liberty, N.Y., June 23, 1941, in: NYPL, Research Libraries, Zellig S. Harris Papers.

179 Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford, California, Kurt R. Grossmann Collection, Box No. 7, Folder ID: Boenheim.

180 Auch bekannt unter dem Namen German-American Writers' Association. Die Organisation war eine Fortsetzung des in Paris entstandenen Schutzverbandes deutscher Schriftsteller. Vgl. hierzu Alfred Kantorowicz, *Politik und Literatur im Exil. Deutschsprachige Schriftsteller im Kampf gegen den Nationalsozialismus*, München 1983, Kapitel 4.

181 Vgl. Thomas Michael Ruprecht, *Felix Boenheim: Arzt, Politiker, Historiker. Eine Biographie*, Hildesheim etc. 1992, S. 242. Auf diese Darstellung stützen sich die folgenden Angaben zur Person Boenheims.

Es ist nicht bekannt, welche dieser Veranstaltungen und Pläne realisiert wurden und wie lange es die Gruppe überhaupt gab. Rosenberg hatte mit Kurt Grossmann, einem der rühmlichsten Vertreter des bürgerlichen deutschen Exils, einen kurzen Briefwechsel über die künftige europäische Nachkriegsordnung geführt. Er stimmte dessen Gedanken zu, „daß der einzige Ausweg aus der jetzigen Krise die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa wäre ... Es wäre erforderlich, ein realistisches Programm aufzustellen, durch welche Maßregeln die wirtschaftliche und politische Existenz der europäischen Volksmassen gesichert werden kann. Im einzelnen wäre es z. B. notwendig zu betonen, daß monarchische Restaurationen in Mitteleuropa mit den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ genauso unvereinbar sind wie die gegenwärtigen faschistischen Machthaber.“¹⁸² Viele Exilanten entwickelten solche und ähnliche Ideen, auf eine Zeit hoffend, in der sie Ratgeber eines neuen Europa sein könnten.¹⁸³

Blieben Rosenbergs Kontakte zu Grossmann flüchtig,¹⁸⁴ so entwickelte sich zwischen ihm und Felix Boenheim eine Freundschaft. Dieser, Jahrgang 1890 und aktives KPD-Mitglied, kam gleichfalls aus Berlin. Als Schüler von Friedrich Kraus und Theodor Brugsch hatte er eine vielversprechende akademische Karriere zugunsten der Politik ausgeschlagen und es bis zur Funktion eines Kulturbeauftragten der (zweiten) Münchener Räterepublik gebracht. In der KPD hatte er zum Kreis um Willy Münzenberg gehört und 1932 maßgeblich an der Vorbereitung des Amsterdamer Friedenskongresses mitgewirkt. Über Frankreich, England und Palästina war er 1935 in die USA gelangt. Er brachte Rosenberg wieder mit kommunistischen Kreisen zusammen, die ihn auch im Exil bislang gemieden hatten.

Politisch deutlich von Boenheim unterschied sich Friedrich Stampfer, mit dem Rosenberg ebenfalls gut stand. Der polnische Exilant Feliks Gross sah Rosenberg als einen „moderaten Kommunisten“, der das Gespräch mit Sozialdemokraten suchte und fand.¹⁸⁵ Stampfer, Mitglied der eher rechtssozialdemokratischen *German Labor Delegation*, hatte bereits 1939 Rosenberg die Gelegenheit geboten, in dem von ihm herausgegebenen *Neuen Vorwärts* über „Das Machtproblem der Demokratie“ zu schreiben.¹⁸⁶ Wie dieser hatte Stampfer ein wichtiges Werk über die Weimarer Republik verfaßt: *Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik* war 1936 in Karlsbad erschienen. Stampfers nüchternes Urteil über Möglichkeiten und Grenzen der Räte in der Novemberrevolution 1918 veranschlagte deren demokratische Potenzen geringer als Rosenberg. Ehe man die Einführung des Räteresystems erwäge, so Stampfer, müsse man erfahren, wie sich dessen Anhänger sein Funktionieren vorstellten. „Gerade das war jedoch von ihnen nicht zu erlangen, denn das Räteresystem war für sie eine Sache

182 Hoover Institution, Grossmann Collection, Box No. 7, Folder ID: Boenheim: Brief Arthur Rosenbergs an Kurt R. Grossmann, 28. November 1939.

183 Vgl. auch Albrecht Ragg, *The German Socialist Emigration to the United States, 1933–1945*, Ph.D. Thesis, Loyola University of Chicago 1977.

184 Ein Treffen beider kam wahrscheinlich nicht zustande; vgl. Rosenbergs Brief an Grossmann vom 2. Januar 1940.

185 Professor Feliks Gross am 28. Mai 2002 in New York City im Gespräch mit dem Verfasser. In seiner Autobiographie (*Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben*, Köln 1957) erwähnt Stampfer jedoch Rosenberg nicht.

186 Vgl. Arthur Rosenberg, *Das Machtproblem der Demokratie*, in: *Neuer Vorwärts*, 12. Februar 1939, und ders., *Parteien-Heer-Gesetzgebung. Machtprobleme der Demokratie*, ebenda, 9. April 1939. In beiden Artikeln faßte Rosenberg den Inhalt seines Buches *Demokratie und Sozialismus* zusammen.

nicht der Vernunft, sondern des Glaubens.“¹⁸⁷ Stampfer lehnte Rosenbergs Idee einer allgemeinen Volksbewaffnung ab. Sie könne „die Machtprobleme der Demokratie“ nicht lösen. „Ich glaube“, schrieb er, „daß auf eine so schwerwiegende Frage wie die, wem man Waffen in die Hand geben soll, eine solche Antwort in keiner Weise ausreicht. Wer ist denn das ‚werkstätige Volk‘? Wer bestimmt, wer als ‚werkstätiges Volk‘ anzusehen ist und wem demzufolge die Waffen in die Hand zu geben sind? Könnte es am Ende in der Praxis nicht umgekehrt kommen, ... nämlich so, daß diejenigen, die die Waffen in ihren Besitz gebracht haben, den Titel des ‚werkstätigen Volkes‘ usurpieren und ihn als Freibrief für alles mögliche gebrauchen?“¹⁸⁸

Nach seiner Ankunft in New York sah Rosenberg seinen Freund Hermann Borchardt, einst Lehrer am Köllnischen Gymnasium, wieder. Der anarchistische Schriftsteller hatte eine Odyssee hinter sich, die Rosenbergs eigenen Weg ins Exil an Dramatik übertraf. Er war 1934 aus Deutschland in die Sowjetunion emigriert und arbeitete bis 1936 als Professor in Minsk. Dann geriet er in die Mühlen der Stalinschen „Säuberungen“ und wurde schließlich nach Deutschland ausgewiesen, wo er drei Konzentrationslager durchlitt. Im Juni 1937 gelang ihm schließlich die Emigration in die USA.¹⁸⁹

Rosenberg verwandte sich für seinen Freund bei der *American Guild for German Cultural Freedom*, die besonders exilierte Schriftsteller und Künstler unterstützte. Borchardt sei „ein äußerst bemerkenswerter Autor und Opfer des Naziterrors. Er war zehn Monate in einem deutschen Konzentrationslager und verlor dort einen Finger. Dr. Borchardt lebt jetzt unter sehr schwierigen Umständen in New York. Die American Guild for German Cultural Freedom gab ihm in den letzten drei Monaten ein Stipendium, und es wäre für Dr. Borchardt und seine Familie sehr wichtig, dieses Stipendium auch künftig zu erhalten.“ Rosenberg erinnerte, was er sonst nie tat, an seine eigenen wissenschaftlichen Leistungen, die sein Befürwortungsschreiben unterstreichen sollten.¹⁹⁰ Ein Brief von ihm an Hubertus Prinz zu Löwenstein, den Präsidenten der Guild, blieb ohne Antwort.¹⁹¹ Mit Stundengeben hielt sich Borchardt über Wasser. Sein Drama „Tag der Prüfung“ bezeichnete Thomas Mann in einem Brief zwar als „ein feines, bewegendes Stück“, doch aufgeführt wurde es nicht.¹⁹²

Seit 1936 lebte Karl Korsch in Boston. Seine Frau Hedda fand eine Anstellung als Sprachlehrerin am Wheaton College, er selbst hielt sich mit gelegentlichen Aufträgen, so am Institut für Sozialforschung, über Wasser. Er hatte 1933 frühzeitig von Rosenbergs Auswanderungsplänen nach England erfahren¹⁹³ und beteiligte sich zusammen mit ihm an Plänen, einen theoretischen Arbeitskreis deutscher Emigranten ins Leben zu rufen. Diese Anre-

187 Hier zit. nach der ersten deutschen Nachkriegsausgabe: Friedrich Stampfer, *Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik*, Offenbach 1947, S. 152.

188 Friedrich Stampfer, *Das Machtproblem der Demokratie. Eine Entgegnung von Friedrich Stampfer*, in: *Neuer Vorwärts*, 12. Februar 1939. Die damalige Nähe Rosenbergs zu Stampfer zeigt sich auch darin, daß beide einander als „Genossen“ titulierte, obwohl Rosenberg kein Mitglied der SPD war.

189 Vgl. *Deutsches Exilarchiv 1933–1945*, Frankfurt, Bestand: American Guild for German Cultural Freedom/Deutsche Akademie im Exil, Akte Hermann Borchardt.

190 Ebenda: Arthur Rosenberg an Oswald Garrison Villard, 24. Oktober 1938.

191 Ebenda: Brief Borchardts an Volkmar Zühlsdorff, 22. Dezember 1938.

192 Ebenda: Brief Thomas Manns an Hermann Borchardt, 16. Dezember 1938.

193 Vgl. einen entsprechenden Hinweis in Korsch's (undatiertem) Brief an Herbert Levy (vermutlich Dezember 1933), in: Karl Korsch, *Briefe 1908–1939*, hg. von Michael Buckmiller u. a., Amsterdam 2001, S. 444.

gung ging ursprünglich 1934 auf Franz Neumann zurück, der damals in London lebte, sie blieb aber im Entwurf stecken.¹⁹⁴ In New York besuchte Korsch Rosenberg immer, wenn sich ihm die Gelegenheit bot.¹⁹⁵ So diskutierten beide über ein Manuskript Korschs zum Thema „Love and Revolution“. „Dein Manuskript hat mir sehr gut gefallen“, bestärkte Rosenberg den Freund, jedoch ließ dieser es unvollendet.¹⁹⁶ Zusammen mit Paul Mattick sei Rosenberg vielleicht der Einzige, der seine Verdienste anerkenne, schrieb Korsch,¹⁹⁷ dessen zahlreiche vergebliche Bewerbungen um Universitätsstellen Rosenberg durch Empfehlungsbriefe unterstützte.¹⁹⁸ Korschs Hoffnungen, etwa am Institut für Sozialforschung eine Anstellung zu finden, zerschlugen sich jedoch ebenso wie Bemühungen bei der New School for Social Research.¹⁹⁹

Auch Rosenberg suchte Anschluß an das von Max Horkheimer geleitete Institut für Sozialforschung, das unter seinem englischen Namen Institute for Social Research der Columbia University angegliedert war.²⁰⁰ Er plante eine Beteiligung am Forschungsprojekt des Instituts über *German Economy, Politics and Culture 1900–1933*. Dazu reichte er am 15. September 1940 gemeinsam mit Theodor W. Adorno, Henryk Grossmann, Herbert Marcuse, Franz Neumann und Kurt Pinthus ein Projekt zum Thema *The Collapse of German Democracy and the Expansion of National Socialism* ein. Rosenberg war für den Bereich der politischen Geschichte federführend.²⁰¹ Das Projekt fand jedoch keine Geldgeber. So blieb es bei einigen Vorträgen Rosenbergs am Institut.²⁰²

Die anstrengende Suche nach Existenzmitteln überschattete Rosenbergs Alltag. Im Frühjahr 1938 nahm er seine Lehrtätigkeit am Brooklyn College auf, die ihn und seine Familie jedoch keineswegs finanziell sicherstellte. Rosenberg unterrichtete am Graduiertenkolleg (Graduate Division) für insgesamt 900 \$ im Jahr. „Da diese Summe“, so Institutsdirektor Jesse Clarkson, „absolut ungenügend für den Lebensunterhalt von Dr. Rosenberg und seiner Familie ist, kann ich nur hoffen, daß das Komitee die nötigen Mittel bereitstellen wird, um

194 Ihre Mitarbeit in diesem Kreis hatten auch Franz Borkenau und Adolph Lowe signalisiert. Vgl. Korschs Brief an Paul Mattick, 30. November 1935 und die Erläuterung der Herausgeber ebenda, S. 596.

195 Beide trafen sich auch im Hause Dritter, so z. B. des früheren Leiters der Neuköllner Karl-Marx-Schule Fritz Karsen; vgl. Korschs Brief an Mattick, 6. März 1940, in: Karl Korsch, Briefe 1940–1958, hg. von Michael Buckmiller und Michel Prat, Amsterdam 2001, S. 865. Ein im Anhang dieses Buches (S. 1703) vermuteter „Nachlaß Arthur Rosenberg, Brooklyn College“ existiert leider nicht.

196 IISG Amsterdam, Nachlaß Karl Korsch, Nr. 42: Rosenberg an Korsch, 11. November 1941; Korsch an Mattick, 8. November 1941, in: Korsch, Briefe 1940–1958, S. 1005f.

197 Korsch an Mattick, 24. Oktober 1942, ebenda, S. 1039.

198 Vgl. entsprechende Erwähnungen in Korschs Briefen 1908–1939, S. 684 und *passim*.

199 Über diese Institution vgl. Peter M. Rutkoff/William B. Scott, *New School. A History of the New School for Social Research*, New York/London 1986, und Claus-Dieter Krohn, *Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research*, Frankfurt 1987.

200 Vgl. u. a. Martin Jay, *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950*, Taschenbuchausgabe, Frankfurt 1985, bes. Kapitel V–VII.

201 Das Projektpapier befindet sich in: NYPL, Research Libraries; eine Kopie besitzt auch das Institut für Zeitgeschichte in München. Vgl. auch Herbert Marcuse, *Feind-Analysen. Über die Deutschen*, hg. von Peter-Erwin Jansen und Detlev Claussen, Lüneburg 1998, S. 113.

202 Vgl. Max Horkheimers Briefe an Rosenberg vom 11. Dezember 1939 und vom 18. März 1941, in: Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a. M., Archivzentrum, Nachlaß Max Horkheimer.

ihm die Anstellung zu ermöglichen.“²⁰³ Mit dem Komitee war das *Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars* gemeint, auf dessen finanzielle Hilfe Clarkson und Rosenberg hofften.

Zunächst blieb die Unterstützung durch das Hilfskomitee aus. Dafür erhielt Rosenberg von einer anderen Organisation, der *Carl Schurz Foundation*, die dringend nötige Hilfe, nämlich 2 000 \$ für das akademische Jahr 1938/39, die in Vierteljahresraten zu je 500 \$ eintrafen.²⁰⁴ Seinem Dank fügte Rosenberg eine Liste amerikanischer Hochschullehrer bei, die über ihn Auskunft bei eventuellen Anfragen geben könnten. Darunter waren Cyrus Adler, Präsident des Jewish Theological Seminary of America, Alvin Johnson, Direktor der New School for Social Research, Eugene N. Anderson, American University, Hajo Holborn, Yale, Walter Dorn, Ohio State University, und vor allem Charles Beard, der Doyen der amerikanischen Historiker.²⁰⁵ „Am 19. September begann ich wieder mit dem Unterricht am Brooklyn College, und ich mag meine Arbeit dort sehr“, konnte Rosenberg dem Schatzmeister der Foundation, Wilbour K. Thomas, berichten.²⁰⁶ Er habe gelesen, schrieb er wenig später, daß die Carl Schurz Foundation ein Deutsch-Amerikanisches Institut errichten wolle und bot seine Mitarbeit an.²⁰⁷ Doch blieb dies, wie so viele andere Projekte, eine bloße Idee.²⁰⁸

Am 12. Juli 1939 schrieb Rosenberg an Thomas, daß das Brooklyn College ihm nunmehr eine feste Anstellung in Aussicht stelle. Die Bezahlung sei aber nach wie vor so schlecht, daß die Professoren Clarkson und Whyte erneut um eine Beihilfe von 1 200 \$ für das kommende Jahr nachgesucht hätten. Er würde sich über eine Bewilligung der Summe sehr freuen.²⁰⁹ Doch mußte ihm Thomas mitteilen, daß die Unterstützung einmalig gewesen sei und nicht fortgeführt werden könne.²¹⁰

Eindringlich schilderte Rosenberg seine finanzielle Lage: „Zur Zeit beträgt mein Jahreseinkommen, auf dem allein meine Existenz beruht, 1 600 \$. Meine fünfköpfige Familie hängt völlig von meinen Einnahmen ab. Ich hätte gern das Brooklyn College gebeten, beim Emergency Committee oder der Rockefeller Foundation ein Stipendium zu beantragen, aber das ist für Hochschulen, die von der City of New York unterhalten werden, nicht möglich. Ich sehe daher jetzt keine andere Stiftung, bei der ich anfragen könnte; und dies um so weniger, als der ganze Vorgang einer Antragstellung und Bewilligung lange dauern wird, und ich jeden Tag vor neuen dringenden Problemen stehe.“ Er wisse, daß das Stipendium der Carl Schurz Foundation prinzipiell eine einmalige Sache sei und wolle Thomas nicht auf die Nerven fallen. „Wenn Sie nur meine Angelegenheit nochmals der Kommission zu Gehör bringen könnten, wäre ich Ihnen sehr verbunden.“²¹¹ Thomas sagte dies zu, machte Rosen-

203 YIVO Institute, Oberlander Trust: Jesse D. Clarkson an das Emergency Committee in Aid of Displaced German Scholars, 18. April 1938.

204 Ebenda: Roxanne Oberlin (Assistant) an Rosenberg, 6. Juli 1938.

205 Ebenda: Rosenberg an Wilbour K. Thomas, Carl Schurz Foundation, 10. Juli 1938.

206 Ebenda: Rosenberg an Thomas, 25. September 1938.

207 Ebenda: Rosenberg an Thomas, 30. Dezember 1938.

208 Vgl. ebenda: Thomas an Rosenberg, 12. Januar 1939.

209 Ebenda: Rosenberg an Thomas, 12. Juli 1939.

210 Ebenda: Thomas an Rosenberg, 18. Juli 1939.

211 Ebenda: Rosenberg an Thomas, 24. Juli 1939.

berg aber keine großen Hoffnungen, zumal die Kommission erst im Oktober wieder tage. Er riet ihm dringend, sich anderswo um ein Stipendium zu bemühen.²¹²

Am 29. Juli 1939 schrieb John Whyte, Professor am Department of German des Brooklyn College, an Betty Drury, die Sekretärin des Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars. „Die beigefügten Briefe Dr. Rosenbergs sprechen für sich selbst ... Wie Sie in der Korrespondenz sehen können, bezieht Rosenberg vom Brooklyn College ein Gehalt von 1 600 \$. 1940 wird er 1 800 \$ bekommen, das Normalgehalt eines Tutors. Er ist bereits oder schon bald in fester Anstellung am College, aber sein Gehalt ist weit unterhalb dessen, was ihm bei seinem wissenschaftlichen Ansehen zusteht und auch weit unter dem, was eine Familie bei bescheidenem Lebensstandard in New York City benötigt.“ Er sei ein Gelehrter, der, wie die Deutschen sagen, „in seinem Fach eine wahre ‚Kanone‘ ist.“ Seine Arbeiten hätten ihn, Whyte, tief beeindruckt.²¹³

Daraufhin entspann sich zwischen Harry D. Gideonse, Präsident des Brooklyn College, dem Emergency Committee und dem Oberlander Trust ein Briefwechsel, in dessen Ergebnis Rosenberg vom Emergency Committee ein Jahresstipendium von 1 000 \$ erhielt.²¹⁴ Am 30. Oktober 1939 konnte Wilbour K. Thomas Rosenberg mitteilen, daß der Oberlander Trust ihm erneut 800 \$ zur Verfügung stelle.²¹⁵ Erleichtert teilte Rosenberg Thomas mit, nun könne er die fünfhundert Dollar zurückzahlen, die er borgen mußte, um seine Bibliothek und das Mobiliar von England nach Amerika senden zu lassen.²¹⁶ Im September 1940 bewilligte das Emergency Committee für das folgende Jahr Rosenberg eine Summe von 800 \$. Die Reduzierung ergab sich aus der Tatsache, daß das Brooklyn College Rosenbergs Jahresgehalt von 1 800 auf 2 000 \$ erhöht hatte.²¹⁷

Am ersten Januar 1941 wurde er durch das Brooklyn College vom Tutor in den Rang eines fest angestellten Instructors erhoben.²¹⁸ Sein Jahresgehalt betrug weiterhin 2 000 \$. Präsident Gideonse bat deshalb am 28. Mai das Emergency Committee um eine weitere Unterstützung für Rosenberg.²¹⁹ Am 19. Juni erhielt dieser die Mitteilung, daß er für das akademische Jahr 1941/42 500 \$ aus dem Fonds des Committee erhalte.²²⁰ Am 22. November 1941 teilte Rosenberg Betty Drury mit, er habe in diesem Jahr nur wenig publiziert, da er sein Buch über die Sozialgeschichte des Orients im Altertum vorbereite.²²¹ Wenig später verneinte er die Nachfrage des Committee, ob er amerikanischer Staatsbürger sei; er habe erst die „First Papers“ erhalten. Außerdem habe er sich für den Verteidigungsfall als Luftschutzhelfer zur Verfügung gestellt und weitere Dienste angeboten.²²²

212 Ebenda: Thomas an Rosenberg, 31. Juli 1939.

213 NYPL, MAD, Emergency Committee: John Whyte an Betty Drury, 29. Juli 1939.

214 Ebenda: Minutes of September 21, 1939, Voucher No. 697.

215 YIVO Institute, Oberlander Trust: Thomas an Rosenberg, 30. Oktober 1939.

216 Ebenda: Rosenberg an Thomas, 2. November 1939.

217 NYPL, MAD, Emergency Committee: Mitteilung des Emergency Committee an Harry D. Gideonse, 12. November 1940.

218 YIVO Institute, Oberlander Trust: Rosenberg an Thomas, 28. April 1941.

219 NYPL, MAD, Emergency Committee: Gideonse an Stephen Duggan, Chairman of the Emergency Committee, 28. Mai 1941.

220 Ebenda: Duggan an Gideonse, 19. Juni 1941.

221 Ebenda: Rosenberg an Betty Drury, 22. November 1941.

222 Ebenda: Rosenberg an Duggan, 4. Dezember 1941.

Am 10. Februar 1942 wandte sich Rosenberg mit der Bitte an Betty Drury, das Emergency Committee möge ihm eine einmalige zusätzliche Beihilfe von 500 \$ zahlen. Im Jahre 1941 habe er außer den Geldern vom College keine Einnahmen gehabt. „Meine Tochter ist im Hauptstudium im Spezialfach Regierungslehre am Brooklyn College, mein ältester Sohn studiert Statistik an der City School of Business Administration. Beide sind hervorragende Studenten und werden im nächsten Jahr ihr Studium beenden. Ich denke, es wäre schlimm, sie jetzt vom College nehmen zu müssen. Ohne Abschluß könnten sie keine entsprechende Arbeit finden. Außerdem sollte mein Sohn Wolfgang, der dieses Jahr zwanzig wird, sein Studium beenden, bevor er zur Armee muß.“²²³ Harry Gideonse bat Betty Drury ebenfalls, Rosenberg zu unterstützen. Sie schrieb ihm, die Angelegenheit würde zum nächstmöglichen Zeitpunkt behandelt werden.²²⁴ Doch am 13. März mußte Stephen Duggan Gideonse mitteilen, daß sich das Emergency Committee außerstande sehe, Rosenberg weitere finanzielle Hilfe zu leisten.²²⁵ Zehn Wochen später, am 26. Mai, erteilte auch die Carl Schurz Foundation Rosenbergs Bitte um Unterstützung eine Absage.²²⁶ All dies ließ ihn nicht verzweifeln. Unter schwierigen Umständen bewahrte er sich sein klares politisches Urteil. „Die Lage der deutschen Emigranten“, schrieb er, ist „erheblich günstiger als die Situation der Emigranten von 1660 und 1848.“²²⁷

In dieser Zeit hatte sich Rosenberg um die Übersiedlung seiner früheren Berliner Kollegin Hedwig Hintze nach Amerika bemüht. Sie war 1939 in die Niederlande emigriert und hatte von dort aus um eine Genehmigung zur Einreise in die USA nachgesucht. Ihr Schicksal schien sich zum Guten zu wenden, als die New School sie im Herbst 1940 auf eine Professur berief. Doch ihre Unterlagen, die zur Ausstellung des Visums erforderlich waren, trafen nie in New York ein. Arthur Rosenberg, der beim Emergency Committee davon erfuhr, setzte sofort eine beglaubigte Erklärung auf, in der er versicherte, daß sie vor 1933 an der Berliner Universität gelehrt hatte. Doch mußte er zunächst selbst eine Versicherung erbringen, dort tätig gewesen zu sein.²²⁸ Rosenberg erfuhr nichts mehr über das Schicksal seiner Kollegin: in den Niederlanden von den deutschen Invasoren gejagt, nahm sich Hedwig Hintze am 19. Juli 1942 in auswegloser Lage das Leben.²²⁹

Rosenberg mußte auch den Verlust seines Freundes Werner Scholem beklagen. Dieser war im Februar und nochmals im April 1933 in Berlin verhaftet worden. Die zweite Verhaftung war der Beginn eines Leidensweges, der mit Scholems Ermordung am 17. Juli 1940 in Buchenwald enden sollte. Seiner Frau Emmy gelang 1934 die Flucht nach England. Dort nahm sie sofort Kontakt zu Rosenberg auf. Beide versuchten Hilfe für Werner Scholem zu organisieren. Nach der Übersiedlung Rosenbergs in die USA schrieb Emmy Scholem ihm

223 Ebenda: Rosenberg an Betty Drury, 10. Februar 1942.

224 Ebenda: Betty Drury an Gideonse, 20. Februar 1942.

225 Ebenda: Duggan an Gideonse, 13. März 1942.

226 YIVO Institute, Oberlander Trust: Rosenberg an Thomas, 21. April 1942; Thomas an Rosenberg, 26. Mai 1942.

227 Arthur Rosenberg, Zur Geschichte der politischen Emigration, in: *Maß und Wert*, 2 (1939), S. 375. Das Jahr 1660 bezog sich auf die englische republikanische Emigration nach der Rückkehr der Stuarts.

228 NYPL, MAD, Emergency Committee: Gesprächsnotiz von Edward Solow im Büro von Alwin Johnson nach einem Anruf beim Emergency Committee, 18. Dezember 1940.

229 Vgl. Walther, Von Meinecke zu Beard?, S. 365.

und Korsch und fragte nach einer Möglichkeit, ihren Mann nach New York zu holen. Am 18. November 1938 mußte Arthur Rosenberg ihr mitteilen:

„Ich habe die Aussichten für Werner mit sachkundigen Freunden besprochen. Wir sind alle zu der Überzeugung gekommen, daß bei der gegenwärtigen Zuspitzung der Beziehungen zwischen Amerika und den Nazis Werner keine Aussicht hat, nach Amerika entlassen zu werden. Es ist nicht anzunehmen, daß die Nazis einen Mann mit Werners politischer Vergangenheit, der 5 Jahre in Haft war, jetzt gerade nach New York lassen werden, damit er hier in Versammlungen der lebendige Beweis für ihre Greuel sein kann. Deshalb ist der einzige Weg, um Werner jetzt zu retten, die Ausreise nach Palästina. Ich empfehle Dir, sofort alles in dieser Richtung in Bewegung zu setzen.“ Werner Scholems Bruder Gershom könne von Jerusalem aus vielleicht helfen. Auch habe die britische Regierung „in den deutsch-jüdischen Angelegenheiten ein schlechtes Gewissen. Die englischen Behörden werden gewiß in einem Fall wie Werners jetzt ihr ‚gutes Herz‘ zeigen. Wie man Werner später aus Palästina nach Amerika bringen kann, ist eine Sache der Zukunft.“²³⁰ Doch für Werner Scholem gab es keine Zukunft in Freiheit.

Auch Siegfried Kawerau, einst Schulrektor des Köllnischen Gymnasiums, wurde ein Opfer des Naziregimes. Er war 1933 sofort aus dem Schuldienst entlassen und später mehrere Monate inhaftiert worden. An den Folgen der von seinen Mördern als „Schutzhaft“ bezeichneten Menschenquälerei starb Kawerau am 16. Dezember 1936.²³¹

Verglichen mit diesen Leidenswegen, hatte Arthur Rosenberg Glück gehabt. Doch verschlechterte sich nach dem Hitler-Stalin-Pakt die politische Lage für Hochschullehrer, die als Kommunisten verschrien waren. 1940 setzte die New Yorker Verwaltung das nach ihren beiden Vorsitzenden benannte Rapp-Coudert Committee ein (Frederic R. Coudert war einziger republikanischer Senator des Staates New York). Dieses Komitee sollte überprüfen, ob an den Hochschulen Lehrer unterrichteten, die den Sturz der amerikanischen Regierung planten. Das City College of New York, damals Anziehungspunkt radikaler Linker, wurde unter Druck gesetzt und entließ eine Reihe von Dozenten. Zwar stand das Brooklyn College nicht derartig unter Beschuß, aber ein Assistenzprofessor für Englisch, Bernard Grebanier, der eine Zeitlang der kommunistischen Partei der USA angehört hatte, erbot sich, über „subversive Aktivitäten“ von Mitgliedern und Sympathisanten der KP vor dem Rapp-Coudert-Komitee auszusagen.²³² Obwohl er später beteuerte, keine Namen genannt zu haben, die dem Komitee nicht ohnehin bekannt waren, und obgleich es am Brooklyn College noch nicht zu Entlassungen kam, verbreitete die antikommunistische Kampagne ein Klima der Angst und Verunsicherung.²³³ Der Kommunist und Philosophieprofessor Howard Sel-

230 Arthur Rosenberg an Emmy Scholem, 18. November 1938, in: Nachlaß Werner Scholem, Universität Hannover, Institut für Politische Wissenschaft, Sig. 381118.

231 Vgl. Reinhold Lütgemeier-Davin, Kawerau, Georg Siegfried, in: Manfred Asendorf/Rolf von Bockel (Hg.), *Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten*, Stuttgart/Weimar 1997, S. 326.

232 Vgl. den Bericht in der *New York Times* vom 4. Dezember 1940: 100 College Teachers Depicted As Holding Policy Meetings of Reds. Für die Übermittlung von Kopien dieses und weiterer Zeitungsartikel danke ich Professor Marvin Gettleman, New York City.

233 Anders war es etwa zehn Jahre später: In der Zeit des McCarthyismus verloren eine Reihe von Professoren am Brooklyn College ihre Anstellung, darunter der bekannte Germanist Harry Slochower. Vgl. Horowitz, *Brooklyn College*, S. 113.

sam zog es vor, seine politischen Artikel fortan unter einem Pseudonym zu veröffentlichen.²³⁴

Das Rapp-Coudert-Komitee stellte fest, daß „am Brooklyn College etwa dreißig Personen des Lehrkörpers der Partei angehören oder angehört hatten, von denen drei bereits ausgetreten sind, 15 als Mitglieder öffentlich genannt wurden und der Rest bisher unbekannt ist.“²³⁵ Zu Recht galt Rosenberg als Marxist, und seine Kollegen wußten natürlich, daß er kommunistischer Reichstagsabgeordneter gewesen war. So konnte er sich keineswegs sicher fühlen, zumal er die Vorurteile vieler amerikanischer Richter gegenüber Einwanderern kannte.²³⁶

Er wäre sich untreu geworden, hätte er diesem Druck nachgegeben. Als überzeugter Demokrat, der er in einem Prozeß des Nachdenkens und Schreibens geworden war, suchte er das Bündnis mit exilierten Kommunisten im Kampf gegen den Nazismus. „Unsere ‚Linke‘ habe, schrieb er seiner einstigen Genossin Ruth Fischer, trotz aller Fehler im einzelnen „die Lage Deutschlands und der Arbeiterbewegung richtiger verstanden ... als irgend jemand sonst.“²³⁷ Anfang 1942 gehörte er zu den Gründern einer Organisation mit dem langen Namen *German American Emergency Conference to Defeat Hitler for the Safeguard of American Democracy*. Dieses Gremium trat am 1. März 1942 in der New Yorker Webster Hall erstmals an die Öffentlichkeit – mit Kurt Rosenfeld als Präsidenten und Felix Boenheim als Sekretär. Hauptredner waren Franz Boas, der frühere Reichsbannersekretär Horst Bärensprung, Ernst Bloch, Julius Deutsch, der einstige Führer des österreichischen Schutzbundes und General des Spanienkrieges, weiterhin Alfred Kantorowicz und der Schriftsteller Bernhard Viertel. Auf dem Podium saß auch Arthur Rosenberg. In der Diskussion sagte er: „Im heutigen Europa – unter der Herrschaft des Faschismus – wird die Wissenschaft mißbraucht. Nicht nur jüdische Wissenschaftler, sondern fast alle deutschen Gelehrten wurden gezwungen, Europa zu verlassen, denn der Faschismus ist der Feind jeder Zivilisation; er ist die Barbarei. Aber es muß gesagt werden, daß ein Teil der Verantwortung für Hitlers Aufstieg auch bei den Wissenschaftlern liegt, denn sie hatten sich von den Problemen des Volkes abgewandt und betrieben nur noch ‚reine Wissenschaft‘. In einem neuen Europa kann es keinen Platz für solche Wissenschaftler geben, denn eine wahre Kultur kann nicht vom Leben des Volkes getrennt sein.“²³⁸ Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die *German Ame-*

234 Vgl. Schrecker, *No Ivory Tower*, S. 42ff., 78f.

235 So Horowitz, *Brooklyn College*, S. 111, der die Quelle aber nicht angibt.

236 Nach einer schriftlichen Auskunft existiert keine Akte des FBI über Arthur Rosenberg. John M. Kelso, U.S. Department of Justice, Federal Bureau of Investigation, Section Chief, Freedom of Information-Privacy Acts, am 10. August 2000 an den Verfasser. Der Verfasser konnte auch keine entsprechende Akte im Archiv des U. S. Department of Justice, Immigration and Naturalization Service finden. Auch Alexander Stephan, *Im Visier des FBI. Deutsche Exilschriftsteller in den Akten amerikanischer Geheimdienste*, Berlin 1998, nennt Rosenberg nicht.

237 Ruth Fischer/Arkadij Maslow, *Abtrünnig wider Willen*. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, hg. von Peter Lübke, München 1990, S. 144: Rosenberg an Ruth Fischer, 28. November 1941. In diesem Brief kondolierte er ihr zum Verlust ihres Lebensgefährten Arkadij Maslow.

238 *The German Americans and the War*. Report of the German American Emergency Conference Held in New York City on March 1, 1942, New York 1942, S. 12f. Diese Materialien befinden sich in der Franz Boas Collection in der American Philosophical Society Library, Philadelphia. Zum Hintergrund vgl. Joachim Radkau, *Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945*, Düsseldorf 1971, S. 173, und Ruprecht, Felix Boenheim, S. 244f. Im Zusammenhang

rican Emergency Conference zum wichtigsten Vorläufer einer kommunistischen Vorfeld-Organisation, dem *Council for a Democratic Germany*, werden sollte. Dessen Mitbegründer Albert Norden, Albert Schreiner und Gerhart Eisler vermittelten dann in der DDR ein Bild der Geschichte und Politik, dem Rosenberg kaum beigespflichtet hätte.²³⁹

Der Faschismus sei mit Begriffen wie Staatskapitalismus oder gar Staatssozialismus nicht zu fassen; er sei die moderne Barbarei. Dies war der Standpunkt, zu dem sich Rosenberg durchgerungen hatte. Er stimmte Franz Neumann zu, der in seinem Hauptwerk *Behemoth* schrieb, „daß der Nationalsozialismus ein Unstaat ist oder sich dahin entwickelt, ein Chaos, eine Herrschaft der Gesetzlosigkeit und Anarchie, welche die Rechte wie die Würde des Menschen ‚verschlungen‘ hat und dabei ist, die Welt durch die Obergewalt über riesige Landmassen in ein Chaos zu verwandeln ...“²⁴⁰ Rosenberg, der erste Rezensent dieses Buches,²⁴¹ hatte über diese Idee mit seinem Freund diskutiert.²⁴² Sein Urteil war bündig: „Eine Flut von Büchern über Nazideutschland ist in den letzten Jahren erschienen; nur sehr wenige von ihnen werden bleiben. Neumanns Buch gehört zu diesen wenigen“, wie auch, so darf angemerkt werden, die Bücher Arthur Rosenbergs.²⁴³

In einer wichtigen Arbeit über die Totalitarismus-Debatten des deutschen Exils hob William David Jones kürzlich hervor, daß „Neumanns Zurückweisung eines Konzeptes des Staatskapitalismus und der damit einhergehende Gedanke des Primats der Politik sowohl marxistisch inspiriert war als auch darüber hinausging. *Behemoth* bot gewiß eine Art von marxistischer Kritik des Naziregimes, aber sogar einige seiner Bewunderer sahen hinter dem gewaltigen wissenschaftlichen Apparat eine Art von Zwiespalt lauern. Jener Marxismus, dessen sich Neumann im *Behemoth* bediente, gefiel weder dem pessimistischeren Horkheimer noch konnte er Korsch in dessen militanter Phase der frühen vierziger Jahre überzeugen. Das Buch wurde jedoch von Rosenberg mit Lob geradezu überschüttet. Dieser befand sich gerade auf dem Weg zur Sozialdemokratie, die Neumann zu verlassen im Begriff war. Sogar die praktische politische Komponente und das Klassensubjekt von Neumanns Marxismus erschienen ein wenig dunkel. In seinem Modell eines totalitären Monopolkapitalismus betonte Neumann die Widersprüche, die durch die Bedürfnisse des Regimes in der Verwaltung und Ausbeutung hervorgerufen wurden, weit stärker als offene Anzeichen von Klassenkonflikten, obwohl diese ebenfalls, wenngleich undeutlich, sichtbar waren. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß Fragen des Klassenbewußtseins und der proletarischen

mit dieser Konferenz erfolgt die einzige Erwähnung Arthur Rosenbergs bei Eike Middell u. a., *Exil in den USA. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil*, Bd. 3, Leipzig 1979, S. 114.

239 Vgl. zu dieser Organisation Ursula Langkau-Alex/Thomas M. Ruprecht (Hg.), *Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945*, Frankfurt/New York 1995.

240 Hier und im folgenden zit. nach der deutschen Taschenbuchausgabe: Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, hg. von Gert Schäfer, Frankfurt 1984, S. 16.

241 Die amerikanische Erstausgabe erschien 1942, Rosenbergs Rezension bereits Ende 1941.

242 Dies bestätigte dem Verfasser Professor Feliks Gross, der mit Neumann befreundet war und Rosenberg auch bei ihm traf. Neumann lebte seit 1937 in New York.

243 Arthur Rosenberg, Rezension zu: Franz Neumann, *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*, in: *ZfS*, IX (1941), S. 526f. Vollständiger Abdruck (in deutscher Übersetzung) als Dokument Nr. 14 im Anhang.

Revolution, obwohl nicht ganz vernachlässigt, doch nicht im Mittelpunkt seiner Untersuchung standen.“²⁴⁴

Wir wissen inzwischen, daß Rosenbergs Verhältnis zur Sozialdemokratie allein mit dem Begriff der Annäherung nicht erklärt werden kann. Er wies auf das unmittelbare praktische Bedürfnis der gewaltigen theoretischen und empirischen Arbeit Neumanns hin: „Der wichtigste Teil unseres Kampfes gegen den Faschismus besteht darin, eine neue Theorie zu entwickeln, die der veränderten Welt entspricht und den Faschismus auf seinem eigenen Feld schlägt. Es ist das größte Verdienst von Neumanns Buch, daß es den Weg für eine heute so notwendige neue politische Wissenschaft bereitet. Neumanns Buch enthält, neben seinen theoretischen Verdiensten, viele Abschnitte, die für die praktische Politik von Bedeutung sind; Abschnitte über die inneren Spannungen und Brüche des Nazisystems, über die bestmöglichen Methoden eines Propagandakrieges gegen Hitler und über den notwendigen Wiederaufbau Europas nach dem Krieg.“²⁴⁵

Dieser Neuaufbau dürfe nicht von Rachegefühlen geleitet sein, müsse aber die sozialen Wurzeln des Nationalsozialismus ausrotten, hatte Neumann unmißverständlich gefordert: „Europa muß neugestaltet werden. Es darf nicht wieder in feindliche, kriegführende Staaten gespalten sein. Die Möglichkeiten eines vereinigten Europas müssen zum Wohl der breiten Massen eingesetzt werden. Deutschland darf nicht geteilt und versklavt werden. Wir haben nachzuweisen versucht, daß es keinen spezifisch deutschen Charakterzug gibt, der für Aggression und Imperialismus verantwortlich zu machen wäre, sondern daß der Imperialismus der Struktur der deutschen Monopolwirtschaft, dem Einparteiensystem, der Wehrmacht und der Bürokratie innewohnt. Um die Aggression zu beseitigen, muß außer der Entmachtung von Partei, Wehrmacht und hoher Bürokratie die Macht der Monopolwirtschaft endgültig gebrochen und die ökonomische Struktur Deutschlands grundlegend verändert werden ... Aber um den Nationalsozialismus im Bewußtsein des deutschen Volkes zu vernichten, ist das Beispiel einer gut funktionierenden Demokratie gleich wertvoll wie eine mächtige Armee.“²⁴⁶ Diese Gedanken, mit denen Neumann seinen *Behemoth* beschloß, knüpften gewissermaßen an Rosenbergs Buch *Demokratie und Sozialismus* an, das mit den Worten endete: „Wo die demokratische Selbstverwaltung nicht mechanisch durch Proklamation der Republik oder des allgemeinen Stimmrechts dekretiert, sondern historisch aus dem Leben des werktätigen Volkes herausgewachsen ist, da zeigt sie eine großartige Widerstandskraft. In der Neuzeit ist eine Demokratie, die wirklich eine ist, bisher noch nicht zugrunde gegangen.“²⁴⁷

Finanziell bedrängt, ließ Rosenberg dem Pessimismus keinen Raum. Er blieb politisch ungebrochen. Aber im Herbst 1942 war seine körperliche Substanz verbraucht. In einem bewegenden Brief schrieb er am 4. November an Betty Drury, die Sekretärin des Emergency Committee: „Inzwischen hat sich meine Situation weiter verschlechtert. Während der letzten Monate bekam ich Schmerzen in der Hüfte und begann mit dem rechten Fuß zu hinken. Als die Schmerzen immer stärker wurden, habe ich einen Spezialisten aufgesucht. Dieser sagte,

244 William David Jones, *The Lost Debate. German Socialist Intellectuals and Totalitarianism*, Urbana/Chicago 1999, S. 142.

245 Rosenberg, Rezension zu Franz Neumann, *Behemoth*, S. 527.

246 Neumann, *Behemoth*, S. 549f.

247 Rosenberg, *Demokratie und Sozialismus*, S. 308.

mir, eines meiner Beine sei ernsthaft geschädigt und würde die umliegenden Organe des Körpers angreifen. Ich muß mich einer langwierigen Röntgenbehandlung unterziehen. Trotz meiner Krankheit werde ich versuchen, soweit dies irgend möglich ist, meinen akademischen Verpflichtungen nachzukommen. Sie wissen, wie teuer eine solche Röntgenbehandlung ist, und ich weiß zur Zeit nicht, wie ich mir das leisten kann. Ohne die Behandlung muß ich in naher Zukunft meine akademische Tätigkeit aufgeben. Bitte informieren sie das Komitee über diese neue Lage. Ein Stipendium ist deshalb dringender denn je zuvor.“²⁴⁸

Auch Präsident Gideonse erbat im Namen des Brooklyn College schnellstmögliche Hilfe. Am 12. November teilte Stephen Duggan ihm mit, das Emergency Committee werde Rosenberg eine einmalige Beihilfe von 500 \$ zukommen lassen.²⁴⁹ Zwei Wochen später kam die Überweisung.²⁵⁰

Selbst um seine Existenz kämpfend, kümmerte sich Rosenberg auch jetzt um die Nöte anderer. Schwerkrank schrieb er ein Gutachten an das Emergency Committee, in dem er Ruth Fischers Antrag auf ein Stipendium unterstützte. Bewegt dankte sie ihm am 7. Februar 1943 und schrieb: „Zunächst mein herzlichstes Beileid zum Rückfall und die Hoffnung, daß Sie bald wieder im buchstäblichsten Sinn des Wortes auf den Beinen sind. Mir geht es jetzt soweit gesundheitlich gut, daß ich Sie eventuell besuchen kann, wenn Sie zu Hause sind und sich besuchsfähig fühlen.“²⁵¹ Doch der Brief erreichte Arthur Rosenberg nicht mehr.

Am 1. Februar war er in das Long Island College Hospital in Brooklyn eingeliefert worden. Ein Beauftragter des Emergency Committee rief am gleichen Tag bei Ella Rosenberg wegen der Überweisung der zweiten Rate an. Er fragte, ob der Scheck auf ihren oder den Namen der Tochter ausgestellt werden könne, damit er nicht verfalle.²⁵² Einen Tag darauf wurde die Überweisung abgeschickt und Rosenberg im beiliegenden Brief um seine Unterschrift gebeten.²⁵³ Wir wissen nicht, ob er sie noch geben konnte.

Am 7. Februar 1943, einem Sonntag, fünf Tage nach dem Sieg der Roten Armee in Stalingrad, starb Arthur Rosenberg im Long Island College Hospital an Krebs. Er wurde 53 Jahre alt und hinterließ eine Frau und drei Kinder. Seine Witwe, die ein zweites Mal heiratete, sollte noch bis 1985 leben. Seine Tochter Liselott (später Lottie Lisle) verstarb 1991. Die beiden Söhne Wolfgang und Peter Michael leben in den USA.

Arthur Rosenbergs Leichnam wurde auf dem Friedhof von Cypress Hills in Brooklyn, nahe der Jamaica Avenue, beigesetzt.²⁵⁴

Der Freund und Kollege Hans Rosenberg konnte bewirken, daß das Brooklyn College der Familie die einmalige Summe von 2 000 \$ zukommen ließ. Eine kurze Mitteilung an die Familie hielt fest, das Geld werde „aufgrund einer Verzögerung nicht vor Mai eintreffen.“²⁵⁵

Der Nachruf des Colleges hob hervor, die Studenten liebten ihren Lehrer Arthur Rosenberg „und strömten geradezu in seine Seminare und Vorlesungen. Er war gleichermaßen

248 NYPL, MAD, Emergency Committee: Rosenberg an Betty Drury, 4. November 1942.

249 Ebenda: Duggan an Gideonse, 12. November 1942.

250 Ebenda: Emergency Committee, Schatzmeister Fred M. Stein an Rosenberg, 27. November 1942.

251 Ruth Fischer an Rosenberg, 7. Februar 1943, in: Fischer/Maslow, *Abtrünnig wider Willen*, S. 155.

252 NYPL, MAD, Emergency Committee: Notiz über eine Telefongespräch (R. O'Donnell), 1. Februar 1943.

253 Ebenda: Fred M. Stein an Rosenberg, 2. Februar 1943.

254 Eine Kopie des amtlichen Totenscheines befindet sich im Besitz des Verfassers.

255 NYPL, MAD, Emergency Committee: Fred M. Stein an Albert Abrahamson, National Refugee Service.

Freund und Gelehrter. Er brachte die Geschichte zum Leben.“²⁵⁶ Die *New York Times* schrieb, er habe zuletzt „viele demokratische Entwicklungen in den USA und England gewürdigt, die er einst bekämpfte.“²⁵⁷ Auch für die konservative *New Yorker Staats-Zeitung und Herald* war Rosenbergs Tod „eine schmerzliche Überraschung.“ Das Blatt betonte, er habe sich nach seinem Bruch mit dem Kommunismus der Sozialdemokratie angenähert.²⁵⁸ Die *Avukah Student Action* würdigte ihn als sozialistischen Zionisten.

„Die meiste Zeit seines Lebens hatte er kein Interesse an jüdischen Angelegenheiten“, hieß es in einem sehr ausführlichen Artikel. Aus „Hitlers Machtantritt ... erwuchs sein Interesse an jüdischer Politik und ihren Notwendigkeiten. Somit brachten ihn ganz praktische Gründe dazu, die jüdische Einwanderung nach Palästina zu unterstützen. Er fühlte auch, daß die Juden außerhalb Palästinas in einer Welt nach dem Krieg ihre Interessen selbständig wahrnehmen sollten, und daher war er am Charakter und der Entwicklung der zionistischen Organisationen interessiert.“ Die *Avukah Student Action* setzte sich kritisch mit dem Nachruf der *New York Times* auseinander, in dem es hieß, Rosenberg habe nach seinem Bruch mit dem Kommunismus die Demokratie schätzen gelernt. „Das ist von der Wirklichkeit weit entfernt. Rosenberg war nicht weniger demokratisch gesinnt, bevor er die Partei verließ. Er trat stets für Freiheit und Gleichheit, Sicherheit und Demokratie für jeden ein. Sein Standpunkt war Rosa Luxemburgs grundsätzlich demokratischem Impuls und ihrer marxistischen Analyse sehr nahe ... Arthur Rosenberg hatte einen tiefen Sinn für die Undurchführbarkeit und oft Unehrllichkeit dessen, was allgemein Reformismus genannt wird. Er beurteilte jedes politische Ereignis grundsätzlich danach, ob es der Arbeiterklasse und ihrem politischen Verständnis hilft. Er hatte keinerlei Achtung für jene Liberalen und Rechtssozialisten, die behaupten, sie hätten ein Herz für die Interessen der Unterjochten, aber in Wahrheit die Arbeiter dazu bringen, sich mit Wenigem und mit Scheinerfolgen zufriedenzugeben, während die Macht in der Hand derer verbleibt, die den Arbeitern niemals Freiheit und menschliche Gleichheit zugestehen.“²⁵⁹

Hans Rosenberg schrieb über den Historiker und seine Arbeiten: „Sie sind gleichmäßig ausgezeichnet durch die frische Lebendigkeit ihres Stils, die Klarheit und Einfachheit der Gedankenführung, den scharfen Blick für das Wesentliche, die überlegene und kühle Sachlichkeit der Analyse und den unerschütterlichen Glauben an die siegende Kraft der Idee der demokratischen Selbstregierung der arbeitenden Massen. In diesem Glauben, der sich in der Emigration nur noch verstärkt hat, ist Arthur Rosenberg gestorben.“²⁶⁰ Fritz Karsen, wie Rosenberg aus Berlin vertriebener Pädagoge, sagte schlicht, die Welt sei um einen guten Menschen ärmer geworden.²⁶¹

Bis zuletzt blieb Rosenberg seiner Maxime, „überlieferte Anschauungen und Kampfformeln zu überprüfen“ treu. „Er war und blieb europäischer Marxist, der die stalinistischen Methoden ablehnte, aber deshalb keineswegs zum liberalen Kapitalismus übergang“, erinnerte sich Ruth Fischer. Er habe stets versucht, „die Bewegung als Ganzes zu analysieren.“

256 Brooklyn College Vanguard, 22 (1943), Nr. 1, S. 1 und 8.

257 Dr. A. Rosenberg, Teacher in Exile, in: The New York Times, 9. Februar 1943.

258 Weimar-Historiker stirbt im Exil, in: New Yorker Staats-Zeitung und Herald, 10. Februar 1943.

259 Prof. Rosenberg's Works Analyze the Great Changes of Our Times, in: Avukah Student Action, May 1943, S. 3f. Der Text befindet sich in deutscher Übersetzung gekürzt als Dokument Nr. 15 im Anhang.

260 Hans Rosenberg, Ein Historiker der deutschen Republik, in: Aufbau, 19. Februar 1943.

261 Ebenda.

Soweit er sich überhaupt einer Schule verschrieben habe, könne man sagen, daß „diese die Schule Lenins war.“²⁶²

Doch noch weniger als jene Sozialdemokraten, die den Marxismus *ad acta* legen, können die Vertreter einer Heilslehre, die sich auf Marx und Lenin beruft, Rosenberg für sich in Anspruch nehmen. Rosenbergs Bewunderung für Lenins revolutionären Geist und seine scharfe Kritik an der diktatorischen Praxis des Bolschewismus bilden eine dialektische Einheit. Nach dem Bruch mit der KPD stand die Rechtfertigung des sowjetischen Einparteiensystems für ihn nicht mehr zur Diskussion. Er sah in einer kämpferischen Demokratie das beste Erbteil der alten Sozialdemokratie, und er suchte diese Demokratie mit dem revolutionären Enthusiasmus Rosa Luxemburgs zu erfüllen. Ihre hellsichtige Kritik an den Gefahren der Alleinherrschaft einer, und sei es auch der revolutionärsten Gruppe findet in Rosenbergs Büchern ihre Fortsetzung. Hatte Rosenberg einst Paul Levi bekämpft, so ging er später, gleich ihm, den Weg vom dogmatischen Kommunismus zum revolutionären Sozialismus, um „die Bewegung als Ganzes zu analysieren.“ Doch die Frontstellung Sozialdemokratie versus Kommunismus war ihm nur noch Zeichen einer antiquierten Schlachtordnung. Es sei Aufgabe des marxistischen Historikers, sie auf radikaldemokratischer Grundlage überwinden zu helfen und Brücken zum bürgerlichen Humanismus zu schlagen.

Als Rosenberg fragte „Was bleibt von Karl Marx?“, suchte er das Bleibende von dem Vergänglichen in Marx' Denken und Tun zu trennen. Damit legte er gewissermaßen Rechenschaft über sich selbst ab. „Marx war niemals ein ‚radikaler‘ Prinzipienreiter“, schrieb Rosenberg 1940. „In großen revolutionären Krisen forderte er ein rücksichtslos entschlossenes Auftreten des Proletariats, aber in anderen Perioden war Marx auch mit friedlichen Reformen innerhalb des Kapitalismus einverstanden, wenn sie die Lage der Arbeiterschaft real verbesserten ... Bei aller Anerkennung für die historische Aufgabe des Proletariats im Zeitalter der Großindustrie hat Marx doch nie aus der Industriearbeiterschaft einen Fetisch gemacht. Marx hat einen großen Teil seines Lebenswerkes dem Studium der Agrarfrage und den Bewegungen der Bauernschaft gewidmet ... Die heutige Generation kann aus den Schriften von Marx keine Wunderrezepte und wunderbaren Prophezeiungen entnehmen, sondern nur das Vorbild, wie man die stets sich wandelnden Tatsachen kritisch zu erfassen und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen hat.“²⁶³

*

Ein zu kurzes Leben war Rosenberg auf der Suche nach den historischen Wurzeln von Freiheit und Gerechtigkeit, jenen Grundsätzen der Humanität. Sie im Denken und Handeln der Menschen zu verankern, war er bestrebt. Zuerst sah er im deutschen Nationalismus, dann in der kommunistischen Parteiideologie geistige Wegweiser. Der Wissenschaftler stand im inneren Kampf mit dem Nationalisten und dann dem Parteikommunisten. Immer siegte der Wissenschaftler. Nur dadurch gelangte Rosenberg auch zu einem Verständnis von Marx, das über den verengten Marxismus der Arbeiterbewegungen seiner Zeit hinauswies. Im Zeitalter

262 Ruth Fischer in einem Brief an Helmut Schachenmeyer, 29. Juli 1960. Kopie im Besitz des Verfassers.

263 Rosenberg, Was bleibt von Karl Marx?, in: Ders., Demokratie und Klassenkampf, S. 136f.

der Katastrophen blieb seinen Büchern die notwendige Resonanz versagt.²⁶⁴ Doch nach den bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und inmitten des Kalten Krieges begab sich eine neue Generation auf die Suche nach historischen Ratgebern, um die Kluft zwischen demokratischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu überwinden. Dabei stieß sie auf Rosenberg. Nun trafen seine Bücher den Nerv der Zeit. Doch warum ist auch nach 1989 das Interesse an ihnen lebendig geblieben?

Am Beginn dieser Untersuchung stand eine Bemerkung Sebastian Haffners über Arthur Rosenberg. Dieser habe eine Idealdistanz zu den Gegenständen seiner Forschung besessen, „die des gerade noch Beteiligten, der dabei war und ein bißchen mitgemischt hat, ohne geradezu im Mittelpunkt zu stehen.“ Vielleicht haben auch deshalb seine zeithistorischen Arbeiten ihren eigentümlichen Reiz bis heute behalten, obwohl sie, wie alle Darstellungen dieser Art, Begrenzungen unterworfen sind. Der Zeithistoriker kann nicht alles wissen, was die Historiker späterer Generationen zutage fördern. Die Archive werden, trotz gegenteiliger Behauptungen, von den jeweils Herrschenden nur selektiv zugänglich gemacht. Auch ist der Gegenwartshistoriker ein Kind seiner Zeit und ihrer Strömungen, den Abstand späterer Forscher kann er nicht haben. Dies zeigt sich auch in Rosenbergs Werk, so in seinen Urteilen über den Ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution, die von seinen eigenen Erfahrungen beeinflusst sind. Auch hier wird sichtbar, daß in Änderungen des Urteils Restbestände früherer Einstellungen hineinwirken. Noch wichtiger ist etwas anderes:

Rosenberg war ein Ausgeschlossener, der von den herrschenden Zeitströmungen und ihren Vertretern nie wirklich akzeptiert wurde; er war Jude, Marxist und ein Ketzer im Kommunismus, aber er wurde nicht zum Renegaten, der verbrannte, was er gestern noch angebetet hatte. Er mußte sich die Unabhängigkeit des Urteils wirklich erarbeiten. Sein Verhältnis zu den vielfältigen Formen der Demokratie war durch wachsendes Verständnis und eine immer klarere historische Perspektive gekennzeichnet.

In seinen Büchern zur antiken und modernen Geschichte finden sich ermutigende Beispiele für das kollektive Handeln der Menschen, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen. Daß diesen Anstrengungen nur allzu selten Erfolg beschieden war, lastete Rosenberg weder dem angeborenen Unvermögen der Massen noch dem schrankenlosen Wüten allmächtiger Führer oder gar blindem historischen Schicksal an. Vielmehr suchte er nach den je spezifischen Ursachen für das Handeln oder Nichthandeln in einer konkret gegebenen Situation. Dies vor allem begriff er als imperative Aufgabe, als ureigenes Arbeitsgebiet des Historikers. Nur dann seien auch allgemeinere Schlüsse möglich. Einen davon gab er, soeben aus Deutschland vertrieben, seinen Lesern mit auf den Weg: „Das Unglück der deutschen Sozialisten“, schrieb er im Schweizer Exil, „kam nicht daher, daß sie für die Demokratie eintraten, sondern daß sie sich mit zu wenig Demokratie zufrieden gaben. Die Demokratie als die Selbstregierung der werktätigen Massen ist die unbedingte Voraussetzung des Sozialis-

²⁶⁴ Doch hatte Rosenberg zumindest einen aufmerksamen Leser in Nazideutschland: den ständig vom Tode bedrohten Victor Klemperer. Dieser las im März 1942 Rosenbergs *Entstehung der deutschen Republik* und war von dem Buch beeindruckt. Auf der Suche nach Material für seine Untersuchung über die *Lingua tertii imperii*, von der Klemperer nicht annehmen durfte, sie je zu veröffentlichen, notierte er: „Für Rosenberg ist Machtübernahme ein völlig geläufiges Wort, mehrfach gebraucht.“ Wie bemächtigten sich die Nazis des Terminus, der offenbar schon in der Weimarer Republik gängig war?, fragte sich Klemperer. Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum Letzten. Tagebücher*, Bd. 2: 1942–1945, hg. von Walter Nowojski und Hadwig Klemperer, 4. Aufl., Berlin 1995, S. 56.

mus. Der Verlust an Demokratie ist der härteste Schlag, der die Arbeiterschaft überhaupt treffen kann.

Aber die Demokratie erschöpft sich nicht im allgemeinen Stimmrecht. Die Volksvertretung muß, auch in der bürgerlichen Demokratie, die unbedingte Gewalt über alle Kräfte des öffentlichen Lebens haben. In der deutschen Republik bestanden nicht allein die großkapitalistischen Wirtschaftsmächte und der feudale Grundbesitz ungestört weiter, sondern die Armee war ein Staat im Staate, die Verwaltung, die Justiz, die Volksbildung waren von demokratischen Kräften kaum berührt.“ Die Lehre des Zusammenbruchs der deutschen Republik könne nur sein, daß die arbeitenden Menschen „sich eine *richtige Demokratie* erkämpfen und sich nicht mit der halben Demokratie begnügen“ werden. Nur wenn die Sozialisten bereit sind, „die gesamte Staatsmacht auf allen Gebieten in die Hand zu nehmen“, könne die Ebbe „durch eine neue revolutionäre Flut abgelöst werden.“²⁶⁵

Welche Form diese Ablösung annehmen werde, sei völlig offen. Aber in der Geschichte ist „auf den Niedergang einer demokratischen Tendenz stets das Aufleben anderer Formen in der Selbstregierung der Massen gefolgt. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß dies in Zukunft anders sein wird.“ Die „große Mehrheit der Menschheit“, hoffte Rosenberg, „wird allmählich in allen Ländern erkennen müssen, daß ihre eigene Selbstregierung die notwendige Voraussetzung ist, um ein würdiges Niveau der Existenz zu erringen.“²⁶⁶

Nach dem Tode Paul Levis zog Carl von Ossietzky in seinem Nachruf gleichsam „das Fazit der ersten zehn Jahre Republik.“ Seine Worte über Levi treffen nicht weniger auf Arthur Rosenberg zu: „Die Kommunisten taten Unrecht, ihn einen Abtrünnigen, die Sozialdemokraten, ihn einen Bekehrten zu nennen. Er war ein internationaler revolutionärer Sozialist aus Rosa Luxemburgs Schule, hat es nie verleugnet.“ Wie Levi war Rosenberg der sozialistischen Bewegung „verschworen wie kaum ein Anderer, aber nicht der Partei, nicht ihren Buchstaben, nicht ihren Opportunitäten und Rücksichten.“²⁶⁷

265 Rosenberg, Zum 9. November, in: Ders., *Demokratie und Klassenkampf*, S. 211ff.

266 Rosenberg, *Demokratie und Sozialismus*, S. 308.

267 Carl von Ossietzky, Paul Levi, in: *Die Weltbühne*, 26 (1930), S. 281f.

Summary

Throughout a rather short life, Arthur Rosenberg (1889–1943) achieved fame in a remarkable variety of intellectual roles: Born and raised in the Jewish lower middle-class in imperial Berlin, he gained an early reputation as a prolific historian of the ancient world, mainly writing on early Roman history. An unrestrained patriot, he supported Germany's policy at the outbreak of the First World War. He served most of the war years in the War Press Department in Berlin, but also in France. At the end of the war, Rosenberg became disillusioned with the old order, and he turned from German nationalism to socialism. In November 1918, he became a member of the Independent Social Democratic Party of Germany (USPD). Two years later, he joined the German Communist Party (KPD).

In the 1920s, Rosenberg was a well-known communist politician. In 1924, he was elected to the party directorate of the district of Berlin-Brandenburg, and in the same year to the Central Committee (Parteizentrale). In May 1924, he won a seat in the German parliament, the Reichstag, where he remained until 1928. In July 1924, at the fifth congress of the Communist International (Comintern), he was elected a deputy member of its Executive Committee (ECCI) and of its presidium. He published extensively in the Communist press, particularly on problems of international relations. Within the party, he held an ultra-left position until the fall of 1925. From that point, he became gradually more of a radical democrat. In the climate of stabilisation during the mid-1920s, he realised that there was no room for revolutionary adventures. In April 1927, Rosenberg left the KPD. In a formal letter, addressed to the party leadership, he made the Communist defeat in China and the subordination of the various Communist parties under the tutelage of Moscow responsible for his break. He remained an independent socialist, and started to write for the social-democratic press.

In the following years, he became famous as an historian of the German Republic, and of international socialism and communism. Besides his teaching at the University of Berlin and at Köllnisches Gymnasium, a progressive high school in Berlin, he wrote a number of books and articles. His book on *The Birth of the German Republic* (1928) was very largely an outcome of his work in the Parliamentary Committee of Investigation of Germany's 1918 defeat. He pointed out that it was the actions of the Workers' and Soldiers' Councils that opened the way for the birth of the German republic. Rosenberg's *History of Bolshevism*

(1932), the first serious academic treatment of the subject, was based on his political experience as a leading German communist. He considered the Bolshevik doctrine and actions to be progressive for Russia. But what was progressive for Russia was reactionary for the West, where the bourgeois revolution had been completed, and where a well-trained industrial proletariat and an educated middle-class constituted a majority of the population. He was aware that the Soviet leadership, despite its revolutionary rhetoric, was sacrificing the cause of the European proletariat for the state interest of the USSR.

In 1933, Rosenberg and his family were forced to leave Germany. This radical break in his life circumstances changed neither his political views nor his erudite, compassionate style of writing, which he managed to combine with the historian's distance from the subject he was writing about.

After a time in Switzerland, Rosenberg went to Britain. The University of Liverpool appointed him as a lecturer in history, but did not give him a tenured position. After his three-year contract had ended, Rosenberg left Britain for the United States. In October 1937, he arrived in New York City and obtained a faculty position at Brooklyn College, where he stayed under difficult financial circumstances until the end of his life. He wrote extensively on international politics, mainly on the rise of fascism in comparative perspective.

During his lectureship in Liverpool, Rosenberg published *A History of the German Republic* (1935). He emphasised the lack of democratic tradition as the main reason why the 1918 revolution did not succeed. The social democratic leaders forfeited all opportunities to create a democratic army and state bureaucracy. Like imperial Germany, the Weimar Republic was deathly ill from the very beginning and, in Rosenberg's words, doomed to fail.

Right after his arrival in the United States, Rosenberg published his last book, *Democracy and Socialism* (1938). As in his previous works, he pointed out the significance of social conflicts and class struggles in the course of ancient and modern history. Seeking the causes of the defeat of liberal-democratic states in the inter-war period, he offered a typology of modern democracies. He distinguished between "socialist" and "bourgeois" democracy. While the first was still nothing but a programme, the latter had gone through different stages.

During the last years of his life, Rosenberg became an active left-wing Zionist. He established contacts with the Zionist student's group Avukah (the Torch), and taught history at its summer camp in New York state. He came again in contact with German communist exile activities, although he remained critical of communist politics.

Rosenberg continued to teach at Brooklyn College, where he had been given tenure in 1941. But in the autumn of 1942, his fellowships from refugee organisations, on which he was still depending, were not renewed. At the same time, his health began to deteriorate rapidly. He suffered from cancer. On 1 February 1943, Rosenberg was sent to the hospital. Six days later he died. After the Second World War, he found new readers in many countries.

Anhang

Verzeichnis der Dokumente

1. Meldung des Oberprimaners Arthur Rosenberg zur Staatsprüfung, 8. Juni 1907
2. Verzeichnis der von Arthur Rosenberg an der Berliner Universität besuchten Lehrveranstaltungen 1907–1911
3. Habilitationsgutachten von Otto Hirschfeld, 14. Oktober 1913
4. Verzeichnis der von Arthur Rosenberg an der Berliner Universität gehaltenen Lehrveranstaltungen 1914–1933
5. Arthur Rosenberg, Die heiligen drei Könige oder wofür Deutschland Geld hat, 8. Juli 1919 (Auszüge)
6. Rede Arthur Rosenbergs auf dem KPD-Bezirksparteitag Berlin, 21./22. Januar 1923 (Auszüge der stenographischen Mitschrift)
7. Erklärung von Arthur Rosenberg und Werner Scholem vom 15. April 1925
8. Rede Arthur Rosenbergs auf dem Essener Parteitag der KPD, 2.–7. März 1927
9. Rosenbergs Austrittserklärung an das ZK der KPD, 27. April 1927
10. Arthur Rosenberg, Nochmals „Leninismus“, 1927
11. Arthur Rosenberg, Epilogue zu: A History of the German Republic, 1936 (deutsche Übersetzung)
12. Arthur Rosenberg, Biographische Angaben, 1938
13. Arthur Rosenberg; Why Should Jews Have a Political Program, 22. Juni 1941 (deutsche Übersetzung)
14. Arthur Rosenberg, Rezension zu Franz Neumann, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism, 1941 (deutsche Übersetzung)
15. Prof. Rosenberg's Works Analyze the Great Changes of Our Time, 1943 (Auszüge in deutscher Übersetzung)

*Dokument Nr. 1:*Meldung des Oberprimaners Arthur Rosenberg zur Staatsprüfung,
8. Juni 1907

Der unterzeichnete Oberprimaner des Askanischen Gymnasiums meldet sich für den Michaelistermin 1907 zur Reifeprüfung und macht über seinen bisherigen Lebens- und Bildungsweg folgende Angaben:

Es ist nicht ganz leicht, sein eigenes Leben zu beschreiben. Es ist dazu nötig, sich selbst nicht wie gewöhnlich als Subjekt, sondern als Objekt des Denkens zu betrachten. Dieser Schwierigkeit bin ich mir wohl bewußt. Ich muß daher, ehe ich mit den Angaben über meinen Lebensgang beginne, den Zweifel voraussenden, ob es mir gelingen wird, immer unparteiisch richtig zu urteilen.

Ich bin geboren am 19. Dezember 1889 zu Berlin als Sohn des Kaufmanns G. H. Rosenberg. Ich besuchte bis zur Quarta das Joachimthalsche Gymnasium, sodann 1½ Jahre das Maximiliansgymnasium in Wien, seitdem (seit Obertertia) das Askanische Gymnasium. Der Wiener Aufenthalt hat keinen wesentlichen bildenden Einfluß auf mich geübt. Selbst für die berühmten Kunstschatze der alten Kulturstadt hatte ich damals noch gar kein Interesse.

Der erste Schriftsteller, den ich, abgesehen von den üblichen Kinderbüchern, las, war einer, mit dem man gerade nicht anfangen sollte, nämlich – Shakespeare. Bewundernde Gespräche von Erwachsenen hatten meine Neugier auf die Werke des großen Dichters erregt. Ich verstand von ihm nur etwas, nämlich die köstlichen Falstaffszenen, sonst absolut nichts, woraus ich natürlich den Schluß zog, nicht daß ich unfähig sei, sondern daß Shakespeare nichts taue. Erst ganz allmählich habe ich diesen gewaltigen Mann zu würdigen gelernt. Ebenso erging es mir mit Goethe.

Von all den Schriftstellern, mit denen ich mich im Laufe der Jahre in der Schule oder privatim beschäftigte, bin ich zu einem niemals in ein näheres Verhältnis getreten, nämlich zu Schiller. Ich werde auch in Zukunft voraussichtlich meine Ansicht über ihn nicht ändern. So sehr ich ihn als Menschen bewundere, kann ich an seiner Dichtungsart keinen Gefallen finden.

Dafür habe ich, seit ich ihn kenne, eine besondere Vorliebe für Lessing. In seinem klaren Geiste, seiner scharfen und doch so gediegenen Kritik, seinem weiten Blick und seinen tiefen Gedanken stellt er ein noch unerreichtes Vorbild dar. Es hat mich sehr gefreut, daß Lessing den seiner Bedeutung entsprechenden breiten Raum in deutschen Unterricht in der Schule erhalten hat.

Schon von früher Kindheit an interessierte ich mich vor allem für Geschichte. Das erste historische Werk, das ich in die Hand bekam, war zufällig Schlossers Weltgeschichte. Dieses Buch ist heute völlig überlebt, was aber gerade manches Gute für mich hatte. Schlosser tut – abgesehen von einigen Abschnitten über Literatur – weiter nichts, als langweilig und trocken die äußere Politik der einzelnen Staaten darzustellen. Dieser Zweig der Weltgeschichte ist zwar, richtig behandelt, ebenso schwer zu verstehen, wie jeder andere, aber er läßt sich am leichtesten popularisieren. Daher war Schlossers Werk meinem damaligen Gesichtskreis völlig angemessen. Ich habe aus ihm vor allem eine Menge Tatsachen gelernt, die ein solides Fundament für weitere Arbeiten boten.

Ich empfand die niedere Stufe der Schlosserschen Geschichtsbetrachtung eigentlich erst, als ich Mommsens „Römische Geschichte“ kennenlernte. Der Eindruck, der dieses Werk auf mich machte, wird mir stets unvergeßlich bleiben. Ganz besonders trug dazu Mommsens wundervoller Stil bei, den ich, freilich vergebens, in meinen Secundaneraufsätzen nachzuahmen suchte.

Einmal bei den Schulaufsätzen angelangt, mag eine kleine Abschweifung erlaubt sein. Während ich Gedankenentwicklungen ganz gut darstellen zu können glaube, bin ich zu poetischen Schilderungen vollkommen unfähig. Alle Aufsatzthemen dieser Art sind mir bisher mißglückt. So erhielten wir in Obersecunda einmal den Auftrag, Herbstbilder zu beschreiben. Ich lieferte ein trauriges Elaborat ab. Damals hielt ich es natürlich für ungerrecht, daß ich das wohlverdiente Prädicat „Mangelhaft“ erhielt.

Doch zurück zum Thema. Als Kind glaubte ich recht viel Geschichte zu wissen. Je näher ich mich dieser Wissenschaft widmete, desto mehr wurde ich vom Gegenteil überzeugt. Um nicht in oberflächlichen Dilettantismus zu geraten, sah ich mich genötigt, einen Teil von ihr zum besonderen Studium zu wählen. Ich wählte die Alte Geschichte. Zur Ergänzung für die in der Schule gründlich behandelte klassische Zeit suchte ich mich zu Hause besonders in die orientalische einzuarbeiten. Von den modernen Fachgelehrten habe ich das meiste den Schriften des hiesigen Universitätsprofessors Eduard Meyer zu verdanken, dessen Schüler zu sein ich hoffentlich das Glück haben werde.

Als die Zeit der Entscheidung für einen bestimmten Beruf kam, wählte ich den, bei dem ich am meisten mit dem Altertum in Berührung bleiben kann, nämlich den eines Lehrers der klassischen Sprachen. Es trug zu diesem Entschlusse noch besonders die Überlegung bei, daß Geschichtskenntnisse ohne Beherrschung der entsprechenden Sprachen und Literaturen wertlos sind. Ich habe daher die Absicht, Klassische Philologie und Alte Geschichte zu studieren.

Ich war auf der Schule in der angenehmen Lage, daß die behandelten Fächer mir für meinen künftigen Beruf von Nutzen waren. Ganz besonders ist dies natürlich bei Latein und Griechisch der Fall. Während der Jurist und Mediziner auf der Universität von vorn anfangen muß, kann der Philologe einfach dort fortfahren, wo er auf der Schule aufgehört hat. Der unmittelbare Nutzen von Religion, Deutsch und Geschichte für jeden, der sich mit historischen Wissenschaften beschäftigen will, liegt auf der Hand. Die Unentbehrlichkeit der neuen Sprachen habe ich erst vor kurzer Zeit erfahren müssen. Ich brauchte zu einem bestimmten Zweck einige wichtige Bücher und erfuhr zu meinem Bedauern, daß sie nur Englisch erschienen sind. Ich warf mich nun mit besonderem Eifer auf diese früher etwas stiefmütterlich behandelte Sprache und erreichte durch tägliche Übungen wenigstens einiges Verständnis eines englischen wissenschaftlichen Textes.

Auch die auf Mathematik und Physik verwandte Zeit reut mich nicht. Von dem allgemeinen Bildungswert, den ich hier beiseite lasse, abgesehen, besteht ein guter Teil der Geistesarbeit der Griechen in mathematischen Untersuchungen, die unverständlich sind, wenn man sich nicht die Grundlagen der Mathematik angeeignet hat.

Quelle: Askanische Oberschule, Berlin, Schularchiv: Reifepprüfung, Michaelis 1907. Orthographie modernisiert.

Dokument Nr. 2:

Verzeichnis der von Arthur Rosenberg an der Berliner Universität besuchten Lehrveranstaltungen 1907–1911

Universitätslehrer	Lehrveranstaltung
Otto Hirschfeld	Römische Geschichte Römische Verfassungsgeschichte
Eduard Meyer	Geschichte des Orients Israelitische Geschichte
Hermann Dessau	Erklärung des Polybios Epigraphische Übungen
Paul M. Meyer	Geschichte des Hellenismus Papyruskunde
Michael Tangl	Verfassungsgeschichte der Kirche und des Rechts Urkundenlehren Quellenkunde zur Geschichte des Mittelalters
Adolf von Harnack	Kirchenhistorisches Seminar (ordentliches Mitglied)
Ulrich von Wilamowitz-Möllendorff	Griechische Literaturgeschichte Platons Euthydemos
Friedrich Delitzsch	Hebräisch Tell-Amurna-Tafeln
Hermann Diels	Geschichte der griechischen Philologie

Quelle: Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsarchiv, Philosophische Fakultät 1234 (betr. Habilitationen), Bl. 92/2.

Dokument 3:

Habilitationsgutachten von Otto Hirschfeld, 14. Oktober 1913

Dr. Arthur Rosenberg, der sich zur Habilitation im Fach der Alten Geschichte meldet, hat seine Studien auf der Berliner Universität absolviert und ist auf Grund seiner Dissertation und der vortrefflich bestandenen mündlichen Prüfung zum Doctor der Philosophie mit dem Prädikat *magna cum laude* am 29. Juli 1911 promoviert worden. Seine Dissertation ist in demselben Jahr in erweiterter Form unter dem Titel: „Untersuchungen zur römischen Zentu-

rienverfassung“ im Weidemann'schen Verlag erschienen. Seitdem hat Rosenberg sich besonders der Untersuchung der alt-italischen Verfassungen zugewandt und das reiche, aber bisher seit Mommsens Forschungen historisch fast nicht ausgebeutete Material, das in den Inschriften der italischen Stämme enthalten ist, dafür ausgenutzt. Als Resultat dieser Untersuchungen ist im J. 1913 bei Weidemann die als Habilitationsschrift hier vorgelegte Schrift: „Der Staat der alten Italiker“ erschienen, in der ein erfolgreicher Versuch gemacht ist, den Inschriften eine vergleichende Verfassungsgeschichte der italischen Volksstämme abzugewinnen. Daneben veröffentlichte er: „Studien zur Entstehung der Plebs“ im 48. Bande des Hermes (1913), die an Ed. Meyers Untersuchungen über die Plebs abknüpfen.

Bereits während seiner Universitätszeit hatte Rosenberg sich der Erforschung der Etruskischen Sprache zugewandt; als Frucht dieser Studien erschienen im J. 1913 in dem 4. Bande der Zeitschrift „Glotta“ zwei Abhandlungen über die etruskische Wortbildung und über die Agramer Mumienbinden, über deren Wert Hr. Kollege W. Schulze urteilen wird. Auf einer durch Verleihung eines städtischen Stipendiums ihm ermöglichten Reise in Etrurien hat er Gelegenheit gehabt, die wichtigsten etruskischen Nekropolen zu untersuchen.

Alle Arbeiten des Dr. Rosenberg zeugen von nicht gewöhnlichem Scharfsinn und eindringlicher Kritik, die ihn vor zu raschen Schlüssen auf diesem dunklen und schlüpfrigen Boden zu bewahren geeignet ist. Seine Lehrtätigkeit an unserer Universität dürfte auf dem Gebiet der italischen Geschichte sich als fruchtbar erweisen. Ich empfehle daher die Zulassung des Dr. Rosenberg zu den weiteren Habilitationsleistungen.

Berlin, d. 14. Oktober 1913

Hirschfeld

Quelle: Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsarchiv, Phil. Fak. 1234, Bl. 126f.

Dokument Nr. 4:

Verzeichnis der von Arthur Rosenberg an der Berliner Universität gehaltenen Lehrveranstaltungen 1914–1933

(wenn nicht anders bezeichnet, fanden die Lehrveranstaltungen im Rahmen des Historischen Seminars statt)

Sommersemester 1914:

Griechische Geschichte von den Perserkriegen bis auf Philipp von Makedonien
Historische Übungen

Wintersemester 1914/15:

Griechische Geschichte im Zeitalter des Hellenismus (von Philipp von Makedonien bis zur Zerstörung von Korinth)
Grundzüge der römischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Historische Übungen über Thukydides und den Ausbruch des Peloponnesischen Krieges

Sommersemester 1915:

Griechische Geschichte von den Anfängen bis zum Untergang des athenischen Reiches
Historische Übungen über das Zeitalter des Marius
Apuleius' „Metamorphosen“ (im Philologischen Seminar)

Wintersemester 1915/16:

Römische Geschichte von den Anfängen bis auf Ti. Gracchus
Historische Übungen

Sommersemester 1916:

Römische Geschichte von Ti. Gracchus bis auf Augustus
Historische Übungen
Sallust's „Historien“ (im Philologischen Seminar)

Wintersemester 1916/17:

Griechische Geschichte
Die wirtschaftliche Entwicklung des Altertums
Historische Übungen

Sommersemester 1917:

Geschichte der römischen Republik
Historische Übungen
Ciceros Briefwechsel mit M. Brutus (im Philologischen Seminar)

Wintersemester 1917/18:

Römische Geschichte von den Gracchen bis zum Tode Caesars
Die Religion der Römer
Historische Übungen

Sommersemester 1918:

Geschichte der römischen Kaiserzeit

Wintersemester 1918/19:

Römische Verfassungsgeschichte

Sommersemester 1919:

Griechische Geschichte von den Perserkriegen bis auf Philipp von Makedonien
Die antike Demokratie

Wintersemester 1919/20:

Übersicht über die römische Geschichte

Sommersemester 1920:

Quellenkunde zur römischen Geschichte
Die soziale Frage im Altertum

Wintersemester 1920/21:

Geschichte der römischen Kaiserzeit

Kolloquium über die Hauptprobleme der alten Geschichte, besonders für Anfänger

Historische Einführung von Livius, Buch I und II

Sommersemester 1921:

Der Untergang des römischen Reiches (römische Geschichte von Diocletianus bis Heraclius)

Übersicht über die griechische und römische Geschichte, in Form eines Kolloquiums

Wintersemester 1921/22:

Der Untergang der antiken Welt (römische Geschichte von Diocletianus bis Heraclius)

Sommersemester 1922:

Der Sozialismus und Kommunismus im Altertum

Wintersemester 1922/23:

Der Untergang der antiken Welt

Sommersemester 1923:

Griechische Geistesgeschichte vom materialistischen Standpunkt

Wintersemester 1923/24:

Die sozialen Voraussetzungen für die Entstehung des Christentums

Die Geschichtsauffassung der alten Kirche, im Anschluß an die Lektüre von Augustinus'

„De civitate Dei“

Sommersemester 1924:

Die sozialen Kämpfe im alten Rom

Übungen über römische Staatswissenschaft, im Anschluß an Ciceros „De re publica“

Wintersemester 1924/25:

Die sozialen Kämpfe in der Römischen Republik

Sommersemester 1925:

Übungen über die Verfassung und Gesellschaft der Römischen Republik, im Anschluß an Ciceros „De re publica“

Wintersemester 1925/26:

Übungen über Volkswirtschaft des Altertums

Sommersemester 1926:

Übungen über Aristoteles' „Politik“, Buch III

Wintersemester 1926/27:
Übungen über die Politik des Aristoteles

Sommersemester 1927:
Griechische Staatstheorien

Wintersemester 1927/28:
Grundzüge der römischen Verfassungsgeschichte

Sommersemester 1928:
Geschichte der römischen Kaiserzeit

Wintersemester 1928/29:
Römische Geschichte im Zeitalter Ciceros und Caesars

Sommersemester 1929:
Griechische Geschichte

Wintersemester 1929/30:
Geschichte der römischen Verfassung von den Anfängen bis zum Prinzipat

Sommersemester 1930:
Griechische Geschichte von den Anfängen bis 146 v. Chr.
Übungen für Anfänger (Alte Geschichte)

Wintersemester 1930/31:
Geschichte des Sozialismus und der sozialen Frage im Altertum

Sommersemester 1931:
Die materialistische Geschichtsauffassung, erläutert an der griechisch-römischen Geschichte

Wintersemester 1931/32:
Materialistische Geschichtsauffassung, spezieller Teil (Wirtschaft, Staat, Wissenschaft, Kunst, Religion)

Sommersemester 1932:
Übersicht über die römische Geschichte
Übungen zur materialistischen Geschichtsauffassung

Wintersemester 1932/33:
Römische Geschichte im Zeitalter der Weltoberung (280–146 v. Chr.)
Geschichte des Sozialismus und der sozialen Frage im Altertum
Übungen zur Verfassung der späten römischen Republik (im Seminar für Alte Geschichte)

Sommersemester 1933 (angekündigt):
Grundzüge der materialistischen Geschichtsauffassung
Übersicht über die römische Geschichte
Aristoteles, „Politik“, Buch III (im Seminar für Alte Geschichte)

Quelle: Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Vorlesungsverzeichnisse (Humboldt-Universität, Universitätsarchiv und Universitätsbibliothek).

Dokument Nr. 5:

Arthur Rosenberg, Die heiligen drei Könige oder wofür Deutschland Geld hat, 8. Juli 1919 (Auszüge)

„Sparen, Sparen!“ So tönt es aus dem Munde unserer Finanzminister im Reich und in den Einzelstaaten. Wenn die Arbeiter und Beamten des Staats Aufbesserung ihrer knappen Einkünfte verlangen, wenn dringende Reformen in unserem Erziehungs- und Bildungswesen gefordert werden, dann stehen die regierenden Herren gewöhnlich achselzuckend da und beteuern treuherzig: „Wir haben kein Geld!“ Der arme, arme preußisch-deutsche Staat! Er hat nur für zwei Dinge immer Geld: für die *Freiwilligenkorps* und für die *Kirche!*

In *Weimar* haben die Rechtssozialisten, die Zentrumsleute und die Demokraten, neben anderen tüchtigen Leistungen, auch ein Kompromiß über das künftige Verhältnis von Kirche und Staat zusammengebracht. Das Werk des schwarz-rot-goldenen Dreibunds hat denn auch das verdiente Lob davongetragen: Mit schmunzelndem Behagen berichtet der bekannte geistliche Dunkelmann *Mumm* in der Zeitschrift „Reformation“ vom 1. Juni über die Weimarer Beschlüsse, wie sie in den Artikeln 30, 30a und 31a des deutschen Verfassungsentwurfs zum Ausdruck gekommen sind. *Mumm* triumphiert: „Das kirchliche Vermögen ist gegen Zugriffe gesichert, ebenso das Steuerrecht der Kirchen sichergestellt. Die Staatszuschüsse an die Kirchen sollen abgelöst werden; die Grundsätze für vollwertige Entschädigung werden durch ein Gesetz festgelegt werden.“ Kurz und gut, der Kirche sind alle Einkünfte „sichergestellt“. Und wenn sonst im Lande noch so viel Elend herrscht, die Kirche soll nicht darben. Dafür sorgen schon die Rechtssozialisten im Bunde mit ihren demokratischen und Zentrumsfreunden. Im Jahre 1914 hat allein in Preußen die *Kirche 42 Millionen Mark* direkt aus dem Staatssäckel bekommen; ganz abgesehen von den vielen Millionen der Kirchensteuer. Zur Zeit zahlt der preußische Staat die Millionen an die Kirche immer noch lustig weiter, und wenn künftig einmal der Staatszuschuß an die Kirche „abgelöst“ werden sollte, dann bekommt sie eine „vollwertige Entschädigung“! Und doch hat es einmal einen gewissen Jesus von Nazareth gegeben, der seine Jünger lehrte: „Ihr könnt nicht zwei Herren zugleich dienen. Entweder ihr dient *Gott* oder dem *Mammon*.“ Nun, Herr *Mumm* und seine kirchlichen Freunde haben sich für den *Mammon*, in Gestalt der deutschen Reichstausendmarkscheine entschieden. Wie sie auf dieser Grundlage ihr Verhältnis zu *Gott* und zu *Jesus* einrichten wollen, bleibt ihnen überlassen. Die frommen Herren haben es ja zu allen Zeiten verstanden, vier ungerade sein zu lassen; sie werden sich auch aus dieser Zwickmühle herausfinden.

Nicht ohne Grund haben die *Ebert-Scheidemann* nach dem 9. November ihr kirchenfreundliches Herz entdeckt. An sich ist ihnen die Kirche völlig gleichgültig; aber sie brauchen die *schwarzen Bataillone* als *Waffenbrüder* im Kampf gegen das klassenbewußte Proletariat. Darum hält die jetzige Regierung der Geistlichkeit die offene Brieftasche hin und liefert ihr die Schuljugend aus. Indessen ist in der Ehe zwischen dem Rechtssozialismus und der Kirche, wobei die Demokraten als Brautjungfern hinterdrein laufen, eine ergötzliche Irrung passiert. Der *oberste Bischof* und ‚Herr‘ der preußischen evangelischen *Landeskirche* war bis zur Revolution *Wilhelm II.* Seitdem nun Wilhelm seinen Wohnsitz nach Amerongen verlegt hatte, war die preußische Landeskirche bischofs- und herrenlos, ein Zustand, der eigentlich einer demokratischen oder gar sozialistischen Zeit gar nicht übel entsprach ...

Die wirkliche Befreiung der Kirche von der skandalösen Staatskontrolle ist nur möglich durch *restlose Trennung von Kirche und Staat*. Dann darf die Kirche aber auch keine Trinkgelder vom Staat annehmen, und sie muß jeden Einfluß auf öffentliche Einrichtungen, wie z. B. die Schule, aufgeben. Gegenüber dem kümmerlichen Schacher zwischen den gegenwärtigen Machthabern und der Geistlichkeit erheben wir die Forderungen: keine „*Kirchensteuern*“ mehr, sondern nur noch freiwillige Mitgliedsbeiträge in den privaten kirchlichen Vereinen! *Kräftigste Heranziehung des Kirchenvermögens*, wie aller anderen Vermögen, zu den Lasten der Allgemeinheit! Und vor allem: *kein Pfennig mehr für die Kirche* aus den staatlichen und kommunalen Kassen! Die vielen *Millionen*, die bisher alljährlich in Preußen-Deutschland der Staat dem sprichwörtlichen „guten Magen“ der Kirche zugeführt hat, sollen lieber zur *körperlichen und geistigen Förderung unserer armen Proletarierkinder* benutzt werden. In diesem Sinne wird eine wirkliche sozialistische Regierung zu arbeiten haben ...

Quelle: Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, 8. Juli 1919 (Abend-Ausgabe).

Dokument Nr. 6:

Rede Arthur Rosenbergs auf dem KPD-Bezirksparteitag Berlin, 21./22. Januar 1923 (Auszüge der stenographischen Mitschrift)

Unsere Aufgabe besteht darin, uns klar zu werden über unsere Aufgaben, und wer das meiste zur Klarheit beiträgt, leistet auch das Beste für die Parteiarbeit. Zur Rede des Genossen Pieck als offiziellem Sprecher der Reichszentrale will ich, ganz egal, ob nachträgliche Erklärungen gemacht wurden, nicht eingehen. Die persönliche revolutionäre Ehrlichkeit des Genossen Pieck steht außerhalb jeder Debatte und die Sympathie der Berliner Genossen für den Genossen Pieck ist oft genug zum Ausdruck gekommen. Die Rede des Genossen Pieck läßt jede marxistische Grundlage vermissen. Die Rede zeigt keinerlei Versuch, zu einem wirklichen Standpunkt kommunistischer Politik zu gelangen. Hoffentlich holt Genosse Böttcher dies in seiner Rede nach. Die entscheidende Frage ist, wie stehen wir zu den Sozialdemokraten und zu den Massen? Wir müssen uns die Frage vorlegen, wodurch unterscheiden wir uns von der Sozialdemokratie? Gibt es opportunistische Gefahren oder nicht? Es muß ganz präzise festgestellt werden, wie unterscheiden wir uns von der Sozialdemokratie, nicht dadurch, daß wir sagen, es sind Verräter, was vielleicht für die Führer, aber nicht für

die Massen zutrifft. Wir unterscheiden uns nicht im Endziel. Wir unterscheiden uns in drei Dingen: 1. die Sozialdemokratie erklärt, wir kommen zu unserem Ziel durch Benutzung des parlamentarischen Apparats, 2. die entscheidende Krise ist noch nicht vorhanden, und dann 3. noch eine sehr entscheidende Tatsache, wir müssen uns vor allen Dingen stützen auf die gehobenen Teile der Arbeiterschaft. Die Kommunisten stehen im Gegensatz zu allem. Wir lehnen ab die parlamentarische Methode und wir sagen, die Tendenz, der Arbeiteraristokratie nachzulaufen, ist die Lähmung der Revolution.

Nun haben manche Genossen ihre Ansichten kundgetan. Nun werde ich auf die Ansichten eingehen, die ein (!; M.K.) Genosse Brandler erwähnt in der „Internationale“, Heft 1, „Die gegenwärtigen Aufgaben der Partei“. Dieser Artikel ist keine persönliche Meinung allein, das war das persönliche Referat Brandlers auf dem Zentralausschuß. Nun finden wir darin die Ausführungen Brandlers über die Arbeiterregierung. Er erklärt: „Daß Sie von den Sozialdemokraten und den von ihnen geführten Massen kommunistische Politik verlangen, ... ist eine Irreführung unserer eigenen Arbeitermassen.“ Kommunistische Politik ist die Politik, die ehrlich die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Wenn Brandler das von vornherein sagt, dann ist es sehr fraglich, was wir als Kommunisten in so einer Regierung zu suchen haben. „Nicht daß die anderen kommunistische Politik machen, sondern wir sie zwingen, ihre praktische Politik in die Wirklichkeit umzusetzen“; also das heißt, wir müssen die Sozialdemokraten dazu zwingen, den Massen zu zeigen, sie halten ihre Versprechungen nicht und darum müssen sie (die Kommunisten; M.K.) mit ihnen in die Regierung hinein. Wir haben doch genug sozialistische Regierungen gehabt. Die Arbeiterschaft hat erkennen müssen, daß die sozialistischen Führer ihre Versprechungen nicht halten und nun sollen die kommunistischen Minister noch dazu kommen. Unsere Stärke war die, wir stehen draußen und zeigen, wie die Sozialdemokraten die Geschäfte der Bourgeoisie machen. Dann erklärt Brandler weiter, „man müsse die Arbeiter in den Kampf bringen, daß sie auf diese Art und Weise, wie sie sich einbilden, auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie in den Dienst des Klassenkampfes gestellt werden. Der Kampf soll geführt werden auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie.“

Wer derartiges schreibt, der setzt sich in Gegensatz zu den Dingen, die wir im marxistischen Kurs den Anfängern beibringen. Diese einfachen Dinge sind hier vergessen. Brandler sagt: Der Ausgangspunkt unserer Agitation darf nicht der sein, daß wir sagen, Arbeiterregierung ist Diktatur, nicht so werden wir zur Zersetzung der sozialistischen Partei kommen, sondern dann, wenn wir anzuknüpfen verstehen an die Auffassung der Arbeiter in gehobener Lebensstellung, wenn es möglich ist, den auf parlamentarischem Weg gewonnenen Staat und seine Macht in den Dienst des Klassenkampfes zu stellen. Brandler hat 1. den Standpunkt, den Staat zu erobern auf parlamentarischem Wege, und 2. das Entscheidende, daß wir nur dann weiterkommen, wenn wir anknüpfen an die Arbeiter in gehobenen Stellungen.

Ich möchte die Parallele dazu ziehen. Liest man sich Kautskys Buch „Das Görlitzer Programm“ durch, so wird man finden, Kautsky unterscheidet sich nicht im Entferntesten im Theoretischen von Brandler. Er schreibt, „daß das Proletariat nicht einheitlich ist, es zerfällt in zwei Schichten, in das aufsteigende Proletariat und in die dummen ungeschulten Massen.“ Kautsky sagt, diese Arbeiteraristokratie ist die Elite, und diese Umschreibung will Brandler theoretisch umstellen.

Wir haben diese Erfahrung gemacht in der sächsischen Regierung, wo ein Teil unserer führenden Genossen bereit war, in die sächsische Regierung hineinzugehen, ohne sich auf proletarische Organe stützen zu wollen. Der Bezirksparteitag wird die entscheidende Aufgabe haben, den Trennungsstrich zu ziehen zu diesen Kautskytheorien ...

Es sind Thesen in der „Roten Fahne“ vom 9. Januar veröffentlicht von Klein und Böttcher. Diese Thesen sind gesund und im allgemeinen recht gut. Doch ein Pferdefuß dabei ist Punkt 5: „Die Arbeiterregierung ist nicht die Diktatur des Proletariats, noch ein friedlicher parlamentarischer Aufstieg zu ihr. Sie ist eine Regierung von Arbeiterparteien, die die Abwehrkämpfe gegen die Versuche des Kapitals durch Abwälzung aller Lasten der Nachkriegskrise auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung, die Existenz der Arbeiterklasse vollständig zu untergraben, führt.“ Wer das geschrieben hat, hat das revolutionäre Problem noch gar nicht begriffen. Die Arbeiterregierung ist die Machtübernahme des Proletariats und nun kommt man plötzlich und sagt, die Arbeiterregierung ist die Defensive. Auf der einen Seite ist der Kapitalismus so stark, daß er noch angreift, und auf der anderen Seite sind die Arbeiter immer noch in der Defensive. Hier fehlt das marxistische ABC. Der politische Überbau, das ist die Folge der ökonomischen Grundlage. Es ist schon folgendes möglich, man kann sich denken, die Regierung greift an und ist dabei doch eine Schaukelregierung (siehe Regierung Wirth). Dann kommt man unbedingt zu der Konsequenz, warum kann es nicht eine friedliche Arbeiterregierung geben?

Genosse Böttcher und der andere Genosse, wir haben schon eine Arbeiterregierung und zwar in Schweden, unter Herrn Branting. In diesen Tagen werden 60 000 Sägearbeiter vom Schwedischen Arbeitgeberverband auf den Damm geworfen, weil sie den Lohnabbau nicht hinnehmen wollten. Dieser Punkt 5 ist der Pferdefuß, an dem Punkt 5 zeigt sich der Geist, und das ist derselbe Geist, wie er aus Brandlers Rede und aus Brandlers Thesen spricht.

Und nun zur praktischen Frage, wie stellen wir uns zu der Ruhrbesetzung? Die Hauptschuld an der Ruhrbesetzung tragen doch die Kapitalisten, weil sie an die Franzosen nicht zahlen wollen. Die Kapitalisten müssen zahlen und dann machen wir einen Abwehrblock und kämpfen die deutsche Bourgeoisie nieder ...

Nun wird gesagt, man soll bei Diskussionen die nötige Rücksicht auf die Partei nehmen. Das Programm fordert von uns Gewinnung der Massen. Die Frage wird nicht dadurch beantwortet, allen Strömungen der Massen Rechnung zu tragen, sondern dadurch, daß man die Politik, die man für richtig hält, ohne Schwankungen macht. Die Mitglieder und Arbeitermassen werden wir gewinnen, wenn diese zu der richtigen Erkenntnis kommen. Ich bekenne mich absolut dazu, daß man keine Gegensätze übertünchen soll. Der Parteitag muß entscheiden, seid ihr für diese Auffassung oder nicht? Jede Art von Verkleisterung ist der Tod der Partei, und Rosa Luxemburg hat immer diese Wahrheit gepredigt: „Wahrheit und Klarheit und nochmals Klarheit!“

Quelle: SAPMO-BArch, RY I/I 3/1–2/2, Bl. 35–40: Protokoll des KPD-Bezirksparteitages, Berlin, vom 20.–21. Januar 1923 (orthographische Fehler in der Mitschrift sind korrigiert).

Dokument Nr. 7:

Erklärung von Arthur Rosenberg und Werner Scholem vom 15. April 1925

Die Unterzeichneten halten zur Einheitsfronttaktik an dem alten Standpunkt der Linken fest. Die Hauptpunkte sind folgende:

1. Spitzenverhandlungen sind an sich unter gewissen Bedingungen möglich, aber sie dürfen auf keinen Fall dazu führen, daß bei den Arbeitern die Illusion eines dauerhaften Zwischenstadiums zwischen Herrschaft des Kapitals und Diktatur des Proletariats entsteht.
2. Jedes kommunistische Manöver muß von der Massenaktion ausgehen. Es ist falsch und opportunistisch, wenn man glaubt, die Massenaktionen durch Verhandlungen der Spitzen ersetzen zu können oder mit Hilfe von Spitzenverhandlungen eine Massenaktion auslösen zu können.
3. Die KPD darf bei Manövern anknüpfen an die realen Nöte und Bedürfnisse der Massen; sie darf aber niemals anknüpfen an die parlamentarisch-demokratischen Illusionen der Massen.
4. Die KPD darf bei Manövern niemals einen Augenblick darüber den Zweifel erwecken, daß sie *allein imstande* ist, die Massen zum Kampf zu führen, und daß neben ihr andere kampffähige Arbeiterparteien oder sonstige republikanisch-antikapitalistische Parteien nicht existieren.
5. In Perioden zwischen zwei revolutionären Wellen bei scheinbarem Stillstand der Bewegung muß die KPD erst recht alles aufbieten, um ihre Existenz als selbständige Partei zu behaupten. In Zeiten des Stillstandes und des Überganges muß die Kommunistische Partei zwar auch gegen auftretende Kinderkrankheiten des Radikalismus (Gewerkschaftsfrage) kämpfen, in erster Linie aber hat sie die Aufgabe, mit ganzer Kraft sich gegen die Greisen-Krankheiten des Opportunismus zu wenden (vergl. Stalins Rede in der tschechischen Kommission der Erweiterten Exekutive, April 1925).

Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich für den gegenwärtigen Streitfall folgendes:

Es ist absolut zulässig und sogar notwendig, wenn die KPD eine Massenaktion entfaltet, um die materiellen Voraussetzungen des deutschen Monarchismus zu erschüttern, die zugleich die Hauptstütze des Gewaltapparates der deutschen Bourgeoisie sind. Wir verlangen eine Massenkampagne vor allem innerhalb der Gewerkschaften und Betriebe zur Auflösung der Reichswehr, Entmilitarisierung der Schutzpolizei, Auflösung der faschistischen Massenverbände, Stahlhelm usw., verbunden mit der Amnestie für die politischen Gefangenen des Proletariats. Das Endziel soll die Vorbereitung des Massenstreiks gegen das Hindenburg-System sein.

Es ist zulässig und wünschenswert, daß die Gewerkschaften und Betriebe zum Kampf für diese Forderungen festgelegt werden. Es ist ebenso zulässig, daß einzelne Gewerkschaften und Betriebe vom ADGB eine Stellungnahme für oder gegen diese Forderungen verlangen, wobei die KPD den Schritt einer solchen Einzel-Gewerkschaft oder eines solchen Betriebes unterstützt. Diese praktischen Forderungen im Kampf gegen den deutschen Monarchismus

sind sowohl in unserer Agitation für die Präsidentschaftswahl als auch in der Preußenfrage in den Vordergrund zu rücken.

Es ist aber unzulässig und opportunistisch, im gegenwärtigen Stadium Einheitsfronttaktik von oben mit dem schwarz-rot-goldenen Block treiben zu wollen, denn

1. Der sogenannte republikanische schwarz-rot-goldene Block (Zentrum, Demokraten, SPD) ist überhaupt kein realer Faktor der jetzigen deutschen Politik. Das Zentrum ist eine großkapitalistische Bourgeois-Partei, die nur durch ihre gesonderte Machtpolitik manchmal in Gegensatz zu den anderen Bourgeois-Parteien gerät. Die SPD macht in ihrer Koalitionspolitik niemals einen Unterschied zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei, sondern sie treibt Koalitionspolitik mit der deutschen Bourgeoisie schlechtweg. Im Reich ist das Zentrum in einer Regierung zusammen mit den sogenannten monarchistischen Parteien. In Hamburg hat die SPD eine Koalitionsregierung zusammen mit der monarchistischen Deutschen Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei ist nur unter der Bedingung in die Regierung hineingegangen, daß der Hamburger Senat das Protektorat über das Reichsbanner niederlegte. Die SPD hat sofort diese Bedingung erfüllt. Der schwarz-rot-goldene Block ist also keine politische Realität. Im Reich entwickelte sich die Kandidatur Marx' dadurch, daß die SPD bedingungslos den Zentrumsmann unterstützte. In Preußen ist die schwarz-rot-goldene Regierung nur eine Rumpf-Regierung. Marx und Braun haben sich die ganze Zeit bemüht, die Deutsche Volkspartei mit in die Preußen-Regierung aufzunehmen.
2. Der sogenannte republikanische schwarz-rot-goldene Block ist also nur ein Schwindelmanöver gewisser SPD-Journalisten. Wenn die KPD mit dem schwarz-rot-goldenen Block Einheitsfronttaktik von oben treiben will, so unterstützt sie dieses Schwindelmanöver, verhilft vor der radikalen Arbeiterschaft dem schwarz-rot-goldenen Phantom zur Realität und verwirrt das Proletariat derartig, daß der Schaden unabsehbar wäre.
3. Die Behauptung, daß ein Angebot an den schwarz-rot-goldenen Block nur ein Trick wäre, ist nicht stichhaltig, denn vor dem deutschen Gesamtproletariat kann man überhaupt keine Tricks machen. Wenn das Proletariat das weiß, daß ein Schritt der KPD nicht ernst ist, so werden wir ausgelacht. Ein Schritt, den die KPD vor den Massen tut, muß ernst genommen werden. Ein Zusammengehen mit Zentrum, Demokraten und SPD bei der Präsidentschaftswahl oder in der Preußenpolitik, wenn es auch nur als Theorie oder als angebliches Manöver erwogen wird, wäre die schlimmste Form der Einheitsfronttaktik von oben, denn eine gemeinsame Massenbewegung von KPD, SPD, Demokraten und Zentrum unter den jetzigen Umständen in Deutschland ist ein Unsinn. Solche Angebote der KPD wären rein parlamentarische Manöver ohne Verbindung mit den Massen, also typisch opportunistische Politik.
4. Ein solcher Schritt würde uns auch nicht den SPD-Massen näherbringen, denn die SPD-Arbeiter glauben daran, daß *ihre* Partei ein Hort der Republik ist (aber nicht das Zentrum). Sie glauben weiter an die Koalition mit dem Bürgertum, um für ihre Partei gewisse Positionen zu sichern. Wenn die KPD sich selbst, wenn auch in Angeboten, einer solchen Koalition anschließt, so ist damit die gesamte Politik der SPD, von der Nationalversammlung 1919 bis zur Gegenwart, gerechtfertigt, und die Massen sehen nicht mehr den Unterschied zwischen der SPD und den Kommunisten.

5. Eine Agitation innerhalb des ADGB im Sinne unserer Forderungen ist, wie gesagt, nicht nur zulässig, sondern sogar notwendig. Aber falls die Partei irgendwelche Anträge an die SPD stellt, die auf ein Aufgehen der KPD in den schwarz-rot-goldenen Block hinauslaufen müssen, so gilt für sie genau dasselbe, was oben über die Anträge an die schwarz-rot-goldenen Parteien gesagt ist.

Die Unterzeichneten sind der Meinung, daß die Partei die politischen Mängel ihrer Arbeit in den letzten drei Monaten (unzulängliche Stellung sämtlicher politischer Probleme: Außenpolitik, Sicherheitsfrage, Steuerfrage, Barmatfrage, Preußenfrage, Republik oder Monarchie) überwinden kann, auch ohne sich auf derartig gewagte Experimente einzulassen. Derartige Experimente würden ideologisch die Linie der KPD untergraben und Folgen nach sich ziehen, die sich noch nicht übersehen lassen.

Quelle: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/65, Bl. 1–4.

Dokument Nr. 8:

Rede Arthur Rosenbergs auf dem Essener Parteitag der KPD,
2.–7. März 1927

Genossinnen und Genossen! Der Parteitag hat bisher mindestens das eine gezeigt, daß die ideologischen Auseinandersetzungen mit der Opposition abgeschlossen sind. Aus der Debatte mit der Opposition kann die Partei für ihre geistige Weiterbildung nichts mehr gewinnen. Die Weiterentwicklung der Partei ist nur möglich durch die Verständigung der Parteimehrheit unter sich selbst.

Wenn wir uns nun etwas beschäftigen mit der Selbstverständigung, wie ich es nennen möchte, innerhalb der Parteimehrheit, so hat es keinen Zweck zu leugnen, daß auch da gewisse sachliche Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Es wäre das größte Unglück für die Partei, wenn diese Meinungsverschiedenheiten irgendwie fraktionell ausarten sollten. Die sachliche Kritik, die sachliche Aussprache über alle vorliegenden Fragen ist ein Lebenselement der Partei. Ich bin überzeugt, daß weder das Zentralkomitee noch das Exekutivkomitee in irgendeiner Weise etwas dagegen einwenden wird. Die Streitfragen, die gestern auftauchten, waren u. a. die Fragen über die Produktionskontrolle, über das Aktionsprogramm und über die Technik und die besten Formen unserer Gewerkschaftsarbeit. Das sind an sich keine neuen Probleme. Ich halte es aber nicht für gut, wenn man Vorschläge zur Gewerkschaftsarbeit, wenn sie ehrlich gemeint sind und aus der Praxis heraus kommen, sofort mit dem Etikett „sozialdemokratisch“ beklebt, wie das gestern hier gemacht wurde. Mancher Genosse aus dem Betrieb wird dadurch eingeschüchtert. Man soll jeden seine Vorschläge machen lassen, soweit es keine fraktionellen Vorschläge sind.

Noch ein Wort zur Resolution über die innerparteiliche Lage. Mit dieser bin ich einverstanden bis auf eine Stelle, die ich anders formuliert wünsche. Es handelt sich darum, wo steht innerhalb der Partei der Hauptgegner? Man soll diese Frage nicht beurteilen nach

Sympathien für Grylewicz oder Böttcher.¹ Sondern die Diskussion darüber muß geführt werden unter dem Gesichtspunkt: wie kommen wir näher an die Massen heran? Wie sieht heute die Partei aus? Mit vollem Recht hat der Genosse *Ewert*² die Struktur der Partei charakterisiert. Wir sind ungeheuer schwach in den Großbetrieben und damit in der Gewerkschaftsarbeit. Der größte Teil unserer Anhängerschaft ist arbeitslos oder arbeitet in Kleinbetrieben. Und so sind wir an der Peripherie und nicht im Herzen der Arbeiterklasse. Darum ist es unsere große Aufgabe, hineinzustoßen in die Arbeitermassen im Betrieb. Wir müssen alles vermeiden, was die Isolierung von den Massen im Betrieb irgendwie steigern könnte. Die KAPistischen,³ utopistischen Stimmungen sind wesentlich zu Hause in den Schichten der Erwerbslosen, weniger bei den Betriebsarbeitern. Bei aller Verpflichtung, das Äußerste für die Erwerbslosen zu tun, dürfen wir unsern Kurs nicht ausschließlich auf die Erwerbslosen einschlagen. Würden wir das tun, so wäre dies die größte Katastrophe für die Partei. Und aus dieser Situation ergibt sich, daß der Hauptfeind links steht und nicht rechts, weil ein Nachgeben den linken Stimmungen gegenüber bedeuten würde, daß wir auch fernerhin an der Peripherie der Arbeiterklasse stehenbleiben. Auch dann braucht eine Partei nicht unterzugehen, aber eine solche Partei kann nie die Mehrheit des werktätigen Volkes erobern, nie die Machtfrage stellen. Wir haben als Kommunisten bisher immer Niederlage auf Niederlage, Rückschlag auf Rückschlag hinnehmen müssen. Wir müssen endlich die Taktik und Formen finden, um die Massen des Proletariats zu erobern und um die SPD zu schlagen. Darum sage ich, daß wir in erster Linie die linken Abweichungen bekämpfen müssen und nicht die rechten. Darum bin ich der Meinung, daß die Stelle in der Resolution, die sich mit dem Genossen Böttcher beschäftigt, anders formuliert werden soll. Dasjenige, was jetzt vielleicht Genosse Böttcher falsch gemacht haben soll, steht an Wichtigkeit in keinem Verhältnis zu dem, was in der Resolution steht. Es ist eine Krankheit in der Partei, daß man immer wieder einen Popanz aufstellt, daß man gewissermaßen eine kommunistische Dantesche Hölle schafft, mit Brandler, Thalheimer, Ernst Meyer,⁴ Böttcher usw. Diese Höllenpsychologie muß endlich aufhören, die Partei muß besseres tun als sich Popanze schaffen. In den Zellen soll man über unsere politischen Aufgaben diskutieren. Wir müssen Schluß machen mit dieser seichten Rederei der Opposition. Ich befürchte, daß die Zuspitzung auf Böttcher nur die Schulung der Partei hindert, und daß man die Parteimitgliedschaft ablenkt von dem, was sie wirklich zu tun hat.

Quelle: Bericht über die Verhandlungen des 11. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands. Essen, 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 202f.

1 Anton Grylewicz gehörte der Parteilinken, Paul Böttcher der „Rechten“ an.

2 Arthur Ewert gehörte zur sogenannten „Versöhnler“-Gruppe.

3 Dies bezog sich auf die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, die die parlamentarische Arbeit ablehnte.

4 Auch Ernst Meyer gehörte zur „Versöhnler“-Gruppe.

Dokument Nr. 9:

Rosenbergs Austrittserklärung an das ZK der KPD, 27. April 1927

Werte Genossen! Der vollständige Zusammenbruch der Kominternpolitik in China unmittelbar nach der großen Niederlage in England nötigt zu einer Überprüfung der Organisationsform der internationalen Arbeiterbewegung. Es zeigt sich immer mehr, daß

die unaufhörlichen Niederlagen der 3. Internationale

nicht allein aus äußeren Ursachen zu erklären sind, sondern daß hier ein Grundfehler des Systems vorliegt. Das moderne Sowjetrußland beruht auf dem Kompromiß des qualifizierten russischen Arbeiters mit dem besitzenden Bauerntum und darüber hinaus auf der national-russischen Demokratie. Daher wäre Sowjetrußland der natürliche Verbündete der nationalen Freiheitsbewegungen des Auslands sowie der gemäßigten kompromißbereiten aufbauwilligen sozialistischen Arbeiterschichten. Die kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands dagegen müssen sich, um ihre Sonderexistenz zu rechtfertigen, auf die ärmsten, radikalsten, kompromißfeindlichsten und antinationalen Arbeiterschichten stützen. Auf der anderen Seite soll aber die Komintern die politische Linie Sowjetrußlands nicht durchkreuzen. So ergeben sich untragbare Widersprüche. Aus den Widersprüchen entstehen die ständigen taktischen Schwankungen, die Fehler, die Niederlagen. Widersprüche dieser Art waren es, aus denen sich die Niederlage der deutschen Revolution 1923 erklärt. Derselbe Gegensatz war für die Entwicklung in England und in China maßgebend. Wenn man es versucht, gleichzeitig mit dem englischen Generalrat und mit Cook,⁵ gleichzeitig mit der bürgerlichen Kuomintang und mit den Schanghaiern zusammenzugehen, so muß man Katastrophen ernten. Die große Wendung der sowjetrussischen Innenpolitik auf dem 14. Parteitag der Bolschewiki hätte

als logische Folge die Auflösung der 3. Internationale

haben müssen. Die klugen Staatsmänner, die heute Sowjetrußland führen, wissen dies ohne Zweifel genau so gut wie ich. Sie sehen ohne Zweifel ein, daß die Weiterexistenz der Komintern sowohl Sowjetrußland als auch die Arbeiter der anderen Länder schwer schädigt. Aber sie sind noch so sehr die Gefangenen der Ideologie von gestern, daß sie das Notwendige noch nicht tun können. So erklärt sich die falsche Politik auch unter dem neuen Kurs der Komintern, so erklären sich die Niederlagen in England, China usw. und die unmögliche Situation der KPD auf dem Essener Parteitag und danach. Eine ernsthafte Reform der Komintern ist unmöglich, weil sie die Grundlage ihrer Existenz selbst beseitigen müßte. Nach Essen und nach Schanghai könnte ich die Linie der Komintern nur unter bewußter Täuschung der deutschen Arbeiterschaft vertreten. Da ich mich zu einer solchen Täuschung nicht hergeben kann

5 Arthur Cook war während des britischen Generalstreiks 1926 der einzige Gewerkschaftsführer, der die Zusammenarbeit des Generalrats der britischen Gewerkschaften mit der Bourgeoisie ablehnte.

erkläre ich hiermit meinen Austritt aus der KPD.

Auf mein Reichstagsmandat lege ich an sich geringen Wert. Aber bei dem bunten Wechsel der Führergruppen und politischen Tendenzen in der KPD (je nach der gerade von der RKP⁶ gewünschten Taktik) und bei der wachsenden Zersetzung der Partei wäre es ein reines Hasardspiel, in welche Hand mein Mandat bei einer Niederlage kommen würde.

Da ich meine Wähler einem solchen Lotteriespiel nicht aussetzen will, werde ich mein Mandat als parteiloser Sozialist vorläufig weiter ausüben.

Quelle: Vorwärts, 28. April 1927 (Morgenausgabe); Die Rote Fahne, 29. April 1927.

Dokument Nr. 10:

Arthur Rosenberg: Nochmals „Leninismus“, 1927

Der *Leninismus* darf nicht als einheitliche Erscheinung behandelt werden. Sondern in verschiedenen Situationen ist er auch verschieden aufgetreten und hat eine ganz verschiedene Wirkung erzielt. Ich möchte vier Hauptformen des Leninismus unterscheiden:

1. Der Leninismus in Rußland bis 1917 war die Taktik, um in der Situation der zaristischen Illegalität in dem Agrarland Rußland die Revolution vorzubereiten.
2. Der Leninismus in Rußland seit 1917 war und ist die Taktik, durch Kompromisse in der agrarischen Umgebung ein Mindestmaß von Arbeiterregierung aufrechtzuerhalten.
3. Der Leninismus in Westeuropa bis 1921 war der Versuch, durch Anwendung russischer Taktik der Arbeiterschaft Westeuropas den Aufstand gegen den Kapitalismus zu erleichtern.
4. Der Leninismus in Westeuropa seit 1921 ist die Fiktion der Aufstandsvorbereitung in einer friedlichen Zeit; wobei die Fiktion im Interesse russischer Staatspolitik aufrechterhalten wird. Ich spreche hier absichtlich von „Aufstand“ und nicht von „Revolution“, weil der letztere vieldeutige Begriff uns hier nicht genügt, und ich nenne die gegenwärtige Periode „friedlich“, nicht im Sinne einer absoluten Stabilisierung des Kapitalismus, von der gar keine Rede sein kann, sondern nur im Gegensatz zu einer akuten Aufstandssituation.

Von den vier Typen des Leninismus ist Lenin persönlich nur für die drei ersten verantwortlich. Typ 1 und 2 sind ohne Zweifel erfolgreiche Anwendungen des Marxismus auf die besondere russische Lage. Typ 3 ist, obwohl er keinen Erfolg brachte, ein großartiger Versuch gewesen, dem man die marxistischen Prinzipien nicht absprechen kann. Typ 4 dagegen ist eine bewußte Täuschung der Arbeiterschaft und hat schon deshalb mit Marxismus nichts gemein.

6 Russische Kommunistischen Partei.

Typ 1: Die Beschränkung der Partei auf die illegalen „Berufsrevolutionäre“ mit straffster Disziplin in ihrem Kreis war für den Kampf gegen den Zarismus eine Notwendigkeit. Aber niemals hat Lenin den westeuropäischen Arbeiterparteien vor dem Weltkrieg zugemutet, die russische Organisationsform zu übernehmen. Im Gegenteil: er hielt die Organisation der deutschen Sozialdemokratie unter Bebels Führung für durchaus den deutschen Verhältnissen entsprechend. Lenin verlangte für jede kämpfende Arbeiterpartei auch schon damals eine klare, mit Autorität ausgestattete Führung. Aber er fand beides in der Leitung der deutschen Sozialdemokratie durch den Führerkreis um Bebel wieder. Lenin vergleicht seinen eigenen Kampf gegen die Menschewisten mit dem Kampf der Bebelschen Parteiführung gegen die Revisionisten in Organisationsfragen. Aber niemals hat Lenin die Organisationsform der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, mit ihrer breiten legalen Massenpartei und ihrer Mitgliederdemokratie als opportunistisch angesehen ... Rußland stand damals noch vor der bürgerlichen Revolution, die Arbeiterschaft hatte nach Lenin die Aufgabe, diese zu vollenden. Daraus ergab sich eine ganz bestimmte Bündnistaktik und vor allem ein eigenartiges Verhältnis der Arbeiter zu den Bauern. Auch diese Seiten des „Leninismus“ sind von Lenin vor 1914 niemals den westeuropäischen Parteien als Vorbild empfohlen worden.

Typ 2 des Leninismus umfaßt alle schwierigen Probleme der russischen Staatsregierung im letzten Jahrzehnt. Die Formel „Jakobinertum“ nützt hier zum Verständnis sehr wenig. Um *diesen* Leninismus zu kritisieren, müßte man ausführlich die Prinzipien der Leninschen Innenpolitik, vor allem der Nep,⁷ erörtern. Das ist aber für den besonderen Zweck unserer Betrachtung nicht erforderlich.

Typ 3: Lenin kam im Laufe des Weltkrieges zu der Überzeugung, daß mindestens auf dem europäischen Festland der siegreiche Arbeiteraufstand gegen die Bourgeoisie bevorstehe. Daraus ergibt sich ihm die Notwendigkeit der Spaltung der sozialistischen Parteien. Erst jetzt, für die Periode des Bürgerkrieges, teilt er die Sozialisten in die drei Tendenzen: die Linken oder Kommunisten, die den Aufstand organisieren; die Rechten oder Opportunisten, die den Arbeiteraufstand auf der „anderen Seite der Barrikaden“ bekämpfen; und endlich die zentristische Mitte, die theoretisch den Opportunismus ablehnt, aber auch den Aufstand nicht will. Vor dem Krieg kannte auch Lenin nur die althergebrachte Einteilung der Sozialisten in den „rechten“ und „linken“ Flügel. Sein Begriff des „Zentrismus“ paßt nur für die akute Aufstandsperiode. Um so sinnloser ist die Rederei über den „Zentrismus“, die von den heutigen offiziellen Kommunisten geliebt wird.

Niemals hat Lenin die Spaltung der Arbeiterschaft jedes Landes in zwei oder drei Parteien als Dauerzustand angesehen. Er wollte für den Bürgerkrieg eine absolut einheitliche Führung schaffen. Lenin glaubte, daß im Verlauf des Kampfes die revolutionäre Partei das gesamte Proletariat für sich gewinnen würde. Nach dem Siege würden auch solche Führer zur Partei zurückkehren, die aus taktischem Irrtum oder aus falscher Einschätzung der Lage während des Aufstandes abseits geblieben waren. Besonders klar entwickelt Lenin diese Gedanken in dem Aufsatz über die Lage in Italien 1920 ... Die Opposition Serratis⁸ ver-

7 Neue Ökonomische Politik.

8 Giacinto Menotti Serrati, der italienische marxistische Politiker, hatte 1921 die Trennung der Kommunisten von den Sozialdemokraten abgelehnt, war aber 1924 der illegalen KP beigetreten.

gleich er mit dem Widerstand Sinowjews gegen den Oktoberaufstand 1917 in Rußland. Die Partei müsse sich von an sich „ausgezeichneten Kommunisten“ trennen, wenn sie im Augenblick oder am Vorabend des Aufstandes schwanken. „Von den unter der letzten Kategorie erwähnten Männern würde die Mehrheit unzweifelhaft, selbst wenn sie jetzt auch ausscheiden würde, ihren Fehler einsehen und bald nach dem Siege der Revolution und ihrer Festigung zurückkehren. Auch ein Teil der italienischen Menschewisten und Turatianer⁹ würde wahrscheinlich nach Überwindung der größten Schwierigkeiten zurückkehren und in die Partei aufgenommen werden, wie jetzt (wir haben drei schwere Jahre nach der Revolution durchgemacht) ein Teil der Menschewiki und Sozialrevolutionäre zu uns übergegangen ist, die in den Jahren 1917/18 auf der anderen Seite der Barrikade gekämpft haben.“

Lenin wollte die Spaltung als notwendiges Übel für den Aufstand, aber nach dem Siege wieder die Einigung, freilich die Einigung auf der Basis seiner Grundsätze. Niemals wird es gelingen, die heutige parallele Existenz der sozialistischen und der kommunistischen Parteien mit dem Lenin von 1920 zu rechtfertigen. Die „21 Bedingungen“ hat Lenin für eine Aufstandsperiode verfaßt, aber nicht für eine Zeit relativer Stabilisierung, wie wir sie jetzt durchleben. Zur Durchführung des Aufstandes empfahl Lenin den westeuropäischen Parteien das russische Organisationsvorbild: die feste militärische Disziplin und die Leitung der Partei durch einen kleinen Kern von entschlossenen Berufsrevolutionären, ferner die rücksichtslose Abspaltung aller schwankenden „zentristischen“ Elemente. Das Bedenkliche war dabei, daß es in Westeuropa gar keine erprobten Berufsrevolutionäre gab, wie sie in Rußland die bittere Schule des Zarismus herausgebildet hatte. In der Praxis schied sich in Westeuropa der „Revolutionär“ von dem „Zentristen“ manchmal nur durch die größere Bereitschaft, Moskauer Thesen anzunehmen. Aber Lenin war überzeugt, daß in Westeuropa, besonders in Deutschland und Italien, Millionen von Arbeitern auf den Aufstand warteten. Ihnen wollte er schnell irgendeine Führung improvisieren, so unvollkommen sie auch im einzelnen Falle sein mochte. Die Gründung der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Italiens, Frankreichs usw. auf Grund der 21 Bedingungen war ein gewaltiges Experiment – das Experiment scheiterte, und damit endet der dritte Typus des Leninismus.

Typ 4: Auf dem Dritten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1921 erkannte Lenin, daß seine bisherige Auffassung der Weltrevolution falsch war. Konsequenter tat er die ersten Schritte zur Liquidation. Die Anfänge der kommunistischen Taktik der „Einheitsfront“, die auf Lenin zurückgehen, beweisen dies. Die „Einheitsfronttaktik“ ist kein gewöhnliches Bündnis der Kommunisten mit den Sozialdemokraten für bestimmte Zeit und bestimmte Objekte. Sie ist auch kein „Entlarvungsmanöver“, sondern sie beruht auf der Lehre, daß die Kommunisten, wenn sie es richtig anfangen, die Sozialdemokraten dahin bringen können, *ihre*, der Kommunisten, Aufgabe zu lösen. Wenn aber die historische Aufgabe der Kommunisten für das Proletariat von der Sozialdemokratie gelöst werden muß, so folgt daraus die Verschmelzung beider Parteien im Prozeß der Lösung jener Aufgabe. Mit anderen Worten: Seit dem 3. Weltkongreß betrachtet sich der offizielle Kommunismus nur als Vorhut oder Schrittmacher der Sozialdemokratie. Beide befinden sich auf der gleichen Ebene. Es ist nur eine Zeitfrage, wann die Vorhut sich der Hauptarmee wieder anschließt.

9 Filippo Turati: Italienischer sozialdemokratischer Politiker, Gegner der Komintern.

Die aktiven Arbeiterelemente der Kommunistischen Parteien Deutschlands und Italiens teilten indessen den Pessimismus Lenins nicht. So entstand 1921, seit dem 3. Weltkongreß, die deutsche und die italienische kommunistische Linke, zum Kampf für die Weitertriebung der Revolution und gegen die von Moskau eingeleitete Liquidationstaktik. Im Widerstand der Moskauer Leitung gegen die linke Opposition der einzelnen Länder bildete sich der 4. Typus des Leninismus in den Jahren 1921–23 heraus: die militärische Disziplin, der strenge Sektengeist und die Allgewalt der Führung wurden nun nicht zur Vorbereitung des Aufstandes, sondern zur Niederzwingung der Parteioption gebraucht. Um aber diese ganze Form der Parteixistenz zu rechtfertigen, mußte in blutdürstiger Phraseologie und mit allerlei Organisationshumbug eine Aufstandsvorbereitung fingiert werden, an die in Wirklichkeit niemand in der Führung dachte. Für dieses widerliche Zerrbild des Leninismus ist Lenin selbst nicht mehr verantwortlich, obwohl seine Haltung auf dem 3. Weltkongreß den späteren „Leninisten“ eine Anknüpfung ermöglichte.

Alles, was in der Kommunistischen Internationale Leben, Charakter und revolutionären Willen hatte, sammelte sich in der linken Opposition zum Kampf gegen den Moskauer „Leninismus“. Aber die Niederlage der deutschen Arbeiter gegen Ende 1923 beseitigte die aktuelle Revolutionsmöglichkeit in Westeuropa und damit die reale Grundlage für die kommunistische Linke. Die Linke hatte seit 1924 nur zwei Möglichkeiten: Flucht in die Utopie oder Liquidation des Kommunismus. An dieser Klippe mußte die Linke in der deutschen und in den anderen kommunistischen Parteien zugrunde gehen. In Moskau aber steuert Stalin vor allem seit 1925 einen realpolitisch-liquidatorischen Kurs. Er bedient sich trotzdem weiter der leninistischen Komödie, um in den kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands Machtpositionen zu behaupten, so lange, bis der taktische Moment für die offene Liquidation gekommen ist. Die internationale Arbeiterklasse kann aber nicht darauf warten, bis Stalin ihr eines Tages das Einigungssignal gibt. Sie muß sich schon früher selbst helfen und damit auch dem wahren Interesse Sowjetrußlands dienen.

Der echte Leninismus ist, mit allen seinen Schattenseiten, ein großartiges Stück marxistischer Praxis, und er bietet dem Proletariat bedeutsame Lehren. Der jetzige Schwindelleninismus dagegen ist ein Unglück für die Arbeiterklasse. Die Stalingruppe glaubt selbst nicht mehr an das System, das sie der westeuropäischen Arbeiterschaft auferlegt. In allen ihren theoretischen Betrachtungen zeigen Stalin und Bucharin eine solche Ehrfurcht vor der „Stabilisierung des Kapitalismus“, daß sie in der Sozialistischen Internationale auf den äußersten rechten Flügel gehören würden. Der „Leninismus“ der III. Internationale hätte aber nur in einer akuten Aufstandsperiode Sinn und Verstand. Der Leninismus legt heute immer noch einen erheblichen Teil der westeuropäischen Arbeiterschaft für die praktische Arbeiterpolitik lahm. Er ertötet in den kommunistischen Parteien jedes selbständige Denken und jede freie Willensbildung. Er macht durch sein Revolutionsgeschwätz den revolutionären Marxismus, also das Beste, was das Proletariat besitzt, für weite Schichten der Arbeiterklasse lächerlich. Solange in Westeuropa die marxistische Bewegung als ihre eigene Karikatur den Komintern-Leninismus im Rücken hat, kann sie den Opportunismus nicht schlagen.

Quelle: Der Klassenkampf, 1 (1927), Nr. 6, S. 172–175.

Dokument Nr. 11:

Arthur Rosenberg, Epilogue zu: A History of the German Republic, 1936
(deutsche Übersetzung)

Der folgende Überblick der Entwicklungen in Deutschland von 1930 bis zur Gegenwart wurde speziell für die englische Ausgabe dieses Buches geschrieben. Seine Absicht besteht darin, der englischen Öffentlichkeit einen Abriß der Ereignisse von dem Zeitpunkt, an dem das letzte Kapitel der ausführlicheren Arbeit endet, zu liefern. Dabei sollen die Hauptereignisse so knapp wie möglich dargestellt werden. Selbstverständlich kann keine eingehende Kritik der Ereignisse während der Diktaturen Brünings, Papens, Schleichers und Hitlers erfolgen; Ereignisse, die zur Zeit noch sehr verworren sind.

In den Jahren 1931 und 1932 stand das Kabinett Brüning unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise, die immer ernstere Ausmaße annahm. Brüning bemühte sich vergeblich, mit zahlreichen Notverordnungen der Lage Herr zu werden. Er suchte vor allem den Wünschen der Großkapitalisten und der Junker Rechnung zu tragen. Mit diesen Maßnahmen verband er eine rigide deflationäre Wirtschaftspolitik. Infolge der Krise war das Leben für die Masse des Volkes schwer genug, und durch die Fehler der Brüning-Regierung wurde es noch schwerer. In wachsender Verzweiflung wandten sich die Massen mehr und mehr gegen die Methoden Brünings. Im Jahre 1932 wuchs die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf sechs Millionen. Zu diesen muß man die Millionen ruiniertes Männer und Frauen des Mittelstandes hinzurechnen. Die Massen verloren jedes Vertrauen in die konservative Regierung. Da die SPD-Abgeordneten im Reichstag die Regierung unterstützten, wurde die Partei für Brünings Politik zum Teil mitverantwortlich gemacht. Doch auch die KPD gewann nicht an Popularität. Im Sommer 1931 kam das deutsche Bankwesen unter dem unwiderstehlichen Druck der Krise buchstäblich zum Stillstand. Von einem Tag zum anderen waren die Banken nicht mehr in der Lage, weitere Geldsummen auszuzahlen. Der „Zusammenbruch des Kapitalismus“, der so oft in der kommunistischen und sozialistischen Literatur als vage Zukunftsmöglichkeit beschworen worden war, wurde plötzlich Tatsache. Die Stimmung der Menschen war derart, daß jede sozialrevolutionäre Bewegung, die entschlossene Anstrengungen unternahm, die Macht ergreifen konnte. Doch nutzten weder die SPD noch die KPD die Gelegenheit, noch taten die Nationalsozialisten irgend etwas in dieser Richtung. Somit wurde den Kapitalisten genug Zeit gegeben, ihr System mehr oder weniger wieder in Ordnung zu bringen.

Da die marxistischen Parteien die Chance nicht nutzten, gingen die enttäuschten Massen in großer Zahl zum Nationalsozialismus über. Wie die Wahlergebnisse zeigen, verdoppelte sich die Zahl von Hitlers Anhängern zwischen 1930 und 1932. Die bewaffneten Angriffe der nationalsozialistischen SA auf ihre politischen Gegner nahmen zu. Bisweilen zahlten die Kommunisten mit gleicher Münze zurück. Somit geriet Deutschland allmählich an den Rand des Bürgerkrieges. Die Brüning-Regierung war vollkommen unfähig, den inneren Frieden aufrechtzuerhalten.

Um von den wirtschaftlichen und anderen inneren Schwierigkeiten abzulenken, schlug Brüning in der Außenpolitik einen nationalistischen Kurs ein. Er überraschte die Welt mit der Erklärung einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich als erstem Schritt einer Vereinigung beider Staaten. Österreich wurde jedoch durch den Druck Frankreichs und

Italiens gezwungen, die Zustimmung zur Zollunion zurückzuziehen. Dennoch zerstörte Brüning's Handlungsweise das Ergebnis von Stresemann's Bemühungen um eine freundschaftliche Zusammenarbeit Deutschlands mit anderen Mächten gerade in einer Zeit, in der Deutschlands Wirtschaft mehr denn je zuvor auf Hilfe vom Ausland angewiesen war. Brüning begriff niemals, daß die fortschreitende Wirtschaftskrise selbst weitere Reparationszahlungen durch Deutschland unmöglich machte. Er stellte sich die Aufgabe, Deutschland von den Reparationen zu befreien, obwohl die Krise selbst die Reparationszahlungen nur allzu rasch einfach abschaffte. Brüning wollte dem Ausland so deutlich wie möglich Deutschlands Armut und Zahlungsunfähigkeit beweisen. Dies bildete auch den Beweggrund für seine schicksalhafte Spar- und Wirtschaftspolitik, die jedoch völlig nutzlos und überflüssig war.

Die Mehrheit der deutschen Kapitalisten und Junker hatte ursprünglich das Experiment der Konservativen unterstützt; nicht weil sie Brüning persönlich mochte, sondern weil sie glaubte, die Methoden der Konservativen würden am besten ihren Interessen dienen. Als sich jedoch nicht nur die Massen der Arbeiter, sondern auch der Mittelklasse gegen Brüning wandten, und als die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands immer schlimmer wurde, erklärten mehr und mehr Kapitalisten ihre Unterstützung für seine Gegner Hitler und Hugenberg. Ende 1931 war der Konservatismus als politische Bewegung tot, und offenkundig rückte der Zeitpunkt näher, an dem Hindenburg und die Reichswehr Brüning absetzen und mit Hugenberg und Hitler zu einer Einigung kommen würden.

Brüning unternahm nun verzweifelte Anstrengungen, um seine Sache zu retten. Zu Beginn des Jahres 1932 lief Hindenburg's Amtszeit als Reichspräsident aus. Brüning startete eine Kampagne zu seiner Wiederwahl in der Hoffnung, daß, falls Hindenburg wiedergewählt werden sollte, er auch weiterhin die Konservativen unterstützen würde. Hugenberg und Hitler hatten keine prinzipiellen Einwände gegen einen Reichspräsidenten Hindenburg. Aber sie wollten ihn nicht als Partner Brüning's. Deshalb sprachen sich sowohl die Nationalsozialisten wie die Deutschnationalen gegen Hindenburg's Wiederwahl aus. Auf Wunsch Brüning's brachte eine Reihe prominenter Konservativer den Vorschlag von Hindenburg's Wiederwahl an die Öffentlichkeit. Die Sozialdemokraten und das Zentrum entschlossen sich ebenfalls, Hindenburg als das „kleinere Übel“ zu unterstützen.

Die Wahl von 1932 bescherte Hindenburg tatsächlich einen bemerkenswerten Sieg über seine Konkurrenten der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten. Doch hatte Hindenburg die Wahlkampagne in keiner Weise als Kandidat der demokratischen Republik geführt. Zwar ließ er sich von den Sozialdemokraten und Zentrumsleuten wählen, versprach ihnen aber nichts. Hindenburg zeigte den rivalisierenden Führern der Rechtsparteien, daß er sie immer noch besiegen konnte. Aber nach der Wahl war er nicht weniger als vorher ein Befürworter einer Militärdiktatur und der antidemokratischen Reaktion. Auch fühlte er sich gegenüber Kanzler Brüning und dessen Ansichten in keiner Weise moralisch verpflichtet. Hindenburg und die Generäle der Reichswehr hatten politisch nach der Wahl ebenso freie Hand wie zuvor. Brüning hatte wieder einmal die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die erste wichtige Maßnahme des wiedergewählten Präsidenten war, Brüning zu entlassen. Reichwehrminister Groener, der sich zu sehr den Konservativen verbunden fühlte, wurde ebenfalls entlassen.

Der Reichstag hatte bei all diesen Veränderungen keinerlei Wort mitzureden, da die wirkliche Ordnung, unter der Deutschland seit 1930 lebte, eine Präsidialdiktatur war. Hindenburg ernannte Herrn von Papen, einen konservativen Katholiken, der eng mit der Großindustrie und dem Junkertum verbunden war, zum Reichskanzler. Bisher war Papen im Reichstag ein Zentrumsabgeordneter gewesen, hatte aber innerhalb seiner eigenen Partei stets eine extrem konservative Politik im Sinne Hindenburgs betrieben. Mit seiner Ernennung zum Reichswehrminister erreichte schließlich General von Schleicher das Ziel seiner Wünsche, auf das er viele Jahre hingearbeitet hatte. Alle Mitglieder des neuen Kabinetts teilten Hugenberg's politische Ansichten. Man erwartete, daß die Papen-Regierung die Unterstützung der Nationalsozialisten erlangen und in der einen oder anderen Weise auch mit Hitler zusammenarbeiten würde. Die Dinge schienen ihren politischen Lauf in dieser Richtung zu nehmen. Da die Republikaner und Sozialisten handlungsunfähig waren und die Konservativen ihr Pulver verschossen hatten, waren Hugenberg und Hitler überzeugt, an die Macht zu gelangen.

Papen zeigte, daß er einen gegenüber dem vorsichtigen Brüning unterschiedlichen Kurs einschlug. Mit Hilfe einer präsidialen Notverordnung entließ Papen die sozialdemokratisch-republikanische Regierung von Preußen. Unter dem Druck der Reichswehr wurden die preußischen Minister zum Rücktritt genötigt. Weder die Arbeiterklasse noch die preußische Polizei unternahmten die geringsten Schritte gegen diesen Willkürakt. Papen übernahm daraufhin die preußische Regierungsgewalt zusätzlich zu der im Reich, und eine systematische Säuberung der preußischen Verwaltung von allen republikanisch oder gar sozialistisch Gesinnten setzte ein.

Unmittelbar nach seinem Regierungsantritt löste Papen den Reichstag auf. In den Neuwahlen vom Juli 1932 erreichten die Nationalsozialisten beinahe vierzehn von siebenunddreißig Millionen Stimmen. Damit ergab sich die Frage, wie sich diese gewaltige Partei zur Reichsregierung stellen würde. Im August traten unerwartete Schwierigkeiten auf. Die Nationalsozialisten verdankten ihr enormes Wachstum den Arbeitern, Arbeitslosen, verzweifelten Bauern und Kleinbürgern. Die Millionen radikaler Anhänger trieben die Partei nach links. Sie wollten ein neues Deutschland und eine neue Organisation der deutschen Gesellschaft. Der linke Flügel der Partei stemmte sich verzweifelt gegen eine Politik, die lediglich den Interessen kapitalistischer und feudaler Reaktionäre entsprach. Deshalb lehnte Hitler eine Beteiligung an Papens Kabinett ab und forderte die Kanzlerschaft für sich selbst.

Das außerordentliche Wachstum und die radikalen Strömungen innerhalb der Nazipartei erfüllten jedoch die Kapitalisten und Generäle mit Argwohn. Daher lehnte es Hindenburg ab, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Der linke Flügel der NSDAP, der damals der einflußreichste Teil innerhalb der Partei war, wollte sich dafür rächen und eine Koalition mit dem Zentrum eingehen. Papen reagierte sofort auf diese Herausforderung. Er löste den soeben gewählten Reichstag auf, um eine oppositionelle Mehrheit aus Nationalsozialisten und Zentrumsparter zu verhindern. Er rief den Ausnahmezustand über Deutschland aus, ernannte Ausnahmegerichte für politische Gesetzesübertretungen und drohte für politische Gewaltakte die Todesstrafe an. Die Folgen waren unglaublich. Der Bürgerkrieg, der Deutschland über mehrere Jahre heimgesucht hatte, kam zu einem abrupten Stillstand, und mit einem Mal herrschte Ruhe im Land. Es war offenkundig, daß die Kapitalistenklasse im Bund mit der Reichswehr und unter Einsatz der Staatsmaschine sich der Nationalsozialisten jederzeit

entledigen konnte. Die Massen der Mitläufer, die in den letzten Jahren den Nazis zugeströmt waren, begannen zu schwanken, als sie sahen, daß Hitler nicht unbesiegbar war. Im November 1932 verloren die Nationalsozialisten in den Reichstagswahlen zwei Millionen Stimmen.

Der unerwartete Konflikt zwischen der Regierung und den Nazis eröffnete Republikanern und Sozialisten neue Möglichkeiten. Anfang November kam es zu einem Streik der Transportarbeiter in Berlin. Wenn die SPD und die KPD gemeinsam gehandelt und den Streik zum Generalstreik gegen Papens Diktaturregierung ausgeweitet hätten, dann hätten sich ihnen durchaus Erfolgchancen eröffnet. Um den Transportarbeiterstreik in Berlin zu unterstützen, waren die Nationalsozialisten selbst zu gemeinsamen Aktionen mit der KPD bereit. Wenn die Arbeiterklasse gemeinsam gegen Papen gehandelt hätte, wäre der linke Flügel der NSDAP dafür gewonnen, die Rechte isoliert und die faschistische Gefahr abgewendet worden.

Die Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften hatten jedoch unter dem Druck der Ereignisse in Deutschland jede wirkliche Macht eingebüßt. Die Gewerkschaften und die SPD weigerten sich, den Streik in Berlin zu unterstützen, und er brach zusammen. Es war die letzte vom Proletariat gegen die herrschende kapitalistische Diktatur geführte Aktion. Es ist interessant zu beobachten, wie sich Klassen- und Parteifronten überschneiden. Danach gerieten die Ereignisse außer Kontrolle.

Zunächst setzte sich Papen in allen Belangen durch. Dennoch war die Lage Ende 1932 für die deutschen Kapitalisten und Generäle nicht günstig. Neun Zehntel des Reichstages waren gegenüber der Papen-Regierung feindlich eingestellt. Die vier Massenparteien SPD, KPD, Zentrum und NSDAP standen in Opposition. Falls diese Situation andauern würde, bestand die Gefahr, daß sich Zentrum und NSDAP mehr und mehr in radikaler Richtung entwickeln würden und sich schließlich eine gewaltige Einheitsfront gegen das herrschende System bilden würde. Zu diesem Zeitpunkt passierte Papen das zusätzliche Mißgeschick, daß er seine wichtigste Stütze verlor – die Armee. General von Schleicher, der Reichswehrminister, war der Typus des politischen Offiziers, der sich im Halbschatten und im Klima der Intrige herausgebildet hatte, die die Militärpolitik der Republik bestimmten. Vier Jahre lang hatte er im Gefährt derjenigen zugebracht, die für eine konservative Konterrevolution eintraten, und in jüngster Zeit hatte er zur Bildung der Papen-Regierung aktiv beigetragen. Doch das Einzige, was für Schleicher wirklich zählte, waren die Interessen der Armee und des Offizierskorps. Davon abgesehen, konnte er sich sowohl nach links wie nach rechts wenden.

Unvermittelt erklärte Schleicher seine Gegnerschaft zu Papens Methoden und entwickelte ein Programm der sozialen Befriedung unter militärischer Leitung. Papen wurde abgelöst und Hindenburg betraute Schleicher mit der Kanzlerschaft. Somit entstand an der Jahreswende 1932/33 eine seltsame politische „Querfront“: Schleicher spielte die Rolle eines „sozialistischen Generals“ und suchte Kontakte zu den Christlichen Gewerkschaften, den linken Nationalsozialisten und sogar zu den Sozialdemokraten. Schleichers Ziel war offenbar eine Art von Arbeiterregierung unter Führung der Generäle. Es war eine vollkommen phantastische Idee, denn die Reichswehroffiziere waren einfach nicht darauf vorbereitet, Schleicher auf diesem Weg zu folgen, und die Arbeiterklasse hatte gegenüber ihren künftigen uniformierten Verbündeten ein natürliches Mißtrauen. Gleichzeitig rief Schleicher mit

seinen Plänen erbitterten Haß unter den Großkapitalisten und Junkern hervor. Sie fürchteten, er würde alles, was sie seit 1930 politisch erreicht hatten, zunichte machen.

Im Gegenzug enthüllte Schleicher sensationelle Tatsachen über den Osthilfe-Skandal, die Verschwendung von Regierungsgeldern für die bankrotten Junker in Ostdeutschland. Junker und Kapitalisten reagierten unverzüglich. Die Lage konnte nur durch eine erneute Einheitsfront der Konterrevolutionäre gerettet werden, durch ein Übereinkommen Papens und Hugenbergs mit Hitler. Nach den ernsthaften Rückschlägen, die die Nazis in den letzten sechs Monaten erlitten hatten, hatten sie ihre Ansprüche augenscheinlich geändert. Somit konnte ein Kompromiß erreicht werden. Hinde, der Schleichers Kampagne gegen die preußischen Junker bekämpfte, entließ ihn. Es wurde behauptet, Schleicher habe mit der Idee eines Staatsstreiches gespielt. Mit Hilfe der Arbeiterorganisationen sollten Hitler, Papen und Hindenburg ausgeschaltet werden und Schleicher als Militärdiktator in den Sattel gelangen. Aber Schleicher, ein zweiter Wallenstein ohne dessen Format, vermochte den entscheidenden Schritt nicht zu tun. Schließlich zog er sich still ins Privatleben zurück. Sein politisches Ende bedeutete indes keineswegs die Niederlage der Reichswehr als Ganzes. Die Generäle distanzieren sich lediglich von den Plänen ihres abenteuerlustigen Kollegen.

Am 30. Januar 1933 übernahm die neue Koalition der Rechtsparteien die Regierungsgeschäfte. Obwohl Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war, gehörten nur zwei weitere Minister der NSDAP an. Die Deutschnationalen stellten die Mehrheit im Kabinett. Hugenberg wurde Wirtschaftsminister, Papen Reichskommissar für Preußen, General von Blomberg Reichswehrminister. Die Deutschnationalen schienen in der Regierung ganz und gar das Übergewicht zu besitzen. Aber die Tatsache, daß zumindest der Kanzler Hitler hieß, gab den Nationalsozialisten eine offenkundige Machtfülle in die Hände. In den Reichstagswahlen, die im März stattfanden, gewannen die Nazis siebzehn Millionen Stimmen. Zusammen mit den Deutschnationalen bildeten sie die Reichstagsmehrheit. Die Regierung veranlaßte den Präsidenten und den Reichstag, ihr durch das Ermächtigungsgesetz die ganze Staatsgewalt zu übertragen. Dadurch gab sich die Diktatur selbst eine neue Rechtsgrundlage.

Die nationalsozialistische Massenbewegung geriet bald für die NSDAP-Minister außer Kontrolle. Von der Polizei ungezügelt, verübte die SA Terroraktionen in ganz Deutschland. Kommunisten, Sozialdemokraten und Zentrumsmitglieder wurden überall aus dem politischen Leben entfernt. Eine gewaltsame Verfolgung der Juden setzte ein, und bis zum Sommer fühlte sich die Nazi-Partei stark genug, um alle anderen Parteien sowie die Gewerkschaften zu verbieten. Auch die Deutschnationalen gehörten zu denen, die nun verboten wurden. Somit regierten die Nationalsozialisten in Deutschland nunmehr allein. Die Reichswehr blieb von all diesen Maßnahmen unberührt. Sie war immer noch der gleiche Staat im Staat wie zu Zeiten der Weimarer Republik. Ebenso blieb das Privateigentum der Großkapitalisten und Junker unangetastet, und in der Justiz wurden nur sehr wenige Eingriffe vorgenommen.

Seit dem Sommer 1933 wurde immer mehr zur entscheidenden Frage, ob die Nationalsozialisten ihrem politischen Sieg den sozialen Wiederaufbau Deutschlands folgen lassen würden oder nicht. Der linke Flügel der Partei und die terroristischen Massen der SA wünschten ein Weiterreiben der Revolution. Im Sinne des rechten Parteiflügels erklärte Hitler indes, die „Revolution“ sei mit der politischen Umgestaltung Deutschlands an ihr Ende gelangt. Die SA und ihr Führer Röhm entwickelten eine immer größere Feindschaft

gegenüber der offiziellen Politik der Partei. Röhm's Bemühungen, die SA in der Reichswehr aufgehen zu lassen, scheiterten. Es schien, als ob die SA-Führer im Jahre 1934 einen Staatsstreich planten, um den rechten Parteiflügel auszuschalten. Außerdem schien Röhm Beziehungen zu Gregor Strasser, dem Führer der linken Nationalsozialisten, und zu Schleichers Freunden anzuknüpfen. Aber Hitler und der rechte Parteiflügel kamen ihnen zuvor.

Am 30. Juni 1934 wurden die Hauptquartiere der SA in Berlin, München usw. durch Reichswehr und Polizei besetzt. Röhm und Hunderte andere SA-Führer wurden festgenommen und erschossen. Bei derselben Gelegenheit wurden Strasser, Schleicher und eine Reihe anderer Gegner der herrschenden Fraktion umgebracht. Dieses Massaker brach die Macht der SA sowie der linken und radikalen Elemente der nationalsozialistischen Partei im allgemeinen. Die SA wurde gänzlich entwaffnet und stark verkleinert. Seitdem haben die Straßenkämpfer keine politische Bedeutung mehr; die herrschenden Autoritäten sind die alleinigen Machthaber, und das Bündnis zwischen dem herrschenden rechten Parteiflügel, der Reichswehr und den großen Kapitalisten ist gefestigt worden. Kurz danach starb Reichspräsident von Hindenburg. Da die Armee ganz auf Hitlers Seite war, kam es zu einer politischen Veränderung. Die Funktion des Reichspräsidenten wurde mit der des Reichskanzlers vereinigt, und Hitler ist seitdem unter dem Titel „Führer und Reichskanzler“ im Besitz beider Ämter.

Die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus hat das kapitalistische Eigentum begünstigt. In allen Wirtschaftsfragen übt Dr. Schacht, der Präsident der Reichsbank, den entscheidenden Einfluß aus. Die nationalsozialistischen Arbeitsgesetze statten den Arbeitgeber als „Wirtschaftsführer“ mit einer großen Machtfülle über die Arbeiter aus. Alle Gewerkschaften wurden aufgelöst und durch eine Deutsche Arbeitsfront ersetzt, die sich jedoch vorwiegend mit sozialen Fragen, Sport, Reisen usw. und weniger mit den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter befaßt. Durch umfangreiche Arbeitsverträge im Bereich des Bauwesens, der Rüstung usw. war die Naziregierung imstande, den Arbeitsmarkt im ganzen Land wiederzubeleben und die Zahl der Arbeitslosen deutlich zu verringern. Diese Maßnahmen wurden durch eine Art der Kreditinflation finanziert, die durch die Ausgabe großer Mengen von Schuldverschreibungen bewirkt wurde. Jedoch gestaltete sich zur gleichen Zeit die deutsche Außenhandelsbilanz äußerst ungünstig. Die Reserven an Gold und Devisenrücklagen bei der Reichsbank waren nahezu erschöpft, und die Beschaffung von Rohstoffen für die deutsche Industrie wird immer schwieriger.

Industrielle, Finanziere und Landeigentümer sind die Einzigen, die irgendeinen Vorteil aus der neuen Ordnung in Deutschland ziehen. Die Landwirtschaft wird in jeder Weise unterstützt. Andererseits bleibt der Lebensstandard für die Arbeiter allgemein und für den Mittelstand niedrig. Seit dem 30. Juli 1934 befindet sich die Politik der nationalsozialistischen Regierung im ganzen mit den politischen Hoffnungen und Wünschen der traditionellen deutschen Reaktion im Einklang. Deutschland wird heute von einem vereinigten breiten Bündnis der von Hitler geführten und von der Reichswehr unterstützten früheren Rechtsparteien, dem Beamtenapparat, den Großkapitalisten, Agrarkapitalisten sowie den rassistischen Intellektuellen und Studenten geführt. Dieser herrschende Block, der sich auf den Apparat eines totalitären Staates stützt, ist unzweifelhaft eine furchtbare Macht, besonders seitdem die Arbeiterklasse völlig unterdrückt und zerschlagen worden ist. Auf lange Sicht

ist es jedoch unwahrscheinlich, daß eine Regierung, die den Einfluß der Massen vollkommen unterdrückt, überdauern kann.

Die geistig-kulturellen Folgen, die der Sieg der Konterrevolution von 1930 nach sich zog, sind in wachsendem Maße seit 1933 sichtbar geworden. Die herrschende Strömung übernahm rücksichtslos das Kommando auf allen Gebieten des geistig-kulturellen Lebens. Literatur, Kunst und Wissenschaft, die Presse und Erziehung – all das wurde gleichgeschaltet und jede abweichende Meinung unterdrückt. Die Juden wurden aus dem öffentlichen Dienst und von jeder Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Ihre wirtschaftliche Lage ist immer schwieriger geworden. Tausende von Juden und anderen Gegnern des herrschenden Systems wurden gezwungen, Deutschland zu verlassen.

Die Außenpolitik der Hitlerregierung führte zu einer unerwarteten Verständigung zwischen Deutschland und Polen, wobei Deutschland von allen Forderungen nach Revision seiner Ostgrenzen Abstand nahm. Zur gleichen Zeit bemühte sich Hitler um eine Verständigung mit Frankreich. Hier war er jedoch nicht erfolgreich, da Deutschland seine Politik der heimlichen Wiederbewaffnung seit 1933 durch eine solche der öffentlichen Demonstration der Wiederbewaffnung ersetzt hat. Die Hitlerregierung suchte einige Erfolge auf „nationaler“ Ebene vorzuweisen, und da sie keinen Wunsch verspürte, einen Krieg zu beginnen, benutzte sie die Tatsache der deutschen Wiederbewaffnung zu Propagandazwecken gegenüber dem eigenen Volk. Das änderte nichts an den Tatsachen, aber führte zum Scheitern der Abrüstungskonferenz, bewog Deutschland, den Völkerbund zu verlassen, und verwirrte die Franzosen immer mehr. Die antibolschewistische Stoßrichtung der Hitlerregierung führte zur Feindschaft mit Sowjetrußland. Das faschistische Italien war ursprünglich dem Nationalsozialismus sehr zugeneigt. Aber nachdem Hitlers Sieg auch die österreichischen Nationalsozialisten zum Angriff bewog und es eine Chance für die Verschmelzung von Deutschland und Österreich zu geben schien, zerbrach die deutsch-italienische Freundschaft. Während der Niederschrift dieser Zeilen (im Frühjahr 1935) ist Deutschland vollständig isoliert und seine internationale Stellung ungünstiger als zu jeder anderen Zeit seit 1919. Dies wirkt sich seinerseits auf Deutschlands wirtschaftliche Lage aus, da Deutschland weder ausländische Kredite bekommen noch seinen Export steigern kann.

Quelle: Arthur Rosenberg, A History of the German Republic, New York: Russell & Russell 1965, S. 308–321 (zuerst: London 1936). Übersetzung: Mario Keßler.

Dokument Nr. 12:

Arthur Rosenberg, Biographische Angaben, 1938

Geboren 1889 in Berlin, 1914 Privatdozent für Geschichte an der Universität Berlin, 1930 a.o. Professor ebendort, 1933 abgesetzt, 1937 ausgebürgert, 1938 Professor am Brooklyn College, New York.

Meine Forschungen bezogen sich zunächst auf die Geschichte des Altertums. Meine Publikationen zur griechischen und römischen Geschichte interessierten im allgemeinen nur die engeren Fachkreise. 1921 versuchte ich jedoch in einem kleinen Buch, das zunächst für Lehrzwecke der Volkshochschule bestimmt war, über „Demokratie und Klassenkampf im

Altertum“ ein weiteres Problem zu behandeln. Der Begriff der Demokratie war in der modernen Entwicklung nach 1871 immer mehr verflacht und entstellt worden. Es war schließlich nichts mehr übriggeblieben als eine mit Hilfe des Stimmzettels ausgeübte Herrschaft der Mehrheit, die nur langsame Reformen auf dem Wege des Friedens und der Legalität zuließ. Demgegenüber zeigte ich die athenische Demokratie als ein Gemeinwesen, das zwar keinen Sozialismus kannte, das aber mit rücksichtsloser Energie die Selbstregierung des werktätigen Volkes zu verwirklichen suchte. Ebenfalls 1921 versuchte ich eine kurze populäre Darstellung der altrömischen Republik, die von ähnlichen Gesichtspunkten getragen war.

Meine politische Tätigkeit für die deutsche Arbeiterbewegung und besonders die Mitarbeit im „Untersuchungsausschuß des deutschen Reichstags für die Ursachen des Zusammenbruchs von 1918“ machten mir die Wichtigkeit zeitgenössischer Geschichtsschreibung klar. Das Resultat meiner Arbeiten im Untersuchungsausschuß wurde das Buch „Die Entstehung der deutschen Republik“ (1928). Daran schlossen sich die Vorarbeiten für die „Geschichte des Bolschewismus“, die 1932 veröffentlicht wurde an. Hier stieß ich erneut auf das Problem der Demokratie. Der Streit um Demokratie oder Diktatur, wie er zwischen den Bolschewiki und ihren sozialdemokratischen Gegnern seit 1918 ausgefochten wurde, hatte noch besonders dazu beigetragen, die Demokratie oder wenigstens die Staatsform, die man so zu nennen pflegte, zu diskreditieren. Demgegenüber brachte mich eine objektive Analyse Lenins zu dem Resultat, daß der ursprüngliche Bolschewismus weiter nichts war, als die Übertragung der revolutionären marxistischen Demokratie von 1848 in das Milieu des zaristischen Rußlands.

1933 verlor ich nach der Machtübernahme durch Hitler meine Stellung an der Berliner Universität, und ich mußte Deutschland verlassen. Im Sommer 1933 begann ich in Zürich die Niederschrift meiner „Geschichte der Deutschen Republik von 1918–1930“. Das Buch sollte zunächst durch eine objektive Darstellung der Legende von den „14 Jahren Marxismus“ entgegentreten. Zugleich wurde jedoch meine Darstellung wiederum zu einer ständigen Auseinandersetzung mit dem Problem der Demokratie in unserer eigenen Zeit. Es schien mir, daß die Weimarer Republik vor allem daran gescheitert ist, daß sie zwar formal sich ständig zur Demokratie in Deutschland bekannte, daß sie aber nicht imstande war, eine wirkliche Demokratie in Deutschland aufzurichten, d. h. eine vom rücksichtslosen Machtwillen getragene und ihre Gegner, wenn es nicht anders geht, auch gewaltsam niederkämpfende Selbstregierung des werktätigen Volkes.

1934–37 war ich Gastprofessor der Universität Liverpool. Nach meiner Ernennung habe ich dort die „Geschichte der Deutschen Republik“ abgeschlossen. Ich konzentrierte nun immer mehr meine Arbeit auf das geschichtliche Verständnis der neueren Demokratie. Alle Ereignisse seit 1918 haben gelehrt, daß die Sozialdemokratie und ebenso die Kommunistische Partei niemals siegen können, sobald sie nur als eine enge Berufsbewegung der Industriearbeiter auftreten. Sondern um zur Macht zu gelangen, muß sich das Proletariat, wie Marx es ausdrückte, als Nation konstituieren. Diese neue Konstituierung der Nation geschieht aber in der Form der revolutionären Demokratie. Wo die modernen Sozialisten und Demokraten nicht fähig waren, sich als Nation zu konstituieren, mußten sie dem Faschismus das Feld überlassen. Es ist nicht die Aufgabe des Historikers, in einem Geschichtswerk für eine bestimmte politische Taktik Propaganda zu machen. Aber er kann durch Aufhellung

der Vergangenheit die Mißverständnisse und Hindernisse wegräumen, die der praktischen politischen Arbeit im Wege stehen. Im Falle der Demokratie muß gezeigt werden, wie im Laufe des 19. Jahrhunderts die volkstümliche revolutionäre Kraft gelähmt wurde, und wie schließlich auf der einen Seite die formale kapitalistische Demokratie des Stimmzettels und auf der andern Seite die aktionsunfähige Berufsbewegung der sozialistischen Arbeiter übrigblieb.

Eine Geschichtsschreibung der Demokratie im großen Stil existierte in der letzten Generation in Frankreich und in den Vereinigten Staaten: Mathiez hat mit genialer Kraft die Tradition Robespierres für die Geschichtsforschung erneuert, und das gleiche leistete Beard für Jefferson. In deutscher Sprache und für die internationale Geschichte der Demokratie existierte nichts Gleichwertiges, vielleicht abgesehen von dem bedeutenden, aber einseitigen Alterswerk Kautskys über Krieg und Sozialismus. Eine kritische Geschichte der neueren Demokratie ist jedoch eine Aufgabe, die heute unbedingt angefaßt werden muß. Denn der Sieg über den Faschismus ist nur möglich, wenn die sozialistischen Wirtschaftsforderungen der Arbeiter sich irgendwie, im nationalen Rahmen, mit einer realistischen und zur Machtausübung fähigen Demokratie verbinden. Der Historiker muß dabei mithelfen, so gut er kann. Ich habe daher den Versuch gemacht, eine Geschichte der modernen Demokratie zu schreiben. Es ist mir klar, welche Schwierigkeiten mit der Lösung einer solchen Aufgabe verbunden sind, und wie mangelhaft ein derartiger Versuch ausfallen muß. Aber der Historiker in der Emigration hat die Pflicht zu helfen, soweit er dazu fähig ist, und er darf nicht, aus Rücksicht auf die eigene Reputation, für den Augenblick notwendige Arbeiten ungebührlich verzögern.

Das Buch „Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre“ beginnt mit Jefferson und Robespierre, zeigt dann die Verbindung der demokratischen Volksbewegung mit dem Sozialismus, die Wirksamkeit von Marx und Engels als Demokraten, die Krise der revolutionären Demokratie von 1848 bis 71, und schließlich das Absterben der revolutionären Demokratie, abgesehen von Rußland, in der Periode bis 1914. Eine Skizze der Entwicklung von 1914 bis zur Gegenwart weist dann auf die Versuche unserer eigenen Zeit hin, im Kampfe gegen den offenen oder verkappten Faschismus eine lebendige Demokratie des werktätigen Volkes zu erneuern. Wenn mein Buch den aktiven Kämpfern für Demokratie und Sozialismus die Orientierung erleichtern und so gewisse Hindernisse weniger schwer machen könnte, hätte es seine Aufgabe vollkommen erfüllt.

Schriften: Demokratie und Klassenkampf im Altertum, Berlin 1921. – Geschichte der römischen Republik, Bielefeld und Leipzig 1921, spanisch, Madrid 1926. – Die Entstehung der Deutschen Republik, Berlin 1928. – Geschichte des Bolschewismus. Von Marx bis zur Gegenwart, Berlin 1932, englisch, London 1934, französisch, Paris 1936, italienisch, Florenz 1933, norwegisch, Oslo 1935, hebräisch 1934. – Geschichte der Deutschen Republik, Karlsbad 1935, englisch, London 1936. – Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre, Amsterdam 1938.

Quelle: Emil Julius Gumbel (Hg.), *Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration*, Strasbourg: Sebastian Brant Verlag, 1938, S. 276–279. Orthographie modernisiert.

Dokument Nr. 13:

Arthur Rosenberg, Why Should Jews Have a Political Program?,
22. Juni 1941 (deutsche Übersetzung)

Zuerst müssen wir uns fragen: „Was bedeutet Politik“? Wo kann man zum Beispiel die Grenze zwischen Politik und Wirtschaft ziehen? Wenn eine Million Bergarbeiter mit einem Streik drohen, dann ist dies nicht nur eine rein wirtschaftliche Angelegenheit, sondern hat auch politische Bedeutung. Denn die Bergarbeiter sind ein wichtiger Bestandteil der amerikanischen Arbeiter und ihre Industrie ist ein äußerst wichtiger Produktionszweig, der viele Aspekte des Lebens der Nation beeinflusst. Sobald ein Ereignis über den Bereich des privaten Lebens hinausgeht und für eine größere Gruppe bedeutsam wird, beginnt die Politik.

Es ist eine Illusion zu glauben, man könne sich aus der Politik fernhalten. Vielleicht kann man dies auf einer einsamen Insel. Aber wir leben inmitten von Millionen Menschen, die politische Interessen und Probleme haben. Es ist offenkundig, daß auch die Juden an der Politik aktiv teilnehmen müssen.

Wir müssen zwischen den Juden inner- und außerhalb Palästinas unterscheiden. Niemand wird leugnen, daß sich Juden in Palästina mit Politik befassen müssen. Sie haben innere und äußere Konflikte sowie eine nationale Kultur. Was aber die Juden außerhalb Palästinas betrifft, sagen viele, daß irgendwelche eigenständigen politischen Aktivitäten nicht im grundsätzlichen Interesse der Juden liegen könnten, daß sie sich genauso verhalten sollten, wie es die deutschen Juden vor 1933 getan haben. „Aber“, so müssen wir uns fragen, „genügt das?“ Genügt es für Juden hier, für oder gegen den New Deal zu sein, für oder gegen den Sozialismus, genügt es für englische Juden, auf seiten der Konservativen oder der Labour-Partei zu stehen und ihr Judentum nur im Bereich der Religion oder gewisser kultureller und persönlicher Überlieferungen zu leben?

Ist eine jüdische Politik außerhalb Palästinas notwendig? Wir sind amerikanische Bürger, wollen aber auch etwas für Palästina tun. Es geht uns dabei ähnlich wie den irischen Amerikanern, die ihrem Herkunftsland helfen. Aber ich denke, das ist nicht alles. Denn die Situation der Juden ist eine andere. Unsere Lage ist den Negern ähnlicher als den Iren oder Italienern. Als Minderheit überall außerhalb Palästinas sind wir in einer gefährdeten Lage. Die Notwendigkeit jüdischer Politik außerhalb Palästinas ist das Ergebnis eben dieser seltsamen Lage.

Damit kommen wir zum Problem des Antisemitismus und des Faschismus.

Was bedeutet Politik heute? Es bedeutet den Kampf für oder gegen den Faschismus. Einige sagen, alles Übel der Welt besteht in einem kleinen Mann mit Schnauzbart in Berlin. Dieser Mann ist jedoch nur ein Symptom für die Krankheit der Welt. Das Wirtschaftssystem ist zusammengebrochen und die Frage lautet: Was wird es statt dessen geben?

Das totalitäre System ist im Kern dasselbe wie das heutige Sowjetsystem, und ob Diktatoren einander mögen oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Die totalitäre Idee ist die Idee einer Staatswirtschaft ohne persönliche Freiheit. Die Masse des Volkes muß der Staatsbürokratie dienen und erhält dafür als Gegenleistung ein Stück an Sicherheit. Es gibt viele Typen totalitärer Staaten. Die Position der Kapitalisten innerhalb des Staates unterscheidet sich von Staat zu Staat. In Rußland wurde der individuelle Kapitalismus ausgemerzt, während in Deutschland und Italien die meisten Privatkapitalisten eine bedeutende Position innerhalb

der Staatsmaschine innehaben. An der Spitze einer totalitären Staatswirtschaft steht ein Diktator. Wir müssen wissen, warum wir gegen all dies sind. Der Faschismus hat einen gewissen Fortschritt in Deutschland mit sich gebracht. Vor Hitler waren die Massen in Deutschland arbeitslos, und jetzt haben sie Sicherheit. Es war der Faschismus, der dies erreicht hat. Wir können auch sagen, der Faschismus hat die Lebensbedingungen, verglichen mit denen unter dem Privatkapital, verbessert. Aber der Faschismus gibt den Volksmassen nur ein sehr geringes Maß an Sicherheit. Die meisten Güter, die das Volk produziert, gehen in die Hände einer kleinen herrschenden Klasse. Somit müssen die Arbeiter für andere arbeiten. Totalitarismus heißt Ausbeutung der Massen – deshalb sollten wir uns gegen ihn wenden. Die Welt ist so groß und die Möglichkeiten der Produktion so reichhaltig, daß es möglich ist, jedem eine würdige Leben zu garantieren, und es überhaupt nicht nötig ist, daß die Volksmassen von einer kleinen Herrscherklasse mit barbarischen Methoden unterdrückt werden.

Mit dem Faschismus geht die Verfolgung der Juden einher. Der Faschismus nutzte den Minderheitenstatus der Juden, um aus ihnen Sündenböcke zu machen. Der Jude wird für alles Übel der Vergangenheit verantwortlich gemacht und muß daher vernichtet werden. Deshalb müssen wir Juden gegen den Faschismus, gegen jedes totalitäre System sein, da, allgemein gesagt, der Totalitarismus überhaupt keine Lösung für irgend etwas bietet. Der absterbende Kapitalismus hat in diesen letzten Jahren eine geringe Verbesserung der Lebensbedingungen erbracht. Aber auf lange Sicht ist er keine bessere Ordnung.

Wenn es um Fragen des Kampfes gegen den Faschismus geht, kann man drei Gruppen unterschieden. Zum ersten sind da jene, die den Faschismus bejahen und als mögliche Lösung ihrer Probleme ansehen. Dann gibt es das Lager derer, die eine wirkliche Demokratie aufrichten wollen. Die gegenwärtige Ordnung müsse jedem ehrlichen Menschen soziale und wirtschaftliche Sicherheit geben. Sie wollen, daß die Demokratie den Faschismus bekämpft. Als dritte Gruppe haben wir die altmodischen Konservativen, die am alten System des liberalen Privatkapitalismus festhalten und glauben, es würde weiterbestehen wie bisher. Sie fürchten den Aufstieg des Faschismus und wissen nicht, was sie tun sollen.

Wie ist die Haltung der Juden in diesem Kampf zwischen Faschismus und Antifaschismus? Nehmen wir Palästina, wo das Problem am deutlichsten ist. Dort gibt es all diese politischen Tendenzen. Die demokratische Front wird durch die Arbeiterbewegung, die Histadruth und den Kibbutz verkörpert. Andererseits haben wir einen Kern von Faschisten, die Revisionisten. Es genügt nicht für Juden, sich einfach politisch zu betätigen, ihre Politik muß auch Sinn machen. Es ist nutzlos, die falsche Politik zu betreiben, Politik im Sinne eines Totalitarismus. Deshalb ist der Bolschewismus eine enorm gefährliche Sache. Die Revisionisten bilden unter uns den Feind, der die demokratischen Kräfte unter den Juden unterminiert und das Tor den Feinden öffnet, wann immer dies möglich ist. Wo immer eine Gruppe die Existenz der Juden in Palästina zu untergraben und zu schwächen sucht, stehen Revisionisten an ihrer Spitze. So sind zum Beispiel die Revisionisten in ihrer Feindschaft gegenüber der Arbeiterbewegung sogar Freunde der antizionistischen englischen Verwaltung in Palästina geworden.

Zur dritten Gruppe unter den Juden gehören jene, die den liberalen Kapitalismus mögen und, soweit möglich, daran festhalten wollen. Jüdische Konservative machen hübsche Feh-

ler, da der Konservatismus unter den Juden sich vom Konservatismus anderer Völker unterscheidet.

Wir waren in einer eigentümlichen Lage, ein Minderheitenvolk unter allen Minderheitenvölkern. Der einzelne Jude konnte sich aus dieser Minderheitensituation lösen. Disraeli konnte Premierminister von England werden. In Italien konnte Luzatti Minister werden. Das Haus Rothschild war im 19. Jahrhundert eine Macht. Der westliche jüdische Intellektuelle war in einer starken Position. Er suchte zu vergessen, daß er zu einer besonderen nationalen Gruppe gehörte. Er gab Geld aus und erreichte eine hohe soziale Stellung. Aber die anderen vergaßen nichts, und er blieb politisch immer ein Jude, egal was er anstellte.

Diese verunsicherten Menschen taten alles, um ihren sozialen Status zu halten. Sie glaubten, dazu müsse man so werden, wie es die christliche Gesellschaft wollte. Der Jude mußte in allem, was er tat, ein wenig besser als die anderen sein. Dies war in der Zeit der Gefahr die einzig mögliche Haltung des jüdischen Konservatismus.

Die reichen jüdischen Intellektuellen haßten zuerst den Zionismus, denn dieser erinnerte sie daran, daß sie sich von den Deutschen, Engländern und Franzosen sehr unterschieden. Herzl wurde verabscheut. Einige von ihnen blieben Antizionisten bis zum heutigen Tag. Sie sagen: Wir haben eine jüdische Religion, aber wir wollen keine Politik, die den Antisemitismus hervorruft. Sie wollen den Status der Juden bewahren, wie er im 19. Jahrhundert, in der Emanzipationsperiode, bestanden hat. Dies ist eine Variante des jüdischen Konservatismus.

Es gibt noch eine andere. Als der Antisemitismus in den fortgeschritteneren Ländern noch schwach war, begannen einige Menschen zu fühlen, daß sich die Welt änderte, daß neue Kräfte im Entstehen waren. Diese Menschen, zumeist fortschrittlich und modern, schufen den Zionismus. Der Zionismus war ein Unternehmen, um die Juden in der Periode des niedergehenden Liberalismus und der schwindenden Emanzipation zu schützen. Doch andere Menschen, die dies nicht verstanden, schlossen sich ebenfalls den Reihen des Zionismus an und brachten die alten Methoden und Ideen hinein. Sie verstanden nicht, daß es für die Juden notwendig war, den Kampf gegen ihre Feinde aufzunehmen und ihre Lage zu verbessern. Dieser Typ des Konservatismus hat zum Beispiel viel dazu getan, um unsere Lage in Palästina sehr schwierig zu gestalten. Neben großen Leistungen stehen zwei große Niederlagen in Palästina, zwei Probleme, die noch gelöst werden müssen: Bei der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Juden und den arabischen Massen konnte kein nennenswerter Fortschritt erreicht werden. Und Palästina ist zu einem seltsamen Gemeinwesen geworden ohne eine Verfassung, die die Rechte der Gruppen klar definiert.

Die englischen Bürokraten möchten keine Verfassung in Palästina haben und sind gegen eine Verständigung von Juden und Arabern. Konservative und Halb-Liberale wollten diesen wunden Punkt nicht berühren. Sie hatten Angst vor der Mißgunst des Hohen Kommissars. (Besonders die Revisionisten äußerten sich in diesem Sinn.)

Im Lichte all dessen sehen wir, wie unentschuldig die Inaktivität und Unreife des amerikanischen Zionismus ist. Wir haben fünf Millionen Juden in Amerika. Sie sind heute die einzige Gruppe der Juden, die irgend etwas tun kann. Aber was tun sie? Wo ist ihre wirkliche Führung? Was haben sie für Palästina getan? Was haben sie für die Juden in Polen getan? Zu welchem Standpunkt raten sie uns? Es ist immer das gleiche. Gewisse Gruppen von Menschen möchten keine jüdische Antwort geben, keine Äußerung machen, die ihren so-

zialen Status in der Gesellschaft schwächen könnte. Sie sehen den Untergang des jüdischen Volkes, aber hoffen immer noch, daß es nicht so schlimm werden wird. Mag doch ein Wunder geschehen! Die gleiche Haltung findet man bei vielen Arbeiterführern, wenn sie sich mit Problemen der Arbeiterbewegung befassen. Auch sie möchten ihre Stellung in der Gesellschaft in keiner Weise gefährden.

Deshalb sage ich hier, es ist heute die Aufgabe und Verpflichtung der Juden, sich politisch zu engagieren. Erstens, nationale Politik in Palästina, zweitens, Weltpolitik, um den Faschismus zu bekämpfen – denn Faschismus und Totalitarismus sind die schlimmsten Feinde menschlicher und vor allem jüdischer Prinzipien.

Deshalb können Juden um die Politik keinen Bogen machen. Sie müssen die Palästina-Politik mit der allgemeinen antifaschistischen Politik außerhalb Palästinas verbinden. Und der Jude muß verstehen, daß die Stärkung aller positiven Elemente in der Gesellschaft seine eigene Lage nur verbessern kann. Die gute Gesellschaft und elegante Damen helfen niemandem. Es ist darum nutzlos, unsere politischen Handlungen an ihren Maßstäben zu messen. Sie werden dem jüdischen Volk in der Not niemals helfen.

Wir dürfen auch keine defätistische Haltung einnehmen. Die totalitäre Maschine ist nicht so stark, wie sie scheint. Sie wird unter der Last ihrer eigenen Widersprüche zusammenbrechen. Selbst wenn harte Jahre vor uns liegen, gibt es keinen Grund zu verzweifeln. Das jüngste Ereignis (der russisch-deutsche Krieg) zeigt, daß Freundschaft zwischen Despoten über Nacht zu Ende sein kann. Deshalb sollte niemand verzweifeln, denn niemand weiß genau, was morgen geschehen wird. Wenn man darauf vorbereitet ist, kann man aus einer günstigen Gelegenheit Nutzen ziehen. Wenn man nur Mut hat, kann man gewinnen!

Quelle: New York Public Library, Zellig S. Harris Papers, Avukah Cooperative Summer School, Liberty, NY, June 1941. Übersetzung: Mario Keßler.

Dokument Nr. 14:

Arthur Rosenberg, Rezension zu Franz Neumann, *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*, 1941 (deutsche Übersetzung)

Eine Flut von Büchern über Nazideutschland ist in den letzten Jahren erschienen; nur sehr wenige von ihnen werden bleiben. Neumanns Buch gehört zu diesen wenigen. Denn Neumann verfügt nicht nur über beste Kenntnisse der Tatsachen über Deutschland, sondern auch über das theoretische Verständnis der neuen Probleme, die mit dem Aufstieg des Faschismus entstanden.

Es gibt zwei verbreitete Theorien über Nazideutschland: Nach der einen Theorie bedeutet Nazi Herrschaft die Macht der entschlossensten Vertreter des modernen Monopolkapitalismus. Die andere Theorie sieht in Hitler den Schöpfer einer staatssozialistischen oder allgemein einer sozialistischen Gesellschaft. Nach beiden Theorien ist eine Nazi Herrschaft von langer Dauer erklärbar. Denn wenn der Kapitalismus eine so lange Zeit bestanden hat, warum sollte eine dynamischere und effizientere Form des Kapitalismus nicht weiterbestehen? Wenn man hingegen Hitlers Staat als sozialistisch ansieht und wenn man glaubt, der Sozia-

lismus sei die Gesellschaft der Zukunft, kann man den Nazis ebenfalls eine gute Chance des langen Überlebens einräumen.

Neumann lehnt beide Interpretationen des Nazisystems ab. Er nennt den Staat Hitlers „Behemoth“, nach dem riesigen Ungeheuer in der Sprache der jüdischen Propheten, das Hobbes in die moderne politische Terminologie einführte. Neumann schreibt: „Da wir glauben, daß der Nationalsozialismus ein Unstaat ist oder sich dazu entwickelt, ein Chaos, eine Herrschaft der Gesetzlosigkeit und Anarchie, welche die Rechte wie die Würde des Menschen ‚verschlungen‘ hat und dabei ist, die Welt durch die Obergewalt über riesige Landmassen in ein Chaos zu verwandeln, scheint uns dies der richtige Name für das nationalsozialistische System: DER BEHEMOTH.“

Neumann glaubt, daß der Nationalsozialismus unvereinbar mit irgendeiner rationalen Philosophie ist, also mit irgendeiner Lehre, welche die politische Macht vom Willen oder von den Bedürfnissen des Menschen ableitet. Er bezweifelt, daß Hitlers Deutschland ein „Staat“ ist: „Was aber ist nun die Struktur des Nationalsozialismus, wenn es sich nicht um einen Staat handelt? Ich wage zu behaupten, daß wir es hier mit einer Gesellschaftsform zu tun haben, in der die herrschenden Gruppen die übrige Bevölkerung direkt kontrollieren – ohne die Vermittlung durch den wenigstens rationalen, bisher als Staat bekannten Zwangsapparat. Noch ist diese neue soziale Form nicht voll entwickelt, aber die Tendenz ist vorhanden, und sie bestimmt das eigentliche Wesen des Regimes.“

Neumann begründet seine Theorie umfassend und zeigt anhand seiner hervorragenden Kenntnis aller erreichbaren Tatsachen die Schwäche aller früheren Interpretationen des Nazisystems. Aber eine Frage bleibt ungelöst: Hitlers Organisation war in den letzten neun Jahren die stärkste Macht in Europa. Das ist eine Tatsache, und wenn die überkommenen Kategorien der politischen Wissenschaft diese Tatsache nicht erklären können, dann ist mit den Kategorien irgend etwas nicht in Ordnung. Lehre und Wissenschaft sind immer ein Teil der bestehenden Gesellschaft, und die politische Theorie der letzten 200 Jahre war ein Ausdruck der „liberalen“ Gesellschaft. Auch die Konservativen und die radikalen oder sozialistischen Gegner des Liberalismus waren weit stärker von dessen Theorien abhängig als sie gewöhnlich annahmen oder wußten. Gegenwärtig erleben wir den totalen Zusammenbruch der „alten liberalen“ Gesellschaft in Europa. Deshalb zerfällt auch die überkommene Wissenschaft. Der wichtigste Teil unseres Kampfes gegen den Faschismus besteht darin, eine neue Theorie zu entwickeln, die der veränderten Welt entspricht und den Faschismus auf seinem eigenen Feld schlägt. Es ist das größte Verdienst von Neumanns Buch, daß es den Weg für eine heute so notwendige neue politische Wissenschaft bereitet. Neumanns Buch enthält, neben seinen theoretischen Verdiensten, viele Abschnitte, die für die praktische Politik von Bedeutung sind; Abschnitte über die inneren Spannungen und Brüche des Nazisystems, über die bestmöglichen Methoden eines Propagandakrieges gegen Hitler und über den notwendigen Wiederaufbau Europas nach dem Krieg.

Quelle: Zeitschrift für Sozialforschung, IX (1941), S. 526f. Übersetzung: Mario Keßler. Die Passagen aus Neumanns Buch wurden nach der deutschen Übersetzung von Hedda Wagner und Gert Schäfer zitiert: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag 1984, Zitate S. 16, 543.

*Dokument Nr. 15:*Prof. Rosenberg's Works Analyze the Great Changes of Our Time, 1943
(Auszüge in deutscher Übersetzung)

Arthur Rosenbergs große Leistung liegt in einer Reihe von historischen Arbeiten begründet, in denen er mit großer Detailtreue zeigt, wie es zu den großen politischen Veränderungen unserer Zeit kam. Die wichtigsten und bekanntesten dieser Bücher sind „Die Entstehung der deutschen Republik“, die „Geschichte des Bolschewismus“ und „Demokratie und Sozialismus“. Diese Bücher sind übersichtlich und kompakt, sie verbinden die Exaktheit und das Urteil des Forschers mit einem Spürsinn für die Bedeutung relevanter Tatsachen und zeigen die Verbindungslinien zwischen den historischen Ereignissen. Im Ergebnis sind einige der bedeutendsten Beispiele dafür entstanden, was Geschichtsschreibung zu leisten vermag. Aber zusätzlich zu ihrer Bedeutung als Geschichtswerke haben sie unschätzbare praktische Bedeutung für alle, die wissen möchten, wie politische Veränderungen herbeigeführt werden, wie Ereignisse an den Punkt einer sozialen Revolution gelangen und wie politische Parteien für soziale Veränderungen wirken können.

Der allgemeine Mechanismus sozialer Veränderung, den diese Bücher zeigen, besteht in folgendem: Erstens verleihen die spezifischen Bedingungen von Armut und Freiheit, unter denen soziale Großgruppen leben, den Angehörigen dieser Klassen früher oder später ein spezifisches politisches Bewußtsein, das auf die Verbesserung der Lebensbedingungen gerichtet ist. Zweitens bringt diese politische Haltung die unterprivilegierten Klassen früher oder später dazu, das politische System zu ihren Gunsten ändern zu wollen. Solche Bemühungen sind fast immer nur durch Gewalt möglich, das heißt durch eine Revolution; denn die privilegierte Klasse, die über die politische Macht verfügt, wird normalerweise ihre Macht und ihre privilegierte Position nicht freiwillig aufgeben.

Dieses Bild politischer Erhebungen entspricht dem, das Marx zeichnete. Aber Rosenbergs Arbeiten haben den großen Vorteil, das sie sich auf empirische Tatsachen stützen und diese vermitteln. Rosenberg schreibt nicht, daß ein solches Bild, so überzeugend es aussehen mag, immer den Tatsachen entsprechen muß. Statt dessen beschreibt er, was wirklich in Deutschland und Rußland geschah, und der Leser bemerkt, daß der Gang der Ereignisse tatsächlich diesem Modell folgt ...

Bedingungen für soziale Veränderungen

Rosenberg zeigt, daß die Massen nur dann Ideen für eine Verbesserung ihrer Lage entwickeln, wenn sich diese Lage verschlechtert und sie sich dessen bewußt werden. Er sagt, daß die Lebensmittelkürzungen 1918 in der deutschen Armee ein wichtiger Faktor für den Aufstand der Soldaten waren, und daß der unmittelbare Kontakt zwischen den Soldaten und ihren bessergestellten Offizieren zum Klassenhaß führte. In gleicher Weise trug die brutale kriegsgerichtliche Verurteilung der friedenswilligen Matrosen zur Entwicklung des revolutionären Aufbruchs bei. Faktoren wie diese – Verarmung, Unterdrückung und die Erkenntnis der Massen, daß der Staat gegen sie ist – führen zur Verbitterung und zur Opposition gegen den Status quo; Faktoren, die in den unterprivilegierten Klassen immer schlummern.

Die Bedeutung dieser festgestellten Tatsache, daß die unterprivilegierten Klassen unter den gegebenen Umständen den Status quo ablehnen können, stellt die herrschende Klasse vor ein Dilemma: Wenn Streiks und eine radikale Propaganda erlaubt werden, bringt dies die Interessengegensätze zwischen den Unterprivilegierten und den Machthabern klar zum Ausdruck. Wenn sie aber durchgängig unterdrückt werden, führt die Erbitterung darüber dann zum Aufstand, sobald sich die Gelegenheit dafür ergibt. Der einzige Weg für die herrschende Klasse, aus diesem Dilemma herauszukommen, besteht darin, den Unterdrückten ihre eigene Lage möglichst nicht bewußt werden zu lassen, ihnen ein falsches Bild ihrer eigenen sozialen Lage zu vermitteln. Das ist in der Tat der Hauptweg, den die herrschenden Klassen heutzutage in fast jedem Land der Welt eingeschlagen haben.

Die Herausbildung einer gegen den Status quo gerichteten Haltung der Unterdrückten ist jedoch nicht der einzige Grund politischer Veränderungen. Rosenberg zeigt, daß politische Systeme manchmal dann überwunden werden, wenn sie, sogar auf dem bisher bescheidenen Niveau, nicht mehr imstande sind, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. Der Niedergang des zaristischen Systems wird von Rosenberg im Zusammenhang mit der, wie er schreibt, selbstmörderischen Tendenz des russischen Adels als Klasse gesehen: die Tatsache, daß viele Kinder des Adels nicht mehr die Werte ihrer Eltern und ihrer sozialen Gruppe akzeptieren konnten und an der Zerstörung ihrer eigenen überholten Klasse arbeiteten. In der Tat war jedermann außer der alten Feudalaristokratie gegen das zaristische Regime. Die russische Februarrevolution von 1917 war vom Bürgertum, das den vom Zarismus bewirkten Zerfall des Landes verhindern wollte, ebenso vorbereitet worden wie von den Arbeitern und Bauern, die einfach Brot wollten. In „Demokratie und Sozialismus“ zeigt Rosenberg, daß auch die europäischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts den vereinten Anstrengungen von Kapitalisten und Arbeitern gegen eine völlig untaugliche Feudalaristokratie entsprangen.

Wenn die Ablehnung und das Mißtrauen gegenüber dem Status quo ein fortgeschrittenes Stadium erreichen, haben wir das, was eine „revolutionäre Situation“ genannt wird, und Rosenberg zeigt, daß diese Situation vorübergehend unter der Oberfläche bleiben oder fort-dauern kann, bis Streiks, Demonstrationen oder Handlungen der herrschenden Klasse Ereignisse in Gang setzen, die zur Revolution führen. So war es am 3. November 1918, als die deutschen Matrosen revoltierten, nicht weil sie die Revolution wollten, sondern weil sie sich gegen die Pläne der Admiräle wandten, den Krieg fortzusetzen ... Dies führte in Westdeutschland zu Erhebungen, und am 9. November führten die Aktionen der Berliner Arbeiter, als sich ihnen die dort stationierten Soldaten anschlossen, zur Revolution. Auf ähnliche Weise begann die schließlich gescheiterte russische Revolution von 1905 mit sporadischen Streiks. Die bolschewistische Revolution war besser vorbereitet. Aber auch hier war die Hand der unorganisierten Masse im Spiel: Als Lenin nach der Machtübernahme ein System der staatlichen Kontrolle der Privatwirtschaft plante, gingen die Arbeiter selbsttätig weiter und übernahmen die Fabriken, vertrieben die Ausbeuter und veranlaßten dadurch Lenin, die Betriebe in Staatseigentum zu übernehmen, oder besser: den Aktionen der Arbeiter durch staatliche Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Eine der wichtigsten Schlußfolgerungen aus Rosenbergs Werk ist folgende: Wenn die beiden genannten Bedingungen erfüllt sind, mögen die grundlegenden politischen Veränderungen eine Zeitlang aufgeschoben werden können, sind aber auf Dauer nicht zu verhindern.

Bismarck suchte ein Leben lang die Übernahme der politischen Macht durch die Kapitalistenklasse oder die Arbeiter zu verhindern. Die herrschende Feudalklasse war gar nicht damit einverstanden, daß er den Kapitalisten Konzessionen machte, indem er mit ihnen eine Einheitsfront gegen die Arbeiter bildete. Andererseits zürnte er den Kapitalisten, wenn diese den Arbeitern Konzessionen machten, um revolutionären Aktionen vorzubeugen. Dennoch war ein Kompromiß zwischen dem Adel und den Kapitalisten möglich, da beide ein gemeinsames Interesse daran hatten, einem Aufstand der Arbeiter vorzubeugen. Ein solcher Kompromiß konnte aber nur dann funktionieren, wenn, wie in England, beide herrschenden Klassen die politische Macht entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung innehatten. Das war in Deutschland nicht der Fall, da die preußische Aristokratie die ganze politische Macht innehatte. Die Kapitalisten hatten deshalb weniger Rechte und die Arbeiter weniger Konzessionen, als ihnen in England zugestanden wurden. So kam es, daß die Arbeiter in Deutschland im November 1918 für eine bürgerliche Regierung auf die Straße gingen.

Die Rolle der Führer

Rosenberg zeigt weiterhin, daß individuelle Besonderheiten politischer Führer oder kriegerische Erfolge, soweit sie nicht selbst Ergebnisse der sozialen Lage sind, zumeist den gesellschaftlichen Wandlungsprozeß eine Reihe von Jahren verzögern können. Rosenberg sagt, daß Ludendorff den Ersten Weltkrieg im März 1918 hätte gewinnen können, wenn er nicht eine Million Soldaten im Osten hätte belassen müssen, um das neue slawische Imperium zu kontrollieren, das Deutschland durch den Frieden von Brest-Litowsk gewonnen hatte. Aber es war nicht der militärische Fehler (der selbst aus dem deutschen Weltmachtstreben herrührte), der den deutschen Adel in die Knie zwang. Rosenberg sagt, daß, wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte, die heimkehrenden Soldaten eine Regierung unter bürgerlicher Verfassung unterstützt hätten, die das autokratische Regime ersetzen sollte, das während des Krieges jeden Kredit verloren hatte ...

In all seinen Werken zeigt er, daß es nicht genügt zu wissen, wann oder unter welchen Umständen politische Erhebungen stattfinden, es ist auch notwendig zu wissen, welche Richtung diese Erhebungen einschlagen und welche politische Ordnung ihnen folgt. Man mag denken, daß dies klar ist: Die unterdrückten Massen bilden eine neue Regierung, in der sie die Macht ausüben, die sie ihren verbrauchten Vorgängern entrissen haben. Das ist nicht immer der Fall. Zunächst sind die Sieger der Revolution nicht immer Angehörige ein und derselben Klasse. In Rußland wollten die Bauern eine private Landwirtschaft und die Arbeiter die Fabriken unter gemeinwirtschaftlicher Kontrolle. Andererseits können sich die Arbeiter, wenn sie mit den Bauern und dem Kleinbürgertum gegen die adligen Grundbesitzer kämpfen, auch mit einer bürgerlichen Regierung begnügen, in der sie keine Machtposition haben, die aber ihre wesentlichen Wünsche befriedigt. Dies war in Deutschland der Fall.

Was in Rußland geschah

Rosenbergs Arbeit zeigt in allen Einzelheiten, was vielleicht die Unvermeidbarkeit der politischen Entwicklung auf lange Sicht genannt werden kann. Sofort nach der bolschewistischen Revolution begannen die Industriearbeiter die Fabriken in ihre eigenen Hände zu

nehmen und die bisherigen Besitzer zu enteignen. Obwohl dies von der bolschewistischen Regierung nicht vorgesehen war, akzeptierten die Führer diesen Tatbestand und planten die Errichtung eines sozialistischen Staates ohne Privateigentum. Das entsprach keineswegs den Erwartungen der Bauernschaft, die das Land in kleine Privatbetriebe aufgeteilt sehen wollten. Dies erforderte umgekehrt das Weiterbestehen der bolschewistischen Diktatur des Kriegskommunismus, um zumindest den Kern eines Arbeiterstaates gegenüber der großen Mehrheit der russischen Bauern zu behaupten. Die Fortdauer der Parteidiktatur in Rußland brachte die Arbeiter zu der Annahme, die Revolution habe ihnen nicht einmal die Freiheit gebracht und führte zur gescheiterten Erhebung (von Kronstadt 1921) gegen das bolschewistische Regime. Um die Arbeiter zu besänftigen, aber die Bauern nicht allzusehr zu verprellen, schuf das Regime den Mythos, daß Rußland eine sozialistische Gesellschaft aufbaue, obwohl die Wirtschaft auf rein bäuerlichen Grundlagen beruhte und die Unterschiede zwischen den Klassen und innerhalb der bürokratischen Schicht wuchsen.

Aus der inneren Situation Rußlands erklärt sich jene der Kommunistischen Internationale: Als 1921 das Sowjetregime vom Sozialismus der Arbeiter zu einer bäuerlichen Wirtschaft übergang, brauchte es die Komintern nicht mehr als Instrument zum Anfachen von Revolutionen (die ein sozialistisches Rußland unterstützen sollten). Aber das Regime löste die Internationale nicht auf, da es den Mythos vom Sozialismus für die russischen Arbeiter weiterhin brauchte. Somit behielt es die Internationale als ein Symbol bei, in dem vom Sozialismus zwar die Rede war, das aber in der Praxis sozialistische Entwicklungen eher hemmte denn förderte ...

Diese internationale Lage erklärt auch Stalins Sieg über Trotzki. Trotzki war stets ein überzeugter Sozialist und hielt an der proletarischen Demokratie fest. Lenin, Stalin und fast alle bolschewistischen Führer waren darauf vorbereitet, zuerst eine bäuerliche Wirtschaft einzuführen und dann auf die Errichtung einer sozialistischen Ordnung hinzuarbeiten, sollte Rußland einen gewissen Grad der Industrialisierung erreicht haben. Stalin verstand es, die Arbeiter mit dem Versprechen, durch einen Fünfjahresplan Rußland zu industrialisieren, ruhigzustellen und ihnen zu versprechen, bald werde der „Sozialismus in einem Land“ errichtet werden

Die Rolle der Partei

... Rosenberg war Mitglied des Erweiterten Exekutivkomitees der Komintern in seinen frühen Dreißigern. Er sagt, er befand sich niemals in absoluter Übereinstimmung mit der bolschewistischen Führung, aber war der kommunistischen Partei beigetreten, um in ihr für die Ziele zu kämpfen, die er als richtig ansah. Er hoffte, daß eine Partei, die eine richtige Politik verfolge, sowie die Macht und das Ansehen des sowjetischen Regimes für die europäischen Klassenauseinandersetzungen von großer Bedeutung wären. 1927, im Alter von 37 Jahren, begriff er, daß irgendwelche Korrekturen der Politik gegen den Willen der sowjetischen Führung nicht möglich waren, und trennte sich von der Partei.

Die „New York Times“ schrieb über Rosenberg, er habe, nachdem er sich vom Kommunismus getrennt habe, den Wert demokratischer Institutionen zu schätzen gelernt. Das ist von der Wirklichkeit weit entfernt. Rosenberg war nicht weniger demokratisch gesinnt, bevor er die Partei verließ. Er trat stets für Freiheit und Gleichheit, Sicherheit und Demo-

kratie für jeden ein. Sein Standpunkt war Rosa Luxemburgs grundsätzlich demokratischem Impuls und ihrer marxistischen Analyse sehr nahe. Rosenberg glaubte in den letzten Jahren an den Wert kapitalistischer Institutionen sicher nicht mehr, als er es vorher tat. Er ... sah das kapitalistische allgemeine Wahlrecht gänzlich entwertet durch den Mangel an Demokratie in wirtschaftlicher Hinsicht.

Arthur Rosenberg hatte einen tiefen Sinn für die Undurchführbarkeit und oft Unehrllichkeit dessen, was allgemein Reformismus genannt wird. Er beurteilte jedes politische Ereignis grundsätzlich danach, ob es der Arbeiterklasse und ihrem politischen Verständnis hilft. Er hatte keinerlei Achtung für jene Liberalen und Rechtssozialisten, die behaupten, sie hätten ein Herz für die Interessen der Unterjochten, aber in Wahrheit die Arbeiter dazu bringen, sich mit Wenigem und mit Scheinerfolgen zufriedenzugeben, während die Macht in der Hand derer verbleibt, die den Arbeitern niemals Freiheit und menschliche Gleichheit zugehen ...

Die meiste Zeit seines Lebens hatte er kein Interesse an jüdischen Angelegenheiten (Aus) Hitlers Machtantritt ... erwuchs sein Interesse an jüdischer Politik und ihren Notwendigkeiten. Somit brachten ihn ganz praktische Gründe dazu, die jüdische Einwanderung nach Palästina zu unterstützen. Er fühlte auch, daß die Juden außerhalb Palästinas in einer Welt nach dem Krieg ihre Interessen selbständig wahrnehmen sollten, und daher war er am Charakter und der Entwicklung der zionistischen Organisationen interessiert ...

Quelle: Avukah Student Action, May 1943, S. 1–4. Übersetzung: Mario Keßler.

Zeittafel zu Arthur Rosenbergs Leben

1889	19. Dezember: Geboren in Berlin als Sohn des Kaufmanns Georg Henry Rosenberg und seiner Frau Helene
1895–1907	Schulbesuch in Berlin und Wien
1896	Geburt der Schwester Jenny
1907	Abitur am Askanischen Gymnasium Berlin
1907–1911	Studium der Alten Geschichte und klassischen Philologie in Berlin
1911	Promotion (<i>magna cum laude</i>) über <i>Untersuchungen zur römischen Zenturienverfassung</i> ; Referenten: Otto Hirschfeld, Eduard Meyer. Preis der Droysen-Stiftung; anschließend Volontariat bei der „Frankfurter Zeitung“ und Studienreise nach Italien. Redaktionelle Mitarbeit an „Ullsteins Weltgeschichte“
1914	Habilitation in Berlin zum Thema: <i>Der Staat der alten Italiker. Verfassung der Latiner, Osker und Etrusker; Venia legendi</i> für Alte Geschichte und Beginn der Lehrtätigkeit
1915–1918	Arbeit im Kriegspresseamt in Berlin
1917	8. Januar: Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch den bisher Staatenlosen
1917–1918	Dienst im Hinterland an der Westfront
1918	10. November: Eintritt in die USPD
1919	Heirat mit Ella Wöhlmann (geb. 28. September 1895 in Köslin)
1920	16. Oktober: Übertritt zur KPD auf dem Hallenser Parteitag der USPD
1920–1922	Lehrtätigkeit an der Berliner Volkshochschule
1921	27. Februar: Geburt der Tochter Liselott
1921–1924	Stadtverordneter von Groß-Berlin
1921	Disziplinarverfahren der Universität gegen Arthur Rosenberg
1921	<i>Einleitung und Quellenkunde zur römischen Geschichte</i>
1921	<i>Geschichte der römischen Republik</i>
1921	<i>Demokratie und Klassenkampf im Altertum</i>
1922	5. August: Geburt des Sohnes Wolfgang
1922–1924	Arbeit im Pressedienst der KPD; Auslandsredakteur der „Inprekorr“; Mitglied der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg
1924	Wahl in die Parteizentrale und in das Politische Büro der KPD; Teilnahme am 5. Weltkongreß der Komintern und Kandidat ihres Exekutivkomitees
1924–1928	Mitglied des Reichstages (Wahlkreis 2, Groß-Berlin); Mitarbeit vor allem im Außenpolitischen Ausschuß und im Untersuchungsausschuß für die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Weltkrieg
1927	26. April: Austritt aus der KPD, bis 1928 fraktionsloser Abgeordneter des Reichstages

1928	<i>Die Entstehung der deutschen Republik</i>
1928–1933	Mitarbeit in der Deutschen Liga für Menschenrechte
1930–1931	Referendariat, anschließend Studienassessor beim Provinzial-Schulkollegium Berlin
1931–1933	Studienassessor am Köllnischen Gymnasium
1930	August: Ernennung zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor durch den preußischen Kultusminister gegen den Widerstand der Philosophischen Fakultät
1932	<i>Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie</i>
1932	<i>Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart</i>
1933	31. März/1. April: Flucht mit der Familie über Konstanz nach Zürich
1933	24. September: Entzug der <i>Venia legendi</i> durch das (nazistische) preußische Kultusministerium
1933	September: Übersiedlung nach London, von dort nach Liverpool
1934	Research Fellow an der University of Liverpool (bis 1937)
1934	<i>Der Faschismus als Massenbewegung. Sein Aufstieg und seine Zersetzung</i> (unter dem Pseudonym Historikus)
1935	<i>Geschichte der deutschen Republik</i>
1936	29. Oktober: Geburt des Sohnes Peter Michael
1937	1. Februar: Ausbürgerung der Familie durch das Nazi-Regime
1937	26. Oktober: Übersiedlung nach New York; Tutor am Brooklyn College
1938	<i>Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre</i>
1938	31. Dezember: Aufnahme der Bücher Rosenbergs in die erste „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ durch das Naziregime
1939–1941	Vorträge an der Avukah Cooperative Summer School in Liberty, N.Y.
1941	1. Januar: Festanstellung am Brooklyn College als Instructor
1942	1. März: Gründungsmitglied der German American Emergency Conference
1943	7. Februar: Tod im Long Island College Hospital in Brooklyn, N.Y.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Das vorliegende Verzeichnis bemüht sich um eine möglichst vollständige Erfassung des Werkes von Arthur Rosenberg. Zur besseren Übersicht ist es wie folgt gegliedert:

1. Archivalia
2. Schriften Arthur Rosenbergs
 - Selbständige Veröffentlichungen
 - Textsammlungen
 - Aufsätze, publizistische Beiträge, Rezensionen
 - Reden und Diskussionsbeiträge im Reichstag
 - Diskussionsbeiträge auf den Plenartagungen des EKKI und den Parteitagungen der KPD
3. Arbeiten über Arthur Rosenberg
4. Weitere Quellen und Literatur
5. Mehrfach zitierte zeitgenössische Periodika

1. Archivalia

Askanische Oberschule, Schularchiv

Acta der Gustav-Levinstein-Stiftung.

Reifeprüfung, Michaelis 1907: Meldungen und deutsche Aufsätze.

Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsarchiv, Philosophische Fakultät

36–38: Sitzungen der Philosophischen Fakultät.

1234: Habilitationen.

1440: Privatdozenten.

1475–78: Ernennung von Professoren.

1546: Akten der Johann-Gustav-Droysen-Stiftung (ab 1878).

2743: Universitäts-Rechtsrat.

R 208: Personalakte des n.b. a.o. Professors Dr. Arthur Rosenberg.

Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin

Nachlaß Eduard Meyer: Nr. 15 und 1130: Briefe Arthur Rosenbergs an Eduard Meyer.

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin

RY 1/I 2/3 KPD, Politbüro (Polbüro).

RY 1/I 2/5 KPD, ZK-Sekretariat.

RY 1/I 2/7.03–07 KPD, Zentrale/Zentralkomitee

RY 1/I 3/1–2 KPD, Bezirk Berlin-Brandenburg.

RY 1/I 3/3 KPD, Bezirk Pommern.

RY 1/I 3/4 KPD, Bezirk Ostpreußen.

RY 1/I 3/12 KPD, Bezirk Magdeburg-Anhalt.

RY 1/I 3/14 KPD, Bezirk Niedersachsen.
 RY 1/I 3/26 KPD, Bezirk Württemberg.
 R 58 Reichssicherheitshauptamt, Amt IV, Bestände 2300, 2409, 3256.
 R/1501/112326 Reichsministerium des Innern, Akten betr.: Das Kriegspresseamt.

Bundesarchiv Berlin, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten

ZC 13937 A33; R/58 6543: Reichssicherheitshauptamt, Hauptabteilung II.

Geheimes Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz, Berlin

Preußisches Kultusministerium, 1HA/76Va, Sec. 2, Tit. IV, Nr. 51, Bd. XX und XXI.

Zentrum für Berlin-Studien, Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, 48. Jg. (1921), Berlin 1922.

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin

R 3976: Deutsches Generalkonsulat Zürich.

R 6343/44: Preußische Geheime Staatspolizei, Ausbürgerungen: Arthur Rosenberg.

Universität Hannover, Institut für Politische Wissenschaft

Nachlaß Werner Scholem, Sign. 381118.

Deutsche Bibliothek, Deutsches Exilarchiv 1933–1945, Frankfurt a. M.

American Guild for German Cultural Freedom/Deutsche Akademie im Exil:

Akte Arthur Rosenberg, Akte Hermann Borchardt.

Stadt- und Universitätsbibliothek, Frankfurt a. M., Archivzentrum

Nachlaß Max Horkheimer: Briefe an Arthur Rosenberg.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn

Nachlaß Friedrich Stampfer I, 12: Brief Rosenbergs an Stampfer, 13. Oktober 1938.

Historisches Archiv der Stadt Köln

Nachlaß Wilhelm Sollmann, Bestand 1120, Nr. 563: Briefwechsel mit Paul Hertz.

Státní ústřední Archiv, Praha

MKV/R (Fond Kultusministerium), Deutsche Universität Prag, Karton 119: Personalakte Arthur Stein, 36840.

Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam

Nachlaß Karl Kautsky: D XIX, 527: Brief Arthur Rosenbergs vom 21. Februar 1932.

Nachlaß Karl Korsch, Nr. 42: Brief Arthur Rosenbergs vom 11. November 1941.

Oxford University, Bodleian Library

Academic Assistance Council, MS.SPSL 541/3: Arthur Rosenberg.

The University of Liverpool, University Archives

Annual Reports of the Council, the University, and the Vice Chancellor, November 1937.

Minutes of the Senate, 31 January 1934: Minute 5 (i) (b); 29 January 1936, Minute 8 (ii).

Newspaper Cutting: Daily Post (Liverpool), 15 February 1937.

New York Public Library, Manuscript and Archives Division

Emergency Committee in Aid of Displaced Foreign Scholars, Box No. 30: Arthur Rosenberg.

Zellig S. Harris Papers: Avukah Cooperative Summer School, 1941.

Project Proposal: The Collapse of German Democracy and the Expansion of National Socialism. A Research Project of the Institute of Social Research, September 15, 1940.

YIVO Institute for Jewish Research, New York

Carl Schurz Foundation, Oberlander Trust, HHI File XXXIII, MKM 15.156/45.

Brooklyn College Library, Archives & Special Collections, Brooklyn, N.Y.

Brooklyn College Bulletin, Bd. VIII (1938)-XII (1942).

American Philosophical Society Library, Philadelphia

Franz Boas Collection, Professional Papers, German American Emergency Conference.

Hoover Institution on War, Revolution, and Peace, Stanford, California

Kurt R. Grossman Collection:

Box 7, Folder I D: Felix Boenheim, Box 44, Folder: European Federation Proposal.

Private Unterlagen

Prof. Dr. Wilhelm Bleek, Bochum.

Irene Markov, Mühlenbeck-Summt b. Berlin.

Prof. Dr. Seymour Melman, New York.

Dr. Helmut Schachenmeyer, Hamburg.

Prof. Dr. Hermann Weber, Mannheim.

2. Schriften Arthur Rosenbergs

SELBSTÄNDIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Untersuchungen zur römischen Zenturienverfassung. Phil. Diss. (Referenten: Otto Hirschfeld, Eduard Meyer), Berlin 1911, 42 S. Unter diesem Titel im gleichen Jahr auf 93 S. erweitert im Buchhandel erschienen. Berlin: Weidmannsche Buchhandlung.

Besprochen in: Jahresberichte der Geschichtswissenschaft 34 (1911), S. 218–219; Literarisches Zentralblatt für Deutschland 49 81911), S. 1565–1567; Revue Critique 33 (1912), S. 125–126; Berliner Philologische Wochenschrift 32 (1912), S. 1703–1706; Deutsche Literaturzeitung 33 (1912), S. 875–877; Revue Historique 113 (1913), S. 106; Museum 21 (1913), S. 16–20; Journal des Savants, Nouvelle Série 11 (1913), S. 160–167; Rivista di Filologia 41 (1913), S. 350–351; Revue de l'Instruction Publique en Belgique 56 (1913), S. 260; Historische Vierteljahresschrift 17 (1914), S. 136.

Fotomechanischer Nachdruck: New York: Arno Press 1975 (Roman History. An Arno Press Collection).

Der Staat der alten Italiker. Verfassung der Latiner, Osker und Etrusker. Habilitationsschrift, Berlin: Weidmannsche Buchhandlung 1913, 142 S.

Besprochen in: Jahrbücher der Geschichtswissenschaft 36 (1913), S. 129–132; Berliner Philologische Wochenschrift 10 (1914), S. 310–313; Wochenschrift für klassische Philologie 4 (1914), S. 99–102; Revue Critique 6 (1914), S. 106–107; Classical Review 28 (1914), S. 274–276; Revue Historique 65

(1914), S. 347; *Revue de l'Instruction Publique en Belgique* 47 (1914), S. 17; *Bolletino. Istituto di Diritto Romano* 26 (1914), S. 133–138; *American Journal of Philology* 142 (1915), S. 209–211; *Bolletino di Filologia Classica* 12 (1915), S. 281–282; *Classical Philology* 10 (1915), S. 108–109; *Rivista Storica Italiana* 32 (1915), S. 150–152; *Mitteilungen aus der historischen Literatur* 3 (1915), S. 87–89.

Geschichte der römischen Republik, Leipzig/Berlin: B. G. Teubner 1921, 117 S. (Aus *Natur und Geisteswelt*, Bd. 838).

Besprochen in: *Historische Zeitschrift* 127 (1922), S. 339; *Literarisches Zentralblatt* 73 (1922), S. 844; *Museum* 29 (1922), S. 249–250; *Berliner Philologische Wochenschrift* 42 (1922), S. 441–443; *Mitteilungen aus der historischen Literatur* 12 (1924), S. 115.

Übersetzung: *Historia de la Republica Romana*, Madrid 1926, 112 S.

Einleitung und Quellenkunde zur römischen Geschichte, Berlin: Weidmannsche Buchhandlung 1921, XII, 304 S.

Besprochen in: *Deutsche Literaturzeitung* 42 (1921), S. 682–683; *Literarisches Zentralblatt* 72 (1921), S. 594–596; *Berliner Philologische Wochenschrift* 41 (1921), S. 870–871; *Vergangenheit und Gegenwart* 11 (1921), S. 128; *Bolletino di Filologia Classica* 29 (1922), S. 64–65; *Museum* 30 (1922), S. 73–76; *Historische Zeitschrift* 128 (1923), S. 120–121; *Classical Philology* 19 (1924), S. 292–293.

Demokratie und Klassenkampf im Altertum, Bielefeld/Leipzig: Velhagen & Klasing 1921, 94 S. (Bücherei der Volkshochschule, Bd. 14).

Besprochen in: *Berliner Philologische Wochenschrift* 42 (1922), S. 441–443; *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 16 (1922), S. 196–198.

Raubdruck: Kiel 1970, 94 S.

Neuausgabe in: *Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien*, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. etc.: Ullstein 1974, S. 17–102.

Übersetzung in: Luciano Canfora, *Il comunista senza partito. Seguito da „Democrazia e lotta di classe nell'antichità“* di Arthur Rosenberg, Palermo 1984, S. 75–184.

Deutsche Neuausgabe, zusammen mit Fritz Erik Hoevens, *Roter Leitfaden durch die römische Geschichte*, Freiburg i. Br.: Ahriman-Verlag 1997, 123 S.

Die Entstehung der Deutschen Republik 1871–1918, Berlin: Rowohlt 1928, 285 S.

Besprochen in: *Jahrbücher für deutsche Geschichte* 4 (1928), S. 241; *Das junge Zentrum* 6 (1929), S. 294; *Akademischer Beobachter* 1 (1929), S. 218–222; *Unter dem Banner des Marxismus* 3 (1929), S. 779–782; *Istoriik marksist* 3 (1929), S. 238–241; *Die Gesellschaft* 6 (1929), S. 194f; *Neue Jahrbücher für Wissenschaft und Jugendforschung*, 6 (1930), S. 464f.; *History* 18 (1933), S. 71.

Neuausgabe: 2. Aufl., Berlin: Rowohlt 1930, 285 S.

Neuausgabe in: *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Kurt Kersten*, Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt 1955, 502 S. Nachdruck Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1983, 1984, und Frankfurt: Athenäum 1988.

Neuausgabe unter dem Titel: *Entstehung der Weimarer Republik*: Frankfurt/Hamburg: Europäische Verlagsanstalt 1961 (unveränderte Nachdrucke bis 1991). Mit einer Einleitung von Kurt Kersten, 267 S.

Übersetzungen: *The Birth of the German Republic 1871–1918*, London 1931, VIII, 286 S.

Englisch wieder: London 1936, XI, 350 S.

Origini della Repubblica tedesca, 1871–1918. Introduzione di Wolf Giusti, Roma 1947, XV, 272 S.

Deutsch wieder in: *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*, hg. von Kurt Kersten, Frankfurt 1955, 502 S.

Englisch wieder: London 1962, VIII, 286 S.

Englisch wieder unter dem Titel: *Imperial Germany. The Birth of the German Republic, 1871–1918*, Boston 1964, 1966, New York 1970, VIII, 286 S.

Japanisch: Tokio 1969.

Italienisch wieder unter dem Titel: *Origini della repubblica di Weimar*. Introduzione di Leonardo Paggi, Firenze 1972, XXVI, 279 S.

Karl Marx. Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Breslau: Ferdinand Hirt o. J. (1932), 61 S. (Hirt's Deutsche Sammlung, Sachkundliche Abteilung Geschichte und Staatsbürgerkunde).

Geschichte des Bolschewismus. Von Marx bis zur Gegenwart, Berlin: Rowohlt 1932, 239 S.

Besprochen in: *Der Rote Aufbau* 5 (1932), S. 829–832; *Vossische Zeitung*, 16. September 1932 (Morgenausgabe); *Die Gesellschaft* 10 (1933), S. 36–52; *Deutsche Literaturzeitung* 54 (1933), S. 583–593; *Die Weltbühne* 29 (1933), S. 312–315; *La Nuova Italia* (1933), S. 354–356; *Leonardo*, 4 (1933), S. 78–81; *Biblioteca fascista*, (1934), S. 313–315; *Nuovi studi di diritto, economia e politica*, 7 (1934), S. 113–118; *The Times Literary Supplement* 1934, S. 379; *Pacific Affairs* 7 (1934), S. 366; *Revue des études historiques* 103 (1936), S. 492–494; *Revue de synthèse* 13 (1937), S. 88.

Neuausgaben: *Geschichte des Bolschewismus*. Mit einer Einleitung von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1966, 1975, 268 S.; Frankfurt: Athenäum-Verlag 1987, 260 S.

Raubdruck: Berlin 1969, 268 S.

Übersetzungen: *Storia del bolscevismo da Marx ai nostri giorni*, Firenze 1933, 206 S.

A History of Bolshevism. From Marx to the First Five Years' Plan, London 1934, 260 S.

Historia bolszewizmu od Marksa do doby obecnej, Warszawa 1934, 299 S.

Divre yeme ha-Bolshevism, Merhaviya 1934, 215 S.

Bolsjevismens historie, Oslo 1935, 225 S.

Histoire du bolchévisme, Paris 1936, 320 S.

Italienisch wieder: *Storia del bolscevismo*. Introduzione di Wolf Giusti, Rom 1945, XVI, 297 S.

Englisch wieder: *A History of Bolshevism*, London 1965, VIII, 250 S.

Dass.: Garden City, N.Y. 1967 (Introduction by Samuel J. Hurwitz), XXXVI, 282 S.

Französisch wieder: Histoire du bolchévisme. Introd. par Georges Haupt, Paris 1967, 355 S.

Japanisch: Tokio 1968.

Italienisch wieder (Introduzione di Ernesto Ragionieri): Firenze 1969, XXXVIII, 268 S.

Bolsjevismens historie, Kopenhagen 1974, 193 S.

(Historikus:) *Der Faschismus als Massenbewegung. Sein Aufstieg und seine Zersetzung*, Karlsbad: Verlagsanstalt Graphia 1934, 75 S. (Probleme des Sozialismus, Nr. 12).

Gekürzte Neuauflage in: *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, hg. von Wolfgang Abendroth, Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1967, 1979, S. 75–141.

Spanisch in: *Fascismo y capitalismo. Teorías sobre los orígenes sociales y la función del fascismo*. Selección de Wolfgang Abendroth, Barcelona 1972, 193 S. (illegal erschienen?)

Vollständige Neuauflage in: *Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien*, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt etc.: Ullstein 1974, S. 221–303.

(Mitautor:) *Nazis, Nazism, Nazidom*. Published by the Labour Party, London 1934, 32 S.

Geschichte der deutschen Republik, Karlsbad: Verlagsanstalt Graphia 1935, 258 S.

Besprochen in: *Neuer Vorwärts* 1935, Nr. 103; *Der Kampf*, Neue Serie, 2 (1935), S. 377–380; *Neue Front*, 3 (1935), Nr. 18/19; *Nuova Revista Storica* 20 (1936), S. 306–307; *The Times Literary Supplement* 1936, S. 149; *The Listener*, 11. März 1936; *The New Statesman and Nation*, 28. März 1936.

Neuauflage in: *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*. Mit einer Einleitung von Kurt Kersten, Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1955, 502 S. Nachdruck Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt 1983, 1984, und Frankfurt: Athenäum 1988.

Neuauflage: *Geschichte der Weimarer Republik*, Frankfurt/Hamburg: Europäische Verlagsanstalt 1961 (unveränderte Nachdrucke bis 1991), 228 S.

Übersetzungen: *A History of the German Republic*, London 1936, 350 S.

Storia della repubblica tedesca. Introduzione di Wolf Giusti, Rom 1945, 274 S.

Japanisch: Tokio 1964, überarbeitet 1980.

Englisch wieder: New York 1965, XI, 350 S.

Italienisch wieder unter dem Titel: *Storia della repubblica di Weimar*, Firenze 1972, 237 S.

Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre, Amsterdam: Allert de Lange 1938, 348 S.

Besprochen in: *Neuer Vorwärts* 1938, Nr. 253.

Neuauflagen unter dem Titel: *Demokratie und Sozialismus*, Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1962, 312 S.; Nach- und Raubdrucke, zuletzt Frankfurt: Athenäum 1988.

Übersetzungen: *Democracy and Socialism. A Contribution to the Political History of the Past 150 Years*, London 1939, New York 1939, Nachdruck Boston 1965, 369 S.

Ha-Demokratiya voha-sotsialism, Merhaviya 1944, 292 S.

Democracia y socialismo: aporte a la historia política de los últimos 150 años, Buenos Aires 1966.

Japanisch: Tokio 1968.

Democrazia e socialismo. Storia degli ultimi centocinquanta'anni (1789–1937). Introduzione di Gian Enrico Rusconi, Bari 1971, 1973, XXX, 333 S.

Spanisch wieder als: Democracia y socialismo. Historia política de los últimos 150 años (1789–1937), Mexico, D.F. 1981, 351 S.

TEXTSAMMLUNGEN

Ha-Republika ha-Germanit. Ledatah ve-shekiatah, Merhaviya: Hakibbutz Haartzi Hashomer Hatzair 1943 (Die deutsche Republik. Geburt und Fall; enthält die beiden Bücher zur Weimarer Republik).

Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Einleitung von Kurt Kersten, Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt 1955, 502 S.

Neuausgaben: Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1983, 1984, 265+226 S., und Frankfurt: Athenäum 1988, 492 S.

Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt: Ullstein 1974, 307 S.

AUFSÄTZE, PUBLIZISTISCHE BEITRÄGE, REZENSIONEN

1913

Etruskisches, in: *Glotta*, IV (1913), S. 51–78.

Studien zur Entstehung der Plebs, in: *Hermes*, XLVIII (1913), S. 359–377.

Zur Zenturienreform, in: *Berliner Philologische Wochenschrift*, XXXIII (1913), Sp. 1567–1568.

1914

Nochmals Aedilis Iustralis und die Sacra von Tusculum, in: *Hermes*, XLIX (1914), S. 253–272.

Herodot und Cortona, in: *Rheinisches Museum für Philologie, Neue Folge*, LXIX (1914), S. 615–624.

Beiträge in *Paulys Real-Encyclopaedie der classischen Altertumswissenschaft*, Stuttgart 1893ff.: Imperator; Imperium; Ramnes; Ravenna; Regia; Regifugium; Res publica; Rex; Rex Sacrorum; Romulia; Romulus.

Rez. zu Willi Strehl, *Römische Geschichte*, in: *DLZ*, XXXV (18. Juli 1914), Sp. 1842–1844.

1915

Rez. zu Ulrich Kahrstedt, *Geschichte der Karthager von 218 bis 146*, in: *DLZ*, XXXVI (15. Mai 1915), Sp. 1034–1039.

Der Untergang des weströmischen Reiches, in: DLZ, XXXVI (30. Oktober 1915), Sp. 2221–2225.

Zu den altlateinischen Priestertümern, in: Hermes, L (1915), Sp. 416–426.

Perikles und die Parteien in Athen, in: Neue Jahrbücher für das klassische Altertum, XVIII (1915), Sp. 205–223.

1916

Rez. zu Walter Klein, Studien zu Amminius Marcellinus, in: Deutsche Literaturzeitung, XXXVII (29. Januar 1916), Sp. 250–252.

Neue Censoreninschrift aus Praeneste, in: Rheinisches Museum für Philologie, Neue Serie, LXXI (1916), Sp. 117–127.

Amyntas, der Vater Philipps II., in: Hermes, LI (1916), Sp. 499–509.

Rez. zu Tenney Frank, Roman Imperialism, in: Berliner Philologische Wochenschrift, XXXVI (2. September 1916), Sp. 1099–1109.

1917

Einleitung zu Johann Gustav Droysen, Geschichte Alexanders des Großen, Berlin 1917, S. XII–XXVII.

1918

Sussidiario, in: Titus Livius, Römische Geschichte, Leipzig 1918 (Teubners Schülersausgaben griechischer und lateinischer Schriftsteller), S. 10–13, 82–136.

Bericht über römische Staatsaltertümer (1902–1916), in: Jahresbericht über die Fortschritte der klassischen Altertumswissenschaft, XLIV (1916/18), Bd. 176, S. 201–226.

Die Parteistellung des Themistokles, in: Hermes, LIII (1918), S. 308–316.

1919

Zur Geschichte des Latinerbundes, in: Hermes, LIV (1919), S. 113–173.

Die Polen beschämen Herrn Haenisch, in: Freiheit, 4. April 1919 (Abendausgabe).

Herr Haenisch für Religionsunterricht „in der bisherigen Weise“, in: Freiheit, 22. Mai 1919 (Abendausgabe).

Die heiligen drei Könige oder wofür Deutschland Geld hat, in: Freiheit, 8. Juli 1919 (Abendausgabe).

Einheitszuchthaus oder Einheitsschule?, in: Freiheit, 4. August 1919 (Morgenausgabe).

Wie Konrad Haenisch die Hochschulen „reformiert“, in: Freiheit, 13. September 1919 (Abendausgabe).

Ein Jahr „sozialistischer“ Kulturpolitik, in: Freiheit, 10. November 1919 (Abendausgabe).

Das preußische Kultusministerium im Bund mit den Jesuiten, in: Freiheit, 29. Dezember 1919 (Abendausgabe).

1920

Ein Dokument zur Reichsreform des Kaisers Gallienus, in: Hermes, LV (1920), S. 319–321.

Die Entstehung des sog. Foedus Casianum und des lateinischen Rechts, in: Hermes, LV (1920), S. 337–363.

Die Reform des Geschichtsunterrichts, in: Die neue Erziehung, 2 (1920), S. 405–410.

1921

VKPD und Kirchenaustritt, in: RF, 12. Februar 1921 (Abendausgabe).

- Zur Organisation der KI, in: *Mitteilungsblatt der VKPD, Bezirksverband Berlin-Brandenburg*, 10. Mai 1921, S. 8.
- Italien auf dem Weg zur bürgerlich-rechtssozialistischen Koalition, in: *Die Internationale*, 3 (1921), S. 428–433.
- A.R., Rezension zu: Baron J. von Szilassy, *Der Untergang der Donaumonarchie*, in: *Die Internationale*, 3 (1921), S. 443–444.
- Die Krise in England und die revolutionäre Arbeiterbewegung, in: *Die Internationale*, 3 (1921), S. 500–504.
- A.R., Rezension zu: Bernhard Schwertfeger, *Der Fehlspruch von Versailles* (u. a.), in: *Die Internationale*, 3 (1921), S. 505.
- Auf dem Wege nach Washington, in: *Inprekorr*, 18. Oktober 1921, S. 89f.
- Washington und Irland, in: *Inprekorr*, 3. November 1921, S. 159f., gekürzt und anonym auch in: *RF*, 5. November 1921.
- A.R., *Auslands-Rundschau*, in: *Die Internationale*, 3 (1921), S. 538f.
- Der Abrüstungsschwindel von Washington, in: *Inprekorr*, 12. November 1921, S. 195f.
- A.R., *Weltabrüstungskonferenz in Washington*, in: *Die Internationale*, 3 (1921), S. 581–583.
- Das Abrüstungsevangelium von Washington, in: *Inprekorr*, 15. November 1921, S. 205f.
- Chinas Zukunft in Washington, in: *Inprekorr*, 19. November 1921, S. 221f.
- Was Briand in Washington leistet, in: *Inprekorr*, 29. November 1921, S. 259f.
- A.R., *Auslands-Chronik*, in: *Die Internationale*, 3 (1921), S. 617f., 683f.
- Der englisch-französische Gegensatz und das Moratorium für Deutschland, in: *Inprekorr*, 3. Dezember 1921, S. 276.
- Der neue Viererbund in Washington, in: *Inprekorr*, 13. Dezember 1921, S. 312f.
- 1922
- A.R., *Auslandschronik*, in: *Die Internationale*, 4 (1922), S. 45f., 119f., 216, 299f., 347f.
- Die Revolution in Ägypten, in: *Inprekorr*, 3. Januar 1922, S. 1f.
- Die Volkshochschule Groß-Berlin und das Proletariat, in: *RF*, 11. Januar 1921 (Morgenausgabe).
- Vorläufer der kommunistischen Revolution, in: *Inprekorr*, 26. Januar 1922, S. 94, auch in: *RF*, 28. Januar (Morgenausgabe).
- A.R., *Bismarck und Wilhelm*, in: *Die Internationale*, 4 (1922), S. 142f.
- Die politische Bedeutung der Papstwahl, in: *Inprekorr*, 2. Februar 1922, S. 112f.
- Der Abschluß von Washington, in: *Inprekorr*, 14. Februar 1922, S. 140f.
- Neue Enthüllungen über die „Abrüstung“ von Washington, in: *Inprekorr*, 2. März 1922, S. 196f.
- Die Lloyd-George-Krise, in: *Inprekorr*, 4. März 1922, S. 203f.
- Der Schacher um den Orient, in: *Inprekorr*, 23. März 1922, S. 272f.
- Genua und Amerika, in: *Inprekorr*, 4. April 1922, S. 327f.
- Rezension zu: Erich Kuttner, *Der Sieg war zum Greifen nahe! Authentische Zeugnisse zum Frontzusammenbruch*, in: *Die Internationale*, 4 (1922), S. 396.
- A.R., Rezension zu: Siegfried Kawerau (Hg.), *Synoptische Tabellen für den geschichtlichen Arbeitsunterricht vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart*, in: *Die Internationale*, 4 (1922), S. 396.
- Schandbare Zustände in der Berliner Fürsorgeerziehung, in: *RF*, 25. April 1922 (Morgenausgabe, Beilage).

- Rezension zu: Die Kommunistische Internationale und die Kriegsgefahr, in: *Inprekorr*, 6. Mai 1922, S. 482.
- Die Pleiterede des Herrn Harding, in: *RF*, 16. Mai 1922 (Morgenausgabe).
- Die neuen weltpolitischen Konflikte in Ostasien, in: *Inprekorr*, 30. Mai 1922, S. 606.
- Die letzten Kämpfe in China, in: *Inprekorr*, 24. Juni 1922, S. 769.
- Der Sinn der Haager Konferenz, in: *Inprekorr*, 25. Juli 1922, S. 927f.
- Der neue Kampf um Konstantinopel, in: *Inprekorr*, 5. August 1922, S. 986f.
- Ein Sozialrevolutionär über die gegenrevolutionäre Rolle seiner Partei, in: *Inprekorr*, 8. August 1922, S. 1007.
- Die Londoner Entscheidung und das Weltproletariat, in: *Inprekorr*, 12. August 1922, S. 1033f.
- Die Illusionen der anderen und unsere eignen, in: *Taktik und Organisation*, 12. August 1922.
- Rezension zu: Die Kommunistische Internationale, Nr. 21, in: *Inprekorr*, 2. September 1922, S. 1156.
- A.R., Das Wesen und Werden des italienischen Faschismus, in: *RF*, 9. September 1922 (Morgenausgabe).
- Die Folgen des griechischen Zusammenbruchs, in: *Inprekorr*, 12. September 1922, S. 1181f.
- Die Gymnasialgriechen und die Griechen von heute, in: *RF*, 15. September 1922 (Morgenausgabe).
- Griechenland zwischen den Revolutionen, in: *Inprekorr*, 28. September 1922, S. 1263f.
- A.R., Der Berliner Pleitegeier und die Not des Proletariats, in: *RF*, 29. September 1922 (Morgenausgabe).
- Die gegenwärtigen Aufgaben der Kommunistischen Partei Italiens, in: *Taktik und Organisation*, 11. November 1922.
- Zu den Übergangsforderungen im kommunistischen Programm, in: *Taktik und Organisation*, 7. Oktober 1922.
- Die Fragen der Übergangsperiode, in: *Taktik und Organisation*, 11. November 1922.
- Nach den amerikanischen Wahlen, in: *Inprekorr*, 14. November 1922, S. 1553f.
- Nach dem Wahlsieg der englischen Konservativen, in: *Inprekorr*, 18. November 1922, S. 1569f.
- Hinter den Kulissen von Lausanne, in: *Inprekorr*, 25. November 1922, S. 1627.
- Der Sinn des englischen Wahlergebnisses, in: *Die Internationale*, 5 (1922), S. 312–318.
- Mussolini als Lehrmeister, in: *Taktik und Organisation*, 2. Dezember 1922.
- Der Dardanellenstreit in Lausanne, in: *Inprekorr*, 9. Dezember 1922, S. 1728.
- Die Komödie des Friedens, in: *Inprekorr*, 18. Dezember 1922, S. 1791f.
- Sozialdemokratische Illusionen und kommunistische Aufgaben, in: *Taktik und Organisation*, 30. Dezember 1922.
- 1923
- Rezension zu: A. Wins, Gemordete Unschuld, in: *Inprekorr*, 26. Januar 1923, S. 124.
- Die neue Konferenz in Lausanne, in: *Inprekorr*, 13. April 1923, S. 505f.
- Rezension zu: Curt Geyer, Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, in: *Inprekorr*, 4. Mai 1923, S. 619f.
- Worüber die englische Geistlichkeit sich entrüstet und worüber sie sich nicht entrüstet, in: *Inprekorr*, 7. Mai 1923, S. 648f.
- Der Lausanner und der Rastatter Gesandtenmord, in: *RF*, 17. Mai 1923.

- A.R., Große Worte. Der Hamburger Vereinigungskongreß der 2. und 2 1/2. Internationale, in: RF, 23. Mai 1923 (Beilage).
 Rund um den Hamburger Kongreß, in: Inprekorr, 25. Mai 1923, S. 732.
 Die Lutterbecke von 1871, in: RF, 8. Juni 1923.
 Die neueste Nummer der „Kommunistischen Internationale“, in: Inprekorr, 8. Juni 1923, S. 820.
 England, Frankreich und das deutsche Memorandum, in: Inprekorr, 11. Juni 1923, S. 821f.
 Unser Weg zur Macht, in: RF, 24. Juni 1923 (Diskussionsbeilage Nr. 2).
 Rezension zu: Die Kommunistische Internationale, Nr. 26, in: Inprekorr, 13. Juli 1923, S. 1030.
 Der Kampf der englischen Hafendarbeiter gegen ihre Bürokratie, in: Inprekorr, 20. Juli 1923, S. 1060f.
 Der sogenannte Frieden von Lausanne, in: Inprekorr, 25. Juli 1923, S. 1073f.
 A.R., Der Freispruch der belgischen Kommunisten, in: Inprekorr, 30. Juli 1923, S. 1105f.
 Berliner Kommunal-Sozialismus und Moskauer Kommunal-Sozialismus, in: RF, 2. August 1923.
 Die große Rathaus-Koalition und ihr Zusammenbruch, in: RF, 2. September 1923.
 Die Perspektiven für Mussolinis Abenteuer in Griechenland, in: Inprekorr, 3. September 1923, S. 1222.
 Der Zusammenbruch des Völkerbundes, in: Inprekorr, 12. September 1923, S. 1253f.
 Rezension zu: Die Kommunistische Internationale, Nr. 27, in: Inprekorr, 19. September 1923, S. 1284.
 R.A., Die neue Fiume-Krise, in: Inprekorr, 21. September 1923, S. 1287f.
 Die neue Aktivität der weißen russischen Mordorganisationen, in: Inprekorr, 21. September 1923, S. 1291f.
 Arbeitsgesetzbuch Sowjetrußlands vom Jahre 1922, in: Inprekorr, 24. September 1923, S. 1300.
 Der Sinn der britischen Reichskonferenz, in: Inprekorr, 5. Oktober 1923, S. 1344.
 A.R., Zur Krise im italienischen Faschismus, in: Inprekorr, 8. Oktober 1923, S. 1351f.
 Die neue Entwicklung der Ruhr- und Reparationskrise, in: Inprekorr, 22. Oktober 1923, S. 1399f.
 Der Prozeß gegen die Mörder Worowskis, in: Inprekorr, 14. November 1923, S. 1480f.
- 1924
- A.R., MacDonald und sein „lieber“ Poincaré, in: RF, 4. März 1924.
 Vor dem Münchener „Volks“gericht, in: RF, 12. März 1924.
 A.R., Die Kommunisten und die Reichstagswahlen, in: RF, 23. März 1924.
 Unser Wirtschaftsprogramm im Wahlkampf, in: RF, 29. März 1924.
 Aus der Arbeit der RKP, in: Der Funke, 3. Juni 1924, S. 5f.
 A.R., Einleitung zu: Rußland, Amerika, Italien, in: Materialien zum V. Weltkongreß der Komintern. Beilage zu „Die Internationale“, 7 (1924), S. 21f., 38, 54f.
 Marx, Herriot und die KPD, in: Inprekorr, 25. Juni 1924, S. 917f.
 Deutsche Wirtschaftskrise und Sachverständigenplan, in: Die Internationale, 7 (1924), S. 443–446.
 Köln-Eisenach-London, in: Inprekorr, 17. Juli 1924, S. 1257f.
 Berlin und der V. Weltkongreß, in: Der Funke, 1. August 1924.
 Die KPD nach Annahme der Londoner Gesetze, in: Inprekorr, 9. September 1924, S. 1256f.

- A.R., England, Frankreich und die Londoner Abmachungen, in: Der Funke, 15. September 1924.
- A.R., Der Schwindel der SPD über den Sachverständigenplan, in: Der Funke, 15. September 1924.
- Lage und Aufgaben der KPD, in: Inprekorr, 30. September 1924, S. 1694f.
- Der Zentralausschuß der KPD, in: RF, 21. Oktober 1924.
- Tagung des Zentralausschusses der KPD, in: Inprekorr, 24. Oktober 1924, S. 1846f.
- A.R., Vor einem Jahr, in: Die Internationale, 7 (1924), S. 629–631.
- Die Erinnerungen eines zaristischen Kriegsministers, in: Die Internationale, 7 (1924), S. 671f.
- Wie führt die KPD den Wahlkampf?, in: Inprekorr, 7. November 1924, S. 1950f.
- Die Festigung der KPD durch den Wahlkampf, in: Inprekorr, 25. November 1924, S. 2051f.
- Ein Monat Wahlkampf. Die KPD auf dem Vormarsch, in: RF, 30. November 1924.
- Reichsbanner und Faschismus, in: Die Internationale, 7 (1924), S. 677–683.
- Ein großer moralischer Sieg der KPD, in: Inprekorr, 12. Dezember 1924, S. 2211f.
- Der deutsche Gebildete und der Kommunismus, in: Mahnrufe. 30 Antworten zur Frage des Kommunismus, Berlin 1924, S. 5–7. (unter dem Titel: Die deutschen Gebildeten und der Kommunismus, in: Rote Studenten-Fahne, Dezember 1924, S. 1f.).
- 1925
- Der Neujahrskonzusammenbruch der Erfüllungspolitik, in: RF, 1. Januar 1925.
- Die Tagung des Zentralausschusses der KPD, in: Inprekorr, 16. Januar 1925, S. 143.
- Nach „Abschluß“ der deutschen Regierungskrise, in: Inprekorr, 26. Januar 1925, S. 185f.
- Nach dem 7. Dezember, in: Die Internationale, 8 (1925), S. 9–14.
- Der Versuch zur juristischen Erdrosselung der KPD, in: RF, 1. Februar 1925.
- Barmat und Tscheka, in: RF, 11. Februar 1925.
- Der Barmat-Skandal und die deutsche Republik, in: Inprekorr, 17. Februar 1925, S. 378f.
- Dittmanns Bombe gegen die KPD, in: RF, 26. Februar 1925.
- Der Rechtsbruch in Leipzig, in: RF, 26. Februar 1925.
- Der entlarvte Kronzeuge im Leipziger „Tscheka“-Prozeß, in: Inprekorr, 27. Februar 1925, S. 441f.
- A.R., Der Parteitag der KPF vom 17. bis 21. Januar in Paris, in: Die Internationale, 8 (1925), S. 60–64.
- Die Wendung im „Tscheka“-Prozeß, in: Inprekorr, 10. März 1925, S. 485f.
- Barmats Anfang. Ein Kapitel aus dem Reichstags-Untersuchungsausschuß, in: Inprekorr, 17. März 1925, S. 558f.
- Barmats Lebensmittelgeschäfte und die SPD. Das Kleeblatt Julius Barmat, Robert Schmidt, Direktor Pritschow, in: Inprekorr, 20. März 1925, S. 577.
- Die sieben Kandidaten, in: RF, 22. März 1925.
- Was bedeutet die Präsidentenwahl?, in: RF, 31. März 1925.
- A.R., Einige Lehren der letzten Reichstagswahl, in: Die Internationale, 8 (1925), S. 143–146.
- Die deutsche Präsidentenwahl am 29. März, in: Inprekorr, 3. April 1925, S. 695f.
- Der Höhepunkt des „Tscheka“-Prozesses, in: Inprekorr, 7. April 1925, S. 721f.
- „Tscheka“ und Hindenburg, in: RF, 8. April 1925.
- Der Zeuge Julius Barmat, in: Inprekorr, 21. April 1925, S. 869f.
- Der Ausgang des „Tscheka“-Prozesses, in: Inprekorr, 24. April 1925, S. 892.

- Reichspräsident Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, in: *Inprekorr*, 28. April 1925, S. 949f.
- KPD und Präsidentschaftswahlen, in: *Die Internationale*, 8 (1925), S. 154–157.
- Gegen den Leipziger Justizmord, in: *Inprekorr*, 19. Mai 1925, S. 1149f.
- Die Sicherheitsfrage und die deutsche Außenpolitik, in: *Die Internationale*, 8 (1925), S. 305–309.
- Der deutsch-spanische Handelsvertrag. Ein Kapitel aus der Praxis der Hindenburg-Republik, in: *Inprekorr*, 9. Juli 1925, S. 1251f.
- Aus einem „sozialisierten“ Betrieb der Dawes-Republik, in: *Inprekorr*, 19. Juli 1925, S. 1310f.
- Das deutsche Generalstabswerk über den Weltkrieg, in: *Die Internationale*, 8 (1925), S. 387f.
- Der zweite „Tscheka“-Prozeß in Leipzig, in: *Inprekorr*, 3. Juli 1925, S. 1405f.
- Einige Bemerkungen zu der Resolution der Exekutive über die Lage in der KPD, in: *RF*, 5. Juli 1925, 3. Beilage (mit Werner Scholem).
- Der Zollkampf im Deutschen Reichstag, in: *Inprekorr*, 28. Juli 1925, S. 1566f.
- Für die Einheit der deutschen Linken, in: *RF*, 22. September 1925 (mit Werner Scholem).
- Der Sicherheitspakt und die Parteien in Deutschland, in: *Inprekorr*, 29. September 1925, S. 1993f.
- Einige Bemerkungen zur Parteidiskussion, in: *Die Internationale*, 8 (1925), S. 693–698.
- Der Locarno-Endkampf im deutschen Reichstag, in: *Inprekorr*, 1. Dezember 1925, S. 2387f.
- Umgruppierungen der deutschen Bourgeoisie, in: *Inprekorr*, 11. Dezember 1925, S. 2437f.
- 1926
- Internationale Politik, in: *Die Internationale*, 9 (1926), S. 410f., 503–505, 59ff., 729–733.
- Der Rákosi-Prozeß und die englischen Konservativen, in: *Inprekorr*, 20. Juli 1926, S. 1546f.
- Der Gerichtssaal als Schauplatz der Klassenkämpfe. Eindrücke vom Rákosi-Prozeß, in: *Inprekorr*, 23. Juli 1926, S. 1562.
- Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, in: *Inprekorr*, 14. September 1926, S. 1928.
- A.R., Deutschland stimmt für Pilsudskis Ratssitz, in: *RF*, 17. September 1926.
- Der neudeutsche Imperialismus und der Eintritt in den Völkerbund, in: *Inprekorr*, 21. September 1926, S. 1990f.
- Pilsudskis Angriffsvorbereitungen gegen Litauen – eine Bedrohung des internationalen Proletariats, in: *Inprekorr*, 28. September 1926, S. 2023f.
- Intellektuelle und Kongreß der Werktätigen!, in: *RF*, 19. November 1926.
- Die Aufhebung der Militärkontrolle, in: *Inprekorr*, 14. Dezember 1916, S. 1747.
- Die wichtigsten Ereignisse der Weltpolitik im Jahre 1926, in: *Inprekorr*, 31. Dezember 1926, S. 1954f.
- 1927
- Vom linken Sozialisten zum weißen Diktator. Eine Mussolini-Biographie, in: *Inprekorr*, 14. Januar 1917, S. 124.
- Julius Barmat vor Gericht, in: *Inprekorr*, 18. Januar 1927, S. 1146f.
- Der Reichsjustizetat, in: *RF*, 19. Januar 1917.
- Der deutsch-polnische Konflikt, in: *Inprekorr*, 25. Februar 1917, S. 469.
- Die Budapester Polizei gesteht ihre Mißhandlungen ein, in: *Inprekorr*, 15. März 1917, S. 649.

Austrittserklärung (Rosenbergs aus der KPD), in: Vorwärts, 27. April 1927 (Morenausgabe); Bremer Volkszeitung, 28. April 1927; RF, 29. April 1927 (1. Beilage).
Rosenbergs Abwehr. Erklärung zur Berichterstattung in der Roten Fahne, in: Vorwärts, 28. April 1927.

Der Zersetzungsprozeß in der KPD. Ein Urteil des Abgeordneten Rosenberg, in: Vorwärts, 30. April 1927.

Zukunftswege deutscher Außenpolitik, in: Das neue Rußland, 4 (1927), S. 15f.

Nochmals: „Leninismus“, in: Der Klassenkampf, 1 (1927), S. 172–175.

1928

Die Zukunft des Völkerbundes, in: Der Klassenkampf, 2 (1928), S. 454–457.

1929

Das Geheimnis der deutschen Kriegserklärungen, in: Die Gesellschaft, 6/2 (1929), S. 51–57. Wiederabdruck in: Rosenberg, Demokratie und Klassenkampf, S. 202–208.

Hans Delbrück, der Kritiker der Kriegsgeschichte, 6/2 (1929), S. 245–252. Wiederabdruck in: Rosenberg, Demokratie und Klassenkampf, S. 193–201.

1930

Rezension zu: Rudolf Olden, Stresemann, in: Die Bücherwarte, 5 (1930), S. 1.

Rezension zu: Deutschland und die Mächte vor dem Kriege in amtlichen Schreiben des Fürsten von Bülow, in: Die Bücherwarte, 5 (1930), S. 11f.

Rezension zu: Hermann Kantorowicz, Der Geist der englischen Politik und das Gespenst der Einkreisung Deutschlands, in: Die Bücherwarte, 5 (1930), S. 25f.

Rezension zu: Johannes Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, Bd. 3, in: Die Bücherwarte, 5 (1930), S. 101, und verändert in: Vorwärts, 19. Oktober 1930 (Beilage).

Marx und Engels, in: Leipziger Volkszeitung, 24. September und 13. Oktober 1930.

Treitschke und die Juden. Zur Soziologie der deutschen akademischen Reaktion, in: Die Gesellschaft, 7/2 (1930), S. 78–83. Wiederabdruck in: Rosenberg, Demokratie und Klassenkampf, S. 186–192.

1931

Rezension von: Bernhard von Bülow, Denkwürdigkeiten, Bd. I-III, in: Die Bücherwarte, 6 (1930), S. 9f., 55.

Zur Vorgeschichte des Weltkriegs. Die neuen österreichischen Akten, in: Die Gesellschaft, 8/1 (1931), S. 28–42.

Rezension von: Erich Otto Volkmann, Revolution über Deutschland, in: Die Bücherwarte, 6 (1931), S. 54f.

Rezension von: Clemens Schwarte, Wie entstand die deutsche Republik?, in: Die Bücherwarte, 6 (1931), S. 85.

Die französischen Dokumente über die Ursachen des Weltkrieges, in: Die Gesellschaft, 8/2 (1931), S. 418–422.

Fürst Bülow und die historische Wahrheit, in: Die Gesellschaft, 8/2 (1931), S. 179–182.

Rezension zu: Eckart Kehr, Schlachtflottenbau und Parteipolitik, in: Die Gesellschaft, 8/2 (1931), S. 383.

Karl Marx, in: Peter Richard Rohden/Georg Ostrogorski (Hg.), *Menschen, die Geschichte machten. Viertausend Jahre Weltgeschichte in Zeit- und Lebensbildern*, Bd. 3, Wien 1931, S. 227–232. Wiederabdruck in: Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf*, S. 126–130.

1932

Rezension zu: Johannes Haller, *Tausend Jahre deutsch-französischer Beziehungen*, in: *Die Bücherwarte*, 7 (1932), S. 9f.

Rezension zu: Spectator, *Fürst Bülow und der Kaiser*, in: *Die Bücherwarte*, 7 (1932), S. 10f.

Rezension zu: Sigmund Neumann, *Die Stufen des deutschen Konservatismus*, in: *Die Bücherwarte*, 7 (1932), S. 22f.

Rezension zu: Harold Nicolson, *Die Verschwörung der Diplomaten*, in: *Die Bücherwarte*, 7 (1932), S. 29f.

Stresemanns Vermächtnis, in: *Die Gesellschaft*, 9/2 (1932), S. 227–232.

Rezension zu: Otto Friedlaender, *Der Staat der deutschen Arbeit*, in: *Die Gesellschaft*, 9/2 (1932), S. 274f.

Krieg und Demokratie, in: *Die Gesellschaft*, 9/2 (1932), S. 545–548.

Kommunismus und kommunistische Gewerkschaften, in: Ludwig Heyde (Hg.), *Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens*, Bd. 2, Berlin 1932, S. 979–984. Wiederveröffentlichung als selbständiger Sonderdruck: Berlin (West) 1972, 28 S.

Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Karl Viktor, Prince of, in: *ESS*, Bd. VII, Sp. 399f.

1933

Trotzki, Cohn und Breslau, in: *Die Weltbühne*, 29 (1933), S. 13–15.

Nation und Sozialismus, in: *Neue Blätter für den Sozialismus*, 4 (1933), S. 118f.

Aristoteles über Diktatur und Demokratie, in: *Rheinisches Museum für Philologie*, N:S., LXXXII (1933), S. 339–361. Gekürzter Wiederabdruck in: Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf*, S. 103–125.

Landauer, Gustav, in: *ESS*, Bd. IX, Sp. 139f.

Legien, Carl, in: *ESS*, Bd. IX, Sp. 346f.

Liebknecht, Karl, in: *ESS*, IX, Sp. 454f.

Mehring, Franz, in: *ESS*, Bd. IX, Sp. 301f.

Historikus, Zum 9. November, in: *Zeitschrift für Sozialismus*, 1 (1933), S. 41–46. Wiederabdruck in: Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf*, S. 209–216.

1934

Historikus, 1848–1934, in: *Zeitschrift für Sozialismus*, 1 (1933/34), S. 209–211. Wiederabdruck in: Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf*, S. 217–220.

Historikus, Ein Aktionsprogramm der englischen Arbeiterpartei, in: *Zeitschrift für Sozialismus*, 1 (1933/34), S. 332–334.

Historikus, Rezension zu: G.D.H. Cole, *What Marx Really Meant*, in: *Zeitschrift für Sozialismus*, 2 (1934), S. 494–496.

Socialist Parties, in: *ESS*, Bd. XIV, Sp. 212–221. Deutsch in: Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf*, S. 139–155.

1935

Windthorst, Ludwig, in: *ESS*, Bd. XV, Sp. 429f.

Zetkin, Clara, in: *ESS*, Bd. XV, Sp. 526.

Historikus, Nachlese zur verlorenen Schlacht, in: Zeitschrift für Sozialismus, 2 (1935), S. 605–608.

Die Marneschlacht der deutschen Republik, in: Pariser Tageblatt, 30. April 1935.

Historikus, Wandlungen der sowjetrussischen Außenpolitik, in: Zeitschrift für Sozialismus, 2 (1935), S. 643–649.

1936

Epilogue, in: Rosenberg, A History of the German Republic, London 1936, S. 308–321.

1938

Stresemann and Weimar, in: The Nation, 146 (1938), S. 446.

Unsterbliche Demokratie, in: Neuer Vorwärts, 17. April 1938.

Britain and Europe, in: The Nation, 146 (1938), S. 705f.

Krupp Goes Forever, in: The Nation, 147 (1938), S. 183.

Chamberlain, Sleepwalker, in: The Nation, 147 (1938), S. 455f.

Rezension zu: Sir Austen Chamberlain, Politics from Inside, in: ZfS, 7 (1938), S. 264–267.

Rezension zu: Frederick L. Schuman, Germany Since 1918 (u.a.), in: ZfS, 7 (1938), S. 267–269.

Rezension zu: Alfred Vagts, A History of Militarism, in: ZfS, 7 (1938), S. 269.

Rezension zu: Arnold Toynbee, Survey of International Affairs 1936, in: ZfS, 7 (1938), S. 433.

Die Aufgabe des Historikers in der Emigration, in: Emil Julius Gumbel (Hg.), Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration, Strasbourg 1938, S. 207–213. gekürzter Wiederabdruck in: Rudolf Schottlaender, Verfolgte Berliner Wissenschaft. Ein Gedenkwerk, Berlin 1988, S. 44–46.

(Biographische Angaben, in:) Emil Julius Gumbel (Hg.): Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration, Strasbourg 1938, S. 276f.

Massenemigration und „Führer“-Emigration, in: Pariser Tageszeitung, 17. Dezember 1938. Erweitert unter dem Titel: Zur Geschichte der politischen Emigration, in: Maß und Wert, 3 (1939), S. 371–376.

1939

Englishman in Revolt, in: The Nation, 147 (1939), S. 40.

Rezension zu: Karl Korsch, Karl Marx, in: Modern Quarterly, XI (1939), S. 80–82.

Das Machtproblem der Demokratie, in: Neuer Vorwärts, 12. Februar 1939.

The Three Chamberlains, in: The Nation, 147 (1939), S. 241f.

Parteien-Heer-direkte Gesetzgebung. Machtprobleme der Demokratie, in: Neuer Vorwärts, 9. April 1939.

Demokratie und antifaschistische Revolution, in: Der Sozialistische Kampf, 2 (1939), S. 217–220.

Rezension zu: James T. Shotwell, The History of History, in: ZfS, VIII (1939), S. 236f.

Rezension zu: Geistige Grundlagen römischer Kirchenpolitik, in: ZfS, VIII (1939), S. 251.

Rezension zu: Raymond Postgate/Aylmer Vallance, England Goes To Press (u.a.), in: ZfS, VIII (1939), S. 255f.

Chamberlain, Peacemaker, in: The Nation, 149 (1939), S. 152f.

Ferdinand Lassalle und unsere Zeit, in: Der sozialistische Kampf, 2 (1939), S. 387–389.

(Diskussionsbeitrag, in:) Can Democracy Survive?, in: Modern Quarterly, 9 (1939), S. 77.

Das Geschichtsbild des Bolschewismus, in: *Scandia. Tidskrift för Historisk Forskning*, 12 (1939), S. 256–283. Wiederabdruck in: Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf*, S. 156–185.

The New British Imperialism, in: *Jewish Frontier*, 6 (1939), S. 25–27.

The Soviet-German Pact and the Jews, in: *Jewish Frontier*, 6 (1939), S. 13–16.

Program for Peace, in: *Jewish Frontier*, 6 (1939), S. 13f.

Since October, in: *The Nation*, 149 (1939), S. 577f.

Rezension zu: Jeanette P. and Roy F. Nichols, *The Growth of American Democracy*, in: *Modern Quarterly*, XI (1939), S. 94.

1940

Amerikanische Bücher über Demokratie und Diktatur, in: *Maß und Wert*, 3 (1940), S. 274–277.

Was bleibt von Karl Marx?, in: *Maß und Wert*, 3 (1940), S. 384–390. Wiederabdruck in: Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf*, S. 131–138.

The War and the Jewish Situation. Avukah Summer School, June 15, 1940, 4 S. (Typoskript).

The Nature of the War. Avukah Summer School, June 16, 1940, 7 S. (Typoskript).

What is to be Done? Avukah Summer School, June 16, 1940, 5 S. (Typoskript).

1941

Rezension zu: Robert Ehrgang, *The Potsdam Führer* (u.a.), in: *ZfS*, IX (1941), S. 519–521.

Why Should Jews Have a Political Program. Avukah Summer School, June 22, 1941, 3 S. (Typoskript).

The War Situation. Avukah Summer School, June 23, 1941, 2 S. (Typoskript).

Rezension zu: Olga Hess Gankin/H. H. Fisher, *The Bolsheviks and the World War*, in: *The American Historical Review*, 46 (1941), S. 916–918.

Rezension zu: Franz Neumann, *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*, in: *ZfS* (1941), S. 526f.

1942

(Diskussionsbeitrag, in:) *The German Americans and the War. Report of the German-American Emergency Conference Held in New York City on March 1, 1942*, New York 1942, S. 12f.

REDEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE IM REICHSTAG

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. 2. Wahlperiode, Bd. 381, 3. Wahlperiode, Bd. 384–388, 390–393.

Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Im Auftrag des 4. Untersuchungsausschusses unter Mitwirkung von Eugen Fischer und Walter Bloch herausgegeben von Albrecht Philipp, 12 Bde., Berlin 1925–1931, Bd. 4, 5, 7/1, 7/2, 9/1, 9/2.

DISKUSSIONSBEITRÄGE AUF DEN PLENARTAGUNGEN DES EKKI UND DEN PARTEITAGEN DER KPD

Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, Leipzig/Berlin 1921, S. 58, 143f., 273.

Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin 1922, S. 47f., 345f., 444.

Bericht über die Verhandlungen des 9. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924, S. 289–291.

Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1925, S. 409–412, 545–550.

Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926, Hamburg 1926, S. 181–187, 594f.

Bericht über die Verhandlungen des 11. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands, Essen, 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 202f.

3. Arbeiten über Arthur Rosenberg

(Aufgenommen wurden biographische Arbeiten, Nachrufe sowie Auseinandersetzungen mit seinem Werk, einschließlich längerer Besprechungsaufsätze).

Berding, Helmut: Arthur Rosenberg, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Deutsche Historiker*, Bd. IV, Göttingen 1972, S. 81–96.

Bergmann, Theodor: Erinnerung an Arthur Rosenberg, in: Mario Keßler, *Im Zeitalter der Katastrophen. Arthur Rosenberg (1889–1934)*, Hamburg 2002, S. 38f.

Biehahn, Walther: Zur Geschichte des Bolschewismus, in: *Die Gesellschaft*, 10 (1933), S. 36–52.

Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. 1, München etc. 1980, S. 612.

Canfora, Luciano: *Il comunista senza partito. Seguito da „Democrazia e lotta di classe nell'antichità“ di Arthur Rosenberg*, Palermo 1984.

Canfora, Luciano: *Politische Philologie. Altertumswissenschaften und moderne Staatsideologien*, Stuttgart 1995, bes. S. 179–195.

Carsten, Francis L.: Arthur Rosenberg: Ancient Historian into Leading Communist, in: *Journal of Contemporary History*, 8 (1973), S. 63–75. Nachdruck in: Walter Laqueur/George L. Mosse (Hg.), *Historians in Politics*, London/Beverly Hills 1974, S. 315–327, sowie in: F. L. Carsten, *Essays in German History*, London 1985, S. 295–307.

Carsten, Francis L.: Arthur Rosenberg als Politiker, in: Gerhard Botz u.a. (Hg.), *Geschichte und Gesellschaft. Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag*, Wien 1974, S. 267–280.

Chantraine, Heinrich: Die Leistung der Juden für die Alte Geschichte im deutschen Sprachraum, in: Walter Grab (Hg.), *Juden in der deutschen Wissenschaft*, Tel Aviv 1986, S. 113–145.

- Christ, Karl: Römische Geschichte und deutsche Geschichtswissenschaft, München 1982, S. 177–186.
- College Mourns Death of Dr. A. Rosenberg, Famed Historian, Former Reichstag Member, in: *Brooklyn College Vanguard*, 22 (1943), Nr. 1, S. 1, 8.
- Conte, Domenico: Arthur Rosenberg fra storiografia e politica, in: *Storia della storiografia*, 41 (2001), S. 116–122.
- Dr. A. Rosenberg, Teacher in Exile, in: *New York Times*, 9. Februar 1943.
- Epstein, Catherine: *A Past Renewed. A Catalog of German-Speaking Refugee Historians in the United States After 1933*, Ashington/Cambridge 1993, S. 43.
- Frank, Walter: *Geist und Macht. Historisch-politische Aufsätze*, Hamburg 1938, S. 87–93.
- Faulenbach, Bernd: Rosenberg, Arthur, in: Rüdiger vom Bruch/Rainer A. Müller (Hg.), *Historiker-Lexikon. Von der Antike bis zur Gegenwart*, 2. Aufl., München 2002, S. 279–281.
- Frölich, Paul: Eine Geschichte des Bolschewismus?, in: *Die Weltbühne*, 29 (1933), S. 312–316.
- Haffner, Sebastian: Über Geschichtsschreibung, in: S. Haffner, *Zur Zeitgeschichte*, München 1982, S. 9–13.
- Handbuch des Deutschen Reichstags*, 2. Wahlperiode 1924, Berlin 1924, S. 504, 644 (Bild); 3. Wahlperiode 1924, Berlin 1925, S. 377, 448 (Bild).
- Haupt, Georges: Arthur Rosenberg e l'Internazionale Comunista, in: *Movimento operaio e socialista*, 15 (1969), S. 139–153.
- Hepp, Michael (Hg.): *Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen*, Bd. 1, München etc. 1985, S. 11.
- Hildebrandt, I.: Rosenberg, Arthur, in: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon*, Berlin 1970, S. 383f.
- Jones, Mike u. a.: Germany, 1918–23: From the November Revolution to the Failed October, in: *Revolutionary History*, 5 (1994), Nr. 2, S. 37–41.
- Keßler, Mario: Arthur Rosenberg (1889–1943): History and Politics between Berlin and New York, in: *Socialism and Democracy*, 15 (2001), S. 129–150.
- Keßler, Mario: Arthur Rosenberg: Geschichte und Politik zwischen Berlin und New York, in: Sachor. *Zeitschrift für Antisemitismusforschung, jüdische Geschichte und Gegenwart*, 11 (2001), S. 79–97, und in: Klaus Kinner/Mario Keßler (Hg.): *Zwischen den Lagern. Linkssozialisten in Deutschland 1918–1933*, Leipzig 2003, S. 127–151.
- Keßler, Mario: Im Zeitalter der Katastrophen. Arthur Rosenberg (1889–1943): Im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, Hamburg 2002 (Supplement der Zeitschrift „Sozialismus“, Nr. 2/2002).
- Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender*, 1. Ausg. (1925), S. 843; 2. Ausg. (1926), S. 1592; 3. Ausg. (1928/29), S. 1958; 4. Ausg. (1931), S. 2419.
- List of Displaced German Scholars*, London, Autumn 1936, S. 43.
- Mayer, Gustav: Von Marx zu Stalin, in: *Vossische Zeitung*, 16. September 1932 (Morgenausgabe).
- Michalka, Wolfgang: Arthur Rosenberg, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hg.), *Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik*, München 1988, S. 276f.
- Motta, Giuseppe: *Gli eretici del Bolscevismo*, Siracusa 1946, S. 19–29.
- Müller, Rudolf Wolfgang/Gert Schäfer (Hg.): *Arthur Rosenberg zwischen Alter Geschichte und Zeitgeschichte, Politik und politischer Bildung*, Göttingen/Zürich 1986.

- Niedhart, Gottfried: Deutsch-Jüdische Neuhistoriker in der Weimarer Republik, in: Walter Grab (Hg.): Juden in der deutschen Wissenschaft, Tel Aviv 1986, S. 147–177.
- Pelz, William A.: Rosenberg, Arthur, in: Encyclopaedia of Historians and Historical Writing Philadelphia 1999, S. 1014f.
- Prof. Rosenberg's Works Analyze the Great Changes of Our Times, in: Avukah Student Action, May 1943, S. 1–4.
- Riberi, Lorenzo: Arthur Rosenberg tra storia e politica, in: Passato e presente, 9 (1985), S. 103–152.
- Riberi, Lorenzo: Arthur Rosenberg. Democrazia e socialismo tra storia e politica, Milano 2001.
- Rosenberg, Hans: Ein Historiker der deutschen Republik, in: Aufbau, 19. Februar 1943.
- Sauerland, Kurt: Geschichtsfälscher am Werk, in: Der Rote Aufbau, 5 (1932), S. 829–835.
- Schachenmeyer, Helmut: Arthur Rosenberg als Vertreter des Historischen Materialismus, Wiesbaden 1964.
- Schäfer, Gert: Arthur Rosenberg: Verfechter revolutionärer Realpolitik, in: Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hg.), Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays, 2. Aufl., Hamburg 2000, S. 101–122.
- Stollberg, Gunnar: Theorie und Erfahrung. Die Faschismusschriften Rosenbergs, Serings und Sternbergs im Lichte der Marxschen Theorie, in: IWK, 10 (1974), S. 1–39.
- Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD, Bd. 2, Frankfurt 1969, S. 262f.
- Wehler, Hans-Ulrich: Einleitung, in: Arthur Rosenberg, Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien, hg. von H.-U. Wehler, Frankfurt etc. 1974, S. 5–16.
- „Weimar“-Historiker stirbt im Exil, in: New Yorker Staats-Zeitung und Herald, 10. Februar 1943.
- Wendel, Hermann: Vom Sozialistengesetz zur Republik, in: Die Gesellschaft, 6 (1929), S. 191–195.
- Wirsching, Andreas: Politik und Zeitgeschichte. Arthur Rosenberg und die Berliner Philosophische Fakultät 1914–1933, in: Historische Zeitschrift, 269 (1999), S. 561–602.

4. Weitere Quellen und Literatur

- Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 3. Aufl., Mainz 1974.
- Adorno, Theodor W./Walter Benjamin: Briefwechsel 1928–1940, hg. von Henri Lartz, Frankfurt 1994.
- Alena, Bert: Nachruf: Arthur Lehning (1899–2000), in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 16 (2000), S. 220–224.
- Angröss, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973.
- Badia, Gilbert: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994.
- Bahne, Siegfried: Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“. Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in: VfZ, 9 (1961), S. 359–383.
- Ballod, Karl: Der Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat, 2. Aufl., Stuttgart 1919.
- Barsky, Robert F.: Noam Chomsky. A Life of Dissent, Cambridge, MA/London 1997.

- Becker, Jens: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001.
- Becker, Jens u.a. (Hg.): Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek, Mainz 1993.
- Below, Georg von: Einleben in die Verfassung oder Verfassungsänderung?, Langensalza 1926.
- Benjamin, Walter: Gesammelte Schriften, Bd. IV/1, Frankfurt 1972.
- Beradt, Charlotte: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969.
- Bergmann, Theodor: Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten, Hamburg 2000.
- Bergmann, Theodor: „Gegen den Strom“. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition), 2. Aufl., Hamburg 2001.
- Bergmann, Theodor/Mario Keßler (Hg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919–1943), Mainz 1992.
- Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München 1955.
- Bericht über die Verhandlungen des 3. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin 1923.
- Bering, Dietz: Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes, Stuttgart 1978.
- Bernstein, Eduard: Die deutsche Revolution. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, neu hg. von Heinrich August Winkler, Berlin 1998.
- Blanke, Horst Walter: Historiographiegeschichte als Historik, Stuttgart/Bad Cannstadt 1991.
- Bleek, Wilhelm: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001.
- Bloom, Solomon F.: The World of Nations. A Study in the National Implications in the Work of Karl Marx, New York 1941.
- Bock, Hans Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Meisenheim 1969.
- Boehlich, Walter (Hg.): Der Berliner Antisemitismusstreit, Frankfurt 1965.
- Böhme, Helmut: Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat 1848–1881, Köln 1972.
- Borejsza, Jerzy W.: Schulen des Hasses. Faschistische Systeme in Europa, Frankfurt 1999.
- Borkenau, Franz: World Communism. A History of the Communist International, Neuausgabe, Ann Arbor 1962.
- Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 2. Aufl., Stuttgart/Düsseldorf 1957.
- Bracher, Karl Dietrich: Vorspiel zur deutschen Katastrophe, in: Neue Politische Literatur, 6 (1961), Sp. 471–481.
- Brocke, Bernhard vom: Kurt Breysig, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Deutsche Historiker, Bd. V, Göttingen 1972, S. 95–116.
- Brocke, Bernhard vom: „An die Europäer“. Der Fall Nicolai und die Biologie des Krieges, in: Historische Zeitschrift, 240 (1985), S. 363–375.
- Bruch, Rüdiger vom: Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im wilhelminischen Deutschland (1890–1914), Husum 1980.
- Buchholz, Marlies/Bernd Rother (Hg.): Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933–1940, Bonn 1995.

- Bucholz, Arden: *Hans Delbrück and the German Military Establishment*, Iowa City 1985.
- Buckmiller, Michael (Hg.): *Zur Aktualität von Karl Korsch*, Frankfurt 1981.
- Buckmiller, Michael: Die „Marxistische Arbeitswoche“ 1923 und die Gründung des „Instituts für Sozialforschung“, in: Willem van Reijen/Gunzelin Schmid Noerr (Hg.), *Grand Hotel Abgrund. Eine Photobiographie der Frankfurter Schule*, 2. Aufl., Hamburg 1990, S. 145–186.
- Buckmiller, Michael/Pascal Nafe: Die Naherwartung des Kommunismus – Werner Schollem, in: Michael Buckmiller u.a. (Hg.), *Judentum und politische Existenz. Siebzehn Portraits deutsch-jüdischer Intellektueller*, Hannover 2000, S. 61–81.
- Bünger, Siegfried/Hella Kaeselitz: *Geschichte Großbritanniens von 1918 bis zur Gegenwart*, Berlin 1989.
- Buhle, Paul: *Marxism in the USA. From 1870 to the Present Day*, London 1987.
- Calder III, William M. (Hg.): *Wilamowitz nach 50 Jahren*, Darmstadt 1985.
- Calder III, William M./Alexander Demandt (Hg.): *Eduard Meyer. Leben und Leistung eines Universalhistorikers*, Leiden etc. 1990.
- Carsten, Francis L.: *Revolution in Mitteleuropa 1918–1919*, Köln 1973.
- Carsten, Francis L.: *Deutsche Emigranten in Großbritannien 1933–1945*, in: Gerhard Hirschfeld (Hg.), *Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland*, Stuttgart 1983, S. 138–154.
- Carsten, Francis L.: *Widerstand gegen Hitler. Die deutschen Arbeiter und die Nazis*, Frankfurt/Leipzig 1996.
- Charle, Christophe: *Vordenker der Moderne. Die Intellektuellen im 19. Jahrhundert*, 2. Aufl., Frankfurt 2001.
- Christ, Karl: *Von Gibbon zu Rostovtzeff. Leben und Werk führender Althistoriker der Neuzeit*, Darmstadt 1972.
- Christ, Karl: *Neue Profile der Alten Geschichte*, Darmstadt 1990.
- Ciupka, Paul/Franz-Josef Jelich (Hg.): *Soziale Bewegung, Gemeinschaftsbildung und pädagogische Institutionalisierung. Erwachsenenbildungsprojekte in der Weimarer Republik*, Essen 1996.
- Coser, Lewis A.: *Refugee Scholars in America. Their Impact and Their Experiences*, New Haven/London 1984.
- Dan, Theodor: *Leninismus*, in: *Der Klassenkampf*, 1 (1927), S. 89–96.
- Delbrück, Hans: *Die Marxsche Geschichtsphilosophie*, in: *Preußische Jahrbücher*, 182 (1920), S. 157–180.
- Delbrück, Hans: *Vor und nach dem Weltkrieg. Politische und historische Aufsätze 1902–1925*, Berlin 1926.
- Deppe, Frank: *Verschwörung, Aufstand und Revolution. Blanqui und das Problem der sozialen Revolution*, Frankfurt 1970.
- Desanti, Dominique: *L'Internationale communiste*, Paris 1970.
- Deutsche Reden in schwerer Zeit*. Herausgegeben von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt und dem Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern, Berlin 1914.
- Deutscher, Isaac: *Trotsky, Bd. 3: Der verstoßene Prophet 1929–1940*, 2. Aufl., Stuttgart 1972.
- Diggins, John Patrick: *The Rise and Fall of the American Left*, Neuausgabe, New York/London 1992.

- Döring, Herbert: Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim 1975.
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII/2 u. VIII, Berlin 1966/75.
- Drabkin, J. S.: Die Entstehung der Weimarer Republik, Köln 1983.
- Drabkin, Ja. S.: Problemy i legendy v istoriografii Germanskoj revoljucii 1918–1919gg., Moskau 1990.
- Drechsler, Hanno: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Neuausgabe, Hannover 1983.
- Drews, Richard/Alfred Kantorowicz (Hg.): Verboten und verbrannt. Deutsche Literatur – 12 Jahre unterdrückt, Berlin/München 1947.
- Duchardt, Heinz: Arnold Berney (1897–1943). Das Schicksal eines jüdischen Historikers, Köln etc. 1992.
- Duggan, Stephen/Betty Drury: The Rescue of Science and Learning. The Story of the Emergency Committee In Aid of Displaced Scholars, New York 1948.
- Eakin-Thimme, Gabriela: Deutsche Nationalgeschichte und Aufbau Europas. Deutschsprachige jüdische Historiker im amerikanischen Exil, in: *Exilforschung*, 19 (2001), S. 65–79.
- Ebert, Friedrich: Schriften, Aufzeichnungen, Reden, hg. von Friedrich Ebert jr., 2 Bde., Dresden 1926.
- Eggebrecht, Axel: Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche, Reinbek 1990.
- Ehrenburg, Ilja: Menschen-Jahre-Leben. Memoiren, Bd. II, Berlin 1978.
- Eichwede, Wolfgang: Revolution und internationale Politik. Zur kommunistischen Interpretation der kapitalistischen Welt 1921–1925, Köln 1971.
- Einstein, Albert: Über den Frieden. Weltordnung oder Weltuntergang?, hg. von Otto Nathan und Heinz Norden, Bern 1976.
- Elm, Ludwig u.a.: Falsche Propheten. Studien zum konservativ-antidemokratischen Denken im 19. und 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Berlin 1990.
- Engelmann, Dieter: Rätedemokratische Vorstellungen während der deutschen Novemberrevolution, in: *BzG*, 25 (1983), S. 797–809.
- Engelmann, Dieter/Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917–1922, Berlin 1993.
- Erdmann, Karl Dietrich: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: *VfZ*, 3 (1956), S. 1–19.
- Erdmann, Karl Dietrich: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. IV, Stuttgart 1959.
- Ersil, Wilhelm/Ernst Laboor: Die Parteidiskussion im September-Oktober 1925 und ihre Bedeutung für die marxistisch-leninistische Entwicklung der KPD, in: *BzG*, 8 (1966), S. 595–617.
- Faber, Karl-Georg: Zur Vorgeschichte der Geopolitik. Staat und Lebensraum im Denken deutscher Geographen vor 1914, in: *Weltpolitik, Europagedanke und Regionalismus*. Festschrift für Heinz Gollwitzer, Münster 1982, S. 389–406.
- Faulenbach, Bernd: Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.
- Faulenbach, Bernd: Der „deutsche Weg“ aus der Sicht des Exils. Zum Urteil emigrierter Historiker, in: *Exilforschung*, 3 (1985), S. 11–30.

- Faulenbach, Bernd: Die Historiker und die „Massengesellschaft“ der Weimarer Republik, in: Klaus Schwabe (Hg.), *Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815–1945*, Boppard 1988, S. 225–246.
- Feiler, Arthur: *Das Experiment des Bolschewismus*, 6. Aufl., Frankfurt 1931.
- Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Neuausgabe, Kronberg 1977.
- Fischer, Kurt: *Die politische und publizistische Tätigkeit Eduard Meyers im ersten Weltkrieg und in den ersten Jahren der Weimarer Republik (1914–1920)*, Staatsexamensarbeit, Potsdam 1963.
- Fischer, Ruth: *Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution*, Frankfurt (1950).
- Fischer, Ruth/Arkadij Maslow: *Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils*, hg. von Peter Lübke, München 1990.
- Flasch, Kurt: *Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg*, Berlin 2000.
- Flashar, Helmut (Hg.): *Altertumswissenschaft in den 20er Jahren. Neue Fragen und Impulse*, Stuttgart 1995.
- Flechtheim, Ossip K.: *Die KPD in der Weimarer Republik*, Neuausgabe, Frankfurt 1976.
- Florath, Bernd: *Historiographie der Arbeiterbewegung. Eine europäische Subkultur und ihre Geschichtswissenschaft*, in: Wolfgang Küttler (Hg.), *Das lange 19. Jahrhundert. Positionen – Ereignisse – Ideen – Umwälzungen. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag*, 2. Halbbd., Berlin 1999, S. 213–262.
- Ford, Guy Stanton (Hg.): *Dictatorship in the Modern World*, 2. Aufl., Minneapolis 1937.
- Fowkes, Ben: *Communism in Germany Under the Weimar Republic*, New York 1984.
- Franz, Leopold (d. i. Franz L. Neumann): *Die Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur*, Karlsbad 1935.
- Fraser, Lindley: *Kriegsschuld und Propaganda. Deutschland zwischen zwei Weltkriegen*, Zürich 1947.
- Frühwald, Wolfgang/Wolfgang Schieder (Hg.): *Leben im Exil. Aspekte der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933–1945*, Hamburg 1981.
- Fuchs, Eckhardt/Günther Fuchs: *„J'accuse!“ Zur Affäre Dreyfus*, Mainz 1994.
- Fuld, Werner: *Walter Benjamin. Eine Biographie*, Reinbek 1990.
- Galsterer, Hartmut: *Herrschaft und Verwaltung im römischen Italien*, München 1976.
- Gasman, Daniel: *The Scientific Origins of National Socialism. Social Darwinism in Ernst Haeckel and the German Monist League*, New York 1971.
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3 und 4, Berlin 1966.
- Gettleman, Marvin E.: *Communists in Higher Education. C.C.N.Y. and Brooklyn College on the Eve of the Rapp-Coudert Investigation, 1935–1939. Unpublished Manuscript (1977)*.
- Gietinger, Klaus: *Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L.*, Mainz 1993.
- Gilbert, Felix: *A European Past. Memoirs 1905–1945*, New York/London 1982.
- Goldmann, Nahum: *Mein Weg als Deutscher und Jude*, München 1980.
- Gramley, Hedda: *Propheten des deutschen Nationalismus. Theologen, Historiker und Nationalökonomien (1848–1880)*, Frankfurt 2001.
- Gramsci, Antonio: *Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften*, hg. von Guido Zamis, Leipzig 1980.

- Griewank, Karl: Der neuzeitliche Revolutionsbegriff, 3. Aufl., Frankfurt 1992.
- Groehler, Olaf: Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941, Berlin 1992.
- Gross, Babette: Willy Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967.
- Gruber, Carol S.: Mars and Minerva. World War I and the Uses of Higher Learning in America, Baton Rouge 1975.
- Grumbach, Salomon: Das annexionistische Deutschland, Lausanne 1917.
- Grundmann, Siegfried: Einsteins Akte. Einsteins Jahre in Deutschland aus der Sicht der deutschen Politik, Berlin/Heidelberg 1998.
- Gumbel, Emil Julius: Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der nationalistischen Geheimbünde 1918–1924, Neuausgabe, Frankfurt 1984.
- Gumbel, Emil Julius: Auf der Suche nach Wahrheit. Ausgewählte Schriften, hg. von Annette Vogt, Berlin 1991.
- Gurian, Waldemar: Der Bolschewismus. Einführung in Geschichte und Lehre, Freiburg (Breisgau) 1931.
- Haffner, Sebastian: Der Verrat. 1918/1919 – als Deutschland wurde, was es ist, Neuauflage, Berlin 1994.
- Haffner, Sebastian: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, Stuttgart/München 2000.
- Hagemann, Harald/Claus-Dieter Krohn (Hg.): Biographisches Handbuch der deutschen sozialwissenschaftlichen Emigration nach 1933, München 1999.
- Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die deutsche Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997.
- Häupel, Beate: Karl Kautsky – seine Auffassungen zur politischen Demokratie. Eine ideengeschichtliche Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung seines Modells der politischen Institutionen, Phil. Diss., Leipzig 1991.
- Hallgarten, George W. F.: Als die Schatten fielen. Erinnerungen vom Jahrhundertbeginn zur Jahrtausendwende, Frankfurt etc. 1969.
- Halperin, S. William: Germany Tried Democracy. A Political History of the Reich from 1918 to 1933, Neuausgabe, New York 1965.
- Hannover, Heinrich und Elisabeth: Politische Justiz 1918–1933, Neuausgabe, Bornheim-Merten 1987.
- Hansen, Reimer/Wolfgang Ribbe (Hg.): Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen, Berlin/New York 1992.
- Heale, Michael J.: American Anticommunism. Combating the Enemy Within, Baltimore/London 1990.
- Heinemann, Ulrich: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.
- Heiber, Helmut: Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966.
- Heiber, Helmut: Universität unterm Hakenkreuz, Bd. 1, München 1991.
- Heither, Dietrich u. a.: Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt 1997.
- Hering, Sabine/Kurt Schilde: Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt 1995.

- Hertfelder, Thomas: Franz Schnabel und die deutsche Geschichtswissenschaft, 2 Bde., Göttingen 1998.
- Hiller, Kurt: Leben gegen die Zeit, Bd. 1: Logos, Reinbek 1969.
- Hirsch, Konrad: Die Humboldt-Hochschule, Freie Volkshochschule Groß-Berlin und die Volkshochschulfrage. Eine Studie über die Beziehungen zwischen Volkshochschule und Volkswirtschaft, Borna/Leipzig 1927.
- Hirschfeld, Otto: Kleine Schriften, Berlin 1913.
- Hoffmann, Christhard: Juden und Judentum im Werk deutscher Althistoriker des 19. und 20. Jahrhunderts, Leiden etc. 1988.
- Hook, Sidney: Out of Step. An Unquiet Life in the 20th Century, New York 1987.
- Horowitz, Murray M.: Brooklyn College. The First Half-Century, New York 1981.
- Iggers, Georg G.: Die deutschen Historiker in der Emigration, in: Bernd Faulenbach (Hg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland, München 1974, S. 97–111.
- Iggers, Georg G.: Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart, Wien 1997.
- In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, hg. vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1991.
- Ingold, Felix Philipp: Von Moskau nach Zollikon. Der russische Philosoph Iwan Iljin im Schweizer Exil, in: Neue Zürcher Zeitung, 14. November 2000.
- Jarausch, Konrad H.: Students, Society, and Politics in Imperial Germany. The Rise of Academic Illiberalism, Princeton 1982.
- Jarausch, Konrad H.: Zur Demokratisierung der deutschen Universität. Transatlantische historische Perspektiven, in: Herbert Gottwald (Hg.), Universität im Aufbruch. Die Alma mater Jenensis als Mittler zwischen Ost und West, Jena/Erlangen 1992, S. 81–103.
- Jarausch, Konrad H.: Die Vertreibung der jüdischen Studenten und Professoren von der Berliner Universität unter dem NS-Regime, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte, 1 (1998), S. 112–133.
- Jay, Martin: Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950, Taschenbuchausgabe, Frankfurt 1985.
- Jentsch, Harald: Die politische Theorie August Thalheimers 1919–1923, Mainz 1993.
- Joll, James: Europe Since 1870. An International History, Marmondsworth 1990.
- Jonca, Karol: Das Ende der Belle Epoque in Wroclaw, in: Aufbau, 24. Mai 2000.
- Jones, William David: The Lost Debate. German Socialist Intellectuals and Totalitarianism, Urbana/Chicago 1999.
- Kaestner, Jürgen: Die politische Theorie August Thalheimers, Frankfurt/New York 1982.
- Kantorowicz, Alfred: Politik und Literatur im Exil. Deutschsprachige Schriftsteller im Kampf gegen den Nationalsozialismus, München 1983.
- Kater, Michael: Doctor Leonardo Conti. The Failure of Centralized Medicine in the Third Reich, in: Central European History, 18 (1985), S. 299–325.
- Katznelson, Siegmund (Hg.): Juden im deutschen Kulturbereich. Ein Sammelwerk, 2. Aufl., Berlin 1959.
- Kaufmann, Bernd u. a.: Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993.
- Kautsky, Karl: Der Bolschewismus in der Sackgasse, Berlin 1930.
- Keßler, Mario: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933, Berlin 1994.
- Keßler, Mario: Wandlungen des russischen Antisemitismus. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der russischen Revolution von 1905, in: Wolfgang Küttler (Hg.), Das lange 19. Jahrhun-

- dert. Personen – Ereignisse – Ideen – Umwälzungen. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag, 2. Halbbd., Berlin 1999, S. 333–346.
- Keßler, Mario: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln etc. 2001.
- Keßler, Mario: Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert, Hamburg 2002.
- Kinner, Klaus: Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD, Berlin 1982.
- Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.
- Kinner, Klaus (Hg.): Revolution – Reform – Parlamentarismus, Leipzig 1999.
- Kjellén, Rudolf: Die Ideen von 1914. Eine weltgeschichtliche Perspektive, Leipzig 1915.
- Klee, Ernst: Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945, Frankfurt 2001.
- Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen bis zum Letzten. Tagebücher, Bd. 2: 1942–1945, hg. von Walter Nowojski und Hadwig Klemperer, 4. Aufl., Berlin 1995.
- Klepper, Peter: 125 Jahre Askanisches Gymnasium und Askanische Oberschule (1875–2000), Berlin 2000.
- Kluge, Ulrich: Die deutsche Revolution 1918/1919, Frankfurt 1985.
- Kocka, Jürgen: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Neuausgabe, Frankfurt 1988.
- Koch-Baumgarten, Sigrid: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt 1986.
- König, Helmut: Lenin und der italienische Sozialismus 1915–1921. Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte der Kommunistischen Internationale, Tübingen 1967.
- Könnemann, Erwin: Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (1918 bis 1920), Berlin 1971.
- Koktanek, Anton M.: Oswald Spengler in seiner Zeit, München 1968.
- Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962.
- Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, 6. Aufl., München 2002.
- Komjat, Irén: Die Geschichte der Inprekorr. Zeitung der Kommunistischen Internationale (1921–1939), Budapest 1982.
- Korsch, Karl: Politische Texte, hg. von Erich Gerlach und Jürgen Seifert, Frankfurt 1974.
- Korsch, Karl: Briefe, 2 Bde., hg. von Michael Buckmiller u.a., Amsterdam 2001.
- Koszyk, Kurt: Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968.
- Kovel, Joel: Red Hunting in the Promised Land. Anticommunism and the Making of America, London/Washington 1997.
- Krockow, Christian Graf von: Scheiterhaufen. Größe und Elend des deutschen Geistes, 2. Aufl., Reinbek 1993.
- Krockow, Christian Graf von: Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit. Biographie einer Epoche, Berlin 2002.
- Krockow, Christian Graf von: Hitler und seine Deutschen, München 2002.
- Krohn, Claus-Dieter: Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research, Frankfurt etc. 1987.

- Krohn, Claus-Dieter u.a. (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998.
- Kuczynski, Jürgen: Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, Berlin/Weimar 1973.
- Kühnl, Reinhard (Hg.): Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975.
- The Labour International Year Book 1923, London 1923.
- Lange, Annemarie: Das wilhelminische Berlin. Zwischen Jahrhundertwende und Novemberrevolution, 4. Aufl., Berlin 1984.
- Langels, Otto: Die ultralinke Opposition in der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt etc. 1984.
- Langkau-Alex, Ursula/Thomas M. Ruprecht (Hg.): Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945, Frankfurt/New York 1995.
- Laqueur, Walter: Mythos der Revolution. Deutungen und Fehldeutungen der Sowjetgeschichte, Frankfurt 1967.
- Latte, Kurt: Kleine Schriften zu Religion, Recht, Literatur und Sprache der Griechen und Römer, hg. von Olof Gigon, München 1968.
- Lehmann, Hartmut/James J. Sheehan (Hg.): An Interrupted Past. German-Speaking Refugee Historians in the United States After 1933, Cambridge/New York 1991.
- Lenin, W. I.: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 31–39.
- Lenin, W. I.: Notizen eines Publizisten, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 188–196.
- Leonhard, Wolfgang: Die unbekanntenen Klassiker. Marx und Engels in der DDR, in: Deutschland Archiv, 28 (1995), S. 709–720.
- Lessing, Theodor: Wortmeldungen eines Unerschrockenen. Publizistik aus drei Jahrzehnten, hg. von Hans Stern, Leipzig/Weimar 1987.
- Linden, Marcel van der: Von der Oktoberrevolution zur Perestroika. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion, Frankfurt 1992.
- Lönne, Karl-Egon: Faschismus als Herausforderung. Die Auseinandersetzung der „Roten Fahne“ und des „Vorwärts“ mit dem italienischen Faschismus 1920–1933, Köln/Wien 1981.
- Longerich, Peter: Deutschland 1918–1933. Die Weimarer Republik, Hannover 1995.
- Losemann, Volker: Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933–1945, Hamburg 1977.
- Loth, Wilfried: Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, Stuttgart etc. 1987.
- Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen 1914–1918, Berlin 1919.
- Lütgemeier-Davin Reinhold/Kawerau, Siegfried, in: Manfred Asendorf/Rolf von Bockel (Hg.), Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Ein Lexikon, Stuttgart/Weimar 1997, S. 324–326.
- Luks, Leonid: Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935, Stuttgart 1984.
- Malinowski, Stephan: Politische Skandale als Zerrspiegel der Demokratie. Die Fälle Barmat und Sklarek im Kalkül der Weimarer Rechten, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 5 (1996), S. 46–65.
- Mandel, Ernest: Trotzki als Alternative, Berlin 1992.
- Mann, Golo: Was bleibt von Karl Marx?, in: Maß und Wert, 3 (1940), S. 391–397.

- Marcuse, Herbert: Feind-Analysen. Über die Deutschen, hg. von Peter-Erwin Jansen und Detlev Claussen, Lüneburg 1998.
- Markov, Walter: Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin/Weimar 1989.
- Martow, Julius: Geschichte der russischen Sozialdemokratie. Mit einem Nachtrag von Theodor Dan, Berlin 1926 (Reprint Erlangen 1973).
- Marwedel, Rainer: Theodor Lessing 1872–1933. Eine Biographie, Darmstadt 1987.
- Massing, Paul: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt 1986.
- Masur, Gerhard: Das ungewisse Herz, Holyoake, Mass. 1978.
- Matthias, Erich: Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration, Stuttgart 1952.
- Mayer, Gustav: Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, München 1949.
- Mayer, Gustav: Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt 1969.
- Mayer, Hans: Außenseiter, Frankfurt 1977.
- Mayer, Hans: Ein Deutscher auf Widerruf, Bd. 1, Frankfurt 1988.
- Merson, Allan: Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland, Bonn 1999.
- Meusel, Alfred: Das Vorhandensein und die Bedeutung konservativer Tendenzen in der Sozialdemokratie, in: Neue Blätter für den Sozialismus, 1 (1930), S. 492–504.
- Meyer, Eduard: Nordamerika und Deutschland, Berlin 1915.
- Meyer, Eduard: Weltgeschichte und Weltkrieg, Stuttgart/Berlin 1916.
- Meyer, Eduard: Die Privatdozenten und die Zukunft der deutschen Universitäten, in: Preußische Jahrbücher, 175 (1919), S. 28–37.
- Meyer, Eduard: Ursprünge und Anfänge des Christentums, Bd. II u. III, Stuttgart 1923.
- Meyer, Eduard: Kleine Schriften I, 2. Aufl., Halle 1924.
- Meyer, Eduard: Geschichte des Altertums, Band I u. IV, 2. Aufl., Stuttgart/Berlin 1907–12.
- Middell, Eike u. a.: Exil in den USA. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil, Bd. 3, Leipzig 1979.
- Miller, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1979.
- Mittenzwei, Werner: Das Leben des Bertolt Brecht oder Der Umgang mit den Welträtseln, 2 Bde., Berlin/Weimar 1986.
- Mommsen, Wolfgang J.: Bürgerliche Kultur und politische Ordnung. Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle in der deutschen Geschichte 1830–1933, Frankfurt 2000.
- Mommsen, Wolfgang J. (Hg.): Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg, München 1986.
- Morgenthau, Hans J.: Fragments of an Intellectual Autobiography, 1904–1932, in: Kenneth Thompson/Robert J. Myers (Hg.), A Tribute to Hans Morgenthau, Washington 1977, S. 1–17.
- Mosse, George L.: Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt 1991.
- Müller, Hermann: Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1929.
- Na'aman, Shlomo: Marxismus und Zionismus, Gerlingen 1997.
- Der neue Kurs. Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew, Brief des EKKI, hg. vom ZK der KPD, Berlin 1925.

- Neumann, Franz: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, deutsche Ausgabe, hg. von Gert Schäfer, Frankfurt 1984.
- Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik, 5. Aufl., Stuttgart etc. 1986.
- Nicolai, Walter: Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg, Berlin 1920.
- Niewyk, Donald L.: Socialist, Anti-Semite, and Jew. German Social Democracy Confronts the Problem of Anti-Semitism, 1918–1933, Baton Rouge 1971.
- Oertzen, Peter von: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963.
- Ossietzky, Carl von: Paul Levi, in: Die Weltbühne, 26 (1930), S. 281f.
- Pachter, Henry: Weimar Etudes, New York 1982.
- Pätzold, Kurt/Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920–1945, Köln 1998.
- Palmier, Jean-Michel: Weimar en Exil. Le destin de l'émigration intellectuelle allemande antinazie en Europe et aux Etats-Unis, 2. Aufl., Paris 1990.
- Papenfuß, Dietrich/Wolfgang Schieder (Hg.): Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert, Köln etc. 2000.
- Pelz, William A.: The Spartakusbund and the German Working Class Movement, 1914–1919, Lewiston, NY 1988.
- Petzold, Joachim: Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus, Berlin 1963.
- Petzold, Joachim: Wegbereiter des Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1983.
- Petzold, Joachim (unter Mitarbeit von Waltraud Petzold): Ideale und Idole im Schatten Hitlers und Stalins. Dresdner Oberschüler auf dem Wege aus dem Dritten Reich in die DDR, Potsdam 1997.
- Peukert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt 1987.
- Pinthus, Kurt (Hg.): Menschheitsdämmerung. Ein Dokument des Expressionismus, Leipzig 1986.
- Plutarch: Große Griechen und Römer. Ausgewählte Lebensbilder, hg. von Dagobert von Mikusch, Berlin o.J.
- Pozzoli, Claudio (Hg.): Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 1, Frankfurt 1973.
- Prellwitz, Jens: Jüdisches Erbe, sozialliberales Ethos, deutsche Nation. Gustav Mayer im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Mannheim 1998.
- Pross, Harry (Hg.): Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871–1933, Frankfurt 1959.
- Protokoll des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Petrograd-Moskau, vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923.
- Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 21. März–6. April 1925, Hamburg 1925.
- Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, 2 Bde., Hamburg o.J.
- Przeradzki, Bernhard: 100 Jahre Askanische Schule. Eine Chronik der Askanischen Oberschule zum 100jährigen Bestehen, 2. Aufl., Berlin 1984.
- Radkau, Joachim: Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945, Düsseldorf 1971.
- Ragg, Albrecht: The German Socialist Emigration to the United States 1933–1945, Ph.D. Thesis, Loyola University of Chicago, 1977.

- Ragionieri, Ernesto: *L'Italia giudicata 1861–1945, ovvero la storia degli italiani scritta dagli altri*, Bari 1969.
- Rasehorn, Theo: *Rechtspolitik und Rechtsprechung. Ein Beitrag zur Ideologie der „Dritten Gewalt“*, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hg.), *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 2. Aufl., Bonn 1988, S. 407–428.
- Reisberg, Arnold: *An den Quellen der Einheitsfront. Der Kampf der KPD um die Aktions-einheit in Deutschland 1921–1922*, 2 Bde., Berlin 1971.
- Reisner, Larissa: *Hamburg auf den Barrikaden und andere Reportagen*, Berlin 1960.
- Remer, Claus: *Deutsche Arbeiterdelegationen in der Sowjetunion. Die Bedeutung der Delegationsreisen für die deutsche Arbeiterbewegung in den Jahren 1925/1926*, Berlin 1963.
- Retzlaw, Karl: *Spartacus – Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters*, 4. Aufl., Frankfurt 1976.
- Ringer, Fritz: *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933*, München 1987.
- Rosenberg, Hans: *Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen. Studien zur neueren deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Göttingen 1978.
- Rudkoff, Peter M./William B. Scott: *New School. A History of The New School for Social Research*, New York/London 1986.
- Rudolph, Hans: *Stadt und Staat im römischen Italien*, Leipzig 1935.
- Rudolph, Karsten: *Die Sozialdemokratie in der Regierung. Das linksrepublikanische Projekt in Sachsen 1920–1922*, in: Helga Grebing (Hg.), *Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933*, Essen 1993, S. 212–221.
- Rudolph, Karsten: *Das Scheitern des Kommunismus im deutschen Oktober 1923*, in: *IWK*, 32 (1996), S. 484–519.
- Rudolph, Ludwig Ritter von: *Die Lüge, die nicht stirbt. Die Dolchstoßlegende von 1918*, Nürnberg 1958.
- Rürup, Reinhard/Kolb, Eberhard (Hg.): *Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik*, Leiden 1968.
- Ruge, Wolfgang: *Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes*, Berlin 1962.
- Ruge, Wolfgang: *Deutschland von 1917 bis 1933*, Berlin 1967.
- Ruge, Wolfgang: *Hindenburg. Porträt eines Militaristen*, Berlin 1974.
- Ruprecht, Thomas Michael: *Felix Boenheim. Arzt, Politiker, Historiker. Eine Biographie*, Hildesheim etc. 1992.
- Sabrow, Martin: *Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution*, Frankfurt 1999.
- Salin, Edgar: *Platon und die griechische Utopie*, München 1921.
- Schäfer, Dietrich: *Staat und Welt. Eine geschichtliche Zeitbetrachtung*, Berlin 1922.
- Schäfer, Dietrich: *Mein Leben*, Berlin/Leipzig 1926.
- Schieder, Wolfgang: *Karl Marx als Politiker*, München/Zürich 1991.
- Schleier, Hans: *Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik*, Berlin 1975.
- Schleier, Hans: *Zu Gustav Meyers Wirken und Geschichtsauffassung*, in: Horst Bartel u.a. (Hg.), *Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag*, Berlin 1976, S. 301–326.

- Schmidt, Erich: *Meine Jugend in Groß-Berlin. Triumph und Elend der Arbeiterbewegung 1918–1933*, Bremen 1988.
- Schönhoven, Klaus: *Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat*, München 1989.
- Schoeps, Julius H.: *Der ungeliebte Außenseiter. Zum Leben und Werk des Philosophen und Schriftstellers Theodor Lessing*, in: Walter Grab/Julius H. Schoeps (Hg.), *Juden in der Weimarer Republik*, Stuttgart/Bonn 186, S. 200–217.
- Scholem, Gershom: *Von Berlin nach Jerusalem*, Neuausgabe, Frankfurt 2001.
- Schrecker, Ellen W.: *No Ivory Tower. McCartyism and the Universities*, New York/Oxford 1986.
- Schulze, Hagen: *Weimar. Deutschland 1917–1933*, Berlin 1998.
- Schumacher, Martin (Hg.): *M.d.L. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus*, Düsseldorf 1995.
- Schwabe, Klaus: *Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges*, Göttingen 1969.
- Seeberg, Reinhold: *Wir heißen Euch hoffen. Vier akademische Reden*, Berlin 1919.
- Serge, Victor: *Erinnerungen eines Revolutionärs*, Hamburg 1991.
- Siegfried, Klaus-Jürgen: *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns*, Wien 1974.
- Sinowjew, G.: *Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)*, Hamburg 1923.
- Skutsch, Franz: *Kleine Schriften*, hg. von Wilhelm Kroll, Leipzig/Berlin 1914.
- Srubar, Ilja (Hg.): *Exil, Wissenschaft, Identität. Die Emigration deutscher Sozialwissenschaftler 1933–1945*, Frankfurt 1988.
- Soellner, Alfons: *Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration. Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte*, Opladen 1996.
- Sombart, Werner: *Händler und Helden*, Leipzig 1915.
- Souchy, Augustin: *„Vorsicht: Anarchist!“ Ein Leben für die Freiheit*, Darmstadt/Neuwied 1977.
- Stampfer, Friedrich: *Das Machtproblem der Demokratie. Eine Entgegnung von Friedrich Stampfer*, in: *Neuer Vorwärts*, 12. Februar 1939.
- Stampfer, Friedrich: *Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik*, Offenbach 1947.
- Stampfer, Friedrich: *Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben*, Köln 1957.
- Stephan, Alexander: *Im Visier des FBI. Deutsche Exilschriftsteller in den Akten amerikanischer Geheimdienste*, Berlin 1998.
- Stock, Ernst/Karl Walcher: *Jacob Walcher (1887–1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York*, Berlin 1998.
- Stoecker, Erika: *A. S. Jerussalimski. Deutsche Geschichte im Leben eines sowjetischen Historikers und Kommunisten*, Berlin 1980.
- Stresemann, Gustav: *Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden*, hg. von Henry Bernhard, Bd. 1, Berlin 1932.
- Stürmer, Michael: *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928*, Düsseldorf 1967.
- Syme, Ronald: *The Roman Revolution*, Reprint, Oxford 1989.

- Thalheimer, August: 1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923, Berlin 1931.
- Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921, Hamburg 1921.
- Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1924.
- Thimme, Anneliese: Hans Delbrück als Kritiker der wilhelminischen Epoche, Düsseldorf 1955.
- Töpner, Kurt: Gelehrte Politiker und politisierende Gelehrte. Die Revolution von 1918 im Urteil deutscher Hochschullehrer, Göttingen 1970.
- Tormin, Walter: Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954.
- Tornow, Elisabeth: Der Revolutionsbegriff und die späte römische Republik. Eine Studie zur deutschen Geschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt etc. 1978.
- Traverso, Enzo: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843–1943), Mainz 1995.
- Trotsky, Leo: Die russische Revolution 1905, 2. Aufl., Berlin 1923.
- Trotsky, Leo: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?, hg. von Helmut Dahmer, Frankfurt 1971.
- Trotsky, Leo: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Neuausgabe, Frankfurt 1981.
- Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871–1918, Frankfurt 1999.
- Ungern-Sternberg, Jürgen von: Eduard Meyer und die deutsche Propaganda zu Beginn des Ersten Weltkrieges, in: WZ Berlin, 40 (1991), Nr. 9, S. 37–43.
- USPD. Protokoll über den außerordentlichen Parteitag in Halle vom 12.–17. Oktober 1920, Berlin 1920.
- Voigt, Gerd: Rußland in der deutschen Geschichtsschreibung 1843–1945, Berlin 1994.
- Volkman, Hans Erich: Die Gründung der KPD und ihr Verhältnis zum Weimarer Staat, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 23 (1972), S. 65–80.
- Wald, Alan M.: The New York Intellectuals. The Rise and Fall of the Anti-Stalinist Left From the 1930s to the 1960s, Chapel Hill 1987.
- Wallace, Stuart: War and the Image of Germany. British Academics 1914–1918, Edinburgh 1988.
- Walter, Dirk: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.
- Walther, Peter Thomas: Von Meinecke zu Beard? Die nach 1933 in die USA emigrierten deutschen Neuhistoriker, Ph.D. Thesis, State University of New York at Buffalo 1989.
- Walther, Peter Thomas: Gli storici tedeschi durante il Nazismo e nell'emigrazione: Note per un bilancio, in: Lorenzo Riberi (Hg.), La Germania allo specchio della storia, Milano 1995, S. 139–150.
- Watlin, Alexander: Die Komintern 1919–1929. Historische Studien, Mainz 1993.
- Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt 1969.
- Weber, Hermann (Hg.): Die Gründung der KPD. Protokolle und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919, Berlin 1993.
- Weber, Max: Gesammelte Politische Schriften, 2. Aufl., Tübingen 1958.

- Weber, Wolfgang: *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970*, Frankfurt 1984.
- Weisz, Christoph: *Geschichtsauffassung und politisches Denken Münchener Historiker in der Weimarer Zeit*, Berlin 1970.
- Weitz, Eric D.: *Creating German Communism, 1890–1990. From Popular Protest to Socialist State*, Princeton 1997.
- Wehberg, Hans: *Wider den Aufruf der 93! Das Ergebnis einer Umfrage an die 93 Intellektuellen über die Kriegsschuld*, Charlottenburg 1920.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Das deutsche Kaiserreich 1871–1918*, 2. Aufl., Göttingen 1975.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Historische Sozialwissenschaft und Geschichtsschreibung. Studien zu Aufgaben und Traditionen deutscher Geschichtswissenschaft*, Göttingen 1980.
- Weiskopf, F. C.: *Unter fremden Himmeln. Ein Abriß der deutschen Literatur im Exil 1933–1947*, Neuausgabe, Berlin/Weimar 1981.
- Wheeler, Robert F.: *USPD und Dritte Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Frankfurt etc. 1975.
- Wheeler-Bennett, John: *Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918–1945*, Düsseldorf 1954.
- Wilcken, Ulrich: *Briefe an Eduard Meyer 1890–1930*, hg. von Gert Audring, Konstanz 1994.
- Winkler, Heinrich August: *Die deutsche Gesellschaft in der Weimarer Republik und der Antisemitismus*, in: Bernd Martin/Ernst Schulin (Hg.), *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, München 1981, S. 271–289.
- Winkler, Heinrich August: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, 2. Aufl., Berlin/Bonn 1985.
- Winkler, Heinrich August: *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, 2. Aufl., Berlin/Bonn 1988.
- Winkler, Heinrich August (Hg.): *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland*, München 2002.
- Wirsching, Andreas: *Demokratisches Denken in der Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik*, in: Christoph Gusy (Hg.), *Demokratisches Denken in der Weimarer Republik*, Baden-Baden 2000, S. 71–95.
- Wistrich, Robert S.: *Trotsky. Fate of a Revolutionary*, London 1979.
- Wistrich, Robert S.: *Socialism and the Jews. The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria-Hungary*, East Brunswick, NJ 1982.
- Wizisla, Erdmut: *„Krise und Kritik“ (1930/31). Walter Benjamin und das Zeitschriftenprojekt*, in: *Aber ein Sturm weht vom Paradiese her. Texte zu Walter Benjamin*, Leipzig 1992, S. 270–302.
- Wolf, Heinz: *Deutsch-jüdische Emigrationshistoriker in den USA und der Nationalsozialismus*, Bern etc. 1988.
- Zimmermann, Rüdiger: *Arkadij Gurland (1904–1979). Marxistischer Theoretiker und Publizist*, in: Jürgen Schlimper (Hg.), *„Natürlich – die Tauchaer Straße!“ Beiträge zur Geschichte der „Leipziger Volkszeitung“*, Leipzig 1997, S. 299–322.
- Zuelzer, Wolf: *Der Fall Nicolai*, Frankfurt 1981.
- Zweig, Stefan: *Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers*, Berlin/Weimar 1981.

5. Mehrfach zitierte zeitgenössische Periodika

Avukah Student Action, New York.

Die Bücherwarte, Berlin.

Deutsche Kriegsnachrichten, Berlin.

Die Freiheit, Berlin.

Die Gesellschaft, Berlin.

Die Internationale, Berlin.

Internationale Pressekorrespondenz (Inprekorr), Berlin/Wien.

Jewish Frontier, New York.

Der Klassenkampf, Berlin.

Die Kommunistische Internationale, Berlin.

Maß und Wert, Zürich.

The Nation, New York.

Neue Blätter für den Sozialismus, Berlin.

Neuer Vorwärts, Paris.

The New York Times.

Preußische Jahrbücher, Berlin.

Die Rote Fahne, Berlin.

Vorwärts, Berlin.

Die Weltbühne, Berlin.

Zeitschrift für Sozialforschung, New York.

Zeitschrift für Sozialismus, Karlsbad.

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungen wissenschaftlicher Einrichtungen, Quellen und Periodika

ABBAW	Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin
AAC	Academic Assistance Council
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin
DLZ	Deutsche Literaturzeitung, Berlin
ESS	Encyclopaedia of the Social Sciences, New York
GstA, HA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Hauptarchiv, Berlin
HUB, UA	Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsarchiv
HZ	Historische Zeitschrift, München
IISG	Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam
Inprekorr	Internationale Pressekorrespondenz, Berlin/Wien
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz, Berlin
KI	Die Kommunistische Internationale, Berlin (Zeitschrift und Organisation)
NL	Nachlaß
NYPL, MAD	New York Public Library, Manuscript and Archives Division
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
RE	Real-Encyclopaedie der klassischen Altertumswissenschaft, Stuttgart
RF	Die Rote Fahne, Berlin
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin
Ursachen	Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, Berlin
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München
WZ	Wissenschaftliche Zeitschrift (der Humboldt Universität zu Berlin)
YIVO	Institute for Jewish Research (Jüdisches Forschungsinstitut: jidd.)
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin
ZfS	Zeitschrift für Sozialforschung, New York

Abkürzungen von politischen Organisationen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ASU	American Student Union
BVP	Bayerische Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei

DVP	Deutsche Volkspartei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GPU	Staatliche Politische Verwaltung (russ.; die sowjetische Geheimpolizei)
IASP	Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KI, Komintern	Kommunistische Internationale
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPDO, KPO	Kommunistische Partei (Deutschlands)-Opposition
KPR(B)	Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki)
MSPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Mehrheitssozialdemokraten)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
RFB	Roter Frontkämpferbund
RKP	Russische Kommunistische Partei (siehe KPR)
Polbüro	Politisches Büro (des ZK der KPD; später Politbüro)
SA	Sturm-Abteilung
SAI	Sozialistische Arbeiterinternationale
SAP, SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei (Deutschlands)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SSt	Sozialdemokratische Studentengruppe
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
ZK	Zentralkomitee

Danksagung

Diese Arbeit erfuhr, wie frühere meiner Bücher, die Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft sowie durch das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Meinen Potsdamer Kolleginnen und Kollegen, insbesondere den Direktoren des Zentrums, Prof. Dr. Konrad H. Jarausch und Prof. Dr. Christoph Kleßmann, sowie der von Dr. Martin Sabrow geleiteten Projektgruppe bin ich für langjährige Hilfe zu Dank verpflichtet. Prof. Dr. Anson Rabinbach und der verstorbene Prof. Dr. George Mosse rieten mir zuerst, mich dem Leben Arthur Rosenbergs forschend zuzuwenden. Dabei hatte ich das Glück, noch Zeitgenossen und Schüler Rosenbergs befragen zu können. An erster Stelle sei Prof. Dr. Theodor Bergmann genannt, der ihn als seinen Lehrer am Köllnischen Gymnasium in Berlin erlebte und so liebenswürdig war, persönliche Erfahrung wie wissenschaftliche Reflexion in sein Vorwort einfließen zu lassen. Auch Prof. Dr. Nathan Steinberger traf mit Rosenberg noch im Berlin der Weimarer Republik zusammen, da er dessen Freund Karl Korsch damals politisch nahestand. Erich Schmidt (Easthampton, Massachusetts) erlebte Rosenberg in der sozialistischen Bildungsarbeit der späten Weimarer Republik. Irene Markov, die Witwe von Rosenbergs Schüler Walter Markov, ließ mich in dessen Aufzeichnungen über seinen Lehrer Einsicht nehmen. Von Frau Renee Goddard, der Tochter von Rosenbergs Freund Werner Scholem, die 1934 nach England emigrierte, erfuhr ich manches über die Lebensumstände der Rosenbergs in Liverpool. Prof. Dr. Madeleine Robinton schilderte mir Rosenberg aus der Erfahrung kollegialer Zusammenarbeit am Brooklyn College. Prof. Dr. Feliks Gross lernte Rosenberg durch den gemeinsamen Freund Franz L. Neumann näher kennen. Prof. Dr. Abraham Eisenstadt, der später gleichfalls am Brooklyn College arbeitete, und Prof. Dr. Seymour Melman erinnerten an den Hochschullehrer der frühen vierziger Jahre. Das Berliner akademische Milieu, in dem Rosenberg wirkte, brachte mir besonders Prof. Dr. Ernst Engelberg, zu Beginn der dreißiger Jahre Gustav Mayers Doktorand an der Universität, nahe.

Durch mehrere Länder des Exils getrieben, hinterließ Arthur Rosenberg keinen Nachlaß. Sein Sohn Wolfgang informierte mich über den nicht mehr diskutierten Rückkehrwunsch seines Vaters nach Deutschland, nachdem die Familie in den USA Fuß gefaßt hatte. Dr. Helmut Schachenmeyer stellte mir in großzügiger Weise seine Korrespondenz zur Verfügung, die er vor vierzig Jahren mit mehreren Weggefährten Rosenbergs, darunter Ruth Fischer und Kurt Kersten, geführt hatte. Mit Ratschlägen und Materialien halfen ebenfalls Adrian Allan, Prof. Dr. Wilhelm Bleek, Prof. Dr. Michael Buckmiller, Prof. Dr. Georg G. Iggers, Peter Klepper, Dr. Pavel Kolář, Prof. Dr. Gert Schäfer, Jens Thiel, Dr. Peter Thomas Walther und Prof. Dr. Hermann Weber. Prof. Dr. Ellen W. Schrecker und Prof. Dr. Marvin E. Gettleman gewährten mir Gastfreundschaft in New York, wann immer ich dieser bedurfte, und halfen mir mit ihren Detailkenntnissen der amerikanischen Sozial- und Wissenschaftsgeschichte. Ich möchte mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der im bi-

bliographischen Anhang genannten Archive sowie folgender Bibliotheken bedanken: Deutsche Staatsbibliothek/Stiftung Preußischer Kulturbesitz (Berlin), Bibliothek der Freien Universität Berlin, Bibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin, Deutsche Bibliothek (Frankfurt a. M.), Deutsche Bücherei (Leipzig), Library of Congress (Washington, D.C.), Brooklyn College Library, New York Public Library. Eleanor Yadin von der letztgenannten Forschungsbibliothek unterstützte mich nicht nur engagiert bei meinen bibliographischen Recherchen. Sie entdeckte auch Arthur Rosenbergs Grabstätte auf dem Friedhof von Cypress Hills in Brooklyn.

Für eine erste intensive Beschäftigung mit der interessanten Persönlichkeit Rosenbergs nutzte ich im Herbst 2000 Einladungen an das German-American Center for Visiting Scholars in Washington, D.C., und an das Center for Holocaust and Genocide Studies der University of Minnesota, wofür ich Prof. Dr. Christoph Mauch, Prof. Dr. Stephen Feinstein, Prof. Dr. Eric D. Weitz und besonders Dr. Christopher Kopper zu Dank verpflichtet bin.

Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Prof. Dr. Konrad Jarausch, Prof. Dr. Theodor Bergmann und Dr. Waltraut Engelberg lasen das gesamte Manuskript im Entwurf und gaben zahlreiche wertvolle Hinweise, die dem Text zugute kamen. Für alle darin enthaltenen Urteile und mögliche Fehler trage ich jedoch allein die Verantwortung.

Personenregister

- Abendroth, Wolfgang 121
Adams, Walter 202
Adler, Cyrus 233
Adoratzki, W.W. 66
Adorno, Theodor (Wiesengrund-) 158, 171f.
175, 232
Aischylos 19
Alexander I. (von Jugoslawien) 154
Alexander von Makedonien 38, 63
Al-Husaini, Amin 225
Alpári, Gyula 78
Althaus, Ernst Ludwig 17
Ammianus Marcellinus 36
Anderson, Eugene N. 233
Andresen, Georg 17
Angress, Werner 76, 198
Antoninus Pius 51
Aristoteles 209, 216
Arons, Leo 46
Aster, Ernst von 174
Augustinus 64
Augustus (Julius Caesar Octavianus) 37, 51, 58,
60, 62f., 127
Ausländer, Fritz 156
- Bab, Julius 17
Baden, Prinz Max von 148f.
Bakunin, Michail 64
Baldwin, James 94
Ballod, Karl 47
Baluschek, Hans 17
Bärensprung, Horst 237
Barmat, Julius 112f., 126
Baron, Hans 181
Barrès, Maurice 30f.
Bauer, Gustav 112, 113
Bauer, Otto 91
Beard, Charles 233
Bebel, August 20f., 144
Becker, Karl-Heinrich 142, 152
Beloch, Karl Julius 24, 48
Below, Georg von 40, 68
Benas, Bertram 201f.
Benjamin, Walter 20, 157, 171f.
Berding, Helmut 215, 219
Bergmann, Theodor 156f., 162, 173
Bernhard, Ludwig 55
Bernstein, Eduard 196
Berve, Helmut 50
Best, Werner 204
- Bethmann Hollweg, Theobald von 145f., 158,
160
Bickermann, Elias 181
Biehahn, Walter 169
Bismarck, Otto von 19, 40, 65, 133, 143–146,
151, 153, 158, 174, 197, 210, 219
Blankenstein, Hermann 16
Bloch, Ernst 157, 237
Bloom, Solomon F. 205
Blum, Léon 214
Boas, Franz 237
Boeckh, August 23
Boenheim, Felix 229f., 237
Böhm, Max Hildebert 157
Bonar Law, Andrew 94
Borchardt, Hermann 156, 231
Bordiga, Amadeo 118
Borejsza, Jerzy 82
Borkenau, Franz 119, 198, 221
Börne, Ludwig 16
Borsig, Ernst von 39
Böttcher, Paul 94, 137f.
Boylan, William A. 205
Bracher, Karl-Dietrich 191
Brandler, Heinrich 73, 75, 79, 83, 86–89, 94,
98–102, 106f., 109, 122f., 137f., 154, 197
Braun, Otto 110, 114f.
Braunthal, Alfred 50
Brecht, Bertolt 157f.
Breitscheid, Rudolf 179
Brentano, Bernhard von 157
Breysig, Kurt 64
Browder, Earl 207
Brugsch, Theodor 230
Brüning, Heinrich 173, 187, 199ff.
Bucharin, N. I. 119, 125, 135, 219ff.
Buchner, Max 68
Budzislawski, Hermann 179
Bülow, Bernhard Fürst von 159f.
- Caesar (Cäsar), Gaius Iulius 39, 60, 62, 146
Canaris, Wilhelm 131
Canfora, Luciano 25, 29, 40f.
Capa, Robert (Friedmann, Jenö) 158
Carsten, Francis L. 39, 133, 177, 200
Catilina, Lucius Sergius 60, 62
Cato, Marcus Porcius 59
Chamberlain, Austen 208, 217f.
Chamberlain, Joseph 217, 225
Chamberlain, Neville 217f., 227
Charle, Christophe 31

- Christ, Karl 22, 28, 30
 Churchill, Winston 217
 Clarkson, Jesse 202, 205, 232f.
 Cohn, Willy 175
 Conti, Leonardo 54f.
 Conti, Silvio 54f.
 Conway, R. S. 29f.
 Cossmann, Paul 128
 Coudert, Frederic R. 236
 Cuno, Wilhelm 86, 92, 96f., 187, 197, 201
 Cunow, Heinrich 64
- Dahlem, Franz 78
 Daladier, Edouard 208, 225, 227
 Dan, Theodor 161
 Darmstädter, Paul 67
 Dawes, Charles 104, 107ff.
 Deermann, Bernhard 129
 Degoutte, Jean-Marie 92
 Delbrück, Hans 24, 29, 33, 40, 44, 55, 65, 68, 129, 134f.
 Delitzsch, Friedrich 23
 Demandt, Alexander 63
 Demuth, Fritz 180, 202
 Dengel, Philipp 120
 Desanti, Dominique 121
 Dessau, Hermann 23
 Deubner, Ludwig 152
 Deutsch, Julius 237
 Diels, Hermann 23
 Dies, Martin 207
 Disraeli, Benjamin, Earl of Beaconsfield 210, 217
 Dittmann, Wilhelm 111
 Döblin, Alfred 158
 Domela, Harry 179
 Donski, Henryk 118
 Dorn, Walter 233
 Drabkin, Ja. S. 191f.
 Dreyfus, Alfred 30
 Droysen, Johann Gustav 27, 37f., 40
 Drury, Betty 234f., 238
 Duggan, Stephen 235, 240
 Duisberg, Carl 39
- Eberlein, Hugo 78f. 101, 155
 Ebert, Friedrich 45, 72, 93, 97, 112–115, 128, 192
 Eckert, Georg 153f.
 Eggebrecht, Axel 121
 Ehrenburg, Ilja 99
 Eichhorn, Emil 128
 Einstein, Albert 48, 175
 Eisler, Georg 69
 Eisler, Gerhart 69, 238
- Eisler, Hanns 69, 158
 Eisner, Kurt 17, 191f., 203
 Engelberg, Ernst 65, 173, 181
 Engelmann, Dieter 191
 Engels, Friedrich 63, 143, 145, 162ff., 169, 202, 208, 211, 214f., 223f.
 Ephialtes 41, 61
 Epstein, Fritz 181
 Erdmann, Karl-Dietrich 191
 Erler, Fritz 172
 Eusebios 216
- Fabrice, Georg Friedrich Alfred von 92
 Falkenhayn, Erich von 145
 Favre, Lucien 92f.
 Feiler, Arthur 171f.
 Fenlon, Edward 207
 Fischer, Fritz 32
 Fischer, Ruth (geborene Eisler, Elfriede) 53, 69, 70, 75, 87ff., 90, 102ff., 106f., 114, 116–120, 122f., 125f., 237, 240f.
 Fischer-Baling, Eugen 134
 Flechtheim, Ossip Kurt 103, 110, 198
 Flitner, Wilhelm 50
 Florath, Bernd 64
 Forster, Georg 19
 Fowkes, Ben 53
 Fraenkel, Ernst 50
 Franco y Bahamonde, Francisco 218, 225
 Frank, Tenney 29f., 216
 Frank, Walter 68, 151
 Frantz, Constantin 222
 Franz Joseph I., Kaiser von Österreich 160
 Fraser, Lindley 128
 Frick, Wilhelm 177
 Friedländer, Ludwig 22
 Friedländer, Paul 69
 Friedmann, Jenö (s. Capa, Robert) 158
 Friedrich II. 19, 51
 Friedrich, Fritz 51
 Fröhlich, August 98
 Frölich, Paul 73, 90f., 123, 169, 172
- Garibaldi, Giuseppe 210
 Gelzer, Matthias 29, 59
 Gentile, Giovanni 179
 Gerhard, Dietrich 181
 Gerlach, Hellmuth von 179
 Geschke, Ottomar 89, 106, 116, 120
 Geßler, Otto 97
 Geyer, Curt 72
 Gideonse, Harry D. 205, 234f., 240
 Gierke, Otto von 33
 Gilbert, Felix 181, 206
 Goebbels, Josef 221

- Goetz, Walter 65
 Goldmann, Nahum 49
 Görgen, Hermann 222
 Göring, Hermann 177
 Gracchus, Cajus Sempronius 60
 Gracchus, Tiberius Sempronius 60
 Gramsci, Antonio 81
 Grebanier, Bernhard 236
 Grey, Sir Edward 160
 Grimme, Adolf 152
 Groener, Wilhelm 42, 149, 194
 Gross, Feliks 205, 230
 Grossmann, Henryk 232
 Grossmann, Kurt 230
 Grotjahn, Alfred 47
 Gruber, Martin 128
 Gumbel, Emil Julius 174
 Gurian, Waldemar 170ff.
 Gurland, Arkadij 64
- Haase, Hugo 43, 190
 Haberlandt, Gottlieb 56
 Haeckel, Ernst 34
 Haenisch, Konrad 44f., 47, 56
 Haffner, Sebastian 85, 194, 243
 Haller, Johannes 159, 173
 Hallgarten, Wolfgang (George W. F.) 65, 206
 Hammond, Barbara 66
 Hammond, John 66
 Hannibal 37, 146
 Harnack, Adolf von 23
 Hartung, Fritz 152, 173
 Hasebroek, Johannes 62
 Heckert, Fritz 103
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 26, 216, 219
 Heichelheim, Fritz 63, 216
 Heilmann, Ernst 113
 Heine, Heinrich 16
 Held, Ludwig 50
 Heller, Hermann 50
 Heller, Otto 135
 Henderson, Neville 227
 Hermann, Johannes 17
 Hertz, Paul 179
 Herzfeld, Hans 67, 149
 Heß, Rudolf 68
 Heuss, Theodor 157
 Hilferding, Rudolf 179
 Hiller, Kurt 17
 Hindenburg, Paul von 37, 42, 114ff., 142, 146, 162, 177
 Hintze, Hedwig 65, 173, 181, 235
 Hintze, Otto 65, 173
 Hirschfeld, Otto 22f., 25, 27ff.
- Hitler, Adolf 68, 100, 110, 147, 162, 173, 175, 177f., 183f., 186ff., 194, 201f., 216f., 224–227, 229, 236ff., 241
 Hobohm, Martin 175
 Hoernle, Edwin 86, 90
 Hoffmann, Adolph 69
 Hoffmann, Christhard 48f.
 Höfle, Anton 112
 Holborn, Hajo 175, 181, 201, 233
 Hook, Sidney 162f.
 Hoppmann, Karl 173
 Horkheimer, Max 175, 232
 Houghton, Alanson Bigelow 108
 Hurwitz, Samuel 216
- Ijlin, Iwan 170, 172
- Jabotinsky, Ze'ev 227f.
 Jäckh, Ernst 157
 Jacobssohn, Siegfried 17
 Jaeger, Werner 152
 Jaraus, Konrad H. 31
 Jarres, Karl 114
 Jefferson, Thomas 209f.
 Jansen, Otto 50
 Jesus von Nazareth 45
 Joachimsen, Paul 67
 Jogiches, Leo 72
 Johnson, Alvin 233
 Jones, William David 238
 Juchacz, Marie 50
- Kahler, Erich von 222
 Kahn, Ernst 182
 Kahrstedt, Ulrich 36, 62
 Kaibel, Georg 17
 Kantorowicz, Hermann 160, 237
 Kapp, Wolfgang 39, 56, 72, 196
 Karl der Große 51
 Karl II. (der Kahle) 51
 Karl III. (der Dicke) 51
 Karsen, Fritz 241
 Katz, Iwan 89, 115ff., 119, 123ff.
 Katzenstein, Dr. 179
 Katzenstein, Simon 129
 Kautsky, Karl 87, 105, 171f., 216
 Kawerau, Siegfried 155f., 236
 Kehr, Eckart 65, 143, 159
 Kemal, Mustafa (Atatürk) 81
 Kerenski, A. F. 166
 Kern, Fritz 68
 Kerschensteiner, Georg 50
 Kersten, Kurt 19, 63, 143
 Kiaulehn, Walther 69
 Kimon 35

- Kinner, Klaus 100
 Kirchheimer, Otto 229
 Kirdorf, Emil 39
 Kjellén, Rudolf 34
 Klein, Henry 207
 Kleisthenes 41
 Koenen, Wilhelm 101
 Kolb, Annette 222
 Kolb, Eberhard 191
 König, Arthur 73, 89, 116
 Korsch, Hedda 231
 Korsch, Karl 70, 102, 106, 118, 122–125, 139, 158, 162, 172, 221, 231f., 236, 238
 Kossuth, Lajos 210
 Kracauer, Siegfried 157
 Kraus, Friedrich 230
 Krockow, Christian Graf von 194
 Kübler, Bernhard 17
 Kuczynski, Jürgen 67
 Kuhl, Hermann von 129, 132
 Kun, Béla 53
 Kuusinen, Otto 122
- La Guardia, Fiorello 214
 Landauer, Gustav 189
 Lange, Annemarie 24
 Laqueur, Walter 171
 Lassalle, Ferdinand 212
 Laski, Harold 182
 Laurier, Wilfried 38
 Leber, Julius 155
 Ledebour, Georg 130
 Lederer, Emil 121, 175
 Legien, Carl 189
 Lehning, Arthur 64
 Lehns, Karl 22
 Lenard, Philipp 48
 Lenin, W. I. 40, 52, 64, 72f., 79, 87, 97, 101, 104ff., 117, 119f., 129, 147, 158, 161, 164–169, 214f., 220ff., 224, 242
 Lessing, Theodor, 142, 175
 Levi, Paul 53f., 71f., 76, 106, 122, 242, 244
 Levinstein, Gustav 19
 Levinstein, Percy 19
 Lewin, Kurt 158
 Liebknecht, Karl 43, 71f., 130f., 147f., 189, 192f., 203
 Liebknecht, Theodor 158
 Lippert, Julius 57
 Livius, Titus 37, 58
 Lloyd George, David 80
 Löbe, Paul 175
 Lockhart, Sir Bruce 40
 Longerich, Peter 107
 Löwenstein, Hubertus Prinz zu 231
- Löwenthal, Richard 63, 187
 Ludendorff, Erich 36, 39, 100, 109, 129, 132, 146–151
 Lüders, Heinrich 55f.
 Ludwig (das Kind) 51
 Ludwig XVI. 199
 Lukács, Georg 106, 157
 Luther, Hans 110
 Lutowinow, Ju. Z. 53
 Lutterbeck, Dr. (preuß. Oberregierungsrat) 92
 Lüttwitz, Walther Freiherr von 56
 Luxemburg, Rosa 71f., 102, 130f., 157, 170, 192f., 202, 241f., 244
- MacDonald, Ramsey 225
 Machiavelli, Niccolò 216
 Malcolm, Neill 128
 Maltzan, von (Staatssekretär) 113
 Mann, Golo 221–224
 Mann, Thomas 231
 Manuilski, D. S. (Pseudonym Samuely) 119
 Marck, Siegfried 175
 Marcks, Erich 173
 Marcuse, Herbert 179, 232
 Marie Antoinette 199
 Markov, Walter 68, 154, 162, 178, 181
 Martin, Earl 207
 Marx, Karl 26, 63f., 66, 68, 70, 105, 118, 134f., 140, 145, 147, 151, 154, 162ff., 168ff., 172, 186f., 202, 205, 208, 211, 213–216, 221–224, 242
 Marx, Wilhelm 107–110, 114f.
 Maslow, Arkadij (Tschemeriskij, Isaak) 53, 69f., 88, 89f. 102, 106f., 119f., 122f., 125
 Masur, Gerhard 49, 181
 Mathiez, Albert 66, 216
 Mattick, Paul 232
 Mayer, Gustav 40, 47, 64f., 67, 143, 168, 173, 181, 212
 Mayer, Hans 21, 66f., 222
 Mehring, Franz 63, 72, 150, 172
 Meinecke, Friedrich 40, 65, 152, 173
 Meinecke, Klara 178
 Meißner, Otto 113
 Melman, Seymour 226
 Meusel, Alfred 150
 Meyer, Eduard 19, 22f., 25–30, 35, 38ff., 44, 46, 48f., 56, 142, 152, 173
 Meyer, Ernst 75, 79, 90, 101, 135
 Meyer, Martin 207
 Mjasnikow, G. 53
 Moltke, Helmuth Graf von 145
 Momigliano, Arnaldo 29
 Mommsen, Theodor 18, 22, 24f., 27f., 31, 39, 219

- Morgenthau, Hans 205
 Morrow, Ian 141
 Moses, Julius 131
 Mosse, George 65
 Mowat, R. B. 152
 Müller, Hermann 152, 195
 Müller, Karl Alexander von 68
 Müller, Max 203
 Münzenberg, Willy 135, 230
 Musil, Robert 158
 Mussolini, Benito 81ff., 96, 184ff., 225, 227
- Napoleon I. 51, 126f., 146
 Napoleon III. 210
 Nassau, Adolf von 51
 Nehru, Jawaharlal 15
 Neumann, Felix 111f.
 Neumann, Franz 201, 208, 229, 232, 238f.
 Neumann, Heinz 87, 119
 Neumann, Karl 33
 Neumann, Sigmund 158
 Newski, Alexander 221
 Nicolai, Walter 36
 Nicolson, Arthur 160
 Nietzsche, Friedrich 64, 126, 223
 Nikias 26
 Norden, Albert
 Norden, Eduard 152, 181
 Noske, Gustav 72, 91, 131, 138, 192f.
- Oertel, Friedrich 62
 Oertzen, Peter von 191, 193f.
 Oncken, Hermann 65, 152, 173
 Oppenheimer, Franz 47
 Osborn, Max 21
 Ossietzky, Carl von 15, 244
- Pächter, Heinz (Henry Pachter) 154, 158
 Papen, Franz von 173, 200f.
 Pastor, Ludwig Freiherr von 66
 Perikles 35f., 41
 Peter I. (der Große) 19, 221, 223
 Petzold, Joachim 51
 Peukert, Detlev 74
 Pfemfert, Franz 158
 Philipp, Albrecht 131f.
 Pieck, Wilhelm 75, 101f.
 Pinnow, Hermann 158
 Pinthus, Kurt 17, 179, 232
 Plato 216
 Plutarch (von Chaironeia) 58
 Poege, Ernst 111
 Pöhlmann, Robert von 27
 Poincaré, Raymond 80, 86, 90, 98
 Polybios 216
- Poske, Friedrich 17
 Premerstein, Anton Ritter von 41
 Primo de Rivera, Miguel 96
- Radbruch, Gustav 50, 175
 Radek, Karl 73, 75, 77, 79, 92, 100, 106f.
 Radowitz, Joseph Marie von 158
 Rákosi, Mátyás 136
 Rathenau, Walter, 67, 73, 80
 Reed, Douglas 217
 Reichenbach, Hans 158, 179
 Reichwein, Adolf 50
 Reisner, Larissa 98
 Remmele, Hermann 102
 Retzlaw, Karl 54, 111
 Reuter (Friesland), Ernst 75f., 122
 Riberi, Lorenzo 25f.
 Riehl, Alois 33
 Ringer, Fritz 26, 31
 Rjasanow, D. B. 66
 Robespierre, Maximilien de 191, 209f.
 Robinton, Madeleine 202
 Röchling, Paul 39
 Roethe, Gustav 33, 56f.
 Roosevelt, Franklin Delano 213
 Rosenberg, Ella (geb. Wöhlmann) 50, 178, 204, 225, 240
 Rosenberg, Georg Henry 15f., 19
 Rosenberg, Hans 39, 206, 240
 Rosenberg, Helene 15, 204
 Rosenberg, Jenny 16, 18, 20, 178
 Rosenberg, Lieselott (später Lisle, Lottie) 50, 155, 178, 204, 240
 Rosenberg, Peter Michael 204, 240
 Rosenberg, Wolfgang 50, 155, 178, 204, 235, 240
 Rosenfeld, Alice 229
 Rosenfeld, Kurt 229, 237
 Rostovtzeff, Michael 216
 Rothfels, Hans 67
 Rougemont, Denis de 222
 Roy, Manabendra Nath 158
 Rubino, Joseph 22
 Rudolph, Karsten 93
 Rühlmann, Paul 51
 Rust, Bernhard 180
 Rykow, A. I. 136
- Saldern, Adelheid von 197
 Salin, Edgar 62
 Sauerland, Kurt 170, 172
 Schachenmeyer, Helmut 25, 79
 Schäfer, Dietrich 27, 35, 39f., 47f., 68
 Schaxel, Julius 175
 Scheidemann, Philipp 43, 45, 192

- Schickele, René 222
 Schlageter, Albert Leo 91f.
 Schlecht, Paul 106, 116, 119f.
 Schleicher, Kurt von 173, 200f.
 Schleier, Hans 67
 Schlieffen, Alfred Graf von 132
 Schljapnikow, A. G. 53
 Schlosser, Friedrich Christian 18
 Schmidt, Erich 157
 Schnabel, Franz 48, 66, 150
 Schneller, Ernst 116, 119
 Scholem, Emmy 235
 Scholem, Werner 69f., 87, 90, 102, 115–120,
 122–125, 235f.
 Schottlaender, Rudolf 181
 Schreiner, Albert 238
 Schulte, Aloys 66
 Schulze, Hagen 86
 Schulze, Wilhelm 29
 Schwartz, Philipp 180
 Schwarz, Ernst 124
 Schwertfeger, Bernhard 129
 Scipio, Publius Cornelius (Africanus) 59
 Seckel, Emil 55
 Seeberg, Reinhold 43f.
 Seeckt, Hans von 97
 Selsam, Howard 236f.
 Serrati, Giacinto Menotti 83
 Severing, Carl 92f.
 Shakespeare, William 19f.
 Shaw, George Bernard 77
 Siemens, Wilhelm von 39
 Siemsen, Anna 50, 175
 Siemsen, August 50
 Simons, Walter 157
 Singer, Paul 20f.
 Sinowjew, G. Je. 52, 76f., 79, 83, 90, 101f.,
 104ff., 114f., 118f., 221
 Sklarek, Leo 199
 Sklarek, Max 199
 Sklarek, Willy 199
 Skobolewski, Alexander 111
 Skutsch, Franz 28, 30
 Sokolow, Nahum 183
 Solf, Wilhelm 190
 Sombart, Werner 34, 68
 Souchy, Augustin 158
 Spahn, Martin 157
 Spann, Othmar 27
 Spartacus 62
 Stalin, J. W. 98, 106, 118f., 121, 125, 136, 162f.,
 167ff., 219, 224f., 229, 236
 Stampfer, Friedrich 208, 230f.
 Stark, Johannes 48
 Stechert, Kurt 50
 Stecklow, Ju. M. 66
 Stein, Arthur 41
 Stein, Ernst 181
 Stein, Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr
 vom 190
 Steinacker, Harold 68
 Steinberg, Isaak 158
 Stern, Kurt 154
 Sternberg, Fritz 187, 229
 Stinnes, Hugo 39, 80, 85
 Stoecker, Walter 75, 126
 Stresemann, Gustav 97, 100, 107, 109, 161, 197,
 216f.
 Stuckart, Wilhelm 203
 Sturmthal, Adolf 179
 Sulla, Felix Lucius Cornelius 62
 Sun Yat Sen 78
 Sutro, Nettie 179
 Suttner, Bertha von 15
 Tacitus, (Publius) Cornelius 36
 Tangl, Michael 23, 29
 Täubler, Eugen 63, 181
 Tawney, R. H. 182
 Thalheimer, August 73, 75, 83, 90, 96ff., 106f.,
 137, 154, 187
 Thälmann, Ernst 73, 99, 100ff., 106, 114ff.,
 199f., 122–125, 135f., 147, 177
 Themistokles 41
 Thiede 90
 Thiers, Adolphe 92
 Thomas, Wilbour K. 233f.
 Thukydides 216
 Tirpitz, Alfred von 39
 Titus Aurelius 51
 Tomski, M. P. 136
 Treitschke, Heinrich von 22, 31, 174
 Trendelenburg, Adolf 17
 Treviranus, Gottfried Reinhold 200
 Troeltsch, Ernst 34
 Trotzki, Leo 73, 79, 105, 119, 166f., 170, 175,
 185, 187f., 190
 Tullius, Servius 24
 Turati, Filippo 82f.
 Turel, Adrien 158
 Urbahns, Hugo 125, 139
 Uritzki, M. S. 40
 Valentin, Veit 181f.
 Varga, Eugen 106
 Viertel, Berthold 237
 Voigt, Gerd 192
 Volkmann, Erich Otto 131f.

Personenregister

335

- Walcher, Jacob 73, 101, 135
Walther, Peter Th. 180
Weber, Hans 118, 124
Wehler, Hans-Ulrich 39
Weill, Kurt 158
Weinbaum, Martin 181f.
Weiß, Ernst 222
Weiß, Friedrich 178
Weitz, Eric D. 122
Weizmann, Chaim 183
Wels, Otto 91, 113
Wendel, Hermann 143, 150
Whyte, John 233
Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von 22f., 32ff.
Wilcken, Ulrich 142, 152
Wilhelm I. 38, 143, 146, 174
Wilhelm II. 45, 144ff., 153, 159f.
Windelband (preuß. Ministerialrat) 142
Winternitz, Josef 103, 120
Wirsching, Andreas 55, 64, 152f.
Wirth, Joseph 73
Wittfogel, Karl August 50
Wöhlmann, Ella (s. Rosenberg, Ella) 50
Wolfenstein, Alfred 17
Zaghlul, Sa'ad 80
Zankow, Alexander 96
Zeigner, Erich 94, 98, 102
Zetkin, Clara 72, 101, 106, 135, 189
Ziekursch, Johannes 143, 158
Zweig, Arnold 32
Zweig, Stefan 85